SEYMOUR M. HERSH



DIE BEFEHLSKETTE

VOM 11. SEPTEMBER BIS ABU GHRAIB

rowohlt

Die Pyramiden aus Leibern, die Folter und sexuelle Demütigung irakischer Gefangener im Abu-Ghraib-Gefängnis – die Fotos davon haben die Welt erschreckt und verstört. Kann das sein, dass ein demokratisches Land wie die USA so menschenverachtend mit seinen Feinden umgeht? – Es kann sein, und es ist noch viel schlimmer, wie Seymour M. Hersh, der den Abu-Ghraib-Skandal aufdeckte, in diesem Buch beschreibt und belegt. Pulitzer-Preisträger Hersh, für seinen deutschen Kollegen Hans Leyendecker «der beste Enthüllungsjournalist der Welt», hat die Spur der angeblichen Einzeltaten zurückverfolgt, indem er der Befehlskette folgte – und landete dabei im kubanischen Guantánamo, im Pentagon und im Weißen Haus.

Bei seinen Ermittlungen stieß Hersh auf eine streng geheime Supertruppe, die weltweit operiert, um mutmaßliche al-Qaida-Terroristen zu ermorden oder mit allen Mitteln zum Reden zu bringen. Eine Truppe, für die Recht, Gesetz und internationale Konventionen nicht existieren und die auch im Foltergefängnis Abu Ghraib das Sagen hatte – ausgeschickt vom Verteidigungsministerium Donald Rumsfelds.

Bis es so weit kommen konnte, mussten Kontrollmechanismen und Rechtsbewusstsein wichtiger demokratischer Instanzen systematisch untergraben worden sein. Hersh zeigt hier zum ersten Mal im Zusammenhang, wie das geschehen konnte, wie es Präsident Bush, seinem Vize Cheney, Rumsfeld und einer Hand voll Helfer gelang, an einem Gutteil der demokratischen Sicherungsmechanismen vorbei die Verwaltung, das Militär und die Geheimdienste umzusteuern. Er beschreibt, wie durch ihre politischen Direktiven elementare Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit außer Kurs gesetzt wurden – in Afghanistan, in Guantánamo, im Irak und in den USA selbst. Er erklärt, wie es möglich war, dass Amerika nach dem grauenvollen Terroranschlag vom 11. September 2001 selbst einen Weg des Unrechts beschreiten konnte.

Ein erschütterndes Lehrstück über die Anfälligkeit einer Demokratie im Ausnahmezustand.

rowohlt

Seymour M. Hersh

DIE BEFEHLSKETTE

Vom 11. September bis Abu Ghraib

Deutsch von Hans Freundl,
Norbert Juraschitz, Reiner Pfleiderer
und Thomas Pfeiffer

Rowohlt

Für Matthew,
Melissa und Joshua

Die amerikanische Originalausgabe erschien 2004 unter dem Titel
Chain Of Command. The Road From 9/11 To Abu Ghraib
bei HarperCollins Publishers, New York.

1. Auflage Oktober 2004

Published by arrangement with HarperCollins Publishers, Inc.
Satz aus Concorde PostScript bei KCS GmbH, Buchholz/Hamburg
Druck und Bindung Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany
ISBN 3 498 02981 9

Inhalt

Einleitung 7

I. Folter in Abu Ghraib 19
1. Probleme in Guantánamo 19
2. Aufnahmen aus einem Gefängnis 40
3. Die Grenzüberschreitung 67
4. Die Grauzone 86

II. Das Versagen der Geheimdienste 96
1. Wie Amerikas Spione den 11. September verpassten 96
2. Wieso die Regierung nicht wusste, was sie wusste 111
3. Der zwanzigste Mann 129

III. Der andere Krieg 148
1. Afghanistans geheime Schlachten 148
2. Die Flucht 155
3. Wenn Warlords zur Machtbasis werden 172

IV. Die Irak-Falken 189
1. Das Ringen um die Kriegserklärung an Saddam Hussein 189
2. Der Krieg rückt näher 203
3. Richard Perle geht essen 217

V. Wer belog wen? 231
1. März 2003: «Diese Dokumente ... sind nicht authentisch.» 231
2. Das Prinzip «Ofenrohr» 235
3. Hinter dem «Atompilz» 254

VI. Der Minister und die Generäle 280
1. Der Weg nach Bagdad 280
2. Menschenjagd 293
3. Den Aufstand im Visier 306

VII. Ein höchst gefährlicher Freund 321
1. Die USA setzen auf Musharraf 321
2. Der ultimative Schwarzmarkt 337
3. Washingtons Deal 347

VIII. Der Nahe Osten nach dem 11. September 360
1. Saudi-Arabien: Korruption und Kompromiss 361
2. Iran: Die nächste Atommacht? 371
3. Israel, die Türkei und die Kurden 381

Epilog 391
Danksagung 398

Einleitung

Am 14. November 1969 stießen die Leser zahlreicher amerikanischer Zeitungen auf eine Story mit einer Schlagzeile wie «Leutnant des Mordes an 109 Zivilisten angeklagt». Sie erschien mit freundlicher Genehmigung des Dispatch News Service, eines Vertriebsservice für Reporter, die in Vietnam arbeiteten, und als Verfasser wurde ein ehemaliger Reporter für eine Nachrichtenagentur namens Seymour M. Hersh genannt. Die ersten in einem schnörkellosen, lakonischen Stil geschriebenen Absätze schilderten, wie im Jahr zuvor eines Morgens Soldaten der 11. Infanteriebrigade der US-Army zu einem blindwütigen Gemetzel in das vietnamesische Dorf My Lai auszogen:

> Fort Benning, Georgia, 13. November. Lt. William L. Calley jun., 26 Jahre alt, ist ein schüchterner, knabenhaft wirkender Vietnamveteran mit dem Spitznamen «Rusty». Die Army schließt gerade ein Ermittlungsverfahren zu den Vorwürfen ab, dass er im März 1968 vorsätzlich mindestens 109 vietnamesische Zivilisten bei einem Fahndungs- und Vernichtungsauftrag in einer Hochburg des Vietcong, genannt «Pinkville», getötet haben soll.
>
> Calley wird Massenmord in sechs konkreten Fällen zur Last gelegt. Jeder Anklagepunkt nennt eine Anzahl von Toten, insgesamt 109 Opfer, und wirft Calley vor, dass er «mit Vorsatz Mord begangen hat ... an Menschen östlicher Herkunft, deren Namen und Geschlecht unbekannt sind, indem er sie mit einem Gewehr erschoss». Die Army nannte es Mord; Calley, sein Rechtsbeistand und andere an dem Vorfall Beteiligte beriefen sich darauf, dass sie nur Befehle ausführten. «Pinkville» ist durch einen Prozess, der nach der Meinung vieler Offiziere und Kongressmitglieder weit mehr Aufsehen erregen wird als die jüngsten Mordanklagen gegen acht Green Berets, in Militärkreisen zu einem allgemein bekannten Begriff geworden.

Wie sich herausstellte, hatten die Soldaten der 11. Brigade an jenem Morgen im Zuge einer Operation, die als Fahndung nach Soldaten des Vietcong begonnen hatte, mindestens 500 Zivilisten ermordet – darunter viele Frauen, Kinder, ja Babys und Alte. Manche erschossen sie von Hubschraubern aus, andere aus nächster Entfernung auf dem Boden. Es gab Vergewaltigungen und Folter. Nach einem stundenlangen Gemetzel steckten die Soldaten das Dorf in Brand und ließen ein Areal voller Leichen zurück.

Auf den Hinweis eines Anwalts hin und mit einer bescheidenen Unterstützung aus der Stiftung für investigativen Journalismus traf Hersh auf dem Army-Stützpunkt in Fort Benning ein und ging auf der Suche nach Calley, der auf seinen Kriegsgerichtsprozess wartete, von Tür zu Tür. Immer wieder klopfte Hersh an, den Offizieren auf dem Stützpunkt ging er aus dem Weg. Am Ende fand er «Rusty», einen ehemaligen Weichensteller, und bat ihn, sich mit ihm zu unterhalten. Nach einem Gespräch von drei oder vier Stunden gingen sie in ein Lebensmittelgeschäft, kauften Steaks, Bourbon und Wein, aßen miteinander und unterhielten sich im Apartment von Calleys Freundin noch länger miteinander. Calley sagte Hersh, dass er in My Lai nur Befehle ausgeführt habe, doch er sprach ganz offen über das, was geschehen war. Insgesamt 36 Zeitungen brachten die Story und lösten damit eine Sensation, manchmal auch Unglauben aus, in der Welt des Journalismus und darüber hinaus. Als ein Pentagon-Korrespondent der *Washington Post* beauftragt wurde, den Storys über My Lai nachzugehen, rief er Hersh an und sagte bitter: «Du Hurensohn, wie bist du nur auf die Idee gekommen, eine derartige Lüge zu schreiben?»

Eifersucht und Verwirrung unter seinen Rivalen waren vielleicht verständlich. Hersh war zweiunddreißig, als er die Story von My Lai veröffentlichte, und noch völlig unbekannt. Er hatte viele Kontakte zu Zeitungen, aber an dem Thema My Lai arbeitete er auf eigene Faust. Mit der Hilfe eines Freundes, David Obst, schickte er die Story per Kurierdienst an Dutzende Zeitungen. Obwohl Soldaten der Einheit ausgiebig mit Hersh sprachen und die furchtbarsten Gräuelszenen schilderten und obwohl selbst Calleys Anwalt bereit war, die Story zu bestätigen, brachten einige große Zeitungen, darunter die *New York Times*, sie anfangs nicht. «Aber ich schrieb weiter», hat

Hersh einmal erzählt, «und bei der dritten Story stieß ich auf diesen unglaublichen Typ, Paul Meadlo, aus einer Kleinstadt in Indiana, Sohn eines Farmers, der viele vietnamesische Kinder erschossen hatte – er hatte an die hundert Menschen erschossen. Er schoss einfach immer weiter, und am nächsten Tag wurde ihm dann das Bein weggesprengt, und er sagte zu Calley, als sie ihn mit dem Hubschrauber ausflogen: ‹Gott hat mich bestraft, und jetzt wird er dich bestrafen.›» Nachdem Hersh dieses Interview veröffentlicht hatte, holte CBS Meadlo in die Abendnachrichten, und die Story wurde allgemein bekannt. Ein Jahr später wurde Hersh der Pulitzer-Preis verliehen, eine Seltenheit für freie Journalisten.

Mittlerweile war Hersh so weit, dass er ein Buch über das Massaker schreiben konnte: *My Lai 4.* Er hatte Dutzende Teilnehmer und Regierungsvertreter interviewt und eine Unzahl makabrer Details entdeckt, etwa dass Colonel George S. Patton III. – der Sohn *des* Generals Patton – eine Weihnachtskarte mit dem Text «Frieden auf Erden» verschickt hatte, die eine Aufnahme von «fein säuberlich aufgestapelten, verstümmelten Vietcong-Soldaten» zeigte. Im Jahr 1972 veröffentlichte Hersh im *New Yorker* einen langen Bericht über die geheime, regierungsamtliche Ermittlung und Vertuschung des Massakers von My Lai.

Unter Journalisten ist es ein offenes Geheimnis, dass Reporter genau wie Detektive und Sprinter irgendwann müde Beine bekommen. Früher oder später gehen sie in Rente, setzen sich zur Ruhe, nehmen einen Schreibtischjob an, werden Kolumnist oder, noch schlimmer, Redakteur. Sy Hersh ist mein Kollege und Freund, aber ich weiß, dass seine Achtung für Redakteure sich im Allgemeinen am treffendsten mit den Worten wiedergeben lässt, die die verstorbene Shirley Povich von der *Washington Post* über diese Brut zu sagen pflegte: «Ein Redakteur ist eine Maus, die dafür trainiert, eine Ratte zu werden.» Hersh, mit seinen über sechzig Jahren, ist ein Reporter und wird immer einer bleiben. Er strotzt heute eher noch stärker vor Tatendrang als damals in seinen Dreißigern. Und die Ergebnisse können sich sehen lassen: Seine Arbeit für den *New Yorker* während der Regierung George W. Bushs, die sich in diesem Buch widerspiegelt, sind eine,

aus journalistischer und sogar moralischer Sicht, ebenso große Leistung wie seine Berichte über My Lai.

Hershs Eltern waren Einwanderer aus Litauen und Polen, die nach Chicago zogen und eine Trockenreinigung an der South Side eröffneten. Sein Vater Isidore starb, als Hersh und sein Zwillingsbruder erst siebzehn waren. An der University of Chicago belegte Hersh im Hauptfach Geschichte, aber er verbrachte auch einen großen Teil seiner Zeit mit Kreuzworträtseln, Bridge und in Kneipen. Noch vor Ende des ersten Jahres auf der Law School flog er wegen schlechter Noten von der Uni. Sein erster Job nach der Schule war Verkäufer an der Spirituosentheke in einer Filiale der Supermarktkette Walgreens für 1,50 Dollar die Stunde. Das war keine sonderlich erfüllende Arbeit. Er fand einen Job beim City News Bureau, wo er seine außergewöhnliche Karriere damit begann, zum Beispiel über ein Feuer in einem Kanalschacht zu berichten. Nach einem Zwischenstopp bei der Army – er war Informationsoffizier in Fort Riley, Kansas – arbeitete er als Pentagon-Korrespondent für die Nachrichtenagentur United Press International, dann für Associated Press. Im Jahr 1967 verließ er Associated Press, nachdem deren Redakteure eine Story verwässert und gekürzt hatten, die er über die Entwicklung biologischer und chemischer Waffen durch die US-Regierung recherchiert und geschrieben hatte. Eine Version der Story konnte er an die Zeitung *The New Republic* verkaufen, dann arbeitete er ein paar Monate lang als Pressesekretär und Redenschreiber für Senator Eugene McCarthy. Schließlich widmete er sich wieder voll und ganz der journalistischen Tätigkeit.

Mit seinen Geschichten über My Lai stand Hersh in der Tradition der so genannten *muckraker* (Dreckwühler), neben Namen wie Upton Sinclair, Ida Tarbell, Lincoln Steffens, Rachel Carson und I. F. Stone. Theodore Roosevelt hatte den Begriff John Bunyans Roman *Pilgrim's Progress* (deutsch: *Eines Christen Reise nach der Seeligen Ewigkeit*) entlehnt – über den Mann, «dem eine Himmelskrone für seine Mistharke angeboten wurde, der aber weder aufsah noch die angebotene Krone betrachtete, sondern weiter vor sich hin den Dreck auf dem Boden harkte». Der US-Präsident kritisierte damit «leicht-

fertige Journalisten» wie David Graham Philips, der einige Verbündete Roosevelts im Senat wegen ihrer Affinität zu Unternehmensinteressen attackiert hatte. Nach My Lai beharkte Hersh eine breite Palette staatlicher Unternehmungen und strafbarer Vergehen. In seiner Laufbahn als freier und als fest angestellter Mitarbeiter für die *New York Times* und seit 1998 für den *New Yorker* hat Hersh so viele überaus wichtige Storys geknackt, dass allein Bob Woodward von der *Washington Post* als ernst zu nehmender Rivale in Frage kommt.

Während der Watergate-Affäre, als Woodward und Carl Bernstein die Konkurrenz Woche für Woche um Längen hinter sich ließen, zogen die Herausgeber der *New York Times* ihren letzten Joker, um Boden gutzumachen: Sie setzten Seymour Hersh auf die Affäre an. Auch wenn die *Washington Post*, der Legende nach und in der Realität, bis zu Nixons Rücktritt immer eine Nasenlänge voraus blieb, konnte Hersh doch einige Treffer für sich verbuchen. Er war gewissermaßen ein ständiger Ansporn für Woodward und Bernstein. Die drei Reporter trafen sich während des Höhepunkts des Skandals gelegentlich zum Dinner und tauschten spöttische Kommentare und Gerüchte aus, hüteten sich jedoch, ihre eigenen Geheimnisse und Fingerzeige preiszugeben. In ihrem Buch *All the President's Men* schreiben Woodward und Bernstein über Hersh, dass er zu diesen Essen in alten Freizeitschuhen, einem abgetragenen Hemd und in «zerknitterten, ausgebleichten Khakihosen» erschienen sei. «Er war anders als jeder Reporter, den sie jemals getroffen hatten. Er scheute sich nicht, in aller Öffentlichkeit Henry Kissinger einen Kriegsverbrecher zu nennen, und fühlte sich offensichtlich von der Macht der *New York Times* zugleich angezogen und abgestoßen.»

In der *Times* veröffentlichte Hersh eine Reihe von Storys über die illegale Bespitzelung der inneren «Feinde» durch die CIA, über Henry Kissingers Überwachung von Regierungsmitarbeitern, den von den USA unterstützten Staatsstreich in Chile 1973 und über das geheime Bombardement Kambodschas. Seit Anfang der neunziger Jahre schreibt Hersh ausführliche Hintergrundreportagen für den *New Yorker*, darunter ein hellsichtiger Beitrag aus dem Jahr 1993, in dem er den Aufbau von Pakistans Atomprogramm beschreibt, und ein Artikel aus dem Jahr 1999 über den Rückgang der analytischen Kapa-

zitäten im amerikanischen Geheimdienst National Security Agency. Insgesamt hat er acht Bücher geschrieben, *Die Befehlskette* mitgerechnet.

Seit vielen Jahren arbeitet Hersh in einem spärlich eingerichteten Büro an der Connecticut Avenue in Washington: eineinhalb Zimmer, voll gestopft mit unzähligen Büchern und gelben Collegeblöcken, mit hingekritzelten Notizen und Telefonnummern. Das Büro könnte ebenso gut die Studentenbude eines Erstsemesters sein, wenn auch ohne die obligatorischen Pizzaschachteln. An einer Wand hängt eine getippte Notiz von Lawrence Eagleburger und Robert McCloskey an Kissinger, ihren Boss im Außenministerium, vom 24. September 1974. Dort heißt es: «Wir glauben, Seymour Hersh hat die Absicht, weitere Behauptungen über die CIA in Chile zu veröffentlichen. Bei diesem Feldzug wird er keine Ruhe geben. Er hat es letzten Endes auf Sie abgesehen.» Später schrieb Hersh das Buch *The Price of Power*, bis heute das Standardwerk über Kissingers Aktivitäten in der Ära Nixon.

Am Morgen des 11. September, nur wenige Stunden nachdem entführte Flugzeuge in die Twin Towers, das Pentagon und auf ein Feld in Pennsylvania gestürzt waren, sprachen Hersh und ich miteinander. Wir waren uns einig, dass er dieser Story nachgehen müsse, ganz gleich, wohin sie ihn führen mochte, und dass er höchstwahrscheinlich mehrere Artikel veröffentlichen würde – die Bandbreite würde von den außen- und innenpolitischen Nachrichtendiensten über das Militär und das Außenministerium bis hin zum Weißen Haus reichen.

Seitdem hat Seymour Hersh 26 Artikel für den *New Yorker* geschrieben, fast 110 000 Wörter, mehr als 400 Seiten – eine erstaunliche Leistung, berücksichtigt man die intensive Recherche, die jeder Beitrag erforderte, die Zahl der Hinweise, denen er nachging und die er verwarf. Die Arbeit, die er in dieser Zeit bewältigt hat, sowohl für die Zeitschrift als auch für dieses Buch, erhebt nicht den Anspruch einer enzyklopädischen Geschichte des 11. September, der Bush-Administration oder der Kriege in Afghanistan und im Irak. Dennoch ist seine Leistung seit jenem Morgen beeindruckend: Er hat eine Fülle von Untersuchungsergebnissen vorgelegt, die das Versagen der Nachrichtendienste vor dem 11. September ins Rampenlicht gerückt ha-

ben, sowie die Korruption der saudischen Königsfamilie, die Gefahren für die Sicherheit des pakistanischen Atomwaffenarsenals, die schmerzlichen Mängel bei der Kriegs- und Nachkriegsplanung in Afghanistan und im Irak, das stümperhafte Vorgehen in dem Prozess gegen Zacarias Moussaoui, die Versuche der US-Regierung, zweifelhafte Informationen über ein irakisches Atomwaffenprogramm aufzublähen, das Office of Special Plans im Pentagon und wie es seine Informationen und ideologischen Argumente über ein «Ofenrohr» ins Weiße Haus weiterleitete, und nicht zuletzt den Folterskandal in Abu Ghraib.

Hersh ist eine einzigartige Persönlichkeit in Washington. Selbst als fester Mitarbeiter der *New York Times* oder des *New Yorker* ist er immer ein wenig der einsame Wolf geblieben. Oder er recherchierte als Leitwolf an der Spitze des Rudels, erkannte manchmal lange vor den anderen Zusammenhänge und deckte Details auf, die zu Fingerzeigen für weitere Recherchen wurden. Mittlerweile ist klar, dass kein Reporter, nicht einmal ein so energischer und furchtloser wie Hersh, imstande war, während der Krise nach dem 11. September immer völlig auf dem Laufenden zu sein. Niemand war imstande, vor dem Krieg voll und ganz aufzudecken, was die Kritiker der US-Regierung zu Recht in den Bereich des Möglichen oder gar Wahrscheinlichen rückten: dass nämlich die unmittelbare Gefahr, die das Weiße Haus heraufbeschwor, falsch oder übertrieben sei, ja, dass nach der Invasion keine Massenvernichtungswaffen gefunden würden. Doch Hersh fand eindeutige Beweise dafür, dass die Regierung ein gefährliches Spiel mit nachrichtendienstlichen Informationen spielte. Noch vor der Invasion im Irak schilderte er in einer Story die Implikationen der Fälschung von Dokumenten, die «bewiesen», dass der Irak Vorkehrungen für den Kauf nuklearen Materials vom Niger getroffen habe. Vieles, was er geschrieben hat, gehört mittlerweile zum Allgemeinwissen – zum Beispiel, dass Schlüsselinformationen von irakischen Überläufern unzuverlässig waren –, umso mehr lohnt es sich, daran zu erinnern, dass ein großer Teil davon außerordentlich umstritten war, als die Storys zum ersten Mal erschienen. Stück für Stück legte er dar, wie die Bush-Administration, indem sie die Analyse nachrich-

tendienstlicher Informationen manipulierte, sich selbst ebenso täuschte wie das amerikanische Volk. Das konnte Hersh nur gelingen, weil er genau Bescheid weiß, wie die Geheimdienste arbeiten, und weil er im Laufe der Jahre ein außerordentlich dichtes Netz gut unterrichteter Quellen auf wichtigen Positionen aufgebaut hat, die Vertrauen zu ihm haben.

Ein Wort zu den Quellen: Im ganzen Buch wird der Leser auf ungenannte Quellen stoßen (Beamte, Analytiker, Botschafter, Soldaten, Undercoveragenten), die lediglich mit ihrem Posten, Rang, ihrer Fachkenntnis oder ihren möglichen Motiven bezeichnet werden, aber nicht mit ihrem eigentlichen Namen. Leser sind darüber häufig frustriert, und das ist durchaus verständlich. Manche Reporter verschweigen Namen, weil es einfacher ist oder weil es dem Artikel die mysteriöse Aura einer großen Enthüllungsgeschichte verleiht. Das Problem ist, dass man in den Bereichen, über die Hersh schreibt, insbesondere den Geheimdiensten, in der Regel keinen offiziellen Sprecher dazu bringt, relevante, ja sogar geheime Informationen zu enthüllen und sich zugleich vor aller Welt zu erkennen zu geben. Sie riskieren ihren Job und in manchen Fällen sogar ein Strafverfahren. Außerdem lesen Redakteure, im Gegensatz zu der offenbar weit verbreiteten Meinung, die Wendung «ein hochrangiger Beamter der Army sagte» keineswegs gutgläubig und nicken sofort beifällig. Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser, wie man sagt. In jedem einzelnen Fall fragen beim *New Yorker* die Redakteure, die den Artikel bearbeiten, den Reporter, wer sich hinter den anonymen Quellen verbirgt, welche Ziele sie möglicherweise verfolgen und ob man ihnen vertrauen darf.

«Ich laufe doch nicht herum und hole mir meine Storys von irgendwelchen netten Altlinken oder dem Wetteransager oder Gegnern der amerikanischen Machtpolitik», sagte Hersh einmal. «Ich bekomme sie von guten, altmodischen Anhängern unserer Verfassung. Ich habe schon vor langer Zeit festgestellt, dass man Menschen nicht einfach nach ihrer politischen Anschauung beurteilen darf. Ausschlaggebend ist: Sind sie integer oder nicht?»

Hershs Berichte haben das Establishment des Militärs und der Geheimdienste gewiss nicht erfreut, von George W. Bush ganz zu

schweigen, doch er wird auch nicht grundsätzlich als Geächteter angesehen. Hochrangige Offiziere, Analytiker in den Geheimdiensten und andere Regierungsvertreter sprechen für gewöhnlich nicht mit Reportern, zu denen sie kein Vertrauen haben. Die Berichterstattung über Geheimdienste ist unglaublich heikel, und selbst einem Mann von Hershs Format unterlaufen gelegentlich Fehler. Im März 2003, eine Woche nach Beginn der Invasion im Irak, schrieb Hersh, wie einige andere Reporter, dass der Vormarsch der Army ins Stocken geraten könne, dass die Nachschublinien überdehnt und zu wenig Reserven vorhanden seien; wenig später gewann der Vormarsch an Fahrt und erreichte Bagdad. Doch derselbe Bericht enthielt auch einige Details, die man in anderen Presseartikeln vergeblich suchte: dass nicht genügend Truppen im Land waren, um das Land zu stabilisieren; dass eine Kluft zwischen dem uniformierten Militär und der zivilen Führung des Pentagons bestand und dass Donald Rumsfelds Bestreben, den Krieg «zum Schnäppchenpreis» zu führen, wie ein Informant sagte, in den Monaten nach dem Sturz Saddams schreckliche Probleme mit sich bringen werde.

Tatsache ist, dass Hersh – nicht etwa, um einen knallharten Mann sentimental erscheinen zu lassen – eine sehr starke Affinität zu Menschen hat, die im Militär dienen. «Das Militär ist immer noch eine der idealistischsten Gemeinschaften, die wir haben», hat er einmal einem Interviewer gesagt. «In ihm gibt es noch mehr Menschen, die an die bodenständige Version des Illustrators Norman Rockwell von Amerika glauben, und sie setzen diese Grundsätze um, noch dazu mit einer enormen Integrität. Das Entscheidende für mich an den Militärs ist, dass sie sich wirklich nicht darum scheren, welche Ansichten ich persönlich vertrete, ob ich demokratisch oder republikanisch wähle oder ob ich den Krieg mag oder nicht, oder ob ich ein Falke bin oder eine Taube. Selbst während des Vietnamkrieges – worum es ihnen wirklich ging, war die Frage, ob ich die Story richtig verstanden hatte und sie richtig wiedergeben würde, ob ich hart genug daran arbeiten und sie bei der Recherche schützen würde. Und dann reden sie. Dann sagen sie einem, was sie denken.»

Es wäre zu viel verlangt, dass diese Arbeit auch von dem Objekt der Recherche geschätzt würde. Im vergangenen Jahr schilderte Sey-

mour Hersh in einem Artikel, wie Richard Perle, der Vorsitzende des Defense Policy Board des Präsidenten und ein Führer der neokonservativen Bewegung im Umfeld des Pentagons, mit Unternehmen involviert war, die von einem Krieg im Irak durchaus profitieren könnten. Das war eine der Storys, in denen Hersh zuerst die Meldung brachte und andere Reporter, in der *New York Times* und anderen Zeitungen, anschließend das Bild abrundeten – ein Prozess, der mit dem Rücktritt Perles vom Vorsitz des Beratergremiums endete. In einem offenbar unbeherrschten Zorn trat Perle mit der CNN-Ikone Wolf Blitzer im Fernsehen auf und warf mit Dreck auf die *muckraker*.

«Sehen Sie», sagte Perle, «Sy Hersh ist das Element im amerikanischen Journalismus, das einem Terroristen am nächsten kommt, ehrlich.» Perle versicherte vor der Presse, dass er Hersh und die Zeitschrift verklagen werde. Er hat es nie getan.

An einem Samstagmorgen im letzten Frühjahr rief Sy mich zu Hause an und sagte, er sei im Besitz einer Reihe horrender Aufnahmen – «zehnmal schlimmer, als du dir vorstellen kannst» – sowie eines internen Militärberichts von Generalmajor Antonio M. Taguba. Der Bericht schilderte, sehr detailliert, Prügelstrafen, sexuelle Demütigungen und andere Foltermethoden, die Amerikaner in dem Gefängnis Abu Ghraib außerhalb von Bagdad angewandt hatten. Es handelte sich um dasselbe Gefängnis, in dem Saddams Baathisten zweimal wöchentlich unzählige politische Gefangene erhängt hatten. Ich wusste, dass er untersuchte, ob Iraker gefoltert wurden – ein paar Tage zuvor hatte er urplötzlich eine Reise in den Nahen Osten abgesagt, um sich mit einem Informanten zu treffen, der sagte, er habe Aufnahmen und anderes Material. Jetzt hatte Hersh die Story. Er hatte auch erfahren, dass die Produzenten von *60 Minutes II*, der CBS-Nachrichtensendung, ebenfalls die Aufnahmen hatten, allerdings nicht den Bericht Tagubas, und dass sie auf die Bitte des Pentagons hin mit der Ausstrahlung abgewartet hatten. Wir beschlossen, CBS zu ignorieren und das Material sofort zu veröffentlichen, da wir annahmen, dass die Story wasserdicht sei. (Ein gewisses Risiko bestand durchaus, ehrlich gesagt. Ein britisches Boulevardblatt, der *Daily*

Mirror, veröffentlichte später gefälschte Bilder, eine peinliche Aktion, die am Ende den Rücktritt des Redakteurs zur Folge hatte.) Am Mittwochabend, dem 28. April 2004, ging Dan Rather von CBS mit einem ausgezeichneten Bericht über die Aufnahmen und mit ausgiebigen Worten des Bedauerns seitens eines Sprechers der Army auf Sendung; am Ende des Berichts räumte Rather ein, dass der Sender die Ausstrahlung des Berichts nach einem «Appell» des Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs verschoben habe. Da jedoch «andere Journalisten» – womit, wie sich herausstellte, allein Hersh gemeint war – «im Begriff waren, ihre Version der Story zu publizieren, willigte das Verteidigungsministerium ein, bei unserem Bericht zu kooperieren». Zwei Tage danach wurden Hershs Story und eine Auswahl der horrenden Bilder aus Abu Ghraib (darunter einige, die CBS nicht gezeigt hatte) auf unserer Website, www.newyorker.com, eingefügt, und die Story wurde zur Grundlage des Abu-Ghraib-Skandals, wie er genannt wurde. Jede größere Tageszeitung im Land brachte einen langen Bericht, der sich auf Hershs Darstellung stützte, und viele Zeitungen brachten im Anschluss daran Artikel über Hersh selbst und spannten einen Bogen über 35 Jahre von My Lai zu Abu Ghraib.

Hersh veröffentlichte drei Artikel in ebenso vielen Wochen («Torture at Abu Ghraib», «Chain of Command» und «The Gray Zone»), und mit jedem Bericht zeigte sich immer deutlicher, dass Abu Ghraib kein «Einzelfall» war, sondern eher ein konzertierter Versuch von Regierung und Militärführung, die Genfer Konvention zu umgehen. Auf diese Weise wollten sie aus den Häftlingen zusätzliche Informationen herauspressen und den irakischen Aufstand unterdrücken. Mittlerweile hatte die Bush-Administration es sich zur Gewohnheit gemacht, Hershs Arbeit in direkten und energischen Worten anzuzweifeln. Woodward schildert in seinem Buch *Bush at War* das erste Treffen des Präsidenten mit dem pakistanischen Staatschef, General Pervez Musharraf. An einem Punkt erwähnte Musharraf einen Artikel, den Hersh im *New Yorker* veröffentlicht hatte. Darin berichtete Hersh, dass die Vereinigten Staaten mit Unterstützung der Israelis Eventualfallpläne ausgearbeitet hätten, um sich der Atomwaffen Pakistans zu bemächtigen, falls Pakistan gefährlich instabil werden sollte. «Seymour Hersh ist ein Lügner», sagte Bush zu Musharraf, laut

Woodward. Nach Hershs drittem Artikel über Abu Ghraib fühlte sich der Pentagon-Sprecher Lawrence Di Rita befugt, ähnlich harte Worte zu gebrauchen. Hersh, sagte er, habe lediglich «eine Menge Scheiße an die Wand geworfen und erwartet, dass jemand das herunterkratzt, was real ist. Es ist ein Wandschmuck des Unsinns.»

In den folgenden Wochen, als immer deutlicher wurde, dass Hershs Berichterstattung über Abu Ghraib, genau wie sein erster Bericht über My Lai, wenn überhaupt etwas, so eher ein Musterbeispiel an Untertreibung war, warf Di Rita nicht mehr mit solchen Vorwürfen um sich. Seymour Hershs Reportagen haben vor der Geschichte und im Angesicht eines Präsidenten Bestand, dessen Verleumdung sich als eine Form der Bestätigung erwiesen hat.

David Remnick
New York
August 2004

David Remnick ist Chefredakteur der Zeitschrift *The New Yorker*, in der Teile dieses Buches in etwas anderer Form erschienen sind.

I
FOLTER IN ABU GHRAIB

1. Probleme in Guantánamo

Im Spätsommer 2002 besuchte ein Analyst der CIA das Internierungslager der amerikanischen Marinebasis Guantánamo Bay auf Kuba, in dem damals rund sechshundert Häftlinge gefangen gehalten wurden, viele davon anfänglich in Maschendrahtkäfigen, die kaum Schutz vor der sengend heißen Sonne boten. Die meisten dieser Internierten waren in Afghanistan während des Feldzugs gegen die Taliban und die Stützpunkte von al-Qaida gefangen genommen worden. Die Regierung Bush hatte entschieden, dass sie nicht als Kriegsgefangene zu betrachten seien, sondern als «feindliche Kombattanten». Und sie sollten auf unbestimmte Zeit in Guantánamo interniert bleiben, wo sich die CIA, das FBI und Verhörspezialisten des Militärs darum bemühen sollten, Informationen von ihnen zu erhalten. In einer Reihe von Memoranden hatten einige Monate zuvor Rechtsanwälte des Weißen Hauses, des Pentagons und des Justizministeriums darin übereingestimmt, dass diese Häftlinge weder Rechte nach amerikanischen Bundesgesetzen noch den Schutz der Genfer Konventionen über die Behandlung von Kriegsgefangenen für sich in Anspruch nehmen könnten. Präsident Bush stellte sich auf denselben Standpunkt, erklärte aber, die Taliban- und al-Qaida-Häftlinge würden dennoch nach den Prinzipien der Genfer Konvention behandelt werden – zumindest so lange, wie diese Behandlung «mit den militärischen Erfordernissen vereinbar ist».

Mit den Verhören voranzukommen war von entscheidender Bedeutung. Der Krieg gegen den Terrorismus würde nicht durch Soldaten und Waffen gewonnen werden können, wie der Zweite Weltkrieg, sondern indem man die Terroristen aufspürte und sich Informationen über ihre Pläne und künftigen Anschlagsziele verschaffte. «In diesem

Krieg ist Nachrichtengewinnung von zentraler Bedeutung», erklärte mir John Arqilla, Professor für Verteidigungsanalysen an der U.S. Postgraduate Naval School und Terrorismus-Berater des Pentagons. «Sieg oder Niederlage hängen davon ab.» Und Präsident Bush und seine Berater kannten noch immer nicht alle Hintergründe der Flugzeugentführungen vom 11. September 2001: Wie waren sie geplant worden? Wer war darin verwickelt? Hatte es unterstützende Aktivitäten in den Vereinigten Staaten gegeben?

Aber die Verhöre in Guantánamo erwiesen sich als Enttäuschung. Bis dahin hatten sie kaum neue Erkenntnisse erbracht, während immer neue Gefangene aus allen Teilen der Welt in die Marinebasis eingeliefert und das Internierungslager ständig erweitert wurde. Der CIA-Analyst sollte herausfinden, was schief lief. Er sprach fließend Arabisch und kannte sich aus in der islamischen Welt. Er genoss im Geheimdienst hohes Ansehen und konnte sich, wenn er es für erforderlich hielt, direkt an CIA-Direktor George Tenet wenden. Der Analyst beschränkte sich nicht auf eine reine Inspektion. Er befragte mindestens dreißig Häftlinge, um sich ein Bild davon zu machen, wer sie waren und weshalb sie in Guantánamo gelandet waren. Einige seiner Erkenntnisse, so vertraute er später einem ehemaligen CIA-Kollegen an, seien erschreckend gewesen.

«Als er zurückkehrte, war er überzeugt, dass wir in Guantánamo Kriegsverbrechen begehen», erzählte mir dieser Geheimdienstler. «Bezogen auf die Stichprobe, die er erhoben hatte, waren mehr als die Hälfte der Gefangenen zu Unrecht dort inhaftiert. Er hatte Häftlinge gesehen, die in ihrem eigenen Kot lagen», darunter auch zwei alte Männer, vermutlich weit über achtzig, die eindeutig an Demenz litten. «Er hielt diese Vorgänge für empörend», fügte der frühere CIA-Mitarbeiter hinzu. Es habe kein nachvollziehbares System gegeben, nach dem entschieden wurde, wer wichtig war und wer nicht. Gefangene, die nach Kuba gebracht wurden, befanden sich in einem juristischen Niemandsland. Der Analyst erzählte seinem Kollegen, bei einem der ersten Gefangenen, die er interviewte, habe es sich um einen Jungen gehandelt, der gefragt worden sei, ob er sich am «Dschihad» beteiligt habe – am heiligen Krieg gegen Amerika. «Der Junge antwortete: ‹Ich habe mich nie am Dschihad beteiligt. Ich hätte es ge-

macht, wenn ich gekonnt hätte, aber ich habe keine Chance dazu bekommen. Ich bin einfach ins Gefängnis geworfen worden.›»

Der CIA-Analyst verfasste einen Bericht darüber, was er in Guantánamo gesehen hatte und was ihm die Häftlinge erzählt hatten. Zwei ehemalige Regierungsbeamte, die dieses als streng geheim eingestufte Dokument lesen durften, erklärten mir, dass die Schlussfolgerungen, die man daraus ziehen müsse, durchweg trostlos seien. Es würden die falschen Leute auf die falsche Weise verhört. «Organisationen, die in einem Land operieren, ohne von außen angeleitet zu werden, sind schwer aufzuspüren, und wir müssen uns überlegen, wie wir besser an sie herankommen können», erklärte mir einer dieser ehemaligen Regierungsbeamten, der im Weißen Haus arbeitete. Aus dem Bericht des Analysten ergebe sich jedoch die klare Botschaft, «dass wir die Erfolgsaussichten der Vereinigten Staaten verschlechtern, was die Bekämpfung des Terrorismus betrifft». Die willkürlichen Verhöre von willkürlich inhaftierten Leuten erschwerten es, nützliche Informationen von jenen Gefangenen zu erhalten, die wirklich etwas Wichtiges zu sagen hätten. Ähnlich beunruhigend, meinte der frühere Mitarbeiter des Weißen Hauses, sei der Hinweis des Analysten, «dass wir, wenn wir Leute einsperren, die überhaupt keine Terroristen sind, diese erst dadurch zu Terroristen machen».

Der Bericht des Analysten kursierte im Laufe des Herbstes ziellos in den höheren Rängen der Bush-Administration, bis er schließlich auf dem Schreibtisch von General John A. Gordon landete, dem stellvertretenden Sicherheitsberater mit Zuständigkeit für die Terrorismusbekämpfung, der unmittelbar Condoleezza Rice unterstellt war, der Nationalen Sicherheitsberaterin und Vertrauten des Präsidenten. Gordon, der im Jahr 2002 im Rang eines Viersternegenerals aus dem Militär ausgeschieden war, hatte das Air Force Space Command geleitet und war drei Jahre stellvertretender CIA-Direktor gewesen. Er war tief besorgt über den Bericht, nicht zuletzt wegen der Folgen, die sich aus diesen Vorkommnissen für die Behandlung gefangener amerikanischer Soldaten ergeben konnten. Laut einem ehemaligen Regierungsmitarbeiter erklärte Gordon gegenüber Kollegen, dies sei «völlig unvereinbar mit dem amerikanischen Wertesystem», und meinte, dass «die Vorgänge in Guantánamo, sollten sie publik wer-

den, dem Präsidenten sehr schaden könnten». Es ging hier nicht nur unmittelbar um Folter, sondern darum, dass die Regierung an die Bundesgesetze gebunden war und an die UN-Antifolterkonvention, die 1994 von den USA ratifiziert worden war und Folter ebenso untersagte wie andere «grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung oder Bestrafung». Auf Kuba schienen die Dinge außer Kontrolle zu geraten.

Zu dieser Zeit jedoch waren die Amerikaner noch traumatisiert von den Terrorangriffen des 11. September 2001 und erfüllt von Rachegedanken. Als John Walker Lindh, ein zwanzigjähriger Kalifornier, der sich den Taliban angeschlossen hatte, im Dezember 2001 in Afghanistan gefangen genommen worden war, musste er sich vor den amerikanischen Vernehmern nackt ausziehen, die ihn knebelten, an ein Brett banden und vor den Medien und allen Soldaten, die ihn sehen wollten, zur Schau stellten. Diese eindeutigen Verstöße gegen internationales Recht riefen jedoch nur wenig Kritik hervor. Aus Dokumenten des Justizministeriums, die später Lindhs Anwälten ausgehändigt wurden, ging hervor, dass der kommandierende Offizier in der Basis Mazar-i-Sharif, wo Lindh festgehalten wurde, seinem Verhörspezialisten erklärte, dass «ein Berater des Verteidigungsministers ihn ermächtigt habe, ‹die Handschuhe auszuziehen› und alle Fragen zu stellen, die er für nötig hielt».

Innerhalb der Regierung wurde natürlich heftig darüber diskutiert, was erlaubt sein solle und was nicht. Doch die führenden Rechtsberater des Weißen Hauses und des Pentagons schienen darum wetteifern zu wollen, wer das radikalste Memorandum hinsichtlich der Einschränkung der Rechte von Gefangenen zustande brachte. (Mehrere dieser Dokumente wurden erstmals im Mai 2004 in *Newsweek* veröffentlicht.) Das aussagekräftigste Papier im Hinblick auf die tatsächlichen Vorgänge in den Militärgefängnissen und den Internierungslagern wurde im August 2002 von Jay S. Bybee verfasst, dem Leiter des Office of Legal Counsel im Justizministerium. In dem offensichtlichen Bestreben, die rechtliche Bindewirkung der Verpflichtungen der Vereinigten Staaten aus der Antifolterkonvention und den einschlägigen Bundesgesetzen zu unterlaufen, versuchte Bybee in seinem Memorandum, den Begriff Folter neu zu definieren. «Bestimmte

Handlungen mögen grausam, unmenschlich oder erniedrigend sein, erzeugen jedoch nicht Schmerzen oder Leiden in der erforderlichen Intensität, um unter ein [rechtliches] Verbot der Folter zu fallen», schrieb Bybee an Alberto R. Gonzales, den Rechtsbeistand des Weißen Hauses. «Wir gehen davon aus, dass eine Handlung, um als Folter eingestuft werden zu können ... Schmerzen zufügen muss, die nur schwer zu ertragen sind. Körperliche Schmerzen, die als Folter gewertet werden können, müssen in ihrer Intensität vergleichbar sein mit Schmerzen, die durch eine schwere Verletzung hervorgerufen werden, wie etwa ein Organversagen, die Beeinträchtigung von Körperfunktionen oder auch der Tod.» Später nominierte Bush Bybee als Bundesrichter, und heute gehört er dem Ninth Circuit U.S. Court of Appeals an, einem Berufungsgericht in San Francisco.

«Wir haben es mit einem Gegner zu tun, der unschuldige Bürger angreift», sollte Gonzales zwei Jahre später vor Journalisten erklären, als die Empörung über die Misshandlungen im irakischen Gefängnis Abu Ghraib hohe Wellen schlug. «Wir haben es mit einem Gegner zu tun, der im Schatten lauert, einem Gegner, der keine Verträge unterschreibt, der keine Uniform trägt. Es ist ein Gegner, der sich keinem Land verpflichtet fühlt, der das Leben nicht liebt. Es ist ein Gegner, der nicht nach den allgemein akzeptierten Regeln der Kriegsführung kämpft, angreift oder plant und sich vor allem nicht an die Genfer Konvention hält.»

Gonzales fügte hinzu, Bush treffe keine Schuld an diesen Übergriffen. «Der Präsident hat in keiner Weise Handlungen erlaubt, angeordnet oder befohlen, die gegen die Vorschriften der Folterkonvention oder andere einschlägige Gesetze verstoßen», erklärte er. Der Präsident habe vor der Invasion des Iraks im März 2003 «keine förmliche Entscheidung» darüber getroffen, was die Anwendung der Genfer Konvention betreffe, sagte er, «denn es ist selbstverständlich, dass Genf angewendet wird», und man sei davon ausgegangen, dass die Feldkommandeure sicherstellen, dass die Verhörpraktiken mit der erklärten Auffassung des Präsidenten vereinbar seien. In Wirklichkeit beinhaltete eine geheime Erklärung der Auffassung des Präsidenten, die er am 7. Februar 2002 unterzeichnete, ein Schlupfloch, das sich universal nutzen ließ. «Ich ... erkläre, dass keine der Vorschriften der

Genfer Konvention für unseren Konflikt mit al-Qaida in Afghanistan und allen übrigen Teilen der Welt anwendbar ist», bekräftigte der Präsident. Er erklärte ferner, er «besitze laut Verfassung das Recht, Genf im Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Afghanistan zu suspendieren, aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt nehme ich davon Abstand, dieses Recht auszuüben». Mit anderen Worten, die Internierten genossen nicht den Schutz der Genfer Konvention – ihre Haftbedingungen lagen vollständig im Ermessen des US-Präsidenten.

John Gordon musste wissen, worauf er sich einließ, wenn er eine Überprüfung der Praktiken in Guantánamo forderte, aber dennoch tat er etwas, was im Weißen Haus nahezu undenkbar erschien: Er zeigte den Bericht des CIA-Analysten anderen Mitgliedern des Nationalen Sicherheitsrats (NSC). Offensichtlich ging es ihm darum, von seinen Kollegen Unterstützung für seine Forderung zu erhalten, bevor er den Bericht Rice vorlegte. Auf Gordons Bitte erstellte der CIA-Analyst persönliche Briefings für Elliott Abrams, der damals im NSC für den Bereich Demokratie, Menschenrechte und Internationale Operationen zuständig war, und für John Bellinger, den Rechtsberater des NSC. Doch in zwei entscheidenden Schaltstellen des Machtapparats – dem Büro des White House Counsel, also des Chefanwalts des Weißen Hauses, und dem Büro von Vizepräsident Cheney – war man anderer Ansicht. David Addington, der Chef-Rechtsberater in Cheneys Büro, machte Gordon klar, wie der frühere Mitarbeiter des Weißen Hauses sagte, dass die Gefangenen in Guantánamo allesamt illegale Kombattanten seien und daher keinen Anspruch auf rechtlichen Schutz besäßen. Auch das Büro des White House Counsel unternahm nichts, um Gordon zu helfen.

Doch Gordon gab nicht auf und sagte laut dem früheren Mitarbeiter des Weißen Hauses: «Dann wenden wir uns an Condi.»

Ende des Jahres 2002, als der Bericht des CIA-Analysten auf dem Weg zu Condoleezza Rice war, übten Mitarbeiter des FBI heftige Kritik an den Verhörmethoden in Guantánamo; Agenten der Bundespolizei hatten bereits seit der Eröffnung dieses Gefängnisses Internierte auf Kuba verhört. Einige dieser Agenten begannen ihren Vorgesetzten von ihren Erlebnissen dort zu berichten, die nach ihrer An-

sicht wenig damit zu tun hatten, fundierte, verlässliche Informationen zu gewinnen. «Mir wurde berichtet», erinnerte sich ein hochrangiger Beamter, «dass die Wachen Gefangene schlugen, sie zwangen, sich auszuziehen, sie mit kaltem Wasser übergossen und sie stehen ließen, bis sie sich eine Unterkühlung zuzogen. Die FBI-Agenten waren empört. Das war falsch und kontraproduktiv.» Die FBI-Agenten hätten ihre Beschwerden schriftlich formuliert, berichtete mir der Beamte, und sie per E-Mail und telefonisch an Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums weitergeleitet, darunter an William J. Haynes, den Chefanwalt des Pentagons. Doch für das tägliche Leben der Gefangenen in Guantánamo blieben diese Klagen folgenlos.

Weitere Berichte über Misshandlungen kamen Ende 2002 von einem Anwalt der Army-Reserve, der in Guantánamo gearbeitet hatte und sich später beim FBI um eine Stelle bewarb. Die für Guantánamo zuständigen Offiziere verstießen gegen die Genfer Konvention, erklärte der Jurist in diesem Bewerbungsgespräch. Er berichtete, er habe zusammen mit einem Anwaltskollegen ein ausführliches Memorandum für die befehlshabenden Offiziere in Guantánamo verfasst, aber keine Antwort erhalten. Daraufhin hätten sie sich mit ihren Beschwerden an die Anwälte im Pentagon gewandt, doch abermals sei keine Reaktion erfolgt, sagte er mir.

General Gordon und seinen Unterstützern in der Regierung ging es nicht in erster Linie um die Misshandlungen der Gefangenen in Guantánamo, wie mir der frühere Mitarbeiter des Weißen Hauses erklärte: «Sie beschäftigte hauptsächlich die Frage, wie viele Häftlinge dort zu Unrecht interniert waren. Ob auch wirklich die richtigen Leute eingesperrt waren.» In dieser Frage erhielt Gordon auch eine gewisse Unterstützung von unerwarteter Seite: von Generalmajor Michael Dunleavy, einem Army-Reservisten, der die Task Force leitete, die für die Verhöre in Guantánamo zuständig war. Dunleavy hegte keinerlei Sympathien für Gefangene, die mit dem Terrorismus in Verbindung standen. Nachdem er im Mai 2004 in seine Heimatstadt Erie in Pennsylvania zurückgekehrt war, erklärte er, laut einem Artikel in der *Erie Times-News*, in einer Rede vor dem örtlichen Rotary Club, «einem Mann drei Tage lang einen Sack über den Kopf zu stülpen ist nicht unbedingt richtig, aber es ist auch keine Folter». Der Zeitung

zufolge verglich Dunleavy «die Verhörmethoden der amerikanischen Soldaten mit Bestrafungen, die er selbst als Kind habe erdulden müssen – dass er kein Essen mehr bekam, wenn er zu spät nach Hause kam, dass er Prügel bezog, wenn er Widerworte gegen seine Eltern fand, dass er in sein Zimmer geschickt wurde und nicht mehr fernsehen durfte, wenn er unfolgsam war ... ‹Anscheinend war meine Mutter eine Kriegsverbrecherin›, meinte Dunleavy.» Aber auch ihm missfiel die, wie er es mir gegenüber bezeichnete, «übertriebene Art» des Umgangs mit Häftlingen. «Wenn Gefangene keinen Nutzen für mich haben», erklärte Dunleavy, «dann macht das alles keinen Sinn.»

In unserem Gespräch bestritt Dunleavy, im Zivilberuf Richter, dass ältere Häftlinge in Guantánamo misshandelt worden seien, und erklärte, Rice und anderen Mitarbeitern des Weißen Hauses seien Fotos von alten Männern vorgelegt worden, die nagelneue Krankenhauskittel trugen und im Gefängnishospital anscheinend bestens medizinisch versorgt wurden. Das Problem, so fuhr er fort, habe darin bestanden, «dass diese Männer wirklich steinalt waren. Und ich habe mir gedacht, hoffentlich sterben sie hier nicht an Altersschwäche. Denn wenn sie gestorben wären», fügte Dunleavy hinzu und lachte, «hätten sie [nach den islamischen Vorschriften] sofort beerdigt werden müssen, und wir hätten uns lebenslange Feinde geschaffen: ‹Das ist unser Urgroßvater, der älteste Mann im Dorf. Er hat drei Generationen überlebt, aber die Amerikaner haben ihn einfach in einer Kiste verscharrt.›»

Diese Fotos, unabhängig davon, ob sie gestellt waren oder nicht, wurden von einigen Beobachtern als Beweise dafür betrachtet, dass in Guantánamo vieles im Argen lag. «Das waren hochbetagte Männer», erklärte mir der frühere Mitarbeiter des Weißen Hauses, «dass die gefährlich gewesen sein sollen, ist nur schwer zu glauben.» Der ehemalige Regierungsbeamte fügte hinzu, er sei mehr als skeptisch bezüglich der Authentizität dieser Fotos, nachdem er den Bericht des CIA-Analysten gelesen habe.

Condoleezza Rice wurde im Herbst 2002 über die Probleme in Guantánamo unterrichtet. Dabei ging es nicht um die Foltervorwürfe oder darum, ob einige Häftlinge möglicherweise grausamer, unmenschli-

cher oder erniedrigender Behandlung unterworfen worden waren. Das Hauptthema sei, dem früheren Mitarbeiter des Weißen Hauses zufolge, schlicht die Frage gewesen: «Kriegen wir von dort irgendwelche wichtigen Informationen? Nach welchem Verfahren werden die Gefangenen in Gruppen unterteilt?» Rice erklärte sich bereit, eine Besprechung mit hochrangigen Regierungsvertretern im Lageraum des Weißen Hauses anzusetzen. Und sie lud auch Verteidigungsminister Rumsfeld dazu ein.

Rumsfeld, der bis dahin seine Soldaten, die in Kampfeinsätzen waren, öffentlich und intern dazu ermuntert hatte, Gefangene durchaus hart anzufassen, erschien auch tatsächlich zu diesem Treffen, hatte aber überraschend wenig zu sagen. Ein Teilnehmer der Besprechung erinnerte sich, dass Rice Rumsfeld fragte, «was er zu dieser Angelegenheit meine, und er antwortete, er habe sich noch nicht damit beschäftigt». Rice drängte Rumsfeld, sich darum zu kümmern, und fügte hinzu: «Bringen wir die Sache in Ordnung.» Rumsfeld schien damit völlig einverstanden zu sein, und Gordon und seine Unterstützer verließen die Besprechung in dem Glauben, wie mir der ehemalige Regierungsbeamte sagte, dass sich das Pentagon der Probleme annehmen werde.

Einige Zeit später setzte Rice eine weitere Besprechung im Weißen Haus zu den Problemen in Guantánamo an. Die wichtigsten Entscheidungsträger der Bush-Administration – Kabinettsmitglieder und hochrangige Vertreter des Militärs und der Geheimdienste – sollten daran teilnehmen. Für Rumsfeld jedoch schien es, wie sich zeigte, nicht vordringlich zu sein, diese Sache in Ordnung zu bringen. Marshall Billingslea, der erst vor kurzem zum Assistant Secretary im Verteidigungsministerium ernannt worden war und für den Bereich Special Operations and Low-Intensity Conflict (SOLIC) zuständig war, wurde aufgetragen, das Briefing für die Besprechung vorzubereiten. Der 31-jährige Billingslea hatte zuvor als Abrüstungsexperte für den Außenpolitischen Ausschuss des Senats gearbeitet, der damals von Jesse Helms, dem ultrakonservativen Senator aus North Carolina, geleitet wurde.

Als er die Aufgabe übernahm, erklärte Billingslea seinen Kollegen, dass er sich zwar auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle sehr gut aus-

kenne, aber von Gefängnisverwaltung oder internationalem Terrorismus nur wenig verstehe. Aber auch er wusste, dass in Guantánamo das Chaos herrschte, wie mir ein ebenfalls mit diesem Thema befasster Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums sagte, und dass Dunleavy und sein Kobefehlshaber in der Marinebasis, Brigadegeneral Rick Baccus von der Nationalgarde von Rhode Island, heftig über Verhörmethoden und andere organisatorische Fragen stritten. Billingslea und seine Kollegen waren der Auffassung, wie mir der Beamte erzählte, «dass wir dort tatsächlich ein paar üble Kerle haben, aber auch viele Leute, die keine großen Aufrührer sind. Die Verhöre führen zu nichts.» Es sei nicht klar, so der Pentagon-Beamte, «ob Guantánamo ein Internierungslager oder ein Verhörzentrum ist». Kurz nach seinem Amtsantritt im August 2002 hatte sich Billingslea einem langjährigen Berater des Pentagons anvertraut und ihm mitgeteilt, dass die Bush-Administration keine brauchbaren Erkenntnisse aus Kuba erhalte. «Ich habe vorgeschlagen», erzählte mir dieser Berater, «dass sie aus den Inhaftierten eine Kerngruppe herausfiltern und diese längere Zeit ausführlich befragen sollten. Die Vernehmer des Militärs verstanden aber nicht, wovon ich redete – sie kannten sich nur mit Gefechtssituationen aus. Wir mussten eine Möglichkeit finden, Häftlinge zur Mitarbeit zu bewegen. Billingslea war wie ich der Auffassung, dass das, was dort gemacht wurde, keinen strategischen Nutzen besaß.»

Billingslea suchte vor der nächsten Besprechung außerdem einen Mitarbeiter des Weißen Hauses auf, mit dem er vertraulich das weitere Vorgehen besprach. Offenbar hatte Billingslea von der Pentagon-Führung den Auftrag erhalten oder bemühte sich instinktiv darum, das Ausmaß der Probleme in Guantánamo so weit wie möglich zu minimieren, wie mir der Beamte erklärte. «Die Botschaft lautete: ‹Vertraut uns. Wir arbeiten daran, aber diese Männer sind alle feindliche Kombattanten.›» Der Mitarbeiter des Weißen Hauses entgegnete, dass dies nicht ausreichen würde. «Ich habe Billingslea gesagt», erinnerte er sich, «Sie müssen erklären: ‹Wir haben hier ein Problem, folgendermaßen sieht die Lösung aus.›»

Billingslea hatte verstanden. In der Besprechung mit den Behördenchefs, darunter auch Außenminister Colin Powell, erklärte Bil-

lingslea dem früheren Mitarbeiter des Weißen Hauses zufolge, dass man in Guantánamo «die Spreu vom Weizen trennen» müsse, und skizzierte dann ein Verfahren, «wie man dies bewerkstelligen» könne. Derartige Überlegungen waren jedoch im Weißen Haus nicht erwünscht, und es kam zu einer kleinen, hitzigen Debatte. Der frühere Regierungsmitarbeiter erzählte mir, «David Addington» – der Anwalt in Cheneys Büro – «hätte Billingslea am liebsten den Kopf abgerissen, weil er dieses Thema angeschnitten hatte», und machte abschätzige Bemerkungen, die auf die Frage hinausliefen: «Wozu sind wir eigentlich hier?»

Letztlich blieb alles beim Alten. «Das Pentagon mauerte», erinnerte sich der frühere Mitarbeiter des Weißen Hauses. «Ich glaubte an das Gute in den Menschen und dachte, es würde irgendetwas geschehen. Ich war so naiv zu glauben, dass ein Minister» – er meinte Rumsfeld – «es auch tut, wenn er sagt, dass er etwas unternehmen wird.» Im Laufe der folgenden Monate, als sich das Weiße Haus mit der Vorbereitung des Irakkrieges beschäftigte, gab es weitere Diskussionen über die Probleme in Guantánamo und darüber, dass die Verhöre keine verwertbaren Erkenntnisse erbrachten. Doch kein Mitarbeiter der Bush-Administration wollte sich in dieser Angelegenheit allzu weit aus dem Fenster lehnen, weil er dann Gefahr gelaufen wäre, in der Frage des Umgangs mit mutmaßlichen al-Qaida-Terroristen als weich zu erscheinen. «Warum hat Condi nicht mehr gemacht?», fragte der Beamte. «Sie hat denselben Fehler begangen wie ich. Sie hat dem Verteidigungsminister das Versprechen abgenommen, er werde sich um die Sache kümmern.» Doch auch er und seine Kollegen im Weißen Haus kamen nicht weiter, erklärte mir der Beamte. «Auch wir konnten nichts ausrichten.»

Auf einer Pressekonferenz im Weißen Haus im Juni 2004, auf dem Höhepunkt der Berichterstattung über den Folterskandal in Abu Ghraib, versicherte William Haynes, der Chefanwalt des Pentagons, ähnlich wie zuvor schon andere hochrangige Regierungsvertreter, dass keine Gefangenen im Irak, in Afghanistan oder in Kuba gefoltert worden seien. Auf die Frage, woher die Regierung wissen könne, dass sie die richtigen Leute gefangen genommen habe, beharrte er darauf,

dass sich alle Insassen von Guantánamo zu Recht dort befänden. «Es wird sehr viel getan in Guantánamo», sagte Haynes. Alle potenziellen Häftlinge würden von den amerikanischen Behörden in Afghanistan einer Überprüfung unterzogen, fügte er hinzu, bevor sie nach Kuba geschickt werden. Und dort, so fügte er hinzu, «muss noch einmal überprüft werden, ob jemand ein feindlicher Kombattant ist, und diese Überprüfung wird jährlich wiederholt ... Alle Inhaftierten dort haben dieses Verfahren durchlaufen.»

Offenkundig gab es eine deutliche Diskrepanz zwischen der Wirklichkeit des Gefängnislebens in Guantánamo und dem Bild, das der Öffentlichkeit davon in sorgfältig inszenierten Pressekonferenzen und in den Erklärungen der Regierung vermittelt wurde. So versicherten beispielsweise die amerikanischen Gefängnisbehörden den Medien und der Öffentlichkeit wiederholt, dass allen al-Qaida- und Taliban-Häftlingen wöchentlich mindestens drei Erholungsstunden zugestanden würden. Manche Gefangene jedoch, die man als schwierige Fälle einstufte, so berichtete mir ein über die Haftbedingungen wohl informierter Pentagon-Berater Mitte 2002, seien in diesen Erholungszeiten in zwangsjackenähnliche Jacken gesteckt worden, während man ihnen die Hände auf dem Rücken fesselte und die Beine mit Riemen zusammenband. Außerdem legte man ihnen Augenbinden an und zog ihnen eine Kapuze über den Kopf. Gegen Mittag wurden diese Gefangenen dann auf einen kleinen, umzäunten Platz geführt, der wie eine Art Hundeauslauf aussah – der Berater erzählte mir, dass es davon auch Fotos gebe –, wo sie ihre Erholungspause verbringen mussten. Durch die Zwangsjacke und die Fesseln wurden sie gezwungen, auf die Knie zu gehen und sich in einem Winkel von 45 Grad nach vorn zu beugen, wenn sie sich bewegen wollten. Die meisten Gefangenen aber hockten einfach auf dem Boden und ertrugen stumm die Hitze. Dessen ungeachtet erklärten viele Journalisten und Kongressdelegationen, die 2002 Guantánamo besuchten, sie hätten dort keine Missstände beobachten können. Sie sahen nur, was das Militär ihnen zeigen wollte – ein wahrhaft Potemkin'sches Dorf. Einige Monate vor dem Besuch des CIA-Analysten bereitete sich eine Gruppe von Senatoren auf eine Reise nach Guantánamo vor, nachdem ihr aus dem Militär Berichte über Misshandlungen von Gefan-

genen zu Ohren gekommen waren. Auch die Senatoren stellten fest, dass alles in Ordnung sei. «Alles schien bestens», erzählte mir einer dieser Senatoren achselzuckend, fügte jedoch hinzu, dass ihnen nicht erlaubt worden sei, mit den Gefangenen zu sprechen, und sie daher keine unabhängige Beurteilung abgeben könnten.

Einer der Marines, der 2003 in der Wachmannschaft von Guantánamo war und mittlerweile aus dem Militärdienst ausgeschieden ist, erzählte mir, nachdem ich ihm Anonymität zugesichert hatte, dass er und seine Kollegen von ihren Gruppenführern ermutigt worden seien, den Gefangenen ein- bis zweimal im Monat «einen Besuch abzustatten», wenn sich keine Fernsehcrews, Journalisten oder andere Besucher im Gefängnis aufhielten. «Wir haben versucht, sie so gut es ging zu drangsalieren, ihnen ein bisschen Schmerz zuzufügen. Aber viel konnten wir nicht machen.» Weil nämlich die Gefahr bestand, dass es bekannt wurde, wie mir der ehemalige Marinesoldat berichtete, der auch in Afghanistan eingesetzt worden war. «Fast immer waren Medienleute da», sagte er. «Deshalb konnte man sie beispielsweise nicht mit einem gebrochenen Bein zurückschicken. Und wenn jemand umgekommen wäre, dann wäre ich vor dem Kriegsgericht gelandet.» Die Quälereien erfolgten häufig ganz spontan, erzählte der ehemalige Marinesoldat weiter. «Da sagte zum Beispiel ein Gruppenführer: ‹Legt mal los – die Kameraleute sind gerade beim Mittagessen.›» Eine beliebte Freizeitbeschäftigung sei es gewesen, Häftlingen eine Kapuze über den Kopf zu ziehen und sie dann «in einem Geländewagen im Lager umherzufahren und dabei immer wieder im Kreis zu fahren, sodass sie die Orientierung verloren». Die Gefangenen redeten während dieser Fahrten, erzählte der frühere Marinesoldat, «aber wir verstanden nicht, was sie sagten. Ich habe auch nicht versucht, Informationen von ihnen zu erhalten. Ich hatte nur meinen Spaß – es gefiel mir einfach, Gewalt über sie zu haben.» Für ihn seien die Gefangenen in Guantánamo Terroristen gewesen, fügte der ehemalige Soldat hinzu: «Ich dachte, das wären alles üble Kerle.» Als ich einen hohen FBI-Mitarbeiter zu den Berichten dieses ehemaligen Marinesoldaten befragte, erzählte er mir, dass Agenten, die zu Verhören nach Guantánamo entsandt worden waren, ihren Vorgesetzten von ähnlichen Vorkommnissen berichtet hätten.

Im Jahr 2003 inspizierten Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes (IKRK) mehrmals das Lager in Guantánamo. Im November des vorangegangenen Jahres hatte Generalmajor Geoffrey Miller die Generäle Dunleavy und Baccus abgelöst und das Kommando in Guantánamo vereinheitlicht. Baccus erschien dem Pentagon als zu weichherzig, zu besorgt um das Schicksal der Gefangenen. Er hatte sich gegen bestimmte Verhörmethoden gewandt und Plakate des Roten Kreuzes aufhängen lassen, mit denen die Häftlinge auf ihre Rechte nach der Genfer Konvention hingewiesen wurden. Die Inspektionsberichte des Internationalen Roten Kreuzes werden üblicherweise nicht veröffentlicht, aber im Juni 2004 zitierte die *Washington Post* aus mehreren Memoranden des Pentagons, die auf diese Inspektionen Bezug nahmen und deutlich machten, dass die IKRK-Inspekteure zunehmend besorgt waren. Die Bedenken betrafen die Zustände in diesem Gefängnis und auch die Qualifikation von Miller, der als Artillerieoffizier keine Erfahrung mit der Verwaltung eines Gefängnisses hatte.

In einem Bericht, der knapp zwei Jahre nach der Einrichtung des Gefängnisses verfasst wurde, kritisierten die IKRK-Inspekteure die Bush-Regierung, weil die Häftlinge weiter in Käfigen unter freiem Himmel leben mussten, Internierte in «exzessiver Isolation» gehalten wurden und noch kein Verfahren entwickelt worden sei, um jene Häftlinge zu erkennen und freizulassen, die nicht nach Guantánamo gehörten. Nach einem weiteren Besuch, im Oktober 2003, berichtete das IKRK, es sei weiterhin besorgt darüber, dass noch keine Fortschritte erzielt wurden und insbesondere noch keine rechtlichen Grundlagen für den weiteren Umgang mit den Häftlingen geschaffen wurden. In dem Bericht wurde zudem beklagt, dass sich Miller und seine Mitarbeiter zu sehr auf Isolation als Mittel zur Kontrolle der Gefangenen stützten. Die *Washington Post* berichtete, Miller habe sich über die kritischen Bemerkungen der Vertreter des Roten Kreuzes geärgert und sie angeschnauzt, Verhörmethoden gingen sie nichts an. Er bestritt, dass kooperationsunwillige Häftlinge durch Isolationshaft bestraft würden. Isolationshaft werde nur bei solchen Insassen angewendet, die Gefängnisvorschriften nicht Folge leisteten oder den Versuch machten, Wachleute anzugreifen. In Senatsanhörungen nach Abu

Ghraib wurde dann bekannt, dass Miller ermächtigt worden war, in Guantánamo auch rechtlich zweifelhafte Verhörtechniken einzusetzen, zu denen beispielsweise Schlafentzug gehörte, außerdem durften Häftlinge extremer Kälte oder Hitze ausgesetzt oder gezwungen werden, längere Zeit in «anstrengenden Körperhaltungen» zu verharren.

Nach dem Besuch im Oktober kritisierte Christophe Girod, der Leiter des IKRK für die USA und Kanada, Miller öffentlich, weil er noch immer keine Häftlinge in ihre Heimatländer zurückgeschickt habe. Es sei «eine Besorgnis erregende Verschlechterung des psychischen Zustands einer großen Zahl von Häftlingen» festzustellen, weil sie über ihr weiteres Schicksal im Unklaren gelassen würden, erklärte Girod. «Man kann diese Häftlinge nicht auf unbestimmte Zeit unter diesen Bedingungen festhalten.» Girod erklärte, er habe sich dazu entschlossen, an die Öffentlichkeit zu gehen, weil Verhandlungen mit der Bush-Regierung ohne Ergebnisse geblieben seien.

Im Mai 2004 berichtete die *New York Times,* das FBI habe seine Agenten angewiesen, bei Verhören mutmaßlicher al-Qaida-Mitglieder nicht anwesend zu sein. Die Zeitung schrieb, die rabiaten Methoden, die hier zur Gewinnung von Informationen eingesetzt würden, seien in Ermittlungen gegen mutmaßliche Kriminelle nicht erlaubt und könnten die FBI-Agenten daher in künftigen Verfahren gegen die Verdächtigen kompromittieren. «Wir halten nichts von Zwang», erklärte mir anschließend ein hoher FBI-Vertreter. «Unser Ziel besteht darin, Informationen zu erhalten, und wir versuchen, das Vertrauen der Gefangenen zu gewinnen. Das ist für uns von großer Bedeutung.» Er fügte hinzu: «Ich bin der Meinung, Rumsfeld hätte schon längst gefeuert werden sollen.»

«Sie haben es falsch angepackt», erklärte mir ein Pentagon-Berater, der mit Terrorbekämpfung befasst ist. «Sie arbeiten mit Zwang statt mit Überzeugung – was wesentlich erfolgreicher ist. Ihnen geht es um Vergeltung, um Rache. Das ist schlimm, und es ist auch dumm. Nicht Folter, sondern Zuwendung führt zu Geständnissen. Die Methode der Überzeugung ist langwieriger, bringt aber viel bessere Ergebnisse.»

Dem Bericht des CIA-Analysten war dann doch noch ein kleiner Erfolg beschieden. Am 26. Oktober 2002 wurden vier Insassen von Guantánamo freigelassen und kehrten nach Hause zurück, drei von ihnen nach Afghanistan. Ein hochrangiger afghanischer Regierungsmitarbeiter erklärte Pressevertretern in Kabul später, die Umstände, die zu ihrer Inhaftierung geführt hatten, seien lächerlich gewesen. Die *New York Times* berichtete, einer der Inhaftierten, Fais Muhammad, habe «wie ein kleines Kind ständig vor sich hin geplappert; der halb taube, schrumpelige alte Mann konnte nicht einmal einfache Fragen beantworten». Er sagte den Reportern, er sei nicht verbittert über seine Inhaftierung: «Sie haben mir meine alten Kleider genommen und mir dafür neue gegeben.» Jan Muhammad, einer der anderen Freigelassenen, sagte, ihm sei nach wie vor rätselhaft, weshalb er nach Guantánamo gekommen sei. Er erklärte, er sei von den Taliban zum Kämpfen gezwungen worden und habe sich zusammen mit anderen bei der ersten Gelegenheit den amerikanischen Soldaten ergeben. Irgendwann habe jedoch ein afghanischer Warlord die Gruppe gegenüber den Amerikanern als hohe Taliban-Vertreter bezeichnet, und alle seien eingesperrt worden. «Sie sind gekommen und haben zehn Leute verhaftet, die auffällig aussahen», erzählte Muhammad der *New York Times.* «Nur einer von den zehn war ein Taliban.»

In einer Pressekonferenz drei Tage später versicherte Victoria Clarke, die im Verteidigungsministerium für Öffentlichkeitsarbeit zuständig war, das Pentagon «plant definitiv, weitere Häftlinge aus Guantánamo zu entlassen». Die Vertreter des Roten Kreuzes, erklärte sie, «sind ständig in Guantánamo präsent, und ich bin überzeugt, sie werden mit allen Häftlingen sprechen und auch mit denen, die entlassen werden sollen». Clarke fügte hinzu, besonders erfreulich im Verlauf des Jahres sei gewesen, «dass wir imstande waren, Informationen von Inhaftierten zu erhalten, auch von Insassen von Guantánamo, die uns dabei helfen werden, künftige Anschläge zu vereiteln». Doch die öffentlichen Erklärungen des Pentagons und des Weißen Hauses erschienen als ein gezieltes Täuschungsmanöver, wenn man ihnen die tatsächlichen Vorgänge gegenüberstellte. All diese Doppeldeutigkeiten und Falschaussagen zielten natürlich nicht auf al-Qaida

oder andere Terroristen, sondern sollten die amerikanischen Medien und die Öffentlichkeit beeinflussen.

Einige Wochen nach der Freilassung der vier Gefangenen wurde der CIA-Analyst herzlich von Stephen Hadley empfangen, dem Stellvertreter von Condoleezza Rice. «Sie müssen doch sehr zufrieden sein – Sie machen eine interessante Arbeit und erleben, wie sie die Politik beeinflusst!», rief Hadley, wie der Analyst später einem früheren CIA-Kollegen erzählte. Hadley habe erwidert: «Sie haben vier Leute freigelassen. Ich würde aber noch zufriedener sein, wenn Sie auch irgendetwas getan hätten, um die Bedingungen in dem Gefängnis zu verbessern.»

Wie wir heute wissen, hatte die im Jahr 2002 geführte Diskussion im Weißen Haus über das Für und Wider der Verhöre in Guantánamo noch eine weitere, verborgene Dimension. Rice und Rumsfeld wussten etwas, was vielen anderen Teilnehmern dieser Debatte unbekannt war – dass der Präsident irgendwann Ende 2001 oder Anfang 2002 ein als streng geheim eingestuftes Dokument unterzeichnet hatte, in dem das Verteidigungsministerium ermächtigt wurde, eine geheime Sondereinheit aus Angehörigen der Special Forces und anderen Elitesoldaten zu bilden. Sie sollte ohne Rücksicht auf diplomatische Erfordernisse und internationales Recht überall auf der Welt «hochkarätige» al-Qaida-Mitglieder dingfest machen – und durfte sie nötigenfalls auch töten. Zugleich sollten in verbündeten Ländern geheime Verhörzentren eingerichtet werden, in denen die Vernehmer freie Hand erhielten und an keine gesetzlichen Vorschriften gebunden waren. Dieses Programm wurde im Verteidigungsministerium als ein «inoffizielles», so genanntes Special Access Program (SAP) versteckt, in dessen operative Einzelheiten nur einige wenige Leute im Pentagon, in der CIA und im Weißen Haus eingeweiht werden sollten.

Das SAP verdankte seine Existenz dem Wunsch Rumsfelds, die Special Forces auch bei der «Menschenjagd», wie er es öffentlich und in internen Besprechungen nannte, einzusetzen, und seiner Verachtung für die hohen Generäle des Pentagons. In seinem Büro schimpfte Rumsfeld über die seiner Meinung nach zu zögerliche Haltung der

Generäle und Admiräle, die nicht bereit seien, entschlossen vorzugehen. Mitte 2002 tauschten er und seine hochrangigen zivilen Berater geheime Memoranden aus, in denen eine Veränderung der Geisteshaltung der militärischen Führung gefordert und nach Wegen gesucht wurde, um sie zu ermutigen, «größere Risiken in Kauf zu nehmen». In einem Memo, das sich kritisch über die Generäle im Pentagon äußerte, hieß es: «Unser Streben nach abgesicherten ‹handlungsfähigen Erkenntnissen› hat uns gelähmt. Wir müssen akzeptieren, dass wir auch zu handeln bereit sein müssen, bevor alle Fragen abschließend beantwortet sind.» Dem Verteidigungsminister wurde von seinen Beratern empfohlen, «das ‹Absicherungsdenken›, das heute im Militär herrscht, zu überwinden ... Wir versuchen im Übermaß, für alle denkbaren Eventualfälle Pläne aufzustellen ... Wir müssen auch die Bereitschaft aufbringen, Risiken zu akzeptieren.» Operationen, bei denen feindliche Kämpfer im Ausland getötet werden könnten, sollten nicht über die üblichen militärischen Kanäle durchgeführt werden: «Dadurch würden die Entscheidungen Kommissionen anvertraut werden.» Rumsfelds Ungeduld mit den herkömmlichen militärischen Abläufen führte auch zu der Frage, wie Häftlinge behandelt werden sollten, die bei militärischen Operationen gefangen genommen wurden. Kurz nach dem 11. September 2001 äußerte er sich mehrmals abschätzig über die Genfer Konvention. Die Klagen über die Behandlung von Gefangenen durch die Vereinigten Staaten, erklärte Rumsfeld Anfang 2002, kämen ihm vor «wie Anfälle von internationaler Hyperventilation».

Eines von Rumsfelds Zielen bezog sich auf die Kompetenzverteilung: Er wollte erreichen, dass anstelle der CIA das Pentagon die Führungsrolle im Kampf gegen den Terrorismus übernahm. Während der Existenz des SAP, in das schließlich auch das Gefängnis Abu Ghraib einbezogen wurde, habe man, wie mir ein ehemaliger hoher Geheimdienstmitarbeiter erzählte, «den Nationalen Sicherheitsrat gelegentlich über die Ergebnisse, nicht jedoch über die angewendeten Methoden unterrichtet». Hatte sich das Weiße Haus nach diesen Dingen erkundigt? Der frühere Geheimdienstler antwortete, er glaube schon, und es habe auch «die richtigen Antworten bekommen».

Die Einrichtung des SAP und das Erfordernis, den Beteiligten an

diesem Programm rechtlichen Schutz zu verschaffen, könnte auch die verwirrenden Aussagen in der geheimen Stellungnahme des Präsidenten vom 7. Februar 2002 über die Behandlung der Gefangenen in Guantánamo erklären, in der es hieß, dass er sich in Bezug auf al-Qaida-Mitglieder die Entscheidung darüber vorbehalte, ob für sie die Genfer Konvention gelten solle. Auch einige Schlussfolgerungen in früheren Memoranden der Regierung bezogen sich auf mögliche Probleme, die aus dem SAP erwachsen konnten. So hieß es in einer Analyse des Verteidigungsministeriums, die im März 2002 verfasst und zuerst vom *Wall Street Journal* veröffentlicht wurde, die Befugnis des Präsidenten, «einen militärischen Feldzug zu leiten», sei höherrangig als jegliche gesetzliche oder vertragliche Folterverbote: «Jeder Versuch des Kongresses, Festlegungen bezüglich der Verhörmethoden für ungesetzliche Kombattanten zu treffen, würde die in der Verfassung verankerte Autorität des Präsidenten als Oberbefehlshaber verletzen.» Erstaunlicherweise wurde in diesem Dokument auch die Auffassung vertreten, ein Beschuldigter könne «widerlegen, dass er bestimmte Absichten verfolgt habe ... indem er nachweist, dass er in dem guten Glauben gehandelt hat, dass sein Verhalten nicht mit Handlungen gleichzusetzen ist, die durch Gesetz verboten sind.»

Der juristische Kommentator Anthony Lewis schrieb später in der *New York Review of Books,* dieses und andere Memoranden läsen sich «wie die Empfehlungen eines Mob-Anwalts, der einem Mafia-Boss Wege aufzeigt, wie er das Gesetz umgehen und wie er vermeiden kann, ins Gefängnis zu kommen». Lewis fuhr fort: «Die Vermeidung von Strafverfolgung ist ein zentraler Punkt. Ein bemerkenswerter Vorschlag lautet, dass ein Vernehmer, der einem Gefangenen Leid zugefügt hat, zur juristischen Rechtfertigung das Argument der ‹Selbstverteidigung› anführen könne – worunter jedoch nicht seine persönliche Verteidigung, sondern die Verteidigung des Landes verstanden wird.»

Menschenrechtsorganisationen protestierten immer wieder gegen die Misshandlungen von Gefangenen in Guantánamo und im Hauptverhörzentrum in der Luftwaffenbasis Bagram in Afghanistan, aber da es keine Beweisfotos gab, wirkten die Klagen nicht sonderlich überzeu-

gend. Seit Anfang 2002 hatte die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch die Bush-Administration mehrmals dafür kritisiert, dass sie darauf beharrte, die Genfer Konvention nicht auf die in Afghanistan gefangen genommenen Häftlinge anzuwenden. Aber auch diese Kritik hatte nur wenig Wirkung. In einem Brief vom 28. Januar 2002 an Condoleezza Rice räumte Kenneth Roth, der Geschäftsführer der Organisation, ein, dass wohl viele der inhaftierten al-Qaida-Mitglieder nicht die Kriterien für Kriegsgefangene erfüllten. Aber, so fuhr er fort, «die Taliban als De-facto-Regierung von Afghanistan waren eine Partei» im Sinne der Genfer Konvention. Daher habe die Regierung die Verpflichtung, zwischen al-Qaida-Terroristen und den Taliban zu unterscheiden, was sie nicht getan habe. Darüber hinaus erklärte Roth, der Präsident irre sich, wenn er glaube, das internationale Recht gelte für die Insassen von Guantánamo nicht.

Im Februar 2003, mehrere Wochen nachdem die *Washington Post* über die «brachiale Art der Informationsbeschaffung», wie sie es nannte, von al-Qaida- und Taliban-Häftlingen in Afghanistan berichtet hatte, trafen sich Holly Burkhalter, die Vorsitzende des US-Zweiges der Organisation Physicians for Human Rights, und andere Vertreter von Menschenrechtsgruppen im Pentagon mit William Haynes. «Haynes wirkte schon ziemlich geladen, als er hereinkam», erzählte mir Burkhalter. «Er begann das Gespräch gleich mit der Feststellung ‹Wir foltern nicht› und hielt uns dann einen Vortrag: ‹Wenn Sie als Vertreter von Menschenrechtsorganisationen die Behauptung aufstellen, was die USA mit Inhaftierten machen, sei Folter, dann wissen Sie nicht, was Folter wirklich ist.› Seine Botschaft war klar», fasste Burkhalter zusammen: «Wenn Sie das, was wir in den Verhören tun, als Folter bezeichnen – die Leute wach halten und ihnen Augenbinden anlegen –, dann verhöhnen Sie die Opfer wirklicher Folter.»

Die Frage der Definition von Folter kam später erneut auf, diesmal im Juni 2003 im Weißen Haus, drei Monate nach der amerikanischen Invasion im Irak, als Roth zu einem Gespräch mit Rice und John Bellinger, dem Chefanwalt des Sicherheitsrats, eingeladen war. Seinen Gesprächsnotizen zufolge, die er mir überließ, würdigte Roth das Bekenntnis von Präsident Bush gegen die Anwendung von Folter, forderte das Weiße Haus jedoch auf, noch einen Schritt weiter zu gehen.

Er wies darauf hin, dass in diesem Monat auch der Internationale Gedenktag für Folteropfer begangen werde, und schlug vor, dass die Regierung diese Gelegenheit nutzen solle, um öffentlich zu bekräftigen, dass sich die Vereinigten Staaten an die Vorschriften der Bundesgesetze und der Antifolterkonvention halten und auf grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung verzichten würden.

Das war ein heikler Punkt. «Wir setzen keine Folter ein», erklärte Rice laut Roths Aufzeichnungen. Aber, so fügte sie hinzu, «ich möchte mich nicht zu den Einzelheiten der Konvention äußern. Dazu fehlt mir die Kompetenz.» Bellinger sagte daraufhin, den Notizen zufolge, dass «erniedrigend» eine sehr subjektive Bezeichnung sei. «Wenn wir jemandem die Augen verbinden oder ihn auch nur einsperren, könnte man uns natürlich schon vorwerfen, dass wir ihn erniedrigend behandeln.» Bellinger und Rice wussten zweifellos, dass die Probleme in Guantánamo weit darüber hinausgingen, «jemandem die Augen zu verbinden» – ein Euphemismus für die Praxis, Gefangenen eine Kapuze über den Kopf zu stülpen. Der Präsident lieferte zwar die Stellungnahme zum Gedenktag für die Folteropfer, die Roth angeregt hatte. Doch Roth verfolgte mit Sorge, dass die Regierung ihre eigenen Auffassungen von den Begriffen für die ungesetzlichen Handlungen zu haben schien, die in den verschiedenen Konventionen erklärt wurden – Definitionen, die so eng und so extrem waren, dass das US-Militär weiterhin Zwangsmaßnahmen wie das Entkleiden von Gefangenen oder Schlafentzug anwenden und sie auch zwingen konnte, in anstrengenden Körperhaltungen zu verharren.

In einem Interview mit mir im Juli 2004 erinnerte sich Roth: «Ich habe Rice und Bellinger erklärt, dass man so etwas, wenn man es zu Hause nicht machen darf, auch in Guantánamo nicht tun darf.» Als dieses Gespräch mit Rice stattfand, waren die Mitarbeiter von Rumsfelds SAP bereits im dritten Jahr damit beschäftigt, mutmaßliche Terroristen zu ergreifen und in geheimen Gefängnissen in Singapur, Thailand, Pakistan oder anderen Ländern weich zu klopfen. Das Weiße Haus bekämpfte den Terror mit eigenem Terror.

Ende August 2003 – wir kommen darauf zurück – nahm der Krieg im Irak eine schlimme Entwicklung. Und aus den zahlreichen irakischen Gefängnissen kamen – abermals – nur wenige verwertbare In-

formationen. Der Präsident und sein Sicherheitsrat wandten sich daher an General Miller, den Kommandeur von Guantánamo. Als er mir von dieser Entscheidung erzählte, stellte ein Mitarbeiter des Weißen Hauses, der seinerzeit den unglücklichen Versuch General Gordons unterstützt hatte, den Umgang mit den Gefangenen zu verändern, die rhetorische Frage: «Warum überträgt man eine Methode, die in Guantánamo gescheitert ist, auf den Irak?» Die Antwort der Administration auf die zunehmenden Aufstände und den Mangel an Erkenntnissen darüber bestand darin, die inhaftierten irakischen Männer und Frauen einfach härter anzufassen – und sie hinter den Gefängnismauern so zu behandeln, als wären sie auf den Schlachtfeldern Afghanistans gefangen genommen worden.

2. Aufnahmen aus einem Gefängnis

In der Ära Saddam Husseins zählte Abu Ghraib, gut 30 Kilometer westlich von Bagdad gelegen, angesichts von Folter, wöchentlichen Hinrichtungen und fürchterlichen Haftbedingungen zu den berüchtigtsten Gefängnissen der Welt. Einmal waren mindestens 50 000 Männer und Frauen – eine genaue Zahl ist nicht bekannt – gleichzeitig in Abu Ghraib eingepfercht, in 3,6 mal 3,6 Meter große Zellen, die kaum mehr waren als Auffanggruben für Menschen.

Während der Plünderungen im April 2003 nach dem Zusammenbruch des Regimes wurde aus dem damals verlassenen, riesigen Gefängniskomplex alles gestohlen, was nicht niet- und nagelfest war, selbst Türen, Fenster und Ziegel. Die Übergangsregierung ließ die Böden neu fliesen, die Zellen säubern und reparieren, Toiletten und Duschen einbauen und fügte ein neues medizinisches Zentrum hinzu. Abu Ghraib war fortan ein amerikanisches Militärgefängnis. Die meisten Häftlinge – im Herbst 2003 waren es mehrere tausend, darunter Frauen und Jugendliche – waren jedoch Zivilisten, von denen man viele willkürlich bei Razzien des Militärs und an Straßensperren aufgegriffen hatte. Die Häftlinge waren in drei nur vage definierte Kategorien unterteilt: gewöhnliche Verbrecher; Sicherheitshäftlinge, die der «Verbrechen gegen die Koalition» verdächtigt wurden; und eine

kleine Gruppe mutmaßlicher «hochkarätiger» Anführer des Aufstands gegen die Koalitionstruppen.

Im Juni 2003 wurde Janis Karpinski, Brigadegeneral der Army-Reserve, zur Kommandeurin der 800. Brigade der Militärpolizei ernannt und übernahm die Zuständigkeit für Militärgefängnisse im Irak. General Karpinski, der einzige weibliche Kommandeur in der Kriegszone, war eine erfahrene Einsatz- und Nachrichtenoffizierin, die im Golfkrieg von 1991 in den Special Forces gedient hatte, aber noch nie ein Strafvollzugssystem geleitet hatte. Jetzt trug sie die Verantwortung für drei große Gefängnisse, acht Bataillone und 3400 Reservisten der Army, von denen die meisten, genau wie sie, für den Umgang mit Häftlingen nicht ausgebildet worden waren.

General Karpinski, die schon als Fünfjährige davon geträumt hatte, Soldatin zu werden, und in ihrem zivilen Leben Unternehmensberaterin war, schwärmte von ihrem neuen Posten. In einem Interview im Dezember 2003 mit der *St. Petersburg Times* sagte sie, dass für viele irakische Insassen in Abu Ghraib «die Lebensbedingungen im Gefängnis mittlerweile besser sind als zu Hause. Einmal haben wir uns schon Gedanken gemacht, dass sie womöglich gar nicht wieder gehen wollen.»

Einen Monat später wurde General Karpinski förmlich verwarnt und stillschweigend suspendiert. Eine umfassende Untersuchung der Militärgefängnisse, autorisiert von Generalleutnant Ricardo S. Sanchez, dem Oberkommandierenden im Irak, wurde in die Wege geleitet. Ende Februar erstattete Generalmajor Antonio M. Taguba einen 53-seitigen Abschlussbericht, der im April 2004 in meinen Besitz gelangte. Er war nicht für die Veröffentlichung bestimmt – Teile des Berichts waren als geheim klassifiziert. Seine Befunde über die institutionellen Mängel des Gefängniswesens waren unzweideutig. Insbesondere fand Taguba heraus, dass von Oktober bis Dezember 2003 in Abu Ghraib zahlreiche Fälle «sadistischer, eklatanter und böswillig krimineller Misshandlungen» vorgekommen waren. Diese systematischen und illegalen Misshandlungen von Häftlingen, berichtete Taguba, seien von Soldaten der 372. Kompanie der Militärpolizei sowie von Mitgliedern der amerikanischen Nachrichtendienste verübt worden. (Die 372. Kompanie gehörte dem 320. Bataillon der Militärpoli-

zei an, das Karpinskis Brigadehauptquartier unterstellt ist.) Tagubas Bericht zählt einige Formen der Misshandlung auf:

Chemische Leuchtmittel aufbrechen und die Phosphorflüssigkeit auf Häftlinge tropfen lassen; nackte Häftlinge mit kaltem Wasser übergießen; Häftlinge mit einem Besenstiel und einem Stuhl schlagen; männlichen Häftlingen mit Vergewaltigung drohen; einer Wache der Militärpolizei erlauben, die Wunde eines Häftlings zu nähen, der verletzt wurde, nachdem man ihn gegen die Wand seiner Zelle geschleudert hatte; mit einer Neonröhre und möglicherweise einem Besenstiel an einem Häftling Unzucht treiben; und mit Hilfe von Kampfhunden Häftlingen Angst machen und sie mit der Drohung eines Angriffs einschüchtern, in einem Fall wurde tatsächlich ein Häftling gebissen.

Es lägen verblüffende Beweise vor, welche die Behauptungen erhärteten, fügte Taguba hinzu: «detaillierte Zeugenaussagen und die Entdeckung extrem anschaulichen fotografischen Beweismaterials». Die Aufnahmen und Videos, die Soldaten während der Misshandlungen gemacht hätten, seien wegen ihres «außerordentlich sensiblen Charakters» nicht in dem Bericht enthalten.

Die Aufnahmen – von denen einige am 28. April 2004 in der CBS-Sendung *60 Minutes II* ausgestrahlt wurden, ein paar Tage bevor mein Artikel für den *New Yorker* erschien – zeigen hämisch grinsende GIs, die sich über irakische Häftlinge lustig machen und sie zwingen, erniedrigende Haltungen einzunehmen. Sechs Verdächtige – Staff Sergeant [Stabsunteroffizier] Ivan L. Frederick II., bekannt als «Chip», der ranghöchste Unteroffizier, Specialist [Gefreiter] Charles A. Graner, Sergeant Javal Davis, Specialist Megan Ambuhl, Specialist Sabrina Harman und Private [Schütze] Jeremy Sivits – warteten zu der Zeit im Irak auf ihren Prozess. Sie waren unter anderem der Verschwörung, Pflichtverletzung, Grausamkeit gegenüber Gefangenen, Körperverletzung, Tätlichkeit und unzüchtiger Handlungen angeklagt. Eine siebte Verdächtige, Private Lynndie England, hatte man wieder nach Fort Bragg in North Carolina überstellt, nachdem sie von Graner ein Kind erwartete; sie wurde später angeklagt.

Auf einem Foto hält Private England, mit einer Zigarette im Mundwinkel, lässig den Daumen nach oben und zeigt auf die Genitalien eines jungen Irakers, der abgesehen von einem Sandsack über dem Kopf vollständig nackt ist, während er masturbiert. Drei weitere nackte Iraker mit Kapuzen über dem Kopf sind zu sehen, die Hände reflexartig vor den Genitalien überkreuzt. Ein fünfter Häftling hat die Hände an der Seite. Ein anderes Bild zeigt England Arm in Arm mit Specialist Graner; beide grinsen und halten die Daumen hoch. Sie stehen hinter einem Leiberberg, der aus wohl sieben nackten Irakern mit gebeugten Knien gebildet wird, die unbeholfen zu einer Pyramide gestapelt sind. Es gibt noch ein weiteres Foto von einem Berg nackter Häftlinge, wiederum zu einer Pyramide gestapelt. Nicht weit von ihnen steht Graner, die Arme über Kreuz, und feixt; Specialist Sabrina Harman steht vor ihm, beugt sich vor und grinst ebenfalls. Auf einem anderen Foto ist wiederum eine Körperpyramide zu sehen, die Häftlinge tragen Kapuzen, eine Soldatin steht vor ihnen und macht Aufnahmen. Und ein Foto zeigt einen knienden nackten Häftling ohne Kapuze, der den Kopf von der Kamera abgewandt hat. Er wurde so hingesetzt, dass es den Anschein hat, als würde er oralen Sex an einem anderen nackten Häftling mit Kapuze vollziehen.

Eine so unmenschliche Erniedrigung ist in jeder Kultur inakzeptabel, vor allem aber in der arabischen Welt. Homosexuelle Handlungen verstoßen gegen islamisches Recht, und es ist eine Demütigung für Männer, nackt vor anderen Männern zu stehen, wie Bernard Haykel erklärte, Professor für Nahöstliche Studien an der New York University. «Aufeinander gestapelt und zur Masturbation gezwungen werden, nackt vor anderen sein – das sind alles Formen der Folter», sagte Haykel.

Zwei irakische Gesichter, die auf den Fotos auftauchen, sind Gesichter von Toten. Es ist das zerschlagene Gesicht von Häftling Nr. 153399 zu sehen und der blutige Leichnam eines anderen Häftlings, in Zellophan gewickelt und auf Eis gelegt. Ferner ist ein Foto von einem leeren Raum zu sehen, der über und über mit Blut bespritzt ist.

Die Misshandlung von Gefangenen durch die 372. Kompanie erschien beinahe als Routine – ein Bestandteil des Alltags in der Army,

den die Soldaten offenbar nicht glaubten verheimlichen zu müsssen. Am 9. April 2004 schilderte ein Zeuge, der Militärpolizist Matthew Wisdom, bei einer Anhörung nach Artikel 32 (dem militärischen Äquivalent einer Grand Jury, die prüft, ob Anklage erhoben wird) in dem Prozess gegen Sergeant Frederick in Camp Victory nahe Bagdad dem Gericht, was geschah, als er und andere Soldaten sieben Gefangene, mit Kapuze und gefesselt, in den so genannten harten Trakt in Abu Ghraib einlieferten. In diesem Zellenblock aus sieben Gängen waren jene Insassen untergebracht, die als die gefährlichsten galten. Den Männern hatte man vorgeworfen, in einem anderen Teil des Gefängnisses einen Krawall angezettelt zu haben. Wisdom sagte:

> Sergeant First Class Snider packte meinen Gefangenen und warf ihn auf einen Haufen ... Ich halte es nicht für richtig, sie auf einen Haufen zu werfen. Ich habe gesehen, wie Staff Sergeant Frederic *[sic]*, Sergeant Davis und Corporal Graner um den Haufen herumliefen und die Gefangenen schlugen. Ich erinnere mich, dass Staff Sergeant Frederick einen Gefangenen in die Seite seines Brustkorbs schlug. Der Gefangene war keine Gefahr für Staff Sergeant Frederick ... Danach bin ich gegangen.

Über seine Rückkehr sagte Wisdom aus:

> Ich habe zwei nackte Häftlinge gesehen, einer masturbierte in die Richtung eines anderen auf Knien mit offenem Mund. Ich habe gedacht, ich sollte einfach machen, dass ich wegkomme. Ich hielt das nicht für richtig ... Ich sah Staff Sergeant Frederick auf mich zukommen, und er sagte: «Schau, was diese Tiere machen, wenn man sie nur zwei Sekunden allein lässt.» Ich hörte Private First Class England rufen: «Er wird hart.»

Wisdom sagte aus, er habe seine Vorgesetzten über das Vorgefallene informiert und angenommen, dass man sich «der Angelegenheit annehmen» werde. Er sagte: «Ich wollte einfach nichts mit einer Sache zu tun haben, die kriminell aussah.»

Ans Licht kamen die Misshandlungen wegen der Empörung von Specialist Joseph M. Darby, einem Militärpolizisten, dessen Rolle

während der Artikel-32-Anhörung gegen Frederick deutlich wurde. Ein Regierungszeuge, Special Agent Scott Bobeck aus der Ermittlungsabteilung der Army, der Criminal Investigation Division (CID), sagte dem Gericht laut einem gekürzten Transkript, das mir vorliegt: «Die Ermittlung begann, nachdem SPC [Specialist] Darby ... eine CD von CPL [Corporal] Graner bekam ... Er stieß auf Fotos von nackten Häftlingen.» Bobeck sagte, dass Darby «zunächst einen anonymen Brief unter unsere Tür schob, später meldete er sich dann und machte unter Eid eine Aussage. Er hatte ein sehr schlechtes Gefühl wegen der Sache und hielt es für ganz falsch.»

Darby hat das getan, was den einflussreichsten Menschenrechtsgruppen der Welt nicht möglich war. Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes und Human Rights Watch hatten sich im Jahr zuvor mehrfach über die Behandlung irakischer Gefangener durch das amerikanische Militär beschwert, waren allerdings auf wenig Resonanz gestoßen. In einem Fall, der im April 2004 von der *Denver Post* aufgedeckt wurde, waren drei Army-Soldaten aus einem Bataillon des militärischen Nachrichtendienstes angeklagt, eine irakische Insassin von Abu Ghraib vergewaltigt zu haben. Nach einer behördlichen Überprüfung wurden die drei zu einer Geldstrafe von «mindestens 500 Dollar» verurteilt «und degradiert», schrieb die Zeitung.

Die Army-Kommandeure hatten eine andere Antwort parat, als ihnen Darbys CD mit den plastischen Aufnahmen vorgelegt wurde. Die Bilder hatten, das stellte sich schon bald heraus, innerhalb des ganzen 320. Bataillons die Runde von Computer zu Computer gemacht. Die obersten Befehlshaber erkannten sofort, dass sie ein ernsthaftes Problem hatten – ein drohendes politisches und PR-Desaster, das die Vereinigten Staaten besudeln und den Kriegsanstrengungen schaden würde. Darby hatte den Ermittlern die Aufnahmen am 13. Januar 2004 übergeben. Frederick führte über die folgenden Ereignisse fortlaufend Tagebuch und schickte es an seine Familie. Es begann am Morgen des 14. Januar, um zwei Uhr dreißig, damit, dass CID-Agenten der Army an seine Tür klopften. «Ich wurde ... zur Vordertür unseres Gebäudes eskortiert, die von meinem Zimmer aus nicht zu sehen ist», schrieb Frederick, «während ... zwei Männer, die sich nicht identifizierten, in meinem Zimmer blieben. ‹Durchsuchen sie mein

Zimmer?›» Das wurde ihm bestätigt. Frederick willigte später förmlich ein, die Agenten nach Kameras, Computern und Speichermedien suchen zu lassen.

Am 16. Januar, drei Tage nachdem die Army die Bilder erhalten hatte, gab das US Central Command eine milde formulierte Presseerklärung mit fünf Sätzen ab, in der es hieß, es finde eine Ermittlung wegen falscher Behandlung von Gefangenen statt. Minister Rumsfeld gab an, er habe erst in diesem Moment von den Behauptungen erfahren. Wenig später informierte Rumsfeld Präsident Bush. Am 19. Januar ordnete General Sanchez die geheime Ermittlung in Sachen Abu Ghraib an. Zwei Wochen danach wurde General Taguba angewiesen, seine Untersuchung durchzuführen.

Der Ermittler der Army sagte bei der Anhörung nach Artikel 32, dass Frederick und seine Kollegen seines Wissens keinerlei «Ausbildungsrichtlinien» erhalten hätten. Man hatte die Militärpolizisten in der 372. Kompanie bei ihrer Ankunft im Irak im Frühjahr 2003 zunächst mit routinemäßigen Verkehrs- und Polizeiaufgaben betraut. Im Oktober 2003 wurde die Kompanie zum Wachdienst in Abu Ghraib abkommandiert. Der 37-jährige Frederick war deutlich älter als seine Kollegen und ein geborener Anführer. Außerdem hatte er sechs Jahre lang im Strafvollzug in Virginia als Wärter gearbeitet. Bobeck erklärte:

> Nach dem, was ich in Erfahrung gebracht habe, waren SSG Frederick und CPL Graner Straßenmilitärpolizisten, und die Verantwortung wurde ihnen übertragen, weil sie zivile Gefängniswärter gewesen waren und eine Ahnung davon hatten, wie die Dinge gehandhabt werden sollten.

Bobeck sagte weiter aus, Augenzeugen hätten ihm erklärt, dass Frederick in einem Fall «einen Häftling so hart gegen die Brust geschlagen habe, dass der Häftling beinahe einen Herzstillstand erlitten hätte». In Briefen und E-Mails an Familienangehörige stellte Frederick wiederholt heraus, dass die Teams des militärischen Nachrichtendienstes, denen CIA-Offiziere, Linguisten und Verhörspezialisten von privaten Söldnerunternehmen angehörten, in Abu Ghraib das Sagen hatten. In einer Notiz an seine Familie sagte er:

> Ich habe zu einigen Dingen, die ich zu sehen bekam, Fragen gestellt ... Dinge wie Insassen ohne Kleider oder in Damenunterwäsche in ihren Zellen zurücklassen und sie mit Handschellen an die Zellentür fesseln – und die Antwort, die ich bekam, lautete: «So will es der militärische Nachrichtendienst [kurz: MI für military intelligence] haben.» ... Der MI hat uns auch angewiesen, einen Gefangenen volle drei Tage lang mit wenig oder gar keinen Kleidern in eine Einzelzelle ohne Toilette oder fließendes Wasser, ohne Belüftung oder Fenster zu stecken.

Die Nachrichtenoffiziere «haben uns angespornt und gesagt: ‹Gute Arbeit›, nunmehr würden sie positive Ergebnisse und Informationen bekommen», schrieb Frederick. «Der CID ist dabei gewesen, als die militärischen Kampfhunde eingesetzt wurden, um Gefangene auf die Bitte des MI hin einzuschüchtern.» Einmal habe er, teilte Frederick seiner Familie mit, einen vorgesetzten Offizier, Lieutenant Colonel Jerry Phillabaum, den Kommandeur des 320. MP-Bataillons, zur Seite genommen und nach den Misshandlungen der Gefangenen gefragt. «Seine Antwort lautete: ‹Machen Sie sich deswegen keine Sorgen.›»

Bei der Anhörung im April informierte die Army Frederick sowie seine Verteidiger, Captain Robert Shuck, einen Anwalt der Army, und Gary Myers, einen Zivilisten, dass zwei Dutzend Zeugen, die sie vorgeladen hätten, darunter General Karpinski und sämtliche Mitangeklagten Fredericks, nicht erscheinen würden. Einige waren entschuldigt worden, nachdem sie sich auf ihr verfassungsmäßiges Aussageverweigerungsrecht nach dem fünften Zusatzartikel berufen hatten; andere wurden als zu weit entfernt vom Gerichtssaal eingestuft. «Der Zweck einer Anhörung nach Artikel 32 ist für uns, Zeugen zu gewinnen und Fakten aufzudecken», sagte Gary Myers zu mir. «Am Ende standen wir mit einem CID-Beamten da und konnten keine angeblichen Opfer unter die Lupe nehmen.» Nach der Anhörung entschied der Ermittlungsoffizier, der den Vorsitz hatte, dass das vorliegende Beweismaterial ausreiche, um Frederick vor ein Kriegsgericht zu stellen.

Myers, der bei den My-Lai-Verfahren in den siebziger Jahren militärischer Verteidiger gewesen war, sagte mir in einem Interview im April 2004, dass sein Mandant sich mit dem Argument verteidigen

werde, Befehle seiner Vorgesetzten und insbesondere Anweisungen des militärischen Nachrichtendienstes befolgt zu haben. «Ich werde jeden beteiligten Geheimdienstoffizier und zivilen Söldner in den Gerichtssaal zerren, den ich ausfindig machen kann», sagte er. «Glauben Sie wirklich, die Army würde wegen sechs Soldaten einen Offizier im Generalsrang entlassen? Nie und nimmer.» Ähnlich schloss Captain Robert Shuck, der Militärverteidiger Fredericks, seine Verteidigung bei der Anhörung im April ab: die Army versuche, «diese sechs Soldaten für ihre Sünden büßen zu lassen».

Fredericks Verteidigung war natürlich außerordentlich eigennützig. Doch die Beschwerden in seinen Briefen und E-Mails, die er nach Hause geschickt hatte, wurden von mindestens zwei internen Army-Berichten bestätigt: von Tagubas und von dem Bericht des Oberkommandierenden der Militärpolizei der US-Army, Generalmajor Donald Ryder.

Taguba schreibt, dass General Sanchez, offenbar über Berichte aus Militärgefängnissen im Irak beunruhigt, General Ryder schon früh in jenem Herbst gebeten hatte, die Militärgefängnisse zu überprüfen. Die daraus entstandene Studie, die zu dem Zeitpunkt, als der Taguba-Bericht bekannt wurde, noch unter Verschluss lag, datiert vom 5. November 2003. Sie gelangte zu dem Schluss, dass es möglicherweise Menschenrechts-, Ausbildungs- und Personalfragen gab, die über das ganze System hinweg unmittelbarer Aufmerksamkeit bedurften. Es wurden auch ernste Bedenken geäußert wegen der Diskrepanz zwischen den Aufgaben der Militärpolizei, die man für die Bewachung der Gefangenen abgestellt hatte, und denen der Nachrichtenteams, die sie verhören wollten. Nach den Vorschriften der Army sollte sich die nachrichtendienstliche Tätigkeit der Militärpolizisten eigentlich auf das passive Sammeln von Informationen beschränken. In Abu Ghraib jedoch war etwas schief gelaufen.

Schon aus dem Afghanistan-Krieg lägen Erkenntnisse vor, heißt es im Ryder-Bericht, dass Militärpolizisten, kurz MPs, mit Geheimdienstspezialisten zusammengearbeitet hätten: «Die jüngste Nachrichtenbeschaffung zur Unterstützung der Operation Enduring Freedom folgte dem Muster, wonach die Militärpolizei aktiv günstige

Voraussetzungen für darauf folgende Interviews schuf» – ein Euphemismus dafür, dass der Wille der Gefangenen gebrochen wurde. «Derartige Aktionen stehen im Allgemeinen im Widerspruch zum reibungslosen Ablauf einer Haftanstalt, die bestrebt ist, ihre Insassen willfährig und fügsam zu halten.» Ryder forderte die Implementierung von Verfahren, um «die Rolle der Soldaten der Militärpolizei zu definieren ... wobei die Aktionen der Wärter eindeutig von den Aktionen des militärischen Nachrichtendienstes getrennt werden müssen». Die Offiziere, die den Krieg im Irak anführten, hatte man davon in Kenntnis gesetzt.

Ryder spielte seine Mahnung jedoch selbst herunter, indem er zu dem Schluss gelangte, dass die Situation noch keinen kritischen Punkt erreicht habe. General Karpinskis Brigade, berichtete Ryder, «ist nicht angewiesen worden, ihr Procedere in der Anstalt dahingehend zu ändern, dass die Bedingungen für MI-Verhöre geschaffen werden, noch sich an diesen Verhören zu beteiligen». Auch wenn einige Verfahren gewisse Mängel aufwiesen, sagte er, habe er keine MP-Einheit gefunden, «die vorsätzlich unangemessene Haftpraktiken anwandte». Ryders Ermittlung war bestenfalls ein Fehlschlag und schlimmstenfalls ein Vertuschungsmanöver.

Taguba widersprach in seinem Bericht seinem Mitgeneral zwar höflich, aber sehr direkt. «Bedauerlicherweise sind viele der Mängel des Systems, die während [Ryders] Beurteilung auftauchten, ebenjene Fragen, die Gegenstand dieser Ermittlung sind», schrieb er. «Tatsächlich fanden viele Misshandlungen, die die Häftlinge erlitten, während der Zeit der Beurteilung oder in zeitlicher Nähe zu ihr statt.» In dem Bericht heißt es weiter: «Im Gegensatz zu den Erkenntnissen des Berichts von MG [Generalmajor] Ryder stelle ich fest, dass Personal, das der 372. MP-Kompanie der 800. MP-Brigade zugeteilt war, angewiesen wurde, das Procedere zu ändern, um für MI-Verhöre ‹die Bedingungen zu schaffen›.» Nachrichtenoffiziere der Army, CIA-Agenten und private Söldner «baten aktiv darum, dass MP-Wärter physisch und mental günstige Bedingungen für Verhöre der Zeugen herbeiführten». Taguba erhärtete seinen Befund, indem er aus den Aussagen zitierte, die unter Eid gegenüber CID-Ermittlern gemacht worden waren. Specialist Harman etwa, eine der angeklag-

ten Militärpolizisten, sagte aus, es sei ihre Aufgabe gewesen, Häftlinge wach zu halten, darunter einen Gefangenen mit Kapuze, den man mit Drähten an den Fingern, Zehen und am Penis auf eine Kiste gestellt hatte. Sie erklärte: «Der MI wollte sie zum Reden bringen. Es ist Graners und Fredericks Aufgabe, für den MI und OGA [Abkürzung für andere Regierungsbehörden] gewisse Dinge zu tun, um diese Leute zum Reden zu bringen.»

Sergeant Javal Davis, der ebenfalls angeklagt war, sagte den CID-Ermittlern: «Ich habe mit angesehen, wie Gefangene im Zellenblock des MI ... dazu gebracht wurden, Dinge zu tun, die ich moralisch in Frage stellen würde ... Uns wurde gesagt, für sie würden andere Vorschriften gelten.» Taguba schrieb: «Davis sagte auch aus, er habe gehört, wie MI-Offiziere den Wärtern zu verstehen gaben, die Insassen zu misshandeln. Auf die Frage, was der MI denn gesagt habe, sagte er aus: ‹Kocht den Typ für uns weich.› – ‹Sorgt dafür, dass er eine schlimme Nacht hat.› – ‹Sorgt dafür, dass er die Behandlung bekommt.›» Die militärischen Nachrichtenbeamten hätten diese Sätze zu Graner und Frederick gesagt, so Davis. «Die MI-Mitarbeiter haben, nach meiner Auffassung, Graner Komplimente gemacht ... Äußerungen wie: ‹Gute Arbeit, sie brechen wirklich schnell zusammen. Sie beantworten jede Frage. Sie geben gute Informationen preis.›»

Auf die Frage, weshalb er denn seine Befehlskette nicht über die Misshandlung informiert habe, antwortete Sergeant Davis: «Weil ich angenommen habe, dass irgendjemand bestimmt etwas gesagt hätte, wenn sie irgendwelche Dinge machten, die über den üblichen Rahmen oder die Richtlinien hinausgingen. Außerdem gehörte der Flügel» – in dem die Misshandlungen stattfanden – «zum MI, und allem Anschein nach billigte das MI-Personal die Misshandlung.»

Ein anderer Zeuge, Specialist Jason Kennel, der nicht wegen Vergehen angeklagt wurde, sagte: «Ich habe sie nackt gesehen, doch der MI wies uns an, ihnen Matratzen, Decken und Kleider wegzunehmen.» (Er stand auf dem Standpunkt, fügte er hinzu, dass der MI, wenn er das von ihm verlangte, «mir das schon schriftlich geben musste».) Taguba zitierte weiter ein Interview mit Adel L. Nachla, einem Übersetzer, der bei dem zivilen Söldnerunternehmen Titan an-

gestellt war. Er erzählte von einem Abend, an dem ein «Haufen Leute aus dem MI» zusah, wie eine Gruppe an Händen und Füßen gefesselter Insassen den Misshandlungen durch Graner und Frederick ausgesetzt war.

Taguba erhielt darüber hinaus Kenntnis von einem geheimen Bericht von General Geoffrey Miller, dem Kommandeur von Guantánamo. Ende August 2003 hatte Miller ein Expertenteam in den Irak geschickt, um das Programm der Army zu überprüfen. Seine im September schriftlich niedergelegten Empfehlungen waren radikal: dass die Gefängnisse der Army zuallererst für Verhöre und die Beschaffung von kriegswichtigen Informationen ausgerüstet werden müssten. «Die Haftbedingungen müssen dazu dienen, Verhöre zu erleichtern ... eine sichere und menschliche Umgebung zu schaffen, welche die zügige Beschaffung von Informationen fördert», schrieb Miller. Die für die Aufsicht zuständige Militärpolizei in den Gefängnissen solle die Unterstützung des militärischen Nachrichtendienstes zur Priorität machen.

General Sanchez stimmte dem zu, und am 19. November 2003 gab sein Hauptquartier einen Befehl heraus, in dem der 205. MI-Brigade die taktische Kontrolle über das Gefängnis förmlich übergeben wurde. General Taguba griff furchtlos die Befehle von Sanchez an, die, wie er in seinem Bericht schrieb, «*de facto* einem MI-Offizier anstelle eines MP-Offiziers die Verantwortung für MP-Einheiten übertrugen, die in der Einrichtung in Bezug auf die Häftlinge tätig sind. Das ist wegen der verschiedenen Missionen und Agenden, die den jeweiligen Spezialeinheiten zugewiesen wurden, aus doktrinärer Sicht nicht zu empfehlen.» Millers Konzept bestand darin, wie sich später bei Senatsanhörungen herausstellte, das Gefängniswesen im Irak zu «guantánamisieren» – also stärkeres Gewicht auf die Verhöre zu legen. Während seines Aufenthalts im Irak instruierte er Militärkommandeure über die Verhörmethoden, die in Kuba angewandt wurden. Eine vollständige Version des geheimen Berichts von Miller, der im August 2004 einigen Reportern zugespielt wurde, machte deutlich, dass man damit ein ehrgeiziges Ziel verfolgt hatte: Abu Ghraib sollte zu einem Nachrichtenzentrum für den globalen Krieg gegen den Ter-

rorismus der Bush-Administration umgewandelt werden. General Sanchez, schrieb Miller, hatte ein System vor Augen, das «die rasche Ausbeutung der Internierten fördern» könnte, «um den Bedarf für die Terrorabwehr am Kriegsschauplatz und auf nationaler Ebene zu decken» und auf die «Notwendigkeiten des globalen Krieges gegen den Terror» zu reagieren. Miller war offenbar überzeugt, dass die Gefangenen im Irak, wenn sie nur korrekt verhört würden, Informationen liefern konnten, die strategisch für Operationen auf der ganzen Welt relevant waren. Wenn seine Ratschläge unverzüglich umgesetzt würden, so behauptete der General, «dann werde innerhalb von 30 Tagen eine deutliche Steigerung aktionsfähiger Erkenntnisse zu beobachten sein».

Das sah auf dem Papier gut aus, doch Taguba äußerte in seinem Bericht eine wohl begründete Skepsis. Er wies darauf hin, dass «der nachrichtendienstliche Wert der Häftlinge, die in ... Guantánamo festgehalten werden, sich von dem der Häftlinge/Internierten in Abu Ghraib und anderen Haftanstalten im Irak unterscheidet ... In Abu Ghraib ist eine große Zahl irakischer Verbrecher untergebracht. Sie werden nicht für internationale Terroristen oder al-Qaida-Mitglieder gehalten.» Taguba stellte fest, dass Millers Ratschlag offenbar «im Konflikt» mit anderen Studien stehe, ebenso mit den Vorschriften der Army, die vorsahen, dass das Gefängniswesen unter der Kontrolle der Militärpolizei stand. Wenn stattdessen Geheimdienstbeamten die Aufsicht übertragen wurde, spielten Millers Empfehlungen und Sanchez' Kurswechsel zweifellos eine Rolle bei den Misshandlungen in Abu Ghraib.

Ende März, bevor der Abu-Ghraib-Skandal öffentlich bekannt wurde, war General Miller von Guantánamo versetzt und zum Leiter der Haftanstalten im Irak ernannt worden. Nachdem die Story auf CBS ausgestrahlt worden war, gab das Pentagon bekannt, dass Miller bereits in Bagdad eingetroffen sei und sich mit der Sache befasse. General Sanchez präsentierte ihn den Medien als den General, der das irakische Gefängnissystem ausmisten und die Achtung der Genfer Konventionen wiederherstellen würde – der richtige Mann für Probleme mit Kriegsgefangenen. «Wir haben das geändert – vertrauen Sie uns», sagte Miller Anfang Mai den Reportern. «Es wurden Fehler

gemacht. Wir haben sie korrigiert. Wir werden dafür sorgen, dass sie nicht wieder vorkommen.»

Die schärfsten Worte hob sich General Taguba für militärische Nachrichtenoffiziere und private Söldnerunternehmen auf. Er empfahl, Colonel Thomas Pappas, den Kommandeur einer Brigade des Militärgeheimdienstes, zu tadeln und außergerichtlich zu bestrafen, sowie Lieutenant Colonel Steven Jordan, den ehemaligen Leiter des Verhörzentrums, seines Amtes zu entheben und zu tadeln. Ferner forderte er nachdrücklich, dass Steven Stefanowicz, ein ziviler Sicherheitsbediensteter von CACI International, einem Unternehmen aus Virginia, aus seinem Job für die Army entlassen und getadelt werde. Außerdem sollte ihm die Sicherheitsbescheinigung entzogen werden, weil er das Ermittlerteam angelogen und zugelassen oder angeordnet hatte, dass Militärpolizisten, «die nicht in Verhörtechniken ausgebildet waren, Verhöre erleichterten, indem sie ‹Bedingungen schufen›, die weder genehmigt waren», noch in Übereinstimmung mit den Vorschriften der Army standen. «Er wusste eindeutig, dass seine Anweisungen physischen Misshandlungen gleichkamen», schrieb Taguba. Er empfahl ferner disziplinarische Maßnahmen gegen einen zweiten zivilen Söldner namens John Israel.

«Ich habe den Verdacht», schloss Taguba, dass Pappas, Jordan, Stefanowicz und Israel «entweder direkt oder indirekt für den Missbrauch in Abu Ghraib die Verantwortung trugen». Er empfahl nachdrücklich sofortige disziplinarische Maßnahmen.

Private Söldnerunternehmen wie CACI und Titan bezahlten damals Jahresgehälter von deutlich über 100 000 Dollar für die gefährliche Tätigkeit im Irak, weit mehr als die Army. Es wurde ihnen gestattet, sensible Aufgaben zu übernehmen – ein Präzedenzfall in der amerikanischen Militärgeschichte. Zivile Beschäftigte im Gefängnis waren nicht an das Militärrecht, den Uniform Code of Military Justice, gebunden, sondern an ziviles Strafrecht – allerdings ist unklar, ob amerikanisches oder irakisches Recht für sie galt. (In einem Briefing im Mai 2004 bestätigte General Miller, dass Stefanowicz zu Verwaltungsaufgaben versetzt worden sei. Im selben Monat lehnte eine Sprecherin von CACI es mit dem Hinweis auf Sicherheitsbedenken

ab, zu irgendeinem Beschäftigten im Irak einen Kommentar abzugeben. Sie erklärte jedoch, dass das Unternehmen unmittelbar von der Regierung kein Wort über Stefanowicz erfahren habe.)

Stefanowicz und seine Kollegen führten die meisten, wenn nicht alle Verhöre in den Abu-Ghraib-Komplexen durch, die von den Soldaten nur «Wood Building» und «Steel Building» genannt werden. Die Verhörzentren wurden selten von Militärpolizisten aufgesucht, wie ein Informant sagte, der mit der Ermittlung vertraut ist. Viele überaus wichtige Gefangene – die mutmaßlichen Aufständischen, die als hochkarätige Häftlinge galten – wurden in Camp Cropper untergebracht, in der Nähe des Bagdader Flughafens. Doch der Druck auf die Soldaten, den Bitten des militärischen Nachrichtendienstes nachzukommen, war im ganzen System zu spüren.

Allerdings machten nicht alle mit. Im Mai 2004 interviewte ich den Captain einer Kompanie in einer Bagdader Einheit der Militärpolizei. Er erzählte mir von einem Vorfall im vorigen Herbst. Ein junger Offizier des militärischen Nachrichtendienstes war an ihn herangetreten und hatte ihn gebeten, seine Militärpolizisten sollten eine Gruppe von Häftlingen so lange rund um die Uhr wach halten, bis sie zu reden anfingen. «Ich habe gesagt: ‹Nein, das werden wir nicht tun›», sagte der Captain. «Der MI-Kommandeur kommt zu mir und sagt: ‹Wo liegt das Problem? Wir stehen unter Stress, und wir bitten Sie nur darum, sie wach zu halten.› Ich frage: ‹Wie denn? Ihr seid dafür ausgebildet worden, aber meine Soldaten wissen nicht, wie man das macht. Und wenn man einen 18-jährigen Jungen bittet, jemanden wach zu halten, und er weiß nicht, wie man das macht, dann wird er sich was einfallen lassen.›» Der MI-Offizier legte die Bitte dem Kommandeur des Captains vor, doch «er hat mich unterstützt», sagte der Captain.

«Es geht immer um die Menschen. Die MPs in Abu Ghraib wurden von ihren Kommandeuren im Stich gelassen – von den unteren ebenso wie von den oberen», sagte der Captain. «Das System ist gestört – daran besteht kein Zweifel. Aber die Army besteht aus Menschen, und wir müssen uns darauf verlassen, dass sie das Richtige tun.»

In seinem Bericht hob Taguba lediglich drei Militärs lobend hervor. Einer von ihnen, Master-at-Arms [Sicherheitsoffizier] William J. Kimbro, ein Hundeführer der Navy, sollte ausgezeichnet werden, schrieb Taguba, weil er «seine Pflichten kannte und sich trotz erheblichen Drucks seitens des MI-Personals in Abu Ghraib weigerte, an unangemessenen Verhörpraktiken teilzunehmen. An anderer Stelle im Bericht wird deutlich, was Kimbro nicht machen wollte: Amerikanische Soldaten machten Häftlingen mit Kampfhunden Angst, und in einem Fall wurde ein Häftling tatsächlich gebissen.

In der Woche nachdem der Skandal publik wurde, erhielt ich eine zweite Serie digitaler Aufnahmen, die im Besitz einer Angehörigen der 320. Kompanie gewesen war. Die betreffende Reservistin war nach einer Dienstzeit in Abu Ghraib im Frühjahr 2004 nach Hause zurückgekehrt und war seither unerklärlich mürrisch und verschlossen. Ein Familienangehöriger, der sich Dateien auf dem Computer ansah, den die Soldatin in den Irak mitgenommen hatte, stolperte über Bilder aus dem Gefängnis. Eine weitere Suche führte zu einer schrecklichen Sequenz, die die mentale Verfassung der Irak-Veteranin zu erklären schien oder zumindest verständlich machte.

Laut einer Datumsangabe, die in die digitalen Daten eingespielt war, wurden die Fotos von zwei verschiedenen Kameras in einem Zeitraum von 12 Minuten am Abend des 12. Dezember aufgenommen, zwei Monate nachdem die MP-Einheit Abu Ghraib zugeteilt worden war. Auf einem Foto ist ein junger Soldat zu sehen, der eine dunkle Jacke über seiner Uniform trägt und in die Kamera grinst, das Ganze im Korridor des Gefängnisses. Im Hintergrund sind zwei Hundeführer der Army im Tarnanzug und voller Kampfausrüstung zu sehen, die zwei Deutsche Schäferhunde an der Leine halten. Die Hunde bellen einen Mann an, der aus der Sicht der Kamera von dem grinsenden Soldaten teilweise verdeckt wird. Auf einem anderen Bild sieht man, dass der Mann, ein irakischer Gefangener, nackt ist. Die Hände sind hinter dem Nacken verschränkt, und er lehnt an der Tür zu einer Zelle, das Gesicht verzerrt vor Entsetzen, während die Hunde ihn kaum einen Meter entfernt verbellen. Andere Aufnahmen zeigen, wie die Hunde an den Leinen zerren und die Zähne fletschen. Auf einem Foto, das ein paar Minuten später aufgenommen wurde,

liegt der Iraker auf dem Boden und krümmt sich vor Schmerzen. Ein Soldat sitzt auf ihm und presst ihm das Knie in den Rücken. Von dem Bein des Insassen strömt Blut. Ein anderes Foto zeigt eine Großaufnahme des nackten Gefangenen, von der Taille bis zu den Knöcheln, wie er auf dem Boden liegt. An seinem rechten Schenkel ist ein, wie es scheint, Biss oder tiefer Kratzer zu sehen. Auf seinem linken Bein ist eine zweite, größere Wunde, die voller Blut ist.

Schon vor diesem Fall hatte ich zumindest von einem Bericht über Gewalt gehört, an dem amerikanische Soldaten, ein Militärhund und irakische Bürger beteiligt waren, allerdings hatte sich das Ganze nicht in Abu Ghraib abgespielt. Cliff Kindy, ein Mitglied des Christian Peacemaker Teams, einer kirchlichen Gruppe, die die Lage im Irak überwachte, erzählte mir, dass im November 2003 GIs während einer Razzia in Ramadi, knapp 50 Kilometer westlich von Faludscha, einen Militärhund auf eine Gruppe Zivilisten losließen. Zuerst, so Kindy, «gingen die Soldaten von Haus zu Haus und verhafteten 30 Menschen». Unter ihnen befand sich Saad al-Chashab, ein Anwalt der Organization for Human Rights im Irak, der Kindy von dem Vorfall erzählte. Während den 30 Häftlingen Handschellen angelegt wurden und sie sich auf den Boden legen mussten, brach in der Nähe ein Feuergefecht aus. Als es vorbei war, wurden die Iraker in ein Haus bugsiert. Chashab erzählte Kindy, dass die amerikanischen Soldaten dann «im Haus den Hund losließen, und mehrere Menschen wurden gebissen».

Als ich den pensionierten Generalmajor Charles Hines, den Kommandanten der Militärpolizeischule der Army mit einer 28-jährigen Laufbahn in militärischer Strafverfolgung, auf diese Berichte ansprach, reagierte er völlig entsetzt. «Einen Hund in einem Raum voller Menschen loslassen? Hunde auf Kriegsgefangene loslassen? So etwas habe ich noch nie gehört, und das wäre auch niemals geduldet worden», sagte Hines. Er fügte hinzu, dass trainierte Polizeihunde seit langem in Militärgefängnissen gehalten wurden, wo sie für die Suche nach Drogen und anderer Schmuggelware unter den Häftlingen eingesetzt wurden, und gelegentlich für die Eindämmung eines Krawalls. Aber, sagte er, «ich hätte das niemals für die Vernehmung oder Nötigung von Häftlingen genehmigt. Wenn ich das getan

hätte, dann wäre ich ins Gefängnis gekommen oder aus der Army geflogen.»

Je weiter die Ermittlung der Army zu Abu Ghraib vorankam, desto deutlicher zeigte sich, dass der Einsatz von Hunden ohne Maulkorb, um Häftlinge einzuschüchtern, Routine war – eine Praxis, die nach Ansicht der Gefängniswärter von den Vorgesetzten genehmigt worden war. Ermittlungsunterlagen des Militärs, die im Juni 2004 von der *Washington Post* veröffentlicht wurden, belegten, dass Hunde wiederholt bei Verhören eingesetzt wurden, und keineswegs immer, um den Opfern Informationen zu entlocken. Ein Augenzeuge aus dem militärischen Nachrichtendienst, Specialist John Harold Ketzer, sagte den Army-Ermittlern, er habe beobachtet, wie ein Hundeführerteam zwei männliche Häftlinge in Abu Ghraib an eine Wand gestellt hätte, wobei der eine sich schreiend hinter dem anderen versteckt hätte. Es sei kein Verhör im Gange gewesen. «Als ich fragte, was denn in der Zelle vor sich gehe, da gab der Führer an, dass ... er und ein anderer Führer einen Wettkampf veranstalteten, wer mehr Häftlinge dazu bringen würde, sich selbst nass zu machen.» Colonel Thomas Pappas, der Kommandeur der Nachrichtendiensteinheit in Abu Ghraib, sagte den Ermittlern, die Genehmigung habe ihnen General Sanchez erteilt. Doch Sanchez bestritt dies im Mai 2004 bei einem Auftritt vor dem Senatsausschuss zu den Streitkräften. Auf die Frage, wie dann ein Kompaniekommandeur in Abu Ghraib zu der Überzeugung gelangt sei, es liege eine Genehmigung vor, gab der Dreisternegeneral den schwarzen Peter weiter. «Da müssten Sie den Kommandeur fragen», sagte Sanchez zu einem Senator. Zwei Monate danach meldete die Zeitung *USA Today*, sie besitze geheime Dokumente, die belegten, dass Sanchez im vorigen Herbst die militärischen Verhörbeamten durch Anweisungen autorisiert habe, nach eigenem Ermessen Hunde einzusetzen, ohne ihn noch um Genehmigung zu bitten. Nach seinen Anweisungen mussten die Hunde in den Verhörzimmern einen Maulkorb tragen und von einem Führer beaufsichtigt werden, allerdings wurden keine Einschränkungen für den Einsatz von Hunden in anderen Umgebungen festgelegt.

Taguba vertrat vehement die Ansicht, dass hier ein Handlungsmuster vorlag, das den Verhörprozess in Afghanistan und die Misshandlungen in Abu Ghraib miteinander verband. Eine Parallele, die von Taguba nicht angesprochen wurde, war die Behandlung von John Walker Lindh, dem zur Last gelegt wurde, mit al-Qaida-Terroristen trainiert und sich verschworen zu haben, Amerikaner zu töten. Laut einer eidesstattlichen Aussage, die sein Verteidiger James Brosnahan vorlegte, hatte eine Gruppe bewaffneter amerikanischer Soldaten ein paar Tage nach seiner Verhaftung «Mr. Lindh die Augen verbunden und mehrere Aufnahmen von Mr. Lindh und von sich selbst mit Mr. Lindh gemacht. Auf einem Foto hatten die Soldaten ‹Arschloch› auf Mr. Lindhs Binde gekritzelt und posierten neben ihm ... Ein anderer sagte Mr. Lindh, dass er wegen seiner Taten ‹hängen werde› und dass die Soldaten, wenn er tot sei, die Aufnahmen verkaufen und das Geld einer christlichen Organisation spenden würden.» Einige Aufnahmen fanden später ihren Weg in die amerikanischen Medien. Lindh war nackt ausgezogen, mit Isolierband an eine Trage gefesselt und in einen fensterlosen Transportcontainer gesteckt worden. Einmal mehr, hieß es in der Aussage, «fotografierte das Militärpersonal Mr. Lindh, wie er auf der Trage lag». Am 15. Juli 2002 willigte Lindh ein, sich schuldig zu bekennen, dass er im Dienst der Taliban ein Gewehr getragen habe, und erhielt eine 20-jährige Gefängnisstrafe. Während des Prozesses, teilte Brosnahan mir mit, «bestand das Verteidigungsministerium darauf, dass wir erklären, es habe ‹keine absichtliche› Misshandlung von John stattgefunden». Sein Mandant gab dazu sein Einverständnis, doch sein Anwalt stellte fest: «Dagegen spricht aber jene Aufnahme von einem nackten John auf der Trage.»

Das Fotografieren von Gefangenen, in Afghanistan ebenso wie im Irak, erfolgte allem Anschein nach nicht zufällig, sondern war Teil des entmenschlichenden Verhörverfahrens. Die *New York Times* veröffentlichte in der Folge ein Interview mit Hayder Sabbar Abd, der überzeugend von sich behauptete, er sei einer der misshandelten irakischen Gefangenen auf den Aufnahmen aus Abu Ghraib. Abd erzählte Ian Fisher, dem Reporter der *Times*, dass seine Tortur fast ständig von Kameras festgehalten worden sei, was seine Demütigung noch gesteigert habe. Er erinnerte sich, wie die Kamera mehrfach auf-

blitzte, als Soldaten ihm befahlen zu masturbieren und ihn schlugen, als er sich weigerte.

Eine Frage, der jeder Prozess nachgehen wird, lautet: Weshalb hat eine Gruppe Militärpolizisten der US-Army-Reserve, größtenteils aus Kleinstädten kommend, ihre Gefangenen gerade auf diese Weise gefoltert, mit einer Methode, die für Iraker besonders erniedrigend war? Gary Myers, der Verteidiger von Sergeant Frederick, fragte mich: «Glauben Sie wirklich, ein paar Jungs aus dem ländlichen Virginia haben auf eigene Faust beschlossen, das zu tun? Haben beschlossen, dass die beste Methode, Araber zu peinigen und zum Reden zu bringen, darin bestehe, sie nackt herumlaufen zu lassen?»

Die Vorstellung, dass Araber gegen sexuelle Erniedrigungen besonders anfällig seien, war unter den konservativen Kriegsbefürwortern in Washington in den Monaten vor der Invasion im Irak im März 2003 Gesprächsthema gewesen. Ein häufig zitiertes Buch war *The Arab Mind,* eine Studie der arabischen Kultur und Psyche, die erstmals 1973 erschien und von Raphael Patai stammt. Der Kulturanthropologe Patai lehrte unter anderem an der Columbia und an der Princeton University und starb 1996. Das Buch enthält ein 25-seitiges Kapitel über Araber und Sex, in dem Sex als ein Tabuthema dargestellt wird, das mit Schande und Repression beladen ist. «Die Trennung der Geschlechter, die Verschleierung der Frauen ... und alle die anderen detaillierten Bestimmungen, die den Kontakt zwischen Männern und Frauen regeln und einschränken, haben den Effekt, dass Sex in der arabischen Welt zu einer geistigen Hauptbeschäftigung wird», schrieb Patai. Homosexuelle Aktivität «oder jedes Anzeichen homosexueller Neigungen, genau wie alle anderen Äußerungen der Sexualität, werden niemals in der Öffentlichkeit gezeigt. Das ist Privatsache und bleibt im Privaten.» Das Buch von Patai, so sagte mir ein Gelehrter, war «die Bibel der Neokonservativen zu arabischem Verhalten». In ihren Gesprächen, sagte er, kristallisierten sich zwei Themen heraus: «erstens, dass Araber nur die Sprache der Gewalt verstehen und, zweitens, dass die größte Schwäche der Araber Schande und Demütigung sind».

Der Regierungsberater sagte, zumindest anfangs sei mit den sexuellen Erniedrigungen und den gestellten Aufnahmen möglicherweise

ein ernsthaftes Ziel verfolgt worden. Man nahm an, dass einige Gefangene alles tun würden – auch ihre Kameraden ausspionieren –, um die Verbreitung der schmachvollen Fotos unter Familienangehörigen und Freunden zu verhindern. Der Regierungsberater sagte: «Ich habe gehört, dass der Zweck der Aufnahmen war, ein Heer von Informanten zu schaffen, von Menschen, die man wieder in die Bevölkerung einschleusen konnte.» Dahinter habe der Gedanke gesteckt, dass die Angst vor der Bloßstellung sie antreiben würde und sie deshalb Informationen über bevorstehende Anschläge sammeln würden, sagte der Berater. Wenn dem so war, so hatte es wenig Erfolg: Der Aufstand weitete sich immer mehr aus.

Die Probleme innerhalb des Gefängnissystems der Army blieben den Verantwortlichen keineswegs verborgen. Während Karpinskis siebenmonatiger Dienstzeit, bemerkte Taguba, wurde wenigstens ein Dutzend Vorfälle offiziell gemeldet, unter anderem Ausbrüche, Fluchtversuche und andere Sicherheitsprobleme, denen Offiziere der 800. MP-Brigade nachgingen. Einige Vorfälle hatten den Tod oder Verwundungen von Insassen und Militärpolizisten zur Folge und zogen eine Reihe von Untersuchungen innerhalb der Brigade nach sich, ob man «die Lektion gelernt» habe. Karpinski hatte die Berichte stets bestätigt und Befehle unterschrieben, die Änderungen im Gefängnisalltag forderten. Doch Taguba stellte fest, dass sie nicht am Ball geblieben war. Sie hatte nichts getan, um dafür zu sorgen, dass die Befehle auch ausgeführt wurden. Wenn sie das getan hätte, fügte er hinzu, «wären womöglich die Fälle des Missbrauchs verhindert worden».

General Taguba stellte ferner fest, dass Abu Ghraib überbelegt und die Wärtertruppe merklich unterbesetzt war und über zu wenig Ausrüstung verfügte. «Dieses Ungleichgewicht hat zu den schlechten Lebensbedingungen, Fluchtversuchen und Pflichtvernachlässigungen beigetragen», schrieb er. Es bestanden erhebliche Unterschiede, so Taguba, zwischen der tatsächlichen Zahl der Häftlinge vor Ort und der offiziell gemeldeten Zahl. Da es an einem angemessenen Prüfverfahren fehlte, wurden auch viele unschuldige Iraker in Gewahrsam gehalten – in manchen Fällen unbefristet, wie es schien.

Nach der vierten Genfer Konvention darf eine Besatzungsmacht Zivilisten nur aus «zwingenden Sicherheitsgründen» internieren, doch sie muss ein ordentliches Verfahren gewährleisten, damit nur Zivilisten inhaftiert bleiben, die eine tatsächliche Gefahr sind. Häftlinge haben das Recht, gegen jede Internierungsentscheidung Einspruch zu erheben und ihren Fall prüfen zu lassen. Im Februar 2004 beschwerte sich Human Rights Watch bei Rumsfeld, dass im Irak Zivilisten monatelang in Gewahrsam gehalten würden, ohne dass gegen sie Anklage erhoben wurde. Abu Ghraib war *de facto* ein zweites Guantánamo geworden.

Laut der Studie Tagubas wurden über 60 Prozent der zivilen Insassen in Abu Ghraib nicht als Gefahr für die Gesellschaft eingestuft, was eigentlich ihre Entlassung ermöglicht hätte. Karpinski verteidigte sich damit, so Taguba, dass ihre vorgesetzten Offiziere «routinemäßig» ihre Empfehlungen zur Entlassung solcher Häftlinge abgelehnt hätten. Doch Karpinski wurde nur selten in den Gefängnissen gesehen, die sie leiten sollte, schrieb Taguba. Er stieß auch auf eine breite Palette administrativer Probleme, für einige von ihnen kannte er «keinen Präzedenzfall in meiner militärischen Laufbahn». Die Soldaten, fügte er hinzu, seien «vor der Verlegung, an der Sammelstelle, bei der Ankunft am Kriegsschauplatz und während der gesamten Mission ... schlecht vorbereitet und ungeschult» gewesen. Mehr als vier Stunden lang befragte General Taguba Karpinski, die er als extrem emotional charakterisierte: «Was mich an ihrer Aussage besonders beunruhigte, war ihr völliger Widerwille, entweder einzusehen oder zu akzeptieren, dass viele Probleme, die in der 800. MP-Brigade herrschten, durch schlechte Führung verursacht oder verschärft wurden, sowie durch die Weigerung ihres Kommandos, elementare Standards und Grundsätze bei ihren Soldaten einzuführen und auch durchzusetzen.»

Taguba empfahl, Karpinski und sieben Offiziere und Soldaten der Militärpolizeibrigade ihres Postens zu entheben und förmlich zu tadeln. Für Karpinski wurde kein strafrechtliches Verfahren vorgeschlagen; offenbar wurden der Verlust einer Beförderung und die Schmach eines öffentlichen Tadels als hinreichende Strafe angesehen.

Taguba legte seinen Bericht am 26. Februar 2004 vor. Zu diesem Zeitpunkt hatten, laut Aussage vor dem Senat von General Richard Myers, dem Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs, Leute «innerhalb unseres Gebäudes» bereits über die Aufnahmen diskutiert. Myers hatte, nach eigener Aussage, weder schon den Taguba-Bericht gelesen noch die Aufnahmen gesehen, doch er wusste genug über die Misshandlungen, um die Sendung *60 Minutes II* zu einem Aufschub der Story zu überreden.

In einer Pressekonferenz des Pentagons am 4. Mai betonten Rumsfeld und Marine General Peter Pace, der Vizevorsitzende der Vereinigten Stabschefs, nachdrücklich, dass die Ermittlung im Fall Abu Ghraib routinemäßig ihren Gang durch die Befehlskette genommen habe. Wenn die Army langsam reagiert habe, so habe das an den eingebauten Sicherungen gelegen. Pace sagte zu den Journalisten: «Es ist wichtig zu wissen, dass Ermittlungen, wenn sie abgeschlossen sind, sehr systematisch in der Befehlskette nach oben weitergegeben werden. Und zwar dergestalt, dass die Einzelperson, die einen schriftlichen Bericht verfasst, ihn an den Befehlshaber auf der nächsten Ebene [schickt]. Doch er oder sie braucht Zeit, eine Woche oder zwei Wochen, drei Wochen, was immer nötig ist, um alle Dokumente zu lesen, juristischen Rat einzuholen [und] die Entscheidungen zu treffen, die auf seiner oder ihrer Ebene angemessen sind ... Auf diese Weise werden die Rechte eines jeden geschützt, und wir haben systematisch die Möglichkeit, den gesamten Vorgang zu überprüfen.»

In Interviews sagten jedoch Offiziere im Ruhestand und im aktiven Dienst, ebenso Beamte des Pentagons, dass das System nicht funktioniert habe. Ein hoher Pentagon-Beamter sagte, dass viele Spitzengeneräle in der Army über die Vorwürfe wegen Abu Ghraib nicht informiert worden waren. Der Beamte sagte mir, viele Generäle seien der Ansicht, dass General Sanchez und General John Abizaid, der Befehlshaber des US Central Command in Tampa, Florida, im Verein mit den Zivilisten in Rumsfelds Dienststelle in den ersten Monaten des Jahres alles in ihrer Macht Stehende getan hätten, um das Thema totzuschweigen. Die offizielle Befehlskette verläuft von General Sanchez im Irak zu Abizaid und weiter zu Rumsfeld und Präsident Bush. «Man muss die Handlungen – oder Unterlassungen – den In-

teressen gegenüberstellen», sagte der Pentagon-Beamte. «Welches Motiv hatten sie, sich schweigsam zu verhalten? Sie sahen größere diplomatische Schwierigkeiten voraus.»

Innerhalb des Pentagons kam es in den Wochen nach der Veröffentlichung der Fotos zu unzähligen Schuldzuweisungen. Ein Spitzengeneral beklagte sich gegenüber einem Kollegen, dass die Kommandeure im Irak einfach C4, einen hochwirksamen Sprengstoff, hätten nehmen und Abu Ghraib schon letztes Frühjahr in die Luft jagen sollen, mitsamt seinem «emotionalen Ballast», statt es zu einer amerikanischen Einrichtung zu machen. «Das ist jenseits der Grenze des Erlaubten, was den Mangel an Aufsicht angeht», sagte mir ein Generalmajor im Ruhestand zu den Misshandlungen in Abu Ghraib. «Wo waren die Flag Officers? Und ich spreche nicht nur von einem Einsternegeneral», fügte er mit Blick auf General Karpinski hinzu. «Hier liegt ein gigantisches Versagen der Führung vor.»

Seit der Skandal ausgebrochen ist, streiten hochrangige Generäle in der Befehlskette in ihren öffentlichen Stellungnahmen und Aussagen vor dem Kongress konsequent ab, zuvor irgendetwas über die Verbrechen gewusst zu haben. Einen General der Falschaussage zu überführen hat für untere Offiziersränge das Ende der Karriere zur Folge. Diejenigen, die mit mir darüber sprachen, verlangten auch zuerst, dass ich ihnen Anonymität zusicherte. Ein Offizier, der eine wichtige Rolle in dem schwierig zu führenden Krieg gegen die Aufständischen im Irak hat, hatte bereits im November 2003 erfahren, dass in Abu Ghraib und anderswo Gefangene systematisch misshandelt würden. Er hatte diese Information an zwei seiner Vorgesetzten weitergeleitet, an General Abizaid, den Befehlshaber von CENTCOM, und dessen Stellvertreter Lance Smith, Generalleutnant der Air Force. «Ich sagte, in den Gefängnissen sind systematische Misshandlungen im Gange», sagte der Offizier zu mir. «Abizaid sagte einfach gar nichts. Er sah mich an – durch mich hindurch, als wolle er sagen: ‹Mach weiter. Ich will damit nichts zu tun haben.›» Smith sagte ebenfalls kein Wort. «Sie haben es vergangenes Jahr gewusst», sagte der Offizier zu mir.

Ein Militärberater mit guten Kontakten zu Einheiten der Special Operations sagte mir im Sommer 2004, ihn habe man informiert, dass einige Offiziere, die im Irak Dienst taten, schriftlich Beschwerde we-

gen Misshandlungen in Gefängnissen eingereicht hätten, bevor die Aufnahmen veröffentlicht wurden. Man habe ihnen mitgeteilt, sagte er, dass ihre Berichte den Dienstweg zu General Sanchez nehmen müssten. Kriegsverbrechen wurden begangen, und nichts wurde dagegen unternommen, fügte er wütend hinzu. «Menschen wurden zu Tode geprügelt. Wie würden Sie das nennen, wenn Menschen gefoltert werden und sterben müssen und die Soldaten das genau wissen, aber ihre Wunden nicht behandeln?» Er beantwortete die Frage selbst: «Hinrichtung.»

General Antonio Taguba erlitt das Schicksal aller Wahrheitsfanatiker. «In manchen Kreisen im Pentagon wird er nicht als Held angesehen», sagte ein pensionierter Generalmajor der Army über Taguba. «Er ist derjenige, der andere verpfiffen hat, und die Army wird den Preis für seine Integrität zahlen müssen. Die Führung mag keine Leute, die schlechte Nachrichten öffentlich bekannt machen.»

In einer Pressekonferenz am 4. Mai, dem Dienstag nach dem Auftauchen der ersten Aufnahmen, wurde Rumsfeld gefragt, ob er die Bilder und Storys aus Abu Ghraib als einen Rückschlag für die amerikanische Politik im Irak ansehen würde. Damals schien er noch geneigt, alles zu dementieren. «Oh, ich halte wenig von spontaner Geschichtsschreibung», erwiderte er. Am Freitag, dem 7. Mai, als in Leitartikeln und von einigen Kongressmitgliedern bereits sein Rücktritt gefordert wurde, erstattete Rumsfeld jedoch Senat und Repräsentantenhaus ausführlich Bericht und entschuldigte sich für das, wie er sagte, «grundlegend unamerikanische» Fehlverhalten in Abu Ghraib. Er warnte auch, dass weitere und noch abscheulichere Enthüllungen bevorständen. Rumsfeld sagte, dass er tatsächlich kein einziges Foto angesehen habe, bevor sie in der Presse erschienen seien. Die Kopien der Army habe er erst am Vortag durchgesehen. Als er das tat, konnte er «kaum glauben», was er sah, sagte er. «Es gibt noch andere Fotos, die ... Akte zeigen, die man nur als eklatant sadistisch, grausam und unmenschlich bezeichnen kann.» Später sagte er: «Es wird noch schrecklicher werden, fürchte ich.» Rumsfeld fügte hinzu: «Ich habe die Bedeutung der Angelegenheit nicht erkannt.»

Die Nachrichtensendung NBC News zitierte später US-Militärs

mit den Aussagen, dass die nicht veröffentlichten Aufnahmen amerikanische Soldaten zeigen würden, die «einen irakischen Gefangenen fast zu Tode prügelten, mit einer weiblichen irakischen Gefangenen Geschlechtsverkehr hatten und ‹unangemessen mit einem Leichnam umgingen› (...) Sprecher sagten weiter, dass es zudem eine Videokassette gebe, die offenkundig von US-Personal aufgenommen wurde und die Vergewaltigung minderjähriger Jungen durch irakische Wächter zeige».

Vor meinem ersten Bericht hatte ich mehr als 50 Aufnahmen gesehen, die Misshandlungen in Abu Ghraib zeigten. In den folgenden Wochen erhielten andere Nachrichtenmedien, insbesondere die *Washington Post*, weitere Bilder und veröffentlichten sie. Ein Verteidiger, der mit dem Fall zu tun hat, sagte mir im Juli 2004, er habe eine Zeugenaussage gelesen, die die Vergewaltigung eines Jungen durch einen ausländischen privaten Mitarbeiter schilderte, der als Dolmetscher in Abu Ghraib tätig war. In der nicht veröffentlichten Aussage, so der Anwalt, erklärte ein Gefangener, dass er Augenzeuge der Vergewaltigung gewesen sei und dass eine Frau Bilder gemacht habe. Der Zeuge habe ferner ausgesagt, dass «der Junge viel Lärm machte». In seinem Bericht wies General Taguba darauf hin, dass das von ihm gesammelte Beweismaterial Videos ebenso umfasse wie Fotos. Er bemerkte auch, dass bestimmte Mitglieder der irakischen Belegschaft «eine fragwürdige Arbeitsmoral und Loyalität an den Tag legen und ein potenziell gefährliches Kontingent innerhalb des harten Traktes sind». (Das Rote Kreuz zählte bei Inspektionen in den ersten fünf Monaten des Jahres 2004 in sechs amerikanischen Militärgefängnissen 107 Jugendliche, doch die Hilfsorganisation war außerstande, vollständige Informationen über ihr Alter und über die Haftbedingungen zu erhalten.)

Hinweise, welche traumatische Wirkung die Misshandlungen hatten, wurden mir im Frühjahr 2004 von einem hochrangigen irakischen Waffenexperten zugeschickt, der jetzt im Ausland lebt. Er sagte mir, dass mehrere in Abu Ghraib inhaftierte Frauen «ihren Familien Botschaften zukommen ließen, in denen sie diese anflehten, Gift zu ihnen zu schmuggeln, damit sie ihrem Leben ein Ende setzen konnten; andere haben ähnliche Botschaften weitergeleitet und be-

standen darauf, dass sie sofort nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis getötet werden müssen. Das ist der Ehrenkodex im größten Teil des Nahen Ostens. Unschuldige Leben werden gelassen werden, damit ihre Familien die Schande überleben.»

Der Versuch, ein vollständiges Bild von den Geschehnissen in Abu Ghraib zu erhalten, entwickelte sich zu einer ständig sich ausweitenden Reihe miteinander zusammenhängender Ermittlungen, die häufig in aller Eile in die Wege geleitet wurden, darunter Untersuchungen zu Dutzenden mysteriöser Todesfälle im Gefängnissystem der Army. Die Ermittler befassten sich nicht nur mit der Rolle, die Militär- und Nachrichtenbeamte spielten, sondern auch mit CIA-Agenten und privaten Angestellten wie den irakischen Dolmetschern. In einer Stellungnahme räumte die CIA ein, dass ihr Generalinspekteur eine Ermittlung zu den Misshandlungen in Abu Ghraib eingeleitet habe, die den Tod eines Gefangenen betraf, eines Insassen namens Manadel al-Jamadi. Ein Foto von Jamadi, das seinen zerschlagenen Leichnam auf Eis zeigt, ist um die ganze Welt gegangen.

In einem Brief an seine Familie schrieb Sergeant Frederick, dass im November 2003 ein irakischer Gefangener (der später als Jamadi identifiziert wurde) unter der Aufsicht der «OGA», wie die Wärter in Abu Ghraib kurz andere Regierungsbehörden nannten – also der CIA und ihrer paramilitärischen Mitarbeiter –, zum Verhör zu seiner Einheit gebracht wurde. «Sie setzten ihm so hart zu, dass der Mann starb. Sie steckten seinen Leichnam in einen Leichensack und legten ihn ungefähr 24 Stunden lang in der Dusche auf Eis ... Am nächsten Tag kamen die Sanitäter und legten die Leiche auf eine Trage, steckten eine Infusionsattrappe in den Arm und trugen ihn weg.» Der tote Iraker wurde niemals in die Insassenliste des Gefängnisses eingetragen, erinnerte sich Frederick, «und hatte deshalb nie eine Nummer».

Anschließende Aussagen in den Verfahren zu Abu Ghraib bestätigten zum großen Teil Fredericks Version. Specialist Bruce Brown, ein Zeuge, der nicht verdächtigt wurde, erzählte, man habe Lufterfrischer versprüht, um den Verwesungsgeruch von al-Jamadis Leichnam zu überdecken. Andere Zeugen sagten aus, dass CIA-Agenten al-Jamadi mit Kapuze über dem Kopf zu einem Verhör in das Gefängnis gebracht hätten, das entweder – hier waren die Zeugen sich nicht

einig – CIA-Beamte allein oder gemeinsam mit Offizieren des Militärgeheimdienstes geführt hatten. Nach al-Jamadis Tod, so sagte ein anderer Zeuge aus, war Colonel Pappas, der befehlshabende Offizier des Geheimdienstes in Abu Ghraib, in eine Diskussion über die Frage verwickelt, was mit der Leiche geschehen solle. Die nahe liegende Lösung bestand darin, ihn erst einmal auf Eis zu legen. Der Zeuge Captain Donald Reese, Kommandeur einer der beteiligten Kompanien der Militärpolizei, sagte aus, dass er Pappas einmal sagen hörte: «Ich werde nicht allein den Kopf dafür hinhalten.» Ende Juli gingen Ermittler der Army der Frage nach, ob die Offiziere und Soldaten an einem Mordkomplott beteiligt waren.

Während die internationale Empörung immer lauter wurde, unterstrichen hochrangige Militäroffiziere und Präsident Bush nachdrücklich, dass die Aktionen einiger weniger nicht das Verhalten des Militärs insgesamt widerspiegelten. Tagubas Bericht wuchs sich jedoch zu einer schonungslosen Studie über kollektives Fehlverhalten und über das Versagen der Army-Führung auf höchster Ebene aus. Dem Bild zufolge, das Taguba von Abu Ghraib zeichnete, wurde routinemäßig gegen Vorschriften der Army und die Genfer Konventionen verstoßen, und ein Großteil der Gefängnisroutine der Gefangenen wurde an Einheiten des Nachrichtendienstes der Army und zivile Söldner delegiert.

Keine noch so wohlklingenden Worte der Entschuldigung oder politischen Klimmzüge können darüber hinwegtäuschen, dass Präsident Bush und seine obersten Berater sich seit den Anschlägen vom 11. September in einem Krieg gegen den Terrorismus gesehen haben, in dem die alten Regeln nicht gelten. Die Vernehmung von Gefangenen und die Beschaffung von Informationen, auch durch Einschüchterung und Folter, hatte jetzt oberste Priorität.

3. Die Grenzüberschreitung

Der Abu-Ghraib-Skandal wurzelt nicht in den kriminellen Neigungen einiger Army-Reservisten, sondern darin, dass George Bush und Donald Rumsfeld im Kampf gegen den Terrorismus auf Geheimope-

rationen, den Einsatz von Zwangsmitteln und Vergeltung nach dem Motto «Auge um Auge, Zahn um Zahn» setzen. Rumsfeld traf seine – vom Weißen Haus unterstützte – schicksalhafteste Entscheidung während einer Krise im August 2003, als der Verteidigungsminister das streng geheime Special-Access-Programm (SAP) auf die irakischen Gefängnisse ausweitete. Rumsfelds Entscheidung verbitterte die amerikanische Geheimdienstgemeinde, schadete der Wirksamkeit der Elitekampfeinheiten und beeinträchtigte die Aussichten der Vereinigten Staaten im Krieg gegen den Terror.

Interviews mit mehreren pensionierten und aktiven amerikanischen Geheimdienstangehörigen zufolge ermutigte die Pentagon-Operation – von der Teile innerhalb der Geheimdienstszene mit mehreren Codeworten, zum Beispiel Copper Green, bekannt waren – die Anwendung physischer Zwangsmaßnahmen und die sexuelle Erniedrigung von irakischen Gefangenen mit dem Ziel, mehr Informationen über den Aufstand im Irak zu erhalten. Ein hoher CIA-Mitarbeiter bestätigte die Einzelheiten dieser Darstellung und sagte, dass die Operation auf Rumsfelds lange gehegten Wunsch zurückging, der CIA die Kontrolle über die geheimen und paramilitärischen Operationen zu entreißen.

Von der Existenz des Special-Access-Programms erfuhr ich erstmals durch Geheimdienstangehörige, denen die offenkundige Verletzung der Genfer Konventionen durch das Programm zu schaffen machte; ihre Hauptsorge war, dass solche Aktivitäten, sollten sie bekannt werden, die moralische Position der Vereinigten Staaten unterhöhlen und Vergeltungsaktionen gegen amerikanische Soldaten provozieren würden. Nachdem im Mai 2004 mein Artikel über das Special-Access-Programm erschien, bestätigte mir ein führender Kongressabgeordneter die Existenz des Programms und wies darauf hin, dass Präsident Bush die vorgeschriebene Feststellung zur offiziellen Unterrichtung des Kongresses über das Programm unterzeichnet hatte. Der Abgeordnete fügte hinzu, dass ihm nichtsdestotrotz nur sehr wenig über das Programm mitgeteilt worden war. Formell waren nur einige wenige Mitglieder der Führungsspitze des Repräsentantenhauses und des Senats autorisiert, Informationen über das Programm zu

bekommen, und selbst diese Abgeordneten erfuhren wenig mehr als die grundlegenden Budgetangaben. Es ist nicht klar, ob die Mitglieder des Senats und des Repräsentantenhauses wussten, dass die Vereinigten Staaten kurz davor standen, in das Geschäft des «Verschwindenlassens» von Menschen einzusteigen.

Einen Hinweis darauf, wie wichtig diese inoffiziellen Programme der Regierung waren, hatte Präsident Bush höchstpersönlich geliefert. Im Juni 2002 kritisierte das Weiße Haus eine Bestimmung des jährlichen Bewilligungsgesetzes für das Pentagon, der zufolge der Kongress dreißig Tage vor Beginn eines neuen SAP unterrichtet werden musste. «Situationen könnten entstehen, insbesondere in Kriegszeiten», warnte das Weiße Haus in einer Erklärung, «in denen der Präsident unverzüglich spezielle Zugangskontrollen bei klassifizierten nationalen Sicherheitsinformationen einrichten muss.» Doch der Kongress beharrte auf der Bestimmung, und die 30-Tage-Frist blieb in dem Gesetz. Im Oktober dann unterzeichnete ein gereizt wirkender Präsident Bush zwar das Gesetz, ließ die Abgeordneten aber im Prinzip wissen, dass er dennoch tun konnte, was er wollte. «Der U.S. Supreme Court hat festgestellt, dass sich die Autorität des Präsidenten, die nationale Sicherheit betreffende Informationen für geheim zu erklären und den Zugang zu ihnen zu kontrollieren, aus der Verfassung ergibt und nicht von einer Vollmachtsgewährung durch die Legislative abhängig ist», erklärte der Präsident und kündigte an, er werde das Gesetz «auf eine mit der konstitutionellen Autorität des Präsidenten in Übereinstimmung stehende Weise» auslegen.

Rumsfeld, der im Mai 2004 vor dem Senat zu Abu Ghraib aussagte, war es per Gesetz untersagt, in einer öffentlichen Sitzung explizit streng geheime Themen anzusprechen, was ihn aber nicht daran hinderte, den Eindruck zu vermitteln, er habe der Öffentlichkeit alles mitgeteilt, was er über die Angelegenheit wusste. «Jede Andeutung, dass es kein volles und tiefes Bewusstsein der Geschehnisse gäbe und der Schäden, die sie angerichtet haben, wäre meiner Meinung nach ein Missverständnis.» Der hochrangige CIA-Mitarbeiter meinte auf meine Frage zu den Aussagen Rumsfelds und seines Staatssekretärs für Geheimdienstfragen Stephen Cambone: «Manche Leute glauben eben, dass sie jeden hinters Licht führen können.»

In gewisser Weise fing die Abu-Ghraib-Story bereits wenige Wochen nach den Anschlägen vom 11. September mit den amerikanischen Bombenangriffen auf Afghanistan an. Praktisch von Beginn an behinderten massive Kommando- und Kontrollprobleme die Suche der US-Regierung nach al-Qaida-Angehörigen in der Kriegszone und ihre weltweite Suche nach Terroristen. So mussten Kampftruppen, die Sichtkontakt zu al-Qaida-Angehörigen hatten, erst eine rechtliche Freigabe einholen, bevor sie das Feuer eröffnen durften. Am 7. Oktober 2001, in der Nacht, in der das Bombardement begann, erfasste eine unbemannte Predator-Aufklärungsdrohne einen Autokonvoi, in dem nach Überzeugung amerikanischer Geheimdienstler der Taliban-Führer Mullah Mohammed Omar mitfuhr, doch der Dienst habende Jurist im CENTCOM-Hauptquartier in Tampa, Florida, verweigerte die Erlaubnis zum Angriff. Als die Freigabe schließlich kam, befand sich das Ziel bereits außer Reichweite. Rumsfeld erlitt fast einen Schlaganfall angesichts einer, wie er es sah, kontraproduktiven und von politischer Korrektheit motivierten Angriffshemmung. «Er zerschlug einen Haufen Gläser und ließ viele Türen knallen», beschrieb ein Offizier Rumsfelds Stimmungslage im Herbst 2001. Im November 2001 berichtete die *Washington Post*, seit Anfang Oktober seien Air-Force-Piloten mindestens zehnmal überzeugt gewesen, hochrangige Taliban- und al-Qaida-Mitglieder im Visier zu haben, hätten aufgrund rechtlicher Hürden jedoch nicht rechtzeitig angreifen können. Vor ähnlichen Problemen standen die amerikanischen Special-Forces-Einheiten, die rund um die Welt schnelle Schläge gegen mutmaßliche Terroristenzellen ausführen sollten, da sie vor einem Angriff die Genehmigung des amerikanischen Botschafters vor Ort einholen und ihre Vorgesetzten in der Befehlskette unterrichten mussten.

Nach der Enthüllung der Missstände in Abu Ghraib erhielt ich von einem früheren hochrangigen Geheimdienstmitarbeiter, der Informationen aus erster Hand über das SAP hatte, einen Bericht über die Hintergründe des streng geheimen Programms. Je länger die von den Amerikanern angeführte Jagd auf al-Qaida und Osama Bin Laden ohne nennenswerte Ergebnisse blieb, desto weniger konnte überse-

hen werden, dass die amerikanischen Geheimdienstagenten im Feld nicht in der Lage waren, rechtzeitig nützliche Geheimdienstinformationen zu beschaffen. Die Vereinigten Staaten waren, so schien es, meilenweit von einem Zugriff auf Osama Bin Laden entfernt. «Das Weiße Haus fragt», meinte der ehemalige Geheimdienstler, «wie können wir das auf die Reihe bekommen? Wir bekommen es nicht auf die Reihe.» Während der Druck immer mehr zunahm, erhielt die CIA in einem gewissen Umfang Informationen von Geheimdiensten befreundeter Länder – Alliierten der Vereinigten Staaten im Nahen und Mittleren Osten sowie in Südostasien –, die sich nicht scheuten, mit ihren Gefangenen wenig zimperlich umzuspringen. Binnen weniger Wochen nach der Invasion in Afghanistan hatten die amerikanischen und mit ihnen alliierten Truppen weitaus mehr Gefangene gemacht, als sie handhaben konnten. «Unsere Kapazitäten für das Verhören und die Unterbringung von Gefangenen waren überschritten», sagte der ehemalige CIA-Mitarbeiter. «Von unseren Verbündeten hörten wir», fuhr er fort, «Dinge wie ‹Wir mussten dem Gefangenen Zähne und Finger ausreißen, doch dafür haben wir gutes Material bekommen. Er ist jetzt tot, aber das ist uns egal.› Die Grenze, die dazwischen verläuft, Verbindungsoffiziere dazu zu benutzen, Köpfe zu knacken, und Amerikaner dazu zu bringen, dasselbe zu tun, beginnt zu verschwimmen.» Rumsfeld und seine zivilen Berater dagegen waren von den harten Verhörmethoden angetan.

Schließlich autorisierte Rumsfeld die Einrichtung des streng geheimen Programms, dessen Agenten vorab die Blankovollmacht erhielten, «high value targets», also hochkarätige Zielpersonen zu töten oder gefangen zu nehmen und, wenn möglich, zu verhören. Für das der strengsten Geheimhaltungsstufe des Pentagons unterliegende SAP wurde ein Büro in einem sicheren Bereich des Pentagons eingerichtet. Zunächst erhielt das Programm den Auftrag, Agenten zu rekrutieren und die notwendige Ausrüstung zu besorgen – alles natürlich unter Beachtung der strengsten Geheimhaltung. Die erfolgreichsten amerikanischen Geheimdienstoperationen im Kalten Krieg waren SAPs gewesen, darunter zum Beispiel der Einsatz von U-Booten der Marine zur Anzapfung von Tiefseekabeln, über die das sowjetische Oberkommando kommunizierte, und der Bau des Tarnkap-

penbombers der Air Force. Allen diesen so genannten schwarzen Programmen war eines gemeinsam: Der Verteidigungsminister oder sein Stellvertreter mussten zu dem Urteil gelangen, dass die gewöhnlichen militärischen Geheimhaltungsvorkehrungen keinen ausreichenden Schutz boten.

«Rumsfelds Ziel lautete, die Kapazität aufzubauen, gegen hochkarätige Zielpersonen vorgehen zu können – eine stehende Gruppe, die blitzschnell zuschlagen kann», erklärte der ehemalige hohe CIA-Mitarbeiter. «Er holte alle Behörden an einen Tisch – die CIA und die NSA –, um die Vorabfreigabe zu erhalten. Einfach das Codewort sagen und losschlagen.» Die Operation hatte die Blankozustimmung Rumsfelds und der Nationalen Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice. Die dem Programm zugewiesenen Leute arbeiteten genau nach Vorschrift. Sie entwickelten Codewörter und rekrutierten nach einer sorgfältigen Vorauslese bestens trainierte Kommandos und Agenten aus allen Eliteeinheiten – den Navy-Seals, der Delta Force der Army und den paramilitärischen Experten der CIA. Sie stellten auch ein paar einfache Fragen: «Müssen die mit dem Problem befassten Leute Decknamen benutzen? Ja. Brauchen wir tote Briefkästen für die Kommunikation? Ja. Keine Spuren und kein Budget. Und manche Special-Access-Programme werden dem Kongress gar nicht vollständig offen gelegt.»

Theoretisch erlaubte die Operation es der Regierung Bush, ohne jede Verzögerung auf zeitsensitive Geheimdienstinformationen zu reagieren: Die Kommandos brauchten keine Visa, um Grenzen zu überschreiten, und konnten Terrorverdächtige, die als zu wichtig galten, um sie in das Militärgefängnis Guantánamo zu bringen, an Ort und Stelle verhören. Sie führten in geheimen, rund um die Welt verstreut liegenden CIA-Gefängnissen Verhöre durch, häufig mit Hilfe ausländischer Geheimdienste und, wenn nötig, auch unter Einsatz von Gewalt. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse wurden in Echtzeit an das SAP-Kommondozentrum im Pentagon übermittelt und auf Informationen gesichtet, die für die «weiße», sprich die öffentliche Welt relevant waren.

Insgesamt waren nicht einmal 200 Agenten und Offizielle, darunter Rumsfeld und General Myers, «vollständig in das Programm ein-

geweiht», sagte der Ex-CIA-Mitarbeiter. Der Grund dafür war, die Operation zu schützen. «Wir werden nicht mehr Leute als unbedingt notwendig in unser dunkles Herz einweihen», sagte er. «Die Regeln lauten: ‹Hol dir, wen du holen musst, und mach mit ihm, was du willst.›»

Ein eng mit dem Programm verbundener Pentagon-Offizieller war Stephen Cambone, der Staatssekretär für Geheimdienstfragen im Verteidigungsministerium. Seit Amtsantritt der Regierung Bush hatte Cambone bei mehreren Pentagon-Projekten eng mit Rumsfeld zusammengearbeitet. Dieser Posten, auf den er im März 2003 berufen wurde, war neu. Rumsfeld hatte ihn im Rahmen seiner Reorganisation des Pentagons geschaffen. Dass Cambone bei den militärischen und zivilen Geheimdienstbürokraten im Pentagon unbeliebt war, lag vor allem daran, dass er kaum Erfahrung in der Leitung von Geheimdienstprogrammen besaß. Stattdessen war er für seine Nähe zu Rumsfeld bekannt. «Denken Sie an *Henry II*: ‹Will mich denn keiner von diesem ungestümen Priester befreien?›», meinte der ehemalige CIA-Beamte im Mai 2004 mit einem Lachen zu mir. «Welch wunderlichen Wunsch Rumsfeld auch äußern mag, Cambone wird das Zehnfache davon tun.»

Cambone trat entschieden für einen Krieg gegen den Irak ein. Wie Rumsfeld ärgerte er sich vor dem Irakkrieg über die Unfähigkeit der CIA, schlüssige Beweise dafür vorzulegen, dass Saddam Hussein Massenvernichtungswaffen besaß. Cambone, der 1982 seinen Doktor in Politikwissenschaft an der Claremont Graduate University gemacht hatte, hatte 1998 als Stabsleiter eines von Rumsfeld geführten Komitees gearbeitet, das in seinem Bericht vor einer wachsenden Bedrohung durch ballistische Raketen warnte und die Geheimdienste aufforderte, in ihren Analysen über die ihnen vorliegenden Daten hinauszugehen. In den Anhörungen vor seiner Ernennung zum Staatssekretär für Geheimdienstfragen sagte Cambone vor dem Senat, dass die Empfänger von Geheimdienstanalysen die Analysten fragen müssen, «wie sie zu ihren Schlussfolgerungen gelangen und aus welchen Quellen sie ihre Informationen beziehen». Dieser von Rumsfeld verfochtene Ansatz ist allerdings unter Beschuss geraten, seit die Vorhersagen der Regierung über die irakischen Massenver-

nichtungswaffen und die Gefahr eines Aufstands nicht eintrafen und Cambone sowie den anderen zivilen Pentagon-Mitarbeitern von vielen Seiten vorgeworfen wird, die Geheimdienstarbeit politisiert zu haben. (Einen Monat nach dem Fall Bagdads war Cambone der erste hohe Pentagon-Beamte, der öffentlich – und, wie sich herausstellte, fälschlich – behauptete, bei einem den US-Truppen in die Hände gefallenen irakischen Militärlastwagen könnte es sich um ein mobiles Biowaffenlabor handeln.)

Auch Cambones militärischer Assistent, Armee-Generalleutnant William G. Boykin, war umstritten. Im Herbst 2003 geriet Boykin unfreiwillig in die Schlagzeilen, als die Meldung die Runde machte, er habe in einer Rede in einer Kirche im Bundesstaat Oregon die islamische Welt mit dem Teufel gleichgesetzt. Nachdem der Skandal öffentlich geworden war, hörte ich wiederholt, dass Boykin im Auftrag Cambones an den politischen Maßnahmen beteiligt war, die zu den Missbräuchen in Abu Ghraib geführt hatten. Cambone hatte bereits kurz nach seiner Ernennung einen bürokratischen Grabenkampf innerhalb des Pentagons vom Zaun gebrochen, indem er darauf bestand, dass ihm die Kontrolle über alle mit dem Krieg gegen den Terrorismus in Verbindung stehenden Special-Access-Programme übertragen wurde. Diese von vielen im Pentagon als sakrosankt betrachteten Programme hatten bis dahin dem in der Gegenspionage erfahrenen Kenneth deGraffenreid unterstanden. Cambone setzte sich durch, und später verließ deGraffenreid das Pentagon. Ein Pentagon-Sprecher, den ich um einen Kommentar zu meinem dazu im Mai 2004 erschienenen Artikel bat, sagte, dass er «sich zu keinerlei verdeckten Programmen äußern» würde, fügte aber hinzu, dass Cambone «in keiner Weise an dem Entscheidungsprozess hinsichtlich der Verhörprozeduren im Irak oder anderswo beteiligt war».

Mitte 2003 galt das Special-Access-Programm, zumindest im Pentagon, als eine der Erfolgsgeschichten im Krieg gegen den Terrorismus. «Es war ein aktives Programm», sagte mir der ehemalige hochrangige Geheimdienstmitarbeiter, der umfassend über die Special-Access-Programme unterrichtet ist. Das Special-Access-Programm war nützlich, solange es unter der Kontrolle von «guten und gut ausgebildeten Leuten» stand, aber dann «kam die Politik ins Spiel, und

Schnelligkeit statt Geduld wurde zur Grundlage der Entscheidungen», sagte der Exgeheimdienstler. «Es ist eine griechische Tragödie. Die Jungs fragen mich: ‹Wann sollen wir auspacken? Ab wann stellen kleine Übergriffe und körperliche Misshandlungen ein schweres Vergehen dar? Wann wird die Grenze zwischen Misshandlungen von Gefangenen und Kriegsverbrechen überschritten?›», erzählte er.

«Das Monster tritt ins Leben», erinnerte sich der frühere Geheimagent, «und alle Welt freut sich. Das Monster gedeiht prächtig – wirklich prächtig» – zumindest von der Warte der Beteiligten aus, die nach Ansicht des Ex-CIA-Beamten zusehends dazu neigten, sich «als die Herren des Geheimdienstuniversums zu sehen». Doch einige der Methoden des Special-Access-Programms waren zweifelhaft und nicht dazu angetan, einer näheren Prüfung standzuhalten.

«In der Hitze des Gefechts tun die Leute Dinge, die sie sich hinterher nicht erklären oder vergeben können», merkte der frühere Geheimdienstmitarbeiter an. «Einige der Jungs verspüren inzwischen Gewissensbisse – und haben höllisch Angst» vor einer späteren Ermittlung. «Wenn die Krise im Irak erst einmal vorüber ist, wird irgendjemand auspacken. Die guten Leute fangen an zu erkennen, was sie alles nicht wissen.»

Am 18. Dezember 2001 nahmen amerikanische Agenten an einer Aktion teil, die mit der Entführung von zwei Ägyptern endete, die in Schweden Asyl gesucht hatten. Die beiden Ägypter Ahmed Agiza und Mohammed al-Zery, denen die amerikanischen Geheimdienste Verbindungen zu militanten islamistischen Gruppen unterstellten, wurden am Spätnachmittag unvermittelt festgenommen und ein paar Stunden später in einem von der US-Regierung geleasten privaten Gulfstream-5-Jet nach Kairo ausgeflogen und dort einem ausgedehnten und brutalen Verhör unterzogen. «Beide hatten Dreck am Stecken», sagte der ehemalige hochrangige CIA-Angehörige, «trotzdem, es war eine ziemlich skandalöse Aktion.»

Die Festnahme Agizas und al-Zerys erregte außerhalb Schwedens trotz wiederholter Proteste von Menschenrechtsgruppen wenig Aufsehen, bis im Mai 2004 ein Nachrichtenmagazin des schwedischen Fernsehens aufdeckte, dass die schwedische Regierung allein unter der Bedingung mit den Amerikanern kooperiert hatte, dass die bei-

den Asylbewerber nach ihrer Rückkehr nach Ägypten nicht gefoltert werden oder sonst wie zu Schaden kommen. Tatsächlich aber wurden Agiza und al-Zery laut dem Fernsehbericht mit dem Titel *Das gebrochene Versprechen* in Handschellen und Fußfesseln von schwedischen und – nach Aussage eines Zeugen – amerikanischen Agenten zum Flughafen gefahren und vor dem Flugzeug an eine Gruppe Amerikaner übergeben, die Zivilkleidung trugen und deren Gesichter verhüllt waren. An diesem Punkt, hieß es in dem Bericht weiter, «werden den beiden Gefangenen mit Scheren die Kleider vom Leib geschnitten, ohne dass ihre Hand- und Fußfesseln gelockert würden. Anschließend werden den nackten und gefesselten Gefangenen Zäpfchen unbekannter Art in den Anus eingeführt, Windeln angezogen und mit Gewalt schwarze Overalls übergestreift. Im Flugzeug werden ihre Hände und Füße an eine speziell konstruierte Vorrichtung angekettet, die Augen verbunden und Kapuzen über den Kopf gezogen.»

Nach ihrer Ankunft in Ägypten wurden Agiza und al-Zery, wie schwedische Diplomaten, Verwandte und Anwälte berichteten, wiederholt mit Elektroschocks gefoltert, die über Elektroden an ihren empfindlichsten Körperteilen verabreicht wurden. Am Ende gelangten die ägyptischen Behörden zu dem Schluss, dass al-Zery kaum Verbindungen zur aktuellen Terrorszene hatte, und entließen ihn im Oktober 2003 aus der Haft, auch wenn er weiter unter offizieller Beobachtung steht. Agizas Anwälte gestanden ein, dass ihr Mandat der in Ägypten verbotenen Terrorgruppe des ägyptischen Islamischen Dschihad angehörte und früher Aiman al-Sawahiri nahe gestanden hatte, dem nach Osama Bin Laden zweithöchsten Mann bei al-Qaida. Im April 2004 wurde Agiza in Ägypten zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt. Dessen ungeachtet bestehen seine Anwälte darauf, dass er den Kontakt zu al-Sawahiri bereits vor einem Jahrzehnt abgebrochen und sich öffentlich von der Anwendung von Gewalt durch islamistische Radikale und al-Qaida losgesagt hatte. Bislang sind noch keine Beweise öffentlich gemacht worden, die Agiza mit einem Terrorakt in Verbindung bringen. Frederik Laurin, ein schwedischer Journalist, der an *Das gebrochene Versprechen* mitgearbeitet hat, verfolgte die Spur des geleasten Gulfstream-Jets, mit dem al-Zery und Agiza nach Ägypten gebracht worden waren. Er berichtete mir, dass der Jet sei-

nen Recherchen zufolge Pakistan, Kuwait, Ägypten, Deutschland, Großbritannien, Irland, Marokko, den Großraum Washington, D.C., und mehrfach auch Guantánamo angeflogen hatte. Die Eigentümergesellschaft teilte Laurin mit, dass die Maschine fast ausschließlich an die US-Regierung ausgeliehen wurde. Interessanterweise zeigen die Laurin vorliegenden Protokolle, dass die Gulfstream vom 5. Mai 2004 – in der auf das Bekanntwerden der Vorfälle in Abu Ghraib folgenden Woche – bis zum 7 Juli, als sie vom Dulles Airport bei Washington, D.C., nach Kairo flog, nicht ein einziges Mal ins Ausland geflogen war.

Nach außen hin besteht die schwedische Regierung nach wie vor darauf, dass ihre Entscheidung richtig war. «Sie weigern sich, die Wahrheit zu sagen, und selbst jetzt wird noch viel unter Verschluss gehalten», sagte al-Zerys Anwalt Kjell Jonsson zu mir. «Ich erhalte keinen Zugang zu den Unterlagen, die ich benötige. Ägypten wollte ihn [al-Zery], aber es gibt einen Rechtsweg, der eingehalten werden muss. Wenn ein Land die Auslieferung eines seiner Bürger beantragt, muss die Regierung in Stockholm nach schwedischem Recht die Meinung des schwedischen Obersten Gerichtshofs einholen, der eine Anhörung einberuft, bei der beide Parteien gehört werden.»

In einer im Mai 2004 veröffentlichten Erklärung forderte die Menschenrechtsgruppe Human Rights Watch die Vereinten Nationen auf, eine internationale Ermittlung zur Untersuchung der Rolle Schwedens, Ägyptens und der Vereinigten Staaten bei der Entführung und anschließenden Folterung der beiden Männer durchzuführen. «Die Affäre muss restlos aufgeklärt werden», forderte Rachel Denber von Human Rights Watch. «Andernfalls werden diese Fälle den Eindruck weiter verstärken, dass im ‹Krieg gegen den Terrorismus› alles erlaubt ist – auch Folter.» Im Sommer 2004 allerdings hatte das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte, das eine solche Ermittlung einleiten kann, noch keine entsprechenden Schritte eingeleitet.

Nach internationalem Recht ist die Auslieferung oder zwangsweise Rückführung einer Person in ein Land, in dem sie der Gefahr der Folterung oder Misshandlung ausgesetzt ist, verboten – ungeachtet ihres rechtlichen Status oder des ihr vorgeworfenen Verbrechens. Vor dem Kongress gab die CIA zu, dass sie vor 2001 rund 72 «außer-

ordentliche Rückführungen» durchgeführt hatte – Auslieferungen, die als zu dringend erachtet wurden, um den normalen Rechtsweg zu beschreiten. Seit dem 11. September weigert sich die Regierung Bush, Auskunft über solche erzwungenen Rückführungen zu erteilen, ungeachtet zahlreicher Berichte darüber, dass nicht kooperative Gefangene und andere Personen zu ausgedehnten Vernehmungen in verbündete Länder überführt wurden. Während der Senatsanhörungen zu Abu Ghraib am 11. Mai 2004 unternahm der demokratische Senator Edward M. Kennedy aus Massachusetts mehrfach erfolglos den Versuch, mit Stephen Cambone über das Thema zu diskutieren. Es war ein Dialog der Fragen und ausweichenden oder sorgfältig abgesicherten und irreführenden Antworten. Kennedy zitierte veröffentlichte Berichte, denen zufolge amerikanische Beamte schwierige Häftlinge an Länder überstellt hatten, die dafür bekannt sind, Gefangene zu foltern, und fragte dann:

Können Sie dem Ausschuss versichern, dass die Regierung in voller Übereinstimmung mit allen juristischen Vorschriften handelt und dass alle Berichte, denen zufolge amerikanische Beamte zur zwangsweisen Rückführung greifen, falsch sind?

Cambone: Sir, soweit ich unterrichtet bin, ist das eine zutreffende Feststellung.

Kennedy: Soweit Sie unterrichtet sind, haben die Vereinigten Staaten nicht daran mitgewirkt, irgendwelche Personen an andere Länder auszuliefern oder zu überstellen?

Cambone: Nein, nein – sie sagten, sie wären für Folter und Misshandlung ausgeliefert worden. Wir haben, zum Beispiel, Individuen nach Großbritannien zurückgeschickt. Es gibt vielleicht drei oder vier, die aus Guantánamo zurückgebracht wurden.

Kennedy: Haben Sie, soweit Sie unterrichtet sind, Verdächtige an Saudi-Arabien, Jordanien, Marokko oder Syrien ausgeliefert, um Informationen zu erhalten?

Cambone: Von den Gefangenen im Gewahrsam des Verteidigungsministeriums, nein, nicht dass ich wüsste, Sir ... Sollte es solche Fälle geben, werde ich Sie davon in Kenntnis setzen. Soweit ich weiß, wurde von den Personen in unserem Gewahrsam keine überstellt.

Nach Beginn des Kriegs im März 2003 war das Special-Access-Programm an einigen Einsätzen im Irak beteiligt, sagte der frühere hochrangige Geheimdienstmitarbeiter. Agenten der CIA und anderer amerikanischer Special Forces kooperierten unter dem Deckmantel der Geheimhaltung bei der Jagd nach Saddam Hussein und der – erfolglosen – Suche nach irakischen Massenvernichtungswaffen. Aber auch sie waren nicht in der Lage, den sich ausweitenden Aufstand zu unterbinden.

In den ersten Monaten nach dem Fall Bagdads verfügten Rumsfeld und seine Mitstreiter nur über ein eingeschränktes Verständnis des Aufstands und betrachteten ihn als das Werk unverbesserlicher Baathisten, krimineller Banden und ausländischer Terroristen, die der al-Qaida angehörten. Die Regierung maß ihren Erfolg daran, wie viele der Männer auf der Liste der 55 meistgesuchten Mitglieder des alten Regimes – deren Konterfeis auf Spielkarten abgedruckt wurden – gefangen worden waren. Dann, im August 2003, kamen bei Bombenangriffen von Terroristen auf die jordanische Botschaft und das Hauptquartier der Mission der Vereinten Nationen im Irak insgesamt 42 Menschen ums Leben, darunter auch der Leiter der UN-Mission im Irak, Sergio Vieria de Mello. Am 25. August, nicht einmal eine Woche nach dem Bombenanschlag auf die UN-Mission, gestand Rumsfeld in einer Rede vor den Veterans of Foreign Wars, dass «die Unverbesserlichen nach wie vor unter uns weilen. Es gibt heute etliche, die überrascht sind», fuhr er fort, «dass es im Irak immer noch Widerstandsnester gibt, und meinen, dass dies eine Art Versagen seitens der Koalition darstellt. Aber das ist nicht der Fall.» Rumsfeld verglich die Aufständischen mit den hundertprozentigen Nazis, die «während und nach der Niederlage des Naziregimes weiterkämpften». Ein paar Wochen später, fünf Monate nach dem Sturz Bagdads, verkündete der amerikanische Verteidigungsminister: «Es ist meiner Überzeugung nach besser, sich im Irak als in den Vereinigten Staaten mit den Terroristen auseinander zu setzen.»

Im Pentagon machte sich immer mehr die Erkenntnis breit, dass der Krieg schlecht lief. Die zusehends ratlose und unter Druck stehende Armeeführung versicherte Reportern, dass hinter dem Aufstand lediglich 5000 Saddam Hussein loyal ergebene Baathisten stünden.

«Wenn Sie verstehen, dass sie nach dem Zellen-Prinzip organisiert sind», verkündete General Abizaid, «dass ... sie Zugriff auf viel Geld haben und über beste Verbindungen verfügen, dann werden Sie verstehen, wie gefährlich sie sind.»

Den Versuchen des amerikanischen Militärs und der US-Geheimdienste, die Kreise der Aufständischen zu infiltrieren, war kaum Erfolg beschieden. «Die strategische und operationale Nachrichtenbeschaffung [der Aufständischen] hat sich als vergleichsweise gut erwiesen», urteilte ein für das US-Militär erstellter und mir zugänglich gemachter interner Bericht, in dem es weiter hieß:

> Ihre Fähigkeit, Konvois, andere verwundbare Ziele und bestimmte Personen anzugreifen, ist das Resultat einer gewissenhaften Überwachung und Aufklärung. Sie erhalten Insider-Informationen über Konvoi- und Truppenbewegungen und die alltäglichen Gewohnheiten von Irakern, die für die Koalition arbeiten, aus den Reihen der irakischen Sicherheitsdienste, vor allem von den mit den Aufständischen stark sympathisierenden irakischen Polizeieinheiten, aus irakischen Ministerien und von den Aufstand unterstützenden Einzelpersonen, die in der so genannten Grüne Zone, der Koalitions-Übergangsverwaltung, arbeiten.

«Politisch haben die Vereinigten Staaten bislang versagt», lautete das Urteil des Berichts. Die einfachste Methode, Aufstände zu beenden oder zu schwächen, besteht darin, ihre hauptsächlichen Ursachen anzugehen. Das Fatale am Aufstand im Irak ist, dass die Hauptursache dafür der Wiederaufbau des Landes ist. Es gibt keine legitime Regierung, und die Übergangsverwaltung der Koalition (Coalition Provisional Authority, CPA) muss sich mit der traurigen, aber wahren Tatsache abfinden, dass die meisten Iraker den provisorischen Regierungsrat» – die von der CPA eingesetzte irakische Verwaltungsbehörde – «nicht als legitime Autorität anerkennen und genau wissen, dass die wahre Macht bei der CPA liegt.»

Im Herbst 2003 war, wie mir ein Militäranalyst sagte, das ganze Ausmaß der politischen und militärischen Fehleinschätzung der Lage durch das Pentagon bekannt. Rumsfelds «Unverbesserlichen» gehörten inzwischen nicht mehr nur Baathisten, sondern auch zahlreiche

Personen vom Rand der Gesellschaft an – Schläger und Kriminelle, die zu den mehreren zehntausend Gefangenen gehörten, die Saddam im Herbst des Vorjahres im Rahmen einer Generalamnestie vor dem Krieg freigelassen hatte. Die verzweifelte Lage dieser Leute trieb den Aufstand zwar nicht an, machte es aber denen, die hinter dem Aufstand standen, leicht, sie für ihre Zwecke zu rekrutieren. «Wir haben Leute gefangen genommen oder getötet, die zwei- oder dreihundert Dollar dafür bekommen hatten, um ‹zu beten und zu spritzen› – sprich wahllos zu schießen und auf das Beste zu hoffen», sagte der Analyst. «Das waren keine echten Aufständischen, sondern Verlierer, die von reichen, mit dem Aufstand sympathisierenden Irakern bezahlt wurden.» In vielen Fällen handelte es sich bei den Geldgebern um Sunniten, die der Baath-Partei angehört hatten. Die Aufständischen, sagte der Analyst, «verbrachten drei oder vier Monate damit, herauszufinden, wie wir arbeiten, und entwickelten dann eine Gegenstrategie. Dafür waren sie auch bereit, irgendwelche glücklosen Typen loszuschicken und einen Konvoi angreifen zu lassen, um herauszufinden, wie die amerikanischen Truppen reagieren.» Anschließend, fuhr der Analyst fort, «fingen die Cleveren an, selbst aktiv zu werden».

Im Gegensatz dazu, so der Bericht weiter, wussten die Koalitionstruppen wenig über den Aufstand. «Aufgrund fehlender Kompetenz und Expertise gibt es keine oder viel zu wenig Human Intelligence [AdÜ: Informationsgewinnung durch Agenten] ... Die Geheimdienstarbeit wird nicht koordiniert, weil entweder zu viele Gruppen mit der Informationsbeschaffung befasst sind oder das Endprodukt nicht rechtzeitig zu den Truppen im Feld gelangt.» Der Erfolg im Krieg stand auf dem Spiel; etwas musste unternommen werden, um die Dynamik zu verändern. Die Beziehung zwischen der Militärpolizei und den Geheimdiensten innerhalb des Gefängnissystems der Army hatte eine kritischen Punkt erreicht. «Das ist ein Kampf um Geheimdienstinformationen», sagte Brigadegeneral Martin Dempsey, Kommandeur der 1. Panzerdivision, bei einer Pressekonferenz im November 2003 zu einem Reporter. «Habe ich genügend Soldaten? Die Anwort lautet absolut ja. Die eigentliche Frage ist, wie setze ich sie ein und auf welcher Grundlage? Und die Antwort darauf sind Ge-

heimdienstinformationen ... der Versuch, herauszufinden, wie wir diese ganze Human Intelligence, die bei uns eingeht, in etwas umsetzen können, auf dessen Grundlage wir handeln können.»

Die von Rumsfeld genehmigte und von Stephen Cambone umgesetzte Lösung lautete, in Zukunft irakische Gefangene härter anzufassen, wenn sie im Verdacht standen, Aufständische zu sein. Nun musste das Gefängnissystem der Army dazu gebracht werden, seinen Part in dem Stück zu spielen. Eine zentrale Rolle dabei spielte, wie bereits erwähnt, Generalmajor Geoffrey Miller, der frühere Leiter des Gefängnis- und Verhörzentrums auf Guantánamo, der Ende August nach Bagdad berufen worden war, um das Verhörprocedere in den irakischen Gefängnissen zu überprüfen. Rumsfeld und Cambone aber gingen im Irak noch einen Schritt über Guantánamo hinaus: Sie weiteten das SAP aus und übertrugen die unkonventionellen Methoden des Programms auf die Verhöre in Abu Ghraib. Die Kommandos sollten im Irak ebenso vorgehen wie in Afghanistan, männliche Gefangene durften hart angefasst und sexueller Erniedrigung ausgesetzt werden.

«Sie erhielten von den Häftlingen im Irak nichts Verwertbares», berichtete mir der frühere Geheimdienstmitarbeiter. «Keine Namen, nichts, an das sie ihren Hut hängen konnten. Cambone sagt: Ich muss dieses Ding knacken und ich bin es leid, innerhalb der normalen Befehlskette zu arbeiten. Ich habe diesen Apparat aufgebaut – das schwarze Special-Access-Programm –, und ich werde denen dort gründlich einheizen. Also legt er im letzten Sommer den Hebel um, und der Strom fängt an zu fließen. Und es funktioniert. Wir erhalten einen Einblick in den Aufstand im Irak, und die Geheimdienstinformationen fließen in die weiße Welt. Wir bekommen jetzt gutes Material.» Das glaubten viele im Pentagon. «Aber wir haben mehr Ziele als Leute, die wir auf sie ansetzen könnten.»

Dann traf, erzählte mir der frühere Geheimdienstangehörige, Cambone eine weitere zentrale Entscheidung: Er beschloss, einige der militärischen Geheimdienstoffiziere der Army, die in den irakischen Gefängnissen tätig waren, dem SAP zu unterstellen. «Hier wird im Grunde guten Soldaten – Leuten vom Militärgeheimdienst – gesagt, dass keine Regeln mehr gelten», meinte der ehemalige Geheimagent.

Ein Pentagon-Berater, der die meiste Zeit seiner Karriere mit Special-Access-Programmen befasst war, verteilte in einem Interview die Schuld gleichmäßiger. «Das Weiße Haus hat die Sache dem Pentagon als Subunternehmer vergeben, und dann hat das Pentagon Cambone als Subunternehmer verpflichtet», sagte er. «Es ist Cambones Deal, aber Rumsfeld und Myers haben dem Programm grünes Licht gegeben.» Was die Verhöre in Abu Ghraib anging, sagte er, überließ Rumsfeld Cambone die Details. Rumsfeld mag vielleicht keine persönliche Schuld treffen, fügte der Berater hinzu, «aber er ist für das System der gegenseitigen Kontrolle verantwortlich. Das Problem ist, dass wir seit 9/11 die Regeln umgeschrieben haben, wie wir mit dem Terrorismus umgehen, und eine Situation erschaffen haben, in der der Zweck die Mittel heiligt.»

Je weniger der Aufstand unter Kontrolle gebracht werden konnte, desto stärker wurde der Druck, Informationen über den Aufstand zu bekommen. «Wir erhalten immer noch nicht genügend Geheimdienstinformationen», sagte der frühere Geheimdienstmitarbeiter. «Also bekamen wir nun unsere Listen mit ‹hochkarätigen Zielen› und gaben den Special Forces die Erlaubnis, sie zu töten, wenn sie sie ausfindig machen. Und die Jungs fingen an, sich Gedanken zu machen. ‹Shit, wenn ich ihn auf der Straße abknallen darf, warum kann ich dann nicht mit ihm tun, was ich will, wenn ich ihn im Gefängnis unter meiner Kontrolle habe?› Einfache Soldaten – nicht die Special Forces – bekamen die Erlaubnis, hart vorzugehen. Die Grenze zwischen den besonderen, hochkarätigen Zielen und den normalen Gefängnisinsassen verschwamm zusehends.» Es dauerte nur ein paar Monate, «und wir holten Reservesoldaten aus Cumberland, Maryland, in das Programm. Das war ein Fehler», sagte er. «Wie können diese Jungs aus Cumberland irgendetwas verstehen? Die Armeereservisten haben keine Ahnung, was sie tun.» Die Reservisten, von denen er sprach, waren die Angehörigen der 372. Kompanie der Militärpolizei.

Wer in Abu Ghraib das Sagen hatte – die Militärpolizei oder der Militärgeheimdienst –, war längst nicht mehr die einzige Frage, die zählte. Inzwischen waren auch knallharte Spezialagenten, darunter einige mit Decknamen, in dem Gefängnis tätig. Die Militärpolizisten,

die zur Bewachung der Gefangenen abgestellt waren, trugen Uniform, aber viele andere – Offiziere des Militärgeheimdiensts, externe Dolmetscher, CIA-Agenten und die Männer vom Special-Access-Programm – trugen Zivil. Niemand wusste so genau, wer wer war, nicht einmal General Karpinski, die damalige Kommandeurin der 800. Brigade der Militärpolizei. «Ich hielt die meisten Zivilisten dort für Dolmetscher, aber es gab einige Zivilisten, die ich nicht kannte», sagte Karpinski zu mir. «Ich nannte sie entschwindende Geister. Ich sah sie hin und wieder in Abu Ghraib, und dann sah ich sie Monate später wieder. Sie waren nett – sie sprachen mich immer an und sagten Sätze wie: ‹Hey, erinnern Sie sich an mich? Wie geht es Ihnen?›» Diese mysteriösen Zivilisten, sagte sie, «brachten immer jemanden zu einem Verhör ins Gefängnis oder warteten darauf, jemand abzuholen». Sie hatte, sagte Karpinski, keine Ahnung, wer da in ihrem Gefängnis zugange war.

Die Abu Ghraib zugeteilten Angehörigen des Militärgeheimdiensts trugen im Dienst durchgängig «sterile», sprich nicht gekennzeichnete Uniformen oder Zivilkleidung. «Man konnte sie nicht auseinander halten», sagte eine mit den Ermittlungen vertraute Quelle. Dieses Verwischen der Identitäten und Organisationen bedeutete, dass die Gefangenen und, wichtiger noch, die Dienst habenden Militärpolizisten unmöglich wissen konnten, wer was mit wem machte und wer die Befehlsgewalt hatte.

Im Herbst 2003 war laut dem ehemaligen Geheimdienstmitarbeiter die Geduld der CIA-Führungsspitze erschöpft. «Sie sagten: ‹So nicht. Wir haben uns für das Kernprogramm in Afghanistan verpflichtet – vorab genehmigt für Operationen gegen hochkarätige Terrorziele. Und jetzt wollt ihr es auf Taxifahrer, Schwäger und auf den Straßen verhaftete Leute anwenden›» – die Art Gefangenen, die die irakischen Gefängnisse bevölkerten. Die CIA protestierte, sagte der ehemalige Geheimdienstmitarbeiter. «Wir werden unsere Jungs nicht dafür hergeben», sagte die CIA. «Wir haben das schon einmal gemacht» – während des Vietnamkriegs, als die Agency das Phoenix-Programm zur Ermordung nordvietnamesischer Agenten durchführte, das außer Kontrolle geriet und Tausende von Zivilisten das

Leben kostete. «Die Agency setzte sich mit ihren Anwälten in Verbindung und zog sich zurück», sagte der Exgeheimdienstler. Mit anderen Worten, die CIA beendete ihre Aktivitäten in Abu Ghraib, die mit dem Special-Access-Programm in Zusammenhang standen. Bei einem späteren Gespräch bestätigte ein hochrangiger CIA-Beamter diese Darstellung.

Die Proteste der CIA hallten in der gesamten Geheimdienstgemeinde wider. Man fürchtete, dass die Situation in Abu Ghraib zur Aufdeckung des geheimen Special-Access-Programms führen und damit den Schlusspunkt unter bis zum Irakkrieg wertvolle verdeckte Operationen setzen würde. «Das war Dummheit», sagte ein Regierungsberater zu mir, «ein Programm, das im Chaos von Afghanistan gegen al-Qaida eingesetzt wurde, eine staatenlose Terrorgruppe, in eine strukturierte, traditionelle Kriegszone zu übertragen. Früher oder später mussten die Kommandos unweigerlich mit den juristischen und moralischen Prozeduren eines konventionellen Kriegs und einer Armee mit 135 000 Soldaten ins Gehege geraten.»

Der frühere hohe CIA-Mitarbeiter machte die Hybris der Zivilisten im Pentagon für das Abu-Ghraib-Desaster verantwortlich. «Es gibt nichts, was für einen unbedeutenden Pentagon-Zivilisten berauschender wäre, als sich mit einem wichtigen nationalen Sicherheitsproblem befassen zu können, ohne Rücksicht auf Militärplaner nehmen zu müssen, die sich ständig Sorgen um die Risiken machen», sagte er zu mir. «Was könnte langweiliger sein, als mit Logistikplanern zusammenzuarbeiten?» Eine der katastrophalen Folgen des Folterskandals von Abu Ghraib könnte seiner Meinung nach die Diskreditierung der durch die Verlagerung von Ressourcen in den Irak ohnehin geschwächten legitimen Operationen im Krieg gegen den Terrorismus sein. Er bezeichnete Abu Ghraib als einen «Tumor» für den Krieg gegen den Terrorismus. «Solange die Sache gutartig und begrenzt bleibt, kann das Pentagon die durch die Folterbilder ausgelöste Krise entschärfen, ohne das Geheimprogramm zu gefährden. Wenn sie aber anfängt zu wachsen und niemand da ist, das zu diagnostizieren – dann wird es zu einem bösartigen Tumor. Wir hatten», fuhr er fort, «noch keinen einzigen Fall, in dem ein Special-Access-Pro-

gramm in die Hose ging – und ich rede hier von einem Zeitraum, der bis zum Kalten Krieg zurückreicht.»

Die Enthüllung der Vorgänge in Abu Ghraib und die anschließende Untersuchung stellten das Pentagon vor ein Dilemma. Das Pentagon musste die CID, die Ermittlungsabteilung der Army, ihre Arbeit fortsetzen lassen, sagte der Ex-CIA-Beamte. «Man kann das nicht vertuschen. Man muss diese Leute, die von der Spur abgewichen sind, dafür strafrechtlich verfolgen», sagte er. «Also hofft man, dass die Sache damit vielleicht vom Tisch ist.» Die Haltung des Pentagons im Januar 2004 beschrieb er so: «Jemand ist mit ein paar Bildern erwischt worden? Was soll's? Kümmert euch darum.»

«Diese Kacke ist seit Monaten am Dampfen», sagte der seit vielen Jahren mit Special-Access-Programmen befasste Pentagon-Berater zu mir. «Man sperrt keine Gefangenen nackt in ihre Zellen und lässt dann zu, dass sie von Hunden gebissen werden. Das ist krank.» Der Berater sagte, dass er und seine Kollegen, ausnahmslos Leute, die seit Jahren im aktiven Militärdienst stehen, von den Vorgängen in Abu Ghraib entsetzt waren. «Wir erziehen unsere Kinder nicht dazu, solche Dinge zu tun. Wenn man Jagd auf Mullah Omar macht, ist das eine Sache. Aber wenn man Kids, die die Regeln nicht kennen, die Vollmacht gibt, so etwas zu tun, dann ist das etwas ganz anderes.»

4. Die Grauzone

In ihren Aussagen vor dem Kongress versuchten Rumsfeld und Cambone die Abgeordneten davon zu überzeugen, dass Millers Besuch in Bagdad im August des Jahres 2003 mit den späteren Misshandlungen nichts zu tun gehabt habe. Cambone versicherte vor dem Streitkräfteausschuss des Senats, dass sein eigenes Büro in die Zusammenarbeit zwischen General Miller und General Sanchez nur am Rande einbezogen gewesen sei. Miller habe seine Ratschläge Sanchez direkt übermittelt. Er selbst habe sich hauptsächlich darum gekümmert, sicherzustellen, dass der «Nachrichtenfluss zurück zu den Kommandostellen effizient und effektiv» abgelaufen sei. Er fügte hinzu, Miller sei es darum gegangen, «ein sicheres und humanes

Umfeld zu schaffen, das die rasche Sammlung von Informationen förderte».

Die beiden hatten einen schweren Stand. Die demokratische Senatorin Hillary Clinton aus New York stellte vor den Senatoren die entscheidende Frage:

> Wenn General Miller wirklich von Guantánamo in den Irak geschickt wurde, um dort von den Internierten besser verwertbare Informationen zu beschaffen, dann darf man wohl zu Recht daraus folgern, dass die Handlungen, die hier in Ihrem Bericht [über die Misshandlungen in Abu Ghraib] aufgeführt werden, in gewisser Weise mit der Ankunft von General Miller und seinen spezifischen Anweisungen zusammenhingen, wie immer sie auch von den beteiligten Militärpolizisten und Mitarbeitern des militärischen Geheimdienstes interpretiert wurden ... Daher glaube ich nicht, dass ich von Mr. Cambone und dem Verteidigungsministerium bislang ausreichende Informationen darüber erhalten habe, worin General Millers Befehle bestanden ... wie er diese Befehle ausführte und welcher Zusammenhang bestand zwischen seiner Ankunft im Herbst 2003 und den Misshandlungen, die sich anschließend dort ereigneten.

Einige Zeit vor Bekanntwerden der Misshandlungen in Abu Ghraib, erzählte mir der frühere Geheimdienstmitarbeiter, sei Miller in die Operationen im Rahmen des Special-Access-Programms «eingeweiht» worden. «Seine Aufgabe war es, so viel wie möglich zu retten», erklärte der ehemalige Geheimdienstler. «Er wurde hingeschickt, um das Programm zu sichern und zu verhindern, dass weitere Kernkapazitäten verloren gingen.»

An Rumsfelds erster Reaktion auf die Nachrichten über die Untersuchungen in Abu Ghraib fiel auf, dass er überhaupt nicht beunruhigt und auch nicht sonderlich wissbegierig zu sein schien. Dabei spielten möglicherweise auch Ereignisse der jüngeren Vergangenheit eine Rolle: Es hatte schon häufiger Klagen über Misshandlungen von Gefangenen gegeben, die von Organisationen wie Human Rights Watch oder dem Internationalen Roten Kreuz vorgebracht worden waren, aber vom Verteidigungsministerium mühelos hatten abgebügelt werden

können. Rumsfeld erklärte vor dem Streitkräfteausschuss, er habe erst Ende März Einzelheiten über die Misshandlungen erfahren, als er die konkreten Anschuldigungen las. «Davon zu lesen ist das eine. Wenn man dann diese Fotos sieht, ist es wirklich unglaublich ... Das aber war nicht dreidimensional. Es war kein Video. Es war nicht in Farbe. Das war etwas ganz anderes.» Der frühere Geheimdienstmitarbeiter erklärte mir, Rumsfeld und andere hochrangige Vertreter des Pentagons hätten sich die Fotos nicht angeschaut, weil «sie dachten, das sei alles erlaubt im Rahmen des Einsatzes». Stattdessen jedoch zeigten die Bilder, dass das Programm aus dem Ruder gelaufen war.

Der ehemalige Geheimdienstler betonte, er wolle Rumsfeld und General Myers nicht beschuldigen, dass sie von all den Grausamkeiten gewusst hätten, die auf den Fotos dokumentiert wurden. Aber er sagte auch, «sie haben das SAP gebilligt, und das bot genügend Spielraum auch für solche Grausamkeiten».

Als ich mich nach Bekanntwerden des Skandals mit dem früheren hochrangigen Geheimdienstmitarbeiter unterhielt, sagte er, dass das SAP-Programm weiterhin in Kraft sei und dass «die Vereinigten Staaten Leute suchen, die Verhöre durchführen können». Das Programm wurde dadurch abgesichert, dass kein Außenstehender von seiner Existenz erfahren durfte, und wer davon sprach, riskierte den Verlust seiner Unbedenklichkeitsbescheinigung, auf die viele pensionierte Militärs und Geheimdienstler angewiesen sind, um wieder eine Arbeit zu finden. Mitte Juni, so der frühere Mitarbeiter, löste das Pentagon die SAP-Abteilung kurzfristig auf, reorganisierte sie aber bereits einige Tage später wieder, mit neuen Codewörtern und neuen Aufgaben. Die alten Einsatzregeln jedoch galten weiter, mutmaßliche Terroristen waren weiterhin Freiwild für die amerikanischen Spezialeinsatzkräfte. Ein Regierungsberater, der konservativen Politikern sehr nahe steht, rechtfertigte, dass die Regierung die Aktivitäten der SAP-Abteilung in Abu Ghraib weiterhin geheim hielt. «Warum wir das im Dunkeln lassen?», sagte er. «Weil das Ganze eine ziemlich unerquickliche Sache ist. Es ist ähnlich wie bei der Herstellung von Wurst – wir mögen das Ergebnis, aber wir wollen nicht wissen, wie es zustande gekommen ist. Und wir wollen auch nicht, dass die irakische Öffentlichkeit und die arabische Welt davon erfahren. Vergessen

Sie nicht, wir sind in den Irak gegangen, um den Mittleren Osten zu demokratisieren. Da muss man auf jeden Fall vermeiden, dass die arabische Welt erfährt, wie in Abu Ghraib mit arabischen Männern umgegangen wird.»

Da Rumsfeld im Kampf gegen den Terrorismus offensichtlich die Vorschriften der Genfer Konventionen missachtete, wandten sich einige hohe Offiziere aus dem Judge Advocate General's Corps (JAG), das für die Militärgerichtsbarkeit zuständig ist, Mitte 2003 mehrmals an Scott Horton, den damaligen Vorsitzenden des New York City Bar Association's Committee on International Human Rights. «Sie wollten, dass wir die Bush-Regierung wegen ihrer Verhaftungs- und Verhörmethoden kritisieren», sagte mir Horton im Mai 2004. «Sie drängten uns dazu, laut öffentlich Stellung zu nehmen. Das kam sehr überraschend. Sie meinten, diese Umstände würden Misshandlungen begünstigen, die sich nun auch tatsächlich ereigneten.» Besonders beunruhigt seien die Offiziere über den vermehrten Einsatz von Söldnern bei der Durchführung von Verhören gewesen, erinnerte sich Horton. «Sie sagten, es herrsche eine Atmosphäre rechtlicher Zweideutigkeit, die das Ergebnis politischer Entscheidungen in den höchsten Rängen des Pentagons sei. Die JAG-Offiziere seien aus dem politischen Entscheidungsprozess ausgeschlossen worden.» Sie erklärten, dass mit dem Krieg gegen den Terror erstmals seit fünfzig Jahren die Beachtung der Genfer Konventionen in Frage gestellt werde.

Die Misshandlungen in Abu Ghraib haben den amerikanischen Geheimdiensten vermutlich nur sehr wenige neue Erkenntnisse gebracht. Willie J. Roswell, der 36 Jahre in der Criminal Investigation Division (CID) der Armee gearbeitet hatte, erklärte mir, dass der Einsatz von Gewalt oder die Demütigung von Gefangenen stets kontraproduktiv seien. «Sie sagen einem dann, was man hören will, egal, ob's stimmt oder nicht», meinte Roswell. «Sie können mich so lange auspeitschen, bis ich alles gestehe, was Sie von mir hören wollen. So kriegt man keine verlässlichen Informationen.»

Obwohl eine umfassende Aufklärung der Vorgänge in Abu Ghraib versprochen worden war, zeigte sich schnell, dass im Pentagon und im Weißen Haus niemand an tief schürfenden Ermittlungen interes-

siert war. Zu einem der frühen Gegenspieler der Regierung in dieser Frage entwickelte sich überraschenderweise Senator John Warner, der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses im Senat. Der 77-jährige Warner war ein treuer Republikaner und hatte George Bush in seinem Irakkrieg entschieden unterstützt. Aber als ehemaliger Marinesoldat und früherer Marine-Staatssekretär war er empört über die Vorgänge in Abu Ghraib. Anfang Mai organisierte Warner öffentliche Anhörungen, obwohl das Weiße Haus ihn davon abzuhalten versuchte. Dabei ging es ihm besonders um General Miller, der aus Guantánamo in den Irak gekommen war, um dort die Leitung der Gefängnisse zu übernehmen, und um Stephan Cambone, der am 11. Mai vor dem Ausschuss aussagen sollte. In seiner Eröffnungsansprache formulierte Warner mutig, eloquent und entschieden seine Absichten:

> Diese Misshandlungen von Gefangenen stellen einen widerwärtigen und absolut unakzeptablen Verstoß gegen militärische Verhaltensregeln dar. Der Schaden, der dadurch dem Ansehen und der Glaubwürdigkeit unseres Landes und unserer Streitkräfte zugefügt wurde, kann die substanziellen Fortschritte untergraben, die erzielt wurden, und die Opfer zunichte machen, die von unseren Soldaten, ihren Familien und unseren Verbündeten erbracht wurden, die an unserer Seite um die Sache der Freiheit kämpfen ...
> Die grausamen und schändlichen Misshandlungen irakischer Gefangener müssen im Einklang mit unseren Gesetzen und den Vorschriften des Uniform Military Code of Justice rückhaltlos aufgeklärt werden ... Ich halte es für wichtig, dass diese Probleme unverzüglich angegangen und die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden, damit sich derartige Misshandlungen nie wiederholen.

Warner hatte jedoch keinen Erfolg. Die Probleme wurden nicht angepackt, und es wurde auch keine unabhängige Untersuchungskommission eingesetzt, die sich mit der Politik befasste, die zu Abu Ghraib führte. Da trat Warner den Rückzug an. Schon wenige Wochen später klagten Mitarbeiter von demokratischen Senatoren über Vertuschungsmanöver und darüber, dass die Parteiloyalität wieder

die Oberhand gewann. «Er meint es gut», erklärte mir ein demokratischer Senatsmitarbeiter in Bezug auf Warner, «aber sie haben ihn überzeugt, dass das der nationalen Sicherheit Schaden zufügen würde.» Einem seiner Mitarbeiter erzählte Warner auch, das Pentagon habe ihm versichert, dass «die schlimmen Sachen» nun vorüber seien und die militärische Führung die Dinge wieder «unter Kontrolle» habe.

In einem Telefoninterview räumte Warner ein, dass «eine Menge Druck» auf ihn ausgeübt worden sei, sagte aber auch, dass der Ausschuss seine Anhörungen fortsetzen werde. «Seit Mai habe ich fünf öffentliche und fünf nichtöffentliche Anhörungen durchgeführt», berichtete er, «und wir werden vermutlich auch noch außenstehende Zeugen hören.» Nachdem ich zum ersten Mal in der Zeitschrift *The New Yorker* über das Geheimprogramm geschrieben hatte, erklärte der Pentagon-Sprecher Lawrence Di Rita in einer Stellungnahme, dass «kein verantwortlicher Vertreter des Verteidigungsministeriums irgendein Programm gebilligt hat, von dem man annehmen konnte, dass es aufgrund seiner Zielsetzung zu derartigen Misshandlungen führen würde, wie sie auf jüngst veröffentlichten Fotos und Videos zu sehen sind». (Dieses Dementi ging am Thema vorbei, denn in meinem Artikel im *New Yorker* hatte ich nicht unterstellt, dass das SAP-Programm in der Absicht eingerichtet worden sei, Misshandlungen wie in Abu Ghraib zu ermöglichen.) Warner erzählte mir, Donald Rumsfeld und andere Regierungsvertreter hätten ihm gegenüber ihre Dementis bekräftigt. Ein demokratischer Senatsmitarbeiter berichtete mir später, dass Rumsfeld, Cambone und andere Mitglieder der Bush-Regierung in ihren nichtöffentlichen Aussagen dem Streitkräfteausschuss nicht viel mehr erzählt hätten, als sie bereits auch öffentlich gesagt hatten, und dass die Senatoren sich dann damit zufrieden gegeben haben.

Der stets freundliche und zuvorkommende Warner ist in der Geheimdienstgemeinde, im Militär und im Senat bei Demokraten und Republikanern gleichermaßen beliebt. «Er weiß, dass bestimmte Leute in der Befehlskette schuldig sind», sagte mir der frühere Geheimdienstmitarbeiter, «aber er laviert, er will nicht als jemand in Erinnerung bleiben, der in der Post anderer Leute herumschnüffelt. Das

Risiko ist ihm zu groß. Lieber lässt er einige Übeltäter ungeschoren davonkommen, als die nationale Sicherheit aufs Spiel zu setzen.»

Die demokratischen Senatoren und ihre Mitarbeiter im Streitkräfteausschuss merkten recht schnell, dass die Vorfälle in Abu Ghraib nicht ernsthaft untersucht werden sollten. Als Rumsfeld Anfang Mai vor dem Ausschuss erschien und sein Entsetzen über die Misshandlungen zum Ausdruck brachte, versprach er, den Ausschussmitgliedern alle vertraulichen Berichte des Roten Kreuzes über das Gefängnissystem im Irak zugänglich zu machen. Doch das Pentagon ließ sich zehn Wochen Zeit, bis es diese Dokumente schließlich in einen abhörsicheren Raum im Kongress schaffen ließ, wo sie aber nur die Senatoren zu Gesicht bekommen sollten. Sie durften keine Mitarbeiter mitnehmen, selbst wenn diese die höchsten Unbedenklichkeitsbescheinungen besaßen und obwohl einige der wichtigsten Schlussfolgerungen des Roten Kreuzes mittlerweile vom *Wall Street Journal* veröffentlicht worden waren. «Ich habe vor zwei Monaten ein Memo über die Vertuschungen geschrieben», erzählte mir ein Ausschussmitarbeiter. Darin habe er seinem Senator erklärt, «dass der Ausschuss zum Scheitern verurteilt ist. Zehn Wochen Wartezeit, um einen Blick in die Unterlagen des Roten Kreuzes werfen zu dürfen. Mir war klar, dass es sich hier um einen Versuchsballon handelte.» Anders gesagt: Das Pentagon, das vom Ausschuss gedrängt worden war, auch brisanteres Material zur Verfügung zu stellen, wollte testen, wie ernst es den Senatoren war. «Sie wollten Pflöcke einschlagen für künftige Fälle und wollten sehen, wie entschlossen wir uns wehren würden.»

Alle Zweifel über Senator Warners Absichten verflogen Mitte Juli, als er gegenüber Journalisten erklärte, er werde keine weiteren Zeugen mehr vorladen, bis die Army die Verfahren gegen die Militärpolizisten von Abu Ghraib abgeschlossen habe. Zu diesem Zeitpunkt konnte man davon ausgehen, dass die sechs verbliebenen Kriegsgerichte mit ihren Verhandlungen frühestens im Oktober 2004 beginnen würden – womit weitere Senatsanhörungen zu Abu Ghraib erst nach der Präsidentschaftswahl stattfinden würden. Es regte sich nur wenig Protest. Eine Woche später wurde der Ausschuss einberufen, um die Aussage von Generalleutnant Paul T. Mikolashek entgegen-

zunehmen, dem Generalinspekteur des Heeres, der gerade eine der vielen vom Pentagon eingeleiteten Untersuchungen über die Behandlung von Kriegsgefangenen abgeschlossen hatte. Trotz der eindeutigen Beweise, die ihm vorlagen, kam Mikolashek zu dem Schluss, die Misshandlungen von Gefangenen im Irak und in Afghanistan seien «nicht repräsentativ für die Politik, die militärische Doktrin oder die Soldatenausbildung. Bei diesen Übergriffen handelte es sich um unautorisierte Handlungen Einzelner, die dadurch begünstigt wurden, dass einige militärische Befehlshaber ihren Überwachungs-, Kontroll- und Führungsaufgaben nicht nachgekommen sind.» Dieser Bericht wurde von einigen demokratischen Senatoren heftig angegriffen und von der *New York Times* und der *Washington Post* in Leitartikeln als «unakzeptable Reinwaschaktion» kritisiert. Aber die Zeitungen verfolgten das Thema nicht weiter, und bedauerlicherweise gab es auch keine öffentliche Kritik aus den Reihen der Army, obwohl einige Offiziere, mit denen ich sprach, befremdet waren über diese Darstellung. («Daran glaubt keiner», sagte mir ein erfahrener Geheimdienstoffizier, der einen wichtigen Posten im Irak bekleidet hatte.) Viele Republikaner nahmen den Bericht dagegen für bare Münze und hofften, das Land werde sich jetzt anderen Fragen zuwenden. «Dieser Senator hegte niemals auch nur für eine Minute Zweifel daran – und hat dies auch wiederholt privat und in diesem Raum erklärt –, dass kein hochrangiger Vertreter der US-Army oder der Regierung ... Unmenschlichkeit oder Grausamkeit gegenüber Gefangenen zu tolerieren bereit wäre», erklärte der republikanische Senator James Talent aus Missouri gegenüber General Mikolashek. «Ich habe nie daran gezweifelt, und es überrascht mich nicht, dass Sie zu dieser Feststellung gelangt sind.»

Ein anderer Senatsmitarbeiter erzählte mir, dass keiner der demokratischen Senatoren die Möglichkeit erhalten habe, den Bericht Mikolasheks vor der Anhörung zu überprüfen. «Wenn man es wirklich ernst meinte, würde man niemanden aussagen lassen, ohne ihn vorher von den eigenen Mitarbeitern befragen zu lassen», sagte er. «Um gegen diese Regierung anzukommen, bedürfte es der konzertierten Anstrengung einer Ausschussmehrheit» – was angesichts der Mehrheit der Republikaner im Ausschuss illusorisch war.

Im Juli 2004 unterhielt ich mich erneut mit Scott Horton, der weiterhin Kontakte mit JAG-Anwälten pflegte. Er erzählte mir, dass Rumsfeld die Army dazu drängte, die laufenden Ermittlungen bis Ende August abzuschließen, dem Termin des Nominierungsparteitags der Republikaner in New York. Horton fügte hinzu, dieses Vorgehen sei skandalös. Untersuchungen des Pentagons, erklärte er, «stehen ohnehin in dem Ruf, Beschuldigte rein zu waschen, aber selbst wenn man das berücksichtigt, setzen diese Ermittlungen neue Standards». Rumsfelds Büro habe den Ermittlungsauftrag eingeschränkt und gebe Dokumente nur sehr restriktiv heraus. Anders ausgedrückt, sagte Horton: «Rumsfeld hat diese Untersuchungen vollständig manipuliert. Meine Freunde meinen, wir sollten damit rechnen, dass am Schluss bestenfalls einige ‹faule Äpfel› aussortiert werden.»

Doch Abu Ghraib wird nicht verschwinden, unabhängig davon, ob weitere Anhörungen stattfinden werden oder nicht. Die Entscheidungen der Bush-Regierung zur Behandlung von Gefangenen hatten weitreichende Folgen: für die inhaftierten zivilen Iraker, von denen viele nichts zu tun hatten mit den zunehmenden Aufständen, aber auch für das Ansehen der Vereinigten Staaten in der Welt.

Gegenüber Außenstehenden hatten die Vertreter des Weißen Hauses stets eine plausibel klingende Erklärung für die Misshandlungen und Folterungen in Abu Ghraib parat: Einige Leute im Militär seien ihren Aufgaben nicht gewachsen gewesen. Ende Mai 2004, als die Welt mit immer neuen Nachrichten und Bildern aus Abu Ghraib überflutet wurde, hatte Kenneth Roth, der Leiter von Human Rights Watch, eine zweite enttäuschende Begegnung mit Rice und John Bellinger, dem NSC-Anwalt. Nach Roths Gesprächsnotizen erklärte Rice, das Problem liege nicht in der Politik des Präsidenten, die derartige Übergriffe eindeutig untersage, sondern «in der Ausführung dieser Politik. Im Militär herrscht offensichtlich eine gewisse Verwirrung.» Sie fuhr fort: «Wir müssen klären, ob die Ausbildung verbessert werden muss, und es müssen auch klare Verantwortlichkeiten festgelegt werden» – wiederum nicht im Weißen Haus, sondern im Militär. «Die militärische Führung», sagte Rice, «muss herausfinden, wie diese Pannen passieren konnten.»

Folter, so wie das Weiße Haus sie definierte, sei keine Option, hatte der Präsident erklärt, aber Rice weigerte sich, darüber zu diskutieren, welche anderen Verhörmethoden ebenfalls unzulässig sein könnten. «Die Regierung kann nicht gleich das gesamte Internierungs- und Verhörsystem über den Haufen werfen», sagte Rice laut Roths Aufzeichnungen.

«Bis zum heutigen Tag», sagte Roth Ende Juli 2004, «klammern sie sich an die Fiktion, dass es einen Bereich der Zwangsausübung gibt, der nicht gegen das internationale Folterverbot verstößt. Solange die Regierung nicht offiziell auf alle Formen von Gewaltanwendung in Verhören verzichtet, öffnet sie den Misshandlungen Tür und Tor, die seit dem 11. September üblich geworden sind.»

Etwas früher hatte Roth zu mir gesagt: «In gewisser Weise lenken die sexuellen Demütigungen in Abu Ghraib von den Misshandlungen von Gefangenen und den Verstößen gegen die Genfer Konventionen ab, die mittlerweile als erlaubt gelten.» Seit dem 11. September habe das amerikanische Militär systematisch in allen Teilen der Welt Verhörmethoden «dritten Grades» gegen Häftlinge angewandt. «Einige JAG-Anwälte sind empört darüber und befürchten, dass die Tolerierung von Misshandlungen im nächsten Krieg auf uns selbst zurückfallen könnte», erklärte Roth. «Wir liefern der Welt eine gute Entschuldigung dafür, die Genfer Konventionen zu missachten. Rumsfeld hat die Messlatte gesenkt.»

Der hochrangige Pentagon-Berater, der viele Jahre in Uniform gedient hat, pflichtete Kenneth Roth bei. Der Präsident, Rumsfeld und Cambone, sagte er, «haben die Bedingungen geschaffen, die solche Übergriffe ermöglichten». Er fürchte, Abu Ghraib vermittle die Botschaft, dass das Pentagon nicht imstande sei, seine Entscheidungsgewalt angemessen zu handhaben. «Wenn die Hütte brennt, wie am 11. September, wie reagiert man dann?», fragte der Berater. «Besonnen und intelligent», antwortete er und fügte hinzu: «Wir müssen zeigen, dass es im System Kontrollmechanismen gibt. Wenn man in einer Welt der Grauzonen lebt, braucht man klare rote Linien.»

II
DAS VERSAGEN DER GEHEIMDIENSTE

1. Wie Amerikas Spione den 11. September verpassten

Seit nunmehr drei Jahren schreibe ich Reportagen über den 11. September und seine Folgen, und ein Thema zieht sich wie ein roter Faden durch alle hindurch: dass es an rechtzeitigen und verlässlichen Geheimdienstinformationen über die andere Seite fehlte – über die al-Qaida-Terroristen, die die Entführungen planten und durchführten, die Taliban in Afghanistan und die Aufständischen, die die Traumbilder der Neokonservativen über den Irak an einer Realität täglicher Gewaltakte und neuer Opfer zerplatzen ließen. Die Probleme waren lange vor dem Sommer 2004 erkennbar, als die Untersuchungskommission zum 11. September und der Geheimdienstausschuss des Senats ihre Kritik veröffentlichten. Die amerikanischen Geheimdienste verfügten nicht über die wesentlichen Informationen, wenn es darauf ankam – zur rechten Zeit.

Ende September 2001, nach zwei Wochen Ermittlungen rund um die Uhr zu den Terroranschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon, war die Geheimdienstgemeinde noch immer verwirrt, uneinig und unsicher: Wie sind die Terroristen vorgegangen, wie viele waren es und was könnten sie als Nächstes vorhaben? In zwei Punkten bestand allerdings Konsens: Die Anschläge waren brillant geplant und ausgeführt worden, und die Geheimdienste waren überhaupt nicht darauf vorbereitet gewesen, sie zu verhindern.

Am 23. September 2001 sagte Colin Powell einem Fernsehreporter, dass «wir der Welt, dem amerikanischen Volk, eine überzeugende Anklage vorlegen», die beweisen werde, dass Osama Bin Laden für die Anschläge verantwortlich war. «Wir fügen sämtliche Informationen, die uns vorliegen, zusammen, die Geheimdienstinformationen, die Informationen, die vom FBI und anderen Strafverfolgungsbehör-

den ermittelt wurden.» Doch der allgemein erwartete Bericht ist nie erschienen. Die Regierung rechtfertigte die Verzögerung, indem sie der Presse mitteilte, der größte Teil der Informationen sei unter Verschluss und dürfe noch nicht veröffentlicht werden. Ein hoher CIA-Vertreter sagte mir damals, dass die Geheimdienste noch nicht genügend verlässliche Informationen über die Operationsweise, Finanzierung und Planung der Terroristen zusammengetragen hätten. «Eines Tages werden wir Bescheid wissen, aber momentan wissen wir es nicht», erklärte er.

In jenen chaotischen ersten Tagen waren die Ermittler in mindestens zwei Lager gespalten. Das eine, in erster Linie im FBI angesiedelt, glaubte, dass die Terroristen möglicherweise gar keine «kohärente Gruppe» waren, wie ein Beamter sich ausdrückte, bevor sie mit der Ausbildung begannen und gemeinsam an dieser Operation arbeiteten. «Diese Jungs kommen einem wie ein zusammengewürfeltes Basketballteam vor», sagte er. «Ein Haufen Männer, die sich getroffen haben.» Das FBI bemühte sich immer noch, die Identität und Herkunft der Entführer zu ermitteln. Tatsache war, was der Beamte auch einräumte: «Wir wissen nicht viel über sie.»

Zu Beginn nahmen diese Ermittler an, dass die Selbstmordkommandos einfach großes Glück hatten. «Glauben Sie in Ihren kühnsten Träumen, dass sie dachten, es würde ihnen gelingen, gleich vier Flugzeuge zu entführen?», fragte der Beamte. «Nur einen Jet in die Gewalt zu bekommen und ins Ziel zu lenken wäre schon ein Erfolg gewesen. Das sind keine Supermänner.» Nach seiner Argumentation war der größte Vorteil der Entführer neben dem Überraschungsmoment die Geschichte: In der Vergangenheit hatten die meisten Entführungen sicher auf dem Boden eines Flughafens in der Dritten Welt geendet, deshalb wurden Piloten geschult, mit Entführern zu kooperieren.

Das andere Lager, vor allem im Pentagon und in der CIA zu Hause, schrieb den Entführern eine jahrelange Planung und Vorbereitung zu sowie eine gezielte Desinformationskampagne nach der Tat. «Diese Jungs flogen unter allen Radarschirmen – das waren Profis», sagte ein Offizieller mir unmittelbar nach den Anschlägen. «Eine Zelle bilden nie mehr als fünf oder sechs. Drei Männer kennen den Plan, drei nicht. Sie haben da schon jahrelang draußen ‹geschlafen›.» Ein Mili-

tärplaner sagte mir, viele Kollegen von ihm glaubten, dass die Terroristen lange vor dem 11. September «untertauchten und die Stecker aus den Telefonen zogen», also die Spuren ihrer Tätigkeit verwischten. Viele gingen davon aus, dass die Terroristen ein Hilfsteam hatten. Und die Tatsache, dass das FBI außerstande war, unverzüglich Mitverschwörer aufzuspüren, die in den Vereinigten Staaten geblieben waren, wurde als weiterer Beleg für die sorgfältige Planung gewertet. «Sehen Sie», sagte eine Person, die mit der Ermittlung vertraut war, «wenn es schlicht und einfach eine glücklich gelungene Einzelaktion gewesen wäre, dann wären die irreführenden Spuren nicht so sorgfältig gelegt worden wie in diesem Fall.»

Viele Ermittler fragten sich, ob die ersten Hinweise auf die Identität der Terroristen und auf ihre Vorbereitungen, etwa die Flughandbücher, vielleicht gefunden werden *sollten*. Ein ehemaliger hoher Geheimdienstmitarbeiter sagte mir damals: «Jede Spur, die hinterlassen wurde, wurde absichtlich hinterlassen – damit das FBI ihr nachläuft.»

Die Anschläge stellten auch in Frage, was die Ermittler über Osama Bin Ladens Fähigkeiten zu wissen glaubten. «Der Typ sitzt in einer Höhle in Afghanistan und leitet diese Operation?», fragte ein CIA-Vertreter. «Sie ist so gewaltig. Das kann er nicht allein gemacht haben.» Ein hoher Offizier teilte mir mit, dass die Ermittler angesichts der benötigten Visa und weiterer Dokumente, um Teammitglieder in die Vereinigten Staaten zu schleusen, auch der Frage nachgingen, ob vielleicht ein großer ausländischer Geheimdienst die Finger im Spiel gehabt hat. «Jemanden dazu zu bringen, ein Flugzeug zu fliegen – sich selbst umzubringen», so der CIA-Mann weiter, eröffne zudem die Möglichkeit, dass «jemand seiner Familie verdammt viel Geld gezahlt hat». Ein Sprecher des Justizministeriums mutmaßte: «Uns fehlt es immer noch ständig an Mitarbeitern», das FBI sei mit Hinweisen überschwemmt worden.

«Mir», fügte der hohe Offizier hinzu, «macht am meisten Angst, dass diese Kerle» – die Terroristen – «die erste Runde so leicht gewannen. Sie wussten, dass man bei Flugzeugentführungen üblicherweise auf Zeit spielt. Und sie wussten bestimmt auch, dass danach die Sicherheitsvorkehrungen für Flugzeuge verschärft werden. Was immer

sie also für die nächste Runde geplant haben, sie hatten es bereits an Ort und Stelle.»

Auch andere an der Ermittlung Beteiligte äußerten die Befürchtung, ein zweiter Anschlag könne folgen. Im FBI vermuteten manche, dass die Terroristen einem Kriegsplan folgten, den der verurteilte Verschwörer Ramsi Ahmed Jussuf ausheckte, der mutmaßliche führende Kopf des Bombenanschlags auf das World Trade Center im Jahr 1993. Jussuf war an Plänen beteiligt, die unter anderem die Freisetzung von Gift in der Luft und die Sprengung der Tunnel zwischen New York City und New Jersey vorsahen. Die Besorgnis der Regierung wegen Gefahrenguttransporten wurde durch Jussufs Fall noch gesteigert.

«Kommen sie in ein, zwei oder drei Jahren mit chemischen und biologischen Waffen daher?», fragte ein hoher General rhetorisch. «Wir müssen nun einen schwierigen Übergang von dem Vertrauen auf die Polizeibehörden hin zu Präventivmaßnahmen in Angriff nehmen. Das ist nicht leicht. Können wir genügend gute Leute rekrutieren?» In den Jahren vor dem 11. September, so der General, «stellten wir Kids direkt aus dem College ein, die Computerfreaks waren.» Er fuhr fort: «Hier geht es wieder um die schwere, harte Drecksarbeit, da braucht es stahlharte Leute, die sich mit sicherem Instinkt in dunkle Gassen wagen.»

Die CIA von 2001 war der Aufgabe nicht gewachsen. Seit dem Zerfall der Sowjetunion vor einem Jahrzehnt war die Agency immer bürokratischer geworden und war nicht so schnell bereit, Risiken einzugehen. Folglich hatte sie auch Beamte, die solche Haltungen teilten, gefördert. («So etwas wie eine Grundeinstellung», sagte ein ehemaliger Beamter.) Sie hatte ihr Vertrauen auf menschliche Quellen, auf Informanten im Ausland stetig eingeschränkt und die Zahl der Einsatzoffiziere im Ausland gekürzt – Mitglieder des eigentlichen Geheimdienstes, der mittlerweile offiziell als Directorate of Operations oder D. O. bekannt ist. Zu seinen Aufgabenbereichen zählt die Anwerbung von Spionen. (Früher nannte man das die Abteilung für «schmutzige Tricks».) Stattdessen hatte sich die Agency stärker auf Beziehungen – Berichte von befreundeten Nachrichtendiensten und

Polizeibehörden auf der ganzen Welt – und auf technische Datensammelsysteme verlassen.

Es ist gar nicht so einfach, wiederum Agenten vor Ort zu platzieren. Während des Kalten Krieges lautete die wichtigste Aufgabe der Behörde, Spione aus dem sowjetischen Militär und diplomatischen Corps zu rekrutieren. CIA-Agenten wurden als Diplomaten oder Kulturreferenten den amerikanischen Botschaften in größeren Städten zugeteilt, und ihre Arbeit konnten sie zum großen Teil bei diplomatischen Veranstaltungen oder anderen gesellschaftlichen Anlässen erledigen. Für einen Agenten mit einem solchen Deckmantel hatte die Enttarnung in der Regel keine schwerwiegenderen Folgen als die Ausweisung aus dem Gastland und die vorübergehende Verbannung an einen Schreibtisch in Washington. Heute, in Afghanistan oder irgendwo im Nahen Osten oder in Südasien, muss ein CIA-Agent, wenn er gute Arbeit leisten will, die Landessprache sprechen und imstande sein, mit der Umgebung zu verschmelzen. Der Agent darf scheinbar nichts mit irgendwelchen Amerikanern oder der amerikanischen Botschaft, falls eine im Land ist, zu tun haben. Dieser Status wird innerhalb der Agency *nonofficial cover* (nichtoffizielle Tarnung) oder NOC genannt. Die Enttarnung bedeutet unter Umständen den Tod.

Es kann durchaus sein, dass es zur Zeit der Anschläge keinen einzigen derartigen Agenten gab, wie sie heute in islamisch-fundamentalistischen Kreisen operieren. In einem Essay, der im Sommer 2001 in der Zeitschrift *The Atlantic* veröffentlicht wurde, zitierte Reuel Marc Gerecht, der fast zehn Jahre lang als Einsatzoffizier in der Nahostabteilung der CIA diente, einen CIA-Mitarbeiter mit den Worten: «Um Himmels willen, die meisten Einsatzoffiziere leben in den Vorstädten von Virginia. Wir machen so etwas nicht.» Ein anderer Beamter sagte zu Gerecht: «Operationen, in denen Durchfall zur Lebensart gehört, kommen nicht vor.»

Das Ansehen der CIA sank nach dem 11. September durch eine Reihe, wie sich herausstellte, viel zu optimistischer Verlautbarungen zur Effektivität seines Zentrums für die Terrorismusbekämpfung auf einen Tiefpunkt. Das Zentrum bei der CIA war 1986 nach einer Welle weltweiter Bombenanschläge, Flugzeug- und Personenentführun-

gen eingerichtet worden. Dahinter stand der Gedanke, Experten aus jeder amerikanischen Sicherheitsbehörde, auch dem Secret Service, in einem «Fusionszentrum» zu bündeln, das alle Informationen über Terrorismus koordinieren sollte. Im Oktober 1998, nachdem vier Männer, die mit Bin Laden in Verbindung gebracht wurden, wegen ihrer Beteiligung an den Bombenanschlägen auf die US-Botschaften in Tansania und Kenia angeklagt worden waren, wurden Reporter von *Newsweek* durch das Zentrum geführt. Die Anklagen seien, so berichtete *Newsweek*, «als eindeutige Botschaft an Bin Laden und seine flüchtigen Anhänger gedacht gewesen: Die Vereinigten Staaten wissen, wer sie sind und wo sie sie auftreiben können ... Die Story, wie die CIA und das FBI, einst erbitterte Rivalen in der Bürokratie, zusammenarbeiteten, um Bin Ladens schwer fassbares Netzwerk auszuheben, ist ein Beispiel für Fahndungsarbeit mit modernster Technik – und schlicht für pures Glück.»

In Wirklichkeit war das Zentrum für die Terrorismusbekämpfung nicht befugt, Agenten im Ausland zu rekrutieren oder zu betreuen – diese Aufgabe blieb dem Directorate of Operations und seinen Stützpunkten im Nahen Osten vorbehalten, die ihre eigenen Prioritäten hatten. Im Jahr 1986, kurz nach der Gründung des Zentrums, wurde von seinem Direktor Duane (Dewey) Clarridge Robert Baer angeworben, ein Arabisch sprechender Agent, der als der wohl fähigste Offizier vor Ort im Nahen Osten galt. In seinen Memoiren *See No Evil*, die im Januar 2002 erschienen (deutsche Ausgabe: *Der Niedergang der CIA*, München 2002), schildert Baer, was sich abspielte, nachdem er, frisch von seiner Ernennung zum Einsatzoffizier, in Khartum eingetroffen war:

> Die ersten paar Monate meiner Tätigkeit als Fußsoldat in Deweys Krieg gegen den Terrorismus waren wohl so aufregend, wie das Spionagegeschäft nur sein kann ... Dewey hatte eine neue Stellungnahme des Präsidenten – die Vollmacht, gegen Terroristen so ziemlich alles zu unternehmen, was er wollte. Er bekam das ganze Geld, das er wollte ... Es dauerte nicht lange, da torpedierte die Politik der Geheimdienste alles, was Dewey versuchte ... Es war zu riskant. Eine verpfuschte – oder sogar eine erfolgreiche – Operation würde eine freundlich gesinnte ausländische Regierung ver-

> ärgern. Es könnte ja jemand seinen gemütlichen Posten verlieren und nach Hause geschickt werden. Es könnte jemand sogar getötet werden ...
> Wir baten [die CIA-Station in] Bonn, ein paar Araber und Iraner anzuwerben, die der Exilgemeinde in Westdeutschland aus dem Nahen Osten nachgehen sollten, und sie antwortete jedes Mal, sie verfüge nicht über genügend Mitarbeiter. Einmal baten wir Beirut, sich mit einem bestimmten Agenten zu treffen, der in den Libanon reiste, und die Station weigerte sich wegen irgendeines Sicherheitsproblems. Sicherheit war in Beirut schon *immer* ein Problem, um Himmels willen. Statt gegen Terroristen zu kämpfen, kämpften wir gegen die Trägheit der Bürokratie, einen unversöhnlichen Feind ... Nach sechs Monaten standen [Dewey] nur zwei Arabisch sprechende Mitarbeiter zur Verfügung, einer davon war ich.

In seinen Erinnerungen beschreibt Baer, dem nach seinem Abschied die Career Intelligence Medal verliehen wurde, auch die «fatale Krankheit», welche die Pariser CIA-Niederlassung Anfang der neunziger Jahre befiel: Es wurden keine neuen Agenten geworben, und «Agenten, die bereits registriert waren, hatten ihren Zugang verloren, und niemand schien sich darum zu kümmern». Die CIA hörte auf, Spione gegen die Russen anzuwerben. Darüber hinaus wurden CIA-Wohnungen für Observierungen dichtgemacht und im ganzen Nahen Osten und Europa Abhörwanzen abgeschaltet. «Wir werden nie erfahren, welche Verluste wir hatten, weil wir aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion kein Kapital schlugen», sagte ein ehemaliger Agent. Ehemalige hochrangige sowjetische Beamte mit Geheimdienstinformationen und anderem Wissen wurden abgewiesen. «Freiwillig Kommende wurden weggeschickt. Es war erstaunlich, und soweit ich weiß, hat niemand etwas dagegen unternommen.»

Als Bill Clinton sein Amt antrat, änderte sich daran wenig. Das Zentrum für die Terrorismusbekämpfung, kurz CTC, wurde nach dem Bombenanschlag von 1993 auf das World Trade Center mit noch mehr Geld und noch mehr Mitarbeitern ausgestattet, doch es blieb eine Behörde, in der viel Papier hin und her geschoben wurde, deren

Mitarbeiter aber nicht in Fremdsprachen bewandert sein mussten. Baer, den man mittlerweile auf eigenen Wunsch auf den winzigen CIA-Außenposten im tadschikischen Duschanbe versetzt hatte, sah hilflos mit an, wie von Saudis unterstützte islamische Fundamentalisten – Vorläufer der Taliban – Trainingslager bauten und anfingen, Anhänger zu werben und Operationen innerhalb der Grenzstaaten der ehemaligen Sowjetunion durchzuführen.

Viele alte Hasen der CIA sagten mir in Gesprächen unmittelbar nach dem 11. September, dass das CTC, trotz seines hohen Ansehens, bei jungen und ehrgeizigen Mitarbeitern des D. O. nicht gerade beliebt war. Das Terrorabwehrzentrum und zwei andere, wichtige Geheimdienstzentren – die sich mit Drogen und Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen befassten – waren derart mit internen Streitigkeiten beschäftigt, dass es den professionellen Analytikern schwer fiel, ihre Arbeit zu tun. «Sie kämpfen alle gegeneinander», sagte eine hoch angesiedelte Führungskraft, die früh in Ruhestand ging und deren letzter Posten die Leitung eines dieser Zentren war. «Man konzentriert sich nicht auf die Sachfragen.»

Im Jahr 1995 wurde die CIA allgemein scharf kritisiert, nachdem bekannt geworden war, dass ein bezahlter Informant in Guatemala an den Morden an einem amerikanischen Gastwirt und dem guatemaltekischen Mann einer amerikanischen Anwältin beteiligt war. Der Mann war auf der Gehaltsliste der CIA geblieben, obwohl seine Taten dem Directorate of Operations bekannt waren. John Deutch, der dritte CIA-Chef innerhalb von drei Jahren, reagierte mit einer Direktive, der zufolge die Genehmigung des Hauptquartiers eingeholt werden musste, bevor jemand mit kriminellem oder menschenrechtsverletzendem Hintergrund als Informant angeworben werden durfte. Die Genehmigung, so führte Deutch später aus, sollte nach einer simplen Abwägung erteilt werden: «Ist der potenzielle Gewinn an Geheimdienstinformationen die Kosten wert, die der Umstand mit sich bringen könnte, dass man mit einem potenziellen Mörder Geschäfte macht?»

Der «Scheuerbefehl», wie er genannt wurde, wurde von Deutch und seinen Kollegen mit den besten Absichten erteilt und enthielt auch Vorschriften für die Einzelfallprüfung. Doch in der Praxis wur-

den Hunderte von «Aktivposten» willkürlich von der Gehaltsliste der CIA gestrichen, was sich verheerend auf die Operationen zur Terrorabwehr im Nahen Osten auswirkte.

Der Scheuerbefehl hatte die Bildung einer Reihe von Kontrollgremien im CIA-Hauptquartier zur Folge. Bevor ein neuer Aktivposten rekrutiert werden konnte, musste ein Einsatzoffizier erst bei einem Gremium, dem Senior Review Panel, die Genehmigung einholen. «Das war so, wie wenn ein Kardiologe in Kalifornien entscheidet, ob ein Chirurg in New York City die Brust aufschneiden darf», erinnerte sich ein ehemaliger Mitarbeiter. Potenzielle Agenten wurden von Beamten bewertet, die keine eigenen Erfahrungen mit verdeckten Operationen hatten. («Amerikaner hassen Geheimdienstarbeit – hassen sie ganz einfach», dachte Robert Baer, wie er sich erinnert.) In den Augen der Operationsleiter wurden die wichtigsten Waffen im Krieg gegen den internationalen Terrorismus von Männern und Frauen bewertet, die, wie ein ehemaliger Offizier es sagte, «abends nicht mehr ins Restaurant in Washington, D.C., fuhren, weil sie Angst vor Verbrechen hatten».

Andere bürokratische Gremien «vermehrten sich wie die Karnickel, eins nach dem anderen», sagte ein ehemaliger Stationschef. Erfahrene Mitarbeiter, die hartnäckig weiter Spione werben wollten, stellten fest, dass die Genehmigung, bevor man einen Treffer landete, einen langen Marsch von einem Ausschuss zum anderen erforderte. «In alten Zeiten hieß es einfach: ‹Auf geht's, holt sie euch›», sagte der Mitarbeiter im Ruhestand. Unterdessen trat ein weiterer Prüfmechanismus namens A.V.S. (*asset-validation system* oder Aktivpostenevaluierungssystem) in Kraft. Ein anderer pensionierter Beamter sagte mir: «Man musste so viele Formulare ausfüllen, dass die Jungs mehr Zeit in der Station mit dem Schreiben von Berichten als auf der Straße verbrachten.»

«Es war unsinnig», sagte ein dritter Beamter. «Sehen Sie, wir haben Arschlöcher rekrutiert. Ich hatte mit schlimmen Typen zu tun. Aber wir werben nun mal keine Angehörigen der Heilsarmee – die wissen rein gar nichts.» Er fuhr fort: «Was wir uns selbst angetan haben, ist kriminell. Es gibt vielleicht ein halbes Dutzend gute Leute da draußen, die versuchen, den Laden zusammenzuhalten.»

«Es vereinfachte den Arbeitstag erheblich», sagte Robert Baer zu der Direktive. Die lebenswichtige South Group der CIA, die acht Stationen in Zentralasien umfasste – allesamt von fundamentalistischen Organisationen mit Verbindungen zu den Taliban und Osama Bin Laden bedroht, vor allem in Usbekistan und Tadschikistan –, hatte Mitte der neunziger Jahre keine Agenten mehr, sagte Baer. «Die Agency verabschiedete sich.»

Anders als viele hohe Mitarbeiter im CIA-Hauptquartier hatte Baer in den achtziger Jahren undercover in Beirut und an anderen Orten im Nahen Osten gelebt. Er wusste nur zu gut, wie geschickt terroristische Organisationen beim Verwischen ihrer Spuren vorgehen. Als die CIA anfing, sich intensiver mit dem islamischen Dschihad zu befassen, so Baer, ging eine radikale libanesische Gruppe, die mit einer Reihe von Entführungen in der Reagan-Ära in Verbindung gebracht wurde, «sämtliche Dokumente in ganz Beirut durch, vernichtete sogar ihre Schulunterlagen. Sie hatten den Flughafen verkabelt und konnten sich die Amerikaner aussuchen. Sie wussten, wen sie kidnappen wollten, noch ehe er gelandet war.» Die Terroristen tricksten sogar die Fähigkeit der Amerikaner aus, weltweit Gespräche abzufangen, indem sie ständig die Codes wechselten – häufig änderten sie dazu einfach nur die Bedeutung gebräuchlicher Floskeln, mehr war gar nicht nötig. «Da ist ein professioneller Kader am Werk», sagte Baer. Mit Blick auf die Terroristen, die am 11. September zuschlugen, sagte er: «Diese Jungs sind verdammt gut.»

Bis zum Jahr 2001 hatte das Directorate of Operations eine ganze Reihe von Rücktritten und Pensionierungen in der Führungsebene zu verkraften. Darunter waren vier Männer, deren Namen in der Öffentlichkeit wenig bekannt sind, die aber in der ganzen Agency respektiert werden: Douglas Smith, der 31 Jahre im Geheimdienst arbeitete; William Lofgren, der bei seiner Pensionierung 1996 Leiter der Abteilung für Zentralasien war; David Manners, der Chef der Station im jordanischen Amman, als er 1998 die Agency verließ; und Robert Baer, der 1997 ging. Alle vier trafen sich mehrfach mit Abgeordneten der Legislative und ihren Mitarbeitern und sagten sogar vor dem Kon-

gress aus, weil sie, wie viele andere, bemüht waren, Änderungen zu erreichen. Doch nichts wurde unternommen.

Bei dem Versuch, auf den 11. September zu reagieren, verfügte die CIA nicht über genügend qualifizierte Einsatzbeamte, um ihre vielen Stationen und Stützpunkte auf der ganzen Welt zu besetzen. Zwei bereits pensionierte Agenten wurden wieder in Dienst gestellt und übernahmen vorübergehend die kleine Basis im pakistanischen Karatschi, einem Brennpunkt der terroristischen Aktivität. (Karatschi war 1995 der Schauplatz der Ermordung zweier Amerikaner, einer von ihnen war ein CIA-Mitarbeiter. Angeblich war der Anschlag ein Racheakt für die Verhaftung Ramsi Ahmed Jussufs in Pakistan.) Ein pensionierter Agent leitete auch die größere CIA-Station in Dakka, Bangladesch, ein muslimischer Staat, in dem man womöglich Rekruten werben konnte. Andere Ruheständler leiteten CIA-Stationen in Afrika.

Viele in der Geheimdienstgemeinde beklagten sich nach dem 11. September in Gesprächen mit mir bitter darüber, wie schwierig die Arbeit mit dem Directorate of Operations sei, selbst während einer Krise. «Damit man mit dem D. O. an einem Problem arbeiten kann, muss man auch dem D. O. angehören», sagte ein ehemaliger Wissenschaftler. Andere Geheimdienstquellen teilten mir mit, dass die Machenschaften des D. O. einmal sogar zu einem Streit mit der National Security Agency (NSA) führte. Damals ging es um die Frage, wer den Special Collection Service (SCS) beaufsichtigte, ein gemeinsames Unternehmen der beiden Behörden, das auf der ganzen Welt Teams mit elektronischen Spezialisten einsetzt, um in Krisenzeiten die diplomatische und auch andere Kommunikation zu überwachen. Die streng geheimen Operationen des SCS, durch die im Kalten Krieg viele äußerst wertvolle Daten beschafft wurden, wurden in der Regel von sicheren Orten innerhalb der amerikanischen Botschaften aus gesteuert. Seine Fähigkeit und hochmoderne Ausrüstung wurden durch ein geradezu absurdes Gezänk beeinträchtigt. Ein Militär, der 1998 an der Beschaffung von Informationen mit Hilfe elektronischer Filter teilnahm, erzählte mir, dass es ihm unmöglich gewesen sei, mit Vertretern der CIA und der NSA gleichzeitig darüber zu sprechen. «Ich traf mich für gewöhnlich mit dem einen in einem sicheren Gebäude

in Virginia, machte Mittagspause und traf mich dann mit dem anderen», sagte der Offizier. «Sie konnten nicht im selben Raum sein.»

«Wir werden das Terrorismusproblem niemals lösen, wenn wir das D. O. nicht umorganisieren», sagte ein ehemaliger Geheimdienstagent zu mir. «Die erste Verteidigungslinie, noch dazu die wichtigste Verteidigungslinie, sind Informationen von menschlichen Quellen.»

In Anbetracht des Versagens, die Anschläge vom 11. September nicht verhindert zu haben, warfen einige Mitglieder der Geheimdienstgemeinde, mit denen ich im Herbst 2001 sprach, bereits die Frage auf, wie weit die CIA wohl gehen sollte. In einem Interview verwiesen zwei ehemalige Operationsleiter auf Taktiken, die Ende der achtziger Jahre der jordanische Sicherheitsdienst anwandte. Es gelang ihm, Abu Nidal aufzuspüren, jenen Palästinenser, der die zu der Zeit nach Ansicht des Außenministeriums «gefährlichste bestehende Terrororganisation» leitete. Abu Nidals Gruppe war vor allem durch ihre Beteiligung an zwei blutigen Anschlägen mit Gewehren und Granaten auf die Eincheck-Schalter für die israelische Fluggesellschaft El Al im Dezember 1985 an den Flughäfen in Rom und Wien bekannt geworden. Auf dem Höhepunkt seiner Macht bedrohte Abu Nidal sogar das Leben König Husseins von Jordanien, den er den «Pygmäenkönig» nannte. Und der König reagierte, so die ehemaligen Geheimdienstagenten, indem er seinem staatlichen Sicherheitsdienst sagte: «Los, schnappt sie euch.»

Die Jordanier gingen allerdings nicht direkt gegen mutmaßliche Anhänger Abu Nidals vor, sondern nahmen enge Familienangehörige in Gewahrsam: Mütter und Brüder. Danach trat man an den mutmaßlichen Abu-Nidal-Anhänger heran, reichte ihm ein Telefon und sagte ihm, er möge seine Mutter anrufen. Diese sagte dann, laut einem CIA-Mitarbeiter: «Sohn, die werden sich um mich kümmern, wenn du nicht tust, was sie sagen.» (Soweit er wusste, fügte der Mitarbeiter vorsichtig hinzu, willigten alle Verdächtigen ein, mit den Angehörigen zu sprechen, bevor ihnen wirklich ein Leid angetan wurde.) Anfang der Neunziger war die Gruppe durch interne Streitigkeiten gelähmt und keine bedeutende Terrororganisation mehr. (Abu Nidal, der in schlechter gesundheitlicher Verfassung war, ging nach Bagdad,

wo er im August 2002 starb – offenbar durch Selbstmord.) «Jordanien ist die einzige Nation, der es vollständig gelang, eine Gruppe zu infiltrieren», fügte der Mitarbeiter hinzu. «Man muss ihre Familien in die Gewalt bringen.»

Der Mitarbeiter blieb dabei, wenn es um Bin Laden und seine Komplizen gehe: «Wir müssen das machen – sie einen nach dem anderen ausschalten», sagte er. «Wollen wir das Problem wirklich loswerden – statt hier rumzusitzen und Flickenteppiche der Meinungsvielfalt zu knüpfen?»

Ein solches Vorgehen verstößt natürlich gegen die rechtsstaatlichen Prinzipien in Amerika und gegen die Vorschriften der CIA. Zudem bezweifeln viele Experten, dass es tatsächlich Wirkung zeitigen würde. In den Monaten danach, in denen sich herausstellte, dass Osama Bin Laden und seine Kämpfer außerordentlich schwer zu fassen waren, sollten Donald Rumsfeld und andere zivile Führer im Pentagon nichtsdestoweniger zunehmend zu der Überzeugung gelangen, dass außerordentliche Maßnahmen – also Aktionen, die in ihren Augen über dem Gesetz standen – notwendig sein würden, um mit dem Terrorismus fertig zu werden.

Ein paar Tage nach den Anschlägen verteidigte Vizepräsident Dick Cheney den CIA-Chef George Tenet im Fernsehen und erklärte, es wäre eine «Tragödie», nach «Sündenböcken» zu suchen. Präsident Bush ließ mit einem Besuch im CIA-Hauptquartier noch eine Geste der Unterstützung folgen. In einem Interview eine Woche danach verteidigte ein Topmitarbeiter des CIA Tenet ebenfalls. «Wir wissen, dass zurzeit viele glauben, alles besser zu wissen, und mit Kritik nicht sparen, aber die Leute haben keine Ahnung von den Zuständen, die George übernommen hat», sagte er mir. «Man kann eine sechsköpfige Zelle nicht infiltrieren, wenn sie Brüder und Cousins sind – und wenn man noch so gut Urdu spricht.» Der Mitarbeiter räumte ein, dass die Unzufriedenheit mit der Leistung der CIA groß sei, doch er sagte auch: «George hat nie etwas anderes zu hören bekommen, als dass der Präsident volles Vertrauen in ihn habe.» Und er fügte hinzu: «George würde in einer derartigen Situation nicht zurücktreten.»

Ein republikanisches Mitglied des Stabs für den Geheimdienstausschuss erklärte jedoch kurz nach den Anschlägen, Senator Richard C. Shelby aus Alabama, der bis Anfang 2001 Vorsitzender des Ausschusses war, sei der Überzeugung, dass die Führung der CIA das eigentliche Problem ist – und Tenet. «Wir haben Leute mit großartigen Ideen vor Ort, die von dem Establishment nicht unterstützt werden», sagte das Stabsmitglied. Aber vor dem 11. September habe auch kein einziger hoher Demokrat in dem Ausschuss Direktor George Tenet blamieren wollen, indem er zu verschiedenen angefallenen Beschwerden eine Untersuchung oder Anhörung beantragte. (Tenet hatte jahrelang im Stab des Ausschusses für die Demokraten gearbeitet und hatte unter Bill Clinton dem Nationalen Sicherheitsrat angehört, bevor er in die CIA-Leitung wechselte.) Ein Demokrat gab jedoch gerade der Vorgehensweise im Senatsausschuss die Schuld, der seiner Meinung nach den Terrorismus zugunsten stärker politisch eingefärbter Themen vernachlässigt hatte. «Tenet informierte uns seit Jahren über Bin Laden, aber wir waren gar nicht dafür organisiert, einschätzen zu können, was tatsächlich eine Gefahr für die Vereinigten Staaten war. Wir jagten ständig dem nach, was gerade in den Nachrichten kam.»

Noch im Juni 2001 hatte Shelby nach einer Reise an den Persischen Golf und einer Reihe von Briefings durch die Geheimdienste einem Reporter der *Washington Post* gesagt, dass Bin Laden «auf der Flucht» sei. «Und ich denke, er wird auch weiterhin auf der Flucht sein, weil wir nicht lockerlassen werden. Ich glaube nicht, dass man sagen kann, er habe uns dazu gebracht, uns zu ducken. Meiner Meinung nach duckt er sich eher selbst.» Nach den Anschlägen am 11. September jedoch sprach Shelby als einer der Ersten öffentlich davon, es sei an der Zeit, dass Tenet gehe. «Ich halte ihn für einen guten Mann, und er hat einige gute Dinge gemacht, aber in seiner Amtszeit sind viele Fehlschläge vorgekommen», sagte Shelby zu *USA Today.* Tenet habe nicht die «nötige Statur, die ganzen Dienste zu beaufsichtigen. In gewisser Weise ist er zwar zuständig, aber in der Realität ist er es nicht.»

Ein Freund Tenets und ehemaliger Kollege meinte, seine Weigerung, die Senatsführung zu drängen, sich mit den knallharten The-

men auseinander zu setzen, sei symptomatisch für seine Probleme als CIA-Chef. «Er ist auch ein Politiker», so der Mann weiter über Tenet. «Genau deshalb hätte er gar nicht dort sitzen sollen, weil er nicht das Format hatte, den Senatoren zu sagen: ‹Ihr wisst ja gar nicht, wovon ihr redet.›»

Im September 2001 glaubten viele Beamte in Washington, dass Tenets Tage gezählt seien. «Sie haben ihm mitgeteilt, dass er bereits vor dem Aus stehe», sagte ein Offizieller. «Er versucht abzuwägen – ob er mit Würde abtreten soll oder es so aussehen lässt, als hätte man ihn gefeuert.» Selbst ein enger Freund von Tenet sagte zu mir: «Er ist Geschichte.» Ein Berater des Weißen Hauses erklärte Cheneys öffentliche Unterstützung für Tenet im selben Monat folgendermaßen: «In Washington stechen einen immer die eigenen Freunde in die Brust. Jemand muss die Schuld dafür auf sich nehmen.» Seiner Meinung nach, fügte er hinzu, werde «er nach einem angemessenen Zeitraum – wann immer sie bei dem Problem ein Stück vorangekommen sind – gehen. Ich habe von drei bis sechs Monaten gehört.»

Dazu kam es nicht. Tenet blieb auf seinem Posten und stand in der Öffentlichkeit loyal zu George Bush – bis Juni 2004, als er seinen Rücktritt bekannt gab. Von seinen Berufskollegen hörte ich, dass familiäre Gründe für seine Entscheidung zum Rücktritt den Ausschlag gegeben hätten: Tenet wolle mehr Zeit für seinen Sohn im Teenageralter haben. Doch seine Freunde räumten auch ein, Tenet sei klar, dass sein Ansehen dauerhaft Schaden genommen hatte durch die innerhalb wie außerhalb der CIA verbreitete Überzeugung, in der Irak-Frage gegenüber dem Weißen Haus viel zu ehrerbietig aufgetreten zu sein. Mit anderen Worten, sie glaubten, dass er nicht ehrlich gespielt hatte. Tenets Rücktritt erfolgte im Übrigen wenige Wochen bevor zwei Berichte veröffentlicht werden sollten, jener des Senats-Geheimdienstausschusses und jener einer überparteilichen Nationalen Untersuchungskommission zu den Terroranschlägen vom 11. September. (Die Kommission war im November 2002 gebildet worden, gegen anfänglichen Widerstand des Weißen Hauses.) Beide Berichte kritisierten die Leistung der CIA außerordentlich scharf.

Der ehemalige Senator Bob Kerrey aus Nebraska war vier Jahre

lang ranghöchster Demokrat im Geheimdienstausschuss, bevor er der Untersuchungskommission zum 11. September beitrat, und zählte anfangs zu den Verteidigern Tenets. Aber Kerrey räumte später ein, dass er nicht mehr wisse, «wie gut wir unseren Job [als Kontrollgremium der Legislative] gemacht haben». «Kein einziger Verantwortungsträger kann sich davonstehlen. Wir haben etwas übersehen.»

Kerrey war immer noch wütend über die US-Politik gegenüber Afghanistan in den Jahren nach seinem Sieg über die Sowjetunion. «Der Kalte Krieg war vorüber, und wir machten Afghanistan dicht» – was meint, dass Geheimdienstoperationen im Prinzip abgebrochen wurden. «Von Bush bis Clinton ist das, was sich da abspielte, eine der peinlichsten außenpolitischen Entscheidungen Amerikas, ebenso schlimm wie Vietnam», sagte Kerrey. Zugleich verwies er auf eine verpfuschte CIA-Verschwörung 1996 zum Sturz Präsident Saddam Husseins: «Wir führten auch eine Operation im Irak halbherzig durch und signalisierten damit, dass wir es nicht ernst meinten.»

Kerrey brachte seine Beschwerden später auch während der im Fernsehen übertragenen Anhörungen der Kommission zum 11. September vor. Dort tat er sich als der schärfste öffentliche Ankläger hervor, der den Umgang der Bush-Administration mit außenpolitischen und geheimdienstlichen Themen hinterfragte. Besonders wirkungsvoll trieb er Zeugen mit der Frage in die Enge, welche Aufmerksamkeit sie den ersten Warnungen vor der Gefahr al-Qaidas geschenkt hatten – oder eben nicht.

2. Wieso die Regierung nicht wusste, was sie wusste

Das von Colin Powell versprochene Weißbuch hätte, wenn es jemals erschienen wäre, Informationen über den streng geheimen Tagesbericht enthalten können, den Präsident Bush am 6. August 2001 erhielt. Darin stand, was über al-Qaidas Pläne, amerikanische Ziele anzugreifen, bekannt war. Dieses Briefing, das auf Wunsch des Präsidenten von der CIA erstellt worden war, trug den Titel: «Bin Laden entschlossen, in den USA anzugreifen». Es warnte davor, dass al-Qaida hoffe, «den Kampf nach Amerika zu tragen». Doch im Okto-

ber 2002, als die Beweise für Bin Ladens Beteiligung veröffentlicht wurden – nebenbei bemerkt, in einem von dem britischen Premierminister Tony Blair herausgegebenen Bericht –, wurden diese Warnungen vor den Anschlägen mit keinem Wort erwähnt. Tatsächlich hätten, so stand es – inkorrekt – in dem britischen Bericht, vor den Anschlägen keine derartigen Informationen vorgelegen: «Nach dem 11. September erfuhren wir, dass Bin Laden erst vor kurzem angedeutet hatte, er sei im Begriff, einen großen Angriff auf Amerika zu starten.»

Zusätzlich zu dem Briefing vom August existierte ein hellsichtiges Memorandum, das im Juli von der Außenstelle in Phoenix an das FBI-Hauptquartier geschickt worden war und vor der Gefahr warnte, die von Schülern aus dem Nahen Osten an amerikanischen Flugschulen ausging. (Robert Mueller, der FBI-Direktor, bekam das Memorandum erst einige Tage nach dem 11. September zu sehen.) Und schließlich gab es «jede Menge Geschwätz im System», wie Condoleezza Rice, die Nationale Sicherheitsberaterin des Präsidenten, es nannte.

Die Warnungen vor Bin Ladens Absichten und die Befürchtungen wegen der Flugschüler hätten freilich nicht ausgereicht, um sich zusammenzureimen, was am 11. September passieren würde. Dennoch beschloss das Weiße Haus geheim zu halten, wie viel es in den Monaten vor den Entführungen wusste. Was der Präsident wusste und wann er es wusste, waren jedoch nicht die einzigen relevanten Fragen. Das FBI, die CIA und andere US-Geheimdienstbehörden mussten sich noch mit der vielleicht größten Herausforderung des 11. September befassen: Wie geht eine offene Gesellschaft mit Warnungen vor kommenden Terroranschlägen um? Die Terroristen al-Qaidas waren im Land und konnten entdeckt werden, doch es gab kein System, das sie entdeckt hätte.

Eine Frage lautete: Inwieweit verdankte al-Qaida seinen Erfolg nicht nur dem Versagen der CIA, sondern auch den Schwachpunkten des FBI und der chronischen Unfähigkeit der Bundespolizei, Geheimdienstberichte zu erstellen, Schlussfolgerungen zu ziehen und mit anderen Behörden zusammenzuarbeiten? Diese Mängel waren, wie sich herausstellte, schon lange vor George Bushs Amtsantritt ersichtlich.

Die Beschwerden über das FBI waren dem Justizausschuss des Senats wohl bekannt. Dessen Vorsitzender Patrick Leahy, ein Demokrat aus Vermont, forderte schon seit Jahren eine umfassende Reform der Bundespolizei. «Das ist kein Problem des Geldes», sagte Leahy im Juli 2001 während der Anhörung zur Ernennung Robert Muellers zum neuen FBI-Direktor. «Wir haben viel Geld in das FBI gesteckt. Das ist ein Führungsproblem.»

Die Rechnersysteme des FBI etwa sind seit mehr als einem Jahrzehnt in schlechtem Zustand, was es den Analysten und Agenten erschwert oder gar unmöglich macht, Informationen abzugleichen und zu interpretieren. Die technische Schwäche des FBI behindert auch die Aufklärung von Verbrechen. Leahys Ausschuss wurde mitgeteilt, dass Fotos der 19 mutmaßlichen Entführer in den Tagen unmittelbar nach dem 11. September nicht auf elektronischem Weg an die FBI-Dienststelle in Tampa, Florida, geschickt werden konnten, weil die Rechnersysteme nicht kompatibel waren. Robert Chiradio, der zuständige Special Agent, erklärte auf einer Anhörung im März 2002: «Wir haben keine Möglichkeit, gescannte Daten oder Multimedia-Daten zu verschicken.» Die Fotos mussten «auf eine CD-ROM gebrannt und mir zugeschickt werden».

Das Problem war nicht zuletzt, wie ehemalige FBI-Agenten mir mitteilten, die langjährige Praxis der FBI-Führung, Gelder «umzuprogrammieren», die für das Upgraden, das Aktualisieren der Computer, vorgesehen waren. I. C. Smith, der für das FBI-Budget für nationale Sicherheitsprogramme zuständig war, sagte mir, seine Abteilung «plündere fortwährend die technischen Programme», um Engpässe in anderen Bereichen auszugleichen – in einem Fall etwa im Reisebudget.

Mueller, der seinen Posten nur eine Woche vor dem 11. September angetreten hatte, räumte in einer Rede im April 2002 ein, dass viele Desktop-Computer im FBI ausrangierte Geräte aus anderen Bundesbehörden seien, die «wir als Upgrades nehmen». Er fuhr fort: «Wir haben Systeme, die nicht mit anderen internen Systemen kommunizieren können, geschweige denn mit anderen Bundesbehörden. Wir arbeiten momentan an einer Datenbank ... die wir dafür nutzen können, Informationen und Geheimdienstmaterial mit der Außenwelt

auszutauschen. Wir hoffen, sie im kommenden Jahr zu testen» – also irgendwann 2003. Im Juni 2004 berichtete die *New York Times*, dass das System bis zum Ende des Jahres noch nicht voll einsatzfähig sein werde, und hohe Beamte sahen sich außerstande vorherzusagen, wann das vollständige System installiert werde.

In einem vorläufigen Bericht der Kommission zum 11. September, der 2004 erschien, heißt es, dass selbst dann «sehr wenige [FBI-]Einsatzbeamte oder Analytiker Zugang zu Intelink haben, einem weltweiten Datennetz mit der höchsten Geheimhaltungsstufe». Weiter hieß es: «Die elementare Kommunikationsfähigkeit ist immer noch ein Problem für einige FBI-Außenstellen. Der damals amtierende Leiter der Washingtoner Außenstelle sagte uns vergangenen August [also 2003], dass er von seinem Schreibtisch aus immer noch nicht an jeden im Justizministerium eine E-Mail schicken konnte. Er sagte, dass die Dienststelle in Washington, die zweitgrößte im Land, nach wie vor nur ein Internet-Terminal auf jeder Etage habe.»

Die Agenten vor Ort und ihre Vorgesetzten im FBI-Hauptquartier hatten ganz eindeutig nicht die optimalen Mittel, um mit der komplexen Welt des nahöstlichen Terrorismus fertig zu werden – und mit den Strömen von Geheimdienstinformationen und Warnungen vor Aktivitäten innerhalb der Vereinigten Staaten. Dem FBI fiel es zudem außerordentlich schwer, Undercoveragenten in die islamisch-fundamentalistische Bewegung zu schleusen. Lange nach dem 11. September hatte sich daran nichts geändert, sagten mir Geheimdienstvertreter. «Sie sind dazu nicht imstande», sagte ein ehemaliger Geheimdienstagent und spielte damit auf den Mangel an Erfahrung mit verdeckten Operationen an. «Das ist viel beängstigender als die Unfähigkeit der CIA, im Ausland Fuß zu fassen. Wir haben keine Augen und Ohren in den muslimischen Gemeinden. Wir sind hier schutzlos.»

Während des gesamten Frühjahrs und des beginnenden Sommers 2001 überschwemmten die Geheimdienstbehörden die Regierung mit Warnungen vor möglichen Terroranschlägen von al-Qaida und anderen Gruppen auf amerikanische Ziele, auch die zivile Luftfahrt. Die Warnungen waren vage, aber doch so alarmierend, dass die Flugauf-

sichtsbehörde FAA zwischen dem 22. Juni und dem 31. Juli vier Informationsrundschreiben (IRs) an die Fluggesellschaften verschickte, in denen vor möglichen Terroranschlägen gewarnt wurde. In einem Rundschreiben vom Ende Juli hieß es, so Condoleezza Rice, dass es «kein bestimmtes Angriffsziel, keine glaubwürdige Information über einen Anschlag auf die Interessen der zivilen amerikanischen Luftfahrt» gebe, «doch Terrorgruppen sind bekannt dafür, dass sie Entführungen planen und trainieren, und wir bitten Sie deshalb, Vorsicht walten zu lassen».

Seit Jahren ignorierten die Fluglinien jedoch im Wesentlichen die Informationsrundschreiben der FAA. «IRs erfordern keine besonderen Maßnahmen», erklärte mir ein ehemaliger hochrangiger FAA-Mitarbeiter. «Wenn man die Fluglinien zum Handeln bewegen will, muss man eine Sicherheitsdirektive ausgeben» – eine Botschaft mit hoher Priorität, die nach den Bestimmungen der FAA eine unmittelbare Reaktion verlangt. Ohne eine Direktive setzte die amerikanische Luftfahrt den Betrieb in gewohnter Weise fort.

Mehrere Wochen vor den Anschlägen machte der Schauspieler James Woods, der in der ersten Klasse quer über das Land nach Los Angeles flog, eine Flugbegleiterin auf das verdächtige Verhalten von vier Mitpassagieren aufmerksam – gut gekleideten Männern, die allem Anschein nach aus dem Nahen Osten kamen und offensichtlich gemeinsam reisten. Woods erzählte mir später, dass die Flugbegleiterin sagte, sie werde über die verdächtigen Passagiere einen Bericht schreiben. Wenn sie das tat, dann landete ihr Bericht wohl in einer regionalen FAA-Dienststelle in Tulsa oder vielleicht in Dallas, vermutet Clark Onstad, der ehemalige Rechtsberater der FAA, und verschwand in der Bürokratie. «Wenn Sie jemals eine dieser Dienststellen betreten, dann werden Sie feststellen, dass sie keine Sekretärinnen haben», teilte Onstad mir mit. «Diese Jungs sind unter einem Berg von Papier begraben, und die Chancen, dass so etwas» – ein Bericht über verdächtige Passagiere, selbst von einem so angesehenen Passagier wie Woods – «eine höhere Ebene erreicht, sind sehr gering.» Als ich acht Monate nach der Entführung mit Onstad sprach, sagte er, die Frage «Wo melde ich effektiv etwas Derartiges, damit ihm auch Aufmerksamkeit geschenkt wird?» sei immer noch nicht beantwortet.

Nach dem 11. September fand die Bundespolizei Hinweise, dass die Terroristen aus den vier Flugzeugen, in unterschiedlichen Kombinationen, schon zuvor gemeinsam geflogen waren, um «Flüge auszutesten», wie ein Agent es nannte. Das FBI schätzte, dass die Entführer im Sommer 2001, gemeinsam und unabhängig voneinander, vielleicht ein Dutzend Flüge absolvierten.

Dass die Entführer gemeinsame Flüge riskierten, stellt die Einstufung der al-Qaida-Terroristen als brillante Profis durchaus in Frage – und damit die Einschätzung, die I. C. Smith, der 1998 nach 25 Jahren beim FBI in den Ruhestand ging, das «Superman-Szenario» nannte. Bei einem der seltenen Auftritte in der Öffentlichkeit an der Duke University im April 2002 sprach James Pavitt, der stellvertretende Leiter des Directorate of Operations – der Spionagechef der CIA – voller Abscheu über den *modus operandi* al-Qaidas, wie er es nannte:

> Die Terrorzellen, auf die wir es abgesehen haben, sind in der Regel klein, und alle terroristischen Mitarbeiter ... werden auf Herz und Nieren geprüft. Die Zahl der Mitarbeiter, die wichtige Informationen kennen, Angriffsziele, Zeitpunkt, die geplanten Methoden, muss noch kleiner sein ... Angesichts eines solchen Ausmaßes an Kontrolle, einer so starken Untergliederung, einer so strengen Disziplin und eines solchen Fanatismus zweifle ich persönlich daran – und ich stütze mich auf meine 30-jährige Erfahrung in diesem Metier –, dass irgendetwas uns so viel Vorauswissen verschafft hätte, dass wir das entsetzliche Gemetzel, das am Elften stattfand, hätten verhindern können, es sei denn, einer aus dem eingeweihten Mitarbeiterkreis oder ein Entführer selbst hätte sich an uns gewandt.

Die Operationsweise in Zellen gewährleistet, dass eine Person, die geschnappt wird, nur die Mitglieder ihrer Zelle entlarven kann, weil sie nichts von den anderen weiß. Es steht dann nicht die ganze Operation auf dem Spiel. Die al-Qaida-Terroristen hatten jedoch, wie es scheint, im Gegensatz zu Pavitts Analyse gegen eine Grundregel klandestiner Operationen verstoßen. Statt unabhängig voneinander zu arbeiten und auf eine strenge Kommunikationsdisziplin zu achten, trafen sich die Terroristen, noch im Sommer vor den Anschlägen, offen-

bar in aller Öffentlichkeit und hatten noch nicht entschieden, welche Flüge entführt werden sollten.

Im Frühjahr 2002 waren viele Ermittler zu der Auffassung gelangt, dass die Planung für den 11. September offenbar viel stärker *ad hoc* erfolgte, als bislang angenommen wurde. Ein hoher FBI-Vertreter blieb mir gegenüber dabei, dass die Anschläge vom 11. September «sorgfältig inszeniert und gut geplant» waren, doch er stimmte zu, dass die Terroristen schwerwiegende und potenziell verhängnisvolle Fehler begingen. Ein anderer sagte: «Wir dachten anfangs, dass die Leute in Flug eins nichts von den Flügen zwei, drei und vier wussten, aber wir fanden heraus, dass eine gegenseitige Beratung bei der Reiseroute und Koordination stattfand. Wenn sie so gut sind, warum trafen sie sich dann untereinander?» Ein dritter FBI-Offizieller sagte: «Sind sie vielleicht zehn Fuß groß? Das sind sie nicht.»

Dass es den Terroristen gelang, das World Trade Center einstürzen zu lassen, kann schlicht bedeuten, dass die Übernahme eines Flugzeugs einfacher ist, als man die amerikanische Öffentlichkeit glauben ließ. Die wahre Botschaft verpasster Gelegenheiten wie beim Flug von Woods könnte sein, dass selbst zu einem Zeitpunkt, an dem die amerikanischen Geheimdienstbehörden bereits Alarm geschlagen hatten, Gerüchte eben doch nur Gerüchte blieben – diffuser Lärm. Es waren keine Mechanismen eingerichtet, wie mit den Hinweisen, Warnungen und verdächtigen Vorfällen umzugehen ist oder wie man sie effektiv in einen Plan hätte umsetzen können, um al-Qaida an den Anschlägen zu hindern.

Im Jahr 1990, unter dem Eindruck des Terroranschlags über Lockerbie auf den Pan-Am-Flug 103, waren Kongressausschüsse zu dem Schluss gelangt, dass die FAA einen schnelleren Zugang zu aktuellen Geheimdienstinformationen braucht, und forderten, dass ein FAA-Sicherheitsbeamter den in Frage kommenden Ämtern in der CIA, dem FBI und im Außenministerium zugeteilt wird. Leo Boivin, der damals oberste Sicherheitsanalytiker, sagte zu mir: «Ich startete das Programm. Der Zugang zur CIA und zum Außenministerium war kein Problem, doch das FBI sagte de facto nein – dass es nicht geschehen werde. Die Bundespolizei wollte niemanden bei sich, und

wir konnten nicht gegen das FBI ankämpfen.» Im Jahr 1996 forderte eine von Vizepräsident Al Gore geleitete Kommission nach dem Absturz des TWA-Fluges 800 ebenfalls eine engere Bindung. Diesmal weigerte sich das FBI laut Boivin, der sich einen Monat vor dem 11. September zur Ruhe setzte, dem Sicherheitsbeamten der FAA einen Passierschein zu geben, der ihm uneingeschränkten Zugang zum FBI-Hauptquartier verschafft hätte. «Das Problem mit der Geheimdienstgemeinde ist, dass man gar nicht wusste, was man alles nicht wusste», sagte Boivin. «‹Wenn ein Problem auftaucht›, sagte die Bundespolizei in der Regel, ‹dann werden wir Sie informieren.›» Die Schwierigkeiten hielten noch lange nach dem 11. September an. Boivin sagte, dass das FBI versuchte, den Verbindungsmann zur FAA im Hauptquartier loszuwerden, weil er, so Boivin, «als ein wenig übereifrig angesehen wurde bei dem Versuch, sich Informationen zu beschaffen».

Die Fluggesellschaften, stets darauf bedacht, die Betriebskosten zu senken, machten erfolgreich Lobbyarbeit gegen viele Sicherheitsvorkehrungen, die von der Gore-Kommission empfohlen worden waren, etwa strengere Sicherheitschecks beim Personal der Fluggesellschaft und eine sorgfältigere Überprüfung des Passagiergepäcks. William Webster, der ehemalige FBI-Direktor, war als Lobbyist der Fluggesellschaften tätig. «Die Fluggesellschaften wollten nie viel Geld für Sicherheit ausgeben», sagte David Plavin, der in der Gore-Kommission saß und Präsident von Airports Council International ist, dem Lobby-Arm der über 500 kommerziellen Flughäfen des Landes. «Sie hatten immer Angst, dass die Regierung sie mit dem Gesetzentwurf aufspießen würde.» Ein großer Teil dieser Sorge, so Plavin, wurde nach dem 11. September zerstreut, als die gesetzliche Grundlage für die Bildung der Transportation Security Administration geschaffen wurde. Damit liegt die Zuständigkeit für die Sicherheit bei der Bundesregierung, doch die neuen Gesetze werden nicht das ernsteste Problem bekämpfen: interne bürokratische Grabenkämpfe. «Mehr als ein halbes Dutzend Bundesbehörden haben mit der Luftfahrt zu tun, und ihre Unfähigkeit zusammenzuarbeiten ist bekannt», sagte Plavin. «Die eigenen Pfründe zu schützen ist das Einzige, was zählt.»

Ende der neunziger Jahre erhielt die CIA verlässliche Informatio-

nen, dass ein al-Qaida-Netzwerk mit Stützpunkt in Norddeutschland die Flughafensicherheit in Amsterdam infiltriert habe und beabsichtige, amerikanische Passagierflugzeuge anzugreifen, indem Bomben in ihre Frachträume gelegt werden, wie ein ehemaliger Sicherheitsbeamter mir berichtete. Die Information war so zuverlässig, dass sie zur Verbreitung einer FAA-Sicherheitsdirektive berechtigte, und die CIA plante in Zusammenarbeit mit der deutschen Polizei eine Reihe erfolgreicher, präventiver Razzien. «Die Deutschen verhafteten viele Leute», sagte der ehemalige Beamte. Die FAA und die CIA arbeiteten eng zusammen, und der Vorgang wurde geheim gehalten. «Während die Gefahr akut war, bekam die FAA täglich zwei oder drei CIA-Briefings», sagte der ehemalige Beamte. Im Gegensatz dazu bekam die FAA bei Operationen, die vom FBI geleitet wurden, «nichts. Die FBI-Leute sagten: ‹Wenn eine Gefahr besteht, dann werden wir euch informieren, aber wir werden euch nicht sagen, wie die Ermittlungen vorankommen.› Die FAA teilte ihnen mit, dass sie viel mehr Informationen über Gefahren in Hamburg oder Beirut hätte als in Detroit, und sie [die FBI-Leute] sagten: ‹So ist das nun mal.› Sie kamen dann immer und hielten einen Vortrag mit der ewig gleichen Leier.»

Wie zu erwarten, haben einige FBI-Agenten eine andere Meinung darüber, wer für den mangelhaften Informationsaustausch verantwortlich ist. Im Juni 2004 setzte sich Myron Fuller, ein früherer Special Agent, mit mir in Verbindung, der im Juni 2001 nach 30 Jahren Dienst seinen Abschied genommen hatte. Auf seinem letzten Posten war Fuller für 200 FBI-Mitarbeiter in 46 Ländern in Asien und im Pazifik zuständig, auch für jene in Afghanistan und Pakistan, deren Hauptaufgabe es war, den internationalen Terrorismus zu stoppen. Fuller sagte mir, sein Team hätte bereits im Frühjahr 1999 eine ganze Menge über die Gefahr seitens militanter Islamisten herausgefunden, aber in Washington schien ihnen niemand zuzuhören. In einem Fall ging es um die Ermordung von vier amerikanischen Geschäftsleuten, Wirtschaftsprüfern für Union Texas Petroleum, und ihrem Fahrer im Jahr 1997 in Karatschi. Fuller sagte mir, dass er einen Tipp bekam, wonach dem FBI-Hauptquartier in Washington «Informationen von

der CIA vorlagen, die enthüllten, wer für die Morde an den Wirtschaftsprüfern verantwortlich war». Er rief einen stellvertretenden Direktor im FBI an, der ihm bestätigte, dass man die Daten monatelang zurückgehalten habe, weil die CIA «darum gebeten hatte, dass er das niemandem vor Ort eröffne». Laut Fuller deckten die Informationen auf, «wer die Prüfer ermordet hatte und noch viel mehr», unter anderem «ein Land, das Beistand geleistet hatte. Es war womöglich die Spur zu der Planung des 11. September.» Vor den Anschlägen, fügte Fuller hinzu, der jetzt als Managementberater tätig ist, «hatten wir keine globale Strategie, und wir sind nicht einmal sicher, dass wir jetzt die richtige haben. Wenn die Terroristen eine Strategie haben, sollten wir dann nicht auch eine haben?»

Mit ähnlichen Storys wurde die Untersuchungskommission zum 11. September geradezu überschwemmt, deren Bericht die Angehörigen der Geheimdienstgemeinde scharf wegen ihrer institutionell bedingten, mangelhaften Zusammenarbeit tadelte. George Tenet, hieß es in einer vorläufigen Stellungnahme, «war verantwortlich für eine Gemeinschaft lose miteinander verbundener Behörden und Ministerialämter, denen der Anreiz zu Kooperation, Zusammenarbeit und Informationsaustausch fehlte». Der Bericht schloss mit den Worten: «Im Ergebnis stellt sich weiterhin die Frage: Wer ist für den Nachrichtendienst zuständig?»

Dennoch lag den amerikanischen Geheimdiensten lange vor dem 11. September eine beachtliche Menge an Informationen über konkrete, terroristische Gefahren für die kommerzielle Luftfahrt in den Vereinigten Staaten vor, darunter auch die Möglichkeit, ein Flugzeug als Waffe einzusetzen. 1994 entführte eine algerische Terrorgruppe eine Passagiermaschine der Air France und drohte, sie in den Eiffelturm stürzen zu lassen. 1995 vereitelte die Polizei in Manila eine terroristische Operation, bei der in nicht weniger als zwölf amerikanischen Passagierflugzeugen Zeitbomben platziert werden sollten. Sie stieß auch auf Informationen, die zu der Verhaftung Ramsi Ahmed Jussufs führten. Abdul Hakim Murad, einer von Jussufs Mitarbeitern, sagte der philippinischen Polizei und später amerikanischen Geheimdienstbeamten, dass er seinen Flugschein auf einer amerikanischen

Flugschule gemacht habe. Er habe vorgehabt, ein kleines Flugzeug zu entführen, es mit Sprengstoff voll zu stopfen und in das CIA-Hauptquartier zu fliegen. Murad gestand einem im Dezember 2001 veröffentlichten Bericht in der *Washington Post* zufolge, dass er auf die amerikanische Flugschule «zur Vorbereitung auf einen Selbstmordauftrag» gegangen sei. 1996 bat FBI-Direktor Louis Freeh Regierungsvertreter in Katar – ein Land, das verdächtigt wird, al-Qaida-Terroristen Unterschlupf zu gewähren – um Beistand bei der Ergreifung eines mutmaßlichen Komplizen Jussufs, Chalid Scheich Mohammed, der sich zu der Zeit angeblich in Katar aufhielt. In einer diplomatischen Note Freehs stand, Mohammed sei an einer Verschwörung beteiligt, «US-Linienflugzeuge in die Luft zu sprengen». Außerdem werde angenommen, er sei «im Begriff, einen Sprengsatz herzustellen».

Ende Dezember 1999 entführte eine Gruppe al-Qaida-Terroristen, die mit Messern bewaffnet war, ein indisches Passagierflugzeug und leitete es nach Kandahar in Afghanistan um. Die Entführer brachten die Passagiere nachhaltig unter Kontrolle, indem sie einem jungen Passagier die Kehle durchschnitten und das Opfer verbluten ließen, eine Taktik, die vermutlich auch die Terroristen vom 11. September angewandt haben. (Unmittelbar nach der Entführung des indischen Flugzeugs eröffnete das FBI eine Verbindungsstelle in Neu-Delhi und arbeitete von da an eng mit indischen Sicherheitsbeamten zusammen.) Die FAA warnte in ihrem Jahresbericht von 2000, dass Bin Laden und al-Qaida «eine ernste Gefahr für die zivile Luftfahrt» darstellten. Die FAA hatte, laut der *New York Times*, schon zuvor Kenntnis von dem Bericht eines islamischen Politikers im britischen Exil gehabt, der darauf schließen ließ, dass Bin Laden die Absicht habe, «eine Linienmaschine herunterzuholen oder zu entführen, um die Vereinigten Staaten zu demütigen».

Dass potenzielle Terroristen Flugschulen in Amerika besuchten, war auch keineswegs ein neues Phänomen. Laut einem nicht veröffentlichten Dokument des Senatsausschusses zu auswärtigen Beziehungen enthüllte bereits im Jahr 1975 Raymond Winall, der damalige stellvertretende Leiter des FBI für Aufklärung, dass ein mutmaßliches Mitglied der Gruppe Schwarzer September (der palästinensi-

schen Terrorgruppe, die den Tod von elf israelischen Athleten bei den Olympischen Spielen von 1972 in München auf dem Gewissen hatte) gegenüber dem FBI seine Anwesenheit in den USA damit erklärte, in eine Pilotenschule aufgenommen worden zu sein. Die gleiche Begründung ihres US-Aufenthaltes gab eine Reihe der Entführer vom 11. September. Der Verdächtige wurde damals angeklagt, floh aber aus dem Land, bevor er vernommen werden konnte. In den folgenden Jahren, so Bill Carroll, ein ehemaliger Distriktleiter der Einwanderungsbehörde, haben Tausende junge Leute aus dem Nahen Osten Visa erhalten, um sich in Fluglernprogramme einzuschreiben.

Im Frühjahr und Sommer 2002 gab es eine ganze Welle von Medienberichten über Warnungen, die unbeachtet geblieben waren, und die US-Regierung ging schließlich in die Offensive, um den Schaden zu begrenzen. Vizepräsident Dick Cheney warnte vor «aufhetzerischen Reden» und sagte, dass die Kritik seitens der Demokraten wegen unbeachteter Botschaften «völlig unverantwortlich für nationale Politiker in Kriegszeiten» sei. Andere Kabinettsmitglieder äußerten öffentlich düstere Warnungen vor erhöhter Terrorgefahr – nicht auf der Grundlage handfester Informationen, sondern auf der Basis von noch mehr «Geschwätz» in verschiedenen Winkeln der islamischen Welt. In Interviews mit mir hatten hohe FBI-Beamte in der Terrorabwehr solche vagen Warnungen ausdrücklich kritisiert. «Hat das vielleicht damit zu tun, dass jemand den eigenen Arsch retten will, wenn Regierungsvertreter von Gefahren für Kraftwerke, Banken oder Einkaufszentren reden?», meinte ein hoher FBI-Beamter: «Aber selbstverständlich.»

«Die Bedrohung aus politischem Interesse aufzublähen ist ein schlechter Dienst», fügte der Beamte hinzu. Wenn derartige Bedrohungen sich dann nicht bestätigen, hat das zur Folge, dass «die Wachsamkeit des Landes nachlässt. Und genau diese Lässigkeit können wir jetzt überhaupt nicht gebrauchen. Die Amerikaner gehen wieder schlafen.»

Ein anderer FBI-Vertreter bezeichnete die Entscheidung über die Frage, zu welchem Zeitpunkt die Öffentlichkeit informiert werden müsse, als eine «*lose-lose*»-Situation, also eine Lage, in der man nur

verlieren kann. «Angenommen, wir bekommen einen Bericht, dass drei al-Qaida-Jungs von Mexiko aus anreisen, um irgendeines der Einkaufszentren in Dallas in die Luft zu jagen», sagte der Vertreter. «Welche Hinweise wollen Sie gerne hören?» Er fügte hinzu: «Wir kennen die Macht der Bevölkerung. Wollen wir vielleicht, dass man uns anruft, wenn der Nachbar um zwei Uhr morgens auf seine Einfahrt fährt?» Die Bundespolizei reagierte zwischen dem 1. Januar und dem 10. September 2001 auf etwa 300 Anrufe wegen verdächtiger Gepäckstücke. Nach dem 11. September, so der Vertreter, «erhielten wir 54 000 Anrufe und reagierten tatsächlich auf 14 000 davon». Noch Monate später gingen laut einem anderen Sprecher tagtäglich Unmengen von Hinweisen aus Übersee ein, viele davon wurden von CIA-Informanten weitergeleitet, die bekannt dafür sind, dass sie für solche Informationen bezahlen. «Und die CIA leitet sie munter an uns weiter», bemerkte er. «Dann sind sie nicht mehr das Problem der CIA.»

Geschichten über die mutmaßliche Sichtung von Terroristen wurden auch innerhalb der Luftfahrt üblich – ein Teil der Folklore seit dem 11. September. In einer verbreiteten Story geht es um eine Stewardess, die mit einem Mann flog, der als Flugkapitän gekleidet war – er hatte sich eben mitnehmen lassen, wie Crewmitglieder es häufig tun – und den sie später aber als Mohammed Atta erkannte. Viele in der Branche, so scheint es, kennen jemand, der wieder jemand kennt, der den einen oder anderen Entführer vom 11. September in Kapitänsuniform auf den Notsitzen im Cockpit gesehen hat.

In Interviews, die ich mehrere Monate nach den Anschlägen führte, verteidigten drei hohe, für Terrordrohungen zuständige FBI-Beamte keineswegs die Leistung der Bundespolizei in der Vergangenheit. Sie räumten auch ein, dass viele der langjährigen Klagen berechtigt gewesen seien, betonten jedoch nachdrücklich, dass seit dem 11. September vieles korrigiert worden sei. Das FBI habe mit einem gewaltigen Aufwand die Reisetätigkeit der Entführer zurückverfolgt, und auch bei der Trockenlegung der internationalen Geldströme zu al-Qaida seien Fortschritte erzielt worden, behaupteten sie. Sie räumten ein, dass die Zuverlässigkeit mancher Informationen, die in den Tagen

unmittelbar nach dem 11. September gesammelt wurden, fraglich gewesen sei. Eines der Rätsel war, wie viele der 19 Entführer eigentlich begriffen hatten, dass die Mission die Opferung aller Menschen an Bord verlangte.

Die FBI-Vertreter behaupteten, dass sie die wahre Identität aller neunzehn anhand von Dokumenten und nach Rücksprache mit ihren Geburtsländern korrekt ermittelt hätten. Fast ein Jahr darauf jedoch waren immer noch einige Fragen zu mehrern Attentätern ungeklärt. Zum Beispiel hatte das FBI einen der Entführer an Bord von United Airlines Flug 77, der in das Pentagon stürzte, als Nawaf al-Hasmi identifiziert. In einem Motel in Maryland, in dem er unter diesem Namen eingecheckt hatte, fand sich ein Eintrag über eine New Yorker Führerscheinnummer und eine Adresse in Manhattan, die er genannt hatte. Doch die Adresse stellte sich als ein Hotel heraus, das keinerlei Unterlagen über ihn zu melden wusste. Und die New Yorker Kfz-Behörde erklärte, die Nummer sei ungültig, sie habe niemals einen Führerschein an Nawaf al-Hasmi ausgestellt. Ganz ähnlich wurde Walid al-Shehri, der an Bord von American Airlines Flug 11 war, vom FBI als College-Absolvent aus Florida identifiziert, dessen Vater ein saudischer Diplomat war. Doch nach den Anschlägen teilte der Diplomat einer saudi-arabischen Zeitung mit, dass sein Sohn noch am Leben sei und als Pilot für Saudi Arabian Airlines arbeite.

Saudische Zeitungen berichteten außerdem, dass wenigstens vier Männern mit denselben Namen, die das FBI als Entführer nannte, der Pass gestohlen worden sei. Ein als Abdulasis Alomari identifizierter Entführer, der ebenfalls an Bord von Flug 11 war, hatte Meldungen der *Rocky Mountain News* zufolge denselben Namen wie ein Absolvent der University of Colorado, ein Mann, der der Aufnahme von dem Entführer überhaupt nicht glich. Jenen Alomari hatte die Polizei von Denver mehrmals wegen kleinerer Vergehen während seiner College-Zeit angehalten, und er hatte drei verschiedene Geburtstage angegeben. Ein Geburtstag entsprach dem Datum, das der Entführer benutzt hatte. In der Folge erfuhren die Ermittler, dass der Student aus Colorado im Jahr 1995 einen Diebstahl in seinem Apartment gemeldet hatte; unter den gestohlenen Gegenständen befand sich sein Pass.

Von einem anderen Entführer, der den Namen Said al-Ghamdi benutzte und an Bord von Flug 93 war, meldete die Tageszeitung *Newsday* schon kurz nach den Entführungen, dass er die Sozialversicherungsnummer einer Frau in Vermont benutzt hatte, die seit 1965 tot war. Der Name kommt in Saudi-Arabien häufiger vor. Mindestens vier weitere Männer mit diesem Namen sind in Unterlagen jener Flugschule in Florida aufgetaucht, an der al-Ghamdi nach Angaben des FBI seine Ausbildung absolvierte. Die Schule selbst gab an, dass sie über 1600 Schüler mit dem Vornamen Said und über 200 mit dem Nachnamen al-Ghamdi ausgebildet habe. Sozialversicherungsexperten sagten, dass sechs der 19 Entführer Ausweise benutzten, die anderen Leuten gehörten.

Im April 2002 durchsuchte die Polizei in Mailand die Wohnung von Essid Sami Ben Khemais, dem angeblichen Kopf einer extremistischen Gruppe mit Sitz in Italien, die mit al-Qaida in Verbindung steht. Die eidesstattliche Aussage eines Staatsanwalts beschrieb, was dort gefunden wurde, wie die *Baltimore Sun* berichtete: ein Versteck mit gefälschten tunesischen und jemenitischen Pässen, italienische Ausweise und Fotokopien von deutschen Führerscheinen. Der Staatsanwalt schrieb: «Eine der wichtigsten illegalen Aktivitäten der Gruppe ist die Beschaffung und Verwendung falscher Dokumente ... um den ‹Brüdern› eine neue Identität zu sichern, die sich vor den Ermittlungsbehörden verstecken oder auf der Flucht sind.» Der Staatsanwalt sagte ferner aus, dass die Polizei Telefongespräche aufgenommen habe, in denen Khemais mit al-Qaida-Mitgliedern über die Technik der Fälschung von Dokumenten sprach. Der vorläufige Bericht der Kommission zum 11. September, der sich sehr stark auf die Arbeit des FBI stützt, geht nicht auf die Möglichkeit ein, dass einige Entführer falsch identifiziert wurden.

In einem Gespräch Mitte des Jahres 2002 erklärte ein hoher FBI-Beamter einmal mehr, dass regierungsamtlich noch «kein Durchbruch» in der Frage erfolgt sei, wie die Selbstmordkommandos vom 11. September organisiert waren und wie sie operierten. «Es ist ziemlich offensichtlich, dass wir noch gar nichts abgeschlossen haben», sagte mir damals ein CIA-Berater.

«Traditionell zogen Amerikaner, wenn sie einen Krieg führten, ins Feld, stießen auf den Feind, schlugen ihn auf dem Schlachtfeld und kehrten nach Hause zurück, um die Äcker neu zu bepflanzen», sagte ein hoher FBI-Vertreter. Der Krieg gegen den Terrorismus ist ein langfristiger Kampf und hat keine Grenzen. «Wir brauchen Reife, was den Schutz unserer Gesellschaft angeht», fuhr der Vertreter fort. «Wir sollten unser System nicht grundlegend ändern, aber wir brauchen eine neue Balance. Demokratie ist eine vertrackte Angelegenheit.» Unterdessen verschwanden die Terroristen ja nicht. Ein anderer hoher FBI-Vertreter sagte: «Nichts wäre ihnen lieber, als sich neu zu formieren und zurückzukehren.»

«Diese Kerle waren keine Übermenschen», sagte I. C. Smith, der ehemalige Agent, zu mir, «aber sie agierten in einem System, das noch unfähiger war als sie. Wenn man zu den Flugzeugentführungen Anfang der siebziger Jahre zurückgeht, so kann ich mich an keinen einzigen Fall erinnern, wo wir einen Typ» – im Voraus – «schnappten, der wirklich ein Flugzeug entführen wollte.» Doch Männer wie Mueller, fügte Smith hinzu, «können es sich nicht leisten zu sagen, dass die Terroristen durch das System durchstolperten».

In seiner Aussage vor dem Justizausschuss des Senats im Mai 2002 betonte Robert Mueller, wie schwierig es gewesen wäre, die Anschläge vom 11. September zu vereiteln, und wies darauf hin, dass allein im August 2001 fünfzig Millionen Menschen in die Vereinigten Staaten einreisten und sie verließen. «Die Terroristen machten sich Amerikas Stärken zunutze und wandten sie gegen uns», sagte er. «Und solange wir weiterhin unsere Freiheiten behüten, gehen wir immer das Risiko künftiger Anschläge ein.» Mueller fügte hinzu: «Wir müssen den Kern unserer Missionen und Prioritäten neu ausrichten ... wir müssen verbessern, wie wir unsere Mitarbeiter anstellen, verwalten und ausbilden, wie wir mit anderen zusammenarbeiten und unsere Informationen verwalten, analysieren, mitteilen und schützen.» Er sagte: «Ich bin viel ungeduldiger als die meisten, aber wir müssen diese Dinge richtig machen, nicht einfach schnell.»

Mueller hatte einen der schwersten Posten in der Regierung übernommen. Er versucht seit Jahrzehnten, eine Bürokratie neu zu organisieren, die sich gegen sämtliche Veränderungen – und gegen Au-

ßenstehende – sperrt. Er pries in seinen öffentlichen Äußerungen nicht die alten Zeiten und die alten Geschäftspraktiken. Ein Mitarbeiter im Senat sagte mir in jenem Sommer, dass Mueller sich mit der Bereitschaft, die Probleme publik zu machen – selbst auf die Gefahr einer negativen Publicity hin – innerhalb der Bush-Administration wenig Freunde machte. «Ihm wurde vom Justizministerium auf die Finger geklopft», sagte der Mitarbeiter, «und er hat Probleme mit dem Weißen Haus.»

«Er hat einen Scherbenhaufen übernommen», sagte Senator Leahy. «Das FBI hat sich seit den Tagen von J. Edgar Hoover gebessert. Es nimmt sich nicht mehr heraus, Mitglieder des Kongresses zu erpressen. Aber es legt immer noch ein Gebaren an den Tag nach dem Motto ‹Wir machen keine Fehler und geben keine zu›.» Mueller scheine entschlossen, diese Haltung zu ändern, sagte Leahy mir. «Muellers beste Verteidigung – und sein bester Angriff – ist es, dem Kongress gegenüber so entgegenkommend wie möglich aufzutreten.» Der Senator fügte hinzu: «Weiße Häuser kommen und gehen, aber er hat eine zehnjährige Amtszeit.»

Was die Belegschaft angeht, so hat das FBI jedoch noch viel Arbeit vor sich. Die Bundespolizei, sagte ein Mitarbeiter Muellers, machte einen gewaltigen und schmerzlichen Wandel in ihrer alltäglichen Vorgehensweise bei Ermittlungen durch. «Der Auftrag lautet jetzt nicht einfach, jemandem Handschellen anlegen und ins Gefängnis stecken, sondern Terroranschläge in der Zukunft zu stoppen. Viele Leute hier sind nicht darauf vorbereitet, ihre Arbeitsmethoden grundlegend zu ändern, und es ist für viele Agenten, mit ihrem Schwarzweißbild von der Welt, frustrierend. Für das FBI hat nunmehr die Beschaffung von Informationen Priorität, um das nächste Ereignis zu verhindern – selbst wenn das bedeutet, dass wir den Fall verlieren.» Dass die einschneidendsten Veränderungen Muellers – wie die Einstellung von Experten für Fremdsprachen, Länderstudien und Computertechnik – sich erst nach Jahren auszahlen werden, bringt unweigerlich Probleme mit sich. «Es war keine Zeit, einen Kader aus Leuten mit den richtigen Fertigkeiten aufzubauen», sagte der Mitarbeiter.

«Die Bundespolizei eignet sich hervorragend für die Aufklärung

von Verbrechen, nachdem sie begangen wurden», sagte ein CIA-Mann. «Aber sie taugt nicht für die Unterwanderung. Das müssen wir machen.» Ein anderer erfahrener CIA-Mitarbeiter zeigte sich ähnlich skeptisch über die Reformfähigkeit der rivalisierenden Behörde. «Sie sind Cops», sagte er über die FBI-Beamten. «Sie haben ihr Leben lang versucht, Bankräuber zu schnappen, während wir unser Leben lang versucht haben, Banken auszurauben.»

Robert Baer sagte: «Man sollte nicht glauben, wie schlimm es ist. Was das Weiße Haus vor Flug 93 bewahrt hat, war ein Haufen Rugby-Spieler» – die die Entführer angriffen und damit das Flugzeug in Pennsylvania, kurz vor seinem Ziel, zum Absturz brachten. «Geben wir dafür etwa 30 Milliarden Dollar aus?» Er meinte damit das Budget der Bundesregierung für die Nachrichtendienste. Nach den Entführungen bemühten FBI und CIA sich, die Zusammenarbeit zu verbessern, und den FBI-Dienststellen wurden CIA-Mitarbeiter zugeteilt. Eine Stellungnahme der Kommission zum 11. September, die am 14. April 2004 erschien, pries zwar Muellers Bemühungen, stellte jedoch fest, dass das FBI immer noch das «schwarze Loch» des Informationsaustausches sei, wie ein Mitarbeiter des Weißen Hauses der Kommission sagte. In der gesamten Geheimdienstgemeinde, fügte der Bericht hinzu, «ist es klar, dass immer noch Lücken beim Informationsaustausch existieren ... Wir haben festgestellt, dass keine landesweite Strategie für den Austausch von Informationen zur Terrorabwehr existiert.»

Statt Ergebnissen präsentierte die US-Regierung noch mehr beunruhigende Warnungen von Gesundheitsbehörden und der Behörde für Heimatschutz, in denen die weitreichenden Gefahren geschildert werden, die von biologischen Waffen oder dem möglichen Einsatz spaltbaren Materials durch Terroristen ausgehen. Ein Gesundheitsbeauftragter, der an Gesprächen über den Heimatschutz teilnahm, schilderte, wie überwältigt die Gruppe von den potenziellen Gefahren für die Wasserversorgung der USA, das Stromleitungsnetz, Erdöldepots und selbst die gesamte Verarbeitung der Milch gewesen sei. «Wo fangen wir an?», sagte er. «So viele Gefahren. Uns geht es wie dem Hirsch im Scheinwerferlicht.»

3. Der zwanzigste Mann

Als ich im September 2002 über den Fall von Zacarias Moussaoui schrieb, war Justizminister John Ashcroft das eigentliche Thema des Artikels. Meine Informanten in der amerikanischen Geheimdienstgemeinde waren entsetzt darüber, dass Ashcroft darauf bestand, die Todesstrafe für Moussaoui zu fordern. Die unnachgiebige Haltung des Justizministers schloss eine mildere Strafe im Gegenzug für kooperatives Verhalten von vornherein aus. Moussaoui befand sich am 11. September in einem amerikanischen Gefängnis und bestritt jede Beteiligung an dem Terroranschlag. Natürlich hegte niemand Sympathien für Moussaoui, der gestanden hatte, al-Qaida anzugehören. Doch meine Informanten teilten mir mit, dass man elektronisch Gespräche abgefangen habe. Sie ließen darauf schließen, dass die Verschwörer vom 11. September ihn für den Job ungeeignet fanden. In Anbetracht der Tatsache, dass Anfang 2002 kaum zuverlässige Informationen über al-Qaida erhältlich waren, nahmen einige Mitarbeiter im FBI und in der CIA an, dass Moussaoui bei einem entsprechenden Anreiz sagen würde, was er über die Arbeitsweise al-Qaidas wusste. Doch Ashcroft lehnte es ab, sich die Sache noch einmal zu überlegen, und so wurde eine erste Chance verpasst, zuverlässige Informationen zu erhalten.

Irgendwann Mitte der neunziger Jahre – das genaue Datum ist unbekannt – reiste Zacarias Moussaoui, dem nunmehr ein Prozess als angeblichem zwanzigstem Mann bei den Flugzeugentführungen vom 11. September bevorsteht, mit einem Kindheitsfreund nach Tschetschenien. Die beiden schlossen sich Separatisten und ihrem Kampf gegen die russische Herrschaft an. Damals kamen junge Männer aus der ganzen muslimischen Welt in die Region, die nach der russischen Schlappe in Afghanistan als der Schauplatz eines neuen Dschihad angesehen wurde. Moussaoui war ein Franzose marokkanischer Abstammung, und sein Freund stammte ebenfalls aus einer Einwandererfamilie. Offenbar hat Moussaoui seine Vorgesetzten im Einsatz nicht beeindruckt. Als die Tschetschenen entschieden, dass die ausländischen Freiwilligen mehr Ärger machten als nützlich waren,

wurde auch Moussaoui aufgefordert, sie zu verlassen. (Sein Freund hingegen wurde zum Bleiben eingeladen und kam später um, wie verlautet, während er Kampfszenen für eine islamische Website drehte.)

Im Februar 2001 tauchte Moussaoui dann an der Airman Flight School in Norman, Oklahoma, auf. Inzwischen war er zweiunddreißig und war ständig für die Sache der Fundamentalisten umhergereist. Er war in Afghanistan gewesen (wo er angeblich eine Zeit lang in einem Trainingslager al-Qaidas blieb), in Pakistan und in Malaysia, während er zugleich in einer radikalen Moschee in Nordlondon so etwas wie eine Basis unterhielt. Als er in Amerika ankam, zwei Wochen nach der Rückkehr nach London aus Pakistan, gab er beim Zoll an, er verfüge über 35 000 Dollar in bar. Sein plötzliches Interesse am Fliegen hatte ihn veranlasst, 5000 Dollar im Voraus für eine Reihe von Flugstunden zu zahlen, die für den Erwerb des Flugscheins ausgereicht hätten. In den folgenden drei Monaten nahm Moussaoui 57 Stunden Flugunterricht, viel mehr als die 20 Stunden, die die meisten Schüler brauchten, bevor sie allein flogen. Er verließ jedoch im Mai ohne Flugschein die Schule.

Moussaouis Auslandsreisen und seine Verbindungen zu islamischen Fundamentalisten hatten die französischen Geheimdienste auf ihn aufmerksam gemacht. Als Moussaoui Mitte August 2001 in den Vereinigten Staaten wegen Verstößen gegen die Einwanderungsgesetze verhaftet wurde, überreichten die Franzosen dem FBI ein Dossier über ihn, das nach den Angaben eines Offiziellen, der es geprüft hatte, einen Teil seiner Kontakte dokumentierte, aber keine handfesten Beweise gegen ihn enthielt. Dennoch wurde der französische Bericht später als eine wichtige, ignorierte Warnung angesehen. Viele Amerikaner fragten sich, ob das FBI und andere Regierungsbehörden, da sie den «zwanzigsten Entführer» in Gewahrsam hatten, vielleicht die Chance vermasselt hatten, die Puzzleteile zusammenzusetzen und die Anschläge womöglich zu verhindern.

Die Annahme, hier habe die Regierung gepfuscht, stützt sich auf die vorausgesetzte Annahme, dass Moussaoui tatsächlich der zwanzigste Entführer war. (In allen drei Flugzeugen, die ihre Ziele trafen, waren fünf Entführer; auf dem Flug, der in Pennsylvania abstürzte, je-

doch nur vier.) Schon bald nach seiner Verhaftung sagte Moussaoui vor einem Bundesgericht aus, dass er al-Qaida angehöre, bestritt aber jede Beteiligung an den Entführungen. Viele gegenwärtige und ehemalige FBI- und CIA-Beamte haben mir gesagt, sie würden ihn für «einen Möchtegern» halten, wie einer es nannte. Ihrer Ansicht nach war er viel zu sprunghaft und instabil für eine langfristige, verdeckte Terroroperation. Nichtsdestotrotz, so sagten sie, hatte er womöglich wichtige Kenntnisse über al-Qaida. «Er wusste, wie das System funktionierte, und wusste, wie man Kontakt aufnimmt», sagte ein ehemaliger CIA-Beamter. Der eigentliche Pfusch war, nach Ansicht dieses Beamten und anderer, der Umgang mit Moussaoui seit dem 11. September und die Formulierung der Anklage gegen ihn. Der Fall Moussaoui war, genau wie der Krieg gegen den Terrorismus, weit komplexer, als die Regierung offen legte.

Nach dem Scheitern an der Flugschule in Oklahoma beschloss Moussaoui, es noch einmal zu versuchen, diesmal in Minnesota. Am 11. August 2001 traf er in der Pan Am International Flight Academy in Eagan in der Nähe von St. Paul ein. Laut Clancy Prevost, seinem Lehrer, erweckte er den Eindruck eines dieser reichen Ausländer mit einer Leidenschaft für das Fliegen – «freundlich und liebenswürdig». Prevost, ein ehemaliger Pilot der Navy und der Northwest Airlines, sagte: «Ich machte eine schreckliche Zeit durch, weil er keinerlei Kenntnisse hatte. Er wusste überhaupt nichts. Er hatte kein Gefühl für Raum. Aber er war ein Kunde, und man wollte ihm etwas für sein Geld bieten, und deshalb beschränkte ich mich darauf, ihm Geschichten zu erzählen. Wir aßen zusammen zu Mittag und plauderten über alles Mögliche. Es deutete nichts darauf hin, dass dieser Kerl etwas anderes war als ein genialer Geschäftsmann, der sich gern unter Piloten mischte und den Mädchen erzählen wollte, dass er eine 747 geflogen ist.»

Moussaoui wurde in der Presse als der Mann bekannt, der seinem Fluglehrer sagte, er wolle nur lernen, wie man ein Flugzeug in der Luft fliegt, nicht, wie man abhebt oder landet. Laut Prevost stimmte das jedoch nicht: «Er hat das nie gesagt. Er hat gesagt: ‹Ich möchte vom Londoner Heathrow Airport starten und auf J.F.K. in New York lan-

den.› Aber er war nicht begabt genug, nicht einmal in einem Simulator.»

Es gab jedoch eine beunruhigende Episode. Nach ein paar Tagen Unterricht sagte Prevost zu Moussaoui, sein Ziel als Fluglehrer sei es, den Schüler in die Lage zu versetzen, im Notfall einen Flug über den Ozean zu übernehmen. «Er sagte: ‹Eher nehme ich den Fallschirm und springe ab.›» Prevost amüsierte das, und er erklärte Moussaoui, dass er wegen des Drucks auf die Kabine die Tür gar nicht würde öffnen können. Er erzählte Moussaoui eine Story, die unter Piloten allgemein bekannt ist: über ein Feuer, das Passagiere auslösten, als sie auf einem Butanherd in der Hauptkabine einer saudischen Linienmaschine Tee kochten. Soweit er wisse, seien sie auf Pilgerreise während des Ramadan gewesen. Die Passagiere verbrannten, da sie außerstande waren, die Tür zu öffnen. «Dann fragte ich ihn nach dem Ramadan – ‹Was ist das? Bist du ein Muslim?› Moussaoui sagte: ‹Ich bin nichts.›»

«Er wurde dabei irgendwie rot», fuhr Prevost fort. «Es war nicht die angemessene Reaktion. Und da habe ich mir gesagt: ‹He, Moment mal. Was tun wir hier eigentlich? Er ist ja ein netter Mensch, aber er hat keine Ahnung von Flugzeugen. Von Rechts wegen sollten wir ihn überprüfen.›» Prevost meldete seine Bedenken an die Vertreter von Pan Am, die nach einigem Zögern das FBI anriefen.

Am 16. August wurde Moussaoui in der Nähe der Flugschule von Beamten des FBI und der Einwanderungsbehörde verhaftet. Ihm wurde vorgeworfen, sein Visum überzogen zu haben. Wie andere Inhaftierte wegen Einwanderungsangelegenheiten wurde er in das County-Gefängnis gebracht. Als die Bundespolizisten anfingen, ihm Fragen zu stellen, schien er anfangs bereit zu reden. (Sein Englisch ist so gut, dass er immerhin an der South Bank University in London den Master in International Business geschafft hat.) Laut einem seiner vom Gericht bestellten Pflichtverteidiger kooperierte er mit den Agenten, bis er gefragt wurde, ob er einen Terroranschlag im Zusammenhang mit einem Flugzeug plane. «Seine Antwort lautete: ‹Ich will einen Anwalt›», sagte mir der Verteidiger. Er bekam jedoch keinen. Stattdessen brachen die Agenten, so der Verteidiger, die Vernehmung ab und beschlossen, den Fall als Visa-Angelegenheit zu behandeln.

(Einwanderungshäftlinge haben keinen Anspruch auf einen Anwalt.) In den folgenden Tagen versuchten die Agenten aus Minnesota jedoch, das FBI-Hauptquartier zu überreden, nach dem Foreign Intelligence Surveillance Act, dem Gesetz zur Überwachung ausländischer Geheimdienste, eine Sondervollmacht im Interesse der nationalen Sicherheit zu beantragen. Mit dem Hinweis, sie hätten Grund zu der Annahme, er sei ein ausländischer Agent, wollten sie eine geheime Durchleuchtung von Moussaouis Computer und persönlichen Habseligkeiten durchführen. Moussaoui hatte ihnen den Zugang verweigert. Das Hauptquartier lehnte die Bitte jedoch ab – eine Entscheidung, die später kritisiert wurde. Ende August und Anfang September wurden keine weiteren Versuche unternommen, ihn zu verhören. Moussaouis Status änderte sich nicht bis zum 11. September, als er, genau wie Hunderte andere muslimische Verdächtige, zu einem unentbehrlichen Zeugen erklärt und nach New York überstellt wurde.

Die Vorwürfe gegen Moussaoui gab am 11. Dezember 2001 Justizminister John Ashcroft bekannt, der die von einer Grand Jury in Virginia weitergeleitete Anklageschrift als «eine Chronik des Bösen» bezeichnete. Moussaoui wurde vorgeworfen, «dieselbe Ausbildung absolviert, dieselben Mittel erhalten und dasselbe Gelöbnis, Amerikaner zu töten, abgelegt zu haben wie die Entführer». Sechs Anklagepunkte wurden gegen ihn erhoben: Verschwörung mit dem Ziel, international Terroranschläge zu verüben, Luftpiraterie zu begehen, Flugzeuge zu zerstören, Massenvernichtungswaffen einzusetzen, Bundesangestellte zu ermorden und Eigentum zu zerstören. Auf die ersten vier Punkte stand die Todesstrafe.

Das Beweismaterial, das die Regierung vorlegte, fußte zu diesem Zeitpunkt weitgehend auf Indizien. Eine Durchsuchung von Moussaouis Computer – noch am Nachmittag des 11. September wurde die Vollmacht erteilt – erbrachte offenbar nichts, das den Anschlag vorhergesagt oder ihn damit in Verbindung gebracht hätte. Die Anklageschrift stellte dar, dass Moussaoui einem Verhaltensmuster folgte, das dem vieler Entführer ähnelte. Genau wie sie verbrachte er Monate in Flugschulen, kaufte Cockpitvideos für kommerzielle Flugzeuge in einem Pilotenladen in Ohio und ging in ein Fitnessstudio. Von zwei

Entführern hieß es ferner, dass sie die Flugschule in Oklahoma ein Jahr vor Moussaoui besucht hätten. Im Herbst 2000 hatte Moussaoui einen Brief erhalten, in dem festgehalten wurde, dass er als «Marketingberater» von Infocus Tech, einem malaysischen Unternehmen, angestellt bleibe; der geschäftsführende Leiter des Unternehmens wurde später in Presseberichten mit einigen Entführern in Verbindung gebracht.

Der konkreteste Hinweis in der Anklage, der Moussaoui mit den Verschwörern vom 11. September in Verbindung brachte, war der Umstand, dass ihm eine Person unter dem Namen Ahad Sabet im August 2001 14 000 Dollar von Bahnhöfen in Hamburg und Düsseldorf aus zugeschickt hatte. Ahad Sabet war das Pseudonym von Ramsi bin al-Shibh, einem bekannten Mittelsmann al-Qaidas, der auch wenigstens einem der Entführer Geld zukommen ließ und in der Anklage gegen Moussaoui als Mitverschwörer genannt wird. Er hatte vor dem 11. September viermal ein Visum in die Vereinigten Staaten beantragt. In einer auf *Al-Dschasira* ausgestrahlten Sendung einen Tag nach dem Jahrestag der Anschläge erklärte er, er hätte der zwanzigste Entführer sein sollen. Die Anklageschrift stellt auch fest, dass Moussaoui und Bin al-Shibh zur gleichen Zeit in London waren, im Dezember 2000, kurz bevor Moussaoui nach Pakistan flog. Die Theorie der Regierung lautet, dass die Verschwörer wegen Bin al-Shibhs Schwierigkeiten mit dem Visum gezwungen waren, auf Moussaoui zurückzugreifen.

Wenn die Anklage der Regierung sich schon auf die Ähnlichkeiten zwischen den Aktivitäten Moussaouis und der bekannten Entführer stützte, dann musste sie auch in Rechnung stellen, wo sich sein Verhalten auffällig von ihnen unterschied – auch wenn er ihre Loyalität zu al-Qaida und ihrem Anführer Osama Bin Laden teilte. Die Regierung entdeckte Hinweise auf E-Mails und Treffen zwischen den neunzehn, nicht aber zwischen einem von ihnen und Moussaoui. Die Entführer versuchten, sich an die amerikanische Lebensweise anzupassen – gingen beispielsweise in Bars mal einen trinken. Moussaoui hingegen blieb während seiner Zeit in Oklahoma weitgehend für sich, allerdings machte er kein Hehl aus seinen islamischen Überzeugun-

gen. Er kritisierte Mitglieder einer Moschee in Norman, weil sie in Gegenwart von Frauen den Blick nicht senkten und leicht gekleidete Cheerleader anstarrten. «Wohin er auch ging, er fiel allen Leuten auf die Nerven», sagte Frank W. Dunham jun., der Pflichtverteidiger, der für Moussaouis Verteidigerteam zuständig war. «Er flog auf gar keinen Fall unter dem Radar.»

Am 28. März 2002 gab Ashcroft bekannt, dass er Paul J. McNulty, den US-Staatsanwalt für den östlichen Distrikt Virginias, angewiesen habe, für Moussaoui die Todesstrafe zu fordern. Falls er schuldig gesprochen wurde, würde die Jury dann die Zeugenaussagen anhören und in einer separaten Strafphase des Prozesses das Strafmaß festlegen. In einer Absichtserklärung für das Gericht, in der die Argumentation der Regierung zusammengefasst wurde, schrieb McNulty, die Todesstrafe sei berechtigt, weil Moussaoui, wenn er auch am 11. September nicht dabei gewesen sei, bewusst und mit Vorsatz an der Tat teilgenommen habe, und zwar in einer «besonders abscheulichen, grausamen und verderbten Weise» und mit «rücksichtsloser Missachtung für Menschenleben».

Mit der Forderung der Todesstrafe legte das Justizministerium die Messlatte für sich selbst sehr hoch. Es sprach Moussaoui einen Grad der Beteiligung zu, der fortgeschrittene Kenntnis von den Plänen, dem Ausmaß und Ziel der Mission umfasste. So gesehen war er nicht nur ein Kandidat für den zwanzigsten Entführer: Er gehörte damit zu den tatsächlichen Entführern und war nur durch seine Verhaftung daran gehindert worden, seinen Absichten gemäß zu handeln.

Ein Sprecher des Justizministeriums sagte mir in einem Interview im Herbst 2002, dass die Regierung, wenn sie vor der Jury ihre Anklage vortragen werde, den «unaussprechlichen Horror jenes Tages und dessen, was folgte», unterstreichen wolle. Die Ankläger gingen davon aus, dass Moussaouis Anwälte versuchen würden, «seine Bedeutung und Nähe [zum 11. September] herunterzuspielen», und argumentieren würden, dass er es «nicht wert» sei. Der Sprecher fügte jedoch hinzu: «Alles, was wir wissen, bringt Moussaoui mit dem 11. September in Verbindung, und das spricht Bände. Weil es zu diesem Verbrechen nichts Vergleichbares gibt – es ist ein historisches Verbrechen. Der Weg, den Moussaoui ging, ist der Kern der Anklage, und

am Ende des Tages wird eine Jury Beweise hören, die die Version der Anklage erhärten.»

Der Sprecher des Justizministeriums erklärte mir ferner, dass in den Monaten nach den Terroranschlägen nie der Gedanke an eine interne Absprache mit Moussaoui verfolgt worden sei, ebenso wenig der Gedanke, ihn wegen geringerer Vergehen anzuklagen, die womöglich leichter nachzuweisen wären. Damals hätten die Öffentlichkeit und die Bundesregierung «von der Strafjustiz erwartet, das zu tun, wozu sie da war: für ein wenig Gerechtigkeit angesichts eines schweren Verbrechens zu sorgen».

Jene Geheimdienstvertreter, die zu diesem Zeitpunkt der Anklage der Regierung skeptisch gegenüberstanden, betonten, dass sie Moussaoui keineswegs für eine unschuldige Nebenfigur hielten. Sie glaubten, dass er engen Kontakt zu al-Qaida hielt, wie die Zahlung von Bin al-Shibh vermuten lässt, und in die Vereinigten Staaten mit der Bereitschaft eingereist sei, ernsthaften Schaden anzurichten, wenn er dazu aufgefordert wurde. Aber Monate nach Moussaouis Anklage fehlte immer noch der Beweis, dass der Anruf von irgendwelchen Hintermännern jemals kam.

Der Prozess unter dem Vorsitz von Richterin Leonie M. Brinkema vom US-Distriktgericht in Alexandria, Virginia, wurde auf Januar 2003 angesetzt. Im Laufe des Frühjahrs 2002 war Frank Dunhams Verteidigerteam zu der Überzeugung gelangt, dass die ohnehin bereits prekäre mentale Verfassung ihres Mandanten sich unter der Belastung der Einzelhaft verschlechtere und dass er zunehmend paranoid werde. Moussaoui wurde seinerseits immer wütender über ihre Behandlung seines Falles.

Am 22. April gestattete Richterin Brinkema Moussaoui, bei einer Anhörung vor dem Prozess eine ausführliche Stellungnahme zu äußern. Er verblüffte das Gericht damit, dass er über seine Verteidiger und die amerikanische Justiz schimpfte. Er forderte «die Zerstörung der Vereinigten Staaten von Amerika», neben anderen Feinden des islamischen Fundamentalismus, und teilte dem Gericht mit, dass die Vereinigten Staaten «meine Entsendung in eine Schutzzone, in der Art Bosniens, inszenierten. Tot, gekränkt. Richterin, Ermittler und die

so genannten Verteidiger sind alle Bundesangestellte.» Seine Anwälte, sagte er, hätten «Erfahrung mit Täuschung». Er beantragte förmlich die Erlaubnis von Richterin Brinkema, *pro se* zu sprechen – sich selbst vor Gericht zu vertreten.

Moussaouis Tirade platzte mitten in eine Anhörung zu den Protesten seiner Anwälte gegen seine Haftbedingungen. Man hatte ihn unter außerordentlichen Sicherheitsvorkehrungen in Einzelhaft gesteckt. Unbeaufsichtigte Besuche, Telefonanrufe oder Post von anderen Menschen als seinen Verteidigern waren untersagt. Seine Zelle war 24 Stunden am Tag hell erleuchtet. Besucher, auch die Verteidiger, mussten sich einer Überprüfung durch das FBI unterziehen, und alles schriftliche Material, selbst Memoranden für seine Verteidiger, wurden gesichtet. Moussaoui wurde zudem jeder Kontakt zu Journalisten verboten, weil die Regierung fürchtete, dass er eine verschlüsselte Botschaft an al-Qaida weitergeben könnte. In einem Memorandum hatte das Justizministerium diese Beschränkungen als notwendig verteidigt, «um das ‹substanzielle Risiko› zu vermeiden, dass der Angeklagte mit anderen außerhalb des Gefängnisses kommuniziert, um weitere Terrorakte zu erleichtern oder anzustacheln». Ein Verteidiger Moussaouis sagte mir später wütend, dass die Ankläger ihn, trotz ihrer Sorge über die Gefahren einer ungehinderten Kommunikation, «offen im Gericht sprechen ließen und keinen einzigen Ton sagten», als seine Ausbrüche offensichtlich seiner eigenen Verteidigung schadeten.

Bundesgerichte haben durchweg entschieden, dass Angeklagte in Strafverfahren wie dem gegen Moussaoui das Recht haben, sich selbst zu verteidigen, falls ihr Verzicht auf Rechtsbeistand «bewusst, freiwillig und ratsam» ist. Richterin Brinkema stützte sich zum Teil auf einen von Dr. Raymond Patterson verfassten Bericht, einen vom Gericht bestellten Psychiater. Patterson stellte fest, dass viele Notizen und Briefe Moussaouis an Richterin Brinkema «gut recherchiert» waren, und kam zu dem Schluss, dass seine Entscheidung, auf Rechtsbeistand zu verzichten, kein Produkt einer Geisteskrankheit sei. Er führte einen Großteil von Moussaouis scheinbar seltsamem Verhalten auf die «Subkultur» zurück, der er angehörte.

Zwei Psychologen, die von der Verteidigung berufen wurden, Dr.

Xavier Amador von der Columbia University und Dr. William Stejskal von der University of Virginia, argumentierten, dass Pattersons Schlussfolgerungen unbegründet seien und Moussaoui noch einmal begutachtet werden müsse. Nachdem Richterin Brinkema die Papiere gelesen hatte, entschied sie vom Richterstuhl aus am 13. Juni, ohne weitere Zeugen zu hören, dass der Angeklagte den juristisch erforderlichen Grad an Kompetenz erreiche.

Amador und Stejskal hatten nicht mit Moussaoui gesprochen. Stattdessen hatten sie sich dreimal mit seiner Mutter Aicha el-Wafi getroffen, die von Frankreich nach Virginia gereist war (und gegen den Wunsch ihres Sohnes mit den Verteidigern zusammenarbeitete). Außerdem hatten sie seine französischen Studienunterlagen und Dokumente französischer Sozialbehörden durchgesehen. Sie ließen eine Familiengeschichte der häuslichen Gewalt und Geisteskrankheiten erkennen. Zwei Geschwister von ihm litten als Erwachsene unter schweren psychischen Störungen, eines wurde wegen Schizophrenie in eine Klinik eingewiesen.

El-Wafi hatte sich von Moussaouis Vater scheiden lassen, als der Junge zwei Jahre alt war. Sie sagte Reportern, dass ihr Sohn nach dem Umzug von Frankreich nach London 1992 ins Umfeld radikaler islamischer Gruppierungen geraten sei. Bei einem Besuch zu Hause im Jahr 1997, so erzählte el-Wafi dem Londoner *Observer*, trat Moussaoui, der als Kind kaum Interesse für die Religion gezeigt hatte, im traditionellen muslimischen Gewand vor sie hin und tadelte sie, weil sie nicht religiös genug sei. Sie warf der Moschee in London vor, aus ihrem «sorglosen, glücklichen Jungen» einen «Nichtwiederzuerkennenden» gemacht zu haben.

Farhad Khosrokhavar, Soziologe an der Universität Paris, nennt Männer wie Moussaoui «die neuen Märtyrer»: entfremdete, junge Araber aus der Arbeiterklasse in Frankreich, die sich selbst als «nicht existent» ansehen – ganz bestimmt nicht als Franzosen oder Nordafrikaner. Sie fühlten sich vom radikalen Islam und den Religionskriegen in Bosnien, Afghanistan und Tschetschenien angezogen. Narbonne, die Stadt am Mittelmeer, in der Moussaoui aufwuchs, liegt in einer Region, in der eine massiv migrantenfeindliche Stimmung herrscht. In der Schule wurde er, wie er glaubte, wegen eines Vorur-

teils gegen Araber nur in einen berufsvorbereitenden Zweig gesteckt. Khosrokhavar interviewte über ein Dutzend verurteilte und Möchtegernterroristen für ein Buch, das 2002 in Frankreich erschienen ist; er sieht bei jungen Männern wie Moussaoui die Bereitschaft, «bis an Extreme zu gehen, um dieses Gefühl, ‹weniger als nichts› wert zu sein, loszuwerden».

«Der Islam ist die einzige plausible Identität, die sie annehmen können», sagte Khosrokhavar zu mir. «Ihre Identität als Franzosen zu akzeptieren könnte bedeuten, die Minderwertigkeit zu akzeptieren, die sie in ihrem täglichen Leben als Bürger zweiter Klasse empfinden. Die unweigerliche Folge ist ein Hass auf Frankreich und, weiter, auf den Westen.» Diese jungen Männer, von denen viele niemals Arabisch lernen, sind unter französischen Menschenrechtlern als *chair à canon* (Kanonenfutter) bekannt – leicht rekrutierte Fanatiker, die bereit sind, für eine religiöse Sache zu kämpfen und zu sterben, von der sie, anfangs, wenig wissen.

Am 21. Mai 2002 schickte Coleen Rowley, eine Juristin in der FBI-Dienststelle in Minneapolis, einen Beschwerdebrief an FBI-Direktor Robert Mueller. Der Brief wurde in der Zeitschrift *Time* veröffentlicht und löste eine Welle neuer Rechtfertigungen und Anhörungen vor dem Kongress zu der Frage aus, ob man vor dem 11. September Fingerzeige auf die Anschläge ignoriert habe. Rowley hatte sich in erster Linie über die Weigerung des FBI-Hauptquartiers beschwert, nach Moussaouis Verhaftung den Antrag der Dienststelle auf eine Sondervollmacht zur Durchsuchung seiner Habe zu genehmigen. Das entsprechende Gesetz, der so genannte Foreign Intelligence Surveillance Act (FISA), verpflichtet die Regierung, triftige Gründe für die Vermutung vorzulegen, dass der Betreffende als Agent für eine internationale Terrororganisation oder einen ausländischen Geheimdienst arbeitet – etwa als russischer Maulwurf in der CIA – oder eine ausländische Macht unterstützt. Für die Auslegung des Gesetzes wurde ein eigenes Bundesgericht zur Anhörung von Spionagefällen ins Leben gerufen. Sieben Distriktrichter werden diesem Gremium vom Obersten Gericht der Vereinigten Staaten auf Rotationsbasis zugeteilt. Das FISA-Gericht hat rund 13 000 Vollmachten erteilt, allein im

Jahr 2000 waren es tausend; zur Zeit der Anschläge vom 11. September war nur eine einzige Ablehnung bekannt. Das FBI-Hauptquartier kam jedoch zu dem Schluss, dass die Zweifel des Fluglehrers und die Verdächtigungen der Franzosen ein FISA-Verfahren nicht rechtfertigten.

Rowley räumte ein, dass ihre FBI-Kollegen auch eine andere Option gehabt hätten. Sie hätten mit ihrem Beweismaterial zum US-Staatsanwalt in Minneapolis gehen und diese Behörde bitten können, bei einem Bundesrichter einen routinemäßigen Haussuchungsbefehl zu beantragen. Sie dachte jedoch, schrieb Rowley, dass der US-Staatsanwalt «uns aus einer Reihe von Gründen, nicht zuletzt, um auf der sicheren Seite zu sein, womöglich abgewiesen hätte».

Seit 1978 das Gesetz FISA eingeführt wurde, befürchten Bürgerrechtler, dass die Regierung diese Vollmachten, die geheime Lauschangriffe erlauben, dazu benutzt, die in der Verfassung verankerten Verbote unbegründeter Durchsuchungen und Beschlagnahmen zu umgehen. (Im vierten Zusatzartikel wird gefordert, dass «Durchsuchungs- und Haftbefehle nur aus zureichendem Grunde erteilt werden sollen, gestützt auf Eid oder Gelöbnis, und die zu durchsuchende Örtlichkeit und die in Gewahrsam zu nehmenden Personen oder Gegenstände genau bezeichnen sollen».) Beweismaterial, das durch einen FISA-Durchsuchungsbefehl erbracht wurde, kann in einem Strafprozess verwendet werden, aber der Durchsuchungsbefehl selbst darf nur für geheimdienstliche Ermittlungen erteilt werden. Nachdem der Kongress die FISA-Regelung 1994 erweitert hatte, indem er zusätzlich zur elektronischen Überwachung auch die direkte Durchsuchung von Unterkünften und Computern gestattete, stieg der Anreiz für Strafermittler noch, das Gesetz – wie Rowley offenbar – als Alternative zu einem Antrag bei einem ordentlichen Richter zu nutzen. Coleen Rowleys Brief mit ihrer Schilderung, wie die FBI-Dienststelle sich an das FISA-Gericht wandte, noch bevor sie den US-Staatsanwalt vor Ort zu Rate gezogen hatte, trug keineswegs dazu bei, diese Ansicht zu entkräften.

Jonathan Turley, ein führender FISA-Kritiker, der an der George Washington University Jura lehrt, sagte über Rowleys Brief, das sei «das erste Mal gewesen, dass ich schriftlich gesehen habe, was wir

seit Jahren beobachten: Man wendet sich an FISA, wenn es für einen Strafprozess nicht ausreicht. Wir vermuten schon seit langem, dass FISA routinemäßig in Fällen verwendet wird, in denen es keine stichhaltigen Beweise gibt. Rowley ist geradezu die Personifizierung der Befürchtungen, die den Widerstand gegen FISA ausgelöst haben.» Bevor er an die Universität gewechselt war, hatte Turley in einer Reihe von Spionagefällen und Prozessen wegen Gefährdung der nationalen Sicherheit als Rechtsbeistand fungiert. Er schreibt, dass Amerikas Bundespolizeibeamte «nach und nach Durchsuchungen von dem im vierten Zusatzartikel festgelegten Prozess zu einem verborgenen Gericht verlagern, das in der Verfassung weder erwähnt wird noch mit ihr im Einklang steht».

Im Frühjahr 2002 gab John Ashcroft neue Richtlinien aus und erklärte, dass die Verabschiedung des Patriot Act nach dem 11. September die Bundesbehörden bevollmächtige, FISA-Durchsuchungsbefehle «in erster Linie für Ziele der Strafverfolgung» zu beantragen, «solange noch ein signifikantes geheimdienstliches Ziel besteht». In Anbetracht der verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Möglichkeiten, den FISA-Prozess zu missbrauchen, waren viele Strafverfolgungsbeamte bedrückt wegen der verbreiteten Annahme – die auf Rowleys öffentliche Beschwerde zurückging –, dass das FBI-Hauptquartier einen ernsten Fehler begangen habe, als es keine FISA-Vollmacht beantragte, Moussaouis Habseligkeiten zu durchsuchen.

Von diesem Gefühl war wenig zu spüren, als Mueller Rowley öffentlich für ihren Brief dankte und später den Mitgliedern des Justizausschusses im Senat versicherte, dass es keine Disziplinarmaßnahmen geben werde. «Rowley schreibt die Geschichte hier ein wenig um», sagte mir ein Geheimdienstmitarbeiter im Herbst 2002, der das französische Material geprüft hatte. «In den französischen Geheimdienstberichten steht nichts, was Moussaoui als den Agenten einer ausländischen Macht ausweist.» Er fügte hinzu: «Nicht etwa, dass die Franzosen ihn nicht für einen bösen Menschen gehalten hätten – das tun wir auch. Die Frage ist, hatten sie irgendetwas zu bieten, das dem Fall über die FISA-Messlatte half? Da ist nichts.» (Dieser Mitarbeiter und andere erkannten jedoch an, dass viele weitere allgemeine Beschwerden Rowleys, in denen es um die antiquierten Computersys-

teme des FBI und die zentralisierte Kontrolle in Washington ging, sehr verdienstvoll waren.)

«Die Leute in der Dienststelle in Minneapolis wollten unbedingt ihre Version erzählen», sagte mir B. Todd Jones, der ehemalige US-Staatsanwalt für den Distrikt Minnesota, «und Rowley wird als eine Jeanne d'Arc dargestellt.»

Im Laufe des Sommers 2002 verfasste Moussaoui eine Flut handschriftlicher Anträge, die das Ausmaß seines geistigen Verfalls ahnen ließen. Hier und da blitzten Verstand und Scharfsinn auf, doch meistens schweifte Moussaoui in wütende Worttiraden ab. In einem Antrag behauptete er hartnäckig, dass das FBI «Zacarias Moussaoui töten wird, um ihn zum Schweigen zu bringen». In einem anderen behauptete er, das FBI verberge die Tatsache, dass er und die 19 Entführer während seines gesamten Aufenthalts in Amerika unter Beobachtung gestanden hätten – was, wie er sagte, seine Unschuld beweise. Das FBI habe sogar eine «Wanze» in einem Ventilator in seiner Wohnung in Oklahoma angebracht. In einem Antrag vom 15. Juli bat er Richterin Brinkema, das FBI zur Herausgabe des Ventilators zu zwingen, den er als «versteckten, konkreten Beweis für ihr Vertuschungsmanöver» bezeichnete.

Wenngleich sie Moussaoui das Recht zugesprochen hatte, sich selbst zu verteidigen, beschloss Brinkema, dass die Verteidiger als Beistand in Bereitschaft bleiben sollten, und Moussaouis Beziehung zu ihnen verschlechterte sich weiter. Jedes Mal wenn seine psychische Gesundheit in Frage gestellt wurde, geriet er sofort außer sich. Die Anwälte, mit denen ich sprach, bezeichneten dies als eines der grundlegenden Probleme bei der Verteidigung von Mandanten, die möglicherweise geisteskrank sind. Moussaouis Versuch, sich bei einer verfahrenstechnischen Anhörung am 18. Juli 2002 schuldig zu bekennen, erfolgte genau nach der Abweisung seiner Forderung durch Richterin Brinkema, Dokumente, die seine Verteidigung einbrachte, selbst entlastende, nicht zuzulassen. Als angeklagter Terrorist hat Moussaoui nicht die Erlaubnis, geheimes Belastungsmaterial der Regierung gegen ihn einzusehen – nur seine vom Gericht berufenen Verteidiger dürfen das in seinem Namen. «Wenn Sie sich ent-

scheiden, diese Informationen zu ignorieren», teilte die Richterin Moussaoui mit, «dann gehen Sie künftig auf eigene Gefahr vor, und es wird Ihnen nicht gestattet, sich am Ende darüber zu beschweren, dass man Ihnen einen fairen Prozess verweigert habe.»

Mit der Aussicht konfrontiert, dass er mit den Pflichtverteidigern zusammenarbeiten musste, hatte Moussaoui dann unvermittelt angekündigt, dass er sich schuldig bekennen wolle. «Wenn Sie ihnen erlauben, das zu tun und zu sprechen, dann werde ich schon bald meiner Verteidigung enthoben werden», sagte er der Richterin. «Ich werde ganz bestimmt während des Prozesses mundtot gemacht, und Sie werden Ihre so genannte Justiz fortsetzen.» Eine Woche später machte Richterin Brinkema Moussaoui klar, dass er sich keineswegs, wie er annahm, jetzt der Verschwörung schuldig bekennen könne, um dann in der Strafphase des Prozesses zu erklären, er habe nichts mit den Anschlägen vom 11. September zu tun gehabt. Prompt änderte er seine Meinung wieder. Er hatte ganz eindeutig nicht begriffen, dass er, wie Richterin Brinkema erläuterte, «während der Strafphase des Prozesses nicht daherkommen könne und sagen, dass Sie nicht ... im Sinne der Anklage schuldig wären». Moussaoui erwiderte: «Das ist Ihre – Ihre Interpretation!»

Moussaouis Verwirrung und Unfähigkeit, die Konsequenzen eines Schuldbekenntnisses zu begreifen, veranlassten seine Verteidiger einmal mehr, Richterin Brinkema auf seine Fähigkeit zur Selbstverteidigung anzusprechen. Ende Juli teilten die beiden Psychologen Amador und Stejskal Richterin Brinkema mit, dass sie «eine deutliche Verschlechterung seiner mentalen Verfassung» beobachteten, «seit man ihm erlaubt hat, für sich selbst zu sprechen». Moussaouis Anträge, fügten sie hinzu, steckten voller «sich ständig wiederholender Grübeleien» über das FBI, die CIA und «SS-Richterin Brinkema».

Im August antwortete Moussaoui mit neuerlichem Hass auf die Bemühungen Frank Dunhams und der anderen Verteidiger in seinem Namen. Er ließ der Richterin ein Dokument mit der Überschrift «DUNHAM KÜMMRE DICH UM DEINE EIGENEN DRECKIGEN ANGELEGENHEITEN» zukommen. Ziel seines Antrags sei es, so schrieb er, «die verrückte, außer Kontrolle geratene,

bereitstehende Herde von Blutsaugern aus dem REINEN PRO SE LAND fern zu halten». Gleichzeitig weigerte Moussaoui sich, einem Memorandum der Verteidiger zufolge, der Richterin eine Reihe lebenswichtiger Anträge aus dem Vorfeld des Prozesses zu übergeben, darunter auch einen, der die Unterdrückung staatlichen Beweismaterials zum Gegenstand hatte.

Am 16. August 2002 gab Brinkema einem Antrag der Verteidigung statt, den Prozess bis Januar 2003 zu vertagen, doch sie blieb bei ihrer Entscheidung, dass Moussaoui sich selbst verteidigen durfte. Zwei Wochen später ordnete die Richterin jedoch unter Verweis auf Moussaouis «unsachliche, aufhetzende und beleidigende Wortwahl» an, dass sämtliche künftigen Plädoyers seinerseits, die «Drohungen, rassistische Beschimpfungen, Aufrufe ... oder andere unsachgemäße und unangebrachte Informationen enthielten», unter Verschluss gehalten werden. Als die Nachrichtenmedien protestierten, warnten die Ankläger, dass Moussaoui «vermutlich versuche, verschlüsselt mit al-Qaida zu kommunizieren».

Moussaouis aufbrausendes Verhalten in und außerhalb des Gerichts «lieferte der Masse, die ein Militärtribunal forderte, Munition», sagte ein ehemaliger staatlicher Verteidiger zu mir, der den Fall verfolgt hat – jenen, die argumentieren, dass zivile Gerichte der Herausforderung, über internationale Terroristen Recht zu sprechen, nicht gewachsen sind. Der Fall schürte außerdem die Unzufriedenheit innerhalb des FBI über das, wie einige meinten, politisierte Justizministerium, das es mehr darauf abgesehen hatte, sensationelle Siege vor Gericht zu feiern, als Geheimdienstressourcen zu schützen. Ein Geheimdienstbeamter bestätigte den Streit und sagte über die Bush-Administration, sie sei noch immer auf der Suche nach «der richtigen Balance zwischen der Verfolgung von Verbrechen, der Vorbeugung und der Geheimdienstarbeit».

Diese Balance muss allem Anschein nach im Fall Moussaoui noch gefunden werden. Er ist weiterhin der einzige Mann, der vor einem amerikanischen Gericht wegen des Todes von rund 3000 Menschen angeklagt ist. Moussaouis Anwälte und einige FBI-Vertreter sind nach wie vor irritiert von dem Versäumnis der Regierung, eine interne Absprache mit einer Strafmilderung anzustreben. Frank Dunham,

der in Nord-Virginia US-Staatsanwalt war, bevor er staatlicher Pflichtverteidiger wurde, sagte zu mir: «Ich habe noch keinen Verschwörungsfall erlebt, in dem die Regierung nicht daran interessiert war, ob der Angeklagte irgendwelche Informationen hatte – prüfen wollte, ob noch mehr hinter der Verschwörung steckte.»

Jede interne Absprache hing davon ab, dass Justizminister Ashcroft bereit war, als Gegenleistung für kooperatives Verhalten auf die Todesstrafe zu verzichten. Doch dazu war er, wie mehrere Beamte sagten, auf keinen Fall bereit. «Wir werden vom Justizministerium blockiert», sagte der hohe FBI-Beamte. «Das ist sehr frustrierend.» Andere, die mit dem Fall vertraut sind, glauben, dass die Regierung sich einfach übernommen hat.

Moussaoui stand mit Sicherheit mit al-Qaida in Verbindung, doch nur als Zeuge hatte er für die Vereinigten Staaten potenziell noch einen Wert, nicht als Ersatz für die toten Entführer, die sich ihrer Strafe entzogen hatten. Dieses Potenzial ist allem Anschein nach zugunsten einer viel beachteten Untersuchung verschenkt worden, die politische und emotionale Bedürfnisse befriedigen sollte.

«Dieser Mann ist eines der schlimmsten Verbrechen angeklagt, die jemals auf amerikanischem Boden begangen wurden», sagte Martín Sabelli, ein ehemaliger Pflichtverteidiger in San Francisco, der über das Thema Selbstverteidigen Artikel geschrieben hat, im Herbst 2002. «Das ist genau die Art von Fall, wo wir größte Vorsicht walten lassen und sicherstellen müssen, dass an dem gegnerischen Prozess auch wirklich zwei Gegner teilnehmen – nicht ein Goliath auf der einen Seite und ein David ohne Schleuder auf der anderen. Allem Anschein nach ist Moussaoui nicht imstande, sich selbst zu verteidigen, weil er die Grundlagen der gegen ihn erhobenen Anklagen nicht zu begreifen scheint, aber ich habe allmählich den Eindruck, dass wir anderen noch verrückter sind – das heißt, wir sind nicht imstande, ein juristisches System zu schaffen, in dem das Leben im Gleichgewicht ist. Bei all unserer Expertise und Professionalität lassen wir womöglich diesen Mann sich selbst in den Tod reden, um unser Gefühl der Verletzlichkeit zu lindern.»

Am 11. September 2002 wurde Ramsi bin al-Shibh nach einer jahrelangen Jagd von pakistanischen Truppen bei einer Schießerei in

Karatschi verhaftet. Er wurde zur Vernehmung an die Vereinigten Staaten ausgeliefert und in einen unbekannten Militärstützpunkt gebracht. Allgemein geht man davon aus, dass er vor ein Militärgericht gestellt wird. Die Ergreifung Bin al-Shibhs machte den Prozess gegen Moussaoui komplizierter. Laut Edward B. MacMahon jun., einem Anwalt Moussaouis, hatte die Verteidigung die Absicht, eine Aussage von ihm zu beantragen, bislang hatte man ihr jedoch den Zugang zu inhaftierten al-Qaida-Mitgliedern verweigert.

«Die Sache gewinnt an Brisanz», sagte Eugene R. Fidell, ein Experte für Militärrecht damals. «Es wird Monate dauern, das zu prüfen, vor allem wenn Bin al-Shibh entlastendes Material hat, und beide Seiten werden vermutlich um eine Verlängerung bitten. Zu Bin al-Shibh muss der Zugang gewährt werden, aber was, wenn er sich auf den fünften Zusatzartikel der Verfassung, das Recht auf Aussageverweigerung, beruft? Richterin Brinkema wird einen Augenblick der Wahrheit erleben», sagte Fidell. «Es ist ein Pokerspiel mit dem höchsten Einsatz, den man sich vorstellen kann.»

Fidell hatte Recht. Am 1. März 2003 war Chalid Scheich Mohammed, der mutmaßliche Drahtzieher des 11. September, im pakistanischen Rawalpindi verhaftet worden. Und im Laufe des folgenden Jahres bestand das Verteidigerteam Moussaouis darauf, dass sein Mandant laut Verfassung das Recht hatte, Bin al-Shibh und Chalid Scheich Mohammed zu befragen, um entlastende Informationen zu bekommen. Die Bush-Administration weigerte sich, inhaftierte al-Qaida-Mitglieder herauszugeben, mit der Begründung, der Zugang der Verteidigung zu den Häftlingen würde die nationale Sicherheit gefährden. Im Oktober 2003 entschied Richterin Brinkema, dass die Ankläger des Bundes, solange sie diesen Zugang nicht ermöglichen, für Moussaoui auch nicht die Todesstrafe fordern konnten, ebenso wenig konnten sie behaupten, dass er in irgendeiner Form mit dem 11. September zu tun gehabt habe. Die Zeitschrift *Time* bezeichnete die Anklage der Regierung zu diesem Zeitpunkt als «Scherbenhaufen». Brinkemas Entscheidung wurde im April 2004 von dem konservativen Berufungsgericht in Richmond, Virginia, aufgehoben. Es wies die Prozessrichterin an, einen Kompromiss auszuarbeiten, der es Moussaoui

ermöglichte, den gewünschten Zugang zu den Aussagen von al-Qaida-Zeugen zu bekommen, zugleich aber das Recht der Regierung wahrte, die Verhöre ohne Unterbrechung fortzusetzen. Das Berufungsgericht sagte allerdings nicht, wie das funktionieren sollte. Den Anklägern wurde außerdem wieder erlaubt, die Todesstrafe zu fordern. Doch blieb diese Entscheidung nach einer Anhörung im Juni 2004 vorerst in der Schwebe, als eine Vereinbarung in Betracht gezogen wurde, nach der der Verteidigung «neutrale Zusammenfassungen» der Verhöre von Häftlingen zur Verfügung gestellt würden. Die Anklagevertretung räumte ein, dass die Regierung über relevante Daten für solche Zusammenfassungen verfüge. Die Frage des weiteren Procedere wurde wiederum dem Berufungsgericht in Richmond vorgelegt. Der Prozess, der für Januar 2003 angesetzt war, als ich zum ersten Mal darüber schrieb, ist nunmehr auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Moussaouis Zustand hat sich weiter verschlechtert. Nachdem er im vergangenen Herbst eine Flut zunehmend agitativer und irrationaler Petitionen einreichte, wurde ihm das Recht entzogen, sich selbst zu verteidigen. Seitdem hat er sich nur sporadisch mit seinen Verteidigern zu treffen.

III
DER ANDERE KRIEG

1. Afghanistans geheime Schlachten

In den frühen Morgenstunden des 20. Oktober 2001 sprangen einhundert Army Rangers mit dem Fallschirm über einem von den Taliban gehaltenen Flugplatz 90 Kilometer südwestlich von Kandahar im Süden Afghanistans ab. Seit zwei Wochen war der Luftkrieg in Afghanistan im Gang, und die amerikanischen Bomben hatten viel dazu beigetragen, die Moral in den Vereinigten Staaten zu stärken – und die Popularität von Präsident George Bush zu steigern. Der nächtliche Absprung der Rangers war der erste direkte amerikanische Bodenangriff des Krieges, und ein Kameramann des Militärs filmte den Einsatz mit Videokamera und Nachtobjektiv. Seine körnigen, grünstichigen Bilder von entschlossenen Kommandosoldaten und sich bauschenden Fallschirmen beherrschten die Abendnachrichten im Fernsehen. Am selben Morgen griff eine zweite, vorwiegend aus Rangers und einer verstärkten Schwadron der Delta Force bestehende Spezialeinheit bei Kandahar einen Komplex an, zu dem ein Haus gehörte, das Mullah Omar benutzte. Omar war jener Taliban-Führer, der in der ersten Bombennacht des Krieges nur dank einer, wie Donald Rumsfeld und seine Mitarbeiter glaubten, schwerfälligen und viel zu zaghaften militärischen Kommandostruktur mit dem Leben davongekommen war.

Bei einem Briefing im Pentagon noch am selben Tag berichtete Air-Force-General Richard B. Myers, der neue Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, die Spezialeinheiten hätten sich «ohne nennenswerte Behinderung durch Taliban-Kräfte innerhalb Afghanistans bewegen und operieren können». Die Soldaten, so Myers weiter, seien an beiden Einsatzorten durchaus auf Widerstand gestoßen, hätten ihn aber gebrochen. «Man könnte ihn wohl als leicht bezeichnen, aber es darf

angenommen werden, dass er aus Sicht der Betroffenen wahrscheinlich nicht leicht war.» Alles in allem sei die Mission «ein Erfolg» gewesen. «Wir haben unsere Ziele erreicht.» Zudem teilte Myers Journalisten mit, dass die Kommandos «sich nun neu ausrüsten und auf mögliche künftige Operationen gegen terroristische Ziele in Afghanistan vorbereiten». Bei einem zweiten Briefing zwei Tage später wollte er allerdings keine Auskunft darüber geben, ob man die Kommandounternehmen fortsetzen werde. «Einige Dinge werden sichtbar bleiben, andere unsichtbar.»

Ob sichtbar oder nicht, die Öffentlichkeit erfuhr nicht die ganze Wahrheit. Wie mir mehrere hohe Offiziere sagten, missbilligten Soldaten der Delta Force den, wie sie fanden, inszenierten Charakter des Angriffs auf den Flugplatz, der so aufregende Fernsehbilder lieferte. «Es machte was her», sagte ein General, «und es sah gut aus.» Doch die Operation war nicht so bedeutend, wie das Pentagon glauben machen wollte. Der Absprung der Rangers erfolgte erst, nachdem eine Gruppe Army Pathfinder – eine Spezialeinheit, die normalerweise hinter den feindlichen Linien operiert – in das Gebiet vorgerückt war und sich vergewissert hatte, dass der Flugplatz nicht von Taliban-Kräften besetzt war. «Es war eine Fernsehshow», hieß es aus informierter Quelle. «Die Rangers waren gar nicht als Erste drin.»

Einige Regierungsvertreter, mit denen ich sprach, behaupteten, die Luftlandeoperation sei auch ohne Feindberührung nützlich gewesen, denn sie habe das Selbstvertrauen der jungen Rangers gestärkt, von denen viele gleich nach der Highschool in die Army eingetreten seien und noch keine Gefechtserfahrung hätten. «Die Rangers gehen rein, und die Hubschrauber gehen rein, und jeder hat dabei ein gutes Gefühl», sagte ein Soldat, der bei den Special Forces diente. «Aber wozu das filmen? Ich bin ein großer Freund von Geheimhaltung – und das zielte auf die öffentliche Meinung ab.»

Über den Angriff auf Mullah Omars Komplex hatte Myers der Presse verschwiegen, dass er beinahe in einem Fiasko geendet hätte und dass das Pentagon daraufhin künftige Operationen der Special Forces in Afghanistan nochmals überdachte. Die Delta Force, die stolz darauf ist, im Verborgenen zu operieren, war von einem Gegenangriff der Taliban überrascht worden, und einige Amerikaner hatten sich

den Fluchtweg freikämpfen müssen. Zwölf Angehörige der Delta Force waren verwundet worden, drei davon schwer.

Die in Fort Bragg stationierte Delta Force ist geheimnisumwittert wie keine andere Einheit der Army. Ihre bloße Existenz ist geheim, und über ihre Einsätze wird die Öffentlichkeit immer erst im Nachhinein unterrichtet. In seinem Buch *Black Hawk Down* über das Desaster der Special Forces 1993 in der somalischen Hauptstadt Mogadischu, bei dem 18 Rangers und Angehörige der Delta Force fielen, schrieb Mark Bowden über den besonderen Status der Delta Force: «Sie operierten unter strikter Geheimhaltung.»

«Man konnte solche Typen treffen, wenn sie in einer Bar in der Gegend von Bragg rumhingen, tiefbraun gebrannt, muskelbepackt, der Hals so breit wie ein Hydrant, eine riesige Casio-Uhr am Arm und einen Priem im Mund, und sie erzählten einem, dass sie als Computerprogrammierer für eine Vertragsfirma der Army arbeiteten. Sie redeten sich gegenseitig mit ihren Spitznamen an, verzichteten auf den militärischen Gruß und das ganze traditionelle Drum und Dran des Soldatenlebens. Offiziere und Unteroffiziere behandelten sich gegenseitig wie ihresgleichen. Geringschätzung gegen die übliche Zurschaustellung des Armeestatus war kennzeichnend für die Einheit.»

Bei Einsätzen, so Bowden, kämpften Soldaten der Delta Force nur ungern an der Seite der jüngeren, weit weniger erfahrenen Rangers.

Den Angriff vom 20. Oktober auf Mullah Omars Komplex bezeichneten Delta-Angehörige gegenüber einem Kameraden als totalen «*goatfuck*» – ein Begriff aus dem Militärslang, der bedeutet, dass alles, was schief gehen konnte, schief gegangen ist. Nach einem Bericht des Londoner *Observer* umfasste der Komplex wenig mehr als ein paar Straßen voller Schlaglöcher, das von Mullah Omar genutzte Backsteinhaus und eine kleine Schutzgarnison aus strohgedeckten Hütten. Dem Pentagon lagen Geheimdienstberichte vor, nach denen Mullah Omar dort gelegentlich nächtigte; ein erfolgreicher Einsatz konnte mit seinem Tod oder seiner Gefangennahme enden oder zumindest wertvolles nachrichtendienstliches Material einbringen. Die Delta Force hatte gehofft, das tun zu dürfen, was sie am besten konnte: mit einem kleinen Team von vier bis sechs Mann am Boden ins Zielgebiet vordringen – die Bezeichnung für Erkundungen dieser Art

lautet «snoop and poop» für «ausspionieren und Informationen sammeln» – und den Feind überrumpeln. Doch der Plan des CENTCOM, des Zentralkommandos der amerikanischen Streitkräfte, sah einen massiven Angriff auf den Komplex vor. Den Anfang machten Kampfflugzeuge vom Typ AC-130, die Tausende von Schuss auf die Umgebung abgaben, Mullahs Haus jedoch bewusst verschonten. Auf diese Weise hoffte man etwaige Geheimunterlagen der Taliban vor der Vernichtung zu bewahren und Omar in Sicherheit zu wiegen. Mit etwas Glück würde der die Nacht dort verbringen. Hubschrauber setzten in der Nähe eine verstärkte Kompanie der Rangers ab, rund zweihundert Mann, die als Auffangkräfte dienen sollten, falls die Delta Force auf starken Widerstand stieß.

Chinook-Hubschrauber, die größten der Army, flogen in einen Bereitstellungsraum und setzten die verstärkte Delta-Schwadron, rund einhundert Mann, und deren Kampffahrzeuge mit Sechsradantrieb und aufmontierten Spezialmaschinengewehren ab. Das Delta-Team stürmte den Komplex, fand aber wenig Wertvolles: keinen Mullah und keine nennenswerten Dokumente.

«Als sie aus dem Haus kamen, war die Kacke am Dampfen», erzählte ein hoher Offizier. «Sie waren in eine Art Hinterhalt geraten. Die Taliban feuerten mit leichten Waffen und mit Panzerfäusten oder Mörsern.» Ein heilloses Chaos brach aus. Ein hochrangiger Offizier, der an Einsatzbesprechungen teilgenommen hat, erzählte mir, dass die Taliban-Kräfte mit Granaten feuerten und dass sie anscheinend über einen unbegrenzten Vorrat verfügten. Die Delta Force, so fuhr er fort, wurde in ein «taktisches Feuergefecht verwickelt, und die Taliban waren überlegen». Gleich zu Beginn wurden mehrere Amerikaner verwundet, und die Gruppe zog sich zurück. Die Soldaten teilten sich in getrennte Einheiten auf, in eine oder mehrere Gruppen von jeweils sechs Mann und einen Haupttrupp, der sich zu den wartenden Hubschraubern zurückzog. Wie üblich sollten die kleineren Gruppen zurückbleiben und Feuerschutz geben. Kampfflugzeuge der Army kamen zu Hilfe und nahmen das Gelände unter schweres Feuer.

Das Delta-Team musste eines seiner Ziele, die Einschleusung eines Undercover-Teams in das Gebiet, abschreiben. Die zurückgebliebenen Soldaten flüchteten zu einem Sammelpunkt, der zuvor in einem

Notplan, bekannt unter dem Kürzel E & E für «escape and evasion» («Fliehen und Ausweichen») festgelegt worden war. Ein Transporthubschrauber vom Typ Chinook habe sich das Fahrgestell ramponiert, als er vor Granatbeschuss und Kreuzfeuer flüchtete, und einen Teil des Fahrgestells verloren. Die Taliban präsentierten es später als Trophäe und behaupteten, sie hätten die Maschine abgeschossen. (Laut Pentagon hatte der Hubschrauber ein «Hindernis gestreift».) Der gescheiterte Angriff der Special Forces 1993 in Mogadischu und die Bilder des ermordeten Soldaten, der durch die Straßen der Stadt geschleift worden war, hatten seinerzeit Empörung ausgelöst und Vorwürfe laut werden lassen, die Soldaten seien ohne angemessene Kampfunterstützung in den Einsatz geschickt worden. Die Planer im CENTCOM wollten diesen Fehler auf keinen Fall wiederholen, und möglicherweise wurde ihre Angst dadurch noch verstärkt, dass es sich um die ersten Einsätze am Boden handelte. Viele, die mit solchen Spezialeinsätzen Erfahrung haben, kritisierten die anschließende Operation jedoch als viel zu geräuschvoll («Das war ja ein Lärm, um Tote aufzuwecken», sagte ein Offizier) und viel zu langsam, was den Taliban Zeit gegeben habe, ihren Widerstand zu organisieren. Ein Soldat der Delta Force äußerte gegenüber einem Kameraden: «Die [Planer] glauben, wir könnten Wunder vollbringen. Das können wir nicht. Die sollen uns nicht in eine Umgebung schicken, auf die wir nicht vorbereitet sind. Das nächste Mal verlieren wir eine Kompanie.»

Die Delta Force habe schon lange über mangelnde Kreativität in der Army-Führung geklagt, sagte ein leitender Offizier, aber die unerwartet heftige Gegenwehr der Taliban habe «allen einen Mordsschreck eingejagt» und dazu geführt, dass Taktik und Vorgehensweise im Zentralkommando der amerikanischen Streitkräfte, das auf dem Luftwaffenstützpunkt MacDill in Florida, dem Hauptquartier für den Afghanistankrieg, angesiedelt ist, kritisch hinterfragt wurden. «Das ist kein Krieg für Spezialeinsätze», sagte ein Offizier – jedenfalls nicht, wenn er so geführt werde wie am 20. Oktober vom CENTCOM und seinem Oberbefehlshaber, Army-General Tommy R. Franks.

In den Pressekonferenzen nach den Einsätzen verschwiegen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und General Myers die Heftigkeit des Widerstands bei Mullah Omars Haus. Zudem warf Rumsfeld den Journalisten im Pentagon vor, sie hätten unter Berufung auf namentlich nicht genannte militärische Quellen erste Berichte über die Angriffe veröffentlicht, noch bevor die Kommandos zurückgekehrt seien. «Seien Sie versichert», sagte Rumsfeld, «dass ich Ihre Fragen ohne Umschweife beantworte, sobald ich kann, und dass wir uns nach Kräften bemühen, Sie so umfassend zu informieren, wie wir es gefahrlos tun können.» Und er fügte hinzu: «Dies ist eine sehr offene Gesellschaft, und die Presse erfährt – Sie erfahren – beinahe alles, was geschieht, und beinahe so schnell, wie es geschieht. Und die Vorstellung, da draußen gäbe es einen großen Eisberg, von dem man nur die Spitze sieht ... die ist einfach nicht richtig.»

Das Pentagon schwieg, als in den folgenden Tagen im Militärapparat Einzelheiten über die Einsätze durchsickerten und hitzige interne Debatten auslösten. Doch es gab untrügliche Zeichen dafür, dass etwas schief gelaufen war. So meldete am Sonntag, dem 21. Oktober, einen Tag nach den Einsätzen, der Londoner *Sunday Telegraph*, die Vereinigten Staaten hätten um die sofortige Verlegung des gesamten Regiments der britischen Elite-Kommandoeinheiten, des Special Air Service (SAS), nach Afghanistan ersucht. Im selben Monat berichteten mir US-Beamte, dass die dem CENTCOM zugeteilten britischen Militärexperten das Pentagon drängten, auf seine Luftlandeoperationen in Afghanistan zu verzichten und den Krieg durch die Errichtung einer großen Artilleriebasis im Land zu den Taliban zu tragen. Nach Ansicht der Briten, so erklärte mir ein Offizier, «sollten wir den Taliban zu verstehen geben: Wir sind jetzt Teil eures Planquadrats», will sagen, auf Taliban-Gebiet. «Was wollt ihr dagegen unternehmen?»

Bei den Debatten über die Operation in den folgenden Wochen seien viele höhere Offiziere der Delta Force «immer noch außer sich» gewesen, wie es ein Militär ausdrückte. Ungehalten fügte er hinzu, dass das Pentagon dem amerikanischen Volk deshalb nichts Näheres über die Vorkommnisse in Kandahar sagen könne, «weil es dem Eindruck vorbeugen will, es wisse nicht, was es tut». Ein anderer hoher Offizier sagte: «So verfahren sie schon seit zehn Jahren.» Die Planun-

gen des CENTCOM für die Mission in Afghanistan tat er ab: «Franks hat keinen Schimmer.» Über die Delta Force sagte er: «Die Jungs sind seit Mogadischu stocksauer. Sie wollen alles richtig machen und trainieren hart. Man darf sie nicht unüberlegt einsetzen.» Nach einer kurzen Pause setzte er hinzu: «Wir werden es packen, aber es wird unangenehm.»

Am 26. Oktober wurde der afghanische Guerilla-Führer Abdul Haq getötet, vormals Held im Krieg gegen die Sowjets und zuletzt einer der prominentesten Agenten im Krieg gegen die Taliban. Laut Pressemeldungen war Haq in Ostafghanistan in einen Hinterhalt geraten und nach zweitägiger Belagerung gefasst und hingerichtet worden. Die Taliban behaupteten, er sei im Auftrag der Vereinigten Staaten gereist und habe große Geldsummen mit sich geführt, die vermutlich dazu bestimmt gewesen seien, Taliban-Kommandeure zum Überlaufen anzustiften. In einem afghanischen Pressebericht hieß es anschließend unter Berufung auf einen Sprecher der Taliban, dass auch fünfzig Anhänger Haqs, darunter möglicherweise «Ausländer», umstellt worden seien.

Haqs Tod war ein herber Rückschlag für den amerikanischen Kampf gegen die Taliban. Kurt Lohbeck, ein enger Freund Haqs und im afghanisch-sowjetischen Krieg langjähriger Korrespondent für CBS Television, räumte in derselben Woche in einem Telefoninterview ein, Haq, der sich stets seiner Unabhängigkeit gerühmt hatte, sei zum Zeitpunkt seines Todes in CIA-Mission unterwegs gewesen, habe «aber niemals mit ihr zusammen oder für sie gearbeitet oder viel für sie übrig gehabt». Lohbeck erklärte mir gegenüber: «Er kannte zwei oder drei Topleute der Taliban, die zum Überlaufen bereit waren, und er wollte mit Unterstützung und Geld der CIA ins Land, um sich mit diesen Leuten zu treffen.» Doch die Taliban hätten ein doppeltes Spiel mit ihm getrieben. «Ich bin wütend auf die CIA», sagte Lohbeck. «Sie hat die operative Sicherheit nicht gewährleistet.»

Als die amerikanischen Streitkräfte Osama Bin Laden Ende Oktober noch immer nicht aufgestöbert hatten, schraubte man im Pentagon und im Weißen Haus die Erwartungen merklich zurück. So sprach ein hochrangiger ehemaliger Geheimdienstbeamter davon, dass man Bin Laden und die Taliban-Führung mit Hilfe der Luftan-

griffe «eingeschlossen» habe, doch er verlor kein Wort über die Aussichten, ihn tatsächlich zu fassen. Und ein führender General erklärte mir gegenüber, Bin Laden sei vielleicht nicht tot, «aber er verkriecht sich in zweitausend Meter Höhe in einer Höhle und friert sich den Arsch ab». Der ehemalige Mitarbeiter im State Department fügte hinzu: «Was mir Sorgen bereitet, ist, dass Bin Laden in einem Monat in Al-Dschasira auftauchen und uns eine lange Nase drehen könnte. Das wäre für die Vereinigten Staaten ein enormer Prestigeverlust.»

Ein hoher Regierungsbeamter, mit dem ich zu der Zeit, knapp einen Monat nach Kriegsbeginn, sprach, gab zu, dass man ernsthafte Schwierigkeiten habe, setzte aber hinzu: «Das ist wie bei der Lektüre eines sechshundert Seiten langen Kriminalromans. Alles klärt sich erst auf den letzten Seiten auf, aber vorher muss man sich durch fünfhundertachtundneunzig Seiten ackern.»

2. Die Flucht

Im November 2001 zwang die Nordallianz mit Unterstützung amerikanischer Special Forces und ermutigt durch die Punktgenauigkeit der amerikanischen Bombenangriffe Tausende Taliban- und al-Qaida-Kämpfer, sich in die Stadt Kundus in den nordafghanischen Bergen zurückzuziehen. Mit in der Falle saßen pakistanische Armeeoffiziere, Geheimdienstberater und Freiwillige, die an der Seite der Taliban kämpften. In dem langwierigen Krieg gegen die Nordallianz hatte Pakistan die Taliban als ihr treuester Verbündeter militärisch und finanziell unterstützt, und seit dem Krieg gegen die Sowjetunion bestanden zwischen vielen pakistanischen Armeeangehörigen und den Taliban enge freundschaftliche und religiöse Bande. Viele Kämpfer waren nach früheren Niederlagen nach Masar-i-Scharif im Westen, Talokan im Osten und Pul-i-Chumri im Süden geflüchtet. Die Straße nach Kabul, das ebenfalls als Zufluchtsort in Frage kam, war abgeriegelt und wurde von US-Bombern angegriffen. Kundus bot Schutz vor den Bomben und zudem die Chance, erträgliche Kapitulationsbedingungen auszuhandeln, wie unter afghanischen Stämmen üblich.

Kapitulationsverhandlungen wurden denn auch sofort aufgenom-

men, doch die Regierung Bush erhob vehement Einspruch – und mit Erfolg. Am 25. November eroberte die Nordallianz Kundus und nahm viertausend Taliban- und al-Qaida-Kämpfer gefangen. Tags darauf verkündete Präsident Bush: «Wir räuchern sie aus. Sie nehmen Reißaus, und wir werden sie vor Gericht bringen.»

Noch vor Ende der Belagerung erschienen in der *New York Times* und anderen Zeitungen jedoch verwirrende Berichte, in denen Vertreter der Nordallianz mit der Behauptung zitiert wurden, pakistanische Flugzeuge seien nach Kundus geflogen und hätten Pakistanis evakuiert. Amerikanische und pakistanische Beamte wollten die Berichte nicht bestätigen. Am 16. November wurde Rumsfeld von Journalisten auf die Meldungen über Rettungsflugzeuge angesprochen, doch er wiegelte ab. «Wenn wir welche sehen», sagte er, «schießen wir sie ab.» Fünf Tage später erklärte er: «Der Gedanke, man sollte diese Leute, mit welcher Begründung auch immer, laufen lassen, damit sie das Land verlassen und den Terror in andere Länder tragen und andere Länder destabilisieren können, ist nicht akzeptabel.» Am Montag, dem 6. November, einen Tag nach dem Fall der Stadt Kundus, wurde General Myers bei einer Pressekonferenz im Pentagon nach den Berichten gefragt. Der General gab keine direkte Antwort, sagte aber: «Die Landebahn ist unbrauchbar. Das heißt, es gibt Abschnitte, die brauchbar sind. Aber sie sind zu kurz für normale Transportflugzeuge. Deshalb sind wir nicht sicher, woher diese Berichte stammen.»

Auch Vertreter der pakistanischen Regierung dementierten die Berichte über Evakuierungen und beteuerten, wie schon während des gesamten Afghanistankriegs, dass keine Angehörigen der pakistanischen Armee im Land weilten. Regierungssprecher Anwar Mehmood bezeichnete Meldungen über eine pakistanische Luftbrücke gegenüber Journalisten als «völligen Blödsinn, Geschwätz».

In den folgenden Monaten erklärten amerikanische Geheimdienstvertreter und hochrangige Militärs jedoch in Interviews, dass bei einer Reihe von Nachtflügen mit Genehmigung der Regierung Bush tatsächlich Pakistanis in Sicherheit gebracht worden seien. Allerdings sei die Aktion, eigentlich als begrenzte Evakuierung gedacht, aus dem Ruder gelaufen, mit der bedauerlichen Folge, dass es einer

unbekannten Zahl von Taliban- und al-Qaida-Kämpfern gelungen sei, sich dem Exodus anzuschließen. «Dreck ist durch das Sieb geschlüpft», sagte ein führender Geheimdienstler.

Der pakistanische Präsident, General Pervez Musharraf, der 1999 mit einem Putsch an die Macht gekommen war, hatte den amerikanischen Angriff auf Afghanistan und die US-Unterstützung der Nordallianz gebilligt und dadurch bei den religiösen Fundamentalisten sein Ansehen aufs Spiel gesetzt – und möglicherweise auch sein Leben. In den Tagen von Kundus erschien seine Entscheidung besonders riskant. Ursprünglich hatten die Amerikaner nicht die Absicht, die Taliban in Afghanistan völlig auszuschalten. Sie wollten nur das Regime und al-Qaida entmachten, so genannte gemäßigte Taliban aber schonen und später an der neuen Nachkriegsregierung beteiligen. Auf diese Weise sollte verhindert werden, dass sich an der Grenze Pakistans ein von der Nordallianz dominiertes Regime etablierte. Mitte November 2001 zeichnete sich ab, dass die Nordallianz ganz Afghanistan überrennen würde, und es gab Befürchtungen, dass es nach der Eroberung von Kundus zu Massenmorden an den dort eingeschlossenen Kämpfern, insbesondere an Ausländern, kommen könnte.

Musharraf gewann die Amerikaner für die Luftbrücke mit dem Argument, dass der demütigende Verlust von Hunderten oder gar Tausenden pakistanischen Armeeangehörigen und Agenten des pakistanischen Geheimdienstes ISI sein politisches Überleben gefährden würde. «Natürlich ist die Bereitschaft, Musharraf zu helfen, groß», sagte mir ein amerikanischer Geheimdienstvertreter. Ein CIA-Analytiker sagte, die Entscheidung, die Luftbrücke zu gestatten, sei im Weißen Haus getroffen worden und in der Tat von dem Wunsch geleitet gewesen, den pakistanischen Präsidenten zu schützen. Nach Auskunft eines ehemaligen hohen Beamten im US-Verteidigungsministerium waren die Rettungsflüge gebilligt worden, weil die Pakistanis darauf hingewiesen hätten, dass «da Leute waren – Geheimagenten und Leute aus dem Untergrund –, die herausgeholt werden mussten».

Kaum war die Luftbrücke eingerichtet, nahm sie nach Auskunft eines hochrangigen Pentagon-Beraters chaotische Formen an. «Jeder

brachte seine Freunde mit», sagte er, afghanische Mitarbeiter meinend, die von den Pakistanis ausgebildet oder bei Geheimdienstoperationen eingesetzt worden waren. «Die lässt man doch nicht zurück, damit ihnen die Kehle durchgeschnitten wird.» In Erinnerung an die überstürzte Evakuierung der Amerikaner am Ende des Vietnamkriegs 1975 fügte er hinzu: «Als wir Saigon verließen, nahmen wir unsere Jungs mit.» Er meinte Südvietnamesen. «Wie viel passen in den Hubschrauber rein? Zehn? Wir bringen vierzehn mit.»

Einige CIA-Analytiker glaubten, dass Bin Laden selbst den Amerikanern schon zu Beginn des Krieges mit Hilfe pakistanischer Geheimdienstler entkommen war. Ende Oktober hatte mir ein führender Regierungsvertreter gesagt, dass sich Leute in seinem Haus gewundert hätten, warum es trotz der Bombenangriffe und der Bemühungen von CIA-Agenten, Taliban-Kommandeure zum Überlaufen zu bewegen, «keine wirklich nennenswerten Überläufer gegeben hat». In einem späteren Interview nannte mir ein ehemaliger CIA-Mitarbeiter dafür einen Grund: Die Agency hatte nur wenige oder gar keine Leute vor Ort, die fließend Paschtu, die Sprache der Taliban, sprachen, und musste sich daher pakistanischer SIS-Agenten bedienen, um potenziellen Überläufern ihr Angebot zu unterbreiten. Mit anderen Worten: «Dieselben Leute vom pakistanischen Geheimdienst, die die Taliban groß gemacht haben, dienen der CIA als Dolmetscher. Das ist genau so, als lasse man sich vom Mafia-Clan der Gottis ein Gespräch mit dem Luchese-Clan übersetzen.» Ein anderer Geheimdienstmitarbeiter bezeichnete die Sprachprobleme in Afghanistan als «Unding». «Dass wir dem ISI erlauben, für uns zu hören und zu sehen, ist unser größter Fehler.»

Die Luftbrücke «war zu der Zeit sinnvoll», sagte der CIA-Analytiker. «Viele, die verschwunden sind, waren Taliban-Führer», also Leute, die Pakistan an der afghanischen Nachkriegsregierung zu beteiligen hoffte. Seiner Ansicht nach «wollte Musharraf diese Leute haben», damit er bei künftigen politischen Verhandlungen «eine Trumpfkarte in der Hand hatte. Wir sollten Zugang zu ihnen bekommen, aber daraus wurde nichts. Die geretteten Taliban haben dem amerikanischen Geheimdienst nie zur Verfügung gestanden.»

Keiner der amerikanischen Geheimdienstvertreter, mit denen ich gesprochen habe, konnte mit Gewissheit sagen, wie viele Taliban- und al-Qaida-Kämpfer ausgeflogen wurden oder möglicherweise auf anderem Wege aus Kundus entkommen sind. Mitarbeiter des indischen Auslandsgeheimdienstes Research and Analysis Wing (RAW) berichteten ausführlich über die pakistanische Luftbrücke in Kundus. Der RAW verfügte über ausgezeichnete Kontakte zur Nordallianz und zudem über hochmoderne elektronische Abhöreinrichtungen. Ein indischer Militärberater prahlte damit, dass man «schon Minuten» nach der Errichtung der Luftbrücke Bescheid gewusst habe. Bei Interviews in Neu-Delhi erklärten Vertreter des indischen Sicherheitsrats und Geheimdienstes kurze Zeit nach den Rettungsflügen wiederholt, dass nicht nur Angehörige des pakistanischen Militärs, sondern auch pakistanische Bürger, die als Freiwillige gegen die Nordallianz gekämpft hätten, und nichtpakistanische Taliban- und al-Qaida-Kämpfer ausgeflogen worden seien. Brajesh Mishra, Indiens nationaler Sicherheitsberater, sagte, nach Schätzungen seiner Regierung seien «ungefähr» fünftausend Pakistanis und Taliban gerettet worden.

Laut einem leitenden RAW-Analytiker für pakistanische und afghanische Fragen fanden die meisten Rettungsflüge in drei Nächten während der Einnahme von Kundus statt. Nach Schätzungen des indischen Geheimdienstes waren in den letzten Tagen der Belagerung mindestens achttausend Männer in der Stadt eingeschlossen. Etwa die Hälfte davon seien Pakistanis gewesen, der Rest Afghanen, Usbeken, Tschetschenen und arabische Freischärler. Mindestens fünf Flüge seien von indischen Informanten definitiv bestätigt worden, sagte mir der RAW-Analytiker, aber man gehe davon aus, dass viele weitere stattgefunden hätten.

Nach indischer Einschätzung ergaben sich 3300 Gefangene einer Stammesgruppe der Nordallianz, die General Abdul Raschid Dostum unterstand. Ein paar hundert Taliban seien anderen Stammesführern ausgeliefert worden. Danach fehlten vier- bis fünftausend Mann. «Wo ist der Rest?», fragte der Geheimdienstmitarbeiter. Ihm zufolge hatten auch zwei Generäle der pakistanischen Armee in den Flugzeugen gesessen.

Es wäre möglich, dass die Regierung Bush es nicht bei einer simplen Billigung der Luftbrücke belassen hat. Nach Auskunft eines CIA-Mitarbeiters und eines Militär-Analytikers, der mit der Delta Force zusammenarbeitete, jener US-Elitetruppe, die Taliban-Einheiten am Boden vernichtete, erhielt das CENTCOM von der Administration den Befehl, einen speziellen Luftkorridor einzurichten, um die Sicherheit der Rettungsflüge von Kundus in die 300 Kilometer entfernte Nordwestecke Pakistans zu gewährleisten. Einige Angehörige der Delta Force seien über den Befehl bitter enttäuscht gewesen. «Diese Leute haben Desert Storm und Mogadishu mitgemacht», sagte der Militär-Analytiker. «Für die gibt es nur Schwarz oder Weiß. ‹Unzufrieden› ist nicht das richtige Wort. Sie sollen Menschen töten.» Empört über die Luftbrücke war auch die Nordallianz, deren Führung, so Reuel Gerecht, ein ehemaliger CIA-Agent im Nahen Osten, jahrelang erfolglos versucht habe, «auf pakistanische Elemente» unter den Taliban aufmerksam zu machen. Die Nordallianz habe darauf gebrannt, in Kundus «wichtige pakistanische Armee- und Geheimdienstoffiziere» zu fassen. «Als die Rettungsflüge begannen», so Gerecht, «traf das einen wunden Punkt.»

Im Dezember 2001 erreichte das amerikanische Engagement in Afghanistan seinen Höhepunkt. Mit Unterstützung der amerikanischen Luftstreitkräfte und Special Forces nahmen die Armeen der Nordallianz Kabul ein und stürzten die Taliban. Bei einer Konferenz verschiedener afghanischer Fraktionen in Bonn wurde Hamid Karsai, der Wunschkandidat der Administration, zum Chef der Übergangsregierung ernannt. (Sechs Monate später wurde er von einer sorgfältig vorbereiteten Ratsversammlung der afghanischem Stämme, der so genannten Loya Jirga, zum Präsidenten gewählt.) Das war eine bedeutende Leistung, doch das Grundsatzabkommen wies erhebliche Mängel auf. Es gab keine Vereinbarungen über die Aufstellung einer internationalen Polizeitruppe oder Verfahren der Steuererhebung, keine Strategie zur Entwaffnung der vielen Milizen oder Einzelpersonen und keine Lösung des Taliban-Problems.

«Das Spiel gegen Bin Laden ist noch nicht vorbei», sagte mir im Januar 2002 ein Analytiker, der zu dem Schluss gekommen war, dass

«er außer Landes ist. Wir haben dort wochenlang nach Bombenzielen gesucht, aber keine gefunden.»

Im selben Monat äußerte Donald Rumsfeld gegenüber Journalisten die Überzeugung, dass Bin Laden noch in Afghanistan sei. Zur gleichen Zeit sagte ein führender CIA-Mitarbeiter in einem Interview mit mir, dass es in der Agency eine Vielzahl widersprüchlicher Ansichten über den Verbleib Bin Ladens gebe: «Wir wissen es wirklich nicht. Wir werden ihn kriegen, aber wer behauptet, wir wüssten, wo er sich aufhält, nimmt den Mund zu voll.»

Es gibt immer eine Geschichte, die nie geschrieben wurde, und fast immer hätte sie geschrieben werden müssen. Die folgende handelt von einer amerikanischen Militäroperation im März 2002 in den afghanischen Bergen an der Grenze zu Pakistan. Zu der Zeit machte sich in Militär und Presse bereits Enttäuschung über den Kriegsverlauf in Afghanistan breit. Osama Bin Laden war immer noch auf freiem Fuß, und die Taliban waren noch längst nicht vernichtend geschlagen, sondern hatten sich in die Berge zurückgezogen. Das Pentagon stellte das Unternehmen in der Öffentlichkeit als Beispiel für die Zielstrebigkeit und die Entschlossenheit Amerikas dar, den Bodenkrieg selbst in die stärkste Bastion von al-Qaida zu tragen. Die amerikanische Presse ließ sich von der Schönfärberei der Regierung Bush blenden.

Bei meinen Recherchen erfuhr ich, dass es bei der Operation weitaus mehr Probleme gegeben hatte, als das Pentagon zugab. Ich sprach über das, was ich erfahren hatte, mit Wesley Clark, dem Army-General a. D. und ehemaligen Nato-Oberbefehlshaber, der sich später um die demokratische Präsidentschaftskandidatur bewerben sollte. Clark wusste, was sich in den Bergen abgespielt hatte – seine Kontakte zur Army waren nach wie vor ausgezeichnet –, und er hatte natürlich eine dezidierte Meinung dazu. Zwei Jahre später traf ich ihn zufällig in einem Fernsehstudio wieder, und er überraschte mich mit der Frage, warum die Story nicht im *New Yorker* erschienen sei. Ich gab eine ausweichende Antwort, und der Exgeneral sah mich vernichtend an. Dann gab er mir in deutlichen Worten zu verstehen, dass ich für die Veröffentlichung der Geschichte hätte sorgen sollen. Seiner Ansicht nach «hätten später Menschenleben gerettet werden

können», wenn die Öffentlichkeit darüber informiert worden wäre, dass der Army in Afghanistan zu wenig Mittel zur Verfügung gestanden hätten.

Nach Auskunft mehrerer aktiver und ehemaliger Angehöriger von Militär und Geheimdienst tobte in den Wochen bevor die US-Army in Ostafghanistan eine Bodenoffensive gegen die in den Shah-i-Kot-Bergen verschanzten al-Qaida-Kräfte startete, innerhalb der Streitkräfte ein erbitterter Streit über die Taktik. Bei der Offensive mit dem Decknamen Operation Anaconda, die das Pentagon als Triumph feierte, wurden acht Amerikaner getötet und vierzig verwundet, dazu eine unbekannte Zahl von Afghanen, die auf amerikanischer Seite kämpften.

Offiziere im damals von Army-General Tommy Franks befehligten CENTCOM hatten den Plan ausgearbeitet. Er sah vor, dass ein LKW-Konvoi mit amerikanischen und afghanischen Truppen auf der wichtigsten Bergstraße, die von der Stadt Gardez nach Osten führte, in das Tal von Shah-i-Kot fahren sollten, wo sich in den vorausgegangenen Monaten ein großes Kontingent von al-Qaida- und Taliban-Kämpfern versammelt hatte. Wie mir ein früherer hochrangiger Nachrichtenoffizier berichtete, meldeten hohe Offiziere des Marineinfanteriekorps schwerwiegende Bedenken gegen die vorgeschlagene Operation an, und als die Pläne daraufhin nicht geändert wurden, entschlossen sich die Marines zu einem dramatischen Schritt und verweigerten die aktive Teilnahme an der Operation.

Der Streit zwischen Marines und CENTCOM begann nach Auskunft von Regierungsvertretern im Dezember 2001, als General Franks ankündigte, dass er einer verstärkten Kompanie der Marines, die damals mit der Bewachung eines Flugplatzes bei Kandahar betraut war, den Befehl geben könnte, mit Unterstützung der Army die Höhlen bei Tora Bora zu durchkämmen. Ein Sprecher des CENTCOM äußerte am 26. Dezember vor Journalisten, die Marines seien «für solche Missionen ausgebildet, und wenn er [Franks] es für notwendig hält, diese Leute zu holen, dann wird es auch tun». Die Kompanie der Marines, die Teil einer in sich geschlossenen Marine Expeditionary Unit (MEU) war, ging nie nach Tora Bora. Donald Rumsfeld spielte die Angelegenheit bei einer Pressekonferenz im Pentagon

herunter. «Was da in der Zeitung steht, von wegen man hätte beschlossen, fünfhundert Marines zu entsenden, und dann hätte man beschlossen, doch keine fünfhundert Marines zu entsenden, das ist alles Zeitungsgeschwätz.»

Tatsächlich stieß Franks' Ansinnen, Marines in die Bergfestung Tora Bora zu schicken, nach Auskunft von Militärs und Geheimdienstmitarbeitern bei den Marines selbst, die seit dem Zweiten Weltkrieg darauf pochen, als geschlossene Einheiten zu operieren, zu der Zeit auf erbitterten Widerstand. Schließlich setzten Marineinfanterie und CENTCOM ein ungewöhnliches schriftliches Kooperationsabkommen auf, in dem genau umrissen wurde, unter welchen Bedingungen die Marines im Feld operieren würden. «Da steht alles drin, was ihr Auftrag ist», sagte ein Pentagon-Berater. «Wir sind nicht die Army», erklärte ein ehemaliger Planer der Marines. «Wir führen nicht nur Bodenoperationen durch. Wie sind nicht die Air Force. Wir führen nicht nur Luftoperationen durch. Wir gehen mit unseren Panzern, unserer Artillerie, unserer Luftnahunterstützung rein. Wir besiegen jeden, denn wir machen alles auf einmal.»

Dass man im CENTCOM darauf bestand, bei Anaconda Marines einzusetzen, obwohl die Operation von den Marines selbst als äußerst riskant eingestuft wurde, ließ den Konflikt zwischen den Teilstreitkräften wieder aufflammen. Ein schwerwiegendes Problem, so sagten mir Beamte, sei die unzureichende nachrichtendienstliche Aufklärung gewesen. Die Planer im CENTCOM hätten den Marines nicht sagen können, so ein ehemaliger hochrangiger Geheimdienstmitarbeiter, ob al-Qaida «kämpfen oder fliehen» würde. «Das trieb die Marines zum Wahnsinn. Wie blöd darf man sein? Sie sagten: ‹Vielleicht kämpfen sie, vielleicht laufen sie davon.› Die Marines sagten: ‹Ihr könnt uns mal. Nicht mit uns. Hier geht es um das Leben unserer Jungs.› Dafür liebe ich die Marines.»

«Wenn ihr uns dazu zwingen wollt», zitierte der ehemalige Geheimdienstler einen Marine, «wenden wir uns an die Öffentlichkeit und machen die Schweinerei publik» – auch die Existenz des Kooperationsabkommens. Dem CENTCOM wurde mitgeteilt, dass «die Öffentlichkeit sich auf unsere Seite stellen wird». Am Ende wurden die Marines nicht in den Plan einbezogen.

Für weiteren Konfliktstoff sorgte die anfängliche Weigerung des CENTCOM, den Angriffsplan zu ändern und einen in letzter Minute eingegangenen Bericht eines Seal-Teams zu berücksichtigen, das im Tal von Shah-i-Kot einen weiteren Höhlenkomplex entdeckt hatte, in dem sich offenbar al-Qaida-Kämpfer verschanzt hatten. Die Seals, so der ehemalige Geheimdienstler, «verlangten die Bombardierung der Höhlen, doch das CENTCOM wollte die Offensive nicht verschieben». Die Planer hätten den Angriff in allen Einzelheiten ausgearbeitet, und «sie sind der Ansicht, dass die Jungs ihn auszuführen haben, selbst wenn die Gegebenheiten vor Ort Änderungen nötig machen. Die Obersten [im CENTCOM] wollten ihn noch immer nicht ändern.» Die Seals hätten darauf beharrt, «dass sie ohne vorherige Bombardierung nicht weiter vorrücken könnten». Doch ihre Beschwerden hätten wenig Wirkung gezeigt, bis Generalleutnant T. Michael «Buzz» Moseley von der Air Force, Kommandeur der Luftstreitkräfte im CENTCOM, interveniert und erklärt habe: «Das können wir machen.» Am Ende, so der ehemalige Geheimdienstler, «siegte die Vernunft. Allein die Vorstellung, dass darüber diskutiert wurde, finde ich schockierend.»

Die Haltung von General Franks und Generalmajor Frank Hagenbeck, dem Kommandeur der Bodentruppen in Afghanistan, empfanden viele in der Air Force als befremdlich und feindselig. Monate nach der Operation erhielt ich die Kopie eines Power-Point-Briefings der Air Force über Anaconda. Darin wurde der Vorwurf erhoben, die Army habe durch die Nichtberücksichtigung der Air Force bei den Planungen das Leben von Soldaten in Gefahr gebracht. «Das Ausklammern der Luftkomponente erfolgte bewusst und führte zu einer kombinierten Operation, die nicht optimal war», hieß es weiter. Der Untersuchung zufolge gab es dieses Risiko in den Hubschrauberlandezonen, in denen Kampfsoldaten der 10. Gebirgsjäger- und der 101. Luftlandedivision abgesetzt werden sollten, da die Army es ablehnte, vorherige Luftangriffe zu genehmigen, die feindliches Feuer hätten unterdrücken oder ausschalten können. Den Air-Force-Planern sei mitgeteilt worden, dass die Generäle Franks und Hagenbeck solche Bombardierungen ablehnten, da sie «das Überraschungsmoment gewahrt wissen wollten ... [Wir] dachten, wir könnten es auch ohne

fremde Hilfe machen.» Das trockene Resümee des Air-Force-Briefings, das im Air Combat Command in Langley, Virginia, stattgefunden hatte, lautete: Es sei «fragwürdig», von einem Überraschungsmoment zu sprechen, da überall in der Region bereits bekannt gewesen sei, dass ein Angriff bevorstehe. Ein führender Air-Force-Planer sagte später verärgert zu mir, General Franks habe einfach keine Luftstreitkräfte einsetzen wollen.

Ein Pentagon-Vertreter erzählte mir, dass wesentliche Elemente des vom CENTCOM präsentierten Angriffsplans nicht von den Vereinigten Stabschefs vorgegeben worden seien, sondern von Zivilisten im Büro des Verteidigungsministers – so hätte man etwa auf dem Einsatz einer kleinen Truppe bestanden. Überdies hätten verschiedene Spezialeinheiten vor Ort, darunter Teams der Navy Seals und der Delta Force, die militärische Befehlskette routinemäßig umgangen und direkt im Büro von Wayne Downing angerufen, einem General a. D., der im Golfkrieg Spezialeinheiten leitete und nach dem 11. September Präsidentenberater für Terrorismusbekämpfung wurde. «Die brauchen einen vernünftigen Berater, der ihnen sagt, dass sie mit dem Scheiß aufhören sollen», sagte der Pentagon-Vertreter. Der ehemalige Geheimdienstmitarbeiter bezeichnete die Struktur im CENTCOM als «marode. Jeder ist eingeschüchtert und unsicher, wie er verfahren soll.»

Die späteren Ereignisse bestätigten die Bedenken der Marines. Die ersten Lastwagen, welche die Straße hinauffuhren, waren voller afghanischer Kämpfer, die bei den amerikanischen Special Forces eine kurze Ausbildung erhalten hatten. An einem bestimmten Punkt der Straße gerieten sie unter Granatfeuer und wurden aufgerieben. Es gab nicht weniger als vierzig Tote und Verwundete. Die al-Qaida-Kämpfer hatten sich mit ihren Mörsern «eingeschossen» – das heißt, sie hatten sie im Voraus so eingerichtet, dass sie bestimmte Straßenabschnitte trafen – mit verheerender Wirkung, wie der Pentagon-Berater sagte. Die Afghanen hätten sich zurückgezogen und dann den Gehorsam verweigert, als man ihnen befohlen habe, wieder den Berg hinaufzufahren; ein früherer CIA-Beamter: «Sie wussten, dass die erste Welle weggeblasen worden war.»

Der ehemalige CIA-Beamte sagte weiter: «Es war klar, dass der Gegner Zeit gehabt hatte, Mörserfallen aufzubauen und eine Feuerlinie zu errichten. Es war klar, dass sie sich auf unseren Vormarsch vorbereitet hatten, sich seit zwei Monaten bereithielten und bis zum Ende kämpfen wollten. Wir wussten, dass sie da waren, aber anscheinend wussten wir nichts über ihre Mörserstellungen oder Mörsergassen.»

Nach Meinung des Pentagon-Beraters hatte es das CENTCOM bei den Planungen im Vorfeld versäumt, «systematisch einen Geländeabschnitt nach dem anderen mit Granat- und Artilleriefeuer» zu belegen. «Die sind nur hinten auf die Laster gesprungen, den Berg raufgefahren und haben gesagt: Scheiße, die schießen ja auf uns.» (Der ehemalige CIA-Mitarbeiter sagte: «Man muss kein Militär sein, um zu begreifen, dass man die Straße mit Blei pflastern muss, ehe man am Boden angreift.»)

Dagegen erklärte General Franks bei einer Pressekonferenz am 4. März: «Ich glaube, mit Bombardierungen aufs Geratewohl möchte man einfach sehr sparsam sein.» Anaconda sei eine Aufgabe für die konventionelle Army gewesen. «Der sichere Weg der Feindbekämpfung ist letztlich immer der Einsatz am Boden, und das haben wir in diesem Fall getan, und das ist der Grund, warum wir es so gemacht haben.»

Die amerikanische Bodenoffensive war mit Hubschrauberangriffen oben in den Bergen abgestimmt. Helikopter setzten in einer bestimmten Landezone am anderen Ende des Tales zwei Kompanien der 2. Brigade der 10. Gebirgsjägerdivision ab. Laut Plan sollten die Soldaten den al-Qaida-Kräften den Weg abschneiden, wenn sie vor den nahenden Special Forces und Afghanen flüchteten, sie angreifen und vernichten. Doch es lief nicht nach Plan. Die Amerikaner waren kaum aus ihren Hubschraubern gesprungen, als sie auch schon unter Feuer gerieten. Wieder war es gezielter Mörserbeschuss, der sofort Verluste forderte. In diesem Augenblick, so berichtete mir ein ehemaliger Antiterrorexperte der CIA, «kam es zu einem völligen Zusammenbruch auf der taktischen Ebene. Es war ein Desaster.» Und ein ehemaliger Offizier der Marines sagte: «Die Befehlskette versagte. Junge Soldaten schrien und warfen ihre Waffen weg. Die Einheit ver-

sagte auf der ganzen Linie.» Der Landebereich war mit Waffen, Rucksäcken, Nachtsichtbrillen und Funkgeräten übersät, als die Soldaten tiefer ins Tal flüchteten, um sich in Sicherheit zu bringen.»

Exgeneral Wesley Clark nahm die Soldaten in Schutz. Er warf der obersten Army-Führung vor, dass sie trotz schlechter nachrichtendienstlicher Aufklärung unzureichend ausgebildete Truppen ins Gefecht geschickt habe. «Ein paar Nachtsichtbrillen gingen verloren – na und? Was ist schlimmer? Männer zu verlieren oder ein paar Nachtsichtbrillen? Dass ein paar Jungs die Nerven verloren haben, ist bedauerlich. Aber die meisten haben sich wacker gehalten.»

Viel bedenklicher stimmte Clark, dass man die 2. Brigade der 10. Gebirgsjägerdivision ohne adäquate Vorbereitung in den Kampf geschickt hatte. «Das ist seit Jahren ein Unding», sagte er «Wir haben überall unerfahrene Einheiten. Das kommt daher, dass man alles mit möglichst geringem Kostenaufwand machen will. Und wer muss es ausbaden? Die Jungs.»

Ein ehemaliger Geheimdienstmitarbeiter bestätigte, dass die unzureichende Personalstärke und die Ausbildungsdefizite der 10. Gebirgsjägerdivision bei der Militärführung in Afghanistan allgemein bekannt waren. Wenige Wochen vor der März-Offensive seien Senior Sergeants von der Delta Force der 2. Brigade als Ausbilder zugeteilt worden. Die Ausbilder hätten festgestellt, dass die Soldaten von «Rundumsicherung keine Ahnung hatten. Sie konnten nicht einmal ihre Waffen reinigen.» Die Army-Führung sei gewarnt worden. «Die werden gekillt, wenn sie da rausgehen.»

Sieben der acht bei der Operation Anaconda gefallenen Soldaten gehörten einem Special-Operations-Team an, das zusammen mit einer anderen Spezialeinheit die al-Qaida-Kämpfer aus ihren Verstecken aufscheuchen und in Schussweite der wartenden Army-Einheiten treiben sollte. Dieser Teil des Angriffsplans war schon am ersten Morgen hinfällig, als ein Seal aus einem Hubschrauber sprang und, allein am Boden, von al-Qaida-Kämpfern beschossen wurde. Der mit einer Faustfeuerwaffe bewaffnete Soldat verteidigte sich tapfer, aber vergeblich. Kameraden seiner Einheit eilten ihm zu Hilfe, ohne zu wissen, dass er bereits tot war. Einer ihrer Hubschrauber, in dieser Höhe nicht so schnell und wendig wie sonst, wurde durch schweres

Bodenfeuer schwer beschädigt. In den folgenden zwölf Stunden starben weitere sechs Amerikaner, und elf wurden verwundet, ehe Hubschrauber trotz des gefährlichen Bodenfeuers die Erlaubnis erhielten, zu den gescheiterten Rettern zu fliegen.

Was in diesen Stunden geschah, «bleibt verworren», wie die *Los Angeles Times* später schrieb. Allerdings wurde mir berichtet, dass die Überlebenden nicht von amerikanischen Kameraden, sondern von einer im Geheimen operierenden Gruppe der australischen SAS-Kommandos gerettet wurden, die Tage zuvor hoch über dem Schlachtfeld Stellung bezogen hatte, um Luftschläge zu koordinieren und in den Bergen strategische Aufklärung zu betreiben. «Die SAS-Gruppe ließ ihre eigentlichen Aufgaben ruhen, griff an und vertrieb die Afghanen», sagte ein ehemaliger Offizier der Marines. «Wir hätten sonst die gesamte Gruppe verloren.» Ein Mitarbeiter des Pentagons bestätigte später die Rettungsaktion der Australier, die nie bekannt gemacht worden war. «Die Army will nicht darüber reden, weil es ihr peinlich ist», sagte der Beamte, fügte jedoch hinzu, dass man für die Hilfe dankbar gewesen sei. Der ehemalige Antiterrorexperte der CIA nannte einen weiteren Grund für das Schweigen. «Viele Leute wissen davon, halten es aber für unpatriotisch, es an die Öffentlichkeit zu bringen.»

Das Pentagon ließ Aussagen von Afghanen unkommentiert, die gegenüber Reportern vor Ort von hohen Verlusten entlang der Bergstraße gesprochen hatten. In den Tagen und Wochen nach der Schlacht mühte sich die Army, Operation Anaconda schönzureden. Mehrere Journalisten wurden zu Briefings eingeladen und durften mit Soldaten von der 10. Gebirgsjägerdivision sprechen, von denen einige wahrheitsgemäß über das Chaos und die Panik an jenem ersten Morgen berichteten. Einen der wenigen detaillierten Berichte veröffentlichte Charles Clover am 11. März 2002 in der Londoner *Financial Times*: «In vielen Fällen mussten die Männer um ihr Leben rennen, oft warfen sie ihre Ausrüstung mit tragbaren Raketenwerfern weg, damit sie schneller laufen konnten. Sie hörten, wie al-Qaida-Kämpfer sie auslachten, als sie mit Maschinengewehren und Gewehren auf sie schossen. Nur wenige US-Soldaten kamen nahe genug an ihre Gegner heran, um festzustellen, gegen wen sie eigentlich kämpften.»

Doch die meisten Journalisten befanden es wie die Army für nötig, das Positive hervorzuheben. In einem längeren Artikel, der am 24. März in der *Los Angeles Times* erschien, hieß es zutreffend, «dass ein Großteil des Vorhabens in einer wilden Flucht geendet habe» und mit großen Verlusten. Doch die Divisionsführung, so das Blatt weiter, «verlor nicht den Mut». So wurde Oberstleutnant David Gray, leitender Einsatzoffizier der Division, mit den Worten zitiert: «Die Lage war beängstigend, aber dank dieses Luftangriffs haben wir aus unserer Position herausgefunden, wo der entscheidende Punkt auf dem Schlachtfeld war. Wir haben den Feind schon am ersten Tag aufgespürt.» Das war eine ganz neue Umschreibung für einen Hinterhalt.

Die Verbitterung blieb groß. Wesley Clark sagte mir, auf die Marines bezugnehmend: «Es kann nicht angehen, dass man einen Kampfeinsatz ablehnt. Diese Option dürfen sie nicht haben.» Der Air-Force-Planer sagte dazu: «Die Army redet von Entschlossenheit zeigen, weil sie ein paar grüne Jungs ohne Konzept und ohne eine Ahnung, wie in einem Krieg gekämpft wird, ins Gebirge geschickt hat, und in den Tod.»

Operation Anaconda endete offiziell am 18. März. In den darauf folgenden zwei Wochen gelang es den neu formierten Kräften der Army mit massiver Bomberunterstützung, die al-Qaida- und Talibankämpfer aufzustöbern und die Höhlen- und Tunnelverstecke einzunehmen. Zahlreichen Pressemeldungen und afghanischen Berichten zufolge war die große Mehrheit der al-Qaida- und Taliban-Kämpfer dem Hauptstoß des amerikanischen Angriffs ausgewichen und einfach über die Berge nach Pakistan gegangen – so wie Monate zuvor in Kundus. Die Army-Kommandeure in Afghanistan rühmten die Operation als eine bedeutende Schlacht, die Amerikas Entschlossenheit unter Beweis gestellt habe, und behaupteten, dass mindestens siebenhundert Angehörige und Verbündete von al-Qaida getötet worden seien. Doch laut *Newsweek* wurden nach der Schlacht in den Bergen weniger als zehn Leichen gefunden.

Zum Zeitpunkt der Operation Anaconda kostete der Afghanistankrieg bereits erheblich mehr, als die Öffentlichkeit wusste. Der ehemalige hohe Geheimdienstmitarbeiter teilte mir mit, dass CIA und

militärische Stellen den Führern der Nordallianz und anderer Stammesgruppen viele Millionen Dollar für ihre anhaltende Unterstützung im Krieg bezahlt hatten. Mitte November 2001 erhielt ein hoher Offizier der Nordallianz am Morgen von der CIA eine Million Dollar, bevor er seine Soldaten bei Masar-i-Scharif in eine Schlacht gegen die Taliban schickte. Seine Leute erlitten eine schwere Niederlage und zogen sich zurück. Am Nachmittag zahlte ihm die CIA eine weitere Million, damit er seine Truppen neu formierte und zwang, aufs Schlachtfeld zurückzukehren. Desmond Bell, Geheimdienstexperte von der Australian National University in Canberra, kam in einer Untersuchung aus dem Jahr 2002 zu dem Ergebnis, dass die Vereinigten Staaten zur Unterstützung ihrer Operation in Afghanistan annähernd fünfzig Geheimdienst-, Kommunikations-, Navigations- und Wettersatelliten im Einsatz hatten. Geschätzte Kosten: 25 Milliarden Dollar. Weitere Milliarden für supergeheime Satellitensysteme wies der Verteidigungshaushalt aus.

Der ehemalige Antiterrorexperte der CIA erzählte mir, dass viele in der Agency die Operation Anaconda als eine Art Schwanengesang verstanden hätten, der das Ende des direkten US-Engagements in Afghanistan markierte. «Man wollte mit ihr einen Schlusspunkt setzen und dann rausgehen», sagte er. «Sie galt als Ausstiegsszenario.» Der frühere Beamte, Anfang 2002 im geheimen CIA-Büro in Kabul tätig, sagte, es habe damals zunehmende Sicherheitsbedenken gegeben. Selbst in Kabul hätten die in der amerikanischen Botschaft und in der nahen CIA-Station beschäftigten Männer und Frauen zuerst mit Sicherheitsleuten die Lage sondieren müssen, ehe sie sich auf die Straße wagen konnten. In anderen Landesteilen, in denen rivalisierende Stammesgruppen um die Vorherrschaft kämpften, seien die Zustände noch viel schlimmer gewesen. «Das Kartenhaus» – das Taliban-Regime – «stürzte früher zusammen als erwartet, und wir hatten keine Ahnung, was wir danach tun sollten.»

Ein leitender Mitarbeiter der Agency, so der Antiterrorexperte weiter, habe ihm eines Abends in Kabul bei ein paar Gläsern anvertraut, dass er «fassungslos sei über die Unwissenheit der Leute ganz oben». Es sei ungemein schwierig, das System direkt mit Informationen zu füttern. «Die verlassen sich ganz auf Berichte, die eine Zusammen-

fassung der Zusammenfassung einer Zusammenfassung sind. Die Leute an der Spitze sind so ahnungslos, wie man es nur sein kann, aber da oben ist Loyalität eben wichtiger als Effizienz.» Bei seiner Rückkehr, so fuhr er fort, sei er nicht minder bestürzt gewesen über die Diskrepanz zwischen den Erfahrungen der Agenten vor Ort und der Lagebeurteilung in Washington. «Ich fürchte, dass der Präsident und sogar Cheney nicht richtig beraten werden. Was sich dort abspielt, ist schwer in den Griff zu kriegen, und wir» – die CIA-Leute vor Ort – «müssen mit Entscheidungen leben, die getroffen werden, bevor jemand überhaupt alle Fakten prüft. Es gibt keine Zielsetzung in dem Sinne, dass man sich fragt, wo man hinwill und was dabei herauskommen soll.»

«Das ist mehr als nur beängstigend», fuhr er fort. «Der Krieg gegen den Terrorismus ist, um es ganz unverblümt zu sagen, ein totaler Fehlschlag.»

Anfang 2002 äußerten zahlreiche ehemalige oder noch aktive Militärs und Geheimdienstmitarbeiter, also Männer, die alles andere als Dissidenten sind, in Interviews den Verdacht, dass der Regierung Bush ein Konzept zur Beendigung des Afghanistankriegs fehle. Zudem widersprachen sie der Auffassung der Regierung, dass ein vernichtender Sieg über die in Afghanistan verbliebenen al-Qaida-Kräfte von entscheidender Bedeutung für den Krieg gegen den Terrorismus sein würde. «Wir haben unser Ziel» – die Eindämmung des Terrorismus – «aus den Augen verloren und unsere Anstrengungen verdoppelt», sagte mir ein früherer hoher Geheimdienstmitarbeiter. «Jetzt erledigen wir Elemente, die gar nicht wichtig sind. Wir verzetteln uns immer mehr, genau wie seinerzeit die Russen.»

Der Pentagon-Berater, der als Senior Commander aus dem aktiven Dienst schied, berichtete mir, dass Operation Anaconda ernste Fragen bezüglich der Kommando- und Kontrollstrukturen aufgeworfen habe. «Wer hat eigentlich das Sagen?» Er glaube zwar nicht, dass Fehler in der Befehlskette den Erfolg der amerikanischen Kriegsanstrengungen in Afghanistan «entscheidend» beeinträchtigen könnten. «Es sind nicht so viele, dass man sich Sorgen machen müsste. Wir werden mehr Bomben auf sie abwerfen als im Zweiten Weltkrieg auf Iwo Jima. Zum Glück haben wir es nur mit einem drittklassigen Feind

zu tun.» Allerdings fürchte er, dass das System einer wirklichen Krise nicht gewachsen sei und dass sich künftige Terroranschläge in den Vereinigten Staaten nicht vermeiden ließen. «Unter Bush senior bildeten Powell und Cheney eine geschlossene Einheit und arbeiteten als Team.» Demgegenüber sei die gegenwärtige Administration «keine geschlossene Gruppe. Es gibt zu viele interne Machtkämpfe.»

Der Pentagon-Berater fuhr fort: «Ich weiß nicht, ob sie wissen, wie das in Afghanistan enden soll.» Bei einer Sitzung habe er einen führenden Vertreter der Administration, der auf Kabinettsebene mit dem Krieg gegen den Terror befasst sei, nach seinen strategischen Zielen in Afghanistan gefragt. Der Experte habe keine Antwort parat gehabt. Doch er habe nicht lockergelassen und gefragt: «Was soll dabei herauskommen?» Schließlich antwortete der Kabinettsbeamte vage, er wolle, dass «die Guten am Ende die Oberhand behalten». Die Regierung Bush, so der Pentagon-Berater, habe «den Blick für das Wesentliche verloren, militärisches Engagement und politischer Auftrag klaffen immer weiter auseinander. Das ist, wie wenn ein Blinder einen anderen führt.»

3. Wenn Warlords zur Machtbasis werden

Am 18. Dezember 2002 zeichnete Donald Rumsfeld in einem Gespräch mit Larry King von CNN ein optimistisches Bild von der Zukunft Afghanistans. «Sie haben eine gewählte Regierung», sagte Rumsfeld. «Die Taliban sind weg. Al-Qaida ist weg. Das Land ist nicht völlig stabil, und es braucht eine Menge Aufbauhilfe.»

«Es gibt Leute», fuhr er fort, «die Handgranaten werfen, Raketen abfeuern und versuchen, Menschen umzubringen. Aber auch in New York oder San Francisco gibt es Leute, die Menschen umbringen wollen. Wir werden also kein restlos befriedetes Land bekommen.» Dennoch sei er «zuversichtlich» und «guten Mutes». Und er setzte hinzu: «Ich wünsche ihnen alles Gute.»

Anderthalb Jahre später waren die Taliban in weiten Teilen Afghanistans immer noch eine Macht, und das Land diente al-Qaida weiterhin als Zuflucht. Über zehntausend der im Land verbliebenen US-

Soldaten waren in der Gebirgsregion nahe Pakistan stationiert, wo sie immer noch Jagd auf Osama Bin Laden und Taliban-Führer Mullah Omar machten. Hamid Karsai, der von Amerika unterstützte Präsident, übte außerhalb Kabuls wenig politische Kontrolle aus und bemühte sich, die Macht der regionalen Warlords zu beschneiden, die de facto die Provinzen beherrschten. Die Heroinproduktion schnellte in die Höhe, und außerhalb von Kabul und ein paar anderen Städten hatte die Bevölkerung unter Gewalt und Kriminalität zu leiden. In einem im März 2004 veröffentlichten Bericht warnte das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen davor, dass Afghanistan wieder zu einer «Brutstätte des Terrorismus» werden könnte, wenn die Aufbauhilfe nicht beträchtlich erhöht werde. In Amerika wurden die chaotischen Verhältnisse in Afghanistan zu einem brisanten Wahlkampfthema, als Richard A. Clarke, der frühere Antiterrorexperte des Nationalen Sicherheitsrats, in seinem Buch *Against all Enemies* und bei kontroversen Anhörungen vor dem Untersuchungsausschuss zum 11. September den Krieg der Regierung Bush gegen den Terrorismus grundsätzlich kritisierte. Die Regierung Bush verkaufe ihre Afghanistan-Politik nach wie vor als Erfolgsgeschichte und als Beispiel für das entschlossene Handeln des Präsidenten. Und das, obwohl internationale Organisationen, Verbündete und Angehörige des eigenen Militärs wiederholt vor einer rapiden Verschlechterung der Lage warnten – eine vom Pentagon in Auftrag gegebene Studie verschwand in der Schublade, als ihr Resümee negativ ausfiel.

Clarke bezeichnet den Sieg in Afghanistan in seinem Buch als längst nicht so entscheidend, wie die Administration glauben machen wolle, und übt scharfe Kritik an der Strategie des Pentagons, insbesondere an seiner Entscheidung, in den ersten Kriegswochen auf die Luftstreitkräfte zu setzen und nicht auf die amerikanischen Bodentruppen. Der Krieg begann am 7. Oktober 2001, doch erst sieben Wochen später «setzten die USA Bodentruppen ein (eine Einheit der Marines), die einen ehemaligen Stützpunkt der Taliban und al-Qaidas ... einnehmen und halten sollten ... Bei der Aktion Ende November riegelten die US-Truppen nicht die Grenze nach Pakistan ab. Es war auch nicht vorgesehen, die Führung von al-Qaida gefangen zu nehmen oder ihr den Fluchtweg abzuschneiden.»

Im April 2004 sagte Clarke in einem Interview mit mir, Afghanistan sei für die Administration militärisch und politisch nur ein Nebenschauplatz gewesen, ein Umweg auf dem Weg in den Irak und in den Krieg, der dem Präsidenten das größte Anliegen war. Er, Clarke, und einige seiner Kollegen hätten die Führung des Nationalen Sicherheitsrats wiederholt darauf hingewiesen, dass «der Krieg in Afghanistan mit so geringem Aufwand nicht zu gewinnen» sei. «Wir hatten mehr Cops in New York als Soldaten auf afghanischem Boden. Wir hätten eine Sicherheitspräsenz gebraucht, gepaart mit einem Entwicklungsprogramm in jeder Region, und wir hätten mehrere Monate bleiben müssen.»

Rückblickend glaubt Clarke, dass der Präsident und seine Leute aus drei Gründen nicht darauf eingegangen sind. «Erstens wollten sie sich in Afghanistan nicht hineinziehen lassen wie zuvor die Russen. Zweitens wollten sie für den Krieg im Irak Kräfte sparen. Und drittens wollte Rumsfeld ein Versuchsfeld, auf dem er den Nachweis erbringen konnte, dass kleine Spezialeinheiten mit Unterstützung aus der Luft entscheidende Schlachten gewinnen konnten.» Sein Fazit: «Die USA haben nur zwei oder drei Städte mit Erfolg stabilisiert. Der Präsident von Afghanistan ist nur der Bürgermeister von Kabul.»

Joseph Collins, Deputy Assistant Secretary im Verteidigungsministerium und Afghanistan-Experte, räumte mir gegenüber ein, dass erst ab Ende 2003 «nennenswerte Summen» für den Wiederaufbau und die Verbesserung der Sicherheitslage nach Afghanistan geflossen seien. «Wir fanden, dass wir im Bereich Sicherheit das Richtige taten, nur eben nicht schnell genug.» Taliban und al-Qaida, so Collins, seien erst Anfang letzten Jahres wieder mit Anschlägen in Erscheinung getreten. Sie hätten erkannt, dass Destabilisierung das beste Mittel zur Schwächung der Regierung Karsai sei und dass sie, um dieses Ziel zu erreichen, «nicht unsere Soldaten, sondern UN-Vertreter und Entwicklungshelfer bekämpfen mussten». Auf lange Sicht, so fügte Collins hinzu, sei «diese Taktik jedoch aussichtslos, in Afghanistan und im Irak».

Clarkes Kritik wurde durch eine interne militärische Analyse des Afghanistankriegs gestützt, die Anfang 2004 fertig gestellt wurde. Etwas über ein Jahr zuvor hatte das Büro für Special Operations and

Low Intensity Conflict (SOLIC) im Verteidigungsministerium den ehemaligen Army-Oberst Hy Rothstein, einen führenden Experten für unkonventionelle Kriegführung, beauftragt, Planung und Durchführung des Kriegs in Afghanistan unter die Lupe zu nehmen, und zwar unter besonderer Berücksichtung der Special Forces. Im Zuge seiner Nachforschungen reiste Rothstein nach Afghanistan und sprach mit vielen hohen Offizieren der Special Forces wie auch der regulären Truppe. Zudem befragte er Dutzende rangniedrige Offiziere, Unteroffiziere und einfache Soldaten, die dort gekämpft hatten. Sein Bericht war eine vernichtende Kritik an der Strategie der Administration. So schrieb er, dass der Bombenkrieg nicht die beste Methode gewesen sei, Osama Bin Laden und die übrige al-Qaida-Führung zur Strecke zu bringen, und dass man es versäumt habe, die frühen taktischen Erfolge in einen strategischen Sieg umzumünzen. Tatsächlich sei der Sieg in Afghanistan auf lange Sicht überhaupt kein Sieg.

Im März 2004 besuchte ich Rothstein in seinem Büro in der Naval Postgraduate School im kalifornischen Monterey, wo er als Dozent für Verteidigungsanalyse unterrichtet. Heute ein sportlicher, breitschultriger Mann Anfang fünfzig, hatte er bis zu seinem Abschied 1999 über zwanzig Jahre bei den Special Forces der Army gedient, darunter auch drei Jahre als Direktor für Planungen und Übungen beim Joint Special Operations Command in Fort Bragg. So, wie seine Kollegen ihn beschreiben, ist er alles andere als ein Dissident. «Er weiß, wovon er spricht», sagte Robert Andrews, ein früherer SOLIC-Chef, und meinte damit Rothsteins Einsätze in Mittelamerika, für die er eine Tapferkeitsmedaille erhielt, und im ehemaligen Jugoslawien. Rothstein erklärte sich nur widerstrebend und erst dann zu einem Gespräch bereit, als ich von anderer Seite seinen Bericht erhalten hatte. Außerdem wollte er nicht auf Einzelheiten seiner Nachforschungen eingehen. «Sie [das Pentagon] haben mich gebeten, das zu machen», sagte er, «und mein Ziel war es, ein paar Dinge zu verbessern. Alles, was ich will, ist, dass die Leute sich das Papier ansehen und nicht mich. Ich werde Ihnen sagen, was gut und was schlecht war.»

Nach seinem Bericht bestand eine tiefe Kluft zwischen Donald

Rumsfelds Darstellung des Krieges und den tatsächlichen Ereignissen. So habe Rumsfeld zu Beginn der Bombardierungen in Afghanistan vor Journalisten gesagt: «Terroristen bekämpft man nicht mit konventionellen Mitteln. Das macht man mit unkonventionellen Mitteln.» Doch die Vereinigten Staaten hätten den Schwerpunkt weiter auf Bombardierungen und konventionelle Kriegführung gelegt, obwohl «der Krieg immer unkonventioneller wurde», da Taliban- und al-Qaida-Kämpfer «in kleinen Zellen operierten, nur auftauchten, um Landminen zu legen und nächtliche Raketenangriffe zu starten, und dann wieder verschwanden». Weiter schrieb Rothstein:

> Nach dem Dezember 2001 hätte man mehr Gewicht auf die Bekämpfung aufständischer Gruppen durch US-Spezialeinheiten mit Unterstützung leichter Infanterie legen müssen. Bombardierungen aus der Luft hätten eine Seltenheit werden müssen ... Das Versäumnis, die US-Operationen nach dem Sturz der Taliban den veränderten Bedingungen auf dem Kriegsschauplatz anzupassen, brachte die Vereinigten Staaten um einige Früchte des Sieges, bürdete Afghanistan zusätzliche und vermeidbare humanitäre Lasten auf und ging auf Kosten der Stabilität ... Tatsächlich könnten die unbeabsichtigten Folgen des Krieges schwerwiegender sein, als wir annehmen. Ende 2001 war aus dem Afghanistankrieg weitgehend ein Kampf gegen aufständische Gruppen geworden.

An diesem Punkt wäre es nach Rothstein wichtig gewesen, auf eine spezifische Art von unkonventioneller Kriegführung zurückzugreifen. «Die Special Forces», so schrieb er, «wurden ins Leben gerufen, um genau diese Art von Feind zu bekämpfen. Unorthodoxes Denken, das auf einem gründlichen Verständnis des Krieges beruht und Demographie, menschliche Natur, Kultur und Technologie berücksichtigt, ist kennzeichnend für diese Herangehensweise. Unkonventionelle Kriegführung bedeutet, dass Soldaten der Spezialeinsatzkräfte Diplomaten, Ärzte, Spione, Kulturanthropologen und gute Freunde werden müssen, ehe sie sich an ihre Hauptaufgabe machen.»

Stattdessen, so Rothstein, «entwickelten sich die militärischen Führungsvorkehrungen zu einer großen und komplexen Struktur, die

auf die neuen unkonventionellen Rahmenbedingungen nicht reagieren konnte (oder wollte)». Das Resultat sei ein «Feldzug gewesen, der zwar zur wirkungsvollen Vernichtung der Taliban in Afghanistan führte, jedoch bei der Verwirklichung des wichtigsten politischen Ziels, nämlich weitere Operationen von al-Qaida in Afghanistan zu verhindern, weitaus weniger erfolgreich war».

Rumsfeld, so Rothstein weiter, habe auf Kritik wegen der zivilen Opfer gewohnheitsmäßig mit der Bemerkung reagiert, dass ein «gewisses Maß» an Kollateralschäden «im Krieg unvermeidlich» sei. Schätzungen zufolge kamen im Frühstadium des Krieges über tausend afghanische Zivilisten durch Bomben und andere Kampfmittel ums Leben. Rothstein glaubt, dass diese Zahl geringer hätte ausfallen und dass weitere Zwischenfälle hätten vermieden werden können, wenn die Spezialkräfte grünes Licht für eine wirklich unkonventionelle Kriegführung bekommen hätten, bei der weniger auf massive Feuerkraft gesetzt werde. Die Entscheidung der Administration, die Taliban so zu behandeln, als ob sich alle ihre Mitglieder mit al-Qaida identifizierten und für sie kämpfen würden, sei ebenfalls ein schwerer Fehler in der Anfangsphase gewesen. «Unter den Taliban gab es tiefe Meinungsverschiedenheiten, die man durch politisch-militärische Maßnahmen, die ja das Wesen unkonventioneller Kriegführung ausmachen, hätte ausnutzen können», schrieb Rothstein. «Ein paar Monate intensiver diplomatischer, geheimdienstlicher und militärischer Vorbereitungen zwischen Special Forces und talibanfeindlichen Kräften hätten viel bewirken können.»

Die Bedingungen, unter denen die neue afghanische Regierung nach dem Sturz der Taliban die Macht übernahm, so schrieb Rothstein, hätten «dem Kriegsherrentum, dem Banditentum und der Opiumproduktion zu einem neuen Aufschwung verholfen» und ein Machtvakuum hinterlassen. «Der Sieg über einen Feind auf dem Schlachtfeld ist selten gleichbedeutend mit dem Gewinn eines Krieges. Einen Krieg zu gewinnen erfordert mehr, als den Feind in der Schlacht zu besiegen.» Rothstein zitierte Harry S. Summers, einen ehemaligen Oberst der Army, der eine Geschichte des Vietnamkriegs verfasst hatte. Summers sagte 1975 zu einem nordvietnamesischen Oberst: «Sie haben uns nie auf dem Schlachtfeld besiegt.» Und der

Nordvietnamese antwortete: «Das mag sein, aber darauf kommt es nicht an.»

Rothstein legte seinen Bericht im Januar 2004 vor. Er wurde ihm mit der Aufforderung zurückgeschickt, er solle ihn drastisch kürzen und seine Schlussfolgerungen entschärfen. Monate später, als ich mit ihm sprach, hatte er nichts weiter gehört. «Das Papier ist brisant», sagte ein Militärberater. Um eine Stellungnahme gebeten, bestätigte das Pentagon, dass man «nicht alle Ansichten» Rothsteins teile, und erklärte, dass ihm irgendwann Anmerkungen zugehen würden. Zudem sagte Joseph Collins: «An der Sache mag ein Körnchen Wahrheit sein, aber unsere Experten halten die Studie für weitschweifig und nicht sonderlich informativ.» Doch in Interviews haben sich mehrere frühere und aktuelle Mitglieder der Regierung Bush Rothsteins Kernaussagen angeschlossen. «Es war ja nicht so, dass er sich das alles aus den Fingern gesaugt hätte», urteilte ein ehemaliger leitender Geheimdienstmitarbeiter. «Sie gerieten deshalb in Panik, weil es stimmte, und sie wollten es nicht schwarz auf weiß haben.»

Die Administration hatte ihre Aufmerksamkeit mittlerweile dem Irak zugewendet und schien gewillt, Afghanistan hintanzusetzen. Bei Interviews mit Wissenschaftlern, Entwicklungshelfern und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen bekam ich wiederholt zu hören, dass die Sicherheitslage und die politischen Verhältnisse sich in ganz Afghanistan verschlechtert hätten, als die Vereinigten Staaten mit dem Truppenaufmarsch am Golf begannen. Im Frühsommer 2002 wies ein Pentagon-Experte unter Berufung auf mehrere Kommandeure der Special Forces vor Ort in einem Briefing darauf hin, dass die Taliban und al-Qaida sich rasch auf amerikanische Taktiken einstellten. «Ihr Entscheidungszyklus ist kürzer geworden, unserer länger», sagte er über die Taliban. «Sie können uns sehen, aber wir bekommen sie immer seltener zu Gesicht.» Nur sehr wenige hohe Generale hörten ihm zu, und seine Warnungen verpufften wirkungslos. Zu der Zeit wurden einige der qualifiziertesten Amerikaner aus Afghanistan abgezogen. Dazu Richard Clarke in seinem Buch: «Die US Special Forces, die Arabisch sprachen, die Sprache von al-Qaida, waren aus Afghanistan abgezogen und in den Irak geschickt

worden.» Auch paramilitärische CIA-Gruppen wurden dorthin verlegt.

Die Vereinigten Staaten arbeiteten weiter eng mit regionalen Warlords zusammen, von denen viele den Heroin- und Opiumhandel steuerten, und bezahlten sie. Ihre Loyalität war nicht zu kaufen, nur zu mieten. Warlords wie Hasrat Ali im Osten Afghanistans nahe der pakistanischen Grenze und Mohammed Fahim hatten maßgeblich zu den militärischen Anfangserfolgen der Vereinigten Staaten beigetragen und zunächst versprochen, Karsai zu akzeptieren. Hasrat Ali wurde später zusammen mit mehreren anderen Kommandeuren beschuldigt, die amerikanischen Truppen 2002 bei einer frühen, erfolglosen Suchaktion nach al-Qaida-Kämpfern verraten zu haben. Fahim, der im Dezember Verteidigungsminister wurde, war tief in Schwarzhandelsgeschäfte verstrickt.

Im Januar 2003 stattete Paul Wolfowitz, der stellvertretende Verteidigungsminister, Kabul einen vierstündigen Besuch ab und verkündete: «Wir treten zweifellos in eine andere Phase an, in der wir uns in Afghanistan vorrangig um Stabilität und Wiederaufbau kümmern werden. Das kann gar nicht schnell genug gehen. Je schneller, desto besser.» Er versprach mehr Sicherheit und den Wiederaufbau der afghanischen Nationalarmee bis zu den Präsidenten- und Parlamentswahlen, doch für die Bereitstellung der dafür notwendigen militärischen und ökonomischen Mittel wurde wenig getan. «Ich glaube nicht», sagte ein früherer Regierungsbeamter, «dass die Administration es verstanden hat, die Herzen und Köpfe zu gewinnen.»

Die Folgen der Vernachlässigung in der Nachkriegszeit waren eklatant. So schrieb der renommierte Afghanistan-Kenner Barnett R. Rubin in der April-Ausgabe 2004 der Zeitschrift *Current History*: «Afghanistan hat heute keine funktionierenden staatlichen Institutionen. Es hat weder eine richtige Armee noch eine effiziente Polizei. Die chaotische Provinzverwaltung hält wenig Kontakt zur Zentralregierung und gehorcht ihr noch weniger. Ein Großteil der spärlichen Steuereinkünfte fließt in die Taschen lokaler Beamter, die kaum mehr sind als Warlords mit offiziellen Titeln.» Die US-Politik habe in Afghanistan nicht das Ziel verfolgt, «dem afghanischen Volk zu einer besseren Regierung zu verhelfen. Das Ziel war vielmehr die Beseiti-

gung einer gegen Amerika gerichteten terroristischen Bedrohung.» Die Vereinigten Staaten hätten in ihrem Krieg gegen den Terror die Dienste der Warlords in Anspruch genommen, und das Ergebnis sei «eine in Bonn gebildete afghanische Regierung, die sich auf die Macht von Warlords gründete».

Ein Militärexperte mit ausgiebiger Afghanistan-Erfahrung sagte mir: «Entscheidend ist, was auf Dorfebene geschieht, aber dort sind wir nicht präsent. Und wir müssten es rund um die Uhr sein. Mittlerweile operieren wir tatsächlich konfliktfern. Es ist dieselbe Geschichte wie damals in Vietnam. Wir können nicht treffen, was wir nicht sehen. Seit Januar 2002 sind wir im Begriff, einen Sieg in eine Niederlage zu verwandeln.»

Im Sommer 2003 schrieb ein Bündnis von neunundsiebzig Menschenrechts- und Hilfsorganisationen einen offenen Brief an die Staatengemeinschaft, in dem es mehr Sicherheit in Afghanistan forderte und davor warnte, dass die für Juni 2004 angesetzten Präsidentschaftswahlen in Gefahr seien. Weiter hieß es in dem Brief: «Die Sicherheitslage ist für die Mehrheit des afghanischen Volkes prekär und wird von regionalen Warlords, Drogenhändlern oder Gruppen mit Verbindungen zu Terroristen kontrolliert. Die Lage verschlechtert sich, und es gibt keinen umfassenden Plan, um die Spirale der Gewalt zu stoppen.» Aus einer von CARE International erstellten Statistik geht hervor, dass in den letzten drei Februarwochen 2004 bei vier Zwischenfällen elf Entwicklungshelfer ermordet wurden. Außerdem hatte sich die Zahl der tätlichen Angriffe auf Entwicklungshelfer in Afghanistan im Januar und Februar gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr mehr als verdoppelt. Solche Anschläge, gab CARE in einer politischen Stellungnahme zu bedenken, würden unweigerlich zu einer Beschneidung der humanitären Hilfsleistungen und Aufbauprogramme führen. So waren laut *Chicago Tribune* Anfang 2003 in Kandahar, der größten afghanischen Stadt im Süden, sechsundzwanzig Hilfsorganisationen aktiv. Anfang 2004 waren es weniger als fünf.

Selbst an der vermeintlich größten Errungenschaft der Nachkriegsregierung, den verbesserten Lebensbedingungen der Frauen, sind Zweifel laut geworden. Judy Benjamin, die 2003 und 2004 als Frau-

enbeauftragte der amerikanischen Agency for International Development in Kabul arbeitete, sagte mir im März 2004 in einem Interview: «Die gesetzlichen Möglichkeiten haben sich zwar verbessert, doch der Alltag ist für Frauen nicht besser geworden, nicht einmal in Kabul. Mädchen ist es jetzt gesetzlich erlaubt, eine Schule zu besuchen und zu arbeiten, aber im Alltag haben die Familien Angst, sie ohne Burka auf die Straße zu lassen.» Außerhalb Kabuls seien die Bedingungen noch schlimmer. «Familien verbieten Frauen zu reisen – zur Arbeit oder in die Schule zu fahren. Viele Straßen kann man nicht benutzen, ohne von Banditen überfallen zu werden. Die Leute sagen, sie hätten sich unter den Taliban sicherer gefühlt, und das ist der Grund, warum die Taliban wieder mehr Unterstützung bekommen, die fehlende Sicherheit.»

Nancy Lindborg, Vizepräsidentin von Mercy Corps, einer der größten in Afghanistan tätigen Nichtregierungsorganisationen, sieht es ähnlich. Außerhalb Kabuls, so sagte sie, «sehe ich überall, wo ich hinkomme, von Kundus bis Kandahar, dass sich für die meisten Frauen nichts geändert hat, und seit November 2002 ist niemand mehr sicher». Die Ankündigungen des Pentagons, sich verstärkt um mehr Sicherheit zu bemühen und den Wiederaufbau voranzutreiben, würden zunehmend als «bloßes Geschwätz» abgetan. «Die Vereinigten Staaten lassen Afghanistan seit zwei Jahren herunterkommen.»

Die humanitären Organisationen sind mit ihrer Sorge nicht allein. Im Februar 2004 räumte Vizeadmiral Lowell E. Jacoby, Chef des militärischen Nachrichtendienstes DIA, bei einer Anhörung vor dem Geheimdienstausschuss des Senats ein, dass die Anschläge der Taliban sich in zunehmendem Maße gegen Organisationen richteten, die humanitäre Hilfe leisteten oder am Wiederaufbau mitwirkten. Alles in allem, so Jacoby, hätten die Anschläge der Taliban «den höchsten Stand seit dem Sturz der Taliban-Regierung erreicht».

Heroin gehörte zu den dringlichsten – und hartnäckigsten – gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Problemen. «Das Problem ist zu gewaltig, als dass wir es allein bewältigen könnten», sagte Hamid Karsai bei der internationalen Geberkonferenz im April 2004 in Berlin, bei der er um mehr Hilfe ersuchte.

«Drogen bedrohen die Existenz des afghanischen Staates.» Nach einer Schätzung des Office on Drugs and Crime der Vereinten Nationen wurden mit Drogenhandel und der damit verbundenen Kriminalität im Jahr 2003 rund 2,3 Milliarden Dollar Gewinn erwirtschaftet, eine Summe, die der Hälfte des offiziellen afghanischen Bruttoinlandsprodukts entspricht. «Auch Terroristen nehmen sich ihren Anteil», hieß es in dem Bericht der Vereinten Nationen weiter. «Je länger das so bleibt, desto größer wird die Bedrohung der Sicherheit im Land.»

Nach dem im Herbst 2003 veröffentlichten UN-Bericht ist die Opium-Produktion, die nach dem Anbauverbot durch die Taliban 2001 auf 185 Tonnen gefallen war, 2003 auf 3600 Tonnen gestiegen, also auf das Zwanzigfache. Das Land stehe «an einem Scheideweg: Entweder man ergreift jetzt energische Gegenmaßnahmen ... oder das Drogengeschwür wird sich in Afghanistan weiter ausbreiten und Metastasen in Form von Korruption, Gewalt und Terrorismus bilden, innerhalb und außerhalb der Landesgrenzen.» Afghanistan decke mittlerweile wieder drei Viertel der Weltproduktion von Opium ab, und eine Verringerung sei trotz regelmäßiger Berichte aus Washington über Anbauverbote nicht in Sicht. Tatsächlich sei der Mohnanbau weiter ausgedehnt worden und mittlerweile in 28 der 32 Provinzen des Landes nachgewiesen.

Besonders alarmierend ist nach einer von den Vereinten Nationen durchgeführten Befragung, dass nahezu 70 Prozent der Bauern beabsichtigten, ihre Mohnproduktion 2004 zu steigern, die meisten um mehr als die Hälfte. Trotz des jahrelangen internationalen Drucks plane nur ein kleiner Teil der Bauern eine Reduzierung. Viele Gebiete, in denen laut UN-Bericht eine Produktionssteigerung zu erwarten ist, liegen in Regionen mit einer größeren amerikanischen Militärpräsenz. Doch trotz der alarmierenden Zahlen haben die meisten US-Militärs einfach weggesehen, hauptsächlich weil sie glauben, dass die Warlords ihnen die Taliban- und al-Qaida-Kämpfer ausliefern können. Der Mitarbeiter einer Nichtregierungsorganisation sagte mir: «Jeder weiß, dass die Drogenbarone beim US-Militär auf der Gehaltsliste stehen. Wir haben sie wieder an die Macht gebracht. Das ist völlig schief gelaufen.» Joseph Collins aus dem Pentagon sagte mir:

«Die Drogenbekämpfung in Afghanistan ist gescheitert.» 2004 werde die zweitgrößte Ernte aller Zeiten erwartet.

Der leichte Zugang zu Heroin stellte auch eine Gefahr für das Wohl der amerikanischen Soldaten dar. Wie mir von mehreren aktiven und ehemaligen Militärs und CIA-Mitarbeitern zugetragen wurde, häufen sich seit Herbst 2002 die Berichte über Drogenmissbrauch durch amerikanische Soldaten, von denen viele bereits seit Monaten in Afghanistan sind und wenig Zerstreuung haben. Ein ehemaliger hoher Geheimdienstmitarbeiter berichtete mir, dass das Problem nicht die kämpfenden Einheiten der Special Forces oder der Army betreffe, sondern «Logistikleute» – Lastwagenfahrer, Wartungsmonteure und Küchenbullen, die auf dem großen Militärstützpunkt in Bagram bei Kabul stationiert sind. Allerdings gab es auch Klagen über Heroinmissbrauch bei den Marines. Im Frühjahr 2004 berichtete mir der frühere Geheimdienstmitarbeiter, dass die in Bagram stationierten GIs den Stützpunkt aus Sicherheitsgründen zwar offiziell nicht verlassen dürften, Drogenkonsumenten jedoch von Einheimischen versorgt würden, die im Dienst der Armee niedere Arbeiten verrichteten. Doch die oberste Führung im Pentagon stecke den Kopf in den Sand. «Sie zeigt kein Verlangen, die Fälle aufzudecken und strafrechtlich zu verfolgen.» Und in Bezug auf das Heroin fügte er hinzu: «Das ist harter Stoff.»

Im April 2004 um eine Stellungnahme gebeten, bestritt das Pentagon, dass es in Bagram ein Drogenproblem gebe, räumte aber ein, dass «wegen des Verdachts auf Drogenmissbrauch gegen einige Angehörige des US-Militärs Disziplinarverfahren eingeleitet worden sind». Nach den Vorwürfen gegen Marines gefragt, antwortete das Pentagon, man habe einige Marines aus disziplinarischen Gründen aus Afghanistan abgezogen, allerdings werde ihnen nicht Heroinkonsum, sondern Alkohol- und Marihuanamissbrauch vorgeworfen.

Die Drogenbarone handelten in Afghanistan selbst traditionell nur mit Haschisch und schickten Mohn zur Heroinherstellung nach Nordpakistan und anderswohin. Ein Beamter von der Drogenbehörde der Vereinten Nationen berichtete mir, dass seit 2002 «der größte Teil des Heroins in Afghanistan hergestellt wird, damit die Profite im Land bleiben». Es werde jedoch nur ein Teil dessen, was in Afghanis-

tan produziert werde, auch dort verbraucht. Allerdings sagte mir ein Entwicklungshelfer der US-Regierung, die «größte Sorge» sei, dass der Anstieg der Produktion vor Ort das Suchtrisiko unter den Soldaten erhöhen könnte. Ein früherer CIA-Mitarbeiter, der in Afghanistan tätig war, berichtete mir, dass Drogenfahnder der Agency in der Truppe eigene Nachforschungen anstellten.

Afghanistan rückte im Frühjahr 2004 auch deshalb wieder ins Blickfeld der Regierung Bush, weil die Lage im Irak sich zusehends verschlechterte und der Bedarf nach vorzeigbaren außenpolitischen Erfolgen wuchs. Mitarbeiter des Außenministeriums und der Nachrichtendienste, die in Kabul gearbeitet hatten, sagten mir, dass man sich im April darauf verständigt habe, die afghanischen Präsidenten- und Parlamentswahlen, die bereits auf September verschoben worden waren, noch vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 2. November abzuhalten. Der positive Aspekt dieses politischen Fahrplans war Amerikas Zusage, neue Mittel für den Bau von Schulen, Krankenhäusern und Straßen in Afghanistan zur Verfügung zu stellen – über zwei Milliarden Dollar, viermal mehr als im Vorjahr. «Warum bekommen wir auf einmal Geld?», fragte mich der staatliche Entwicklungshelfer und lachte. «Zwei Jahre lang haben wir darum gebeten, und keiner, der noch ganz richtig im Kopf war, hätte gedacht, dass wir so viel bekommen würden.»

Mit der Forderung, die Wahlen im Herbst abzuhalten, setzte sich die Regierung über den Rat vieler Verbündeter hinweg und baute weiter ganz auf Hamid Karsai. Die internationale Konferenz in Berlin stärkte Karsais Regierung den Rücken und verbesserte seine Wahlaussichten, indem sie für das nächste Jahr Hilfsleistungen und zinsgünstige Kredite in Höhe von vier Milliarden Dollar zusagte – allerdings beinhaltete diese Zahl über eine Milliarde Dollar, die bereits vorher versprochen worden war.

Die Hälfte der Summe wollte die Regierung Bush beisteuern. Außenminister Colin Powell lobte Karsai: Er habe Afghanistan «von einem maroden, von Extremisten und Terroristen beherrschten Staat in ein freies Land mit wachsender Wirtschaft und aufblühender Demokratie verwandelt».

Dennoch blieb der Eindruck, dass Hamid Karsai unsicher und fi-

nanziell und militärisch von den Vereinigten Staaten völlig abhängig war. Einer seiner vielen Gegenspieler war sein eigener Verteidigungsminister, Mohammed Fahim. Im Jahr 2003 wurde der Regierung Bush von einem afghanischen Beamten und Verbündeten Amerikas ein Papier zugespielt, in dem vor Fahim gewarnt wurde: Er arbeite darauf hin, Karsais Position zu untergraben, und verwende dazu Gelder aus illegalen Geschäften und Zolleinkünften. Überdies habe Fahim mindestens achtzigtausend Mann für neue Milizen rekrutiert.

Viele langjährige Kenner Afghanistans fanden es befremdend, dass die Vereinigten Staaten Warlords wie Fahim oder auch General Abdul Rashid Dostum tolerierten – einen mutmaßlichen Kriegsverbrecher und Waffenschieber, der im Herbst 2001 bei der Entmachtung der Taliban half, nachdem Washington ihm Millionen geboten hatte. So sagte Milt Bearden, der während des Krieges mit der Sowjetunion die CIA-Operationen in Afghanistan geleitet hatte: «Fahim und Dostum sind ein Teil des Problems und nicht die Lösung. Diese Leute sind sehr clever, und sie bringen uns dazu, dass wir ihnen die Arbeit abnehmen und für sie kämpfen. Sie zeigen uns nur den Weg. Ist doch schön für sie, dass wir ihre Gegner mit amerikanischen Flugzeugen und Spezialeinheiten erledigen.»

Die Taliban könnten zum Joker werden. Wakil Ahmed Muttawakil, der frühere Taliban-Außenminister, der Monate in amerikanischem Gewahrsam verbrachte, erbot sich wiederholt, Kontakt zur Taliban-Führung herzustellen und weiterführende Gespräche anzubahnen. «Doch die Administration will nur Hilfe bei der Suche nach Osama Bin Laden», sagte ein Demokrat aus dem Senat. «Sie ist nur an taktischen Informationen interessiert.» Der Einfluss der Taliban wuchs zu Beginn des Jahres 2004 überall im Süden und Osten Afghanistans, trotz oder gerade wegen der anhaltenden Luft- und Bodenangriffe, die zwangsläufig Opfer unter der Zivilbevölkerung forderten.

Zur gleichen Zeit versuchte das amerikanische Militärkommando, Karsai zu stärken, indem es von einigen regionalen Warlords abrückte. Einer von ihnen war Ismail Khan, der populäre und selbstbewusste Gouverneur der Provinz Herat im Westen Afghanistans an der

Grenze zum Iran. Khan, ein erbitterter Feind der Taliban, unterstützte die Invasion der Amerikaner nach dem 11. September, weigerte sich später jedoch, ein Großteil der Steuer- und Zolleinkünfte (Herat ist ein altes Handelszentrum) an Kabul abzuführen. Khan verkörperte wie kein anderer, wie schwierig es für die Vereinigten Staaten war, in Afghanistan zwischen Freund und Feind zu unterscheiden. «Mohammed Fahim als Minister und Ismail Khan als Warlord zu bezeichnen», sagte ein US-Beamter, «ist eine Verhöhnung der Sprache.» Der Beamte wollte damit zum Ausdruck bringen, dass Khan mehr für die Stabilität in seiner Provinz und die Sicherheit ihrer Bewohner getan hatte als andere afghanische Provinzfürsten, und internationale Beobachter gingen davon aus, dass er eine Provinzwahl gewinnen würde. Nur betrachtete er Herat als seine private Pfründe und beunruhigte viele in der Regierung Bush mit Lobreden auf den Iran, den er im Herbst 2003 «als weltweit das beste Beispiel eines islamischen Staates» bezeichnet haben soll.

Ein Kenner der Region berichtete mir, dass Karsai, der Ismail Khan von jeher fürchtete, im Frühjahr 2003 während eines Kurzbesuchs von Donald Rumsfeld in Kabul die Frage angesprochen habe, wie man Khan entmachten könne. «Er bat Rumsfeld um Unterstützung», erinnerte sich mein Informant. «Rumsfeld wünschte ihm viel Glück, sagte aber, dass die Vereinigten Staaten sich daran nicht beteiligen könnten. Da bekam Karsai kalte Füße.» Die Frage wurde, wie mir ein ehemaliger CIA-Berater berichtete, im folgenden Februar vom US-Militärkommandeur in Bagram wieder aufgeworfen. Irgendwann in diesem Monat ersuchte das amerikanische Kommando seine nachrichtendienstlichen Stellen um einen neuen operativen Plan in Sachen Khan. Wie der ehemalige CIA-Berater aus Geheimdienstkreisen hörte, war man darin übereingekommen, dass Khan neutralisiert werden müsse. Auf die Frage, was damit gemeint sei, habe er zur Antwort erhalten: «Khan muss eliminiert werden – wir müssen seinem Einfluss ein Ende setzen.» (Das Pentagon bestritt die Existenz eines solchen Plans.)

Am 21. März 2004 brach in Herat zwischen Khans Truppen und regierungstreuen Einheiten ein bewaffneter Konflikt aus. Die Berichte über das Geschehen waren sehr widersprüchlich. Zunächst

war nicht klar, wer womit angefangen hatte. Nach UN-Mitarbeitern in Afghanistan, die einen Bericht ins Hauptquartier nach New York schickten, hatte sich ein seit langem zwischen Khan und seinem Erzrivalen General Abdul Zaher Naibzadah schwelender Konflikt verschärft, bei dem es darum ging, wem die afghanische Garnison in Herat unterstand. Khans Sohn erfuhr, dass auf seinen Vater ein Mordanschlag verübt worden sei, und fuhr zum Haus des Generals, wo Naibzadahs Leibwächter ihn und einige andere erschossen. Laut UN-Bericht nahm Ismail Khan blutige Rache, brannte das örtliche Hauptquartier der afghanischen Miliz nieder und tötete Dutzende. (Einigen Pressemeldungen zufolge forderten die anschließenden Gefechte, die den ganzen Tag andauerten, mindestens hundert Tote, nach Berichten aus Kabul sollen es weniger als zwei Dutzend gewesen sein.) Im UN-Bericht hieß es, dass ein persönlicher Anruf Karsais bei Khan nötig gewesen sei, um die Situation zu entschärfen. In den folgenden Tagen rückte eine von der Zentralregierung entsandte Division der afghanischen Nationalarmee in Herat ein und stellte die Ordnung wieder her.

Nach Auskunft des früheren CIA-Beraters gibt es keinen Beweis dafür, dass die amerikanischen Kommandeure in einen Mordanschlag gegen Khan verwickelt waren. Allerdings wisse er von offizieller Seite, dass den in Herat stationierten afghanischen Militäreinheiten Amerikaner zugeteilt gewesen seien. «Natürlich hatten wir amerikanische Ausbilder und Berater bei den afghanischen Truppen», sagte er. «Die wussten, was vor sich ging.» Mit der Folge, so der UN-Bericht, dass Khan nun «im Umgang mit der Zentralregierung noch eigensinniger werden könnte». Der von den Amerikanern gebilligte Plan, Khan zu entmachten und Karsais Stellung in Afghanistan zu stärken, könnte also dazu beigetragen haben, aus Khan einen noch entschiedeneren Feind zu machen.

Der amerikanische Entwicklungshelfer erzählte mir, dass er wochenlang durch Afghanistan gereist sei, auch durch den Süden und Osten, wo man sich der Zentralregierung in Kabul wenig verbunden fühlt. «Immer wieder bekam ich zu hören: ‹Wir mögen die Taliban nicht, aber sie haben für Sicherheit gesorgt, und dazu seid ihr nicht in der Lage gewesen.› Sie hatten begriffen, dass wir uns wegen unse-

res Krieges gegen den Terrorismus mit den bösen Jungs, den Warlords, verbündet hatten.» Außerdem sei er ständig nach Amerikas Krieg im Irak gefragt worden. «Der Irak bereitete ihnen Sorge, und sie wollten wissen, wie lange wir bleiben. Sie haben nicht vergessen, wie wir damals verschwunden sind» – nach dem von Amerika finanzierten afghanischen Sieg über die Sowjetunion. «Immer wieder bekam ich zu hören: ‹Ihr werdet uns im Stich lassen wie 1992. Wenn wir darauf vertrauen könnten, dass Amerika bleibt, würden wir auch mit euch zusammenarbeiten.›» Der Entwicklungshelfer schloss: «Der Irak, das hieß in ihren Augen, dass Amerika wichtigere Prioritäten hatte.»

Ein UN-Mitarbeiter, der bei der Vorbereitung der Wahlen in Afghanistan half, sagte mir, dass amerikanische Entwicklungshilfe, aus welchen Beweggründen sie von der Regierung auch gewährt werde, für die Zukunft des Landes enorm wichtig sei. «Für uns hat sich ein goldenes Fenster in die Zukunft aufgetan, das sich am 2. November, dem Tag der amerikanischen Präsidentenwahl, wieder schließen wird.» Es sei ein zynischer Vorgang, fügte er hinzu. «Die entscheidende Voraussetzung für die Abhaltung der Wahlen wird die Nichteinmischung der verschiedenen Warlords und Drogenbarone überall im Land sein, daher wird der Drogenhandel nicht oben auf der Prioritätenliste stehen.» Die Warlords hätten ihm zu verstehen gegeben, dass sie die Wahlen stören würden, falls die USA einen groß angelegten Vernichtungsfeldzug gegen den Mohnanbau starten sollten.

Der UN-Mitarbeiter fügte hinzu, dass Präsident Karsai unter den Afghanen als «schwacher Führer mit sehr geringer Glaubwürdigkeit» gelte. Immer wieder höre er von Dorfältesten, mit denen er bei seiner Arbeit zusammenkomme: «Hamid ist ein guter Mensch. Er bringt keine Leute um. Er stiehlt nicht. Er verkauft keine Drogen. Wie seid ihr nur auf die Idee gekommen, dass er für Afghanistan ein guter Führer sein könnte?»

IV
DIE IRAK-FALKEN

1. Das Ringen um die Kriegserklärung an Saddam Hussein

Ende 2001 und Anfang 2002 veröffentlichte ich in der Zeitschrift *The New Yorker* zwei Artikel, in denen ich die Auseinandersetzungen in der Bush-Administration darstellte, die darüber uneins war, ob Saddam Hussein gewaltsam gestürzt werden solle oder ob ein Zusammenhang bestehe zwischen dem Irak und dem Kampf gegen den Terrorismus. In diesem Kapitel zeige ich, dass die Vorbereitungen auf einen Krieg gegen den Irak keineswegs im Verborgenen abliefen und dass sich Neokonservative wie Richard Perle, der sich schließlich in der Irak-Frage durchsetzte, sehr schwer damit taten, Kritikern zuzuhören oder sich gar von ihnen überzeugen zu lassen. Die Fehler, die später im Irak begangen werden sollten, waren vorhersehbar und vielleicht sogar unvermeidlich. Und Perle bekam am Ende noch eigene Probleme, wie wir sehen werden.

Ahmed Tschalabi, der Führer des Irakischen Nationalkongresses (INC), einer Oppositionsgruppe, die sich den Sturz Saddam Husseins auf die Fahnen geschrieben hatte, legte im November 1993 der Regierung Clinton einen detaillierten Vierstufenplan vor: Er trug den Titel «Das Endspiel». Damit verbunden war die dringende Bitte um finanzielle Unterstützung des Kriegsplans. «Die Zeit ist reif», schrieb Tschalabi, «der Irak steht kurz vor einer spontanen Entladung. Es bedarf nur noch eines Auslösers, um eine Kettenreaktion in Gang zu setzen, die zum Sturz Saddam Husseins führen wird.» Diese Botschaft sollte Tschalabi in den folgenden zehn Jahren noch häufig wiederholen mit zunehmender Resonanz.

Ahmed Tschalabi, Spross einer wohlhabenden schiitischen Bankiersfamilie, hatte Jahrzehnte nicht im Irak gelebt. Er war 1958 im Alter von 13 Jahren mit seinen Eltern nach Großbritannien ausgewan-

dert und hatte später an der Universität von Chicago in Mathematik promoviert. Im Jahr 1992 war er in Jordanien in Abwesenheit wegen Unterschlagung verurteilt worden. Indes bestritt er stets, sich irgendwelcher Vergehen schuldig gemacht zu haben. Die Clinton-Regierung billigte Tschalabis Plan und stellte finanzielle Mittel bereit. Im Oktober 1994 wurde im Nordirak, in einem von den Kurden kontrollierten Gebiet, ein kleiner CIA-Außenposten eingerichtet. Das Hauptquartier von Tschalabis Organisation lag nicht weit entfernt. Seinem Plan zufolge sollten in Basra, der größten Stadt im Südirak, die überwiegend von den benachteiligten Schiiten bewohnt ist – Saddam ist Sunnit, wie die meisten seiner Anhänger –, sowie in Mossul und Kirkuk, den wichtigsten kurdischen Städten im Norden, gleichzeitig Aufstände ausbrechen. Daraufhin würden große Teile des Militärs den Gehorsam verweigern und sich auf die Seite der Aufständischen schlagen. «Wir nannten das Tschalabis ‹Selbstläufer-Umsturz›», erinnerte sich der CIA-Agent Bob Baer, der damals die Operation leitete.

Zu dieser Zeit «besaß die CIA keine einzige Quelle im Irak», schrieb Baer in seinen Memoiren *See No Evil.* «Nicht nur innerhalb des Landes, auch in den Nachbarländern – Iran, Jordanien, Türkei und Saudi-Arabien – gab es keine Zuträger, die Informationen über den Irak lieferten. Wie der übrige Teil der amerikanischen Administration wusste auch der Geheimdienstapparat nichts über den Irak.»

Im März 1995 fiel schließlich der Startschuss für Tschalabis Aufstand, der jedoch kläglich scheiterte. «Es geschah überhaupt nichts», erzählte mir Baer. «Niemand unternahm etwas, abgesehen von einem Kurdenführer, der auf eigene Faust handelte – allerdings drei Tage zu spät. Es passierte gar nichts.» Was die Rekrutierung von Agenten im irakischen Militär betraf, so «konnte Tschalabi keinen einzigen Leutnant beibringen, geschweige denn einen Oberst oder General».

Baer betonte, dass Tschalabi «sich ernsthaft bemüht habe», wie er es ausdrückte. Aber der Geheimdienstler sagte auch: «Er bluffte und setzte kurzerhand auf Sieg. Aber tatsächlich war er gezwungen, Bridge zu spielen, ohne einen Trumpf in der Hand zu haben.» Baer fügte hinzu: «Er hielt das Ganze in erster Linie für einen psychologi-

schen Krieg und glaubte, dass die Leute, wenn Clinton sagen würde: ‹Es ist Zeit, dass ihr euch erhebt›, das dann auch tun würden.»

Tschalabi hatte in seinem «Endspiel» geschrieben, wenn es «keine Bewegung» gebe und wenn Saddam weiterhin Erdöl exportieren dürfe, «dann wird sich die Psychologie der Menschen verändern. Saddam wird ihnen als ein Mann erscheinen, der ihnen Hoffnung für die Zukunft gibt. Und dann hat er sich gerettet.» Einen Monat nach dem gescheiterten Aufstand genehmigte der Weltsicherheitsrat dem Irak, auf der Grundlage des Öl-für-Nahrungsmittel-Programms seine Ölexporte wieder aufzunehmen, welche dem Regime laufende Einnahmen sicherten. Bis Ende 1996 hatte die irakische Armee Tschalabis Kämpfer fast vollständig aus dem Nordirak vertrieben. Rund 130 Mitglieder des Irakischen Nationalkongresses wurden hingerichtet.

Obwohl viele Exil-Oppositionelle Tschalabi Missmanagement, Selbstherrlichkeit und Bestechlichkeit vorwarfen, konnte er sich an der Spitze des INC halten. Nach seinem Scheitern wurden seine Pläne vom amerikanischen Außenministerium und von der CIA größtenteils verworfen, und er verlegte den Sitz seiner Organisation nach London. Um Saddam zu beseitigen, setzten die USA nun auf einen Militärputsch oder einen politischen Umsturz, nicht mehr auf einen offenen Volksaufstand. «Ich sehe keine Oppositionsgruppe, die imstande wäre, Saddam zu stürzen», erklärte Marinecorps-General Anthony Zinni 1998 vor einem Ausschuss des Senats. Der Chef von CENTCOM, dem Zentralkommando der amerikanischen Streitkräfte, sollte später US-Sondergesandter im Mittleren Osten werden. «Und wenn es gelingen würde, Saddam zu beseitigen, könnten wir es danach mit fünfzehn, zwanzig oder vielleicht sogar neunzig Gruppen zu tun bekommen, die untereinander um die Macht kämpfen.»

Tschalabi trug es mit Fassung, dass er bei den Regierenden in Ungnade gefallen war. Aber aus Verärgerung über die Clinton-Administration, die ihn seiner Meinung nach im Nordirak im Stich gelassen hatte, wandte er sich an die Medien und an den Kongress, und bald entwickelte sich der INC zu einem bedeutenden Ansprechpartner für konservative Politiker und zahlreiche, einst hochrangige Regierungsvertreter, die unter Präsident Bush senior während des Irakkriegs 1991 wichtige Positionen innegehabt hatten.

Im Februar 1998 unterzeichneten vierzig prominente Persönlichkeiten – darunter Donald Rumsfeld und die ehemaligen Verteidigungsminister Caspar Weinberger und Frank Carlucci – einen offenen Brief an Präsident Clinton, in dem sie bekräftigten, dass Saddam Hussein nach wie vor eine große Bedrohung darstelle, weil er über biologische und chemische Waffen verfüge. Sie forderten die Regierung auf, erneut darüber nachzudenken, einen Volksaufstand gegen das irakische Regime zu unterstützen und mit vorzubereiten. In Anlehnung an Tschalabis Vierstufenplan aus dem Jahr 1993 behaupteten die Verfasser, Saddams Schwäche liege in seinem mangelnden Rückhalt im Volk: «Er herrscht durch Terror. Aufgrund ebenjener Grausamkeit, die Umsturzversuche oder Verschwörungen wenig aussichtsreich erscheinen lässt, ist er seinem Volk verhasst ... Der Irak ist heute reif für einen Aufstand auf breiter Basis.» Als Erstes empfahlen die Verfasser, den INC als provisorische Regierung des Iraks anzuerkennen und ihn wieder im Norden des Landes zu installieren. Eine weitere Empfehlung an die Regierung Clinton lautete, das während des ersten Golfkriegs beschlagnahmte Auslandsvermögen des Iraks, das sich auf mehr als 1,5 Milliarden Dollar belief, freizugeben und damit die provisorische Regierung zu finanzieren.

Dieser Brief bewirkte zwar zunächst ebenso wenig wie ähnliche Initiativen republikanischer Kongressabgeordneter, doch acht Monate später unterzeichnete Präsident Clinton auf Drängen des Kongresses den Iraq Liberation Act, ein Gesetz, das die Bereitstellung von 97 Millionen Dollar für die Lieferung militärischer Güter an irakische Oppositionelle und die Ausbildung von Kämpfern ermöglichte. Aufgrund der Skepsis der US-Regierung gegenüber dem INC erhielt Tschalabis Organisation bis Ende 2001 von diesem Betrag nur knapp eine Million, aber das Außenministerium stellte der Gruppe insgesamt rund zehn Millionen Dollar für ihre reguläre Arbeit zur Verfügung. Im Herbst jenes Jahres überprüfte der Generalinspektor des Außenministeriums die Verwendung von zwei Zuschüssen an den INC in Höhe von mehr als vier Millionen Dollar. Dabei stellte er fest, dass die Buchführung sowie die internen Kontrollen des INC mangelhaft waren und der Verbleib von mehr als zwei Millionen Dollar Fragen aufwarf.

Nach Aussagen eines Beraters von Tschalabi beschränkte sich der Aufstandsplan des INC bis zum 11. September 2001 darauf, Kämpfer auszubilden, Überläufer zu ermutigen und den USA bei der Durchsetzung der Flugverbotszone im Südirak zu helfen. Sein Konzept bestand darin, rund zweihundert Ausbilder zu rekrutieren, die etwa fünftausend irakische Oppositionelle militärisch trainieren würden. Diese Ausbilder sollten von Söldnern unterstützt werden, insbesondere pensionierten amerikanischen Offizieren, die früher den Special Forces angehört hatten. Den USA sollte außerdem vorgeschlagen werden, auch eine Fahrverbotszone einzurichten, deren Einhaltung durch Luftangriffe gesichert werden könnte, um die Aufständischen vor den irakischen Panzern zu schützen.

Ein Berater Tschalabis erklärte: «Man schleust diese Kämpfer in den Süden des Iraks ein» – wo die meisten Ölfelder des Landes liegen –, «vielleicht in der Nähe einer aufgegebenen Luftwaffenbasis im Westen von Basra, verschanzt sich dort und wartet auf Saddam. Wenn er aber dann nicht auftaucht, zieht man wieder ab und erklärt das Unternehmen für gescheitert. Das ist hier nicht die Schweinebucht.» Der Berater meinte aber auch: «Wenn die Aufständischen Basra erobern – dann ist es vorbei. Man muss nicht nach Bagdad marschieren. Wenn man ihm das Öl nimmt, ist er am Ende.»

Im Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 2000 versprachen sowohl George W. Bush als auch Al Gore, die Opposition gegen Saddam zu unterstützen – Bush sagte, er werde «ihn entfernen» –, sollte er weiterhin Massenvernichtungswaffen entwickeln lassen. Nach der Wahl machte die neue Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice laut Aussage eines früheren Regierungsmitarbeiters deutlich, dass der Irak, soweit es nach ihr ginge, keine Priorität für die neue Regierung habe. «Sie war der Ansicht, dass Saddam eher ein geringes Problem darstelle – ein ‹Kinkerlitzchen› –, dass wir ihn nur an die Wand drängen müssten, um uns dann wieder den großen Fragen widmen zu können: Russland, China, der NATO-Erweiterung, einem neuen Verhältnis zu Indien und schließlich Afrika», erklärte der ehemalige Regierungsmitarbeiter.

Doch für andere Mitglieder der neuen Regierung hatte die Beseitigung Saddam Husseins seit dem Ende des ersten Golfkriegs Vorrang.

Viele Unterzeichner des offenen Briefes an Clinton 1998 hatten in der Regierung von Bush senior leitende Positionen bekleidet, darunter Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, sein Stellvertreter Paul Wolfowitz und Douglas Feith, Staatssekretär für politische Fragen im Verteidigungsministerium.

Die konservative und sehr entschlossene zivile Führung des Pentagons, die maßgeblich von Paul Wolfowitz bestimmt wurde, erlangte bald außergewöhnlich großen Einfluss, vor allem nach dem 11. September. Diese Zivilisten erwiesen sich als entschiedene Fürsprecher eines militärischen Vorgehens gegen Saddam Hussein und forderten präventive Militärschläge zur Bekämpfung des Terrorismus. Die präventive Selbstverteidigung entwickelte sich zur Leitlinie der Außenpolitik der neuen Regierung.

Zu den Verfassern des Briefes von 1998 gehörte auch Richard Perle, der unter Ronald Reagan stellvertretender Verteidigungsminister gewesen war und in Washington seit langem als konservativer außenpolitischer Berater wirkte. Unter der Regierung von Bush junior wurde Perle zum Vorsitzenden des Defense Policy Board ernannt, des Verteidigungspolitischen Rates, der das Pentagon in strategischen Fragen berät. Er machte dieses bislang weitgehend unbekannte Gremium zu einer Kanzel, von der aus lautstark der Sturz Saddam Husseins gefordert und die Präventionsstrategie verkündet wurde. Auch bestanden enge persönliche Verbindungen zwischen Tschalabi, Wolfowitz und Perle, die in vielen Jahren gewachsen waren. Ihre Beziehungen vertieften sich nach dem Amtsantritt der Regierung von Bush junior, und Tschalabi kam nun auch mit anderen Vertretern der Administration in Kontakt, vor allem mit Rumsfeld, Feith und I. Lewis Libby, dem Stabschef von Vizepräsident Cheney. Seit Jahren schon genoss Tschalabi die Unterstützung prominenter Mitglieder des American Enterprise Institute und anderer bekannter Konservativer. Er hatte aber auch Freunde in der Demokratischen Partei, beispielsweise James Woolsey, den früheren Chef der CIA.

Zu Beginn des Sommers 2001 unterzog ein Beamter in einem Planungsbüro des Pentagons die von Falken wie Wolfowitz und Feith vertretene Auffassung, dass der INC eine führende Rolle bei einem Aufstand gegen Saddam Hussein spielen könne, einer routinemäßi-

gen Überprüfung. Dabei setzte er sich auch mit der Annahme auseinander, dass Tschalabi nach einem gelungenen Umsturz von der irakischen Bevölkerung als Held willkommen geheißen werden würde. Ein anderer Beamter, der ebenfalls mit dieser Überprüfung vertraut war, erklärte, dass ein angenommenes Szenario anhand eines Prinzips bewertet wurde, das die Planer als «Verästelungen und Folgen» bezeichnen – «man richtet die Planung auf Ereignisse aus, von denen man erwartet, dass sie nicht eintreten». Der Beamte erläuterte: «Es war eine ‹Was-alles-schief-gehen-könnte›-Studie. Was ist, wenn sich herausstellt, dass Tschalabi gar nicht so populär ist wie vermutet? Wie sieht Plan B aus, wenn man erkennt, dass Tschalabi und seine Leute nicht in der Lage sind, den Umsturz herbeizuführen?»

Die Politiker jedoch schienen sich darum nicht zu kümmern. Als der Beamte sich nach der Analyse erkundigte, erklärte ihm ein Kollege, die neue Führung des Pentagons konzentriere sich nicht darauf, was alles schief gehen könne, sondern darauf, was richtig laufen könne. Ihm wurde bedeutet, dass seine Überprüfung verschiedener Optionen der Planung eines Scheiterns gleichkomme. «Deren Vorgehensweise erschien mir so, als würde man eine Münze fünfmal hintereinander in die Luft werfen und annehmen, dass jedes Mal Kopf kommt», erzählte mir der Beamte. «Man muss aber auch darüber nachdenken, was passiert, wenn die andere Seite obenauf ist.»

Ende 2001 erschienen auf Anregung von Perle und Woolsey zahlreiche Artikel und Zeitungskolumnen, in denen die Ausweitung des in Afghanistan geführten Krieges auf den Irak gefordert wurde. Bei einem Treffen des Foreign Policy Research Institute, eines konservativen Think Tank, in Philadelphia im November sagte Perle: «Mich beschäftigt die Frage: Sollen wir abwarten und auf das Beste hoffen? Sollen wir stillsitzen und darauf hoffen, dass Saddam nicht tut, wozu er in der Lage ist, dass er Terroristen nicht mit Massenvernichtungswaffen ausstattet, oder sollen wir vorbeugend tätig werden? ... Es ist momentan nicht vordringlich, dass wir uns mit der Opposition gegen Saddam beschäftigen, die keine Hilfe von außen bekommt und realistischerweise nicht darauf hoffen kann, dieses schreckliche Regime zu beseitigen, sondern wir müssen uns damit befassen, was aktiv ge-

tan werden kann unter Einsatz der Machtmöglichkeiten der Vereinigten Staaten.»

Die Leiter des Pentagons waren über Kreuz mit der Führung des Außenministeriums, die in ihrer Planung wesentlich zurückhaltender war. Die Vertreter des Außenministeriums warfen den Zivilisten im Pentagon vor, einen Dissens mit Illoyalität gleichzusetzen; die Pentagon-Leute ihrerseits unterstellten Außenminister Colin Powell und seinem Stellvertreter Richard Armitage, die Nerven zu verlieren. Armitage, der zu den Unterzeichnern des Briefes von 1998 zählte, hatte sich stillschweigend zu einem Gegner des Tschalabi-Plans gewandelt. «Wolfowitz und Feith sind wahrscheinlich wütend auf Armitage», erzählte mir damals ein Informant, der mit allen drei Männern befreundet ist. «Sie glauben, er habe eine fundamentale Überzeugung verraten, die sie einst teilten.»

Einer von Armitages Unterstützern in der regierungsinternen Diskussion, ein ehemaliger hochrangiger Geheimdienstmitarbeiter, warf die Frage auf, ob die Begeisterung des Zirkels um Perle für den Tschalabi-Plan nicht vielleicht daher rühre, dass diese Leute es noch immer nicht verwinden konnten, dass die erste Bush-Regierung am Ende des Golfkriegs 1991, als sie selbst auf einflussreichen Posten saßen, entschieden hatte, auf den Sturz Saddam Husseins zu verzichten. «Das sind reine Rachegelüste», sagte er in einem Interview Ende 2001 und fuhr fort: «Sie haben in Afghanistan gesiegt, obwohl alle sagten, es würde nicht klappen, und nun macht ihre Euphorie sie großspurig. Sie haben sich gegen die etablierten Experten für den Mittleren Osten durchgesetzt, die behaupteten, diese Intervention würde zu Aufständen in Saudi-Arabien und anderswo führen. Dazu ist es nicht gekommen, und alle, die jetzt dafür plädieren, Probleme diplomatisch zu lösen, werden heruntergeputzt. Sie haben momentan einfach einen guten Lauf.»

Armitage hielt den Plan des INC, gegen Saddam Hussein loszuschlagen, für ganz und gar undurchdacht, wie mir der ehemalige Geheimdienstler erzählte. «Wir können uns gar nicht vorstellen, was im Irak alles schief laufen könnte, wenn diese Verrückten das Land übernähmen», sagte er. «Es ist besser, wir haben es mit einem Teufel zu tun, den wir kennen, statt mit einem, der ein unbeschriebenes Blatt

für uns ist.» Er erzählte, Armitage habe sich zu diesem Zeitpunkt zuversichtlich gezeigt, den Plan stoppen zu können, sei aber auch frustriert gewesen, dass er diesem Thema so viel Zeit widmen musste. «Dick ist überzeugt, er wird sich durchsetzen. Und er weiß auch», fügte er hinzu, «dass anderenfalls eine politische Katastrophe bevorsteht.»

Ein hochrangiger Mitarbeiter des Außenministeriums beschrieb Tschalabi als einen «sehr einnehmenden Mann», erklärte aber auch, dass die Regierung nicht die Absicht habe, «einem Haufen Idioten zu erlauben, Ausländer in den Kampf zu schicken». Über Tschalabi und seine Freunde innerhalb und außerhalb der Regierung bemerkte er: «Wer von denen hat denn schon mal den Geruch von Kordit in der Nase gehabt? Das sind Kleingeister, die sich beim Präsidenten kein Gehör verschaffen können und deshalb ihre Wut an anderen Leuten auslassen müssen. Wir werden nicht hinnehmen, dass sie andere ins Verderben führen.» Der INC, fügte er hinzu, sei nicht die einzige irakische Oppositionsgruppe, die von der amerikanischen Regierung finanziell unterstützt werde.

Außenminister Colin Powell, dessen Skepsis gegenüber dem INC bekannt war, «schreckte vor einem Machtkampf zurück», wie ein hochrangiger General erklärte, und überließ es Armitage, seinem engsten Mitarbeiter, «sie fünf oder sechs Monate lang hinzuhalten. Es gibt viele Möglichkeiten, Saddam Hussein in die Zange zu nehmen, auch ohne militärische Gewalt einzusetzen.» Eine Verschärfung der Sanktionen wäre ein nahe liegender Schritt gewesen, aber im November 2001 erklärte sich die Bush-Administration bereit, für ein halbes Jahr von ihrer Forderung nach «klugen Sanktionen» Abstand zu nehmen, um es den Vereinten Nationen zu ermöglichen, den Import von «Dual-Use-Gütern» zu unterbinden, das heißt von Produkten, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke genutzt werden konnten, während Medikamente, Lebensmittel und andere lebensnotwendige Güter ungehindert eingeführt werden durften. Zu dieser Zeit exportierte das irakische Regime täglich schätzungsweise zwei Millionen Barrel Öl auf der Grundlage des Öl-für-Nahrungsmittel-Programms. Die größten Abnehmer waren ExxonMobil, Chevron und andere amerikanische Konzerne, die das Erdöl in der Regel über Dritte

aufkauften. Rund 800000 Barrel irakisches Öl gelangten auf diese Weise täglich auf den amerikanischen Markt.

Durch die anfänglichen Erfolge der USA im Kampf gegen die Taliban wuchs Tschalabis Reputation bei einigen Mitgliedern des Pentagons. Im Dezember 2001 legte Tschalabi der Bush-Regierung eine überarbeitete Fassung seines Kriegsplans vor, in dem nun nicht mehr nur Luftangriffe vorgesehen waren, sondern auch die Entsendung Tausender Angehöriger von Spezialeinheiten gefordert wurde.

Der Plan enthielt eine zweite wesentliche Ergänzung: Er ging von einer Einbeziehung des Irans aus, der sich in den achtziger Jahren einen langwierigen Krieg mit dem Irak geliefert hatte. Die Regierung von Präsident Mohammed Chatami, Amerikas neuem Verbündeten gegen die Taliban, würde, so glaubte man, den Kämpfern des INC erlauben, vom Iran aus mit militärischem Gerät in den Süden des Iraks einzumarschieren. In einem Interview Ende 2001 erzählte mir ein Vertreter des INC, dass das Office of Foreign Assets Control des Finanzministeriums seiner Organisation vor einigen Monaten eine Sondergenehmigung erteilt habe, ein Verbindungsbüro in Teheran einzurichten. US-Unternehmen ist es per Bundesgesetz verboten, geschäftliche Beziehungen mit dem Iran zu unterhalten. Das Büro wurde im April 2001 eröffnet. «Das geschah mit Geldern der amerikanischen Regierung, und das hat die Leute in Teheran überzeugt», erklärte mir der INC-Repräsentant. «Sie betrachteten es als ein Signal der USA, dass es gemeinsame Interessen gibt – die Beseitigung von Saddam. Über den Iran können wir an ihn herankommen.»

Unmittelbar nach der Ankunft im Irak würde der INC, diesem Szenario zufolge, einen Brückenkopf errichten und die Schaffung einer provisorischen Regierung verkünden, die kurz darauf von der Bush-Administration anerkannt werden würde. Fast zwei Drittel der irakischen Bevölkerung sind Schiiten, die von den USA und dem INC als potenzielle Verbündete bei einem Aufstand betrachtet wurden. Dann würden die USA mit intensiven Luftschlägen beginnen, ähnlich wie in Afghanistan, und Tausende Angehörige der Special Forces in den Südirak einfliegen. Zur selben Zeit würden die Unterstützer des INC in den Kurdengebieten im Norden ihre Kampfbereitschaft demonstrie-

ren. Dem Plan zufolge würde daraufhin bald Unruhe im irakischen Militär aufkommen, und Saddam Hussein geriete in eine Zwickmühle: Er würde sich entscheiden müssen, ob er seine Elitetruppen in den Süden zur Bekämpfung der Amerikaner schicken oder ob er seine Streitkräfte zu seinem eigenen Schutz in der Nähe behalten sollte, um einer Invasion aus dem Norden begegnen zu können.

Tschalabis Plan war mit Unterstützung des pensionierten Viersternegenerals Wayne Downing und des ehemaligen CIA-Agenten Duane (Dewey) Clarridge ausgearbeitet worden, die dem INC als ehrenamtliche Berater zur Seite standen. Downing wurde von Präsident Bush im Oktober 2001 zum stellvertretenden Leiter der Terrorismusbekämpfung im Nationalen Sicherheitsrat ernannt. Der General, der im ersten Golfkrieg ein Sondereinsatzkommando geführt hatte, war überzeugt, dass der INC mit amerikanischer Unterstützung aus der Luft und mit Hilfe eines kleinen Kontingents von Special Forces seine Mission im Irak würde erfolgreich durchführen können. Er war schließlich an einem der erstaunlichsten Kommandounternehmen des ersten Irakkriegs beteiligt gewesen: Mitte Februar 1991 war ein sechzehnköpfiger Delta-Force-Trupp, der südlich von Al-Qaim nahe der syrischen Grenze im Westen des Iraks auf einer Nachtpatrouille unterwegs war, von einer starken gegnerischen Einheit angegriffen worden. Zwei Amerikaner wurden verwundet. Die Männer der Delta Force, die von gepanzerten Fahrzeugen aus operierten, antworteten mit Granatwerfern und Maschinengewehrfeuer und töteten oder verwundeten nach Schätzungen rund 180 Iraker, ohne weitere eigene Verwundungen zu erleiden. Ein amerikanischer Golfkriegsveteran erzählte mir: «Im Westen» – wo das Delta-Kommando eingesetzt war – «gab es wenig Widerstand, und wir hatten große Bewegungsfreiheit», das heißt, die Truppen konnten weitgehend ungehindert agieren. «Das gefiel Downing.»

«Sie glauben, sie haben das perfekte Modell gefunden, das auch tatsächlich funktionieren wird», meinte ein Verteidigungsexperte zu dem modifizierten Kriegsplan. «Dieses Modell besteht aus Bombenangriffen, dem Einschleusen eines kleinen Kontingents von Sondereinheiten und einem Volksaufstand.» Auch Tim McCarthy, ein früherer UN-Waffeninspekteur, bemerkte, dass «der INC darauf setzt,

dass die Iraker einfach reagieren müssen, sobald sich jemand aus der Deckung wagt und die Initiative ergreift. Saddam wird ihnen seine Hammurabis auf den Hals schicken müssen» – die Elite-Panzerdivision der irakischen Armee. Wenn Saddam zum Gegenschlag ausholte, erklärte McCarthy, würden seine Truppen den Luftangriffen der Amerikaner ausgesetzt sein, «und dann sind sie erledigt».

Tschalabis revidierter Kriegsplan, der durch eine von Paul Wolfowitz beauftragte Planungsgruppe des Pentagons überarbeitet und erweitert wurde, landete schließlich bei den Vereinigten Stabschefs, wo er einer Bewertung unterzogen werden sollte. Er ließ die führenden Militärs zwar weitgehend kalt, löste aber eine Diskussion darüber aus, welche Lehren aus Afghanistan im Hinblick auf den Umgang mit Saddam gezogen werden könnten. «Es ist keine Frage, dass wir ihn beseitigen können», erklärte mir ein früherer Regierungsmitarbeiter im Dezember 2001. «Aber was brauchen wir dazu? Die Vereinigten Stabschefs fühlen sich einem gewissen Druck ausgesetzt. Man erwartet sehr viel von ihnen.»

Bedenken wurden beispielsweise von Robert Pape geäußert, einem Politikwissenschaftler an der Universität von Chicago, der ausführlich über die Einsatzmöglichkeiten der Luftwaffe publiziert hat. «Die Lehren aus Afghanistan erschließen sich nicht auf den ersten Blick», erklärte mir Pape. «Luftschläge gewinnen zwar an Bedeutung, aber die eigentliche Lehre lautet, dass man ein größeres Kontingent an Bodentruppen braucht, um die Strategie erfolgreich umzusetzen. Die Taliban, die über fünfzigtausend Kämpfer verfügten, waren über ein zu großes Gebiet verstreut und hatten das Land nie ganz unter Kontrolle. Und im Irak gibt es keine bewaffnete Opposition wie die Nordallianz, Amerikas stärksten Verbündeten in Afghanistan.»

Ein ehemaliger hochrangiger Mitarbeiter des Außenministeriums bezeichnete die Strategie des INC als «höchst riskant, weil zwei Dinge geschehen müssen, die sich seinem Einfluss entziehen: Es muss einen Aufstand gegen Saddam geben, und unsere Verbündeten müssen mit uns an einem Strang ziehen.» Auch ein leitender Geheimdienstmitarbeiter verwarf die Vorstellung, dass das, was in Afghanistan funktioniert hat, zwangsläufig auch im Irak Erfolg haben müsse,

und meinte, dies sei ungefähr so, «als würde man eine Show aus dem ländlichen Rand New Yorks an den Broadway verlegen».

Das Militär reagierte zurückhaltend und bürokratisch auf den Vorschlag. Von einem ehemaligen Beamten erfuhr ich, dass die Vereinigten Stabschefs den Auftrag erteilt hätten, «einen Gegenvorschlag auszuarbeiten», der sich allerdings im Dezember 2001 noch immer im Entwurfsstadium befand. Ein Berater der Air Force erzählte mir, dass der INC in dieser Planung keine Rolle spielte, und er fügte hinzu: «Es wird sich alles im Irak abspielen, aber Tschalabi wird außen vor sein.»

Viele Generäle und Admiräle äußerten heftige Kritik an Tschalabis Vorschlägen. Laut Aussage eines Mitarbeiters der Clinton-Administration gelangte General Zinni als Planungsverantwortlicher beim CENTCOM zu dem Schluss, dass für eine erfolgreiche Invasion des Iraks zwei Corps erforderlich seien – nämlich mindestens sechs Kampfdivisionen oder rund 150 000 Soldaten – und dass die Möglichkeit gegeben sein müsse, von nahe gelegenen Flugplätzen aus Bombereinsätze zu fliegen. In einem Essay, der 2000 in einer Publikation des United States Naval Institute veröffentlicht wurde, erläuterte Zinni, der kurz vor der Pensionierung stand, was man alles brauche, um jemandem wie Saddam einen «Pfahl ins Herz zu treiben: Man muss den politischen Willen aufbringen, das heißt, die Regierung, der Kongress und das amerikanische Volk müssen es wollen. Alle müssen voll und ganz hinter diesem Ziel stehen. Stattdessen versuchen wir es billig zu kriegen. Da gibt es Kongressabgeordnete, die für den Iraqi Liberation Act Geld bereitstellen und es dann einigen Typen in London, die Rolexuhren und teure Seidenanzüge tragen, überlassen wollen, eine Expeditionsgruppe zusammenzustellen. Wir rekrutieren tausend Kämpfer, statten sie mit AK-47-Gewehren im Wert von 97 Millionen Dollar aus und schicken sie in den Irak. Und was kriegen wir dann? Wahrscheinlich eine Neuauflage der Schweinebucht.»

Auch ein Vertreter des Verteidigungsministeriums, der in der Planungsgruppe des Pentagons mitarbeitete, äußerte seine Zweifel an den Erfolgsaussichten eines bewaffneten Aufstands unter Führung des INC, selbst wenn dieser durch amerikanische Bomber und Special Forces unterstützt werden würde. «Was bringt es, wenn wir in

den Krieg ziehen, aber das politische Grundproblem nicht in Angriff nehmen?», fragte er. «Dann haben wir es in fünf Jahren mit einem neuen Tyrannen zu tun. Wenn durch diesen Krieg dem Dschihad endgültig ein Ende bereitet werden soll, dann muss er sich auf eine breit abgesicherte politische Agenda stützen.»

Ein enger Mitarbeiter Zinnis erklärte mir: «Wir stellten uns die Frage: ‹Was kommt danach?› Wie lässt sich langfristig Sicherheit im Irak herstellen? Soll man zum Beispiel die Republikanischen Garden» – jene Truppenteile, die Saddam am treuesten ergeben waren – «zerschlagen und entwaffnen? Oder wäre es besser, wenn man aus den Beschützern Saddams die Beschützer des Iraks macht? Im Norden leben Kurden, im Süden Schiiten, in der Mitte des Landes konzentrieren sich die Anhänger der Baath-Partei, und es bestehen starke Spannungen zwischen den Volksgruppen. Das Potenzial für einen Bürgerkrieg ist vorhanden. Kommt dazu noch eine Opposition von außen, dann kann große Instabilität entstehen. Ich bin Militärplaner und befasse mich mit dem schlimmsten Fall. Und so schlimm dieser Kerl auch ist, ein stabiler Irak ist besser als ein instabiler.»

Als ich James Woolsey, den früheren CIA-Direktor, auf diese Befürchtungen ansprach, meinte er: «Der Irak hat seine unterschiedlichen Volksgruppen und seine regionalen Bindungen, aber er besitzt auch eine stark entwickelte soziale Infrastruktur mit gut ausgebildeten Menschen. Es gibt keinen Grund, weshalb sich in diesem Land nicht eine föderative Demokratie – oder eine lockere Föderation – entwickeln könnte.»

«Es geht nicht darum, wie wünschenswert es wäre, Saddam loszuwerden», sagte mir ein ehemaliger leitender Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums. «Jeder im Nahen Osten wäre froh, wenn er verschwinden würde. Aber das Problem ist, dies zu bewerkstelligen.»

Gegen Ende des Jahres 2001 berichtete mir dieser leitende Regierungsbeamte, er glaube, dass Präsident Bush sich noch nicht entschieden habe, was er wegen des Iraks unternehmen wolle. Bis dahin, so erklärte er, werde das Außenministerium weiterhin oppositionelle Gruppen und auch den INC finanziell unterstützen. In einem Interview mit der *Washington Post* kurze Zeit zuvor, im Herbst jenes Jahres, hatte Condoleezza Rice eine Anleihe beim Football gemacht,

um darauf hinzuweisen, dass noch alle Optionen offen seien. «Wir werden neue Kommandos ausgeben, wenn wir an die Linie kommen», sagte sie dem Kolumnisten Jim Hoagland.

Es besteht Grund zu der Annahme, dass Saddam Hussein durch die kriegerische Rhetorik in Washington verunsichert wurde. «Die Iraker haben eine Mordsangst», erklärte ein Geheimdienstmitarbeiter. Auch die Nachrichtendienste hatten, einem früheren Mitarbeiter zufolge, Hinweise erhalten – wie schwierig es auch sein mochte, diese zu verifizieren –, dass die Iraker dazu bereit sein könnten, sich an der Jagd nach Osama Bin Laden zu beteiligen. Durch diplomatische Kanäle via Kanada wurden versöhnliche Signale gesandt, die schließlich auch das Weiße Haus erreichten.

Wie mir ein Informant berichtete, bestand innerhalb der Regierung in einer Frage jedoch weitgehend Konsens: in der Gegnerschaft zu erneuten UN-Waffeninspektionen im Irak. Die Inspekteure waren Ende 1998 zurückgezogen worden, nachdem sie sieben Jahre lang mühevoll, mitunter aber auch sehr erfolgreich im Irak nach verbotenen Waffen gesucht hatten, und seitdem weigerte sich die irakische Regierung, wieder Inspekteure ins Land zu lassen. «Ich weiß, dass hochrangige Regierungsvertreter starke Zweifel hegen hinsichtlich der Realisierbarkeit einer neuerlichen Inspektion», sagte mir ein Abrüstungsexperte.

Ein pensionierter Flag Officer erläuterte anschaulich die Abschreckungsstrategie der Regierung: «Wir müssen Saddam klar machen, dass er eins auf die Rübe kriegt, wenn er den Kopf herausstreckt.»

2. Der Krieg rückt näher

Auch im Frühjahr 2002, nach einem Jahr heftiger interner Querelen, war die Bush-Regierung noch immer uneins, was den Irak betraf. Es herrschte zwar weitgehend Übereinstimmung darüber, dass Saddam Hussein gestürzt werden solle, doch die Geister schieden sich daran, wie dies zu erreichen war. Der Präsident hatte seinen einander verfeindeten Behörden und Ministerien eine Frist gesetzt: Bis zum 15. April 2002 sollten sie einen «ausgegorenen Plan», wie es ein leiten-

der Mitarbeiter des Außenministeriums ausdrückte, zur Beseitigung des Regimes vorlegen. Der Präsident traf sich in jenem Monat mit dem britischen Premierminister Tony Blair, dessen Unterstützung bei einem Vorgehen gegen den Irak als unverzichtbar galt.

Es wurde kontrovers diskutiert, wie viele amerikanische Soldaten notwendig sein würden, ob sofort Bagdad ins Visier genommen werden sollte, welcher irakische Oppositionspolitiker als Interimspräsident eingesetzt werden könnte und – die wichtigste Frage – wie das irakische Militär auf einen Angriff reagieren würde: Ob es sich zurückziehen und sich schließlich sogar gegen Saddam wenden würde? Oder würde es Widerstand leisten und kämpfen?

Die normalen Planungsabläufe wurden weitgehend außer Kraft gesetzt, berichteten mir damals mehrere Militär- und Geheimdienstangehörige. Üblicherweise hätte eine Reihe von vorbereitenden Studien unter Leitung des Nationalen Sicherheitsrats und der Vereinigten Stabschefs erstellt werden müssen. Ich erfuhr jedoch, dass die Joint Chiefs of Staff und deren Vorsitzender, Luftwaffengeneral Richard Myers, nur am Rande hinzugezogen worden waren. Wie mir ein hochrangiger Regierungsberater erzählte, vollzogen sich die militärischen Planungen für den Irak gewissermaßen unter «Sichtflugbedingungen» – unter minimaler Anleitung.

Der Streit zwischen Pentagon und Außenministerium hatte mittlerweile eine persönlichere Note bekommen. «Die rechten Knallköpfe melden sich zurück», äußerte ein Mitarbeiter von Armitage über Wolfowitz und sein Team. «Sie haben ihre Messer aufgeklappt.» Der hochrangige Beamte aus dem Außenministerium bemerkte mir gegenüber wütend, er werde sich «ihnen entgegenstellen» – seinen «hirnverbrannten» Kontrahenten aus dem Pentagon –, «zu jeder Zeit und an jedem Ort». Einer dieser Kontrahenten bezeichnete hingegen das Verhalten des Außenministeriums als «unglaublich empfindlich und arrogant. Sie behandeln uns, als wären wir Krawallmacher – vor allem jene von uns, die aus der rechten Ecke kommen. Das American Enterprise Institute» – ein konservativer Think Tank in Washington – «ist für sie anscheinend so etwas wie das Mutterschiff von Darth Vader.»

Besonders verärgert waren leitende Mitarbeiter des Außenministe-

riums über William Luti, den Staatssekretär im Verteidigungsministerium, der für Angelegenheiten des Nahen Ostens und Südostasiens zuständig war. Luti, ein pensionierter Navy-Kapitän und Golfkriegsveteran, der im Sommer 2001 im Stab von Vizepräsident Cheney mitgearbeitet hatte, war ihrem Eindruck nach derart besessen von einem sofortigen Sturz Saddams, dass er die Konsequenzen überhaupt nicht durchdachte. Doch Luti fand Unterstützung bei Richard Perle.

In früheren Administrationen waren solche Streitigkeiten zwischen den Ministerien in der Regel vom Nationalen Sicherheitsberater geschlichtet worden. Doch unter Condoleezza Rice waren die Interventionsmöglichkeiten des Sicherheitsrats durch eine Reihe von Rücktritten und Versetzungen verringert worden, die zumindest teilweise das Ergebnis interner Konflikte waren. Im März jenes Jahres verfügte der Nationale Sicherheitsrat in seinem Stab über keinen Irak-Experten mehr. Bruce Riedel, der langjährige Fachmann für den Mittleren Osten, war kurz zuvor für ein Forschungsjahr nach Europa gegangen, und sein Nachfolger im Stab des Sicherheitsrats, ein ausgeliehener CIA-Mitarbeiter, kehrte schon nach wenigen Monaten im Weißen Haus zum Geheimdienst zurück. Ein dritter Experte für diese Region war ausgeschieden, nachdem er sich mit einigen Zivilisten im Pentagon eine Reihe kontroverser politischer Debatten geliefert hatte. Da es keinen Ersatz gab, musste der Sicherheitsrat, wie ein ehemaliger Mitarbeiter sich mir gegenüber ausdrückte, wichtige Papiere in «Auftragsarbeit» von der CIA oder dem Außenministerium erstellen lassen.

Wayne Downing, der frühere General – und INC-Berater –, den Präsident Bush zum stellvertretenden Leiter der Terrorismusbekämpfung im Nationalen Sicherheitsrat ernannt hatte, begann allmählich das Vakuum in diesem Gremium zu füllen, das durch die fehlende eigenständige Irak-Kompetenz entstanden war. Downing engagierte Linda Flohr, eine ehemalige CIA-Mitarbeiterin, die 1994 nach ihrem Ausscheiden aus dem Dienst – zuletzt war sie dort in der hochgeheimen Iraqui Operations Group tätig gewesen – zu der Firma Rendon Group ging, ein PR-Unternehmen, das 1991 von der CIA mit der Öffentlichkeitsarbeit für die irakische Opposition, darunter auch Tschalabis INC, beauftragt worden war. Diese Firma, die von John

Rendon geleitet wurde, einem ehemaligen Vorsitzenden des Nationalkomitees der Demokratischen Partei, erhielt nach Aussagen eines INC-Vertreters im Laufe der folgenden fünf Jahre fast hundert Millionen Dollar von der CIA. Im Herbst 2001 wurde die Rendon Group vom Verteidigungsministerium engagiert, um die Regierung im Umgang mit «Desinformationen» über den Krieg in Afghanistan zu beraten. Die Dienste dieser Firma wurden auch vom Office of Strategic Influence des Pentagons in Anspruch genommen, das im Februar 2002 aufgelöst wurde, nachdem die *New York Times* berichtet hatte, dass es ausländische Korrespondenten mit «Nachrichten, möglicherweise auch mit gefälschten Nachrichten» versorgte. Rendons Vertrag mit dem Pentagon wurde allerdings nicht gekündigt. Flohr arbeitete darüber hinaus für ein privates Unternehmen – es stellte kugelsichere Westen her –, das von Oliver North gegründet worden war, einem ehemaligen Angehörigen des Marinecorps und während der Reagan-Administration Berater des Nationalen Sicherheitsrats, der wegen seiner Verwicklung in den Iran-Contra-Skandal entlassen worden war.

Die Irak-Falken und ihre Gegner stritten über den möglichen Nutzen Tschalabis. Die zivile Führung des Pentagons beharrte weiterhin darauf, dass nur der INC die irakische Opposition führen könne. Zur selben Zeit erklärte mir aber ein früherer Regierungsbeamter: «Alle, bis auf das Pentagon und das Büro des Vizepräsidenten, wollen den INC fallen lassen.» Die Kritiker des INC wiesen darauf hin, dass Tschalabi trotz jahrelanger Bemühungen und millionenschwerer amerikanischer Unterstützung im Irak außerordentlich unbeliebt war. «Wenn wir auf Tschalabi setzen, könnte nach einem Sturz Saddams ein Bürgerkrieg ausbrechen», äußerte ein ehemaliger CIA-Agent mir gegenüber.

Ein früherer hochrangiger Pentagon-Mitarbeiter fügte hinzu: «Es gibt einige Dinge, die ein Präsident nicht befehlen kann, und dazu gehört die Entstehung einer inneren Opposition. Zeigen Sie mir so etwas wie die Nordallianz» – das Oppositionsbündnis in Afghanistan hatte mit US-Hilfe gleich zu Beginn des Krieges große Erfolge gegen die Taliban vorweisen können –, «dann können wir darüber reden, was es kostet, sie aufzubauen.» Ein ehemaliger CIA-Stationsleiter im

Mittleren Osten erklärte mir: «Es wäre lächerlich, wenn wir uns auf Tschalabi stützen würden. Er besitzt keine Glaubwürdigkeit in der Region.»

Die CIA und das Außenministerium verstärkten ihre Bemühungen, ein Bündnis aus ehemaligen irakischen Militärs und Oppositionsgruppen aufzubauen, um die unbeirrbaren Tschalabi-Unterstützer davon zu überzeugen, dass auch ein anderes Vorgehen Erfolg versprechend sein könnte – ohne den INC einzubeziehen. Vertreter der verschiedenen irakischen Oppositionskräfte trafen sich mittlerweile regelmäßig in London, und das lang ersehnte Ziel einer breiten Front – ohne Tschalabi – «nahm Gestalt an», wie ein ehemaliger CIA-Agent meinte, nicht zuletzt auch deshalb, weil den übrigen Irakern Tschalabis Arroganz und Selbstherrlichkeit missfielen. «Tschalabi hat es geschafft, die Opposition gegen sich zusammenzuschweißen», bemerkte ein Geheimdienstmitarbeiter. Zu den wichtigsten Teilnehmern dieser Runde, in der CIA bisweilen auch die «Viererbande» genannt, zählten Vertreter der entschieden Saddam-feindlichen Patriotischen Union Kurdistans, der stark rivalisierenden Demokratischen Partei Kurdistans, des pro-iranischen Hohen Rates der Islamischen Revolution im Irak, einer schiitischen Widerstandsgruppe, und des Iraqi National Accord, der sich im britischen Exil befand und von dem Neurologen Ijad Allawi geführt wurde, der in den siebziger Jahren den Irak verlassen hatte.

Bereits ein knappes halbes Jahr nach dem 11. September trafen sich Allawi und eine Reihe ehemaliger irakischer Offiziere mit CIA-Vertretern in verschiedenen Hotels in Virginia zu Gesprächen, die allerdings eher wie Vorsprechen anmuteten. Allawi, als Gründer des Iraqi National Accord, konnte darauf verweisen, dass er sich seit zwei Jahrzehnten an Aktivitäten gegen Saddam beteiligte. Weniger bekannt war jedoch seine Tätigkeit als Funktionär der Baath-Partei in den sechziger und siebziger Jahren, als Saddam, der 1979 Präsident wurde, sich darum bemühte, die Partei in den Griff zu bekommen. «Allawi hat Saddam zur Macht verholfen», erzählte mir ein amerikanischer Geheimdienstmitarbeiter. «Er war ein sehr effizienter Funktionär und ein treuer Anhänger Saddams.» Reuel Marc Gerecht, ein ehemaliger Einsatzoffizier der CIA, der im Mittleren Osten im Dienst

gewesen war, fügte hinzu: «Allawi hat zwei herausragende Merkmale. Zum einen hält er sich für einen sehr ideenreichen Menschen. Und zum anderen ist er ein Schlägertyp.»

Anfang 2004 veröffentlichte eine ehemalige Mitstudentin und Medizinerkollegin Allawis, Dr. Haifa al-Azawi, in einer in London erscheinenden arabischen Zeitung einen Artikel, in dem sie seinen Charakter und seine berufliche Redlichkeit in Zweifel zog. Sie beschrieb Allawi als einen «großen, kräftigen Mann ... der eine Pistole am Gürtel trug, die er häufig polierte und mit der er seine Kommilitonen erschreckte». Allawis medizinisches Diplom, schrieb sie, «wurde ihm von der Baath-Partei verliehen». Im Jahr 1971 zog Allawi nach London, angeblich um sein Medizinstudium fortzusetzen. Doch tatsächlich übernahm er dort die Leitung der Operationen der Baath-Partei in Europa und beteiligte sich bis 1975 an den örtlichen Aktivitäten des Muchabarat, des irakischen Geheimdienstes.

«Wenn Sie mich fragen, ob Allawi aus seiner Zeit in London Blut an den Händen hat, dann lautet die Antwort eindeutig ja», erklärte mir der frühere CIA-Offizier Vincent Cannistraro. «Er war ein bezahlter Muchabarat-Agent und in kriminelle Machenschaften verwickelt.» Ein Nahost-Diplomat im Kabinettsrang erzählte mir, Allawi habe einem «Killerkommando» des Muchabarat angehört, das in Europa irakische Dissidenten jagte und tötete. Auf meine diesbezügliche Anfrage reagierte Allawis Büro nicht. Irgendwann fiel Allawi aus ungeklärten Gründen in Ungnade, und die Baathisten unternahmen mehrere Versuche, ihn zu töten. Der dritte Anschlag – ein mit einer Axt bewaffneter Attentäter drang 1978 in sein Haus in der Nähe von London ein – trug Allawi einen einjährigen Krankenhausaufenthalt ein.

Der größte Hoffnungsträger der CIA indes war Nizar Khazraji, der ehemalige Leiter des irakischen Generalstabs, der sich Mitte der neunziger Jahre ins Ausland abgesetzt hatte. Die CIA glaubte, der Sunnit und frühere Armeekommandant Khazraji finde größere Akzeptanz beim irakischen Offizierskorps als Tschalabi, der nicht auf eine militärische Laufbahn zurückblicken konnte. Tschalabis Anhänger im Pentagon hielten dagegen, dass er nicht nur Schiit sei wie die große Mehrheit der Iraker, sondern auch, wie es ein Wissenschaftler

formulierte, ein «vollkommen verwestlichter Geschäftsmann» – doch gerade dies war einer der Gründe, die das Außenministerium zweifeln ließen, dass er genügend Unterstützung beim irakischen Volk würde finden können.

Tschalabi und seine Verbündeten initiierten daraufhin eine Medienkampagne gegen Khazraji, beschuldigten ihn, an einem Kriegsverbrechen beteiligt gewesen zu sein – dem Giftgasangriff auf die kurdische Stadt Halabdscha im Jahr 1988, was Khazraji jedoch bestritt –, und verdächtigten ihn, ein Doppelagent zu sein. Im November 2002 wurde Khazraji in Dänemark, wo er im Exil lebte, wegen Kriegsverbrechen angeklagt und unter Hausarrest gestellt. Kurz darauf verschwand er.

«Es tobt ein gewaltiger Feuersturm über Tschalabi, der uns daran hindert, an das irakische Militär heranzukommen», erklärte mir ein ehemaliger CIA-Agent Anfang 2002. «Für Außenseiter ist es wirklich schwer, zu begreifen, weshalb die Situation so verfahren ist.»

Im Irakkrieg von 1991 wurden mehr als 500 000 amerikanische Soldaten eingesetzt, und im Frühjahr 2002 beharrten die Militärplaner im Zentralkommando in Tampa darauf, dass mindestens sechs Kampfdivisionen – rund 150 000 Soldaten – bei einer neuerlichen Invasion erforderlich sein würden. Kenneth Pollack, in der Clinton-Administration der Leiter der Abteilung Persischer Golf im Nationalen Sicherheitsrat, gab in einem Artikel in *Foreign Affairs* (Ausgabe März/April 2002) folgende militärische Beurteilung ab:

> Leichte Infanterie wird erforderlich sein, falls Saddams Getreue den Kampf in die irakischen Städte tragen. Luftlandeeinheiten werden benötigt, um gleich zu Beginn der Kämpfe die irakischen Ölfelder zu sichern und jene Orte zu besetzen, von denen aus Saddam Raketen auf Israel oder Saudi-Arabien abfeuern könnte. Und nach Beendigung der Kämpfe werden Besatzungstruppen notwendig. Insgesamt muss diese Streitmacht 200 000 bis 300 000 Soldaten umfassen; für die Invasion werden vier bis sechs Divisionen benötigt zuzüglich Versorgungseinheiten, für die Luftangriffe braucht man 700 bis 1000 Kampfflugzeuge und ein bis fünf Flugzeugträger ... Eine derartige Streitmacht im Persischen Golf zu-

sammenzuziehen würde drei bis fünf Monate in Anspruch nehmen, der Krieg selbst jedoch würde wahrscheinlich nur einen Monat dauern, einschließlich der Luftangriffe zu Beginn des Feldzugs.

Die Falken innerhalb und außerhalb der Regierung, insbesondere Paul Wolfowitz und Richard Perle, vertraten hingegen die Auffassung, ein großer Truppenaufmarsch werde im Irak unverzüglich einen Aufstand gegen Saddam Hussein auslösen, der sich rasch ausbreiten würde. Als ich Anfang 2002 mit Perle sprach, wischte er die häufig geäußerten Befürchtungen der Anrainerstaaten vom Tisch, die mit einem langwierigen Bürgerkrieg und Chaos rechneten, falls die irakische Armee anhaltenden Widerstand leisten würde. «Die Araber sind wie die meisten Menschen», erklärte mir Perle. «Sie mögen Sieger und stellen sich immer auf die Seite des Siegers.» Und General Downing, der im ersten Golfkrieg eine Spezialeinheit befehligt hatte, kritisierte das Pentagon wegen seiner umfangreichen Planungen, die davon ausgingen, dass eine große Streitmacht erforderlich sein würde, und erklärte gegenüber seinen Freunden vom INC, wenn 5000 Soldaten genügten, um den Job zu erledigen, dann beharre das Pentagon auf mindestens dem fünffachen Personaleinsatz.

Einer der gewichtigsten Teilnehmer in den Diskussionen über die Truppenstärke war Armeegeneral Tommy Franks, der als Chef des CENTCOM für einen Feldzug im Irak verantwortlich sein würde – und der bereits die zunehmend schwieriger werdende Operation in Afghanistan geleitet hatte. Anfang 2002 hörte ich von Regierungsmitarbeitern, dass Franks weiterhin der Linie seines Vorgängers General Zinni folgte und trotz wachsenden Drucks der Zivilisten aus dem Pentagon darauf beharrte, dass ein sorgfältiger und intensiver Truppenaufbau in der Region erforderlich sei, bevor man den Irak angreifen könne. «Franks ist sehr beharrlich», erzählte mir ein Mitarbeiter von Armitage im Februar. Im Vergleich zu ihren Kollegen in den übrigen Teilen der Streitkräfte wurden die Planer des Marinekorps als weniger zuversichtlich beschrieben, was die Erfolgsaussichten einer kleineren amerikanischen Invasionstruppe betraf. «Das Heer und die Luftwaffe stehen bereit», fuhr der Armitage-Mit-

arbeiter fort. «Jetzt heißt es: ‹Bearbeiten wir die Marines.› Die Marines graben sich ein und wollen nicht so recht» – das heißt, sie waren nicht bereit, Zugeständnisse im Hinblick auf die Truppenstärke zu machen.

«Eine Menge Leute glauben, das sei ein Kinderspiel. Aber die werden eine große Überraschung erleben», erklärte mir damals ein gerade pensionierter hochrangiger Offizier, der mit der Führung der Marines CENTCOM-Analysen erstellt hatte. Ein früherer US-Botschafter im Nahen Osten meinte: «Wenn wir drei Monate lang bombardieren müssen und es viele Opfer unter der Zivilbevölkerung gibt, kriegen wir massive Probleme in der arabischen Welt.» Scott Ritter, der ehemalige Marine, der in den neunziger Jahren die Waffeninspektionen im Irak geleitet und vor dem Krieg darauf beharrt hatte, dass der Irak keine Massenvernichtungswaffen mehr habe, erklärte mir, dass die irakische Armee auf eine Invasion auch durch einen Rückzug aufs Land reagieren könne. «Was tun wir dann?», fragte Ritter. «Etwa die Städte dem Erdboden gleichmachen?»

In den ersten Monaten des Jahres 2002 erklärten Tschalabi und seine Unterstützer im Pentagon gegenüber Journalisten, dass der Angriff bereits in jenem Frühjahr erfolgen könne. Mögliche Widerstände von Frankreich und Russland, den beiden größten Ölhandelspartnern Saddams, würden, so erklärte mir ein leitender INC-Repräsentant, durch die Zusicherung überwunden werden, dass diese Länder Zugang erhielten zu den außerordentlich reichen Ölfeldern im Südirak. Er fügte hinzu, Tschalabi stehe mit amerikanischen Ölkonzernen in Kontakt, um sicherzustellen, dass auf den Ölfeldern die Produktion rasch wieder aufgenommen werden könne, sodass die neue Interimsregierung, die der INC zu leiten hoffe, über Einnahmen verfügen werde. Die russischen und französischen Ölfirmen würden «als Juniorpartner mit den Amerikanern zusammenarbeiten müssen».

Doch der hochrangige Mitarbeiter des Außenministeriums erzählte mir zur selben Zeit: «Der Präsident hat einen Zeitplan, aber der stimmt nicht mit dem überein, was diese Jungs Ihnen erzählen. Wir greifen nicht Bagdad an, damit al-Qaida dann in Chicago zuschlägt. Das wäre das Letzte, was wir wollen. Da würden wir schlecht dastehen.» Er fuhr fort: «Wenn wir in den Irak gehen, dann machen

wir es richtig. Es gibt ein Vorher und ein Nachher, und dieses Nachher müssen wir gut vorbereiten.» Ähnlich äußerte sich ein hochrangiger Geheimdienstmitarbeiter, der im Hinblick auf Afghanistan bemerkte: «Wir sind dort noch nicht fertig und haben noch eine Menge zu tun, sodass wir nicht gleich auf jemand anders losgehen können.» Ein anderer ehemaliger Geheimdienstler erklärte sehr bildhaft: «Wir sind wie eine kräftige Boa constrictor und erwürgen all diese Terroristen», sagte er. «Aber zuerst müssen wir die Ratten verdauen, die wir schon geschluckt haben, bevor wir uns die nächsten vorknöpfen können.»

Anfang Februar 2002 war der israelische Ministerpräsident Ariel Sharon zu Besuch in Washington. Offiziell ging es um den Palästinakonflikt, doch das Weiße Haus hatte noch ein anderes wichtiges Anliegen: Israel sollte davon in Kenntnis gesetzt werden, dass der Präsident entschlossen war, Saddam zu stürzen, und die israelische Führung sollte überredet werden, auf einen Gegenschlag zu verzichten, falls der Irak wie im Golfkrieg von 1991 Israel mit Scud-Raketen beschießen sollte. Israel lag in ihrer Reichweite, wenn diese aus dem Westen des Iraks abgeschossen wurden. Im Krieg 1991 waren 39 Scud-Raketen in Israel eingeschlagen. Aber trotz intensiver Suche der US-Kommandeure aus der Luft und zu Lande und trotz wiederholter gegenteiliger öffentlicher Behauptungen gibt es keine Belege dafür, dass amerikanische Special Forces während des Golfkriegs mobile Raketenabschussrampen gefunden und zerstört hätten.

Bei Sharons Besuch, so erfuhr ich von amerikanischen und israelischen Regierungsvertretern, verständigten sich der Ministerpräsident und sein Verteidigungsminister Benjamin Ben-Eliezer mit Washington darauf, dass Israel vorab von einer bevorstehenden Invasion unterrichtet werden würde. Sie drängten die Bush-Administration dazu, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen – beispielsweise eine große Zahl von Soldaten in den Westen des Iraks zu schicken –, um mögliche Abschussrampen bereits zu Beginn des Angriffs zerstören zu können.

Aber die politischen Führer Israels weigerten sich, dem Weißen Haus einen Verzicht auf Vergeltung zu versprechen. Ein hoher israe-

lischer Regierungsbeamter sagte mir kurz nach dem Treffen: «Wir erklärten, dass die Vereinigten Staaten bei ihren Überlegungen grundsätzlich davon ausgehen sollten, dass Israel im Falle eines Angriffs zurückschlagen wird. Wir wurden 1991 angegriffen und haben nicht zurückgeschlagen, weil wir dadurch möglicherweise die amerikanisch-arabische Kriegskoalition gefährdet hätten. Unser Verzicht auf einen Gegenschlag wurde damals im Westen als sehr klug bewertet, in der arabischen Welt aber hatte er negative Auswirkungen auf die Glaubwürdigkeit unserer Abschreckung. Wenn jemand meint, er könne Israel angreifen, ohne mit zehnfacher Vergeltung rechnen zu müssen, dann täuscht er sich. Das wird nicht noch einmal vorkommen. Unsere Botschaft ist klar: Wenn eine Scud-Rakete mit einem schmutzigen Sprengkopf auf Tel Aviv abgefeuert wird und dadurch vielleicht Dutzende Menschen sterben, will dann jemand ernsthaft erwarten, dass wir uns ruhig verhalten? Will dann wirklich jemand von uns verlangen, dass wir nicht zurückschlagen?»

In den Gesprächen ließ die Bush-Regierung die israelische Seite wissen, sie rechne damit, dass die irakische Führung ihre Scud-Raketen mit biologischen und chemischen Sprengköpfen bestücken würde. «Niemand schließt die Möglichkeit biologischer Kriegführung aus», sagte der israelische Regierungsvertreter, «aber wir halten es für wahrscheinlicher, dass biologische Waffen bei der irakischen Luftwaffe eingesetzt werden und nicht bei Scud-Raketen. Daher stellen sie für uns keine allzu große Bedrohung dar. 1991 hat kein irakisches Flugzeug Israel erreicht, und heute hat Saddam nicht mehr Möglichkeiten als damals – aber wir haben unsere Flugabwehr deutlich verbessert.» Doch er fügte auch hinzu: «Wenn Saddam zu der Überzeugung gelangt, dass die Amerikaner auf einen Regimewechsel hinarbeiten und er selbst das Hauptziel der Invasion ist, dann ist alles denkbar.»

Ein Mitarbeiter von Armitage schätzte die Bedrohung Israels und dessen Fähigkeit zum Gegenschlag als wichtige Faktoren ein, die bei der Kriegsplanung nicht unberücksichtigt bleiben dürften, vor allem im Hinblick auf Israels atomare Kapazität: «Wenn Saddam in großem Stil gegen Israel losschlägt und die Israelis antworten in einer vergleichbaren Größenordnung, dann haben wir die gesamte arabisch-

sprachige Welt gegen uns, einschließlich der islamistischen Terroristen.»

In einem Interview, das ich damals mit ihm führte, versuchte Richard Perle die Sorgen der Israelis wegen eines möglichen Bombenangriffs durch den Irak zu zerstreuen: Weil Saddam wisse, dass Israel aller Wahrscheinlichkeit nach vernichtend zurückschlagen würde, werde er das Land nur angreifen, wenn ihm keine anderen Optionen mehr blieben. «Im schlimmsten Fall würde Saddam in seiner Verzweiflung Massenvernichtungswaffen gegen Israel einsetzen», erklärte mir Perle. «Aber wenn man davon ausgeht, dass dies eine Verzweiflungstat wäre, muss man sich die Frage stellen, ob solche wahnsinnigen Befehle Saddams überhaupt noch ausgeführt werden würden» – er nahm an, dass die irakischen Truppen und die Zivilbevölkerung, ermutigt durch die Bombardierungen und die Angriffe der Amerikaner, gegen ihre Führung rebellieren würden. «Wenn Sie für eine Scud-Einheit zuständig sind und den Befehl erhalten, die Raketen abzufeuern, würden Sie das tun? Wenn Sie's tun, werden Sie aufgehängt, oder Sie sterben auf andere Weise. Wenn Saddam so etwas macht», den Befehl zum Angriff auf Israel zu erteilen, «ist er ohnehin erledigt.»

«Niemand behauptet, es wäre risikolos», bemerkte Perle im Hinblick auf einen Angriff der Amerikaner. «Für die Israelis stellt sich natürlich die Frage, ob sie mehr Sicherheit erhalten. Wenn für die israelische Führung bereits die gegenwärtige Bedrohung durch Saddam eine ernsthafte Gefahr darstellt, was wird dann geschehen, wenn er eines Tages Atomwaffen besitzen sollte?» In Anlehnung an die Auffassungen von Wolfowitz und anderen Vertretern des Pentagons sagte Perle: «In dem Augenblick, in dem Saddam ernsthaft herausgefordert wird, ist er Geschichte.»

Andere Fürsprecher der Administration konnten dagegen kaum Hinweise auf ein langfristiges Denken erkennen. «Die zentrale Prämisse der Amerikaner lautet: Wenn man sich den Irak vornimmt, wird sich auch alles andere regeln», sagte Geoffrey Kemp in einem Interview Anfang 2002. Der Nahost-Experte im Sicherheitsrat der Reagan-Administration war jetzt Leiter des Regional Strategic Program am Nixon Center und analysierte verschiedene Optionen für den Nahen Osten in der Zeit nach Saddam. «‹Syrien zeigt Wohlverhalten. Die

Saudis kooperieren. Der Iran wird von amerikanischen Truppen eingekreist sein, und die Mullahs werden Zugeständnisse an die gemäßigten Kräfte machen müssen. Es wird eine Friedensregelung zwischen Israel und den Palästinensern geben. Das Ende Saddams wird zur wirtschaftlichen Wiedergeburt des Iraks führen.› Ich würde sagen: Phantastisch – wenn es so kommt!» Kemp fuhr fort: «Was auch immer geschieht, Bush kann es sich nicht leisten zu scheitern. Am Ende brauchen wir eine stabile, prowestliche Regierung in Bagdad. Aber man muss sich auch mit dem schlimmstmöglichen Fall beschäftigen. Ein Albtraum wäre es, wenn Saddam Massenvernichtungswaffen einsetzen würde und es schließlich auf einen Krieg der USA und Israels gegen den Irak hinausliefe. Keiner weiß, wie viel das alles kosten wird. Vielleicht wird die Ölversorgung unterbrochen. Und außerdem haben wir auch noch Afghanistan am Hals. Der einzige Grund für einen Einmarsch wäre der, dem Irak jegliche Möglichkeit zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen zu nehmen. Wenn Saddam und seine Söhne weg sind, bestehen immer noch zwei Notwendigkeiten: die umfassende Kooperation derjenigen, die dann am Ruder sind, und Inspektionsteams, die in jedem Schlafzimmer und in jedem Winkel der Paläste nachschauen. Der Irak ist ein stolzes Land, das gedemütigt worden ist, und es wäre verrückt, anzunehmen, dass diese Menschen, auch wenn sie Saddam zum Teufel wünschen, die USA lieben. Es wird ein latenter Nationalismus entstehen, und es wird Leute geben, die ihre Waffen, die sie versteckt haben, behalten wollen. Es besteht die Gefahr, dass sich dieses Potenzial eines Tages entlädt – dass sich ein kleiner Kampfverband irgendwo sein autonomes Gebiet schafft.»

Mitte März 2002 begab sich Vizepräsident Cheney auf eine ausgedehnte Reise in den Mittleren Osten – dort war der amerikanische Truppenaufmarsch bereits in vollem Gang, obwohl nicht viel darüber berichtet wurde. Offiziell gab das Pentagon damals bekannt, dass rund 5000 amerikanische Soldaten in Kuwait stationiert seien, aber ein hochrangiger Regierungsberater berichtete mir, dass sich Mitte Februar bereits viel mehr Soldaten dort befanden und auch die Marinepräsenz vor den Küsten wesentlich verstärkt worden war. Der

Truppenaufmarsch solle dem Schutz Kuwaits und anderer verbündeter Staaten in der Golfregion dienen, falls Saddam sich zu einem Erstschlag entschließen sollte, erklärten Geheimdienstmitarbeiter.

Die Redewendung von der «Achse des Bösen», die der Präsident 2002 in seiner Rede zur Lage der Nation hatte verlauten lassen, und das wachsende amerikanische Arsenal führten zu besorgten diplomatischen Anfragen aus dem Mittleren Osten und Europa. Cheney hatte sich vorgenommen, auf dieser Reise die Position der USA zu erläutern und eine Koalition für eine neuerliche Irak-Invasion zu schmieden – ein ehrgeiziges Vorhaben. Zum damaligen Zeitpunkt konnte man allein auf Großbritannien als Verbündeten bauen.

Was einen Angriff auf den Irak betraf, waren nicht alle Regierungsvertreter überzeugt, dass der Präsident erreichen würde, was er wollte: einen erfolgreichen Umsturz mit möglichst wenigen amerikanischen Verlusten und die Einsetzung eines prowestlichen Regimes. «Der Anfang ist schnell gemacht», bemerkte ein früherer Geheimdienstmitarbeiter vor Cheneys Reise, «aber wie bringen wir das wieder zu Ende?» Mit Blick auf Bushs erklärtes Ziel, Saddam zu beseitigen, meinte er: «Das ist wie mit einem Schneeball, der einen Hügel hinabrollt und dabei immer mehr beschleunigt. Er wird größer und größer, aber keiner weiß, was er tun soll.»

Die Insider im Weißen Haus hegten keine Zweifel über die Absichten des Präsidenten und darüber, wann er seinen Entschluss gefasst hatte. «Ich kam Anfang 2002 ins Weiße Haus und begann an den Sitzungen des Nationalen Sicherheitsrats teilzunehmen», erzählte mir ein ehemaliger Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrates. «Immer wenn der Präsident über den Irak sprach, wussten wir, dass da etwas passieren würde.» Zwar wurde stets festgehalten, dass noch keine Entscheidung gefallen sei, so der NSC-Mitarbeiter, aber allen Beteiligten sei klar gewesen, dass es beschlossene Sache war. Am 22. Februar 2002 «wurde dann endgültig die Entscheidung für den Krieg getroffen».

Diese nicht erklärte Entscheidung hatte verheerende Folgen für den weiteren Kampf gegen den Terrorismus. Die Bush-Administration konzentrierte viele Geheimdienstoperationen, die al-Qaida und

andere Terrorgruppen in verschiedenen Teilen der Welt im Visier gehabt hatten, nun auf den Persischen Golf. Nachrichtenoffiziere und Spezialagenten wurden plötzlich umdirigiert und mehrere laufende Programme zur Terrorismusbekämpfung eingeschränkt.

Im Mai 2002 berieten die Vereinten Nationen über die Wirtschaftssanktionen gegen den Irak. Die neuen «klugen» Sanktionen, die von der Regierung Bush angestrebt wurden, hätten es dem irakischen Regime erschwert, Produkte zu kaufen, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke zu nutzen sind, hätten es aber andererseits ermöglicht, mehr Medikamente und andere lebensnotwendige Güter ins Land einzuführen, wodurch sich die Lage der Bevölkerung verbessert hätte. Doch es bestand weiterhin auch jederzeit die Möglichkeit, die Sanktionen aufzuheben, sofern sich der Irak zu neuen UN-Inspektionen hinsichtlich seiner vermuteten nuklearen, chemischen und biologischen Waffen bereit erklärte. Der Plan der Amerikaner, darüber waren sich die Beamten einig, lief darauf hinaus, so viele Forderungen wie möglich zu erheben – zum Beispiel unbeschränkten Zugang zu allen Palästen –, sodass Saddam unmöglich zustimmen konnte. Von den Europäern, vor allem den Franzosen, wusste man, dass sie Saddam dafür zu gewinnen versuchten, sich neuerlichen UN-Inspektionen «zu öffnen», wie es ein leitender Regierungsberater ausdrückte, «um den USA keinen Vorwand für Bombardierungen zu liefern».

Der heraufziehende Krieg bedeutete, dass Geld – viel Geld – ausgegeben und verdient werden würde. Einige der entschiedensten Fürsprecher eines Feldzugs gegen den Irak sollten sich später als dessen größte Profiteure erweisen.

3. Richard Perle geht essen

In den siebziger Jahren, auf dem Höhepunkt seiner geschäftlichen Aktivitäten, vermittelte der aus Saudi-Arabien stammende Geschäftsmann Adnan Khashoggi für die saudische Königsfamilie milliardenschwere Waffen- und Flugzeuggeschäfte und verdiente damit Hunderte Millionen Dollar an Provisionen. Zwar wurde er nie wegen

eines Vergehens verurteilt, aber er kam häufig in Konflikt mit Strafverfolgungsbehörden in den USA sowie mit der Securities and Exchange Commission (SEC), der amerikanischen Börsenaufsicht, und in den vergangenen Jahren wurde er in Thailand, Los Angeles und an anderen Orten wegen Aktienkursmanipulation und Betrugs angeklagt. Während der Reagan-Ära fungierte Khashoggi als einer der Mittelsmänner zwischen Oliver North, dem Weißen Haus und den iranischen Mullahs und war damit tief in die Iran-Contra-Affäre verstrickt. Khashoggi behauptete, er habe dabei zehn Millionen Dollar verloren, die er für den Kauf verbotener Waffen für den Iran aufgebracht habe, welche – mit Genehmigung des US-Präsidenten – gegen die amerikanischen Geiseln im Iran getauscht werden sollten. Die Skandale jener Zeit schienen sich gegenseitig anzuheizen: Eine Untersuchung des US-Kongresses ergab, dass Khashoggi sich einen Großteil des Geldes für die Waffenkäufe von der Bank of Credit and Commerce International (BCCI) geliehen hatte, durch deren Zusammenbruch 1991 Tausende von Anlegern ihr Geld verloren und der jahrelange Ermittlungen und Prozesse nach sich zog.

Khashoggi ist noch immer als Vermittler tätig. Im Januar 2003 organisierte er in Frankreich ein privates Essen, um Harb Saleh al-Zuhair, einen saudischen Industriellen, der in verschiedenen Ländern des Nahen Ostens zahlreiche Bauunternehmen, Elektronik- und Maschinenbaufirmen besitzt, und Richard Perle miteinander bekannt zu machen.

Perle hatte George W. Bush im Wahlkampf als außenpolitischer Berater zur Seite gestanden, verzichtete aber zunächst darauf, in der neuen Regierung eine leitende Position einzunehmen. Doch Mitte 2001 ließ er sich auf Vorschlag von Donald Rumsfeld zum Vorsitzenden des Defense Policy Board, des Verteidigungspolitischen Rates, ernennen. Bei den rund dreißig Mitgliedern dieses Gremiums handelt es sich überwiegend um angesehene ehemalige Regierungsbeamte, pensionierte Offiziere und Wissenschaftler, aber auch frühere Verteidigungsminister und CIA-Chefs arbeiten darin mit, ohne eine Vergütung zu erhalten. Die Angehörigen dieses Beratungsgremiums treffen sich mehrmals im Jahr im Pentagon, um über verteidigungspolitische Fragen zu diskutieren. Sie gehören zwar nicht der Regierung an, ha-

ben jedoch Zugang zu geheimen Informationen und zu den wichtigsten politischen Entscheidungsträgern und geben auch Empfehlungen, beispielsweise bei der Beschaffung von Waffensystemen. Die meisten Beratungen des Defense Policy Board sind geheim.

Perle war außerdem geschäftsführender Gesellschafter einer Venture-Capital-Firma namens Trireme Partners L.P., die im November 2001 – zwei Monate nach den Anschlägen vom 11. September – in Delaware registriert wurde. Laut einem zweiseitigen Brief, den einer ihrer Repräsentanten im November des folgenden Jahres an Khashoggi sandte, ist das Kerngeschäft von Trireme die Beteiligung an Unternehmen, die Technologien, Güter oder Dienstleistungen entwickeln, die für den Heimatschutz und die Verteidigung von Bedeutung sind. In dem Schreiben hieß es, die Angst vor dem Terrorismus werde die Nachfrage nach derartigen Produkten in Europa und in Staaten wie Saudi-Arabien und Singapur steigen lassen.

Auch die Regierungskontakte des Unternehmens wurden in dem Brief gebührend erwähnt: «Drei Mitglieder des Managements von Trireme sind gegenwärtig als Berater für den US-Verteidigungsminister tätig, indem sie im Defense Policy Board mitarbeiten; einer von Triremes Geschäftsführern, Richard Perle, ist Vorsitzender dieses Gremiums.» Die beiden anderen Mitglieder des Board, die für Trireme arbeiteten, waren der frühere Außenminister Henry Kissinger – der tatsächlich aber nur dem beratenden Ausschuss von Trireme, nicht dem Management angehörte – und Gerald Hillman, ein Investor und enger Geschäftspartner von Perle, der das New Yorker Büro von Trireme betreute. In dem Brief hieß es, dass die Firma bereits 45 Millionen Dollar an Einlagen erhalten habe, darunter 20 Millionen von Boeing; damit sollten natürlich weitere Investoren, wie Khashoggi und Zuhair, angelockt werden.

Als Vorsitzender des Defense Policy Board galt Perle als «besonderer Regierungsmitarbeiter» und war daher einem bestimmten Verhaltenskodex der Regierung unterworfen. Nach dessen Regeln ist es einem besonderen Regierungsmitarbeiter untersagt, in seiner amtlichen Funktion in Angelegenheiten tätig zu werden, an denen er ein finanzielles Interesse hegt. «Eine der Grundregeln lautet, dass man

seine politische Position nicht dazu nutzen darf, sich in irgendeiner Weise einen finanziellen Vorteil zu verschaffen», erklärte mir ein früherer Regierungsanwalt, der an der Formulierung dieses Verhaltenskodexes mitgewirkt hatte. Dadurch solle, so fasste der Anwalt zusammen, «verhindert werden, dass Interessenkonflikte die Regierungsarbeit beeinträchtigen».

Beratungsgremien wie das Defense Policy Board ermöglichen es renommierten Persönlichkeiten, die nicht der Regierung angehören, in wichtigen politischen Fragen ihre Fähigkeiten und ihr Fachwissen einzubringen. Weil solche Experten aber häufig mit der Rüstungsindustrie verbunden sind, kommt es zwangsläufig zu Konflikten. Ein Mitarbeiter dieses Gremiums erzählte mir, dass die meisten Mitglieder geschäftlich aktiv seien und dass mindestens einmal ein Angehöriger des Board die Beratungen verlassen habe, als über ein militärisches oder ein für die Geheimdienste bestimmtes Produkt diskutiert wurde, an dem derjenige ein wirtschaftliches Interesse besaß.

Als ich für einen Artikel, der im März 2003 erscheinen sollte, mehrere Mitglieder des Defense Policy Board nach Perle und Trireme befragte, erklärten mir vier, dass in dem Rat, der kurz zuvor, am 27. und 28. Februar, getagt hatte, Perles Tätigkeit für diese Firma nicht bekannt gewesen sei. Ein Board-Angehöriger, der über das Treffen von Trireme, Perle und Khashoggi unterrichtet wurde, rief aus: «Das ist ja unglaublich! Er ist immerhin der Vorsitzende! Wenn Sie über mich eine Geschichte bringen würden, dass ich eine Firma für Heimatschutz gegründet habe und dann Leute in den Rat aufnehme, mit denen ich diese Geschäfte abwickle, würde ich mir wohl zu Recht unangenehme Fragen gefallen lassen müssen» – womit er auf Gerald Hillman anspielte, der bis zu seinem Eintritt in das Defense Policy Board so gut wie keine leitenden politischen oder militärischen Funktionen ausgeübt hatte. «Meiner Ansicht nach ist das hart am Rande dessen, was ethisch noch vertretbar ist. Auf jeden Fall stinkt es zum Himmel.»

Hillman, ein früherer Consultant bei McKinsey, hatte während der Sitzung im Februar 2003 zumindest bei einem Board-Mitglied Erstaunen ausgelöst, als er die Gültigkeit der bestehenden Öllieferverträge des Iraks in Zweifel zog. «Hillman erklärte, die alten Verträge seien

schlecht; wir sollten die Russen und die Franzosen rauswerfen», erzählte mir der Informant. «Es wurde ernsthaft darüber diskutiert. Wir sollten die Rolle des Brokers übernehmen. Dann sollten wir Futures auf die irakische Ölfirma verkaufen. Ich dachte: ‹Oh, Mann, so kann das doch nicht laufen.›» Hillman bestritt, bei dem Treffen derartige Vorschläge gemacht zu haben.

Larry Noble, der Geschäftsführer des in Washington ansässigen Center for Responsive Politics, ein gemeinnütziges Forschungsinstitut, bemerkte zu Perles Engagement bei Trireme: «Das ist zwar nicht gesetzwidrig, aber es sieht stark nach einem Interessenkonflikt aus. Es weckt jedenfalls Zweifel an den Empfehlungen, die er dem Pentagon gibt, und an den Motiven der Leute, die mit ihm Geschäfte machen.» Noble fuhr fort: «Es stellt sich die Frage, ob er seine leitende Funktion in diesem Gremium ausnutzt. Wenn seine einflussreiche Position ein Verkaufsargument der Firma ist, der er angehört, dann ist er ein so genannter Closer – der Mann, der an einem entscheidenden Punkt ins Spiel gebracht wird, nicht über Geld redet, aber der eigentliche Grund dafür ist, warum ein Geschäft zustande kommt.»

Mit seinem Engagement für Trireme stellte Perle nicht zum ersten Mal eine Verbindung zwischen der Geschäftswelt und der Politik her. Er wurde in New York City geboren, machte 1964 seinen Abschluss an der University of Southern California und war ein Jahrzehnt lang für Senatoren tätig, bis er 1980 aus der Politik ausschied und zu einer Consultingfirma ging, die das Militär beriet. Aber bereits ein Jahr später kehrte er als stellvertretender Verteidigungsminister in die Regierung zurück. Im Jahr 1983 berichtete die *New York Times* darüber, dass er der Armee empfohlen habe, bei einer israelischen Firma Waffen zu kaufen, die ihm zwei Jahre zuvor ein Honorar von 50 000 Dollar gezahlt hatte. Später gab Perle zu, diese Zahlung erhalten zu haben, bestritt jedoch jegliches Fehlverhalten. Mit diesem Geld sei eine Leistung vergütet worden, die er vor seinem Eintritt in das Verteidigungsministerium erbracht habe, erklärte er. «In der Hauptsache», fügte er hinzu, «ging es hier um die Beschaffung von Waffen. Aber ich war nicht zuständig für das Beschaffungswesen.» Er wurde nie offiziell beschuldigt, in dieser Angelegenheit ethische Regeln verletzt zu haben. Perle arbeitete bis 1987 im Pentagon und engagierte sich in

der folgenden Zeit intensiv als Geschäftsmann und Lobbyist. Heute ist Perle – neben weiteren Unternehmen – auch für eine Firma tätig, die eng mit der Regierung zusammenarbeitet: die Autonomy Corporation, ein britisches Unternehmen, das vor kurzem einen Großauftrag der US-Regierung im Bereich Heimatschutz erhielt. Als ich ihn nach diesem Projekt fragte, antwortete Perle, er könne keinen Interessenkonflikt erkennen, denn für den Auftrag seien konkurrierende Angebote eingeholt worden, und «ich habe nie mit jemandem darüber gesprochen».

Ein ehemaliger hochrangiger Geheimdienstmitarbeiter sprach mit Bewunderung von Perles Fähigkeit, «die Politik der Regierung radikal zu verändern», obwohl er nur ein Privatmann sei. «Es ist schon erstaunlich, dass ein Außenseiter so viel Einfluss ausüben kann und dass man ihm dafür eine institutionelle Basis zur Verfügung gestellt hat.»

Perles Autorität in der Bush-Administration wurde untermauert durch seine engen politischen und persönlichen Kontakte zu führenden Mitgliedern der Regierung, insbesondere zu Wolfowitz und Douglas Feith. Im Jahr 1989 gründete Feith die Lobbyisten-Firma International Advisors Incorporated, deren Hauptkunde die türkische Regierung war. Für diese Firma war Perle von 1989 bis 1994 als Berater tätig. Nach Aussage eines ehemaligen leitenden Mitarbeiters im Verteidigungsministerium verdankt Feith seine gegenwärtige Position einer persönlichen Intervention Perles bei Rumsfeld, der diesen Personalvorschlag zunächst skeptisch betrachtete. Feith und Perle vertreten in vielen außenpolitischen Fragen die gleichen Ansichten. Beide forderten über Jahre und schon lange vor dem 11. September die Beseitigung Saddam Husseins, beide stritten sich mit dem Außenministerium wegen des Iraks, und beide unterstützten Tschalabi energisch. Im Jahr 1996 entwickelten sie gemeinsam für den neu gewählten israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu eine Liste möglicher politischer Initiativen. Darunter befand sich auch der Vorschlag, auf einen Regimewechsel im Irak hinzuarbeiten.

Perle trat ebenso als entschiedener Kritiker der saudischen Regierung auf sowie jener Amerikaner, die auf deren Gehaltsliste stehen.

Häufig kritisierte er öffentlich ehemalige Regierungsmitarbeiter, die mit Forschungsinstituten und Stiftungen verbunden sind, die von den Saudis finanziert werden. Im Sommer 2002 erklärte er in der *National Review*: «Ich halte das für eine Schande. Diese Leute treten im Fernsehen auf und verfassen schönfärberische Papiere. Die Saudis sind eine der Hauptursachen des Terrorismusproblems, mit dem wir es zu tun haben. Das würde den Menschen viel klarer werden, wenn es nicht diese ehemaligen Diplomaten gäbe, die im Grunde für diese ausländische Regierung arbeiten.» Die saudische Regierung reagierte empört, als die *Washington Post* im August 2002 enthüllte, dass das Defense Policy Board am 10. Juli von Laurent Murawiec, einem Analysten der Rand Corporation, ein Briefing entgegennahm, in dem Saudi-Arabien als Feind der Vereinigten Staaten dargestellt wude. Der Bush-Administration wurde darin empfohlen, die saudische Regierung ultimativ aufzufordern, jede Unterstützung von Terroristen einzustellen, und ihr damit zu drohen, anderenfalls ihre Vermögenswerte in den USA zu beschlagnahmen und ihre Ölfelder zu besetzen. Wie sich später herausstellte, war Murawiec früher Chefredakteur der *Executive Intelligence Review* gewesen, einer Zeitschrift im Besitz des zwielichtigen Lyndon H. LaRouche jr., eines ewigen Präsidentschaftskandidaten und Verschwörungstheoretikers. Nach Angaben von *Time* war Perle derjenige gewesen, der Murawiec zu seinem Vortrag eingeladen hatte.

Seine feindselige Haltung gegenüber der saudischen Regierung hinderte Perle jedoch nicht daran, sich mit potenziellen Trireme-Investoren aus Saudi-Arabien zu treffen. Khashoggi und Zuhair erzählten mir, ihrem Eindruck nach habe die Firma Trireme das Ziel verfolgt, die Unterstützung einflussreicher Saudis zu gewinnen, um von der saudischen Königsfamilie für die von ihr finanzierten Unternehmen Aufträge im Sicherheitsbereich zu akquirieren. Solche Abschlüsse konnten riesige Profite abwerfen. Saudi-Arabien hatte bereits fast eine Milliarde Dollar aufgewendet, um seine knapp 1400 Kilometer lange Grenze zum Jemen zu vermessen und eindeutig festzulegen, und die zweite Stufe dieser Sicherungsmaßnahmen würde weitere Milliarden kosten. Trireme suchte offensichtlich Hilfe bei Khashoggi.

Im Februar 2003 unterhielt ich mich mit dem mittlerweile 67-Jäh-

rigen, der gerade eine schwere Herzoperation hinter sich hatte, in seiner Penthouse-Wohnung in Cannes, von der aus man aufs Mittelmeer schaut. «Ich war der Mittelsmann», erklärte Khashoggi. Laut seiner Aussage war zunächst ein Trireme-Mitarbeiter namens Christopher Harriman an ihn herangetreten. Khashoggi erzählte, Harriman, ein amerikanischer Geschäftsmann, den er aus seinen Jetset-Zeiten kannte, als beide feste Größen in der europäischen High-Society waren, habe ihm den Anbahnungsbrief von Trireme geschickt. (Harriman erwiderte meine Telefonanrufe nicht, in denen ich ihn um eine Stellungnahme bat.) Khashoggi fuhr fort, kurz vor Weihnachten hätten er und der saudische Industrielle Harb Zuhair sich in Paris mit Harriman und Gerald Hillman getroffen und über eine größere Beteiligung an Trireme gesprochen.

Zuhair interessierte sich aber nicht nur für die finanzielle Seite; er wollte auch mit jemandem, der über Einfluss in der Bush-Administration verfügte, seine Ansichten zu Krieg und Frieden austauschen. Er war zwar saudischer Staatsbürger, jedoch im Irak geboren, und hoffte, es werde sich eine «schrittweise» Lösung finden, durch die sich ein Krieg vermeiden ließe. Zuhair erinnerte sich zu Harriman und Hillman gesagt zu haben: «Wenn wir Frieden haben, ist es ein Leichtes, hundert Millionen Dollar aufzubringen. Wir werden die wirtschaftliche Entwicklung der Region vorantreiben.» Wie mir Khashoggi sagte, hoffte Zuhair die Chancen des Friedens mit den Chancen eines Investments verbinden zu können. Laut Khashoggi erklärten Harriman und Hillman, ein solches Treffen ließe sich arrangieren. Perle erschien aufgrund seiner leitenden Position im Defense Policy Board als idealer Ansprechpartner; er war «der Köder», wie Khashoggi sagte, um Zuhair zu einer Beteiligung zu bewegen. Khashoggi versprach, er werde versuchen, für potenzielle Investoren ein privates Essen mit Perle zu organisieren.

Dieses Essen fand am 3. Januar 2003 statt, in einem Hafenrestaurant in Marseille. Perle besitzt ein Ferienhaus in Südfrankreich. Die Teilnehmer dieser Zusammenkunft hatten jedoch unterschiedliche Vorstellungen über deren Zweck. Sowohl Khashoggi als auch Zuhair zufolge gab es zwei Tagesordnungspunkte. Zum einen sollte Zuhair eine Chance erhalten, einen Vorschlag für eine friedliche Lösung des

Konflikts mit dem Irak zu unterbreiten. Khashoggi erklärte, er und Perle seien sich sehr wohl bewusst gewesen, dass eine solche Alternative nur sehr geringe Erfolgsaussichten hatte, aber Zuhair war erst kurz zuvor von einer Reise nach Bagdad zurückgekehrt und wollte gerne darüber sprechen. Wichtiger war der zweite Punkt. Nach Aussagen von Khashoggi und Zuhair sollte Letzterem der Weg geebnet werden, eine Gruppe von zehn saudischen Geschäftsleuten zusammenzubringen, von denen jeder zehn Millionen Dollar in Trireme investieren sollte.

«Für uns war es normal, uns mit Perle zu treffen», erklärte Khashoggi. «Im Mittleren Osten sind wir vertraut damit, dass Politiker ihr Amt dazu benutzen, um ihre Geschäfte voranzutreiben. Ich habe das Essen organisiert, damit Harb Zuhair sein Anliegen an Perle herantragen konnte. Perle hörte höflich zu, und dann war das Essen auch schon vorbei.» In einem Telefonat mit mir erinnerte sich Zuhair, dass Perle bei diesem Essen klargestellt habe, «ihm gehe es nicht um das Geld. Er sagte, er sei in erster Linie für die Politik zuständig, das Geschäftliche werde von der Firma abgewickelt» – von Trireme. Während des gesamten Essens habe Perle «immer wieder davon angefangen, dass wir ‹Saddam loswerden müssen›», erzählte Zuhair. Als wir uns im Mai 2003 abermals unterhielten, berichtete Zuhair, dass seines Wissens bislang kein saudisches Geld in Trireme investiert worden sei.

In meinem ersten Telefonat mit Gerald Hillman, Mitte Februar, bevor ich von dem Kontakt zu Khashoggi und Zuhair erfuhr, versicherte er mir, dass Trireme «nichts zu tun» habe mit den Saudis. «Ich weiß nicht, was wir gemeinsam mit ihnen unternehmen könnten», meinte Hillman. «Was wir am 11. September erlebt haben, war eine groteske Manifestation ihrer Ideologie. Die Amerikaner glauben, dass die Saudis den Terrorismus unterstützen. Sie haben keinerlei Investments bei uns und mit uns.» Einige Wochen später gab er zu, sich mit Khashoggi und Zuhair getroffen zu haben, verwies jedoch darauf, dass diese Begegnung von Harriman arrangiert worden sei und er nicht gewusst habe, dass auch Zuhair dabei sein würde. Perle, so beharrte er bei unserem Gespräch im Februar, «ist kein Mann des Geldes. Er strebt überhaupt nicht nach finanziellem Gewinn.»

In einer Reihe von Telefongesprächen in demselben Zeitraum räumte Perle ein, dass er sich in Marseille mit zwei Saudis zum Essen getroffen habe, gab jedoch deren Identität nicht preis. Zu diesem Zeitpunkt wusste ich noch nicht, wer sie waren. «Es waren zwei Saudis da», sagte er. «Aber es wurde nicht über Trireme gesprochen. Die Firma wurde niemals erwähnt, und es wurde auch nicht über sie diskutiert.» Er erklärte entschieden: «Bei diesem Essen ging es nicht um Geld. Es wäre mir nie in den Sinn gekommen, in diesem Rahmen über finanzielle Beteiligungen zu sprechen.» Perle fügte hinzu, einer der Saudis habe Informationen gehabt, dass Saddam zur Aufgabe bereit sein könnte. «Er drängte uns, mit Saddam in Verhandlungen zu treten.»

Als ich Perle fragte, ob die saudischen Geschäftsleute, die an dem Essen teilgenommen hatten, als potenzielle Investoren für Trireme in Frage kämen, antwortete er: «Ich möchte nicht unbedingt Saudis, aber der Fonds ist offen für alle Investoren, und unsere europäischen Partner haben uns mitgeteilt, dass sie über Investmentbanken auch Saudis als Anleger gewonnen haben.» Sowohl Perle als auch Hillman erklärten kategorisch, dass es bis zu diesem Zeitpunkt keine saudischen Investitionen gegeben habe.

Khashoggi gestand, er habe amüsiert die Aktivitäten von Perle und Hillman verfolgt. Nach Khashoggis Ansicht brauchte Trireme einen Krieg gegen den Irak, um seine geschäftlichen Projekte voranzubringen: «Wenn es keinen Krieg gibt, warum muss man dann so viel für Sicherheit aufwenden? Aber wenn es zum Krieg kommt, werden natürlich Milliarden Dollar dafür ausgegeben werden.» Sarkastisch fügte er hinzu: «Ihr Amerikaner fühlt euch durch eure hohen Wertmaßstäbe und eure demokratische Moral erhaben über das Geschacher um Einfluss, aber tatsächlich geht es auch euch um nichts anderes.»

Als einige wichtige Mitglieder der saudischen Herrscherfamilie von Perles Essen mit Khashoggi und Zuhair und Perles Verbindung zu Trireme erfuhren, reagierten sie erstaunt und verärgert. Durch das Treffen in Marseille wurde Perle, einer der vehementesten Kritiker des Königreichs, zum Ziel einer heftigen Gegenattacke.

Prinz Bandar bin Sultan, der seit zwanzig Jahren saudischer Botschafter in den USA ist, erzählte mir, er habe von Perles Beziehung zu Trireme und dem Essen in Marseille Wind bekommen. Bandar, ein Mann von Anfang fünfzig, zählt zu den bekanntesten Mitgliedern der Königsfamilie – sein Vater ist der Verteidigungsminister. Er sagte, man habe ihm mitgeteilt, dass die Kontakte zwischen Perle, Trireme und den Saudis vonseiten aller Beteiligten rein geschäftlicher Natur seien. Nach dem Golfkrieg von 1991 sei Perle an dem vergeblichen Versuch beteiligt gewesen, der saudischen Regierung Sicherheitssysteme zu verkaufen, «und die Firma, für die er arbeitete, stellte diese Sicherheitssysteme her». Perle bestätigte, dass er damals dem Vorstand eines Unternehmens angehört hatte, das sich um ein derartiges Geschäft bemüht habe, bestritt jedoch, direkt mit diesem Projekt befasst gewesen zu sein.

«Perle ist irgendwie eine gespaltene Persönlichkeit», meinte Prinz Bandar. «Auf der einen Seite versucht er, einen 100 Millionen Dollar schweren Vertrag unter Dach und Fach zu bringen, aber auf der anderen Seite lässt er Dinge anklingen, die wie eine Erpressung wirken – ‹Wenn wir ins Geschäft kommen, werde ich künftig freundlicher mit Saudi-Arabien umgehen› –, wie mir die Teilnehmer dieser Verhandlungen berichtet haben.»

Zu der Behauptung, dass es bei Perles Treffen mit Khashoggi und Zuhair ausschließlich um politische Fragen gegangen sei, meinte Prinz Bandar: «Natürlich brauchte man einen Deckmantel – eine mögliche Friedensinitiative für den Irak –, um hinterher alles abstreiten zu können. Aber die Sache mit dem Irak halte ich für irrelevant. Es war ein reines Geschäftsessen.»

Zuhair dagegen war anscheinend überzeugt, dass er dank seiner Gespräche mit Trireme die Chance erhalten würde, mit Perle ernsthaft über die Möglichkeit einer friedlichen Regelung zu sprechen. Einige Tage nach dem Treffen in Paris schickte Hillman ein 12-Punkte-Memorandum an Khashoggi. Es datierte vom 26. Dezember 2002 und enthielt die Bedingungen, die der Irak erfüllen müsse. «Es ist meine Überzeugung», hieß es in dem Papier, «dass die Vereinigten Staaten, wenn sie folgende Ergebnisse erzielen können, keinen Krieg gegen

den Irak führen werden.» Saddam sollte zugeben, dass «der Irak Massenvernichtungswaffen entwickelt und besessen hat». Dann würde man ihm erlauben, zurückzutreten und sofort den Irak zu verlassen, zusammen mit seinen Söhnen und einigen seiner Minister.

Eine Woche später, einen Tag vor dem Essen mit Perle in Marseille, erhielt Khashoggi ein zweites Memorandum von Hillman. «Aufgrund unserer jüngsten Diskussionen», hieß es darin, «erwägen wir, den Irak auf die Probe zu stellen, um uns zu vergewissern, dass er es ernst meint mit seinem Angebot zur Kapitulation.» In dem Papier wurden fünf weitere Schritte umrissen, und es endete mit einer großen Bitte: Khashoggi und Zuhair sollten ein Treffen mit Prinz Nawaf Abd al-Asis, dem saudischen Geheimdienstchef, arrangieren, «damit wir in Washington hilfreich sein können».

Khashoggi und Zuhair waren skeptisch, was diese Memoranden betraf. Zuhair hielt sie für «absurd», und Khashoggi war amüsiert. Er äußerte mir gegenüber, dass sie ihm ziemlich töricht erschienen seien. «Meinen die das ernst?», habe er sich gefragt. «Darauf musste man nicht reagieren. Während Harb Lobbyarbeit für den Irak machte, traten sie als Lobbyisten für Perle auf.»

Hillman sagte in unserem ersten Gespräch: «Richard hatte mit diesen Briefen nichts zu tun. Ich habe ihn erst hinterher informiert, und er hat nie ein Wort darüber verloren, auch nicht, nachdem ich sie ihm geschickt hatte. Ich dachte, meine Ideen seien ziemlich klar, aber ich glaubte nicht, dass Saddam wirklich zurücktreten, und auch nicht, dass er ins Exil gehen würde. Ich bin überzeugt, dass Richard nie daran glaubte, dass etwas Derartiges passieren würde.» Hillman erklärte, er habe die Memoranden mit Hilfe seiner Tochter, einer College-Studentin, verfasst. Perle meinte dazu: «Ich habe sie nicht verfasst und auch inhaltlich nicht gebilligt. Ich erfuhr erst davon, als sie schon geschrieben waren.»

Die Ansichten, die in diesen Papieren vertreten wurden, unterschieden sich in der Tat deutlich von Perles Auffassungen – der einmal öffentlich sagte, Saddam werde sein Amt nur aufgeben, wenn man ihn mit Gewalt daraus vertreibe – wie auch von den Ansichten der übrigen Hardliner in der Bush-Regierung. In Anbetracht von Perles Gewicht im politischen Entscheidungsbildungsprozess und

angesichts der Risiken, die damit verbunden waren, wenn man sich auf eine schillernde Figur wie Khashoggi als Vermittler stützte, bleibt es weiter fraglich, weshalb Hillman einen solch amateurhaften Friedensplan für Zuhair entwarf. Prinz Bandars Behauptung – dass die Friedensdiskussionen allein den Vorwand für geschäftliche Verhandlungen boten – lässt sich somit nur schwer von der Hand weisen.

Unterdessen hatten Hillmans Vorschläge ein Eigenleben begonnen. Einen Monat nach dem Essen landeten sie bei *Al-Hayat*, einer in London erscheinenden saudischen Zeitung. Wenn Perle jemals beabsichtigt hatte, sich davon zu distanzieren, so war ihm das nicht gelungen. Die Zeitung titelte «Washington ist bereit, auf einen Krieg zu verzichten, wenn Saddam im Rahmen eines internationalen Abkommens ins Exil geht», bezeichnete Hillmans Memoranden als «amerikanische» Dokumente und behauptete, die neuen Vorschläge hätten die Billigung von Perle. Die Zeitung wusste ferner zu berichten, Perle und andere hätten an einer Reihe von «Geheimtreffen» teilgenommen, um den drohenden Krieg gegen den Irak abzuwenden, und dabei sei «ein Szenario diskutiert worden, nach dem Saddam persönlich eingestehen solle, dass sein Land versucht habe, Massenvernichtungswaffen zu erwerben, und dass er nun alle derartigen Versuche einstellen und ins Exil gehen werde».

Einige Tage später brachte die Beiruter Tageszeitung *Al-Safir* eine arabische Übersetzung der Memoranden und schrieb sie Richard Perle zu. Die Vorschläge seien von Perle abgesegnet worden und würden «Washingtons Visionen für den Irak umreißen». Perles Essen mit zwei saudischen Geschäftsleuten wurde von *Al-Safir* aufgebauscht zu einer Reihe von «jüngsten amerikanisch-saudischen Verhandlungen», bei denen «die amerikanische Seite von Richard Perle repräsentiert» worden sei. Die Zeitung fügte hinzu: «Es ist wichtig, diese Dokumente zu veröffentlichen, denn sie zeigen, wie der Krieg doch noch abgewendet werden könnte.» Dazu nun taugten die Papiere gewiss nicht.

Auf die Frage, ob seine Tätigkeit bei Trireme ihn in einen Interessenkonflikt bringen könne, meinte Perle, wer immer ihm einen solchen Konflikt unterstelle, sei «böswillig». Doch Perle, der stets zwischen dem politischen und dem privaten Sektor hin- und herpendelte,

hatte sich in eine schwierige Lage gebracht – was nicht ungewöhnlich ist für Menschen, die in der Öffentlichkeit stehen. Er wurde als die geistige Macht hinter einem Krieg dargestellt, den keineswegs alle wollten und als dessen Motiv viele, ob zu Recht oder nicht, amerikanische Wirtschaftsinteressen vermuteten. Perle war zweifellos davon überzeugt, dass die Absetzung Saddams richtig und notwendig war. Aber gleichzeitig gründete er eine Firma, die von diesem geplanten Krieg profitieren würde. Dadurch lieferte er nicht nur den Saudis Munition, sondern auch seinen ideologischen Gegnern.

Als mein Artikel über Perles geschäftliche Aktivitäten im März 2003 im *New Yorker* erschien, verglich mich Perle mit einem Terroristen und drohte, mich wegen Verleumdung zu verklagen. Kurz darauf jedoch geriet er in einen Strudel von Skandalen, die mit möglichen Interessenkonflikten, wie im Fall Trireme, und mit vermuteten Verstößen gegen Mitteilungspflichten der amerikanischen Börsenaufsicht in Zusammenhang standen. Einige Wochen nach dem Erscheinen meiner Story trat Perle als Vorsitzender des Defense Policy Board zurück, ein Jahr später gab er auch seine Mitgliedschaft im Rat auf. Eine Verleumdungsklage wurde nie erhoben.

Im November 2003 veröffentlichte das Pentagon einen Bericht des Generalinspekteurs, in dem es hieß, dass Perle «bis auf wenige Ausnahmen ... in die Aktivitäten verstrickt war, die ihm vorgeworfen wurden» – das heißt, er setzte sich für Privatunternehmen ein, die Aufträge von der Bundesregierung zu erhalten suchten. Aber der Bericht stellte auch fest, dass Perle gegen keine Bundesgesetze verstoßen habe, die solche Tätigkeiten untersagen, weil diese Gesetze nur für spezielle Regierungsmitarbeiter gälten, sofern sie sechzig Tage im Jahr oder länger arbeiteten. Als Vorsitzender des Defense Policy Board sei Perle jedoch nur an acht Tagen im Jahr für die Regierung tätig gewesen, hieß es in dem Bericht. Bezüglich der «schwerer fassbaren» Frage, ob Perle gegen ethische Verhaltensmaßregeln verstoßen habe oder sein Verhalten diesen Anschein erwecken könne, erklärte der Generalinspekteur, es gebe keine «hinreichende Grundlage», um festzustellen, dass Perles geschäftliche Aktivitäten einen solchen Verstoß begründet hätten.

V
WER BELOG WEN?

1. März 2003: «Diese Dokumente ... sind nicht authentisch.»

Am 24. September 2002 – der Kongress bereitete sich gerade auf die Abstimmung über die Resolution vor, die Präsident George W. Bush dazu ermächtigen sollte, Krieg gegen den Irak zu führen – informierte eine Gruppe hochrangiger Geheimdienstler, unter ihnen auch CIA-Direktor George Tenet, den Außenpolitischen Ausschuss des Senats über die irakischen Waffenkapazitäten. Die Präsentation war von größter Bedeutung für die Regierung Bush. Einige Demokraten zogen öffentlich die Behauptung des Präsidenten in Zweifel, dass der Irak über Massenvernichtungswaffen verfüge, die eine direkte Bedrohung für die Vereinigten Staaten darstellten. Erst am Vortag hatte der frühere Vizepräsident Al Gore den vom Weißen Haus befürworteten Präventivkrieg scharf kritisiert und als eine Doktrin bezeichnet, die «eine Welt, in der die Staaten sich als dem Gesetz unterworfen betrachten», durch die Vorstellung ersetze, «dass es kein Gesetz gibt außer dem Gutdünken des Präsidenten der Vereinigten Staaten». Darüber hinaus spielten einige Demokraten mit dem Gedanken, im Kongress eine alternative Resolution einzubringen.

Nach Angaben von zwei Personen, die bei der streng geheimen Präsentation im abhörsicheren Sitzungsraum des Ausschusses zugegen waren, verkündete Tenet ein weiteres Mal, dass eine Schiffsladung hochfester Aluminiumrohre, die für den Irak bestimmt waren, abgefangen worden war, Rohre für den Bau von Gaszentrifugen, die zur Urananreicherung benutzt werden konnten. Ob die Rohre sich für diesen Zweck eigneten, war zwar umstritten, doch inzwischen wurde der Verdacht, der Irak arbeite an einem Atomprogramm, durch neue und schlagkräftige Hinweise erhärtet: Die CIA hatte kurz zuvor Informationen erhalten, die belegten, dass der Irak zwischen 1999

und 2001 versucht hatte, im Niger, einem der wichtigsten Förderländer weltweit, 500 Tonnen Uranoxidkonzentrat zu kaufen. Aus dieser Yellow Cake genannten Form des Uranerzes lässt sich Brennstoff für Kernreaktoren produzieren, es kann aber auch, wenn es anders verarbeitet wird, in waffenfähiges Uran umgewandelt werden. Für eine Bombe reichen fünf Tonnen.

Am selben Tag veröffentlichte Tony Blairs Regierung in London ein Dossier, das einige der Informationen enthielt, die dem Senatsausschuss unter dem Siegel der Geheimhaltung mitgeteilt worden waren – namentlich, dass der Irak versucht habe, von einem nicht genannten afrikanischen Land «beträchtliche Mengen Uran» zu erwerben, «obwohl er über kein aktives ziviles Kernenergieprogramm verfügt, für das dieses erforderlich wäre». Die Behauptung rief sofort ein reges Medieninteresse hervor, und der Londoner *Guardian* beispielsweise warnte in einer Schlagzeile: «Afrikanische Banden bieten Weg zu Uran.»

Zwei Tage später, auf einer geschlossenen Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses des Senats, führte auch Außenminister Colin Powell den Versuch Bagdads, vom Niger Uran zu beschaffen, als Beweis für den fortdauernden nuklearen Ehrgeiz des Iraks an. Die Aussagen von Tenet und Powell trugen dazu bei, die widerspenstigen Demokraten zu zähmen, und zwei Wochen später nahm eine überwältigende Mehrheit die Resolution an, mit welcher der Kongress dem Präsidenten das Mandat für einen Militärschlag gegen den Irak verlieh. Nach der Publikation meines Artikels im März 2003 dementierte CIA-Sprecher William Harley zunächst, dass Tenet die Senatoren über die Niger-Connection informiert habe. Später erfuhr ich, dass der Senat eine interne Untersuchung zur Identifikation meiner Quelle in die Wege geleitet hatte.

Ein früherer hochrangiger Geheimdienstbeamter äußerte mir gegenüber, dass die Information zum Niger als so ernst eingeschätzt wurde, dass sie in das President's Daily Briefing aufgenommen wurde, den täglichen Report an den Präsidenten über die wichtigsten nachrichtendienstlichen Erkenntnisse, einer der geheimsten Berichte im amerikanischen System. Was in das PDB Eingang findet, ist sorgfältig analysiert oder «geschrubbt» worden – beziehungsweise sollte

es sein. Der zwei oder drei Seiten umfassende, am frühen Morgen erstellte Bericht wird nur dem Präsidenten und einigen wenigen hochrangigen Regierungsbeamten vorgelegt. Selbst die Mitglieder der Geheimdienstausschüsse des Senats und des Repräsentantenhauses haben keinen Zugang zu den PDBs. «Ich glaube nicht, dass irgendjemand hier dieses Ding sieht», sagte mir ein Analyst des State Department. «Wir erfahren nur deshalb, was im PDB steht, weil es widerhallt – die Leute reden darüber.»

Am 19. Dezember 2002, in einem Positionspapier des Außenministeriums, das rhetorisch fragte: «Warum verschleiert die irakische Regierung ihr Uranbeschaffungsprogramm?», benannte Washington den Niger erstmals öffentlich als angeblichen Verkäufer des Urans. Sowohl der Irak als auch der Niger wiesen die Anschuldigung zurück. In seiner Rede zur Lage der Nation am 28. Januar 2003 sprach Präsident Bush sowohl über die Aluminiumrohre als auch über den Urandeal und verwies auf die britische Regierung als Quelle für diese Informationen. «Die britische Regierung hat in Erfahrung gebracht, dass Saddam Hussein vor kurzem beträchtliche Mengen Uran aus Afrika beschaffen wollte», erklärte er und fügte hinzu: «Saddam Hussein hat diese Aktivitäten nicht glaubwürdig erklärt. Er hat eindeutig viel zu verbergen.»

Dann fiel die Story in sich zusammen. Am 7. März, nicht einmal zwei Wochen vor Beginn des Irakkriegs, unterrichtete Mohamed ElBaradei, der Leiter der in Wien ansässigen Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO), den UN-Sicherheitsrat darüber, dass die Unterlagen zu dem angeblichen Urandeal zwischen dem Niger und dem Irak Fälschungen waren.

«Die IAEO ist unter Hinzuziehung von externen Experten zu dem Schluss gekommen, dass diese Dokumente ... nicht authentisch sind», gab ElBaradei zu Protokoll. Ein hochrangiger IAEO-Mitarbeiter ging noch weiter. «Diese Dokumente sind so miserabel, dass ich mir nicht vorstellen kann, dass sie von einer ernst zu nehmenden Geheimdienstorganisation stammen», äußerte er mir gegenüber. «Es ist bedrückend, dass trotz der schlechten Qualität dieser Unterlagen die Sache nicht gestoppt wurde. Angesichts der Bedeutung, die sie erlangten, hätte ich eine sorgfältigere Überprüfung erwartet.»

Bereits im Herbst zuvor, kurz nach der Veröffentlichung des Dossiers durch die britische Regierung, hatte die IAEO versucht, die Unterlagen zu erhalten. Nach monatelangem Drängen schließlich übergab die amerikanische Regierung die Papiere an den Leiter des Irak-Teams der IAEO, den Franzosen Jacques Baute. Dessen Team brauchte nur ein paar Stunden, um festzustellen, dass es sich bei den Dokumenten um Fälschungen handelte. Die Amerikaner hatten der IAEO gerade mal ein halbes Dutzend Briefe und andere Korrespondenz zwischen nigrischen und irakischen Beamten übergeben, vieles davon auf Papier mit dem Briefkopf der nigrischen Regierung. Die Unstimmigkeiten in den Unterlagen waren augenfällig. Ein Brief, datiert auf den 10. Oktober 2000, war mit dem Namen Allele Habibou unterzeichnet, einem nigrischen Minister für Äußeres und Zusammenarbeit, der seit 1989 nicht mehr im Amt war. Ein anderer Brief, angeblich von Tandja Mamadou, dem Präsidenten des Niger, trug eine auf den ersten Blick als gefälscht erkennbare Unterschrift. Sein Inhalt war voller Ungenauigkeiten, die so eklatant waren, dass sie «jemand mit Google im Internet hätte aufdecken können», höhnte der hochrangige IAEO-Mitarbeiter. Demselben IAEO-Mitarbeiter zufolge «konfrontierte Baute die Vereinigten Staaten mit den Fälschungen: ‹Was haben Sie dazu zu sagen?› Sie hatten nichts dazu zu sagen.»

Colin Powell, in einem Fernsehinterview zwei Tage nach ElBaradeis Bericht auf die Fälschung angesprochen, tat das Thema ab: «Wenn sich diese Sache geklärt hat, dann hat sich diese Sache geklärt», meinte er. Ein paar Tage später, während einer Anhörung vor dem Repräsentantenhaus, stritt er ab, dass irgendjemand in der US-Regierung etwas mit der Fälschung zu tun hatte. «Das kam aus anderen Quellen», sagte Powell aus, «und wurde in gutem Glauben an die Inspektoren weitergegeben.» Am 8. März zitierte die *Washington Post* einen amerikanischen Beamten, der die Unterlagen geprüft hatte, mit der schlichten Erklärung: «Wir sind drauf reingefallen.»

Die gefälschten Dokumente wurden in Europa und anderen Teilen der Welt zum Gegenstand zahlreicher und erbitterter Fragen zur Glaubwürdigkeit der Vereinigten Staaten, dort hingegen wurde das Thema von den Medien nur vereinzelt aufgegriffen und gab kaum Anlass zu Erkundungen danach, wie das Weiße Haus sich hinter eine

solch offenkundige Fälschung stellen konnte. Der Vizepräsident beschränkte sich in seiner Reaktion auf ElBaradeis Bericht weitgehend darauf, den Überbringer der Nachricht anzugreifen. Im Brustton der Überzeugung verkündete Cheney bei einem Auftritt in der Sendung *Meet the Press* am 16. März, die Vereinigten Staaten hätten Grund zu der Annahme, dass Saddam Hussein sein Atomwaffenprogramm reaktiviert habe. «Offen gestanden», fuhr er fort, «ich denke, dass Mr. ElBaradei falsch liegt. Und ich denke – hält man sich die bisherige Bilanz der Internationalen Atomenergieorganisation in Dingen dieser Art und insbesondere, was den Irak betrifft, vor Augen –, dass sie das, was Saddam Hussein getan hat, stets unterschätzt oder übersehen hat. Ich habe keinerlei Grund zu der Annahme, dass ihre Einschätzung dieses Mal eher zutreffen sollte als in der Vergangenheit.» Drei Tage später begann der Krieg im Irak.

Was war falsch gelaufen? Wie konnte eine so offenkundige Fälschung, ohne auch nur einmal ernsthaft hinterfragt zu werden, durch die höchsten Ränge der amerikanischen Nachrichtendienste bis ins Allerheiligste, das Geheimdienst-Briefing des Präsidenten, gelangen? Wer hatte zugelassen, dass sie Eingang fand in die Rede zur Lage der Nation? Belog die Regierung sich selbst? Oder fütterte sie, in diesem und in anderen Fällen, den Kongress und die Öffentlichkeit mit Informationen, von denen sie wusste, dass sie unzutreffend waren? Wann und wie wurde die Botschaft – die vom Irak ausgehende Bedrohung – wichtiger als die Integrität im Prozess der Überprüfung nachrichtendienstlicher Informationen?

2. Das Prinzip «Ofenrohr»

Sie nennen sich, nicht ohne Selbstironie, «the Cabal»: «die Intrige» – eine kleine Gruppe von Politikberatern und Analysten, die im Office of Special Plans des Pentagons sitzen. In der Debatte im Vorfeld des Irakkriegs bewirkte diese von Paul Wolfowitz eingesetzte Informationsabteilung eine entscheidende Neuausrichtung innerhalb der amerikanischen Nachrichtendienste. Die Berater und Analysten des Office of Special Plans, die ihre Arbeit in den Tagen nach dem 11.

September 2001 aufgenommen hatten, erstellten eine Flut von Geheimdienstberichten, die sowohl auf die Bildung der öffentlichen Meinung als auch auf die Gestaltung der amerikanischen Irakpolitik Einfluss nahmen. Ihre Analysen basierten auf den von anderen Nachrichtendiensten gesammelten Daten sowie auf Informationen des von Ahmed Tschalabi geleiteten Irakischen Nationalkongresses (INC). Im Herbst 2002 hatte sich die Abteilung neben der CIA und der dem Pentagon unterstehenden Defense Intelligence Agency, der DIA, als des Präsidenten wichtigste Quelle für Geheimdienstinformationen über das irakische Arsenal an Massenvernichtungswaffen und über Verbindungen zwischen Bagdad und al-Qaida etabliert.

Der Direktor des Office of Special Plans war Abram Shulsky, ein ausgewiesener Experte im Werk des Philosophen Leo Strauss. Shulsky hatte sich über drei Jahrzehnte hinweg im Hintergrund mit Geheimdienst- und außenpolitischen Themen beschäftigt. Anfang der achtziger Jahre hatte er dem Stab des Geheimdienstausschusses im Senat angehört. Später, in Reagans Amtszeit, diente er im Pentagon unter dem damaligen stellvertretenden Verteidigungsminister Richard Perle und ging anschließend zur Rand Corporation. Das Office of Special Plans unterstand dem Staatssekretär im Verteidigungsministerium, William Luti, einem pensionierten Navy-Kapitän, der schon lange einen Militärschlag gegen den Irak forderte. Je mehr die Regierung zu einem Krieg neigte und sich die politische Entscheidungsmacht auf die Zivilisten im Pentagon verlagerte, umso gewichtiger war die Rolle, die Luti spielte. Laut W. Patrick Lang, dem früheren Leiter der Nahost-Abteilung der DIA, hatte sich das Pentagon zum Ziel gesetzt, «die Außenpolitik der Regierung zu dominieren, und das habe es auch geschafft. Das Pentagon führt Tschalabi. Die DIA ist eingeschüchtert und weich geklopft worden. Und die CIA hat sowieso kein Rückgrat.»

Diese Ablehnung beruhte auf Gegenseitigkeit. Ein Mitarbeiter des Pentagons, der für Luti tätig war, sagte mir im April 2003: «Ich habe einen Job gemacht, während die Geheimdienste ihren nicht gemacht haben. Wir waren uns der Tatsache bewusst, dass sie keine Analysen erstellt hatten. Wir lieferten Wolfowitz Informationen, die er nie zuvor zu Gesicht bekommen hatte. Die Geheimdienste suchen noch

immer nach einer Aufgabe wie der, die sie im Kalten Krieg hatten, als sie den Politikern alles vorgekaut haben.» Ein Pentagon-Berater, der für das Office of Special Plans gearbeitet hatte, äußerte in einem Interview, das ich im Frühjahr 2004 mit ihm führte, dass Shulsky und Luti eben «die politische Debatte gewonnen» hatten. «Sie haben es ihnen gezeigt», sagte er, «sie haben das State [Department] und die CIA eingesackt. Warum sie gewonnen haben, ist kein Rätsel – sie haben ihre Argumente einfach besser verkauft. Luti ist schlauer als seine Gegner. Wolfowitz ist schlauer. Sie haben sie mit ihren Argumenten besiegt. Es war ein fairer Kampf. Sie haben den Präsidenten von der Notwendigkeit überzeugt, eine neue Sicherheitspolitik zu formulieren. Die, die verlieren, verstehen sich gut darauf, denen, die gewinnen, am Lack zu kratzen. Es würde mir gefallen», fügte er hinzu, «der Historiker zu sein, der die Geschichte schreibt, wie diese kleine Gruppe von acht oder neun Leuten ihre Position vertrat und sich damit durchsetzte.»

Das Office of Special Plans war mit dem erklärten Auftrag gegründet worden, Beweise für das zu finden, was Wolfowitz und sein Boss, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, für die Wahrheit hielten – dass Saddam Hussein enge Beziehungen zu al-Qaida unterhielt und dass der Irak über ein gewaltiges Arsenal an chemischen, biologischen und wahrscheinlich auch atomaren Waffen verfügte. Der Verdacht, dass der Irak Massenvernichtungswaffen besaß, hatte die internationale Gemeinschaft bereits vor dem ersten Golfkrieg beschäftigt. Saddam Hussein hatte in der Vergangenheit chemische Waffen eingesetzt. Auch war er mal im Besitz biologischer Waffen und Tausender mit chemischen Kampfstoffen bestückter Sprengköpfe gewesen, und er hatte ernsthaft an einem Atomwaffenprogramm gearbeitet. Umstritten war allerdings die Frage, welche Kapazitäten, wenn überhaupt irgendetwas, nach dem Krieg von 1991, den UN-Waffeninspektionen, den Flugverbotszonen und den Sanktionen, die auf den Krieg folgten, noch vorhanden waren. Darüber hinaus waren seit dem 11. September immer wieder Fragen nach den irakischen Verbindungen zu islamistischen Terroristen laut geworden. Eine im Februar 2003 durchgeführte Umfrage ergab, dass 72 Prozent der Ame-

rikaner davon überzeugt waren, dass Saddam Hussein persönlich in die Anschläge vom 11. September verstrickt war – obwohl keinerlei stichhaltige Beweise für eine solche Verbindung vorlagen.

Rumsfeld hatte lange die Einschränkungen der amerikanischen Nachrichtendienste moniert. Ende der neunziger Jahre hatte er eine Kommission über ballistische Raketenprogramme geleitet, welche die mangelnde Bereitschaft der Geheimdienstanalysten kritisierte, «Einschätzungen vorzunehmen, die über die harten Beweise hinausreichten, die sie in der Hand hatten». Richard Perle hatte sich schon vor dem 11. September ähnlich zum Erkenntnisstand der Geheimdienste über das irakische Waffenarsenal geäußert. Bei einer Anhörung vor einem Unterausschuss des außenpolitischen Senatsausschusses sagte er im März 2001: «Besitzt Saddam Hussein heute Massenvernichtungswaffen? Natürlich tut er das. Wir wissen, dass er chemische Waffen besitzt. Wir wissen, dass er biologische Waffen besitzt ... Wie weit er sein Atomwaffenprogramm vorangetrieben hat, das, glaube ich, wissen wir nicht wirklich. Ich vermute, dass es weiter entwickelt ist, als wir annehmen. Es ist immer weiter, als wir glauben, weil wir, wenn wir darüber nachdenken, uns selbst auf das beschränken, was wir beweisen und demonstrieren können ... Und solange wir nicht überzeugt sind, alles aufgedeckt zu haben, müssen wir davon ausgehen, dass es mehr gibt, als zu berichten wir in der Lage sind.»

Im Herbst 2002 befand sich Rumsfeld in einem öffentlichen Streit mit der CIA über das Versagen der Agency, bedeutsame direkte Verbindungen zwischen al-Qaida und dem Irak zu dokumentieren. Er und seine Parteigänger waren überzeugt, dass die CIA schlicht unfähig war, die reale Situation im Irak wahrzunehmen. «Die Agency war darauf aus, die Verbindung zwischen dem Terrorismus und dem Irak zu widerlegen», meinte der Pentagon-Berater mir gegenüber. «Das war es, was sie antrieb. Wer jemals mit Geheimdienstinformationen gearbeitet hat, kann die tief sitzenden Sichtweisen der CIA erkennen und wie sie auf ihre Wahrnehmung der Daten abfärben.» Das Ziel des Office of Special Plans sei es gewesen, «die Daten unters Mikroskop zu legen, um das zum Vorschein zu bringen, was die Geheimdienste nicht sehen können. Shulsky schultert dabei die schwerste Last.»

Im Oktober 2002 berichtete die *New York Times*, dass Rumsfeld eine Geheimdienstoperation mit dem Auftrag befohlen hatte, «nach Informationen über die feindseligen Absichten des Iraks oder über seine Verbindungen zu Terroristen zu suchen», die der CIA möglicherweise entgangen waren. Als Rumsfeld bei einer Pentagon-Sitzung darauf angesprochen wurde, gab er sich zunächst unwissend. «Man hat mir gesagt, dass nach dem 11. September eine kleine Gruppe, ich glaube, zwei Leute am Anfang und inzwischen vielleicht vier ... gebeten wurde, diese Berge an Informationen zu sichten, die wir von den Geheimdiensten erhalten. Man weiß nicht, was man nicht weiß», fuhr er fort. «Und dann kommt jeden Tag die Expertin» – von der CIA – «und geht das tägliche Briefing durch. Und ich stelle ihr Fragen. ‹Hey, und was ist damit?› oder ‹Und das hier? Hat jemand daran gedacht?›» Während derselben Sitzung sagte Rumsfeld, er sei informiert worden, dass es «solide Hinweise auf eine Präsenz von al-Qaida-Angehörigen im Irak» gab. Die Kommission zum 11. September stellte in ihrem Bericht dagegen fest, dass es keine Hinweise auf eine operationale Beziehung zwischen dem Irak und al-Qaida gab.

Ein ehemaliger hochrangiger Geheimdienstbeamter erklärte mir, Rumsfeld müsse «die CIA-Analysen diskreditieren, damit seine eigenen Informationen zuverlässiger wirken». Ein anderer ehemaliger CIA-Angehöriger meinte, dass Rumsfeld «seine eigene GRU will» – eine Anspielung auf den ehemaligen sowjetischen Militärgeheimdienst. «Er will, was Geheimdienstinformationen zur Vorbereitung des Schlachtfelds für seine Truppen angeht, nicht von der CIA abhängig sein.»

Ein internes Pentagon-Memorandum vom Dezember 2001 unterstellte sogar, das die Terrorismusexperten inner- und außerhalb der Regierung die Verbindungen zwischen al-Qaida und dem Irak bewusst «heruntergespielt oder zu widerlegen versucht hatten. Seit vielen Jahren», hieß es in dem Papier weiter, «begegnen die Geheimdienste Überläufern mit Voreingenommenheit.» Deshalb, so die Forderung, sollten zwei Analysten aus Shulskys Büro bevollmächtigt werden, «Verbindungen zum Irak zu untersuchen», und zu diesem Zweck die Erlaubnis zu einer «vollständigen Vernehmung der Schlüsselfiguren unter den irakischen Überläufern» erhalten.

Auf der Suche nach neuen Informationsquellen wandte sich das Office of Special Plans an Tschalabis INC, der beständig bemüht war, Kontakt zu irakischen Überläufern aufzunehmen. Das Büro entwickelte eine enge Zusammenarbeit mit dem INC und wurde bald zu einem Kanal, durch den geheime Berichte von INC-Funktionären ins Weiße Haus gelangten. Ungeachtet der begründeten Zweifel am INC stärkte dies die Stellung des Büros in den Auseinandersetzungen mit der CIA und verschaffte der Führungsriege im Pentagon, die den Krieg befürwortete, einen zusätzlichen Vorteil in den ständigen Scharmützeln mit dem State Department. Mitte der neunziger Jahre hatte die CIA insgeheim Millionensummen an den INC geschleust. Die Zahlungen wurden um das Jahr 1996 herum eingestellt, und zwar hauptsächlich weil die Agency Tschalabis Integrität anzweifelte, wie der ehemalige Leiter einer CIA-Station im Nahen Osten mir sagte.

«Man musste ihnen mit Misstrauen gegenübertreten», meinte ein anderer ehemaliger Nahost-Stationsleiter der CIA über Tschalabis Leute. «Der INC ist bekannt dafür, Informationen zu manipulieren, weil er eine Agenda verfolgt. Er ist eine politische Einheit – kein Geheimdienst.»

Der INC war aber beileibe nicht die einzige Organisation, die Geheimdienstinformationen manipulierte und falsch darstellte. Auch das Weiße Haus verdrehte Fakten und ignorierte unerwünschte Erkenntnisse in seinem Bemühen, die amerikanische Öffentlichkeit von der unmittelbaren atomaren Bedrohung durch Saddam Hussein zu überzeugen. Einer der eklatanteren Fälle hatte mit dem berühmtesten irakischen Überläufer zu tun, General Hussein Kamel.

Im August 1995 setzte sich der für das irakische Waffenprogramm zuständige Kamel zusammen mit seinem Bruder, Oberst Saddam Kamel, nach Jordanien ab. Kisten voller Unterlagen, die detaillierte Informationen über die irakischen Bemühungen zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen enthielten, brachten sie mit – Informationen, die den UN-Inspektionsteams, die seit 1991 im Irak tätig waren, zum großen Teil unbekannt waren. Sie wurden von UN-Inspekteuren ausführlich befragt. 1996 lockte Saddam Hussein die Brüder mit dem Versprechen, ihnen verziehen zu haben, zurück und ließ sie um-

bringen. Die Informationen der Kamels gewannen zentrale Bedeutung in der Kampagne der Bush-Administration, die Öffentlichkeit vom Versagen der UN-Waffeninspekteure zu überzeugen. In einer Rede im Oktober 2002 in Cincinnati bezeichnete der Präsident Kamels Flucht als den Moment, in dem Saddams Regime «gezwungen war zuzugeben, dass es über 30 000 Liter Milzbranderreger und andere tödliche biologische Wirkstoffe produziert hatte ... Dies ist ein massives Arsenal an biologischen Waffen, über das er keine Rechenschaft abgelegt hat und das ausreicht, Millionen Menschen zu töten.» Zwei Wochen zuvor hatte Vizepräsident Cheney verkündet, dass Hussein Kamels Geschichte «uns alle daran erinnern sollte, dass wir durch Überläufer häufig mehr erfahren haben als durch Inspektionen».

Der volle Wortlaut der Befragung Hussein Kamels durch die Waffeninspekteure offenbart allerdings, dass er auch sagte, die vor dem Golfkrieg 1991 produzierten chemischen und biologischen Waffenvorräte seien zerstört worden, und zwar oftmals aufgrund der fortgesetzten Inspektionen. Das Gespräch mit Kamel am 22. August 1995 führten Rolf Ekeus, der damalige stellvertretende Vorsitzende der UN-Sonderkommission für den Irak, sowie zwei seiner leitenden Mitarbeiter – Nikita Smidowitsch und Maurizio Zifferaro. «Sie spielen eine wichtige Rolle im Irak», erklärte Kamel laut dem Gesprächsprotokoll, das auf der Grundlage von Notizen verfasst wurde, die Smidowitsch während der Unterredung gemacht hatte. «Man sollte sie nicht unterschätzen. Sie sind sehr effektiv im Irak.» Als Smidowitsch darauf hinwies, dass die UN-Teams «keine Spuren von Zerstörungen» gefunden hatten, erwiderte Kamel: «Ja, das wurde gemacht, bevor Sie ins Land kamen.» Darüber hinaus sagte er, der Irak habe sein Arsenal an Sprengköpfen vernichtet, und sie hätten «Befehl erteilt, keine Chemiewaffen zu produzieren ...»

«Ich erinnere mich an keine Wiederaufnahme der Chemiewaffenproduktion vor dem Golfkrieg», erklärte Kamel später in jener Befragung. «Vielleicht gab es eine Minimalproduktion und Füllungen ... Sämtliche Chemiewaffen wurden vernichtet. Ich befahl die Vernichtung aller Chemiewaffen. Alle Waffen – biologische, chemische, atomare, Raketen – wurden vernichtet.»

Zudem ließen Kamels Ausführungen Zweifel an den Aussagen Khidir Hamzas aufkommen, eines irakischen Atomwissenschaftlers, der 1994 übergelaufen war. Mit Hilfe des INC hatte sich Hamza in den USA niedergelassen und war dort zu einem der wichtigsten Belastungszeugen hinsichtlich der unterstellten atomaren Anstrengungen des Iraks geworden. Kamel aber eröffnete seinen Gesprächspartnern, dass Hamza ein «professioneller Lügner» war. «Er hat», fuhr er fort, «mit uns gearbeitet, aber er war nutzlos und schielte immer nur nach einer Beförderung. Er beriet sich mit mir, konnte aber nichts liefern ... Er wurde sogar von einem Team verhört, bevor er ging, und erhielt die Erlaubnis auszureisen.»

Nach seiner Ankunft in den USA stieß Hamza zum Institute for Science and International Security, einer Washingtoner Abrüstungsinitiative, deren Präsident der frühere UN-Waffeninspekteur David Albright war. Hamza und er, so erzählte mir Albright 1998, unterbreiteten mehreren Verlagen den Vorschlag für ein Buch mit dem Arbeitstitel «Fizzle: Iraq and the Atomic Bomb». Als sich für das Manuskript, das den erfolglosen Versuch des Iraks schilderte, in den Besitz einer Atomwaffe zu gelangen, kein Interessent fand, habe Hamza allmählich begonnen, «seine Erfahrungen im Irak zu übertreiben». Schließlich brach der Kontakt zwischen den beiden Männern ab. Im Jahr 2000 dann veröffentlichte Hamza unter dem Titel *Saddam's Bombmaker* seine Version der Ereignisse und behauptete, dass der Irak bei Ausbruch des Golfkriegs 1991 viel näher an der Produktion einer Atomwaffe gewesen sei, als man damals angenommen hatte.

In einer Rede am 14. November 2001 – der Angriff auf die Taliban in Afghanistan hatte bereits begonnen – zitierte Richard Perle den Bericht Hamzas, darunter auch die Behauptung, dass Saddam Hussein nach dem israelischen Bombenangriff auf den Kernreaktor Osirak in der Nähe von Bagdad befohlen habe, künftig Atomeinrichtungen auf 400 über das gesamte Land verstreute Standorte zu verteilen. «Jeden Tag», sagte Perle, «produzieren diese Anlagen eine kleine Menge nukleares Material. Sollen wir», fragte er sein Publikum, «auf Saddam warten und das Beste hoffen? Sollen wir warten und hoffen, dass er nicht das tut, von dem wir wissen, dass er dazu in der Lage ist ...? Oder sollen wir Präventivmaßnahmen ergreifen?»

Als ich im Mai 2003 mit Jeff Stein sprach, einem Washingtoner Journalisten, der an *Saddam's Bombmaker* mitgearbeitet hatte, sagte er mir, dass Hamzas Bericht «absolut zutreffend» sei, «abgesehen vielleicht von der Tatsache, dass jede Autobiographie den Autor ins Zentrum des Geschehens rückt und deshalb ein gewisses Maß an Übertreibung unvermeidlich ist». In demselben Monat äußerte sich auch der frühere CIA-Chef James Woolsey lobend über Hamza: «Ich habe eine hohe Meinung von ihm und sehe keinen Grund, an seinen Behauptungen zu zweifeln.» Hamza war damals für eine Stellungnahme nicht erreichbar; er war als Mitglied einer Gruppe von Exilirakern, die dem Pentagon beim Wiederaufbau der Infrastruktur helfen sollten, in sein Heimatland zurückgekehrt. Sein Aufgabenbereich: die Kernenergie. Hamzas Vertrag mit der provisorischen Koalitionsregierung lief 2004 aus und wurde nicht verlängert.

Die Vor- und Nachteile, die es hat, sich auf Überläufer zu verlassen, sind von jeher ein Streitthema innerhalb der amerikanischen Geheimdienstgemeinde – wie Shulsky 1991 als Koautor in einem Lehrbuch über den Nachrichtendienst selbst anmerkte. Trotz ihrer Bedeutung «ist es schwierig sicherzustellen, dass sie echt sind ...», schrieb er. «Die widersprüchlichen Informationen, die mehrere bedeutende sowjetische Überläufer den USA lieferten ... wurden niemals ganz geklärt und haben die US-Geheimdienste ein Vierteljahrhundert lang in Verwirrung gestürzt.» Überläufer können einzigartige Einblicke in ein repressives System eröffnen. Aber solche freiwilligen Quellen können auch, warnte Shulsky in dem Buch, «geldgierige oder etwa unausgeglichene Menschen sein, die den Wunsch verspüren, etwas Aufregung in ihr Leben zu bringen. Sie können auch vom Drang getrieben sein, sich für etwas zu rächen, was sie als eine schlechte Behandlung durch ihre Regierung empfanden, und sie können natürlich Opfer einer Erpressung sein.» Überläufer empfinden den starken Anreiz, ihren Gesprächspartnern zu sagen, was diese hören möchten.

Ein pensionierter CIA-Beamter nannte mir einige der Fragen, die normalerweise gestellt werden, wenn eine Quelle überprüft wird: «Stimmen wichtige Informationen, die ein ausländischer Spion ent-

hüllt, mit seinem Zugang überein, oder liegen sie jenseits seiner plausiblen Reichweite?» Der Überprüfungsprozess ist insbesondere dann wichtig, wenn man es mit ausländischen Berichten zu tun hat, sensiblen nachrichtendienstlichen Informationen, die weit reichende politische Entscheidungen auslösen können. Theoretisch sollte kein Antrag auf eine Aktion den direkten Weg an höhere Stellen nehmen – ein Prozess, der als «stovepiping», «durchs Ofenrohr leiten», bezeichnet wird –, bevor die zugrunde liegenden Informationen nicht einer rigorosen Überprüfung unterzogen worden sind.

Die Geheimdienste befanden sich geschlossen auf dem Rückzug, und das Office of Special Plans umging den Überprüfungsprozess. Im Frühjahr 2002, so berichtete mir ein ehemaliger Mitarbeiter des Weißen Hauses, drängten Rumsfeld und Wolfowitz den Präsidenten, über 90 Millionen Dollar an Bundesmitteln für Tschalabi freizugeben, die im Zuge des Iraq Liberation Act, des Gesetzes zur Befreiung des Iraks aus dem Jahr 1998, bereitgestellt, aber aufgrund von Zweifeln des State Department bezüglich der Rechenschaftspraktiken des INC noch nicht ausgezahlt worden waren. «Der Vizepräsident kam zu einem Meeting und war außer sich, weil wir Tschalabi das Geld noch nicht angewiesen hatten», erinnerte sich der ehemalige Regierungsmitarbeiter. «Hier stehen wir», sagte Cheney, «verweigern ihm Geld, während sie» – der Irakische Nationalkongress – «uns mit einzigartigen Geheimdienstinformationen über die irakischen Massenvernichtungswaffen versorgen.»

Mit der Unterstützung des Pentagons brachte Tschalabis Organisation Überläufer, die überzeugende Geschichten zu erzählen hatten, mit amerikanischen und europäischen Journalisten in Kontakt. Die daraus resultierenden Artikel lieferten ein dramatisches Bild der irakischen Fortschritte bei der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen oder erzählten von Verbindungen zwischen Bagdad und Terrorgruppen. In einigen Fällen wurden diese Geschichten in Analysen der CIA in Frage gestellt. Darüber hinaus wurden nach der letzten Serie von UN-Waffeninspektionen, die ein paar Tage vor dem amerikanischen Angriff endete, Falschaussagen und Widersprüche in den Berichten der vom INC betreuten Überläufer aufgedeckt. Glen Rangwala, ein Dozent für Politikwissenschaft an der Cambridge Universi-

ty, fasste die bis zum Beginn der Invasion im Irak veröffentlichten Informationen zusammen und untersuchte sie. Er kam zu dem Schluss, dass die UN-Inspektionen keinerlei Hinweise erbracht hatten, die die Behauptungen der Überläufer unterstützten.

Zum Beispiel veröffentlichten viele Zeitungen ausführliche Interviews mit Adnan Ihsan Saeed al-Haideri, einem Bauingenieur, der 2001 mit Hilfe des INC aus dem Irak geflohen war und nach seiner Flucht behauptete, er habe zwanzig versteckte Anlagen besucht, von denen er annahm, dass sie der Produktion von biologischen und chemischen Waffen dienten. Eine davon, sagte er aus, befände sich unter einem Krankenhaus in Bagdad. Al-Haideri war eine der Quellen für die Behauptung Colin Powells bei dessen Auftritt vor dem UN-Sicherheitsrat am 5. Februar 2003, dass den USA «Beschreibungen aus erster Hand» über mobile Labors vorlägen, die zur Produktion großer Mengen von biologischen Kampfstoffen in der Lage seien. Die UN-Teams, die im November 2002 in den Irak zurückgekehrt waren, konnten nicht eine der von al-Haideri aufgestellten Behauptungen verifizieren. In einer Erklärung an den Sicherheitsrat am Vorabend des Krieges berichtete Hans Blix, der oberste UN-Waffeninspekteur im Irak, dass seine Teams das Krankenhaus und andere Standorte mit Hilfe von den Boden durchdringenden Radargeräten überprüft hatten. «Bislang wurden», betonte er, «keinerlei unterirdische Einrichtungen für die Produktion von chemischen oder biologischen Waffen gefunden.»

Fast unmittelbar nach den Anschlägen vom 11. September begann der INC, Berichte von Überläufern zu veröffentlichen, die behaupteten, sie hätten Informationen, die den Irak mit den Anschlägen in Verbindung brächten. Am 4. Oktober 2001 sagte Sabah Khodada, ein ehemaliger Hauptmann der irakischen Armee, in einem gemeinsam von der *New York Times* und der PBS-Fernsehsendung *Frontline* geführten Interview, dass die Operation 11. September «von Leuten ausgeführt wurde, die von Saddam trainiert worden waren», und dass der Irak ein Ausbildungsprogramm für Terroristen in der Disziplin Flugzeugentführung unterhalte. Ein anderer Überläufer, der lediglich als ein pensionierter Generalleutnant des irakischen Geheimdienstes identifiziert wurde, sagte, dass er im Jahr 2000 gesehen habe, wie ara-

bischen Studenten anhand einer Boeing 707, die in einem nahe der Stadt Salman Pak südlich von Bagdad gelegenen Trainingslager geparkt stand, in der Entführung von Flugzeugen ausgebildet worden seien.

In verschiedenen Interviews, die ich im Frühjahr 2003 führte, sagten ein ehemaliger CIA-Stationsleiter und ein ehemaliger Analyst des militärischen Geheimdienstes übereinstimmend aus, dass das Lager bei Salman Pak nicht der Ausbildung von Terroristen diene, sondern dort Terrorabwehr trainiert werde. Mitte der achtziger Jahre wurden häufig Flugzeuge von islamistischen Terroristen entführt. 1986 war ein irakisches Flugzeug von proiranischen Extremisten entführt worden und abgestürzt, nachdem die Hijacker eine Handgranate gezündet hatten. Bei dem Anschlag waren mindestens fünfundsechzig Menschen ums Leben gekommen. Zu dieser Zeit führten der Iran und der – von den USA unterstützte – Irak Krieg gegeneinander. Nach der Entführung bat der Irak um westliche Hilfe und erhielt das Gewünschte vom britischen Auslandsgeheimdienst MI6.

Die CIA offerierte im gesamten Mittleren Osten ähnliche Schulungen zur Terrorabwehr. «Wo immer wir ein Verbindungsbüro hatten, boten wir unseren Alliierten Hilfe an», erklärte mir der ehemalige CIA-Stationsleiter. Darüber hinaus erinnerten sich Waffeninspekteure, dass sie 1991 – zehn Jahre vor dem 11. September – bei einer Visite in einer Biowaffenfabrik nahe Salman Pak den Rumpf eines Flugzeugs gesehen hatten, der offenbar zum Terrorabwehr-Training diente. Natürlich kann nicht ausgeschlossen werden, dass ein solches Lager auch zu anderen Zwecken genutzt wird. Der ehemalige CIA-Agent schränkte aber ein, dass Terroristen niemals unter freiem Himmel an Flugzeugen ausgebildet würden. «Das sind Hollywood-Märchen», meinte er. «Sie trainieren in Kellern. Um Flugzeugentführungen zu proben, braucht man kein echtes Flugzeug. Die 9/11-Terroristen gingen in Sportstudios. Aber um eines zurückzubringen, muss man am realen Objekt trainieren.»

Salman Pak wurde am 6. April von amerikanischen Truppen eingenommen. Weder im Trainingscamp noch in der einstigen Biowaffenanlage fanden sich irgendwelche Hinweise, die jene vor dem Krieg aufgestellten Behauptungen unterstützt hätten.

Das ganze Jahr 2002 hindurch strömten Berichte aus dem Pentagon direkt ins Büro des Vizepräsidenten und von dort weiter zum Präsidenten, ohne dass sie zuvor vom professionellen Geheimdienst genauer bewertet worden wären. Wenn Analysten einmal einen Blick auf die Berichte werfen konnten, waren sie beunruhigt von dem, was sie sahen. «Es kam vor, dass sie einen Bericht auseinander nahmen und feststellten, dass die Quelle zuvor schon falsche Informationen geliefert oder gar keinen Zugang zu den gelieferten Informationen hatte», sagte Greg Thielman, ein Abrüstungsexperte im Bureau of Intelligence and Research des Außenministeriums. «Innerhalb der Geheimdienste herrschte beträchtliche Skepsis gegenüber Tschalabis Quellen, doch die Überläufer lieferten unablässig neue Berichte. Kaum war einer zerpflückt, kam der nächste. Und derweil wurde der ganze Müll direkt zum Präsidenten geschaufelt.»

Mit der Zeit stellte sich eine Routine ein: Die – als «geheim» klassifizierten – Berichte der Überläufer ans Pentagon wurden der Presse zugeschanzt, doch deren nachfolgende Bewertungen durch die Geheimdienste – die vernichtend ausfielen, aber ebenfalls klassifiziert waren – blieben unter Verschluss. «Es wurde zu einer persönlichen Sache», sagte ein Pentagon-Berater über den Umgang der Regierung Bush mit Geheimdienstinformationen. «Meine Tatsache ist besser als deine Tatsache. In dieser ganzen Angelegenheit versagt das Verfahren. Keiner nimmt sich die primären Quellen vor.»

Ein ehemaliger Geheimdienstmitarbeiter der Regierung Bush erinnerte sich an einen Fall, in dem Tschalabis Gruppe in Zusammenarbeit mit dem Pentagon Zugriff auf einen Überläufer aus dem Irak erhalten hatte, der im Ausland von einem DIA-Agenten vernommen worden war. Der Agent hatte sich auf einen Dolmetscher verlassen, den Tschalabis Leute zur Verfügung gestellt hatten. Im Sommer 2002 wurde der klassifizierte DIA-Bericht der Presse zugespielt. In einem detaillierten Beitrag legte die Londoner *Times* dar, dass der Überläufer Ende der neunziger Jahre in geheimen Lagern im Irak mit al-Qaida-Angehörigen trainiert hatte, dass die Iraker Anweisungen im Umgang mit chemischen und biologischen Waffen erhalten und dass sie den Überläufer mit einer neuen Identität ausgestattet und an einem anderen Ort angesiedelt hatten. Einen Monat später jedoch vernahm

ein CIA-Team den Mann mit einem eigenen Dolmetscher. «Er sagte: ‹Nein, das ist nicht das, was ich gesagt habe›», berichtete der Exgeheimdienstler. «Er sagte: ‹Ich habe in einem Fedajin-Lager gearbeitet; das war keine al-Qaida.› Er hat zu keinem Zeitpunkt ein Training mit chemischen oder biologischen Waffen erlebt.» Daraufhin, sagte meine Quelle, «hat die CIA eine Nachricht verschickt, in der stand, dass der ursprüngliche Bericht falsch war. Sie haben es schriftlich festgehalten.» Doch die Widerlegung durch die CIA unterlag ebenso wie der Originalbericht der Geheimhaltung. «Ich erinnere mich noch, dass ich gespannt war, ob diese Nachricht auch den Medien zugespielt werden und den ersten, falschen Bericht ins rechte Licht rücken würde. Natürlich passierte das nicht.

Einer der Gründe, warum ich meinen Abschied nahm», fuhr der ehemalige Geheimdienstmitarbeiter fort, «war mein Eindruck, dass sie Informationen von der CIA und anderen Geheimdiensten nur dann einbezogen, wenn sie mit ihrer Agenda übereinstimmten. Da ihnen die Informationen, die sie erhielten, nicht gefielen, brachten sie ihre eigenen Leute herein und ließen die das Zeug schreiben. Sie waren so besessen und so verrückt und Argumenten so absolut unzugänglich, dass es schon bizarr war. So dogmatisch, als seien sie im Auftrag Gottes unterwegs. Wenn etwas nicht zu ihrer Theorie passt», fügte er hinzu, «dann weigern sie sich einfach, es zu akzeptieren.»

Die Arbeiten Shulskys und seiner Kollegen wurzelten tief in der Theorie. In seinen wissenschaftlichen Publikationen und seinen Think-Tank-Schriften hatte Shulsky, der sich während des Kalten Krieges auf sowjetische Desinformationstechniken spezialisiert hatte, schon seit langem die amerikanischen Geheimdienste kritisiert. Wie Wolfowitz hatte der Sohn eines Journalisten – sein Vater Sam Shulsky schrieb eine landesweit publizierte Wirtschaftskolumne – bei Leo Strauss an der University of Chicago studiert, und wie Wolfowitz hatte er 1972 bei Strauss promoviert. Strauss, der aus dem nationalsozialistischen Deutschland geflüchtet und 1937 in die USA gekommen war, beschäftigte sich mit der Geschichte der politischen Philosophie und stieg unter den Emigranten zu einem der führenden konservativen Wissenschaftler auf. Er war weithin für seine Auffassung

bekannt, dass die Werke der antiken Philosophen bewusst verschleierte esoterische Bedeutungen enthalten, deren Lehren nur sehr wenigen zugänglich sind und von den Massen missverstanden würden. Die Strauss'sche Schule hat in der Bush-Administration und deren Umfeld zahlreiche Anhänger. Neben Shulsky und Wolfowitz gehören dazu auch William Kristol, Herausgeber des *Weekly Standard*, und Stephen Cambone.

Strauss' Einfluss auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess – er selbst hat niemals explizit zu diesem Thema publiziert – wird gemeinhin im Hinblick auf seine Tendenz diskutiert, die Welt als einen Ort zu betrachten, an dem isolierte liberale Demokratien sich in konstanter Bedrohung durch feindliche Elemente jenseits ihrer Grenzen befinden und Gefahren ausgesetzt sind, denen sie entschlossen und unter einer starken Führung entgegentreten müssen. Wie sich Strauss' Theorien auf den Vorgang der nachrichtendienstlichen Informationsbeschaffung übertragen lassen, ist weniger offensichtlich.

Schließlich war es Shulsky selbst, der sich in einem 1999 zusammen mit Gary Schmitt unter dem Titel «Leo Strauss and the World of Intelligence (By Which We Do Not Mean *Nous*)» veröffentlichten Essay mit dieser Frage befasste – in der griechischen Philosophie bezeichnet der Begriff «Nous» die höchste Form der Rationalität. In diesem Essay schrieben Shulsky und Schmitt, dass man über Strauss' «Behutsamkeit, sein Vermögen, sich auf Details zu konzentrieren, seine sich daraus ergebende Fähigkeit, unter die Oberfläche zu schauen und zwischen den Zeilen zu lesen, seine scheinbare Weltfremdheit ... durchaus sagen könnte, dass sie, wie flüchtig auch immer, an George Smiley aus John LeCarrés Romanen denken lassen». Indem sie sich auf eines der zentralen Themen Strauss' bezogen, kritisierten Shulsky und Schmitt die amerikanischen Dienste für deren Versäumnis, die doppelzüngige Natur der Regime zu berücksichtigen, mit denen sie es zu tun haben, ihre Anfälligkeit für sozialwissenschaftlich begründete Definitionen von Beweis sowie ihre Unfähigkeit, mit bewusster Verschleierung fertig zu werden.

Die Analysten der Geheimdienste, argumentierten Shulsky und Schmitt, «weigerten sich im Allgemeinen, den gesamten Kalten Krieg hindurch zu glauben, dass die Sowjetunion oder ein anderer kommu-

nistischer Staat sie in irgendeiner wichtigen Frage hinters Licht führen könnte. Die Geschichte hat gezeigt, dass diese Annahme extrem naiv war.» Die politische Philosophie mit ihrer Betonung der Vielfalt der Regime könnte, so führten sie aus, als «Gegengift» gegen die Mängel der CIA wirken und dazu beitragen, die islamischen Führer zu verstehen, «deren geistige Welt so grundverschieden von der unsrigen ist».

Strauss' Konzept der verborgenen Bedeutungen, merkten Shulsky und Schmitt an, «sensibilisiert für die Möglichkeit, dass das politische Leben aufs engste mit Täuschung verbunden ist. In der Tat deutet es darauf hin, dass Täuschung die Norm im politischen Leben ist und dass die Hoffnung, ganz zu schweigen von der Erwartung, eine Politik zu etablieren, die darauf verzichten kann, die Ausnahme darstellt.»

«Strauss glaubte», erklärte mir Robert Pippin, Strauss-Kritiker und Vorsitzender des Committee on Social Thought an der Universität von Chicago, «dass gute Staatsmänner über Urteilsvermögen verfügen und sich auf einen inneren Zirkel verlassen müssen. Die Person, die dem König ins Ohr flüstert, ist wichtiger als der König selbst. Wenn Sie dieses Talent besitzen, kann das, was Sie öffentlich tun oder sagen, nicht auf die gleiche Weise beurteilt werden.» Stephen Holmes, Juraprofessor an der New York University und gleichfalls Strauss-Kritiker, formulierte die Position der Straussianer folgendermaßen: «Sie glauben, dass ihr Feind sie täuscht und dass sie vorgeben müssen, mit ihm übereinzustimmen, insgeheim aber folgen sie ihren eigenen Sichtweisen. Die ganze Sache wird noch erschwert durch Strauss' – genau genommen Platos – Vorstellung, dass die Philosophen nicht nur dem Volk noble Lügen erzählen müssen, sondern auch den mächtigen Politikern.»

Joseph Cropsey, emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der University of Chicago und ein entschiedener Verteidiger von Strauss, den ich zur Übertragung von Strauss' Theorien auf das Feld der praktischen Politik befragte, war der Meinung, allein schon der gesunde Menschenverstand lege nahe, dass in der Regierungsführung ein gewisses Maß an Täuschung unerlässlich sei. «Dass Menschen in der Regierung in ihren öffentlichen Äußerungen zurückhaltend sein

müssen, ist doch offenkundig – ‹Wenn ich die Wahrheit sage, kann ich nicht anders, als dem Feind zu helfen.›» Allerdings spreche sich Strauss in seinem Werk, so fügte er hinzu, an keiner Stelle für «präventives Handeln aus. Wofür er sich ausspricht, sind Umsicht und ein gesundes Urteilsvermögen. Wenn wir Hitler in den dreißiger Jahren hätten beseitigen können, wer hätte das nicht gut gefunden? Man muss nicht Strauss lesen, um zu dieser Schlussfolgerung zu gelangen.»

Einige ehemalige Geheimdienstleute neigen zu der Annahme, dass Shulsky und seine Vorgesetzten Gefangene ihrer eigenen Überzeugungen waren und nur sich selbst täuschten. Vincent Cannistraro, der ehemalige Leiter der Antiterrorabteilung der CIA, arbeitete nach seiner Pensionierung mit Shulsky in einem Washingtoner Think Tank. In einem Interview im Frühjahr 2003 sagte er über Shulsky: «Abe ist sehr sanftmütig, nur schwer zu verärgern und hat einen Sinn für Ironie. Aber seine politischen Ansichten sind typisch für seine Gruppe – die Strauss'sche Perspektive.» Die Mitglieder der Gruppe, sagte Cannistraro, «bestärken sich gegenseitig, weil sie untereinander die einzigen Freunde sind, die sie haben, und weil sie alle zusammenarbeiten. Das läuft so seit den achtziger Jahren, aber sie waren niem als in der Lage, eine solche Verbindung aufzubauen wie heute. Der 11. September gab ihnen die Chance dazu, und jetzt sind sie glücklich. Sie glauben, dass die Informationen da sind. Sie wollen das glauben. Die Informationen müssen da sein.»

Der wachsende Einfluss des Office of Special Plans in dem Jahr vor Ausbruch des Krieges ging einher mit einem schwindenden Einfluss der CIA und der Defense Intelligence Agency. «Für Feith und Luti ist jeder, der nicht hundertprozentig für sie ist, hundertprozentig gegen sie – eine sehr manichäische Welt», sagte ein Berater des Verteidigungsministeriums. Ein ehemaliger CIA-Experte, der sich in den letzten zehn Jahren intensiv mit Exilirakern beschäftigt hatte, sagte über die Leute vom Office of Special Plans: «Sie betrachten sich selbst als Außenseiter. Da herrscht ein hohes Maß an Paranoia. Sie haben sich eingeredet, dass sie auf der Seite der Engel stehen und dass alle anderen in der Regierung Idioten sind.»

Die Neokonservativen im Office of Special Plans des Pentagons

waren nicht die Einzigen, die das System der gegenseitigen Kontrolle der Dienste umgingen. Ein paar Monate nach George W. Bushs Amtsantritt wurde Greg Thielmann vom Bureau of Intelligence and Research (INR) des State Department zum täglichen Geheimdienstverbindungsoffizier für John Bolton berufen, ein prominenter Konservativer und Staatssekretär für Rüstungskontrolle und internationale Sicherheit im Außenministerium. Thielmann wusste, dass seine Berufung von Außenminister Colin Powell angeordnet worden war, der die Ansicht vertrat, dass jeder wichtigen Abteilung im Außenministerium ein Geheimdienstverbindungsoffizier zugeteilt werden sollte. «Bolton war derjenige, um den ich mich kümmern musste», sagte Thielmann. «Wir sollten ihn mit allen Informationen versorgen, die zu erhalten er berechtigt war. Das ist die Aufgabe eines professionellen Geheimdienstbeamten.» Aber, erzählte mir Thielmann, «Bolton wirkte beunruhigt, weil das INR ihm nicht das sagte, was er hören wollte.»

Es dauerte nicht lange, bis Thielmann von Boltons allmorgendlichen Stabsbesprechungen ausgeschlossen wurde. «Einer seiner Mitarbeiter fing mich an der Tür zu seinem Büro ab und sagte: ‹Der Staatssekretär bedarf Ihrer Anwesenheit bei diesem Meeting nicht mehr.›» Als Thielmann protestierte und erklärte, er sei hier, um Geheimdienstinputs zu liefern, entgegnete der Mitarbeiter: «Der Staatssekretär möchte, dass es in der Familie bleibt.»

Thielmann berichtete, dass Bolton schließlich verlangte, ihm und seinem Stab sensible Geheimdienstinformationen wie Berichte von Auslandsagenten und abgefangene Nachrichten direkt elektronisch zugänglich zu machen. Bis dahin hatten Staatssekretäre erst Zugriff auf solche Daten, nachdem diese analysiert worden waren, üblicherweise in den speziell gesicherten Büros des INR. Sinn und Zweck jenes Systems bestand laut Thielmann vor allem darin, «zu verhindern, dass rohe Geheimdienstdaten in die Hände von Leuten gelangten, die daraus falsche Schlüsse ziehen könnten». Bolton dagegen wollte, dass seine Mitarbeiter Geheimdienstanalysen und -bewertungen samt den Rohdaten erhielten, um mit diesen arbeiten zu können. Dies bedeutete nichts anderes, als dass Bolton seine eigene Geheimdienstoperation führte, und zwar ohne jede Anleitung oder Unterstützung.

«Er umgab sich mit einer handverlesenen Gruppe loyaler Mitarbeiter und fand einen Weg, direkt auf die CIA-Informationen zuzugreifen», sagte Thielmann.

In einem späteren Interview gestand Bolton ein, dass er die Prozeduren für den Umgang mit nachrichtendienstlichen Informationen in dem Bestreben geändert hatte, die Bandbreite des seinem Büro zugänglichen klassifizierten Materials zu erweitern. «Ich stellte fest, dass es eine Menge Stoff gab, den ich nicht erhielt und den die INR-Analysten nicht berücksichtigten», sagte er mir. «Ich wollte das Material ungefiltert haben. Ich wollte alles sehen – umfassend informiert sein. Wenn ich damit jemandem auf die Füße getreten habe, dann tut mir das Leid.» Er habe sich bemüht, auf die Geheimdienste zuzugehen, aber Thielmann habe «sich selbst eingeladen» zu seinen täglichen Mitarbeiterbesprechungen. «Das war mein Meeting mit den vier Abteilungsleitern, die an mich berichten, zur Vorbereitung der Mitarbeiterbesprechung des Ministers um 8.30 Uhr», erklärte Bolton. «Es fand innerhalb meines engsten Stabes statt. Da hatten weder das INR oder irgendjemand sonst etwas verloren – die Personalabteilung oder das Office of Foreign Buildings.»

Mag sein, dass Bolton und seine Kollegen vom Office of Special Plans die nachrichtendienstlichen Informationen nicht bewusst verzerrten. Was sich aber abspielte, hatte System – und war potenziell ebenso beunruhigend. Kenneth Pollack, ein ehemaliger Irak-Experte im Nationalen Sicherheitsrat, der in seinem Buch *The Threatening Storm* prinzipiell den Einsatz von Gewalt zur Entmachtung Saddam Husseins unterstützte, meinte, dass Bushs Leute «die bestehenden Filtermechanismen, die fünfzig Jahre lang verhinderten, dass Politiker schlechte Informationen erhielten, demontiert haben. Sie haben Ofenrohre verlegt, um die gewünschten Informationen direkt zur Führungsspitze zu leiten. Ihrer Auffassung nach enthalten die Berufsbürokraten ihnen bewusst und mit böser Absicht Informationen vor.»

«Sie hatten immer Informationen, um ihre öffentlichen Behauptungen zu stützen, aber sehr häufig handelte es sich dabei um schlechte Informationen», fuhr Pollack fort. «Sie zwangen die Geheimdienste, ihre guten Informationen und Analysen so vehement zu

verteidigen, dass den Analysten weder die Zeit noch die Kraft blieb, die schlechten Informationen in Frage zu stellen.» Ein hochrangiger Regierungsbeamter kommentierte Anfang 2002 mir gegenüber Rumsfelds Kontrolle über die DIA: «Wenn sie mitbekommen hätten, dass Rummy von ihnen erwartet, die Regierung von Tonga mit 9/11 in Verbindung zu bringen, hätten sie innerhalb von ein paar Monaten Quellen beschafft, die eine solche Verbindung bestätigen.»

Ein ehemaliger Leiter einer CIA-Taskforce, der als Berater für die Bush-Administration arbeitete, sagte, viele Analysten der CIA waren davon überzeugt gewesen, dass die Berichte der Überläufer von Tschalabis Organisation zu Massenvernichtungswaffen und al-Qaida nur wenig Verwertbares enthielten, die Agency aber «nicht dagegen angekämpft» hätte. Er fuhr fort, dass auch die DIA die Berichte analysiert habe und «selbst die DIA darin nichts von Wert finden konnte».

In Interviews beschrieben frühere CIA-Mitarbeiter die Agency als deutlich demoralisiert. Ein Exagent sagte über Tenet: «George weiß, dass er angeschlagen ist, und seine Analysten sind völlig verängstigt. George hat seine Leute stets beschützt, aber jetzt zwingen sie ihn, auf ihre Weise zu verfahren.» Weil die CIA-Analysten in der Defensive waren, schrieben sie «Berichte, in denen sie ihre Informationen rechtfertigen, statt zu sagen, was da draußen los ist. Das Verteidigungsministerium und das Büro des Vizepräsidenten schreiben eigene Berichte, die auf ihrer Ideologie basieren. Wir tragen so viel Material zusammen, dass man alles finden kann, was man will.»

Schließlich setzte sich die Regierung durch, sagte ein anderer Exmitarbeiter der CIA. «Die Analysten in der CIA wurden niedergemacht, wenn sie ihre Bewertungen verteidigten. Eine Regierung wie diese habe ich noch nicht erlebt.»

3. Hinter dem «Atompilz»

Im Herbst 2001 erstellte das Bureau of Intelligence and Research im State Department einen umfassenden Bericht über die irakischen Fortschritte bei der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen. Dieser Bericht wurde Außenminister Powell im Dezember 2001 vor-

gelegt. Nach Aussage von Greg Thielmann, der als Analyst an der Studie beteiligt gewesen war, «hieß es darin unterm Strich, dass keine überzeugenden Hinweise für eine Wiederaufnahme des irakischen Atomprogramms vorliegen» – ein Ergebnis, das nicht überall willkommen war. Teile der Regierung waren nämlich bereits dabei, zu formulieren, was zu ihrem wichtigsten Argument für einen Krieg gegen den Irak werden sollte: die Möglichkeit, dass Saddam Hussein, ließe man ihm nur genügend Zeit, in der Lage sein würde, die USA mit Nuklearwaffen anzugreifen.

Wenn die UN-Inspektionen im Irak einen Erfolg hatten, dann im Bereich der Atomwaffen. Im Oktober 1997 gab die Internationale Atomenergieorganisation einen Schlussbericht heraus, in dem es hieß, dass der Irak im Grunde atomwaffenfrei war: «Es gibt keine Hinweise darauf, dass im Irak Anlagen zur Produktion von waffenfähigem nuklearem Material in erwähnenswerten Mengen existieren», schrieben die IAEO-Inspekteure. Die irakischen Atomanlagen, so der Bericht, waren im Golfkrieg 1991 von amerikanischen Bomben zerstört worden.

Der Hauptautor der Studie, der britische Ingenieur für Atomsicherheit Garry Dillon, der 23 Jahre für die IAEO gearbeitet hat und als Leiter der Inspektionen in den Ruhestand ging, äußerte mir gegenüber, dass es angesichts der in den letzten zehn Jahren erzielten enormen technischen Fortschritte der IAEO-Inspekteure beim Nachweis von Radioaktivität im Boden und in Wasserwegen «höchst unwahrscheinlich» sei, dass der Irak ein geheimes oder verstecktes Programm zur Herstellung nennenswerter Mengen an waffenfähigem Spaltmaterial hätte fortführen können. «Hier geht es nicht um Küchenchemie», sagte Dillon. «Wir reden hier von Fabrikanlagen, und in jedem Werk gibt es Lecks.»

Die US-Regierung konnte wenig bis gar keine Informationen aus erster Hand anbieten, welche die Schlussfolgerungen der IAEO von 1997 widerlegt hätten. Unter Präsident Clinton waren unablässig beunruhigende Geheimdienstberichte über irakische Massenvernichtungswaffen eingegangen, aber die meisten behandelten das Thema im Kontext von Worst-Case-Szenarien – wozu der Irak ohne angemessene UN-Inspektionen in der Lage wäre – und enthielten, wenn

überhaupt, nur wenige zuverlässige Berichte von Agenten, die im Irak operierten. Die Inspekteure verließen das Land 1998. Die Bush-Administration erhielt zwar weitere Berichte von Überläufern, doch deren Darstellungen konnten anhand der verfügbaren Geheimdienstinformationen nicht überprüft werden.

Im Herbst 2001 jedoch, kurz nach den Anschlägen vom 11. September, erhielt die CIA vom italienischen Militärgeheimdienst SISMI (Servizio Informazioni Sicurezza Militare) den Bericht über einen offiziellen Besuch des damaligen irakischen Botschafters am Vatikan, Wissam al-Zahawie, im Niger und in drei weiteren afrikanischen Ländern zweieinhalb Jahre zuvor, im Februar 1999. Über jenen Besuch hatten damals die Presse im Niger sowie eine französische Nachrichtenagentur berichtet. Neben dem britischen Geheimdienst hatte auch der amerikanische Botschafter im Niger, Charles O. Cecil, in einem Routinebericht an Washington den Besuch Zahawies erwähnt, an dem jedoch nichts Ungewöhnliches war. «Wir meldeten Zahawies Besuch nur, weil in der Zeitung ein Bild von ihm mit dem Präsidenten abgedruckt war», klärte mich der inzwischen pensionierte Botschafter auf. Abgesehen von der Bildunterschrift gab es keinen Begleittext zu der Fotografie und nichts, was einen Bericht wert gewesen wäre. Zu der Zeit bemühte sich der Niger, der den von den USA angeführten Golfkrieg von 1991 mit der Entsendung mehrerer hundert Soldaten unterstützt hatte, aktiv um amerikanische Wirtschaftshilfe. Soweit bekannt ist, wurde in keinem der damaligen Berichte Uran erwähnt, obwohl der Niger ein wichtiger Exporteur von Uranoxidkonzentrat ist, das als Yellow Cake bekannt ist. Jetzt aber, und offenbar im Rahmen einer umfassenderen Suche nach relevanten Informationen über mögliche terroristische Hintergründe, hatten die Italiener den Bericht über Zahawies Visite im Archiv ausgegraben und mit der Vermutung an die Amerikaner weitergeleitet, dass Zahawies eigentliche Mission darin bestanden habe, den Kauf von Yellow Cake in die Wege zu leiten.

Was dem zweieinhalb Jahre alten Bericht in Washington so viel Aufmerksamkeit sicherte, war der Umstand, dass er vergleichsweise aktuell war. Ein Versuch des Iraks, im Jahr 1999 Uranerz zu kaufen, wäre im Falle einer Verifizierung ein Beweis gewesen, dass Saddam

an der Wiederaufnahme seines Atomprogramms gearbeitet hatte – und würde die Berichte der IAEO und der amerikanischen Geheimdienste, die etwas anderes behaupteten, der Lüge überführen.

Der SISMI-Bericht war allerdings alles andere als überzeugend und wurde von amerikanischen Nachrichtendiensten als amateurhaft und substanzlos abgetan. Von einem ehemaligen leitenden CIA-Mitarbeiter erfuhr ich, dass die ursprünglichen Unterlagen aus Italien nur aus einer schriftlichen Zusammenfassung von Anschuldigungen bestanden und keinerlei Dokumente enthielten. «Ich kann mir zwar gut vorstellen, dass der SISMI einen Geheimdienstbericht dieser Art verschickt», meinte ein CIA-Berater mir gegenüber, «aber warum ihn irgendjemand für glaubwürdig halten sollte, will mir nicht in den Kopf.» Obwohl weder damals noch seither irgendwelche überzeugenden Unterlagen aufgetaucht sind, die den italienischen Bericht bestätigt hätten, wurde er umgehend per Ofenrohr an die Leute in der Regierung weitergeleitet, die begierig waren, den Fall gegen den Irak auszubauen, darunter auch Vizepräsident Dick Cheney. «Der Vizepräsident bekam Geheimdienstinformationen auf den Tisch, denen zufolge der Irak versucht hatte, Uran zu kaufen», teilte mir Cheneys Sprecherin Cathie Martin mit. Einige Zeit später, während eines seiner täglichen CIA-Briefings, brachte Cheney das Thema zur Sprache. «Er stellte dem Briefing-Experten eine Frage, und ein oder zwei Tage später kam dieser mit der Antwort zurück: ‹Wir haben einen Bericht, aber es fehlt an Details.›» Dem Vizepräsidenten wurde weiter mitgeteilt, man wisse, dass der Irak Anfang der achtziger Jahre zwar Uranerz vom Niger gekauft habe, dieses Material aber in ein von der IAEO überwachtes und gesichertes Lager gebracht worden war. «Ende der Geschichte», fügte Martin hinzu. «Das ist alles, was wir wissen.»

Nach Auskunft eines ehemaligen hochrangigen CIA-Mitarbeiters zeigte Cheney sich jedoch unzufrieden mit der Antwort und forderte die Agency auf, die Angelegenheit nochmals zu prüfen. Das war, wie sich herausstellen sollte, der Beginn eines ein Jahr währenden Tauziehens zwischen der CIA und dem Büro des Vizepräsidenten.

Als die Kampagne, einen stichhaltigen Vorwurf gegen den Irak zu konstruieren, an Intensität gewann, gab sich nach Auskunft eines ehemaligen Cheney-Mitarbeiters das von Cheneys Stabschef Lewis

«Scooter» Libby geführte Büro des Vizepräsidenten zunehmend geheimnisvoll, was nachrichtendienstliche Informationen über die irakischen Massenvernichtungswaffen anging. Wie bei Bolton und Wolfowitz hielt man im Büro des Vizepräsidenten wenig davon, die militärischen und zivilen Analysten im Mitarbeiterstab die Geheimdienstinformationen überprüfen zu lassen. «Es handelte sich um eine kleine und unglaublich abgeschottete Gruppe», sagte der ehemalige Mitarbeiter Cheneys. Unter der Regierung Clinton, fuhr er fort, seien die Geheimdienstprozeduren weitaus offener gewesen und die Beamten der Mitarbeiterstäbe viel stärker in die Bewertung und Analyse auch höchst sensibler Informationen mit einbezogen worden. «Da draußen gibt es so viele nachrichtendienstliche Informationen, dass es leicht ist, sich das zu besorgen, was man braucht, um einen bestimmten Fall zu konstruieren», fuhr der Mann fort. «Das birgt die Gefahr der Rosinenpickerei.»

«Manche Berichte sind so sensibel, dass sie – wie es sein sollte – nur den höchsten Regierungsmitarbeitern zugänglich sind», meinte Cathie Martin. Anfang 2002 spielte der noch immer nicht verifizierte SISMI-Bericht bereits eine wichtige Rolle in den Warnungen der US-Regierung vor der irakischen atomaren Bedrohung. Am 30. Januar gab die CIA einen nicht klassifizierten Bericht an den Kongress heraus, in dem es hieß, dass «Bagdad möglicherweise versucht, Materialien zu beschaffen, die bei der Neuaufnahme seines Atomwaffenprogramms hilfreich sein könnten». Eine Woche später sagte Colin Powell vor dem Ausschuss für Internationale Beziehungen des Repräsentantenhauses: «Hinsichtlich des Atomprogramms besteht kein Zweifel, dass die Iraker es weiter verfolgen.»

Die CIA-Bewertung spiegelte sowohl die tiefen Risse innerhalb der Agency als auch die – alles andere als gesicherte – Position ihres Direktors George Tenet wider; immerhin war die Agency für ihr Versagen, keinerlei Hinweise auf die Anschläge vom 11. September geliefert zu haben, scharf kritisiert worden. Nach Ansicht zahlreicher CIA-Analysten und -Agenten war Tenet allzu sehr bemüht, sich bei den Falken in der Regierung beliebt zu machen und sein Ansehen beim Präsidenten und beim Vizepräsidenten zu verbessern. Hochrangige CIA-Analysten, die mit dem Irak befasst waren, wurden vom

Büro des Vizepräsidenten unablässig gedrängt, Worst-Case-Szenarien zum Thema Irak und Waffen zu erstellen. «Sie wurden bestürmt, Tag für Tag», sagte ein hoher Mitarbeiter der Bush-Administration, und sie erhielten keine klare Unterstützung von Tenet oder aus den oberen Etagen. «Da sagt man dann bald ‹Fuck it›.» Und so begannen sie, die Informationen zu liefern, die gewünscht waren.

Ende Februar 2002 überredete die CIA den pensionierten Botschafter Joseph Wilson dazu, in den Niger zu fliegen und ganz diskret die Angelegenheit mit dem Urangeschäft zu überprüfen. Wilson, der inzwischen als Unternehmensberater arbeitete, verfügte über exzellente Empfehlungen: Er war stellvertretender Missionsleiter in Bagdad und als Diplomat in Afrika tätig gewesen und er hatte im Weißen Haus für den Nationalen Sicherheitsrat gearbeitet. Ihm eilte der Ruf eines unabhängigen Diplomaten voraus, der sich auch schon in Gefahr begeben hatte, um amerikanischen Bürgern im Ausland zu helfen. Wilson erzählte mir, ihm sei damals mitgeteilt worden, dass die Mission stattfinde, weil das Büro des Vizepräsidenten an dem italienischen Geheimdienstbericht interessiert sei. Vor seiner Abreise wurde er von der CIA zu einem Meeting mit einer Gruppe von Regierungsexperten der Bereiche Irak, Niger und Uran einbestellt. Sie zeigten ihm zwar keine Unterlagen, erklärten aber, dass die CIA auf «einen jüngst erhaltenen Bericht über eine angebliche Vereinbarung» – zwischen dem Irak und dem Niger – reagiere, die «unseren Jungs in die Hände gefallen war». «Weder ich noch die Leute, die das Briefing gaben, hatten eine Ahnung, ob unsere Leute die Vereinbarung oder deren angeblichen Wortlaut mit eigenen Augen gesehen hatten.»

Wilsons achttägiger Aufenthalt im Niger förderte nichts zutage. Er erfuhr, dass eine solche Vereinbarung über den Verkauf von Uranoxidkonzentrat die Unterschriften des Premierministers, des Außenministers und des Bergbauministers des Niger erfordert hätte. «Ich habe mich mit allen getroffen», sagte Wilson, und keiner hatte ein derartiges Dokument unterzeichnet: «Ein Dokument, das einen solchen Handel vorgibt und diese Unterschriften trägt, wäre nicht authentisch.» Darüber hinaus ermittelte Wilson, dass gar kein verfügbares Uran vorhanden gewesen war: Alles war bereits vorab an die japanischen und europäischen Konsortialpartner verkauft worden.

Zurück in Washington, verfasste Wilson seinen Bericht. Der wurde auch verteilt, wie er sagte, aber er «erfuhr nicht, wie man im Büro des Vizepräsidenten darüber dachte».

Anfang März 2002, so teilte mir ein ehemaliger Mitarbeiter des Weißen Hauses mit, war dort vielen klar, dass der Präsident seine Entscheidung, in den Krieg zu ziehen, bereits getroffen hatte. Im Spätsommer des Jahres verschärfte das Weiße Haus seine atomare Rhetorik gegenüber dem Irak drastisch und konzentrierte sich unmittelbar auf zwei bevorstehende Ereignisse: die Interimswahlen für den Kongress und die dort noch ausstehende Abstimmung über eine Resolution, die den Präsidenten autorisieren würde, sämtliche Maßnahmen im Irak zu ergreifen, die er für den Schutz der nationalen Sicherheit der USA für erforderlich hielt.

Am 7. August 2002, bei einem Auftritt in Kalifornien, sagte Vizepräsident Cheney über Saddam Hussein: «Was wir jetzt aus verschiedenen Quellen wissen, ist, dass er ... weiterhin versucht, in den Besitz einer atomaren Waffe zu kommen.» Am 26. August deutete Cheney an, dass Saddam über atomare Kapazitäten verfüge, mit denen er «nach Gutdünken jeden in seiner Region oder darüber hinaus [unmittelbar] bedrohen kann». Und am 8. September ließ er in einem Fernsehinterview verlauten: «Wir wissen mit absoluter Sicherheit, dass er sein Beschaffungssystem dazu benutzt, die Anlage zu erwerben, die er zur Urananreicherung und zum Bau einer Atomwaffe benötigt.» Knapp eine Woche später, am 14. September, verkündete der Präsident in seiner wöchentlichen Rundfunkansprache: «Saddam Hussein hat die Wissenschaftler und die Infrastruktur für ein Atomwaffenprogramm, und er hat auf illegalem Wege versucht, die Ausrüstung zu kaufen, die zur Anreicherung von Uran für eine Atomwaffe erforderlich ist.» Es gab keinerlei Geheimdiensterkenntnisse, die diese Aussage des Präsidenten gestützt hätten.

Auch der engste Verbündete Präsident Bushs, der britische Premierminister Tony Blair mit seiner Regierung, wurde eingespannt. Wie Blair später vor einem Untersuchungsausschuss der britischen Regierung aussagte, hatten er und Bush in jenem Sommer in Telefonaten über die Notwendigkeit gesprochen, «das zu veröffentlichen, was wir wissen, beziehungsweise so viel wie nur möglich von dem,

was wir wissen». Ganz der loyale Gefolgsmann, übernahm Blair die Führung: Am 24. September veröffentlichte die britische Regierung ein Dossier, in dem ein dramatisches Szenario der Bedrohung entworfen wurde, die von den irakischen Massenvernichtungswaffen ausgehe. In einem Vorwort erklärte Blair, dass die «analysierten nachrichtendienstlichen Informationen jenseits allen Zweifels belegen, dass Saddam ... in seinen Bemühungen fortfährt, Atomwaffen zu entwickeln». Weiter hieß es in dem Dossier, dass Geheimdienstinformationen – einmal mehr kam der SISMI-Bericht ins Spiel – zeigten, dass der Irak «in Afrika beträchtliche Mengen an Uran zu erwerben versucht hat». Eine nachfolgende parlamentarische Untersuchung ergab, dass die veröffentlichte Erklärung stark entschärft worden war, nachdem die CIA dem britischen Geheimdienst geraten hatte, diese Aussage nicht in das Dossier aufzunehmen. In dessen endgültiger Version wurde weder der Niger noch der SISMI erwähnt.

Das Weiße Haus hatte seine Rhetorik unterdessen weiter verschärft. In einem Fernsehinterview erklärte Condoleezza Rice am 8. September auf Fragen danach, wie solide die Vorwürfe der Regierung gegenüber dem Irak seien: «Wir wollen nicht, dass der rauchende Colt ein Atompilz ist» – eine Formulierung, die von den Falken in der Regierung umgehend aufgegriffen wurde. Und in einer Rede am 7. Oktober sagte Präsident Bush: «Angesichts eindeutiger Gefahr können wir nicht auf den endgültigen Beweis – den rauchenden Colt – warten, der die Gestalt eines Atompilzes haben könnte.»

Genau zu diesem Zeitpunkt, Anfang Oktober 2002, tauchten plötzlich mehrere Dokumente auf, die versprachen, einen soliden Beweis dafür zu liefern, dass der Irak versuchte, sein Atomprogramm wieder zu beleben. Der erste Hinweis auf die Existenz solcher Dokumente kam, als Elisabetta Burba, eine Reporterin des italienischen Wochenmagazins *Panorama*, das zum Medienimperium von Premierminister Silvio Berlusconi gehört, einen Anruf von einem italienischen Geschäftsmann und Sicherheitsberater erhielt, der, ihrer Überzeugung nach, mit dem italienischen Geheimdienst zu tun gehabt hatte. Der Anrufer erzählte, dass er im Besitz von Informationen sei, die

Saddam Hussein mit dem Kauf von Uran in Afrika in Verbindung brachten. Burba hielt den Informanten für glaubwürdig, immerhin hatte er ihr 1995 offenbar aus westlichen Geheimdienstkreisen stammende, detaillierte Informationen zukommen lassen, als sie – damals noch für die Zeitschrift *Epoca* – über den Friedensprozess in Bosnien und eine muslimische Wohltätigkeitsorganisation schrieb, der Verbindungen zum internationalen Terrorismus nachgesagt wurden. Die damals gelieferten Informationen, die zum Teil auf Englisch abgefasst waren, hatten sich als zutreffend erwiesen, und *Epoca* hatte sie autorisiert, dem Mann rund 4000 Dollar für die Unterlagen zu zahlen – eine in Italien gängige Praxis. Nun, Jahre später, «kommt er wieder zu mir», sagte Burba in unserem Gespräch. «Ich wusste, dass er ein gut unterrichteter Mann war und überall in der Welt, auch im Nahen Osten, seine Kontakte hatte. Er befasst sich mit Investitions- und Sicherheitsthemen.» Sie trafen sich, und der Informant zeigte Burba die Niger-Dokumente, die er ihr für rund 10 000 Dollar überlassen wollte.

Bei den Unterlagen, die er ihr aushändigte, handelte es sich um Fotokopien. Sie umfassten 22 Seiten, waren größtenteils auf Französisch abgefasst, und eine Reihe von ihnen trugen den Briefkopf der nigrischen Regierung oder der Botschaft. Zwei weitere zeigten das Briefpapier der irakischen Botschaft am Vatikan, dazu kamen noch einige Telexe. Auf Burbas Frage nach der Authentizität des Materials legte ihr der Mann neben einigen anderen Dingen etwas vor, das aussah wie die Fotokopie des Codebuchs der Botschaft des Niger. «Ich war mir sicher, dass er Zugang hatte», sagte Burba. «Schließlich hatte er die Dokumente nicht vom Mond.»

Die Unterlagen befassten sich primär mit dem angeblichen Urandeal, sagte Burba. Sie informierte ihre Redaktion, legte die Fotokopien vor und bat darum, in den Niger reisen zu dürfen, um die offenkundig höchst brisante Story vor Ort verifizieren zu können. Doch der *Panorama*-Chefredakteur Carlo Rossella, der für seine Beziehungen zur Regierung Berlusconi bekannt ist, wies sie an, die Unterlagen zur Überprüfung ihrer Authentizität der amerikanischen Botschaft zu übergeben. Am 9. Oktober brachte Burba wie geheißen die Kopien dorthin.

Eine Woche später flog sie in den Niger. Sie besuchte Minen und alle Häfen, die für eine Verschiffung des Urans in Frage kamen, und sie sprach mit europäischen Geschäftsleuten und Beamten, die über die nigrische Uranindustrie informiert waren. Sie fand keinerlei Hinweise auf einen Deal mit dem Irak. Stattdessen brachte sie in Erfahrung, dass die Transportgesellschaft und die Bank, die in den Unterlagen erwähnt wurden, zu klein und zu schlecht ausgerüstet waren, um eine solche Transaktion bewerkstelligen zu können. Wie der Diplomat Wilson acht Monate zuvor kam sie zu dem Schluss, dass nichts für einen in der jüngeren Vergangenheit erfolgten Verkauf von Uranoxidkonzentrat an den Irak sprach. Die Story war tot, und Burba und die *Panorama*-Redaktion sagten, dass kein Geld gezahlt worden sei – was aber nichts daran änderte, dass sich die Unterlagen inzwischen im Besitz der Amerikaner befanden. Und sie waren genau das, worauf die Falken in der US-Regierung gewartet hatten.

Von den folgenden Ereignissen lieferten mir zwei ehemalige CIA-Mitarbeiter leicht voneinander abweichende Darstellungen. «Die Botschaft wurde unterrichtet, dass die Unterlagen auf dem Weg seien», sagte der eine, «und leitete sie dann direkt nach Washington, ohne dass sie in der Botschaft überprüft worden wären.» In Washington reichte die CIA die Unterlagen weiter an das Pentagon. «An all diesen Stellen wusste man, dass sie gefälscht waren», fuhr er fort, «bis sie ins Pentagon kamen, dort hielt man sie für echt.»

Der zweite ehemalige Geheimdienstler, der frühere Leiter der Antiterrorabteilung der CIA, Vincent Cannistraro, berichtete mir, dass die amerikanische Botschaft Burbas kopierte Dokumente dem CIA-Stationschef in Rom übergeben und jener sie nach Washington weitergeleitet habe. Monate später, erzählte er, habe er mit einer Kontaktperson im CIA-Hauptquartier telefoniert und erfahren, dass «die Jury in der Sache» – der Authentizität der Unterlagen – «noch zu keinem Urteil gelangt war».

Mehrere hochrangige CIA-Beamte waren sich bewusst, so Cannistraro, dass die Unterlagen keineswegs vertrauenswürdig waren. «Die Frage ist nicht, ob sie an der Grenze lagen. Sie können nicht ‹irgendwie› schlecht oder ‹irgendwie› zweifelhaft sein. Sie wussten, dass sie gefälscht – und damit nutzlos – waren. Alle bissen sich auf die

Zunge und sagten: ‹Wäre es nicht phantastisch, wenn der Außenminister das sagen würde?› Der Außenminister bekam die Papiere niemals zu Gesicht. Er ist», fuhr er fort, «absolut außer sich deswegen.» Ein ehemaliger Geheimdienstmitarbeiter berichtete mir, dass innerhalb der Regierung Analysten des Energieministeriums und des Bureau of Intelligence and Research im Außenministerium Zweifel an der Echtheit der Papiere äußerten, dass diese Warnungen aber in den Wind geschlagen wurden.

George Tenet war eindeutig ambivalent, was diese Information anging: Anfang Oktober intervenierte er noch, um den Präsidenten davon abzubringen, in einer Rede in Cincinnati auf den Niger zu sprechen zu kommen. Doch dann scheint er den Kampf aufgegeben zu haben, und Saddams Bestreben, im Niger Uran zu beschaffen, wurde zum Bestandteil des Kriegskurses, den die Regierung öffentlich einschlug. Am 7. Dezember überreichte das irakische Regime dem UN-Sicherheitsrat insgesamt 12 000 Seiten umfassende Unterlagen, die belegen sollten, dass der Irak keineswegs über ein Arsenal an Massenvernichtungswaffen verfügte. Kaum jemand in den Medien, in der Öffentlichkeit oder im Weißen Haus schenkte dem Glauben. In einer Kolumne mit dem Titel «Why We Know Iraq is Lying» («Warum wir wissen, dass der Irak lügt») in der *New York Times* vom 23. Januar schrieb Condoleezza Rice, dass diese «falsche Aussage ... die irakischen Versuche, im Ausland Uran zu beschaffen, weder rechtfertigt noch erklärt». Am 26. Januar fragte Colin Powell bei einer Rede vor dem Weltwirtschaftsforum im schweizerischen Davos: «Warum versucht der Irak nach wie vor, Uran zu beschaffen?» Und zwei Tage später erwähnte Präsident Bush in seiner Rede zur Lage der Nation den angeblichen Deal, als er sagte: «Die britische Regierung hat in Erfahrung gebracht, dass Saddam Hussein vor kurzem beträchtliche Mengen Uran aus Afrika beschaffen wollte.»

Präsident Bushs Rede zur Lage der Nation ließ Elisabetta Burba aufhorchen. Die italienische Journalistin hatte die Unterlagen erhalten und persönlich zur amerikanischen Botschaft gebracht, und sie wusste seit ihrer Reise in den Niger, dass sie falsch waren – daher trat sie später auch nochmal in Kontakt mit ihrem Informanten. «Ich wollte

wissen, was da gelaufen war», sagte sie. «Er versicherte mir, er habe nicht gewusst, dass die Unterlagen gefälscht waren, und sei ebenfalls hinters Licht geführt worden.»

Überzeugt, dass sie die Story des Jahres hatte, wollte Burba sofort nach Präsident Bushs Rede ihren Bericht veröffentlichen, doch *Panorama*-Chefredakteur Carlo Rossella entschied dagegen. «Als ich die Rede zur Lage der Nation hörte», erklärte mir Rossella, «nahm ich an, dass die US-Regierung wohl noch andere Informationen besaß. Ich hielt die Unterlagen für nicht so wichtig – sie waren nicht vertrauenswürdig.» Im Juli schließlich, nachdem ihr Name in der Presse erschienen war, veröffentlichte Burba einen Bericht über ihre Rolle. Sie sagte mir, dass sie Anfang September 2003 im amerikanischen Konsulat in Mailand von drei FBI-Agenten vernommen worden war.

Die Rede zur Lage der Nation sorgte bei vielen Mitarbeitern der Nachrichtendienste für Verwirrung. Sie konnten nicht verstehen, wie solche Informationen ohne vorherige Überprüfung auf den Tisch des Präsidenten gelangen konnten. Ein ehemaliger Geheimdienstmitarbeiter sagte mir, dass er und seine Kollegen von der Rede aufgeschreckt worden waren. «Sie sagten: ‹Heilige Scheiße, auf einmal spricht der Präsident in seiner Rede zur Lage der Nation darüber!› Sie gerieten in Panik. Wer, zum Teufel, würde das aufdecken?»

Als ich zum ersten Mal über die Fälschung schrieb, erklärte CIA-Sprecher Harlow, dass die Agency die eigentlichen Dokumente erst nach jener Rede des Präsidenten erhalten und deshalb keine Möglichkeit gehabt habe, sie einer gründlichen Bewertung zu unterziehen. Das war, wie die CIA später zugab, nicht korrekt. Ob nun wahr oder nicht, Harlows ursprüngliche Aussage stellte die CIA in einem ungünstigen Licht dar: Im Grunde war sie das Eingeständnis von Inkompetenz, verbunden mit der Bitte um Gnade. Und sie erklärte keineswegs, warum es die Agency der IAEO überließ, die peinliche Fälschung zu enthüllen.

Im Juli 2004, in seinem Bericht über die Informationen der Nachrichtendienste zu irakischen Massenvernichtungswaffen vor dem Krieg, legte der von Republikanern beherrschte Geheimdienstausschuss im Senat kommentarlos dar, dass die CIA mehr als drei Wochen gebraucht hatte, um die französischsprachigen Dokumente aus

Italien zu übersetzen, und dann nochmals ein paar Tage, bis sie in einem internen Bericht warnte, dass die Dokumente «gefälscht sein könnten». Am 11. März, vier Tage nachdem ElBaradei vor den Vereinten Nationen die Unterlagen über den Niger-Deal als Fälschung entlarvt hatte, leitete die CIA eine Bewertung an Donald Rumsfeld weiter, in der sie dem Urteil der IAEO zustimmte. Einigen leitenden IAEO-Mitarbeitern reichten ein paar Stunden und die Internetsuchmaschine Google, um festzustellen, dass es sich bei den Dokumenten um Fälschungen handelte. Aus der CIA-Bewertung erfuhr Rumsfeld weiter, dass die andere vorliegende Information zu dem irakischen Versuch, im Niger Uran zu kaufen, «unzusammenhängend und unbestätigt» war. Erstaunlicherweise aber hieß es in der Bewertung weiter: «... sind wir besorgt, dass diese Berichte darauf hindeuten könnten, dass Bagdad versucht hat, in den Besitz einer nicht bekannten Menge an Uranoxidkonzentrat für ein Atomwaffenprogramm zu gelangen». Offenkundig sah die CIA in dem Mangel an zuverlässigen Informationen keinen Hinweis darauf, dass es kein aktives irakisches Atomprogramm gab, sondern vielmehr einen Beleg dafür, dass der Irak sich besonders gut darauf verstand, seine Bemühungen, eine Atomwaffe zu bauen, zu verschleiern.

Der Senatsbericht, der in den Medien größtenteils als eine unqualifizierte Attacke auf die Analysen der Agency im Vorfeld des Krieges abgehandelt wurde, legte jedoch zugleich – wenn auch vielleicht unabsichtlich – bloß, wie sehr die CIA auf die Wünsche und Bedürfnisse des Weißen Hauses einging. In seiner Analyse der Niger-Episode enthielt der Senatsbericht Kopien von Berichten, aus denen hervorging, wie das Center for Weapons Intelligence, Nonproliferation and Arms Control der CIA die vorliegenden Informationen in der Absicht manipulierte, dem Büro des Vizepräsidenten einen Gefallen zu erweisen. In mehreren Fällen wies das Center vorgebrachte Vorbehalte anderer Behörden zurück, darunter vor allem das Bureau of Intelligence and Research des Außenministeriums, oder ignorierte sie und lieferte Bewertungen, die den Eindruck erweckten, als lägen glaubwürdige Hinweise von dritter Seite für das Bemühen des Iraks vor, im Niger Uranerz zu kaufen. Irgendwie – und ungeachtet der Tatsache, dass in dem Bericht kaum etwas stand, was eine solche

Schlussfolgerung hätte rechtfertigen können – kam der Senatsbericht abschließend zu dem Ergebnis, dass die Analysten «Grund zu der Annahme hatten», dass der Irak versucht haben könnte, in Afrika Uran zu erwerben. Doch der Ausschuss hat die Vorlage des noch in Arbeit befindlichen Berichts, in dem analysiert wird, wie das Weiße Haus die Geheimdienstinformationen gebrauchte beziehungsweise missbrauchte, um Monate – zweifellos aber mindestens bis nach den Wahlen – verschoben.

Im März 2003 traf ich in Wien, wo die IAEO ihr Hauptquartier hat, mit einer Gruppe hochrangiger Mitarbeiter der Organisation zusammen. Bei einer Unterredung während des Abendessens sagten sie mir, dass sie von der Existenz der Unterlagen erst im vorangegangenen Monat, ein paar Tage nach der Rede des Präsidenten, erfahren hatten. Seit September des Vorjahres, als in dem britischen Dossier erstmals die Rede davon gewesen war, hatte die IAEO Washington und London immer wieder gebeten, ihr die Beweise vorzulegen, dass der Irak versucht hatte, afrikanisches Uran zu beschaffen – ohne Erfolg. Nachdem das Außenministerium am 19. Dezember 2002 den Niger als den betreffenden afrikanischen Staat genannt hatte, verstärkte die IAEO ihren Druck. «Ich fing an, die Vereinigten Staaten nachgerade zu belästigen», sagte Jacques Baute, der Leiter des Irak-Teams der IAEO. «Wir baten um konkrete Beweise», fügte IAEO-Sprecher Mark Gwozdecky hinzu, «aber Jacques erhielt so gut wie nichts.»

Am 4. Februar 2003, Baute flog gerade nach New York, wo er an dem Meeting des UN-Sicherheitsrats zur Frage der irakischen Massenvernichtungswaffen teilnehmen sollte, fiel es der US-Botschaft in Wien plötzlich ein, Mitglieder von Bautes Team über die Niger-Dokumente zu informieren, verweigerte aber die Aushändigung des Materials. «Ich bestand darauf, die Unterlagen persönlich zu sehen», sagte Baute, «und sie wurden mir bei meiner Ankunft in New York übergeben.» Am nächsten Tag hielt der amerikanische Außenminister Powell seine Rede vor dem UN-Sicherheitsrat, in der er die Gründe für einen Krieg gegen den Irak darlegte. Den Niger erwähnte er mit keinem einzigen Wort, ein Umstand, der Baute nicht entging. IAEO-Beamte sagten mir, dass sie überrascht waren von der Entscheidung

der Amerikaner, ihnen zu diesem Zeitpunkt die Unterlagen vorzulegen – die Baute schnell als falsch entlarvt hatte.

Im Laufe der folgenden Wochen stellten die IAEO-Mitarbeiter weitere Untersuchungen an. Da waren einmal die offenkundigen Probleme, zum Beispiel die Tatsache, dass es sich um eine plumpe Fälschung handelte, die problemlos jeder entlarven konnte, der über ein paar simple Recherchemöglichkeiten verfügte. Darüber hinaus gab es Faktoren wie diejenigen, die Wilson und Burba recherchiert hatten, die nicht nur die Unterlagen als Fälschung entlarvten, sondern nahe legten, dass der beschriebene Deal so kaum stattgefunden haben konnte. So hätte zum Beispiel die große Menge Uran, um die es ging, die Alarmglocken schrillen lassen müssen. Nigrisches Uranoxidkonzentrat stammt aus zwei Minen, die von einer französischen Gesellschaft kontrolliert werden und deren gesamte Produktion im Voraus an Kernkraftwerksbetreiber in Frankreich, Japan und Spanien verkauft wird. «500 Tonnen können da nicht abgezweigt werden, ohne dass das jemandem auffallen würde», sagte ein IAEO-Mitarbeiter. Die IAEO kontaktierte amerikanische und britische Beamte, um sie über die Erkenntnisse zu informieren und ihnen Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben. Nachdem darauf keine Reaktion erfolgte, sprach IAEO-Generaldirektor Mohamed ElBaradei bei seinem nächsten turnusmäßigen Briefing des UN-Sicherheitsrates am 7. März in New York die Fälschungen öffentlich an. Dann brach der Krieg aus, und die Geschichte von der afrikanischen Uran-Connection verschwand – zumindest eine Zeit lang – aus dem Blickfeld.

Wer, so lautet die Frage, hat die Niger-Dokumente fabriziert? Bei einem Gespräch im Frühjahr 2003, einige Wochen nach der Aufdeckung der Fälschung, teilte mir der IAEO-Mitarbeiter mit, dass seine Organisation nicht in der Lage gewesen sei, diese Frage zu beantworten. «Es könnte jemand sein, der in Israel Faxe abgefangen hat, oder jemand in der Zentrale des nigrischen Außenministeriums in Niamey. Wir wissen es einfach nicht», sagte er. «Jemand hat sich alte Briefköpfe und Unterschriften besorgt und geschnitten und geklebt.»

Gefälschte Dokumente und haltlose Vorwürfe gehören mindestens seit dem Herbst 1997 zum Repertoire der amerikanischen und

britischen Politik gegenüber dem Irak, als die Briten und die Amerikaner nach einem Streit über die UN-Inspektionen im Irak den Kampf um die internationale öffentliche Meinung zu verlieren drohten. Ein ehemaliger hoher Mitarbeiter der Clinton-Administration erzählte mir, dass London daraufhin unter anderem auf die Verbreitung von falschen Informationen über den Irak gesetzt hatte. In Washington waren nur einige wenige hochrangige Regierungsbeamte in das britische Propagandaprogramm, das der Abteilung Information Operations (I/Ops) zugeordnet war, eingeweiht gewesen. «Ich wusste, was lief», sagte mein Informant. «Wir bereiteten uns auf einen Einsatz im Irak vor, und wir wollten, dass die Briten sich vorbereiteten.»

Von einem ehemaligen amerikanischen Geheimdienstmitarbeiter erfuhr ich, dass im Laufe des darauf folgenden Jahres mindestens ein Angehöriger des UN-Inspektionsteams, der die Position der Amerikaner und Briten unterstützte, dafür sorgte, dass Dutzende nicht verifizierter und nicht verifizierbarer Geheimdienstberichte und -hinweise – so genannte nicht justiziable Informationen – MI6-Agenten zugespielt und unter der Hand an Zeitungen in London und anderswo weitergeleitet wurden. «Die Informationen waren Müll, und nichts, aufgrund dessen wir hätten handeln können», sagte der ehemalige Geheimdienstler. «Aber die Briten wollten die Geschichte in Großbritannien und der ganzen Welt lancieren.» Abgesehen von einer Reihe heimlicher Treffen mit dem MI6, auf denen die Materialien übergeben wurden, fanden noch weitere Zusammenkünfte statt, üblicherweise in sicheren Häusern in der Nähe von Washington. Irgendwann bekamen auch einige Mitglieder des UN-Inspektionsteams Wind von der britischen Propagandaverschwörung. «Ich wusste etwas», gestand ein immer noch im Dienst stehender Mitarbeiter im UN-Hauptquartier, «aber offiziell wurde ich niemals darüber informiert.»

Abgesehen von den Spekulationen über den MI6 wurden in Presseberichten in den USA und anderen Ländern weitere mögliche Urheber der Fälschungen genannt: die irakische Exilgemeinde, die Franzosen oder, laut einer von einigen römischen Journalisten favorisierten Theorie, der SISMI, der die falschen Dokumente hergestellt und *Panorama* zur Veröffentlichung zugespielt haben soll.

Ein ehemaliger leitender Geheimdienstler bot eine weitere Erklärung an. «Jemand hat die gefälschten Unterlagen absichtlich eingeschleust», sagte er im März 2003, als ich zum ersten Mal über die Affäre schrieb. «Ohne die Beteiligung der Agency hätte das Material niemals ins System gelangen können. Das heißt, der Plan kam von innen. Irgendjemand hat irgendjemandem eine Falle gestellt.» In den Interviews, die ich in den folgenden Monaten mit ihm führte, berichtete er, ihm sei gesagt worden, dass eine kleine Gruppe unzufriedener ehemaliger CIA-Agenten hinter der Sache steckte.

«Die Jungs von der Agency waren so sauer auf Cheney», erzählte er, «dass sie beschlossen, in Ordnung, wir werden diesen Kerlen mal ein bisschen einheizen.» Zum ersten Mal habe er Ende 2003 von der Sache gehört, auf einem der zahlreichen Feiertagstreffen ehemaliger und aktiver CIA-Mitarbeiter im Großraum Washington. «Alle haben sich damit gebrüstet: ‹Hier, das hier haben wir durchgezogen. Es war cool, cool, cool!›» Diese Pensionäre verfügten über allerbeste Beziehungen zu aktiven Mitarbeitern der Agency und wussten bis ins Detail über den SISMI-Bericht Bescheid, erklärte er. Die Verschwörer hätten darauf spekuliert, dass die Kriegstreiber an der Spitze der Bush-Administration sich auf die Dokumente stürzen und dann wie die Idioten dastehen würden, wenn die Geheimdienstler ihnen unter die Nase rieben, dass es sich dabei um plumpe Fälschungen handelte. Doch der Schuss sei nach hinten losgegangen, als die Dokumente innerhalb der Regierung breite Unterstützung gewannen. «Die Sache geriet außer Kontrolle.»

Wie alle großen Institutionen ist auch das CIA-Hauptquartier in Langley, Virginia, ein Ort, an dem geklatscht und getratscht wird, und im Sommer 2003 berichtete mir ein pensionierter Geheimagent, die Geschichte darüber, dass ein paar ehemalige CIA-Agenten an den Fälschungen beteiligt waren, mache die Runde. «Das Bezeichnende daran ist», fügte er hinzu, «dass die Geschichte, ob nun wahr oder falsch, geglaubt wird» – ein Hinweis, der ein erschreckendes Licht auf das Ausmaß an Misstrauen, Verbitterung und Demoralisierung innerhalb der CIA unter der Bush-Administration wirft.

Am 14. März 2003 richtete Senator Jay Rockefeller aus West-Virginia, der ranghöchste Demokrat im Geheimdienstausschuss des Se-

nats, die offizielle Bitte an FBI-Direktor Robert Mueller, der Sache mit den gefälschten Dokumenten nachzugehen. Rockefeller, der im vorangegangenen Herbst für die Resolution gestimmt hatte, die den Präsidenten zum Einsatz militärischer Mittel ermächtigte, schrieb nun an Mueller: «Es besteht die Möglichkeit, dass die Herstellung dieser gefälschten Dokumente Teil einer umfassenderen Täuschungskampagne ist, die darauf abzielt, die öffentliche Meinung und die Außenpolitik in Bezug auf den Irak zu manipulieren.» Er drängte das FBI, die Quelle der Dokumente, das handwerkliche Niveau der Fälschung und die Motive der Verantwortlichen in Erfahrung zu bringen und die Frage zu klären, «warum die Nachrichtendienste nicht erkannten, dass es sich bei diesen Unterlagen um Fälschungen handelte».

Monate später war die Untersuchung immer noch im Gange. «Diese Geschichte könnte sich in mehrere Richtungen entwickeln», sagte ein hoher FBI-Beamter: «Wir haben noch nichts Solides gefunden, und wir haben sehr sorgfältig gesucht.» Die auf den Fall angesetzten FBI-Agenten investierten viel Zeit und Energie in die Untersuchung. Aber «irgendjemand hat irgendetwas versteckt, und er hat es ziemlich gut versteckt». Allgemeine Übereinstimmung aber herrschte darüber, dass «etwas so Bizarres wie die Sache mit dem Niger überall Anlass zu Verdächtigungen gibt», wie mir der ehemalige leitende Geheimdienstmitarbeiter sagte.

Die zusehends erbitterte Debatte über den Wert und die Integrität der Geheimdienstinformationen über das irakische Arsenal an Massenvernichtungswaffen verstummte, als Präsident Bush im März den Krieg gegen den Irak autorisierte. Ein paar Wochen nach Beginn der Kampfhandlungen war Saddam Husseins Regime am Ende, und die amerikanischen Truppen verkündeten ihren Sieg über den Diktator vor dem Hintergrund eines im Chaos versinkenden Landes mit einer unsicheren Zukunft.

Dass in der Folgezeit nirgendwo, auch nicht an den Orten, welche die Quellen des Pentagons mit so großer Gewissheit genannt hatten, Massenvernichtungswaffen gefunden wurden, hat die Debatte über die Qualität der amerikanischen Geheimdienstinformationen neu

entfacht. Ein früherer hoher Geheimdienstbeamter sagte mir, dass Mitte März, also noch vor Beginn des Luft- und Bodenkrieges, Einheiten amerikanischer Special Forces mit dem Auftrag in den Irak eingedrungen waren, die Standorte zu untersuchen, an denen man Raketen oder chemische und biologische Waffen vermutete. «Sie haben nichts gefunden», sagte er. «Nicht eine einzige Scud.»

Es folgte mehrmals falscher Alarm, aber nicht ein Hinweis auf die Waffen, deren Existenz man der amerikanischen Öffentlichkeit gegenüber behauptet hatte. Am 22. April 2003, nur wenige Stunden bevor er den UN-Sicherheitsrat aufforderte, sein Team zurück in den Irak zu schicken, sagte Hans Blix der BBC: «Ich halte es für eines der beunruhigenden Elemente, dass ein so großer Teil der Geheimdienstinformationen, die den Hauptakteuren als Grundlage ihrer Vorwürfe dienten, so wackelig gewesen zu sein scheint.»

Der Umstand, dass man im Irak nicht sofort auf Massenvernichtungswaffen stieß, führte im Pentagon jedoch kaum zu Selbstzweifeln oder nachträglicher Kritik. Der Pentagon-Berater für das Office of Special Plans versicherte mir im Mai 2003, dass die Verzögerung «nichts bedeutet. Wir müssen warten, bis wir die ganzen Antworten der irakischen Wissenschaftler haben, die uns sagen werden, wo sie [die Massenvernichtungswaffen] sind.» Noch in demselben Monat äußerte der für Luti arbeitende Berater: «Ich glaube, sie haben sie in den Bergen versteckt oder in befreundete Länder verlagert. Saddam hatte genug Zeit, sie wegzuschaffen.» Im Pentagon wurde die Vermutung laut, Saddam habe die Waffen möglicherweise über die Grenze nach Syrien gebracht.

«Das Spiel heißt ködern und umschalten», sagte der ehemalige hohe Geheimdienstbeamte. «Locke sie mit dem Köder Massenvernichtungswaffen in den Irak. Und dann, wenn dort nichts gefunden wird, geht der ganze Mist los mit Waffen in Syrien.»

Ein hochrangiger Kongressmitarbeiter meinte eineinhalb Monate nach Kriegsausbruch: «Einige Abgeordnete beginnen, wenn auch vorsichtig, Fragen zu stellen und sich zu wundern.» Zurzeit seien sie sich «noch nicht sicher genug, um zu sagen, dass die Regierung daneben liegt. Andererseits», ergänzte er, «halten viele das auch für weitgehend belanglos. Wir haben einen bösen Kerl besiegt und das

irakische Volk befreit. Einige sind klug genug zu verstehen, dass die angebliche unmittelbare Bedrohung der USA durch Massenvernichtungswaffen ein Vorwand war. Manchmal, wenn mich Freunde oder Verwandte verwundert nach den noch immer nicht aufgetauchten Massenvernichtungswaffen fragen, muss ich mich in den Arm kneifen, um mich daran zu erinnern, dass der Durchschnittsbürger überzeugt ist, es gäbe dort drüben Berge davon, über die man geradezu stolpern müsste. Je mehr Zeit vergeht, umso mehr werden die Leute sich wundern, aber ich glaube nicht, dass dies die öffentliche Meinung in den USA groß beeinflussen wird. Jeder liebt es, auf der Seite des Siegers zu stehen.»

Der amerikanische Vormarsch brachte zwar keine geheimen Lager voller Massenvernichtungswaffen zum Vorschein, lieferte aber weitere drastische Beweise für die Brutalität des Regimes. Allerdings war Saddam Husseins Grausamkeit bereits lange vor dem 11. September bestens dokumentiert und bekannt und nicht der Hauptgrund gewesen, mit dem die Bush-Administration die Welt von der Notwendigkeit eines Krieges zu überzeugen versucht hatte.

Exsenator Bob Kerrey hatte die Entscheidung des Präsidenten, Saddam zu stürzen, vorbehaltlos unterstützt. «Ich meine, dass der Aufbau eines demokratischen und säkularen Staates im Irak alles rechtfertigt, was wir getan haben», sagte er im Gespräch mit mir. «Aber sie haben die Geheimdienstinformationen zu den Waffen stärker aufgebauscht, als es gerechtfertigt gewesen wäre.» Über die Falken sagte er: «Es scheint, als wäre ihnen klar gewesen, dass sie, um das amerikanische Volk auf ihre Seite zu bringen, mehr bieten mussten als nur etwas in der Art von ‹Wir werden den Irak befreien und uns einen Tyrannen vom Hals schaffen›. Also mussten sie ein paar Verbindungen zu Massenvernichtungswaffen finden und bereit sein, die Mehrheit der Amerikaner der irrigen Annahme anheim fallen zu lassen, dass die Invasion im Irak etwas mit dem World Trade Center zu tun hatte. Die übermäßige Betonung der Bedrohung unserer nationalen Sicherheit machte es schwieriger, den Rest der Welt auf unsere Seite zu ziehen. Es war das schlechteste und irreführendste Argument, das wir anführen konnten. Wie es aussieht», setzte Kerrey noch hinzu, «hatten sie die Geheimdienstinformationen.

Das Problem ist, dass ihnen die Schlussfolgerungen daraus nicht gefielen.»

Über ein Jahr nachdem Wilson nach Afrika gereist war, um die angebliche Niger-Connection zu recherchieren, holte er die Geschichte wieder hervor. Auf einer im Mai 2003 vom Democratic Policy Committee des Senats organisierten Politikkonferenz in einem Washingtoner Vorort hielt der Demokrat eine kurze Rede über den Irak, und erbost über die seiner Meinung nach verlogenen Aussagen des Weißen Hauses über die Niger-Affäre, sprach er beiläufig seine damalige Mission an. Ein anderer Redner auf der Konferenz war der *New-York-Times*-Kolumnist Nicholas Kristof, der von Wilson die Erlaubnis erhielt, dessen Niger-Reise in seiner Kolumne zu erwähnen. Einige Zeit später, am 6. Juli, veröffentlichte die *New York Times* auf ihrer Meinungsseite einen Artikel von Wilson über jenen Aufenthalt. «Ich ließ ihnen [der Regierung] mehrere Monate Zeit, die Darstellung zu korrigieren», sagte er zu mir, «aber sie logen einfach weiter.»

Die Reaktion des Weißen Hauses beschränkte sich darauf, den Diensten die Schuld dafür in die Schuhe zu schieben, dass die Niger-Connection Eingang in die Rede zur Lage der Nation gefunden hatte. «Hätte die Agency auch nur einen Ton von sich gegeben, dass sie den Satz nicht drin haben wollte oder dass George Tenet den Satz nicht drin haben wollte ... er wäre sofort gestrichen worden», erklärte Condoleezza Rice am 13. Juli in einem Fernsehinterview. Fünf Tage später ging ein hoher Mitarbeiter des Weißen Hauses noch einen Schritt weiter und verkündete bei einem Hintergrundgespräch den versammelten Journalisten, dass sie sich ein falsches Bild von Joseph Wilsons Niger-Reise und den von ihm gesammelten Informationen machten. «Sie können daraus nicht den Schluss ziehen, wir wären von Botschafter Wilson gewarnt worden, dass die ganze Sache verdächtig war», sagte der nicht mit Namen genannte Beamte laut einer Abschrift des Weißen Hauses. «Das ist einfach nicht korrekt.»

Doch Wilsons Bericht über seine Reise brachte Nervosität ins Weiße Haus, wo zum ersten Mal eingestanden wurde, dass «diese Information nicht bis in die Präsidentenrede hätte gelangen dürfen». Wilsons Bericht provozierte eine Vergeltungsaktion von Mitarbeitern

des Weißen Hauses, die den Medien hinterbrachten, dass Wilsons Frau eine CIA-Agentin war. Das wiederum setzte eine FBI-Ermittlung in Gang. Justizminister John Ashcroft beauftragte einen Bundesstaatsanwalt aus Chicago, nach den undichten Stellen im Weißen Haus zu suchen, und bis zum Sommer 2004 waren zahlreiche hohe Regierungsangehörige, darunter auch der Präsident, in der Sache vernommen worden.

Zu den besten potenziellen Zeugen in der Frage nach den tatsächlichen atomaren Kapazitäten des Iraks gehören jene Männer und Frauen, die in der irakischen Waffenindustrie und für das irakische National Monitoring Directorate gearbeitet hatten, die von Saddam eigens zur Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und den IAEO-Inspekteuren gegründete Organisation. Über ein halbes Jahr nach der Invasion wurden viele der führenden Wissenschaftler der irakischen Waffenindustrie, selbst jene, die sich den US-Truppen freiwillig ergeben hatten, noch immer am Flughafen von Bagdad und an anderen Orten, zu denen die Medien keinen Zugang hatten, festgehalten. Die Familien, von den amerikanischen Behörden über das Schicksal der Gefangenen weitgehend im Unklaren gelassen, wandten sich in ihrer Verzweiflung an Freunde und andere Kontakte in den Vereinigten Staaten und baten sie um Hilfe. Shakir al-Khafaji war einer der irakischen Emigranten in den USA, mit denen sich die Familien der gefangenen Wissenschaftler in Verbindung setzten. «Die Leute aus den Geheimdiensten und aus der Massenvernichtungswaffenproduktion sind im Gefängnis», sagte al-Kafaji, der den Irak als junger Mann verlassen und in der Umgebung von Detroit ein erfolgreiches Unternehmen aufgebaut hatte. «Die Amerikaner bringen sie zur Strecke, einen nach dem anderen. Niemand setzt sich für sie ein, und es gibt keinen amerikanischen Anwalt, der bereit wäre, sich ihrer anzunehmen.»

Allerdings waren den Amerikanern nicht alle wichtigen Wissenschaftler ins Netz gegangen. Jafar Dhia Jafar, ein in Großbritannien ausgebildeter Physiker, der in den achtziger Jahren das irakische Atomwaffenprogramm koordiniert und direkten Zugang zu Saddam Hussein gehabt hatte, floh Anfang April vor dem Fall Bagdads aus

dem Land und schlug sich mit Hilfe seines Bruders Hamid, dem geschäftsführenden Direktor eines großen Energieunternehmens, in die Vereinigten Arabischen Emirate durch. Jafar weigerte sich zwar, nach Bagdad zurückzukehren, willigte aber ein, sich von CIA-Leuten und britischen Geheimdienstagenten vernehmen zu lassen. Insgesamt fanden rund zwanzig Treffen statt, bei denen bis zu fünfzehn amerikanische und britische Experten anwesend waren. Ein CIA-Offizier eröffnete das erste Meeting am 11. April mit einer dringenden Frage: «Ist der Irak im Besitz einer atomaren Waffe? Die Militärs wollen das unbedingt wissen. Sie sind höchst besorgt.» Den Aufzeichnungen eines Augenzeugen zufolge antwortete Jafar mit einem Lachen. Weiter heißt es darin:

> Jafar beharrte darauf, dass es nicht nur keine Bombe, sondern überhaupt keine Massenvernichtungswaffen gab, Punkt. «Die Antwort war, keine ...» Jafar erklärte, dass die irakische Führung nach dem Golfkrieg von 91 und nach dem Beginn der UNSCOM-Inspektion einen neuen Ausschuss eingesetzt habe ... und der Mann an der Spitze [Saddam Hussein] die folgende Anweisung [erteilt hatte]: «Gebt ihnen alles.» [Frage an Jafar:] «Aber bedeutet das sämtliche Massenvernichtungswaffen? Wie können Sie sich da sicher sein?» Seine Antwort war eindeutig: «Ich kenne alle beteiligten Wissenschaftler, und sie reden. Es gibt keine Massenvernichtungswaffen.» Jafar erklärte auch, warum Saddam beschlossen hatte, seine geschätzten Waffen aufzugeben:
> Bis zum Golfkrieg von 91 waren unsere Gegner regional ... Aber nach dem Krieg, als klar war, dass wir es mit den Vereinigten Staaten zu tun hatten, sah Saddam ein, dass diese Waffen überflüssig waren. «Den Vereinigten Staaten können wir nicht entkommen.» Aus diesem Grund boten die mit Massenvernichtungswaffen bestückten Sprengköpfe dem Irak kaum strategische Vorteile.

Laut den Aufzeichnungen lieferte Jafar auch eine Erklärung für eines der ungelösten Rätsel der UN-Inspektionen – die Differenz von 6000 Sprengköpfen, die zwischen der vermuteten Anzahl der vor 1991 im Irak produzierten chemischen Waffen und der Zahl der von den UN-Inspektionsteams aufgespürten Kampfmittel klafft. Diese fehlenden

Sprengköpfe waren es, die westliche Geheimdienste und Militärplaner zur Aufstellung ihrer Worst-Case-Szenarien veranlasst hatten. Jafar eröffnete bei seinen Vernehmungen, dass die irakische Regierung die Vereinten Nationen in der Frage, wie viele Chemiewaffen während des brutalen Krieges gegen den Iran in den achtziger Jahren eingesetzt worden waren, schlicht angelogen hatte. Der Irak, so Jafar, hatte weitaus mehr Sprengköpfe auf den Iran abgeschossen, als man zuzugeben bereit gewesen war. Aus diesem Grund hatte Saddam es vorgezogen, keinerlei Rechenschaft über die Waffen abzulegen.

Natürlich gibt es immer das Problem der Glaubwürdigkeit, wenn man es bei einem Zeugen mit dem Angehörigen eines besiegten Regimes zu tun hat, ganz abgesehen davon, dass jeder, der an der Produktion oder Verschleierung von Massenvernichtungswaffen beteiligt war, bestrebt sein dürfte, das zu vertuschen. Doch Jafars Integrität wurde von unerwarteter Seite bestätigt – von Jacques Baute von der IAEO, der einen Großteil der vergangenen zehn Jahre damit zugebracht hatte, sich mit Jafar und anderen irakischen Waffentechnikern und -wissenschaftlern abzumühen. «Ich glaube niemandem», sagte Baute zu mir, «aber was er uns nach 1995 gesagt hat, war im Großen und Ganzen ziemlich zutreffend.»

Im Juni 2003 begann der Geheimdienstausschuss des Senats auf Initiative der Politik, sich mit der Diskrepanz zwischen den Zahlen zum irakischen Arsenal an Massenvernichtungswaffen, welche die Regierung vor dem Krieg vorgelegt hatte, und dem, was tatsächlich gefunden worden war, zu beschäftigen. Ein paar Monate später hörte ich von einem Geheimdienstangehörigen, dass die vorläufigen Ergebnisse des Ausschusses überaus beunruhigend ausgefallen waren. «Die Nachrichtendienste haben alle möglichen Fehler gemacht und die Dinge ziemlich nachlässig gehandhabt», sagte er. Die Probleme reichten von einer fehlenden Qualitätskontrolle bis hin zu gleichzeitig vorgelegten, aber einander widersprechenden Analysen der einzelnen Behörden.

Eine Erkenntnis lautete, fuhr mein Informant fort, dass die Irak-Berichte der Inspektionsteams der Vereinten Nationen und der IAEO weitaus genauer waren als die CIA-Bewertungen. «Manch

altgedienter Geheimdienstler ist entsetzt, wie schlecht die Analysen waren», sagte er. «Wenn man sie einander gegenüberstellt, die CIA und die Vereinten Nationen, dann haben die UN-Behörden stets die Nase vorn.»

Anfang Oktober 2003 legte der ehemalige UN-Inspekteur David Kay, der zum Leiter des US-Inspektionsteams im Irak berufen worden war, dem Kongress seinen Zwischenbericht über die Fortschritte bei der Suche nach irakischen Massenvernichtungswaffen vor. «Wir haben noch keine Waffenlager gefunden, aber wir sind noch nicht an dem Punkt angelangt, an dem wir mit Sicherheit sagen könnten, dass solche Waffenlager nicht existieren oder dass sie vor dem Krieg nicht existiert haben.» Zu den Nuklearwaffen stellte Kay fest: «Trotz der Beweise für Saddams anhaltenden Ehrgeiz, in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen, haben wir bis heute noch keine Hinweise darauf gefunden, dass der Irak nach 1998 nennenswerte Schritte zum Bau von Atomwaffen oder zur Herstellung von spaltbarem Material unternommen hat.»

Es wurde allgemein so gesehen, dass Kay die von Präsident Bush vor dem Krieg aufgestellten Behauptungen einer unmittelbaren Bedrohung durch irakische Massenvernichtungswaffen so gut wie möglich unterstützt hatte. Doch da das, was er gefunden hatte, nicht einmal annähernd an diese Behauptungen heranreichte, wurde sein Bericht als ein schwerer Schlag für die Regierung betrachtet. Der Präsident sah das natürlich anders. Er fühle sich von dem Bericht bestätigt, verkündete er vor Reportern, da er eindeutig beweise, dass «Saddam Hussein eine Bedrohung war, eine ernsthafte Gefahr».

Die Reaktion des Präsidenten warf die Frage auf, was, wenn überhaupt, die Regierung aus der Tatsache gelernt hat, dass sie im Irak keine nennenswerten Mengen an Massenvernichtungswaffen gefunden hat. Jeder Präsident ist, was die Überprüfung von Geheimdienstinformationen und eine vernünftige Zusammenfassung und Analyse der täglichen Ereignisse auf der Welt angeht, in hohem Maße auf seine Mitarbeiter angewiesen. Die endgültige Zuständigkeit für solche Themen liegt im Weißen Haus beim Nationalen Sicherheitsberater des Präsidenten – in diesem Fall einer Nationalen Sicherheitsberaterin, Condoleezza Rice. «Vielleicht haben der Verteidigungsminister und

seine Leute den Prozess kurzgeschlossen und einen eigenen Kanal zum Vizepräsidenten aufgebaut», sagte der Exmitarbeiter des Weißen Hauses. «Dennoch, am Ende des Tages müssen alle Maßnahmen unter Federführung der Nationalen Sicherheitsberaterin zwischen den einzelnen Behörden ausgehandelt werden.» Doch stattdessen sei es so gewesen, sagte er, «dass Condi ihre Verantwortung faktisch abgegeben hat».

Selbst nachdem die Dokumente im Fall Niger als Fälschungen entlarvt worden waren, sah Vizepräsident Cheney keinen Grund, sich dafür zu entschuldigen, dass die Regierung sich ihrer bedient hatte. In einem Interview im September 2003 in *Meet the Press* behauptete Cheney, die in dem Dossier der Briten vorgebrachte Anschuldigung, dass «Saddam in der Tat in Afrika Uran zu erwerben versuchte», sei «bestätigt» worden. «Es mag hier also eine Meinungsverschiedenheit vorliegen. Ich weiß nicht, was die tatsächliche Wahrheit ist ... Ich kenne Mr. Wilson nicht. Wahrscheinlich sollte ich kein Urteil über ihn fällen.»

Der Vizepräsident verteidigte auch die Art und Weise, wie er selbst in die Arbeit der Geheimdienste eingegriffen hatte. «Das ist ein sehr wichtiges Feld. Es ist das Feld, um das zu kümmern mich der Präsident gebeten hat ... Was das Stellen von Fragen angeht, bekenne ich mich schuldig. Ich stelle höllisch viele Fragen. Das ist mein Job.»

VI
DER MINISTER UND DIE GENERÄLE

1. Der Weg nach Bagdad

Der Krieg gegen den Irak begann am 19. März 2003. In der ersten Woche geriet der Landfeldzug gegen Saddam Hussein wegen überdehnter Nachschublinien und fehlender unmittelbarer Verstärkungen ins Stocken, und die erste Reaktion im Pentagon war Wut.

Mehrere hochrangige Kriegsplaner beklagten sich damals in Interviews mir gegenüber, dass Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und sein engerer ziviler Beraterkreis darauf bestanden hätten, die operativen Details des Krieges selbst zu steuern. Derselbe Beraterkreis zeichnete im Übrigen in erster Linie dafür verantwortlich, Präsident Bush zu überreden, das Land in den Krieg zu führen. Rumsfelds Team übernahm entscheidende Aspekte der tagtäglichen Logistik – traditionell ein Feld, in dem sich uniformierte Militärs hervortun –, und Rumsfeld überstimmte mehrfach die hochrangigen Planer im Vereinigten Stab des Pentagons, dem ausführenden Arm der Joint Chiefs of Staff, der Vereinigten Stabschefs. «Er dachte, er wisse es besser», sagte ein hochrangiger Stabsoffizier. «Er traf jedes Mal die Entscheidung.»

Als Rumsfeld und seinen Stellvertretern die Einsatzpläne vorgelegt wurden (der Angriff auf den Irak trug die Bezeichnung Plan 1003), bestand er in wenigstens sechs Fällen, teilte mir der Stabsoffizier mit, darauf, die Zahl der Bodentruppen drastisch zu reduzieren. Rumsfelds Vertrauen in das Präzisionsbombardement und sein Beharren auf möglichst durchrationalisierte Militäroperationen hatten schwerwiegende Folgen für die Fähigkeit der Streitkräfte, in Übersee effektiv zu kämpfen. «Sie hatten keine Ressourcen mehr», sagte ein ehemaliger hochrangiger Geheimdienstagent. «Er war so besessen davon, seine These zu beweisen – dass die Iraker nämlich auseinander

fallen würden.» (Damals reagierte Rumsfeld nicht auf die Bitte um einen Kommentar.)

Der kritische Moment, sagte ein Planer, kam im Herbst 2002 während der Vorbereitungsphase auf den Krieg. Rumsfeld beschloss damals, sich nicht länger an das am weitesten ausgereifte Dokument des Pentagons zur Kriegsplanung zu halten, an die TPFDL – *time-phased forces-deployment list*, eine Art operativer und logistischer Generalplan –, die unter US-Planungsoffizieren einfach «*tip-fiddle*» (Tippschwindel) oder kurz «*tip-fid*» genannt wird. Eine TPFDL ist ein umfassendes Dokument, das die Truppenkontingente, die in die Schlacht geschickt werden sollen, aufzählt, sowie die Reihenfolge ihres Aufmarsches und den Einsatz der logistischen Unterstützung. «Es ist das ganze Drum und Dran, sie setzt sich aus unzähligen Bestandteilen zusammen», sagte Roger J. Spiller, ein Professor für Militärgeschichte an dem US Command and General Staff College. «Jeder übt und plant danach. Sie ist ständig in Bewegung und wird immer in letzter Minute noch angepasst. Sie ist ein integraler Bestandteil der bürokratischen und operativen Kultur.» Ein pensionierter Stratege der Air Force kommentierte: «Das ist unsere Stärke: Gehe von A nach B – und die *tip-fiddle* ist unser Start. So stellt man einen Plan für den Aufmarsch auf einem Kriegsschauplatz auf.» Ein anderer ehemaliger Stratege sagte: «Sobald man die *tip-fid* in Kraft setzt, geht alles seinen ordentlichen Gang.» Ein ehemaliger Geheimdienstoffizier fügte hinzu: «Wenn man die *tip-fiddle* abschafft, dann verabschiedet man sich von einer zentralisierten militärischen Planung. Das Militär ist kein Unternehmen, das man rationalisieren kann. Es ist der ineffektivste Apparat seit Menschengedenken. Gerade diese Redundanz rettet aber Menschenleben.»

Die TPFDL für den Irakkrieg umfasste etwas über 40 computergenerierte Tabellen, die buchstäblich alles enthielten, von den Waffen bis hin zum Toilettenpapier. Als die Liste im Jahr 2002 Rumsfeld zum ersten Mal vorgelegt wurde, sah sie die Beteiligung einer breiten Palette an Truppeneinheiten aus den verschiedenen Streitkräften vor, darunter allein vier oder mehr Divisionen der US-Army. Rumsfeld lehnte das Paket ab, weil es «zu groß» war, wie der Stabsoffizier aus dem Pentagon sagte. Rumsfeld bestand darauf, dass eine kleinere, be-

weglichere Bodentruppe, im Verein mit der überlegenen Luftstreitmacht, ausreichen würde. Rumsfeld verblüffte den Vereinigten Stab noch mehr, indem er darauf bestand, selbst den Zeitpunkt und die Verlegung von Soldaten der Army und der Marineinfanterie in die Gefechtszone zu beaufsichtigen. Solche Entscheidungen werden im amerikanischen Militär kurz RFF genannt, *request for forces* oder Bitte um Truppen. Er, und nicht die Generäle, würde also entscheiden, welche Einheit sich wann und wohin in Marsch setzen würde.

Die TPFDL sah im Vorfeld den Transport von Hunderten von Panzern und anderen schweren Fahrzeugen auf dem Seeweg vor – ausreichend für drei oder vier Divisionen. Rumsfeld ignorierte diesen Rat. Stattdessen verließ er sich auf die bereits in Kuwait stationierte schwere Ausrüstung – die nur für eine volle Kampfdivision ausreichte. Die 3. Infanteriedivision aus Fort Stewart in Georgia, die einzige motorisierte Division der Army, die in der ersten Kriegswoche auf irakischem Gebiet operierte, traf folglich ohne eigene Ausrüstung im Persischen Golf ein.

«Diese Jungs fahren in Panzern umher, die im Voraus stationiert wurden. Ihre Panzer liegen noch in Fort Stewart», sagte der Stabsoffizier. «Wenn wir mehr Truppen dorthin schaffen wollen, müssen wir sie einschiffen. Wir können unsere Truppen nicht einfliegen, weil sie dort keine Fahrmöglichkeit haben. Im Lauf der letzten sechs Monate hätte man alles innerhalb von neunzig Tagen einschiffen können – genug für vier oder mehr Divisionen.»

Der Stabsoffizier fügte hinzu: «Das ist das Durcheinander, das Rumsfeld selbst verschuldet hat, weil er vor Ort keine großen Fußspuren hinterlassen wollte.»

Plan 1003 wurde mehrfach überarbeitet und Rumsfeld vorgelegt, und der sagte, laut dem Stabsoffizier, jedes Mal: «Zu viel Bodentruppen – gehen Sie nach Haus und machen Sie's nochmal.» In den Augen des Stabsoffiziers hatte Rumsfeld zwei Ziele: die Effizienz des Präzisionsbombardements demonstrieren und den Krieg «zum Schnäppchenpreis führen». Rumsfeld und seine beiden Hauptstellvertreter für die Kriegsplanung, Paul Wolfowitz und Douglas Feith, «waren so verliebt in ihr Konzept ‹*shock and awe*› [Furcht und Schrecken], dass der Sieg sicher schien», sagte der Stabsoffizier. «Sie

glaubten, dass der Himmel stets klar wäre, dass der Feind sich selbst exponieren würde und Präzisionsbomben deshalb immer ihr Ziel finden würden.»

Rumsfelds persönliche Verachtung für viele hochrangige Generäle und Admiräle, die unter der Clinton-Administration ihre Spitzenposten erhalten hatten, ist allgemein bekannt. Insbesondere ließ er an der Army kein gutes Haar, da sie darauf bestand, kostspielige motorisierte Divisionen zu unterhalten. In seinen spontanen Memoranden, oder «Schneeflocken», wie sie im Pentagon genannt werden, ärgerte er sich über Generäle, die ein wenig «schwerfällig» waren – eine Anspielung auf Lincolns Charakterisierung des zaghaft operierenden Generals George McClellan aus dem Bürgerkrieg. «Unter diesen Umständen – einer Atmosphäre des Spotts und der Herausforderung – erteilen hochrangige Offiziere nicht ihre besten Ratschläge», sagte ein hochrangiger General, der über ein Jahr unter Rumsfeld Dienst tat. Ein Augenzeuge eines Treffens erinnerte sich, dass Rumsfeld General Eric Shinseki, den Stabschef der Army, vor vielen jungen Offizieren blamierte. «Er sah den Stabschef an und winkte mit der Hand», sagte der Augenzeuge, «und sagte: ‹Haben Sie das jetzt begriffen? Haben Sie das jetzt begriffen?›»

Nach und nach schaffte Rumsfeld es, Offiziere auf hohen Posten im Vereinigten Stab, die seine Ansicht kritisierten, auszuwechseln. «Sämtliche Mitarbeiter des Vereinigten Stabs sind inzwischen handverlesen und produzieren am laufenden Band Berichte, die den Verteidigungsminister zufrieden stellen sollen», sagte der Stabsoffizier. «Sie arbeiten keine militärischen Einschätzungen aus – sie reagieren nur auf seine Schneeflocken.»

In den Monaten unmittelbar vor dem Krieg tat sich ein Graben innerhalb des Militärs auf. Auf der einen Seite waren die Planer und ihre unmittelbaren Vorgesetzten, die davor warnten, dass der Kriegsplan gefährlich wenig Soldaten und Material vorsehe, auf der anderen Spitzengeneräle, die Rumsfeld unterstützten – darunter General Tommy Franks, der Chef des US Central Command, und Air Force General Richard Myers, der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs. Nachdem das türkische Parlament Anfang März 2003 die Kriegsplaner mit der Entscheidung überraschte, den Vereinigten Staaten die

Erlaubnis zu verweigern, die 4. Infanteriedivision in der Türkei an Land zu setzen, argumentierte Franks anfangs, dass der Krieg verschoben werden müsse, bis die Soldaten über eine andere Route herangeführt werden konnten. Ein ehemaliger Geheimdienstbeamter sagte: «Rummy überstimmte ihn.»

Viele amtierende und ehemalige Beamte, mit denen ich sprach, kritisierten Franks für das – in ihren Augen – Versäumnis, sich gegen seine zivilen Vorgesetzten zu behaupten. Ein ehemaliger Senator sagte mir, dass Franks allgemein als ein Befehlshaber angesehen wurde, der «das tut, was man ihm sagt». Ein ehemaliger Geheimdienstmitarbeiter fragte: «Warum ist er nicht zum Präsidenten gegangen?» Ein Vertreter des Pentagons erinnerte sich, dass ein hochrangiger General seine Stellvertreter mit folgenden Worten auf Sitzungen mit Rumsfeld vorbereitete: «Wenn ihr zu einer Besprechung mit ihm geht, müsst ihr bereit sein, eure Sterne auf den Tisch zu legen und zu gehen. Sonst wird er euch überfahren.»

Anfang Februar 2003 erschien Rumsfeld, laut einem hochrangigen Pentagon-Mitarbeiter, bei der Army Commanders' Conference, einer alle zwei Jahre stattfindenden geschäftlichen und zugleich geselligen Zusammenkunft aller Viersternegeneräle. Rumsfeld wurde eingeladen, zum Dinner zu kommen und vor den Generälen eine Rede zu halten. Alles ging gut, erzählte mir der Mitarbeiter, bis Rumsfeld in einer Fragerunde nach seiner persönlichen Beteiligung bei der Aufstellung von Kampfeinheiten gefragt wurde, in manchen Fällen mit einer Vorlaufzeit von nur fünf oder sechs Tagen. Zur Verblüffung und zum Ärger der Generäle stritt Rumsfeld jede Verantwortung dafür rundweg ab. «Er sagte: ‹Ich hatte damit nichts zu tun›», sagte der Mitarbeiter. «‹Das war der Vereinigte Stab.›»

«Wir dachten, er werde die Sache wieder ausbügeln, aber es war eine Katastrophe», sagte der Mitarbeiter über das Dinner. «Alle wussten genau, dass er sich diese Aufmarschbefehle ansah. Und wenn er jetzt dem Vereinigten Stab die Schuld gab ...» Der Mitarbeiter zögerte einen Augenblick und sagte dann: «Es geht um Rummy und die Wahrheit.»

Laut einem guten Dutzend Militärs, mit denen ich sprach, konnte Rumsfeld schlichtweg nicht die Konsequenzen absehen, die ein längerer Feldzug hatte. Er schickte Einheiten der Army und der Marineinfanterie mit wenig Reserven und einer unzureichenden Zahl an Panzern und gepanzerten Fahrzeugen ins Feld. Die Militärs sagten, dass die Fahrzeuge, über die sie verfügten, zu weit vorausgeschickt wurden und defekt seien. Die Nachschublinien wurden – unweigerlich, wie sie sagen – schon bald überdehnt und anfällig für Angriffe. Prompt wurden in dieser ersten Woche Brennstoff, Wasser und Munition knapp. Offiziere im Pentagon äußerten sich verächtlich über die optimistischen Presseverlautbarungen der US-Regierung. «Wir haben jetzt ein Patt erreicht», sagte mir der ehemalige Geheimdienstmitarbeiter damals. «Das wird nur dann so bleiben, wenn wir unsere Nachschublinien halten können. Den Trägern gehen allmählich die JDAMs aus» – die über Satellit gelenkten Bomben, die Ziele in Bagdad und anderswo mit außerordentlicher Präzision trafen. [JDAM steht für joint direct attack munition, also vereinte, direkte Angriffswaffe, A. d. Ü.] Ein großer Teil der gelenkten Tomahawk-Raketen war bereits verbraucht. «Die Marines machen sich riesige Sorgen», fuhr der ehemalige Geheimdienstmitarbeiter damals fort. «Sie sind alle im Einsatz, ohne Reserven, und sie haben die LAVs [light armoured vehicles, leichte Panzerfahrzeuge] noch nie so lang und so hart gefahren» wie in der ersten Woche im Irak. Sie hatten auch ernste Wartungsprobleme. «Die einzige Hoffnung ist, dass sie sich halten können, bis Verstärkungen eintreffen.»

Die Ausrüstung der 4. Infanteriedivision – der modernsten motorisierten Division der Army – dümpelte wochenlang im Mittelmeer, bevor sie zu dem überlasteten amerikanischen Hafen in Kuwait umgeleitet wurde. Man ging davon aus, dass sie nicht vor Ende April einsatzfähig sein würde. Die 1. Kavalleriedivision in Texas war bereit zum Ausschiffen, sagte der Stabsoffizier, aber auf dem Seeweg brauchte sie 23 Wochen bis nach Kuwait. «Wir haben jetzt zwar lauter Frontstellungen», sagte mir der ehemalige Geheimdienstmitarbeiter. «Aber alles andere fehlt.»

In jener ersten Woche, da die Pläne für einen Angriff auf Bagdad ins Stocken gerieten, waren die sechs Divisionen der Republikani-

schen Garde noch nicht einmal ernsthaft in Gefechte mit amerikanischen oder britischen Soldaten verwickelt worden. Von der Garde wurde allgemein angenommen, dass sie den stärksten Widerstand leisten würde. Das amerikanische CENTCOM sah sich wegen der Versorgungsengpässe gezwungen, «überall nach Vorräten Ausschau zu halten», sagte der ehemalige Geheimdienstmitarbeiter. Das unmittelbare Ziel, fügte er hinzu, lautete für die Truppen der Army und der Marineinfanterie, «die Stellung zu halten und zu hoffen, dass die Divisionen der Republikanischen Garde [von dem Bombardement] aufgerieben werden». Der Stabsoffizier stimmte zu: «Der einzige Ausweg heißt nunmehr zurück und auf irgendein Wunder hoffen – das die Republikanischen Garden selbst vollbringen» und das sie anfällig für die amerikanischen Luftschläge macht. «Hoffnung», sagte mir ein pensionierter Viersternegeneral danach, «ist kein Aktionsplan.»

Am 28. März erklärte der Befehlshaber der Army-Bodentruppen, Generalleutnant William S. Wallace, vor Reportern: «Der Feind, gegen den wir kämpfen, ist anders als der, gegen den wir früher Krieg geführt haben.» (Ein hoher Regierungsvertreter bemerkte mir gegenüber mit Blick auf die Iraker: «Sie lassen sich nicht einschüchtern. Ist das nicht unglaublich? Sie lassen sich nicht einschüchtern.») Bei einer Pressekonferenz am nächsten Tag wurden Rumsfeld und Myers nach den Bemerkungen von Wallace gefragt und verteidigten den Kriegsplan – Myers nannte ihn «brillant» und «auf Kurs». Sie wiesen darauf hin, dass der Krieg kaum mehr als eine Woche dauere.

Scott Ritter, der ehemalige Marineinfanterist und UN-Waffeninspekteur, stellte fest, dass das Bombardement anfangs wenig Wirkung zeigte oder gar kontraproduktiv war. Zum Beispiel setzte die Bombardierung von Saddams Palästen eine Brigade spezieller Gardesoldaten frei, die man eigens zu ihrem Schutz abgestellt hatte. «Jedes einzelne Haus von denen – und sie sind über ganz Bagdad verstreut – ist mit Munition und Vorräten voll gestopft», sagte Ritter.

«Das ist tragisch», klagte ein hochrangiger Planer. «Amerikanische Menschenleben gehen verloren.» Der ehemalige Geheimdienstmitarbeiter sagte zu mir: «Sie haben alle gesagt: ‹Wir schaffen das mit der Luftwaffe.› Sie haben ihrer eigenen Propaganda geglaubt.» Der hochrangige ehemalige General nannte Rumsfelds Umgang mit der

Kriegsplanung des Vereinigten Stabs einen «Einschüchterungsversuch im Stile McNamaras durch die Intervention einer kleinen Zelle» – eine Anspielung auf den Exverteidigungsminister Robert S. McNamara und seine Mitarbeiter, die bekanntlich während des Vietnamkrieges immer wieder die Vereinigten Stabschefs herausforderten. Der General verglich die Vereinigten Stabschefs mit den roboterhaften Frauen von Stepford aus dem Roman von Ira Levin: «Sie haben ihre Verantwortung abgegeben.»

Die wohl größte Enttäuschung in der ersten Kriegswoche war der Umstand, dass die schiitischen Splittergruppen im Südirak die amerikanisch-britische Invasion nicht unterstützten. Verschiedene Ableger der Partei al-Dawa, die im Untergrund tätig ist, hatten seit den achtziger Jahren Terroranschläge gegen das irakische Regime verübt. Doch die Organisation al-Dawa stand auch den amerikanischen Interessen feindselig gegenüber. Einige Agenten im amerikanischen Nachrichtendienst hatten die Gruppe mit dem Bombenanschlag von 1983 gegen Baracken der Marineinfanterie in Beirut in Verbindung gebracht, bei dem 241 Marineinfanteristen ums Leben gekommen waren. Dennoch machte die Bush-Administration in den Monaten vor dem Krieg al-Dawa den Hof, indem sie diese zu den oppositionellen Gruppen zählte, die nach dem Krieg den Irak kontrollieren sollten. «Dawa ist eine Gruppe, die Saddam töten könnte», sagte mir damals ein ehemaliger amerikanischer Geheimdienstagent. «Sie hassen Saddam, weil er die Schiiten unterdrückt. Sie leben nur dafür, Saddam zu töten.» Und es wäre aus seiner Sicht eine «Katastrophe» für die Vereinigten Staaten gewesen, falls sie sich dazu entschlossen hätten, sich auf die Seite des irakischen Regimes zu stellen. «Sie sind wie hartgesottene Vietcong.»

In derselben Woche kursierten außerdem Meldungen, dass im Exil lebende Iraker, selbst fanatische Schiiten, von Jordanien und Syrien aus mit dem Auto oder Bus in den Irak einreisten, um an der Seite der irakischen Regierung zu kämpfen. Robert Baer, ein ehemaliger CIA-Operationsleiter im Nahen Osten, erzählte mir am Telefon von Jordanien aus: «Jeder will kämpfen. Die ganze Nation des Iraks kämpft, um den Irak zu verteidigen, nicht Saddam. Sie haben das Alarmsignal ge-

hört, und wir spielen mit dem Feuer. Wenn wir 50 oder 60 Opfer täglich hinnehmen müssen und sie zu Tausenden sterben, dann haben sie immer noch gewonnen. Es ist ein Dschihad, und es ist eine gute Sache, zu sterben. Das ist kein weltlicher Krieg mehr.» Es gingen auch Pressemeldungen über Mudschaheddin ein, die aus Pakistan, Afghanistan und Algerien für «Märtyrereinsätze» eintrafen.

Vor dem Krieg hatten viele angenommen, dass der Iran, als Erzfeind des Iraks, sich bei diesem Kampf an die Seite der Vereinigten Staaten stellen werde. Ahmed Tschalabis INC hatte regelmäßig in Kontakt mit dem Hohen Rat der Islamischen Revolution im Irak gestanden, einer Dachorganisation schiitischer Gruppen, die gegen Saddam Widerstand leisteten. Die Organisation hatte ihren Stützpunkt im Iran gehabt und enge Verbindungen zum iranischen Geheimdienst gepflegt. Tschalabi hatte mehrfach vorausgesagt, dass Teheran Unterstützung leisten werde, Männer ebenso wie Waffen, falls die Amerikaner in den Irak einmarschieren würden. Noch vor Ende der ersten Woche zeigte sich jedoch, dass dies eher unwahrscheinlich war. In einer Pressekonferenz am Freitag warnte Rumsfeld vielmehr iranische Kämpfer davor, gegen amerikanische Truppen vorzugehen, und beschuldigte Syrien, den Irakern militärische Ausrüstung zukommen zu lassen. Ein Geschäftsmann aus dem Nahen Osten, der altbewährte Kontakte in Jordanien und Syrien hat (und dessen Informationen sich stets als zuverlässig erwiesen), sagte mir in dieser Woche, dass die religiöse Regierung in Teheran «nunmehr den Irak in dem Krieg unterstützt. Vor Ort im Irak gibt es keine einzige arabische Kampfgruppe, die an der Seite der Vereinigten Staaten steht», sagte er.

Wenige Tage nach der Veröffentlichung meines Artikels über die erste Kriegswoche im *New Yorker* unternahm die 3. Infanteriedivision der US-Army ihren außerordentlich erfolgreichen Vorstoß quer durch die Wüste bis in die Randbezirke von Bagdad. Ein paar Tage danach fiel ein plötzlich sehr ruhiges Bagdad, und die riesige Saddam-Statue wurde gestürzt, mit der Hilfe eines amerikanischen Panzers und vor laufenden Kameras aus aller Welt. Die Beschwerden über zu wenig Truppen und über das Vertrauen auf die Luftstreit-

macht schienen plötzlich grundfalsch, und Rumsfeld und seine Untergebenen machten sich prompt darüber lustig. Die irakische Armee und ihre gefürchtete Republikanische Garde waren zusammengebrochen – so schien es zumindest anfangs. Dann begann eine umfassende Plünderung von Regierungsbehörden, Unternehmen und Privathäusern, und es waren nicht genügend amerikanische Soldaten vor Ort, um das zu verhindern. In den folgenden Tagen waren bereits die ersten Anzeichen eines gut bewaffneten Aufstands zu erkennen; einmal mehr waren nicht genügend Soldaten vor Ort, um ihn aufzuhalten. Die Bush-Administration hatte, wie sich herausstellte, zwar eine wichtige Schlacht gewonnen, aber keineswegs den Krieg.

Wie wenig wir in den Vereinigten Staaten allerdings über das Wesen des Aufstandes wussten, wurde mir in den letzten Dezembertagen 2003 klar, als ich drei Tage in Syrien bei Ahmed Sadik war, einem Brigadegeneral der irakischen Luftwaffe, der im Irakisch-Iranischen Krieg in der Funkaufklärung tätig war. Der ausgezeichnet Englisch sprechende Sadik wurde Anfang der neunziger Jahre dazu abgestellt, mit den UN-Inspekteuren zusammenzuarbeiten. Mittlerweile wissen wir, dass die Inspekteure im Laufe ihrer siebenjährigen Tätigkeit im Irak erfolgreich das irakische Arsenal an chemischen, biologischen und atomaren Waffen zerlegten, zerstörten oder anderweitig entsorgten. Ich wurde irgendwann Sadik vorgestellt und nach vielen E-Mails (seine Informationen über das, was sich im Irak abspielte und noch abspielen wird, erwiesen sich stets als zutreffend) vereinbarten wir ein Treffen in einem Hotel in Damaskus.

Sadik erzählte mir, dass er im Juni 2003 von drei amerikanischen Geheimdienstoffizieren verhört, aber nicht inhaftiert worden sei, obwohl einige Bekannte von ihm im Gefängnis saßen. Im Laufe der folgenden Monate, sagte er mir, habe er von ehemaligen Kollegen und anhand von internen Planungsdokumenten (viele äußerst sensible Behörden des Regimes wurden nach dem Zusammenbruch geplündert, und ein Teil des Materials wurde in der arabischen Presse veröffentlicht) erfahren, dass Saddam bereits im Jahr 2001 Pläne für einen landesweiten Aufstand ausgearbeitet hatte, kurz nachdem mit George Bushs Wahl zum US-Präsidenten viele Regierungsvertreter,

die den Golfkrieg von 1991 geführt hatten, wieder ins Amt gekommen waren. Riesige Mengen von Handfeuerwaffen und anderen Waffen wurden im ganzen Land für Aufständische deponiert. Im Januar 2003, als die lang erwartete Invasion der Koalitionstruppen offensichtlich bevorstand, verfasste Saddam ein vierseitiges Dokument, in dem er seine Geheimpolizei, den Muchabarat, anwies, auf einen Angriff wie folgt zu reagieren: Er sollte sofort in wichtige Regierungsbehörden und Ministerien eindringen, Dokumente vernichten und Gebäude in Brand setzen. Er wies den Muchabarat außerdem an, die verschiedenen irakischen Exilgruppen zu infiltrieren, die mit amerikanischer Hilfe nach der Invasion in den Irak gebracht wurden.

Einer der kritischsten Kriegstage war, laut Sadik, der 7. April 2003, als amerikanische Soldaten sich nach Belieben in den Randbezirken Bagdads bewegten und sich allem Anschein nach auf einen harten Straßenkampf von Haus zu Haus eingestellt hatten. Amerikanische Kommandeure hatten eine langwierige Belagerung Bagdads befürchtet und eingeplant. Stattdessen wurde den Truppen befohlen, auch den Angehörigen der Parteihierarchie, der Republikanischen Garde, der Special Security Organization (SSO) und dem Muchabarat, in ihre Häuser zurückzukehren und den Widerstand von dort aus zu leiten. «In meinem Viertel», erinnerte Sadik sich, «waren an jeder Straßenecke Sperren, die von schwer bewaffneten Soldaten bewacht wurden. Sie waren am 7. April abends um sechs Uhr noch da und um sechs Uhr am nächsten Morgen verschwunden. Die US-Army direkt zu bekämpfen ist sinnlos.» Ein ehemaliger hochrangiger US-Geheimdienstbeamter hatte mir Monate zuvor erzählt, die amerikanischen Funkaufklärer hätten gemeldet, dass Bagdad am Abend des 7. April auf einen Schlag verstummt sei – Saddam-Anhänger hatten aufgehört, über Satellitentelefone und andere Geräte miteinander zu kommunizieren, und verschwanden ganz einfach über Nacht. Erst in diesem Moment, so der ehemalige Beamte, war klar, dass es in der Stadt nicht zu erbitterten Kämpfen kommen werde.

Sadik teilte mir ferner mit, dass Saddam in seiner Direktive von 2001 befohlen hatte, drei Divisionen für den Aufstand aufzustellen, von denen jede im Untergrund unter der unmittelbaren Aufsicht eines sorgfältig ausgewählten irakischen Regierungsvertreters operieren

sollte. Die Divisionen sollten 2000 bis 4000 Mann umfassen, organisiert in kleinen Zellen von drei oder vier Mann. Die erste Division, die von Izzat Ibrahim al-Duri, einem Stellvertreter Saddams, befehligt wurde, setze sich, so Sadik, «aus Baathisten zusammen, die damals nicht öffentlich bekannt waren». Ihre Mission war es, unabhängig voneinander in kleinen Zellen zu operieren, während sie sich in gut befestigten, sicheren Gebäuden versteckten. Der zweiten Division unter dem Befehl von Taha Jassin Ramadan gehörten Anhänger der Baath-Partei an, deren Aufgabe es war, die erste Division zu unterstützen, indem sie ihr mit Hilfe einer Reihe gut überwachter toter Briefkästen Anweisungen zukommen ließen. Ramadan wurde im August in Mossul von kurdischen Soldaten gefasst. Doch seine Gefangennahme, sagt Sadik, hatte nicht die Aufdeckung der Operationen zur Folge, weil Ramadan, schon allein wegen der stark untergliederten Struktur, nicht wusste, welche Zelle wo operierte. Die dritte Division setzte sich aus Technokraten zusammen: «Ärzte, Anwälte, Ingenieure, Verwaltungsbeamte», sagte Sadik, «und die Leute, die das Land regierten: die Kraftwerke, das Wasser, die Kläranlagen, das Handelsministerium und das Finanzministerium.» Die Technokraten hatten Bagdad ebenfalls am 7. April über Nacht verlassen, sagte Sadik. Saddams Anweisungen an seinen Untergrund waren laut Sadik eindeutig: «Sie durften nie gleichzeitig in Erscheinung treten.»

In seinen Augen, sagte Sadik, organisierte Saddam seinen Aufstand nach den Methoden, die die schiitische Gruppierung al-Dawa angewandt hatte. Saddam reagierte auf den Mordanschlag der al-Dawa im Jahr 1980 gegen Tarik Asis, seinen stellvertretenden Regierungschef, mit der Hinrichtung Ayatollah Mohammed Bakr al-Sadrs, eines al-Dawa-Vertreters, der damals zu den wichtigsten Schiitenführern im Irak zählte. (Bakr al-Sadrs Neffe, Muktada al-Sadr, tat sich Anfang 2004 als wichtiger Opponent gegen die amerikanische Besetzung hervor.) 30 000 Iraker iranischer Herkunft, darunter viele unschuldige, wurden auf Saddams hartnäckiges Drängen hin aus dem Irak vertrieben. Doch gelang es ihm nicht, die Organisation auszurotten und ihre fortgesetzten Anschläge gegen die irakische Führung zu verhindern. Eine von Saddam befohlene Jagd auf Mitglieder führte zu nichts. «Die Partei al-Dawa benutzte tote Briefkästen und ope-

rierte über Kuriere», sagte mir Sadik. «Zwischen den Zellen fand keine richtige Kommunikation statt, und die irakischen Sicherheitsleute hatten keine Ahnung, was sie dagegen tun sollten.» Wurden sie einmal gefasst, so hatten al-Dawa-Mitglieder kaum Informationen, die sie weitergeben konnten, und erwiesen sich selbst gegen die grausamsten Foltermethoden als resistent. «Sie wussten einfach gar nichts. Es war sehr effektiv», sagte Sadik.

In unseren Gesprächen machte Sadik deutlich, dass Saddams Vorausplanung nur einer von vielen Faktoren der wachsenden Erhebung sei. Darüber hinaus gab es auch Tausende irakische Nationalisten und religiöse Führer – Menschen, die gegen das Saddam-Regime gekämpft hatten –, die wenige Tage nach dem Fall Bagdads beschlossen, gegen die amerikanische Besetzung Widerstand zu leisten. Der eigentliche Feind, so Sadik, sei die Besetzung selbst: das Versäumnis der amerikanischen Besatzer, die Iraker zu verstehen, und die zunehmend brutalen Methoden der amerikanischen Soldaten bei dem Versuch, die anhaltende Gewalt zu unterdrücken. «Die Menschen haben auf das reagiert, was sie vor sich sahen», sagte Sadik. Selbst die einfachsten Hilfsmaßnahmen der Amerikaner hatten unbeabsichtigte Folgen. Zum Beispiel tauchten am Vorabend von Thanksgiving im November 2003 plötzlich amerikanische Soldaten in seinem Viertel auf, verließen die Sicherheit ihrer gepanzerten Jeeps, klopften an und warfen gebratene Truthähne in jedes Haus. Die Soldaten meinten es sicher gut, aber «niemand erklärte irgendetwas über den Feiertag. Alle kamen auf die Straße und fragten: ‹Was soll denn das? Wieso bekommen wir das?› Die Behörden hatten nichts getan, um uns darauf vorzubereiten», sagte er.

«So machen sie alles in Bagdad», fuhr Sadik sichtlich wütend fort, als er an die chaotischen Straßenszenen dachte. «Sie erklären einem überhaupt nichts.»

Heute wissen wir, dass die Bush-Administration bereits Ende 2001 oder Anfang 2002 beschloss, mutmaßliche al-Qaida-Mitglieder und Terroristen zu ermorden, zu ergreifen oder auf andere Weise «verschwinden zu lassen», wo immer sie diese zu fassen bekam – und zwar klammheimlich, ohne fairen Prozess. Doch Ende 2002, als ich

zum ersten Mal für den *New Yorker* über Donald Rumsfelds Leidenschaft für «Menschenjagden» schrieb, und selbst Ende 2003 noch, als ich einen zweiten Artikel zu dem Thema schrieb, schien die offizielle Existenz eines solchen Programms kaum vorstellbar. Ich war nahe dran an der Realität, wie die folgenden Darstellungen belegen, doch ich hatte keine Ahnung, dass ein organisiertes, streng geheimes Programm existierte, um jede Opposition, ob reale oder sonstige, schlichtweg zu eliminieren. Einige Insider versuchten, mich zu informieren, aber ich kannte einfach noch nicht die ganze Story.

In einem Interview Ende 2002 warnte mich ein vor kurzem in den Ruhestand gegangener Angehöriger der Special Forces, ein Colonel, der im oberen Planungsstab im Pentagon tätig war, dass die Zivilisten an der Spitze des Pentagons nicht länger versuchen würden, «die Grauzone zu meiden». Er fuhr fort: «Es ist nicht ungesetzlich, aber es geht um die ethische Frage, wie wir als das mächtigste Land der Menschheitsgeschichte uns verhalten sollten. Strategische Täuschungsmanöver, weltweite Morde, vom Militär ausgeführt – all dies wird definieren, wer wir sind und was wir als Nation werden wollen. Die unbeabsichtigten Konsequenzen sind nicht abzusehen.» Er fügte hinzu: «Die Wahrnehmung als global agierende Selbstschutztruppe, die nach Belieben Feinde der Vereinigten Staaten ausschaltet, kann kein strategisches Täuschungsmanöver in den Griff bekommen.»

Die ersten Anzeichen für eine neue Entwicklung zeigten sich im Jemen.

2. Menschenjagd

Irgendwann am Sonntag, dem 3. November 2002, feuerte ein unbemanntes amerikanisches Aufklärungsflugzeug vom Typ Predator, das von einem Stützpunkt in Dschibuti aus gestartet war, eine Hellfire-Rakete auf ein Auto im Jemen. Der Insasse war, so wurde vermutet, ein al-Qaida-Anführer namens Qaed Salim Sinan al-Harethi. Ein gemeinsames amerikanisch-jemenitisches Aufklärungsteam hatte al-Harethi aufgespürt, und der Feuerbefehl wurde erst erteilt, als der Wa-

gen allein war, weit ab von jedem anderen Straßenverkehr – und von irgendwelchen Zeugen –, während er über eine leere Wüstenstraße in der Provinz Marib raste. Al-Harethi saß tatsächlich in dem Auto – zusammen mit fünf anderen Männern. Alle kamen ums Leben.

Die Operation erforderte ein hohes Maß an technischer Kooperation und an Vertrauen zwischen Amerikanern und Jemeniten. Das gemeinsame Aufklärungsteam, das von einem Lagerraum im Jemen aus operierte – ein jemenitischer Sprecher wollte lediglich sagen, dass der Ort aus der Luft nicht auszumachen sei –, hatte seit Wochen schon al-Harethis Satellitentelefon abgehört. Al-Harethi war sich der Gefahr ganz eindeutig bewusst und wechselte häufig Telefone und Nummern; an seinem Leichnam wurden fünf Mobiltelefone gefunden. Jemenitische Sicherheitskräfte trafen kurz nach der Detonation am Schauplatz ein – ein Hubschrauber hatte sich bereit gehalten – und schafften den ausgebombten Wagen fort. Sie brachten die Leichen in ein Militärkrankenhaus in der jemenitischen Hauptstadt Sanaa, wo amerikanische Regierungsvertreter DNA-Proben entnahmen und an ein Militärlabor in den Vereinigten Staaten weiterleiteten.

Am nächsten Tag informierten bereits Vertreter der Bush-Administration Journalisten, dass die Predator-Drohne ihren ersten al-Qaida-Treffer außerhalb Afghanistans gelandet habe. Einige Journalisten erfuhren außerdem, dass al-Harethi, der seit langem wegen seiner Beteiligung an dem Bombenanschlag auf die *USS Cole* im Herbst 2000 im Hafen von Aden gesucht worden war, auf einer Liste «wertvoller» Angriffsziele gestanden habe, deren Ausschaltung, sei es durch Ergreifung oder durch Tod, Präsident Bush gefordert habe.

Die Hellfire war für al-Harethi gedacht, aber die fünf anderen Fahrgäste hatten ebenfalls terroristische Verbindungen, teilten jemenitische und amerikanische Sprecher den Reportern mit. Vier von ihnen gehörten der Aden-Abyan Islamic Army an, einer geächteten terroristischen Sekte mit Kontakten zu al-Qaida, und den fünften hatte man als Kamal Derwish identifiziert, einen arabischstämmigen Amerikaner, der in der Nähe von Buffalo aufgewachsen war und laut FBI amerikanische Muslime für Trainingslager von al-Qaida rekrutiert hatte. Nichts deutete darauf hin, dass amerikanische oder jemenitische Regierungsvertreter im Voraus gewusst hatten, wer neben al-Ha-

rethi in dem Auto saß. Der jemenitische Regierungsvertreter sagte mir, dass man keinen Gedanken daran verschwendet habe, die Straße zu blockieren und zu versuchen, al-Harethi und seine Mitfahrer zu ergreifen, weil er schon bei früheren Versuchen entwischt sei und weil «vermutet wurde, dass sie auf der Fahrt zu einem Angriffsziel waren». Der Vertreter sagte: «Nach der bisherigen Erfahrung war das die effektivste Methode.»

Die Informationen über al-Harethi an jenem Tag waren ausgezeichnet. Der jemenitische Vertreter sagte mir jedoch, dass früher zwei nachrichtendienstliche «Fehler» unterlaufen seien, die um ein Haar einen Angriff auf unschuldige Beduinen zur Folge gehabt hätten. In einem Fall entdeckte das gemeinsame Aufklärungszentrum eine Gruppe Beduinen, unter deren bewaffneten Pick-ups – Pick-ups sind das Hauptfortbewegungsmittel in der Wüste – sich mindestens ein Gefährt befand, auf dem ein schweres Maschinengewehr montiert war. Die Amerikaner seien kurz davor gewesen, den Laster mit einer Predator anzugreifen, sagte der jemenitische Vertreter, «doch auch von uns verfolgte ihn jemand. Er wurde telefonisch gefragt: ‹Wer sind diese Leute?› Er sagte: ‹Beduinen, nicht al-Qaida.›»

Der jemenitische Vertreter sagte außerdem, dass die Operation gegen al-Harethi wertvolle diplomatische Informationen eingebracht habe. Zum Beispiel hatte der Wagen, in dem al-Harethi und seine Kollegen saßen, saudische Kennzeichen, was die Ermittler zu der Annahme führte, dass al-Harethi entlang der Grenze des Jemen zu Saudi-Arabien hin und her pendelte. Laut dem Vertreter hatte al-Harethi Gelder von Saudis erhalten. Allem Anschein nach waren sie indessen nicht die einzigen Geldlieferanten für die Terroristen. Al-Harethis letzter bekannter Anruf über sein Satellitentelefon, eine Stunde vor dem Treffer der Predator, ging an eine Nummer in den Vereinigten Arabischen Emiraten, ein amerikanischer Bündnispartner, der bekanntlich auch ein Zentrum der Unterstützung für muslimische Extremisten ist. «Viel Geld stammt aus den VAE», sagte der jemenitische Regierungsvertreter.

Der Mord an al-Harethi kann als später Erfolg des Versuchs gewertet werden, mutmaßliche al-Qaida-Terroristen aufzuspüren, die aus Af-

ghanistan geflohen und nach Saudi-Arabien, Somalia, in den Jemen und andere Länder gezogen waren, ein Ziel, das die amerikanischen Nachrichtendienste seit dem Fall der Taliban vollauf beschäftigt hatte. Regierungsvertreter priesen den Angriff der Predator wegen seiner Präzision und der effektiven Aufklärungsarbeit vor Ort. «Wir müssen einfach nur überall, wo wir dazu imstande sind, den Druck aufrechterhalten, und wir müssen die Schlupflöcher dichtmachen», sagte Paul Wolfowitz dem Sender CNN. Der Schlag der Hellfire, fügte er hinzu, war «eine sehr erfolgreiche, taktische Operation».

Die Operation markierte zugleich eine dramatische Eskalation des amerikanischen Krieges gegen den Terrorismus. Seit mehr als einer Generation ist staatlich organisierter Mord in den Vereinigten Staaten tabu gewesen. Nach der Enthüllung der Anstrengungen der CIA in den sechziger Jahren, Fidel Castro und andere feindliche Staatschefs zu ermorden, kam im Jahr 1975 ein Senatsausschuss unter der Führung von Frank Church zu dem Schluss, dass derartige Verschwörungen «gegen die moralischen Gebote verstoßen, die von grundlegender Bedeutung für unsere Lebensweise sind ... Wir lehnen absolut jede Vorstellung ab, dass die Vereinigten Staaten ihre Handlungen nach dem Maßstab totalitärer Regime ausrichten sollten ... Natürlich müssen wir unsere Demokratie verteidigen. Aber bei der Verteidigung müssen wir uns dagegen wehren, dass ebendie Tugenden untergraben werden, die wir verteidigen.» Im Jahr 1976 unterzeichnete Präsident Gerald Ford einen Regierungserlass, der politischen Mord untersagte, und dieser Erlass ist immer noch in Kraft.

In dem Jahr nach dem 11. September wurde jedoch der Mord an einzelnen al-Qaida-Mitgliedern ohne gerichtlichen Prozess innerhalb der Bush-Administration zunehmend als eine vertretbare Militäraktion in einem ganz neuartigen Krieg angesehen, an dem weltweit agierende Terrororganisationen und instabile Staaten beteiligt sind. Juristen des Verteidigungsministeriums kamen zu dem Schluss, dass der Mord ausgewählter Einzelpersonen nach dem Kriegsrecht der Army nicht illegal sei, wenn die Angriffsziele «kämpfende Kräfte einer anderen Nation, Guerillatruppe oder einer terroristischen oder anderen Organisation waren, deren Aktionen die Sicherheit der Vereinigten Staaten gefährden».

Am 22. Juli 2002 wies Verteidigungsminister Donald Rumsfeld Air Force General Charles Holland, den Viersternebefehlshaber für Special Operations, in einer geheimen Direktive an, «einen Plan für das Aufspüren und die Behandlung von Mitgliedern terroristischer Organisationen auszuarbeiten». Er fügte hinzu: «Ziel ist es, Terroristen für eine Befragung zu ergreifen oder, falls nötig, zu töten und nicht einfach im Rahmen einer üblichen Strafverfolgung zu verhaften.» Die Menschenjagd sollte weltweit stattfinden, so Rumsfeld, und Holland sollte «binnen Minuten und Stunden, nicht Tagen und Wochen» durch die Bürokratie des Pentagons und das Procedere für Einsatzbefehle geschleust werden.

Als ich Rumsfelds Büro im Dezember 2002 um einen Kommentar bat, nachdem ich in den Besitz des Befehls gelangt war, wurde ich auf eine Pressekonferenz im selben Monat verwiesen, auf der der Verteidigungsminister nach der Linie des Pentagons für einen Predator-Einsatz gefragt worden war, «um einen al-Qaida-Kämpfer zu ermorden oder zu töten». Rumsfeld hatte zu Beginn mit einem für ihn charakteristischen Scherz geantwortet: «Ich zerbreche mir den Kopf auf der Suche nach einer Möglichkeit, wie ich das nicht beantworten muss.» Dann wurde er ernst und sagte, dass die Linie «genau so aussieht, wie Sie alle sie kennen. Da ist wirklich kein Geheimnis dabei. Wir rekrutieren junge Männer und Frauen, organisieren sie, schulen sie, rüsten sie aus und setzen sie, in Uniformen, dafür ein, dass sie als Angehörige des Militärs ihren Dienst tun. Sie werden nicht dazu ausgebildet, das Wort auszuführen, das Sie benutzt haben» – ermorden –, «das ich nicht einmal wiederholen werde. Dazu werden sie nicht ausgebildet. Sie werden ausgebildet, dem Land zu dienen und zu Frieden und Stabilität auf der Welt beizutragen.»

Dennoch äußerten sich selbst danach viele ehemalige und amtierende Militär- und Geheimdienstbeamte besorgt über die Linie des Pentagons, al-Qaida-Mitglieder ins Visier zu nehmen. Ihre Befürchtungen galten allerdings weniger der Legalität des Programms als der Frage, ob es klug, moralisch zu rechtfertigen und letzten Endes auch effektiv ist. Einige der schärfsten Kritiker kamen aus den Reihen der Special Forces.

Rumsfeld fing bereits kurz nach dem 11. September an, sich gegenüber seinen Stellvertretern über General Hollands Zurückhaltung zu beklagen. Einige Tage nach den Anschlägen bat er Holland, eine Liste terroristischer Angriffsziele für eine unmittelbare Vergeltung zusammenzustellen. Holland kehrte zwei Wochen danach mit vier möglichen Zielen zurück: mutmaßlichen Unterschlüpfen islamischer Fundamentalisten in Somalia, Mauretanien, auf den Philippinen und an der so genannten Triple Frontera, dem Dreiländereck Brasiliens, Paraguays und Argentiniens. Doch der General teilte Rumsfeld auch mit, dass ein unmittelbarer Angriff nicht möglich sei, weil das Militär über keine «aktionsfähigen Erkenntnisse» zu den vorgeschlagenen Zielen verfüge, wie ein Berater des Verteidigungsministeriums sagte. Die Vergeltung musste warten, bis der Krieg in Afghanistan bereits im Gange war. Der Verteidigungsminister war gar nicht erfreut. In den folgenden Monaten wurde «aktionsfähige Erkenntnisse» unter zivilen Pentagon-Mitarbeitern zu einem verächtlich gebrauchten geflügelten Wort.

Einige hochrangige Offiziere im Vereinigten Stab argumentierten, dass Rumsfelds Pläne die besten Elitetruppen des Militärs, das Special Operations Command (dem die SEAL der Navy und die Delta Force der Army angehören), und das geheime Undercoverteam der US-Regierung, bekannt als Gray Fox, zu Killerteams degradieren würden. Diese Truppen trainieren intensiv eine ganze Reihe von Sonderaufgaben, darunter die strategische Aufklärung, direkte Aktionen, unkonventionelle Kriegführung und psychologische Operationen. (Einheiten der Delta Force und Gray Fox sind in der Golf-Region eingesetzt worden.) Natürlich ging es auch darum, das eigene Revier zu verteidigen. Ein Berater des Verteidigungsministeriums, der enge Kontakte zu den Special Forces hatte, sagte: «Es geht die Angst um, dass das Special Operations Command sich zu einer Terrorabwehrtruppe wandeln wird und andere Eigenschaften verkümmern, wenn eine Todesliste Priorität erhält.»

«Sie wollen, dass wir Mörder aus diesen Jungs machen», sagte mir ein ehemaliger hoher Nachrichtenoffizier in einem Interview Ende 2002. «Sie wollen sich an Gerüchte halten – nicht an Fakten – und zielen auf den politischen Effekt ab, und genau davor hat das Special

Forces Command wirklich Angst. Rummy sagt, die Politik ist wichtiger als Krieg, und wir müssen Menschen wegen des politischen Effekts eliminieren: ‹Man muss Goebbels umbringen, um an Hitler heranzukommen.›» Mit Blick auf Rumsfeld fügte er hinzu: «Das Militär sagt: ‹Wer ist der Kerl?› Die Vorstellungen, wie die Zukunft der Special Forces aussehen soll, prallen hier massiv aufeinander.»

Ein hochrangiger Regierungsvertreter räumte ein, dass Rumsfelds Pläne für Spezialaufträge «der konventionellen Militärdoktrin widersprechen». Rumsfeld sei im Vorteil gewesen, sagte der Vertreter, weil die Militärführung es an dem nötigen Willen habe fehlen lassen. Nach seiner Meinung war Rumsfeld imstande, im Großen und Ganzen immer das zu bekommen, was er wollte, weil er daraus eine persönliche Angelegenheit machte. «Er ist der seltsamste Mensch, den ich jemals getroffen habe», sagte der Vertreter. «Er delegiert überhaupt nichts.»

Im Gespräch mit Journalisten im September 2002 über präventive Militäreinsätze im Irak und anderswo sagte Rumsfeld: «Wir hätten es alle gern perfekt; wir hätten alle am liebsten, dass alle Punkte für uns verbunden und mit einer Schleife verpackt sind.» Amerikaner, fügte er hinzu, «wollen Beweise, die über jeden vernünftigen Zweifel erhaben sind. Man möchte die Gewissheit haben, dass man Bescheid weiß, bevor irgendjemand bestraft wird.» Doch, so Rumsfeld weiter, «es geht nicht um Bestrafung. In unseren Köpfen steckt eine falsche Vorstellung, wenn wir an Strafe denken. Wir strafen nicht. Das ist keine Vergeltung oder Strafe.»

In internen Memoranden des Verteidigungsministeriums hatten Rumsfeld und die zivilen Offiziellen in seinem Umfeld im Jahr nach dem 11. September für ein neuartiges Vorgehen beim Krieg gegen den Terrorismus plädiert, das sich zum Teil auf die Ermordung ausgewählter Einzelpersonen stützte. Die Dokumente spiegeln ihre Skepsis gegenüber den Generälen und Admirälen wider, die die Streitkräfte führen. In einem dieser Papiere heißt es: «Die schlechteste Methode, die Menschenjagd zu organisieren ... ist, sie im Pentagon planen zu lassen. ... Unsere Vorbedingung, dass die aktionsfähigen Erkenntnisse absolut wasserdicht sein müssen, hat uns gelähmt.» In einem anderen Memo erfuhr Rumsfeld: «Wir ‹überplanen› jedes Kontingent. ...

Das nimmt uns die Beweglichkeit und das Überraschungsmoment, die für Menschenjagden, Ergreifungen und Vergeltungsschläge so wichtig sind. Wir müssen bereit sein, die Risiken in Kauf zu nehmen, die ein kleinerer Fußabdruck mit sich bringt.»

Das Papier drängte den Verteidigungsminister, «sicherzustellen, dass die Militärführung sich über das volle Ausmaß des kulturellen Wandels im Klaren ist, den Sie anstreben». Die Jagdteams müssten «klein und beweglich» bleiben, hielt das Papier fest, «imstande sein, im Verborgenen zu operieren und dabei eine breite Palette offizieller und nichtoffizieller Tarneinrichtungen auf der Reise und bei der heimlichen Einreise in Länder zu nutzen».

Während einer Pressekonferenz im September 2002 wies ein Journalist auf die zunehmende Beteiligung des Militärs an Polizei- und Geheimdiensttätigkeiten innerhalb Afghanistans hin und fragte Rumsfeld, ob der Auftrag immer noch laute, al-Qaida aufzuspüren. «Na ja, eine Menschenjagd gehört sicher nicht zu dem, wofür die Streitkräfte der Vereinigten Staaten organisiert, ausgebildet und ausgerüstet sind», antwortete Rumsfeld. «Möglicherweise müssen wir das noch lernen, und wir lernen in der Tat, wie man das macht.» Ebenfalls eher nebenbei bemerkte im selben Monat Paul Wolfowitz in einem Interview, das Bill Keller mit ihm für das *New York Times Magazine* über künftige Militäroperationen führte, «wir sollten vielleicht an irgendeinem Punkt über eine Freiwilligentruppe verfügen, die speziell andere Missionen als die Landesverteidigung übernimmt». Keller charakterisierte Wolfowitz' Idee als «das Gegenteil der Friedenstruppe, könnte man sagen».

Der Angriff mit der Hellfire-Rakete im Jemen wurde von vielen Amerikanern und von den Medien als Fortschritt im Krieg gegen den Terrorismus gefeiert. Nur wenige kritische Stimmen meldeten sich zu Wort. Die damalige schwedische Außenministerin Anna Lindh erklärte, dass der amerikanische Militärschlag auch mit jemenitischer Zustimmung «dennoch eine standrechtliche Hinrichtung ist, die gegen die Menschenrechte verstößt». Sie fügte hinzu: «Selbst Terroristen müssen nach dem Völkerrecht behandelt werden. Sonst könnte ja jedes Land anfangen, alle hinzurichten, die es für Terroristen hält.»

Auch Amnesty International stellte die «gezielte Tötung Verdächtiger unter Umständen, in denen sie keine unmittelbare Bedrohung darstellten, anstelle einer Verhaftung» in Frage.

In Gesprächen Ende des Jahres 2002 zweifelten jedoch nicht einmal amerikanische Juristen, die derartige Angriffe gegen al-Qaida kritisierten, ihre Legalität an. «Das ist keine Frage des Rechts», sagte Michael Glennon, ein Professor für Internationales Recht an der Tufts University. «Das ist eine Frage der Politik. Ist es klug? Erhöhen derartige Angriffe die Wahrscheinlichkeit von Vergeltungsschlägen im eigenen Land oder im Ausland gegen die amerikanische politische und militärische Führung?» Ähnlich argumentierte Philip Heymann, ein Professor an der Harvard Law School. «Ich glaube nicht, dass Richard Nixon den Vertrag, der biologische Kriegführung ächtete, nur deshalb unterschrieb, weil er eine tiefe Abneigung gegen biologische Kampfstoffe hatte», sagte Heymann. «Er unterschrieb ihn, weil es dem nationalen Interesse der USA widersprach, wenn eine Unzahl kleiner Leute mit biologischen Kampfstoffen herumlief, die sich nicht von unserem Atomwaffenarsenal abschrecken ließen. Politischer Mord fällt in die gleiche Kategorie – es gehört nicht viel dazu, einen US-Außenminister oder ein anderes Kabinettsmitglied zu ermorden.» Ziel der Amerikaner sollte es sein, jede Waffe zu ächten, «die selbst ein kleines Land gegen die großen Tiere einsetzen konnte». Jeffrey H. Smith, ein Absolvent der Militärakademie West Point, unter der Clinton-Administration Berater der CIA, sagte: «Ich bin nicht dagegen, Menschen zu erschießen, aber es sollte das letzte Mittel sein. Wenn sie tot sind, können sie nicht mehr reden, und man schafft noch mehr Märtyrer.»

Andere Militärs, mit denen ich damals sprach, äußerten ähnliche Bedenken. «Möglicherweise kann man das fünf oder sechs Monate lang deichseln», sagte ein Pentagon-Berater. «Wir haben in den Special Forces eine Kultur geschaffen: Zwanzig- und Einundzwanzigjährige, die die Führung eines Erwachsenen brauchen. Sie gehen davon aus, dass man die juristische Vollmacht hat, und sie werden es tun» – munter jedes Ziel eliminieren, das man ihnen nennt. Früher oder später werden die Informationen jedoch falsch sein, sagte er, und unschuldige Menschen werden getötet. «Und dann werden sie

gehängt.» Über Rumsfeld und seine Stellvertreter sagte er: «Diese Kerle werden sich übernehmen, und sie zerstören sich selbst.»

Es ist bekannt, dass zuvor zumindest einmal ein fataler Fehler mit einer Predator-Drohne unterlaufen ist, in Afghanistan. Im Februar 2002 verfolgten CIA-Offiziere und Offiziere des US Central Command, wie eine Predator Hunderte Meter über dem Boden Aufnahmen von einem hoch gewachsenen Mann machte, der überschwänglich von einer kleinen Gruppe Kollegen bejubelt wurde, oder zumindest schien es so. Man kam schnell überein, dass der große Mann Osama Bin Laden sein könnte, und prompt wurde die Bitte um Erlaubnis, eine Hellfire abzufeuern, in die Befehlskette eingespeist. Minuten später wurde sie erteilt. Inzwischen hatte die Gruppe vor Ort sich aufgelöst, aber kurz danach hatte die Predator allem Anschein nach den großen Mann und zwei andere im Bild, die aus einem Waldstück hervortraten. Die Hellfire wurde abgefeuert und verwüstete das Gebiet, drei Menschen kamen ums Leben – eine schreckliche Szene, die von der Infrarotkamera der Predator festgehalten wurde. Journalisten meldeten später, dass die Opfer drei Einheimische waren, die in den Wäldern nach Metallschrott suchten.

Die bisherige Erfahrung des Militärs mit Meuchelmorden lässt die Schwierigkeiten, die solche Programme mit sich bringen, erahnen. Ende der sechziger Jahre, im Vietnamkrieg, arbeiteten US-Einheiten der Special Forces mit der CIA in dem Programm «Phoenix» zusammen, wie es später genannt wurde. Das Programm fing klein an: Menschen, von denen man annahm, dass sie für den Norden arbeiteten, wurden aus südvietnamesischen Dörfern herausgesucht. Bei der Auswahl der Zielpersonen für die Ergreifung oder Ermordung stützten sich die Amerikaner auf Informationen, die ihnen Offiziere der südvietnamesischen Armee, Informanten und Dorfälteste gaben. Im Jahr 1970 war das Programm bereits völlig ausgeufert: Mehr als 8000 mutmaßliche kommunistische Sympathisanten wurden allein in diesem Jahr ermordet. Das Militärkommando setzte erste Obergrenzen für die Zahl der zu eliminierenden oder neutralisierenden Zielpersonen fest. Laut offiziellen südvietnamesischen Statistiken fielen dem Programm Phoenix von 1968 bis 1972 fast 41000 Menschen zum Opfer; die Vereinigten Staaten zählten im selben Zeitraum über 20000. Bei

späteren Ermittlungen stellte sich heraus, dass ein Teil der Opfer nicht wegen ihrer politischen Überzeugungen auf die Todesliste gesetzt wurde, sondern aus persönlichen Gründen: etwa um eine Spielschuld zu tilgen oder einen Familienstreit zu beenden.

«Die ganze Angelegenheit glitt irgendwie einfach in eine Richtung ab», erklärte mir Patrick McGarvey, ein CIA-Agent, der an dem Programm Phoenix beteiligt war, in einem Interview im Jahr 1971. «Ich meine, man kann nicht beweisen, dass irgendjemand jemals sagte: ‹Na schön, gehen wir jetzt also raus und fangen an, Menschen umzubringen›, weil es einfach anfing.» Im selben Jahr wurde dem Kongress von William E. Colby, dem CIA-Beamten, der das Programm leitete (und später CIA-Chef wurde), mitgeteilt, dass die ersten Tage der Operation eine «wilde und unsichere Phase gewesen waren, und viele Dinge geschahen, die nicht hätten geschehen dürfen».

Ein Berater des Pentagons, der eng mit Rumsfelds Team zusammenarbeitete, verteidigte Ende 2002 vehement seinen Standpunkt mir gegenüber: «Wir haben eine Militärführung aus Friedenszeiten, die ‹clintonisiert› wurde. Und jetzt führen wir einen Krieg, den sie nicht begreift. Was Rumsfeld von ihnen möchte, ist, dass sie anders kämpfen, aber seine Art zu kämpfen macht die Auffassung unserer Militärelite von der Kriegführung größtenteils hinfällig. Er sagt zu der Militärführung: ‹Ihr habt keine Antworten›, und das hören sie gar nicht gern. Das Argument, dass Rumsfeld zu den Stabschefs gemein sei und sie schlecht behandle, ist meiner Ansicht nach ein politisches Manöver, um ihn wie einen Maulhelden aussehen zu lassen.»

Rumsfeld habe mit der Autorisierung einer Liste hochkarätiger Terroristen, so der Berater, offensichtlich das Ziel verfolgt, «gegen die Befehlsstruktur al-Qaidas vorzugehen». Er fuhr fort: «Sie ergreifen? Leichter gesagt als getan. Angenommen, man hätte eine al-Qaida-Gruppe in der Bekaa-Ebene» – im Libanon – «isoliert. Es wäre schwierig, sie zu ergreifen.» Um sie in Gewahrsam zu nehmen, wären vermutlich Bodentruppen und ein größeres Feuergefecht erforderlich; sie zu eliminieren erforderte hingegen nur eine Hellfire-Rakete. Mit Blick auf die Kritik an Rumsfelds hartnäckiger Forderung, einzelne al-Qaida-Mitglieder zu attackieren, sagte der Berater: «Ich

weiß, das haben Sie von dem Vereinigten Stab. Einige *snake eaters* [Schlangenfresser, so werden manche Sonderkommandos genannt, A. d. Ü.] in den Special Forces sind auch dagegen. Natürlich habe ich dieses ‹Das ist nicht amerikanisch›-Argument von der Militärführung schon gehört. Aber es geht ihnen nicht um das Legalitätsprinzip. Das sagen sie nur, weil sie es nicht tun wollen.» Er fügte hinzu: «Die Vorstellung, nicht gegen die oberste Führung einer paramilitärischen Gruppe vorgehen zu wollen, die einem den Krieg erklärt hat, ist eine solche Perversion, dass einem ganz wirr davon wird. Das Problem mit Militärs in Friedenszeiten ist, dass sie sich nicht vorstellen können, das zu tun, wofür sie bezahlt werden. ‹Gegen die Führung al-Qaidas vorgehen – das ist ein ernstes Problem.› – Herr im Himmel!»

Früher im Jahr 2002, fuhr der Berater fort, habe Rumsfeld vorgeschlagen, aus dem Special Operations Command ein «globales Kommando» zu machen und es zur entscheidenden Behörde für sämtliche militärischen Aktionen zur Terrorabwehr weltweit zu erklären. Statt die Gelegenheit zu ergreifen, die Zähne zu zeigen und «sich hervorzutun», wollte General Holland, der Befehlshaber der Special Operations, es einfach nicht machen, sagte der Berater. Er sagte, Zivilisten im Verteidigungsministerium seien zu der Überzeugung gelangt, dass «nur wenige vier Sterne sich im Special Operations Command hervortun würden». Der Berater fügte hinzu: «Es muss wohl erst eine schmutzige Atombombe in die Luft gehen, damit uns klar wird, wie ernst die Sache ist.» Was wir bräuchten, sagte er, sei eine Überprüfung sämtlicher hohen Generäle und Admiräle, die unter Clintons Präsidentschaft an die Spitze gelangt seien. «Wir müssen kämpferischere Generäle finden.»

Eines der Ziele von Rumsfeld nach dem 11. September war die Befähigung des Pentagons, verdeckte Operationen durchzuführen, wie sie traditionell der CIA vorbehalten waren. Interne Memoranden im Pentagon enthielten vernichtende Kommentare über die Geheimdienste. Einmal wurde der Minister gedrängt, den Geheimdiensten auf keinen Fall die Einheit «Gray Fox» in die Hände fallen zu lassen. In dem Papier hieß es: «Von allen Organisationen innerhalb des DoD [Verteidigungsministeriums, A. d. Ü.] hat allein Gray Fox, wenn

sie ein wenig ausgebaut wird, das Potenzial, die Art von Krieg zu führen, die der Minister sich vorstellt ... Lasst den Geheimdienst Gray Fox in die Finger kriegen, und die Spione werden dann kontrollieren, welche Operationen man ausführen kann und welche nicht.»

Ein anderes Mal wurde Rumsfeld geraten, die Special Operations zu einer besonderen Behörde unter der persönlichen Aufsicht des Verteidigungsministers umzustrukturieren. Die neue Behörde, die vom Kongress hätte bestätigt werden müssen, würde dann ausschließlich vom Verteidigungsminister Befehle empfangen und somit, wie es in dem Memorandum hieß, die Trägheit der internen Bürokratie, «die von Ihnen gewünschten Veränderungen umzusetzen», überwinden.

Gegen Ende 2002 hatten einige der Berater, denen Rumsfeld am meisten vertraute, private Treffen mit ehemaligen und amtierenden Militär- und Geheimdienstvertretern arrangiert, um über die Ausweitung des Krieges gegen den Terrorismus zu sprechen. «Da draußen sind gut 500 Kerle, die man umbringen muss», sagte ein ehemaliger CIA-Beamter. «Es gibt keine Möglichkeit, das zu beschönigen – man muss sie einfach umbringen. Und man kann den erhaltenen Informationen nicht immer zu 100 Prozent trauen. Manchmal muss man schon mit 95 Prozent zufrieden sein.»

Jede Aktion löst eine Reaktion aus, und so blieb auch der Predator-Angriff vom November 2002 im Jemen nicht ohne Konsequenzen. Die jemenitische Regierung hatte die Absicht gehabt, über den Angriff so lange nichts verlauten zu lassen, bis sie gemeinsam mit Washington eine Erklärung abgeben konnte. Als amerikanische Regierungsvertreter die Story dann im Alleingang bekannt gaben – rechtzeitig vor den Kongresswahlen –, waren die Jemeniten wütend und bestürzt. Jahja al-Mutawakel, der Vizegeneralsekretär der regierenden Partei Allgemeiner Volkskongress, beklagte sich bitter, dass die US-Regierung es nicht hatte abwarten können, über ihren Erfolg zu berichten. «Deshalb ist es so schwierig, mit den Vereinigten Staaten einen Deal zu schließen», sagte al-Mutawakel dem *Christian Science Monitor.* «Und deshalb zögern wir, eng mit ihnen zusammenzuarbeiten. Sie berücksichtigen die inneren Umstände im Jemen nicht.»

Ein paar Wochen danach, am 29. November 2002, erschütterte

eine gewaltige Explosion mehrere Regierungsgebäude in der Provinz Marib, wie die *Yemen Times* berichtete, und hinterließ eine unmissverständliche Botschaft. «Dieser Knall ist mehr als nur eine Explosion», sagte ein Stammesscheich der Zeitung. «Es ist eine Botschaft von al-Qaida, die besagt: ‹Wir sind da, und wir können zuschlagen.› Das ist ernst.»

3. Den Aufstand im Visier

Im Dezember 2003 hatte die Bush-Administration eine drastische Eskalation des heimlichen Krieges der Special Forces im Irak autorisiert. In Interviews im November und Anfang Dezember dieses Jahres erklärten amtierende und ehemalige amerikanische Regierungsbeamte, das Hauptziel der Angriffe sei der harte Kern der Baathisten, von denen man annehme, dass sie zum großen Teil hinter dem Aufstand gegen die Soldaten der Vereinigten Staaten und ihrer Bündnispartner steckten. Aus Angehörigen der Delta Force, der SEAL und der paramilitärischen Kämpfer der CIA hatte man eine neue Einheit der Special Forces mit der Bezeichnung Task Force 121 zusammengestellt. Viele weitere Leute erhielten Befehl, sich im Januar 2004 zum Dienst zu melden. Die Neutralisierung der aufständischen Baathisten – ob durch Ergreifung oder Mord – hatte für die Truppe oberste Priorität. Die wiederbelebte Mission der Special Forces war ein Sieg für Rumsfeld, der zwei Jahre lang darum gekämpft hatte, dass die militärische Führung seine Strategie der Menschenjagd akzeptierte, wie er es nannte. Rumsfeld musste einen großen Teil der Pentagon-Führung auswechseln, bis er seinen Willen bekam. «Dass wir zwei Regime gestürzt haben, erlaubt es uns, zu außergewöhnlichen Maßnahmen zu greifen», sagte mir damals ein Berater des Pentagons mit Blick auf Afghanistan und Irak.

Der springende Punkt, da waren sich alle Offiziellen einig, war die nachrichtendienstliche Aufklärung. Intensiv wurde die Frage diskutiert, ob Angriffe auf eine große Zahl von Einzelpersonen ein praktikabler – oder politisch wirksamer – Weg waren, im Irak Stabilität zu schaffen, angesichts des wiederholten Versagens amerikanischer

Kräfte, stimmige und verlässliche Informationen zu beschaffen. Amerikaner vor Ort gedachten das Problem zu lösen, indem sie eine neue Informationsquelle erschlossen: Sie hofften, Teams aus den oberen Reihen der alten irakischen Nachrichtendienste aufzustellen und sie entsprechend auszubilden, damit sie den Aufstand unterwanderten. Diese eingeschleusten Spitzel sollten Informationen über einzelne Aufstände beschaffen, gegen die die Amerikaner dann etwas unternehmen konnten. Ein ehemaliger CIA-Stationschef, mit dem ich Ende November 2003 sprach, umschrieb die Strategie mit einfachen Worten: «US-Schützen und irakischer Nachrichtendienst». Er fügte hinzu: «Es gibt Iraker im Geheimdienstgeschäft, die es besser wissen, und wir zapfen sie an. Wir müssen den irakischen Nachrichtendienst, mit zugehaltener Nase, wiederbeleben, und Schützen der Delta Force und der Agency müssen dann die Türen aufbrechen und sie [die Aufständischen] herausholen.»

Ein ehemaliger Geheimdienstvertreter sagte damals, das Eindringen in die Baath-Führung lasse sich mit «dem Öffnen einer Kokosnuss vergleichen: Man klopft und klopft, bis man eine weiche Stelle findet, und dann kann man sie aushöhlen». Ein Amerikaner, der die zivile Behörde in Bagdad beraten hat, meinte ganz ähnlich: «Wir können nur gewinnen, wenn wir unkonventionelle Methoden anwenden. Wir müssen nach ihren Regeln spielen. Guerilla gegen Guerilla. Terrorismus gegen Terrorismus. Wir müssen die Iraker so einschüchtern, dass sie sich unterwerfen.»

In Washington waren sich alle in einem Punkt einig: Man brauchte einen neuen Ansatz für den Irak. Ebenso einmütig wurde Kritik an der gegenwärtigen Antwort des Militärs auf die immer länger werdende Liste amerikanischer Opfer geäußert. Ein ehemaliger Pentagon-Mitarbeiter, der eng mit dem Kommando der Special Forces zusammenarbeitete und die neue militärische Initiative begrüßte, sagte: «Jetzt haben wir diese riesige konventionelle Streitmacht dort stationiert und lassen ihr den Hintern wegschießen, und was wir tun, ist kontraproduktiv. Wir senden uneindeutige Signale aus.» Das Problem an der Bekämpfung der Baath-Führung war seiner Ansicht nach: «a) wir haben keine Informationen, und b) wir sind zu zimperlich, um in diesem Teil der Welt zu operieren.»

In Anspielung auf den amerikanischen Schlag gegen einen mutmaßlichen Mörserstandort sagte der ehemalige Geheimdienstvertreter: «Statt ein leeres Fußballfeld zu zerstören – wieso schinden sie nicht Eindruck, indem sich ein paar Heckenschützen anschleichen und die Jungs abschießen, während sie den Mörser aufstellen? Wir brauchen eine unkonventionellere Antwort, aber das wird unangenehm.»

Innerhalb des Pentagons setzte sich inzwischen die Erkenntnis durch, dass allein die Ergreifung oder Tötung Saddam Husseins und seines engeren Kreises – all jener, die in dem berüchtigten «Kartenspiel» der Bush-Administration versammelt waren – den Aufstand nicht stoppen würde. Die neue Operation der Special Forces richtete sich also gegen die breite Mitte des Baath-Untergrundes. Viele Regierungsvertreter, mit denen ich damals sprach, standen jedoch den Plänen der Administration skeptisch gegenüber. Sie fürchteten, dass die vorgeschlagene Operation – die ein Pentagon-Berater «präventive Menschenjagd» nannte – potenziell in ein zweites Programm Phoenix ausarten werde. Der ehemalige Beamte der Special Forces warnte, das eigentliche Problem bei der Jagd auf Menschen sei, dass man sicher sein müsse, «die richtigen Köpfe zu jagen». Mit Blick auf nunmehr kooperative ehemalige irakische Geheimdienstbeamte sagte er: «Diese Jungs haben ihre eigene Agenda. Schlagen wir womöglich auf Grund von Privatfehden zu? Wenn man Einheiten aus der Gastnation aufstellt» – gemeint waren Einheiten aus Irakern statt Amerikanern –, «dann ist es schwierig, sie daran zu hindern, das zu tun, was sie tun wollen. Man muss sie an die kurze Leine nehmen.»

Der Beamte sagte, dass die Baath-Führung sich bei der Planung von Terroranschlägen allem Anschein nach auf «direkte Kommunikation» stütze. Deshalb konnten die Aufständischen auch kaum von den «Gray Fox» der Army erfasst werden, die außerordentlich geschickt im Abfangen von Gesprächen und anderen technischen Methoden der Aufklärung sind. «Diese Jungs sind viel zu schlau, ein Mobiltelefon oder Funkgerät anzufassen», sagte der ehemalige Beamte. «Das Ganze wird einzig aufgrund der Informationen von menschlichen Quellen ein spektakulärer Erfolg oder Fehlschlag werden.»

Ein ehemaliger CIA-Mitarbeiter mit großer Nahosterfahrung nannte Ende 2003 Faruk Hidschasi, einen Saddam-Anhänger, der viele Jahre lang für den Muchabarat, den irakischen Geheimdienst, die Auslandsoperationen geleitet hatte, eine Schlüsselfigur in dem neuen amerikanisch-irakischen Nachrichtenteam. Er war seit Ende April 2003 in Gewahrsam. Der CIA-Mann sagte, dass Hidschasi im Laufe der vorausgegangenen Monate «einen Deal abgeschlossen» habe und amerikanische Vertreter «mit seiner Hilfe das alte irakische Nachrichtennetzwerk reaktivieren» wollen. Er fügte hinzu: «Meine irakischen Freunde sagen, dass er sich an den Deal halten werde – aber nur nach den Buchstaben, nicht im Geist.» Auch wenn der Muchabarat ein guter Geheimdienst gewesen sei, sagte er, besonders tüchtig etwa bei dem Schutz Saddam Husseins vor einem Sturz oder Attentat, sei er doch «ein lausiger Nachrichtendienst» gewesen.

Der Mitarbeiter fuhr fort: «Das ist nicht die Art und Weise, wie wir üblicherweise vorgehen, aber wenn man sieht, wie ein paar von den eigenen Jungs in die Luft gejagt werden, dann ändert das vieles. Wir haben es auf amerikanische Art gemacht – und sind der nette Mann gewesen. Jetzt werden wir der böse Mann sein, und den bösen Mann spielen funktioniert.»

Als der Pentagon-Berater, der Experte für unkonventionelle Kriegführung, solche Kommentare hörte, äußerte er Bestürzung: «Manche Leute verbreiten die wildesten Dinge über Menschenjagden. Aber sie bewegen sich nicht auf der politischen Ebene. Das ist keine Alles-erlaubt-Politik und soll es auch nicht sein. Ich bin so hart wie kein anderer, aber wir sind auch eine demokratische Gesellschaft, und wir bekämpfen Terror nicht mit Terror. Es wird unzählige, strenge Kontrollen geben – Gebote und Verbote und Vorschriften für den Einsatz.» Der Berater fügte hinzu: «Das Problem ist, dass wir die Bösen nicht infiltriert haben. Die Baath-Partei wird nach dem Zellenprinzip geleitet. Das ist wie den Vietcong infiltrieren – das haben wir auch nie geschafft.»

Stephen Cambone, der Staatssekretär für Geheimdienstfragen im Verteidigungsministerium, dessen Stern im Pentagon unter Rumsfeld Ende 2003 aufging, war direkt an der Ausarbeitung des neuen Ansat-

zes für die Special Forces beteiligt. Cambone teilte Rumsfelds Ansichten, wie Terrorismus bekämpft werden müsse. Beide glaubten, dass die Vereinigten Staaten im Kampf gegen den Terror viel stärker proaktiv vorgehen, auf der ganzen Welt nach den Anführern suchen und sie eliminieren mussten. Und Cambone war, genau wie Rumsfeld, frustriert über die Weigerung der Militärführung, die Menschenjagd zu übernehmen. Seit seiner Bestätigung im Amt trachtete er nach der Befehlsgewalt über die Special Forces. «Rumsfeld hat nach jemandem gesucht, der alle Antworten kennt, und Steve ist der richtige Mann», sagte mir ein ehemaliger hoher Pentagon-Beamter. «Er hat einen direkteren Zugang zu Rummy als jeder andere.»

Ein Hauptplaner der Menschenjagd-Offensive war Generalleutnant Boykin, Cambones militärischer Berater. Nach einem Treffen mit Rumsfeld Anfang letzten Sommer – sie kamen «wie zwei alte Kämpfer» miteinander aus, sagte der Pentagon-Berater – verschob Boykin seine Pensionierung, die eigentlich für Juni geplant war, und übernahm den Posten im Pentagon, was ihm den dritten Stern einbrachte. Auf diesem Posten, sagte mir der Pentagon-Berater, wurde Boykin zu «einem wichtigen Bestandteil» der geplanten Eskalation. Im Oktober 2003 berichtete die *Los Angeles Times*, dass Boykin in Gesprächen mit kirchlichen Gruppen, die er am Sonntagmorgen in Uniform führte, die muslimische Welt wiederholt mit dem Satan gleichgesetzt habe. Im vorigen Juni sagte er, laut der Zeitung, vor einer Gemeinde in Oregon: «Satan will diese Nation zerstören, er will uns als Nation zerstören, und er will uns als christliche Armee zerstören.» Boykin pries Präsident Bush als einen «Mann, der im Oval Office betet», und erklärte, dass Bush zum Präsidenten «nicht gewählt», sondern «von Gott berufen» worden sei. Die muslimische Welt hasst Amerika, sagte er, «weil wir eine Nation der Gläubigen sind».

In der Presse und im Kongress wurde Boykins Entlassung gefordert, doch Rumsfeld stellte klar, dass er seinen Mann auf diesem Posten halten wolle. Anfangs pries er auf den Bericht in der *Los Angeles Times* hin die «hervorragende Leistung» des Generals und sagte den Journalisten, dass er weder den Text von Boykins Äußerung gelesen noch das Video von einem seiner Auftritte angesehen habe. «Es wer-

den viele Dinge von Menschen im Militär gesagt oder im Leben als Zivilist, oder im Kongress oder in der Exekutive, die ihre persönlichen Ansichten sind», sagte er. «Wir sind ein freies Volk. Und das ist das Großartige an unserem Land.» Er fügte mit Blick auf das Video hinzu: «Ich kann einfach nicht kommentieren, was er gesagt hat, weil ich es nicht gesehen habe.»

Vier Tage danach gab Rumsfeld an, er habe sich das Band angesehen. «Es enthielt eine Menge schwer verständlicher Wörter mit Untertiteln, die ich nicht überprüfen konnte», sagte er bei einer Pressekonferenz laut dem offiziellen Transkript. «Folglich bin ich immer noch kein Fachmann» – das Transkript vermerkt, dass er an dieser Stelle «gluckst» –, «was er nun genau gesagt hat.»

Boykins Äußerungen wurden, so die *Washington Post*, im August 2004 an die Diensstelle des Generalinspekteurs im Pentagon zur Prüfung weitergeleitet. Ein schon zum April angekündigter Bericht in dieser Sache harrt damit weiter der Veröffentlichung. Boykin war auch an anderen Streitfällen beteiligt gewesen. Er war 1993 in Mogadischu Gefechtskommandeur der Army, als 18 Amerikaner in der katastrophalen Mission ums Leben kamen, die durch Mark Bowdens Buch *Black Hawk Down* berühmt wurde. Früher im selben Jahr hatte Boykin, damals noch Colonel, eine achtköpfige Delta Force geleitet, die man einer kolumbianischen Polizeieinheit zur Aufspürung des berüchtigten Drogendealers Pablo Escobar zugeteilt hatte. Dem Team Boykins war es gesetzlich untersagt, ohne Genehmigung des Präsidenten irgendwelche Beihilfe zum Mord zu leisten. Im Pentagon kam jedoch der Verdacht auf, dass er mit der Unterstützung amerikanischer Botschaftsangestellter in Kolumbien die Absicht habe, sich an der Ermordung Escobars zu beteiligen. Das Buch *Killing Pablo* (deutsch: *Die Jagd auf Pablo Escobar*), ebenfalls von Mark Bowden, beschreibt, wie hohe Repräsentanten in der Befehlskette des Pentagons zu der Überzeugung gelangten, dass Boykin, mit dem Wissen seiner Vorgesetzten in den Special Forces, seine Vollmacht überschritten hatte und beabsichtigte, gegen das Gesetz zu verstoßen. Sie wollten, dass Boykins Einheit abgezogen wurde. Das geschah aber nicht. Escobar wurde auf dem Dach eines Apartmentgebäudes in Medellín erschossen. Der kolumbianischen Polizei wurde das Verdienst

zugeschrieben, endlich ihren Mann gefasst zu haben, doch, so Bowden, «innerhalb der Special-Operations-Gemeinde ... wurde Pablos Tod als eine für Delta erfolgreiche Mission angesehen, und Gerüchten zufolge waren ihre Kämpfer an dem Mord beteiligt».

«Genau das haben diese Jungs getan», sagte mir ein pensionierter General, der Boykins Operationen in Kolumbien überwachte. «Ich habe Bilder von Escobars Leichnam gesehen, wie man sie selbst mit einem weitreichenden Teleobjektiv nicht bekommt. Sie wurden von den Jungs im Überfallkommando gemacht.» (Vertreter der Bush-Administration im Weißen Haus, des Außenministeriums und des Pentagons, auch General Boykin, haben auf die Bitte um einen Kommentar nicht geantwortet.) Morris Busby, 1993 amerikanischer Botschafter in Kolumbien und inzwischen im Ruhestand, nahm Boykin energisch in Schutz. «Ich denke an die Welt Jerry Boykins und habe größten Respekt vor ihm. Ich kenne ihn seit fünfzehn Jahren und habe viele Stunden mit dem Mann verbracht und habe ihn niemals Religion oder Gott erwähnen hören.» Der pensionierte General pries Boykin auch als «einen von den Männern, wie man sie sich in einem Krieg nur wünschen kann, weil er keine Angst vor dem Sterben hat». Aber, fuhr er fort, «wenn man einmal drei Sterne hat, dann muss man sich sorgfältig überlegen, was man tut». Mit Blick auf Boykin und andere an der Planung der Special Forces Beteiligte fügte er hinzu: «Diese Jungs werden einen Haufen Menschen umbringen lassen und dann einen Haufen Medaillen verteilen.»

In dem Kampf gegen den irakischen Aufstand bat das Pentagon unter anderem Israel, den engsten Verbündeten der Vereinigten Staaten im Nahen Osten, um aktive und heimliche Hilfe. Amerikanischen und israelischen Militär- und Geheimdienstbeamten zufolge haben israelische Kommando- und Aufklärungseinheiten eng mit ihren amerikanischen Gegenparts in dem Trainingslager der Special Forces in Fort Bragg, North Carolina, und in Israel zusammengearbeitet. Sie sollten den Amerikanern die Vorbereitung auf Einsätze im Irak erleichtern. Israelische Kommandotrupps sollten als spontane Berater – ich wiederhole, im Geheimen – dienen, wenn die Operationen vor Ort begannen. (Weder das Pentagon noch israelische Diplomaten

wollten dies kommentieren. «Niemand möchte darüber reden», sagte mir ein israelischer Regierungsvertreter Ende 2003. «Das ist hetzerisch. Beide Regierungen haben auf höchster Ebene beschlossen, dass es in ihrem Interesse ist, nicht viel Aufhebens um die amerikanisch-israelische Zusammenarbeit zu machen.»)

Die amerikanisch-israelische Verbindung in Sachen Irak nahm das Ausmaß eines Einzelunterrichts zu der Frage an: Wie entschärft man einen Aufstand? Ein ehemaliger Nachrichtenoffizier des israelischen Militärs fasste die Kernlektion mit folgenden Worten zusammen: «Wie man gezielte Morde durchführt, was für den Erfolg des Krieges sehr wichtig ist, und was die Vereinigten Staaten dafür tun müssen.» Er sagte mir, dass die Amerikaner gedrängt wurden, die kleinen Kommandoeinheiten der israelischen Armee nachzuahmen, die unter dem Namen Mistaravim bekannt sind und undercover innerhalb der Westbank und im Gaza-Streifen operieren. «Sie können sich einem Gebäude nähern und zuschlagen», sagte der ehemalige Offizier. Aus Sicht der Israelis, fügte er hinzu, müssen die Special Forces lernen, «wie sie ein Netzwerk von Informanten unterhalten». Ein solches Netzwerk habe es Israel ermöglicht, Organisationen auf der Westbank und im Gaza-Streifen zu infiltrieren, die von Gruppen wie Hamas kontrolliert werden, und potenzielle Selbstmordattentäter sowie viele Leute, die sie rekrutieren und ausbilden, zu ermorden oder zu ergreifen. Andererseits hat Israel, so der ehemalige Offizier, «in vielerlei Hinsicht zu großen Erfolg gehabt. Es wurden so viele mittlere Verbindungsleute auf der operativen Ebene in der Westbank getötet oder ergriffen, dass Hamas inzwischen weitgehend aus isolierten Zellen besteht, die auf eigene Faust Terroranschläge gegen Israel ausführen.» Er fuhr fort: «Es gibt keine zentrale Kontrolle über viele Selbstmordattentäter. Wir versuchen den Amerikanern beizubringen, dass sie nicht das Zentrum ausschalten dürfen. Es ist ganz wichtig, dass sie keine Einzelkämpfer produzieren.»

Viele Experten der Region, amerikanische und andere, waren überzeugt, dass die Baathisten immer noch im Wesentlichen die Verantwortung für den Aufstand trugen, auch wenn man annahm, dass sie keinen direkten Kontakt zu Saddam Hussein hatten. Ein amerikanischer Militäranalytiker, der für die zivile Übergangsregierung in

Bagdad arbeitete, sagte mir, er sei bereits im Dezember 2003 zu dem Schluss gelangt, dass «Baathisten aus den mittleren Reihen, die zuvor unter dem autoritären Charakter des Saddam-Regimes gekuscht hatten, sich nunmehr nach dem Verschwinden hochrangiger Mitglieder erhoben hatten und den Aufstand kontrollierten». Er fügte hinzu, dass diese Baathisten nach dem amerikanischen Angriff und einigen Wochen Verwirrung sich allmählich organisiert hätten und Operationen gegen Amerikaner steuerten und anführten. In einem Interview in Washington Ende 2003 – ein paar Wochen vor Saddam Husseins Ergreifung am 14. Dezember – sagte ein hochrangiger arabischer Diplomat zu mir: «Wir glauben nicht, dass der Widerstand Saddam gegenüber loyal ist. Gewiss, die Baathisten haben sich wieder organisiert, aber nicht aus politischen Gründen, sondern wegen der schrecklichen Entscheidungen, die Jerry Bremer getroffen hat» – der Chef der Übergangsregierung. «Die Iraker wollen wirklich, dass ihr dafür bezahlt», sagte der Diplomat. «Saddam töten wird dem kein Ende setzen.»

Ganz ähnlich sagte mir zu dieser Zeit ein Geschäftsmann aus dem Nahen Osten, der hochrangige Regierungsvertreter unter Bush beraten hat, dass die reorganisierte Baath-Partei «extrem aktiv» sei «und im Untergrund mit ständiger interner Kommunikation arbeitet. Und das ohne Saddam.»

Es herrschte jedoch, zwangsläufig, Uneinigkeit in der Frage, wie stark die Baathisten den Aufstand kontrollierten. Der ehemalige israelische Nachrichtenoffizier sagte: «Der größte Teil der Feuerkraft stammt von den Baathisten, und sie wissen, wo die Waffen aufbewahrt werden. Aber viele Schützen kommen aus ethnischen und Stammesgruppen. Der Irak ist jetzt sehr zersplittert, und innerhalb der sunnitischen Gemeinde ist die Zersplitterung weit fortgeschritten.» Er fügte hinzu: «Solange das nicht in den Griff bekommen wird, ist jeder Versuch hoffnungslos, im Zentrum mit dem Wiederaufbau zu beginnen.»

Der amerikanische Militäranalytiker stimmte zu, dass «der nationalistische und stammespolitische Aspekt» angesichts der Aufmerksamkeit für die Kontrolle durch die Baathisten übersehen wurde. Zum Beispiel werden die Antikoalitionstruppen in Faludscha, einem

wichtigen Zentrum des Widerstands, «in erster Linie von Scheichs und Moscheen, von Islam, Geistlichen und Nationalismus angetrieben». Die Region beherberge «Zehntausende arbeitslose ehemalige Militäroffiziere und Wehrpflichtige, die in Cafés und Restaurants ihrer Verwandten herumhängen; sie hecken etwas aus, planen, geben und empfangen Anweisungen; in der Nacht führen sie ihre Missionen aus.»

Der Militäranalytiker stellte, ebenso wie viele Regierungsvertreter, mit denen ich sprach, die konventionellere Taktik des Militärs in Frage – das bereits begonnene, aggressive Programm mit dem Decknamen «Iron Hammer», das Bombardements, nächtliche Razzien und Massenverhaftungen vorsah und in erster Linie gegen Unruheherde im sunnitisch dominierten Zentralirak gerichtet war. Die Aufständischen, sagte er mir, fanden schon bald eine Antwort. «Ihre standardmäßige Vorgehensweise ist, Aktionen immer weiter nach außen zu verlagern oder sogar in andere Städte, damit amerikanische Vergeltungsschläge nicht ihren Standort treffen. Stattdessen halten die Amerikaner sich an der Stadt schadlos, in der der Vorfall sich ereignet hat, und mit der Zeit schaffen sie es, sich immer mehr Feinde zu machen.»

Die dreisten irakischen Angriffe auf zwei separate amerikanische Konvois in Samarra am 30. November lieferten weitere Hinweise auf die Mannigfaltigkeit des Widerstands gegen die Besetzung. Samarra war zuvor das Zentrum einer massiv Saddam-feindlichen Stimmung gewesen, laut Ahmed S. Hashim, einem Experten für Terrorismus, der als Professor für strategische Studien an dem US Naval War College lehrt. In einem Aufsatz, der im August 2003 von dem Middle East Institute veröffentlicht wurde, schreibt Hashim: «Viele Einheimische aus Samarra – die mit Auszeichnung in der Baath-Partei und in den Streitkräften gedient hatten – wurden im Laufe der dreißigjährigen Herrschaft von Saddam und seinen Kumpanen aus der rivalisierenden Stadt Tikrit entfernt oder hingerichtet.» Hashim schreibt ferner: «Die Struktur der US-Streitkräfte im Irak – schwere gepanzerte und motorisierte Einheiten – und die psychische Einstellung dieser Streitkräfte, die nunmehr seit Monaten im Irak sind, sind der erfolgreichen Bekämpfung eines Aufstands schlichtweg nicht dienlich.»

Ein Berater des Special Forces Command erzählte mir, dass es den bereitstehenden Teams der Special Forces durch interne Streitigkeiten unter den verschiedenen hochrangigen Militärkommandos erschwert werde, zeitlich begrenzte Informationen unmittelbar zum eigenen Vorteil zu nutzen. Nachdem General Holland wiederholt von Rumsfeld kritisiert wurde, weil er zögerte, Kommandounternehmen ohne konkrete oder «aktionsfähige Erkenntnisse» zu autorisieren, trat er im November 2003 zurück. Rumsfeld bemühte sich auch, systematisch Offiziere, die eng mit den Special Forces zusammengearbeitet hatten, auf militärische Spitzenposten zu berufen. Ein ehemaliger Befehlshaber der Special Forces, Army General Peter Schoomaker, wurde im Juli aus dem Ruhestand geholt und zum Stabschef der Army ernannt. Thomas O'Connell, ein Army-Veteran, der an dem Programm Phoenix in Vietnam teilgenommen und Anfang 1980 die Gray Fox geleitet hatte, wurde ziviler Leiter der Abteilung für Special Operations im Pentagon. Anfang November 2003 meldete die *New York Times* die Existenz der Task Force 121 und gab an, dass die Einsatztruppe befugt sei, bei der Verfolgung Saddam Husseins, Osama Bin Ladens und anderer Terroristen, wenn nötig, in der ganzen Region in Aktion zu treten. (Die Truppe wurde damals von Air-Force-Brigadegeneral Lyle Koenig befehligt, einem erfahrenen Hubschrauberpiloten der Special Forces. Im Frühjahr 2004 wurde Koenig von Rear Admiral William McRaven abgelöst, der nicht lange vorher im Stab des Nationalen Sicherheitsrates mitgearbeitet hatte.) Zu diesem Zeitpunkt, so teilte der ehemalige Beamte der Special Forces mir mit, jagten die Soldaten immer noch «das Kartenspiel. Ihr Job war es, Saddam zu finden, basta.»

Unterdessen nahmen andere Special Forces in Afghanistan die so genannte A.Q.S.L. ins Visier, die Liste der al-Qaida-Führungsspitze, auf Englisch: *Al Qaeda senior leadership list.* Die Suche der Task Force nach Saddam war von Anfang an frustrierend. «Die höchsten Jungs um Saddam waren die *murafaqin*, seine loyalsten Mitstreiter, die an seiner Seite ein Gewehr tragen durften», sagte der ehemalige UN-Waffeninspekteur Scott Ritter Ende 2003. Von 1994 bis 1998 leitete er eine Spezialeinheit der UNO, die viele private Telefongespräche Saddam Husseins abhörte. «Aber jetzt hat er zu einer anderen

Schicht gewechselt: den Stämmen. Er hat die Männer der exponiertesten Einheiten entlassen und ließ sie zu ihren Stämmen zurückkehren, und wir wissen nicht, wo sie sind. Die Verzeichnisse dieser Einheiten sind verschwunden; sie sind alle vernichtet worden.» Ritter fügte hinzu: «Männer wie Faruk Hidschasi können ein paar Zellen der Baath-Partei angeben, und er weiß, wo ein paar Geheimdienstleute stecken. Aber er kann uns nicht in die Stammeshierarchie einführen.» Die Task Force verlagerte jedenfalls schon bald ihr Augenmerk von der Jagd auf Saddam auf den sich ausweitenden Guerillakrieg.

Innerhalb der US-Regierung wurden außerdem amerikanische und israelische Informationen diskutiert, die darauf hindeuteten, dass die schiitisch dominierte Regierung des Iran den von Sunniten angeführten Aufstand im Irak möglicherweise aktiv unterstützte – und «an den Schnüren der Marionette zog», wie ein ehemaliger Geheimdienstbeamter es nannte. Viele Geheimdienstleute bezweifelten diese Analyse. Der Pentagon-Berater verglich es mit dem «Tschalabi-Zeug» und spielte damit auf die diskreditierten Informationen über Massenvernichtungswaffen vor dem Krieg an, die irakische Überläufer geliefert hatten. Doch mir wurde von mehreren Regierungsvertretern im selben Winter mitgeteilt, dass Zivilisten im Verteidigungsministerium die Information als sehr zuverlässig einstuften. Ein ehemaliger Geheimdienstbeamter sagte, dass damals als mögliche Reaktion der Vereinigten Staaten unter anderem erwogen wurde, eine irakische Truppe auszubilden und auszurüsten, die imstande war, grenzübergreifende Überfälle durchzuführen. Ziel der Amerikaner, sagte er, wäre es, «die Kosten der Unterstützung für die Baathisten so zu steigern, dass die Iraner sich zurückzogen». Dann fügte er hinzu: «Wenn das allmählich den Eindruck eines zweiten irakisch-iranischen Krieges erweckt, so ist das eine andere Geschichte.»

Die Notwendigkeit, dass US Special Forces im Verborgenen operieren, bot einen zusätzlichen Anreiz, ihre Präsenz im Irak zu verstärken, wie ein ehemaliger Berater der Koalition mir in Bagdad sagte. Die Zahlen der im Land stationierten Special Forces sind im Allgemeinen nicht in der Gesamttruppenstärke enthalten. Bush und Rumsfeld blieben dabei, dass keine weiteren amerikanischen Solda-

ten benötigt würden, doch dies wurde von vielen hohen Militäroffizieren in privaten Gesprächen angezweifelt. «Man braucht mehr Leute», sagte mir der ehemalige Berater, ein Admiral im Ruhestand. «Aber man darf sie nicht hinzufügen, weil Rummy sich auf einen Standpunkt festgelegt hat. Folglich erfindet man eine Truppe, die nicht gezählt wird.»

Gegenwärtig gibt es keine gesetzliche Bestimmung, die den Präsidenten dazu verpflichtet, den Kongress zu informieren, bevor er eine Mission der Special Forces in Übersee genehmigt. Die Special Forces sind unter der Bush-Administration erheblich ausgeweitet worden. Das Budget des Pentagons von 2004 sieht mehr als 6,5 Milliarden Dollar für ihre Tätigkeit vor – eine Steigerung von 34 Prozent gegenüber 2003. Eine Kongressstudie vom August 2003 veranschlagte die Zahl der aktiven Soldaten der Special Forces und der Reservisten auf 47000 Mann und deutete an, dass die entsprechenden Ausschüsse des Repräsentantenhauses und des Senats über die «angemessene Gesamtrolle» der Special Forces in dem weltweiten Krieg gegen den Terrorismus diskutieren sollten. In einem Gespräch Ende 2003 nannte ein ehemaliger Geheimdienstbeamter die Delta- und SEAL-Teams «Mulitplikatoren der Kräfte» – kleine Einheiten, die dasselbe leisten können wie viel größere und dabei noch die Wirkung der Operation insgesamt steigern. Implizit erkannte er auch an, dass derartige Operationen immer gebräuchlicher werden. Wenn Special Forces gegen Baathisten vorgehen, sagte er, «ist das technisch gesehen kein Mord – es ist ein üblicher Gefechtseinsatz».

Geheimhaltung und Wunschdenken, so ein Pentagon-Mitarbeiter im Frühjahr 2004 im Gespräch mit mir, seien die vorherrschenden Merkmale des Pentagons unter Rumsfeld. «Sie wollen die Veröffentlichung schlechter Nachrichten immer hinauszögern – in der Hoffnung, dass noch irgendetwas Positives eintritt», sagte er. Die Angewohnheit, schlechte Nachrichten zu verschleppen, hatte Spannungen zwischen Rumsfeld und den Stabsoffizieren der Army zur Folge, die für die Planung der Truppenanforderungen im Irak zuständig waren. Mitte 2003, als deutlich wurde, dass die Army mehr Reserveeinheiten einziehen musste, um mit dem Aufstand fertig zu werden, so der Penta-

gon-Mitarbeiter, «da gab es Einberufungsbefehle, die 30 oder 40 Tage im Büro des Verteidigungsministeriums herumlungerten». Rumsfelds Stab schien die ganze Zeit darauf zu warten, dass sich irgendetwas Neues ergab – dass das Problem sich von selbst erledigte, ohne zusätzliche Truppen. Der Mitarbeiter erklärte: «Sie hofften, dass sie keine Entscheidung treffen mussten.» Die Verzögerung hatte zur Folge, dass Soldaten in manchen Einheiten, die in Kürze verlegt werden sollten, nur wenige Tage hatten, ein Testament aufzusetzen und andere familiäre und finanzielle Fragen zu regeln.

Dieselbe bewusste Gleichgültigkeit gegenüber schlechten Neuigkeiten zeigte sich noch im selben Jahr, sagte der Pentagon-Mitarbeiter, als die Army eine Reihe umfassender Kriegsspiele durchführte. Die Planer legten Szenarien für den günstigsten, den mittelmäßigen und den schlechtesten Fall vor. Es sollte die Frage geklärt werden, in welche Richtung sich der Irakkrieg entwickeln würde und wie groß der künftige Truppenbedarf sein würde. In allen Fällen lag die Zahl der tatsächlich benötigten Truppen über der Worst-Case-Analyse. Dennoch blieben die Vereinigten Stabschefs und zivilen Mitarbeiter im Pentagon dabei, dass künftige Planungen von dem optimistischsten Szenario auszugehen hätten. «Die optimistische Einschätzung besagte, dass die US Army zu diesem Zeitpunkt» – Mitte 2004 – «lediglich eine Hand voll Kampfbrigaden im Irak benötigen würde», sagte der Pentagon-Mitarbeiter. «Momentan sind dort fast 21, wobei die internationale Koalition allmählich bröckelt. Sie lagen völlig daneben.» Der Mitarbeiter fügte hinzu: «Von Anfang an haben die Leute aus der Army gesagt, dass die Prognosen und Schätzungen unrealistisch waren.» Inzwischen, sagte er, «geben wir uns alle Mühe, 135 000 Soldaten zu halten und zugleich den Soldaten genügend Heimaturlaub zu gewähren».

Alle geheimen Operationen und geheimen Kommandos der Bush-Administration konnten das stetige Abgleiten des Iraks in ein Chaos nicht aufhalten, während der Aufstand sich in der gesamten ersten Hälfte des Jahres 2004 ausweitete. Ende Juni, als die Vereinigten Staaten, vertreten durch die Provisorische Übergangsregierung, den Irakern formell die Souveränität – so gering sie auch war – zurückgaben, überwog in Bagdad eine pessimistische Stimmung. Viele wohlhaben-

de Iraker und ihre Familien verließen Bagdad, weil sie mit anhaltenden und womöglich verstärkten Selbstmordanschlägen und Terrorakten rechneten. «Wir werden noch die Abreise von Christen, Schiiten und Sunniten sehen», berichtete Michel Samaha, der libanesische Informationsminister. «Der Widerstand pickt sich die armen Leute als Angriffsziele heraus, die die Verwaltung leiten – diejenigen, die sich keine privaten Wächter leisten können. Vor einem Monat reisten Freunde von mir, die im Irak größere Ländereien besitzen, geschäftlich nach Bagdad. Die Kosten eines Sicherheitsdienstes für einen Tag lagen bei rund 12000 Dollar.»

Whitley Bruner, ein pensionierter Geheimdienstoffizier, der vor einem Jahrzehnt ein hochrangiger Mitarbeiter der CIA-Einsatztruppe für den Irak gewesen war, sagte mir, dass die neue Interimsregierung dringend nach bezahlbaren Möglichkeiten suche, für Beamte aus der zweiten Reihe – Männer und Frauen, die eine Regierung erst in Gang halten – die Sicherheit zu garantieren. Kurz zuvor waren zwei solche Regierungsvertreter – Kamal Jarrah, ein Mitarbeiter des Bildungsministeriums, und Bassam Salih Kubba, der als stellvertretender Außenminister tätig war – von unbekannten Schützen vor ihren Häusern ermordet worden. «Es wird ein heißer Sommer», sagte Bruner nach der Rückkehr von einer Reise nach Bagdad im Juni. «Viele Menschen haben beschlossen, in den Libanon, nach Jordanien oder an den Golf zu reisen und erst einmal abzuwarten.»

VII
EIN HÖCHST GEFÄHRLICHER FREUND

1. Die USA setzen auf Musharraf

Über Pakistan muss man zweierlei wissen: Das Land ist eine Atommacht, die einige der entschiedensten und potenziell gefährlichsten antiamerikanischen Islamisten der Welt beherbergt. Und sein Präsident, General Pervez Musharraf, wird von der Bush-Administration als ein unverzichtbarer und verlässlicher Verbündeter im Kampf gegen den Terrorismus betrachtet – als ein Mann, der bereit ist, es mit den Mullahs aufzunehmen. In Wirklichkeit hat Musharraf, der 1999 durch einen unblutigen Putsch gegen die gewählte Regierung an die Macht kam, in den vergangenen Jahren seine Herrschaft stetig ausgebaut über eine Bevölkerung, eine Armee und einen Geheimdienst, die ihm alle nicht vertrauen oder ihn bestenfalls halbherzig unterstützen. Im Dezember 2003 entging er nur knapp zwei Mordanschlägen. Die größte Gefahr droht Musharraf von innen; viele seiner politischen Probleme rühren daher, dass er als Handlanger von George W. Bush angesehen wird. Und so kam es, dass er nach dem 11. September markige Worte gegen den Terrorismus fand, die für das amerikanische Publikum bestimmt waren, während er zu Hause teilweise viel verhaltener sprach und handelte.

Musharrafs Doppelspiel wurde von Washington klaglos hingenommen, denn die US-Regierung glaubte, keine wirklichen Alternativen zu haben. Aufgrund dieser kurzsichtigen Außenpolitik wird ein Herrscher an der Macht gehalten, der durchaus Züge eines Despoten aufweist, während andererseits nichts unternommen wird, um das Leben der pakistanischen Bevölkerung zu verbessern und dadurch die Bedingungen zu beseitigen, die immer wieder neue Terroristen hervorbringen. Ich habe seit dem 11. September mehrmals über Pakistan geschrieben, zuletzt im März 2004 – und das einzig Beständige, das man dem Musharraf-Regime attestieren kann, ist

seine Unbeständigkeit. Südasien steht weiterhin am Rand des Abgrunds.

Ende Oktober 2001 hatte sich die Jagd der Bush-Regierung auf Osama Bin Laden und sein Terrornetzwerk zu einer regionalen Krise ausgeweitet. Dadurch wurde Pakistans Nuklearpotenzial zunehmend zu einem Risiko, die Instabilität der Regierung von General Musharraf wuchs weiter, und ein atomarer Konflikt zwischen Pakistan und Indien drohte auszubrechen. Als die Luftangriffe der Amerikaner in Afghanistan immer mehr zivile Opfer forderten, verstärkte sich der Druck auf Musharraf – von außen durch große Demonstrationen in Islamabad, Quetta, Peshawar und anderen Städten, zu denen die Fundamentalisten aufgerufen hatten; von innen durch führende Vertreter des Militärs und des einflussreichen Geheimdienstes ISI. Diese unbeabsichtigten Folgen der Entscheidung des US-Präsidenten, militärisch gegen die Taliban-Regierung in Afghanistan vorzugehen, führten zu ernsthaften Spannungen zwischen den Geheimdienstexperten und den Diplomaten der USA in Südasien und den politischen Entscheidungsträgern der Bush-Administration.

Ein pakistanischer Diplomat, mit dem ich damals sprach, beschrieb die Situation als «explosiv». Die Ursprünge dieser schwierigen Lage wurzelten maßgeblich darin, dass sich die Reagan-Regierung in den achtziger Jahren entschlossen hatte, viele der heutigen Führer der Taliban in ihrem Kampf gegen die sowjetischen Truppen in Afghanistan finanziell zu unterstützen. Der Großteil der amerikanischen Hilfsleistungen wurde damals über Pakistan geleitet. «Bald wurde es ein Spiel mit drei Beteiligten», sagte der Diplomat. «Die CIA, die ISI und die Mudschaheddin haben diese Frankensteins geschaffen» – die Taliban –, «und jetzt ist die CIA draußen, aber die Frankensteins kann man nicht mehr vollständig vernichten.»

Die führenden Vertreter der US-Regierung hielten die Gefahr für Musharraf zwar für durchaus ernst, aber für beherrschbar. «Am Anfang habe ich mir Sorgen gemacht», erklärte mir ein leitender Militärplaner Ende 2001. «Aber Musharraf hat gute Arbeit geleistet. Er hat die Hardliner in eine Kiste gesperrt und diese vernagelt.» Damit bezog er sich darauf, dass Musharraf am selben Tag, an dem die Luftan-

griffe der Amerikaner in Afghanistan begannen, eine Reihe von Armee- und Geheimdienstoffizieren, die er für unzuverlässig hielt, zum Rücktritt zwang oder versetzte. «Niemand wird etwas gegen Musharraf unternehmen, es sei denn, es kommt zu einem Volksaufstand», sagte mir ein anderer pakistanischer Diplomat. «Einen solchen Aufstand aber kann man verhindern, wenn man aufhört, zivile Ziele zu bombardieren.»

Ein weiterer ehemaliger pakistanischer Diplomat, mit dem ich mich kurz darauf unterhielt, äußerte sich kritisch über die Auffassung der Bush-Administration, Musharraf habe seine Loyalität dadurch unter Beweis gestellt, dass er die wichtigsten Kommandeursposten mit Offizieren besetzt habe, die als weniger ideologisch geprägt galten. «Zwei oder drei Spitzengeneräle auszuwechseln bedeutet überhaupt nichts», meinte er. «Die ISI», fuhr er fort, «ist eine Art Parallelregierung. Wenn man sich die Liste der ISI-Offiziere ansieht, findet man darauf fast nur Leute, die sich den Taliban eng verbunden fühlen.»

Andere Regierungsmitarbeiter, mit denen ich seinerzeit sprach, äußerten den Verdacht, Musharraf versuche, die Fundamentalisten zu besänftigen, indem er nichts gegen terroristische Angriffe – die vermutlich mit Billigung der ISI erfolgten – auf indische Ziele in der Kashmir-Region unternehme. Die Region gehört zu Indien, wird aber überwiegend von Moslems bewohnt und besitzt für die fundamentalistischen Kräfte in der ISI und die Taliban emotional eine hohe Bedeutung. (Die Taliban und al-Qaida bezeichneten die Vertreibung der Inder aus Kashmir einmal als eines ihrer wichtigsten Ziele.) Ein ehemaliger hochrangiger amerikanischer Regierungsmitarbeiter, der bestens mit der Situation vertraut war, erklärte: «Die Bush-Administration konzentriert sich so sehr auf ihr Ziel, dass sie das Umfeld aus dem Blick verliert. Wenn Musharraf durch einen Putsch gestürzt wird oder befürchtet, gestürzt zu werden, und dann als Preis, um sich an der Macht zu halten, der ISI erlaubt, in Kashmir durchzugreifen, dann kann es sehr gefährlich werden.»

Das Dilemma, in dem sich das Weiße Haus befand, wurde sehr anschaulich von dem demokratischen Senator Joseph R. Biden, der damals Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Senats war, in einer Rede vom 22. Oktober 2001 zum Ausdruck gebracht: «Der Prä-

sident hat sich natürlich nicht so deutlich geäußert wie ich», sagte er vor dem Ausschuss. «Pakistan bricht möglicherweise auseinander, und Musharraf wird wahrscheinlich gestürzt. Und vielleicht ist es schon zu spät ... Sollte es wirklich so weit kommen, werden wir es in der Region mit verdammt viel mehr rivalisierenden Gruppen zu tun bekommen als jetzt.»

Im Hinblick auf den Krieg in Afghanistan, der zu diesem Zeitpunkt voll im Gange war, stellte Biden die rhetorische Frage: «Wie lange sollen die Bombardierungen noch weitergehen? Der Preis, den wir dafür an die islamische Welt zahlen müssen, wird immer höher. Der Preis, den wir in der Region zahlen müssen, wird immer höher. Dadurch wird es immer schwerer werden, mit den Folgen unseres ‹Sieges› zurechtzukommen ... Ich bete zu Gott, dass es so bald wie möglich zu Ende ist.» Zum Musharraf-Regime bemerkte Biden: «Wir müssen den Pakistanis klar machen: Sosehr wir euch jetzt auch brauchen ... wenn ihr aber weiter den Terror in Kashmir schürt, dann handelt ihr gegen eure eigenen kurzfristigen Interessen, denn diese Giftschlange kann dann auch über euch selbst herfallen.»

Biden äußerte sich so kritisch wie kein anderer demokratischer Politiker nach dem 11. September über die Kriegsziele von Präsident Bush. Das Weiße Haus reagierte darauf nicht direkt, aber Dennis Hastert, der Sprecher des Repräsentantenhauses, ein Republikaner aus Illinois, bezeichnete Bidens öffentlich bekundete Skepsis als «vollkommen unverantwortlich». In einer Erklärung sagte Hastert, «das amerikanische Volk will, dass wir diese Terroristen ihrer gerechten Strafe zuführen. Es will keine Kommentare, die unsere Feinde beruhigen.»

Zur selben Zeit äußerten die erfahrensten Südasien-Experten der US-Regierung Zweifel daran, dass es Musharraf gelingen werde, das Militär im Griff zu behalten. Vor allem eines machte ihnen Sorgen: Wer würde im Fall eines Putsches die Kontrolle über Pakistans Nukleararsenal erlangen? Darüber hinaus gab es die Befürchtung, eine Gruppe oppositioneller, fundamentalistischer Offiziere könnte versuchen, sich einen atomaren Sprengkopf anzueignen.

Pakistan verfügte seit 1987 über die Atombombe, als es seinen Forschungslabors gelang, einen nuklearen Sprengkopf herzustellen. Dr.

Abdul Qadir Khan, der Pakistans Urananreicherungsprogramm leitete, wird von seinen Landsleuten heute als Vater der Atombombe verehrt. Khan arbeitete mehr als ein Jahrzehnt lang daran, in Europa ein illegales Netzwerk aufzubauen, über das er in den Besitz der Gaszentrifugen gelangte, die zur Produktion waffenfähigen Urans erforderlich sind. Khans Programm wurde unter höchster Geheimhaltung betrieben, doch die CIA war darüber im Bilde, und ihre Agenten lieferten der Reagan-Administration in den achtziger Jahren eine Vielzahl präziser Berichte. Pakistan war damals für die USA der wichtigste Verbündete im Kampf gegen die Sowjets in Afghanistan, sodass sich das Weiße Haus entschloss, auf diese Informationen nicht zu reagieren. Im Jahr 1989 versicherte die Regierung von Bush senior dem Kongress – wider besseres Wissen –, dass Pakistan keine derartigen Waffen besitze, um die Zustimmung für eine Fortsetzung der Militärhilfe für das Land zu erlangen. Die Weiterverbreitung von Atomwaffen und der nukleare Schwarzmarkt galten zu dieser Zeit noch als zweitrangige Probleme. Im Jahr 1998 testete Pakistan erfolgreich eine Bombe, die als erste islamische Atombombe der Welt gepriesen wurde. Gegenwärtig verfügt das Land nach Schätzungen über ein Dutzend atomarer Sprengköpfe, die durch Mittelstreckenraketen beziehungsweise F-16-Kampfflugzeuge eingesetzt werden können.

Zwei Wochen nach dem 11. September hob Präsident Bush die Sanktionen auf, die wegen seines Nuklearprogramms gegen Pakistan verhängt worden waren. Nach Ansicht amerikanischer Abrüstungsexperten hatten diese Sanktionen nichts dazu beigetragen, ein drängendes Problem einer Lösung näher zu bringen: die enge Verbindung zwischen einigen pakistanischen Wissenschaftlern, die für die Atomenergiekommission des Landes arbeiteten, und radikalen islamischen Gruppen. «Im pakistanischen Nuklearprogramm gibt es erschreckend viel Sympathie für al-Qaida», erklärte mir ein Geheimdienstmitarbeiter. Ein anderer amerikanischer Abrüstungsexperte sagte: «Wenn wir nächste Woche eingeäschert werden, dann ist dafür hochangereichertes Uran verantwortlich, das al-Qaida von Pakistan zur Verfügung gestellt worden ist.»

Ein US-Geheimdienstmitarbeiter äußerte sich insbesondere besorgt über die Aussagen zweier pensionierter pakistanischer Atom-

wissenschaftler, die nach Angaben der Behörden im Oktober 2001 eingestanden, Kontakte zu den Taliban unterhalten zu haben. Beide Männer, Sultan Bashiruddin Mahmood und Chaudry Abdul Majid, hatten ihre gesamte berufliche Karriere in der pakistanischen Atomenergiekommission absolviert und an unterschiedlichen Waffenprojekten gearbeitet. Dieser Geheimdienstler, der als Spezialist für die Proliferation von Atomwaffen in Südasien gilt, bezeichnete diese Enthüllung als «die Spitze eines Eisbergs» und erklärte mir, dies zeige, dass Taliban-Sympathien nicht nur in der pakistanischen Armee, sondern auch unter den angeblich hochdisziplinierten Mitarbeitern der nuklearen Forschungslabore weit verbreitet seien.

Die pakistanischen Atomforscher sind bekannt für ihre nationalistischen Einstellungen und ihren glühenden Patriotismus. Wenn zwei der führenden Nuklearwissenschaftler unerlaubte Beziehungen zu den Taliban unterhalten, drängt sich die Vermutung auf, dass zumindest einige dieser Forscher ihre Verpflichtung gegenüber dem Staat ihren privaten fundamentalistischen Neigungen unterordnen.

Ein ehemaliger hochrangiger Mitarbeiter des US-Außenministeriums, der die Ereignisse in Pakistan genau verfolgte, erklärte mir im Oktober 2001, er nehme Musharrafs Versicherung durchaus ernst, «dass nur die zuverlässigsten Offiziere Zugriff auf das Nukleararsenal besäßen und er sie entwaffnen würde, wenn es Grund zur Besorgnis gäbe. Er möchte nicht, dass irgendwelche Verrückten einen Krieg vom Zaun brechen.» Unterdessen hatte die Bush-Administration jedoch schon ihre Eventualfallpläne überprüft und «auf den neuesten Stand gebracht», um die pakistanischen Atomwaffen sicherzustellen oder möglicherweise «auszuschleusen», falls Musharrafs Regierung die Kontrolle darüber verlieren sollte.

Eine Undercover-Eliteeinheit, die dem Pentagon unterstand und mit CIA-Unterstützung operierte – und dafür ausgebildet war, in fremde Länder einzudringen und vermutete Atomwaffen aufzuspüren und, falls erforderlich, zu zerstören –, entwarf Pläne für einen Einsatz in Pakistan, wie mir damalige und heutige Regierungsmitarbeiter berichteten. «Sie sind wirklich gut», erklärte mir ein Beamter. «Sie wissen, wenn sie auffliegen, sind sie erledigt. Sie waren bis jetzt sehr erfolgreich und haben schon häufig negative Erkenntnisse geliefert»

– das heißt, sie konnten nachweisen, dass bestimmte verdächtige Produktionsstätten in Ländern der Dritten Welt nichts mit der Herstellung von Atomwaffen zu tun hatten.

Diese amerikanische Elitetruppe erhielt Unterstützung durch die erfolgreichste israelische Spezialeinheit, die legendäre Sayeret Mat'kal, auch bekannt als «Unit 269». Diese Einheit kann tief in fremdes Territorium vordringen und war in der Vergangenheit häufig an Anschlägen beteiligt sowie an der Entwendung von Daten ausländischer Geheimdienstüberwachungssysteme und der Beschaffung oder Vernichtung ausländischer Atomwaffen. Mitglieder dieser israelischen Elitetruppe trafen wenige Tage nach dem 11. September in den USA ein, wie mir eine gut informierte Quelle mitteilte, und trainierten mit amerikanischen Spezialeinheiten an unbekannten Orten.

Derartige Operationen müssen jedoch durch geheimdienstliche Erkenntnisse abgestützt werden, aber in der US-Regierung herrschten Zweifel hinsichtlich der Qualität der Informationen der CIA. Die amerikanischen Geheimdienste konnten zum Beispiel nicht mit Gewissheit davon ausgehen, dass sie die genauen Lagerorte aller pakistanischen Nuklearsprengköpfe kannten – und sie wussten auch nicht, ob alle gefundenen Gefechtsköpfe wirklich atomar bestückt waren. «An einigen Plätzen werden auch Attrappen gelagert», erzählte mir ein Geheimdienstmitarbeiter. «Wir haben nur eine einzige Chance, und wenn wir die vermasseln, ist es vorbei. Die Katze ist aus dem Sack.»

Einige hochrangige Regierungsvertreter äußerten sich zuversichtlich, dass die Geheimdienstgemeinde ihre Arbeit zufrieden stellend erledigen werde, obwohl die pakistanische Armee ihr Nukleararsenal zu verschleiern versuchte. «Es wird schwierig werden, das Problem in den Griff zu kriegen, aber für diesen Fall haben wir unsere Eventualfallplanungen», erklärte mir ein Bush-Berater im Oktober. «Wir können nicht ausschließen, dass uns die Pakistanis die Arbeit erschweren könnten, aber das ist lediglich ein operatives Detail. Wir müssen uns einfach bemühen, die Sache möglichst schnell zu erledigen. Wir haben noch immer gute Zugangsmöglichkeiten.»

Die Skeptiker in den Geheimdiensten und im Militär, mit denen ich sprach, bezweifelten dies jedoch. Die CIA, so argumentierten sie,

habe ihre Informationen Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre gesammelt, als sie in Afghanistan eng mit dem pakistanischen Militär zusammenarbeitete. Zur damaligen Zeit waren die USA Pakistans Hauptlieferant für Waffen und Militärtechnologie. Die CIA hatte Informanten in der pakistanischen Atomenergiekommission rekrutiert, und die National Security Agency hatte eine Möglichkeit gefunden, Khans Kommunikation zu überwachen. Aber als der Krieg in Afghanistan begann, gab es alle diese Möglichkeiten nicht mehr. «Wir haben das Interesse an dieser Region verloren und verfügen nicht mehr über die guten Kontakte und das Wissen von früher», sagte mir ein ehemaliger hochrangiger CIA-Mitarbeiter. «Heute gibt es viele wichtige Daten, an die wir nicht mehr herankommen. Wir können die Sprengköpfe nicht zählen. Wir hatten nie die Möglichkeit, sie zu erfassen», erklärte er. «Die Behauptung, wir würden zu jedem Zeitpunkt wissen, wo die Gefechtsköpfe liegen, ist nicht zutreffend. Wenn der Einsatz näher rückt und uns die Frage gestellt wird: ‹Wie sicher seid ihr?›, wird es schwierig. Wir wissen es immer erst einige Stunden später. Wir konnten es nie in Echtzeit feststellen.»

Andere Regierungsvertreter äußerten Bedenken, was ein solches Einsatzkommando in Pakistan wirklich erreichen könne, ohne größere Verluste riskieren zu müssen. «Wie will man mitten im Land ein verdecktes Kommandounternehmen durchführen?», fragte der frühere hochrangige Mitarbeiter des Außenministeriums. «Wir wissen nicht, wo das Zeug steckt, und um das herauszufinden, bräuchte man viel mehr als ein Kommandounternehmen.»

Ein Regierungsvertreter, Experte für die Nuklearwaffenkapazitäten Pakistans, beschrieb das Problem mit strategischen Begriffen: «Die Vereinigten Staaten müssen eine neue Doktrin entwickeln. Unsere Nuklearstrategie muss die Möglichkeit in Betracht ziehen, dass wir es in Pakistan mit einer fundamentalistischen Regierung zu tun bekommen. Selbst wenn wir wissen, wo die Waffen jetzt sind, bedeutet das nicht, dass wir es auch dann noch wissen, wenn dort die Fundamentalisten die Macht übernehmen. Und nach Pakistan könnte sich dieselbe Frage im Hinblick auf den Iran und den Irak stellen. Das sind Länder, die staatlichen Terrorismus unterstützen.»

Ein hoher Offizier, der mir bestätigte, dass intensive Überlegungen

hinsichtlich einer möglichen Ausschleusung atomarer Sprengköpfe im Gange waren, erklärte mir, er mache sich weniger wegen eines möglichen Putsches Sorgen, sondern fürchte eher einen lokalen Aufstand einer Gruppe von aktiven ISI-Offizieren, die Zugang zu nuklearen Lagerstätten besäßen. «Die Pakistanis haben genauso wie wir ein vitales Interesse daran, dass gut auf das Zeug aufgepasst wird, denn wenn sie» – eventuelle ISI-Abtrünnige – «eine Atomrakete auf Indien abfeuern, dann sind sie selbst alle bald nur noch Brei.» Damit meinte er, dass die Inder mit Sicherheit nukleare Vergeltung üben würden. Geheimdienstler berichteten mir auch, sie glaubten, dass die Inder im Falle einer unmittelbaren Bedrohung ein eigenes Spezialkommando schicken würden, um das pakistanische Nukleararsenal unschädlich zu machen.

In einem CNN-Interview mit Larry King am 22. Oktober 2001 versuchte Musharraf, amerikanische Sorgen bezüglich des pakistanischen Nukleararsenals zu zerstreuen, und meinte, derartige Überlegungen stammten von Menschen, «die Pakistans Wirklichkeit nicht kennen ... Wir besitzen ein ausgezeichnetes Einsatz- und Führungssystem, das wir selbst entwickelt haben, und es ist völlig ausgeschlossen, dass diese Waffen in die Hände von Fundamentalisten fallen könnten.» In einem Interview mit Jeff Goldberg im Jahr 2000 hatte Musharraf davon gesprochen, dass diese Einsatz- und Führungsmechanismen «aus einer geographischen Trennung zwischen dem Sprengkopf und der Rakete bestehen ... Um eine Rakete atomar zu bestücken, muss der Gefechtskopf per Lastwagen über eine gewisse Entfernung befördert werden. Ich kann nicht erkennen, wie diese Sicherheitsvorkehrung außer Kraft gesetzt werden könnte.» Er wollte jedoch nicht angeben, wie weit Sprengkopf und Rakete voneinander entfernt waren oder wer die unmittelbare Kontrolle über dieses System ausübte.

«Das ist kein richtiges Führungssystem», erklärte mir später ein amerikanischer Geheimdienstexperte. «Man hält die Waffen immer getrennt.» Musharrafs Beschreibung, fügte er hinzu, erinnere an «die Aussage der Pakistanis Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre, sie besäßen noch keine Atombombe, weil sie die verschie-

denen Komponenten noch nicht zusammengebaut hätten.» Ein anderer Geheimdienstexperte bezeichnete Musharrafs Darstellung als unglaubwürdig. «Was passiert im Krisenfall? Müssen dann die Sprengköpfe erst zu den Trägerraketen transportiert werden? Ist das Land so lange schutzlos gegen feindliche Schläge? In einem echten Einsatz- und Führungssystem sind sie sofort einsatzbereit, stehen aber ständig unter der Kontrolle der militärischen und der zivilen Führung.»

Vertreter des pakistanischen Militärs hatten sich im vergangenen Jahrzehnt mehrmals erfolglos an das Pentagon gewandt und um Unterstützung bei der Verbesserung der Einsatz- und Führungsmechanismen für ihr Nukleararsenal gebeten. Hochrangige militärische und zivile Vertreter der Clinton-Administration erklärten mir jedoch, dass eine solche Unterstützung ihrer Auffassung nach gegen die Bestimmungen des 1968 ratifizierten Kernwaffensperrvertrags – auch Nichtweiterverbreitungsvertag genannt – verstoßen hätte, der es Atommächten verbietet, bisher kernwaffenlosen Staaten beim Ankauf oder der Herstellung von Nuklearwaffen in irgendeiner Weise behilflich zu sein. Ein ehemaliger Pentagon-Mitarbeiter verglich die Haltung der Clinton-Regierung in dieser Frage spöttisch mit der Debatte über die Ausgabe von Kondomen an Schulen oder dem Verkauf von Spritzen: «Wenn man Kondome verteilt, fördert man dadurch Teenager-Sex? Wenn man Spritzen verkauft, unterstützt man dadurch den Drogenkonsum? Und wenn man beim Aufbau eines Einsatz- und Führungssystems mithilft, trägt man dann zur Weiterverbreitung von Atomwaffen bei?»

Ein langjähriger CIA-Agent, der in Südasien eingesetzt war, wies darauf hin, dass Musharraf schlicht nur das sage, was Washington hören wolle. «Warum sollte er uns denn die Wahrheit sagen?», fragte der Geheimdienstler. «Er kämpft um sein Überleben. Und wir sitzen ruhig da und hören ihm zu, das ist nicht richtig.»

Nach Beginn der amerikanischen Invasion in Afghanistan tauchten in der indischen Presse vielfach Spekulationen über Musharrafs politische Absichten auf. Hatte er sich von seinen Gegenspielern in der ISI Unterstützung und eine Stillhaltefrist erkauft, indem er ihnen

grünes Licht gab für Guerilla-Vorstöße nach Kashmir? In meinen Interviews mit indischen Diplomaten kamen damals unausweichlich immer wieder die Nuklearwaffen zur Sprache.

Indien besitzt mehr Nukleargefechtsköpfe als Pakistan, die auch technisch ausgereifter sind und eine höhere Sprengkraft haben – es verfügt über sechzig bis neunzig atomare Sprengköpfe, während man im Falle Pakistans von dreißig bis fünfzig ausgeht. (Auch auf konventionellem Gebiet ist Pakistan unterlegen: Die indische Armee ist doppelt so groß, und Indien hat siebenmal so viele Einwohner wie sein Nachbar.) Ein pensionierter CIA-Stationsleiter aus Südasien erklärte mir, besonders beunruhigend an der Konfrontation zwischen beiden Ländern sei seiner Meinung nach, dass beide Staaten nur über «unzureichende nachrichtendienstliche Erkenntnisse» über die Absichten des anderen verfügten. «Berücksichtigt man darüber hinaus, dass diese Leute ohnehin dazu neigen, vom anderen immer das Schlimmste anzunehmen, und beide Nuklearwaffen besitzen, dann denkt man sich unweigerlich: ‹Mein Gott, nur so schnell wie möglich weg von hier!›»

Als ich Ende 2001 nach Neu-Delhi reiste, spürte ich selbst, wie gefährlich die Situation war. Ein indischer Diplomat, der in höchsten Regierungsfunktionen tätig gewesen war, erklärte mir in einem Gespräch, er glaube, dass Indien durchaus einen Krieg gegen Pakistan beginnen könne, ohne mit nuklearer Vergeltung rechnen zu müssen. Er meinte: «Als Pakistan verkündete, dass es Atomwaffen besitze, haben wir das als Bluff entlarvt.» Damit bezog er sich auf ein Vorkommnis im Jahr 1990, als Indien große Truppenverbände an der Grenze zu Pakistan aufmarschieren ließ. «Unsere Geheimdienste fanden heraus, dass hier viel Geschrei um nichts gemacht wurde.» Wie auch viele andere indische Beobachter vertrat er die Auffassung, dass Pakistan im Grunde nicht zu einer atomaren Konfrontation bereit sei. «Wir haben festgestellt, dass es einen großen strategischen Spielraum gibt zwischen einem Krieg mit niedriger Intensität und dem Überschreiten der nuklearen Schwelle», sagte der Diplomat. «Daher nehmen wir verschiedene militärische Optionen wahr, ohne uns um die nukleare Schwelle große Sorgen zu machen.» Sollte sich dies als Fehlkalkulation erweisen und Pakistan doch als Erster Atomwaffen ein-

setzen, fügte er hinzu, dann werde Indien mit gleichen Mitteln zurückschlagen. «Und dann wird es Pakistan nicht mehr geben.»

Diese Annahme erwies sich tatsächlich als Fehleinschätzung. Die amerikanische National Security Agency befasste sich 1990 mit dem Problem, nachdem abgehörte Gespräche ergeben hatten, dass die pakistanische Führung angesichts der Möglichkeit eines indischen Präventivschlags «von Angst gepackt worden» war, wie es ein hoher Geheimdienstmitarbeiter ausdrückte, und ihr kleines Arsenal von Atomsprengköpfen einsatzbereit gemacht habe. Die Krise wurde schließlich durch das Eingreifen amerikanischer Diplomaten entschärft. Die Geheimdienstanalysten zogen daraus die Schlussfolgerung, dass die Führer beider Staaten bereit seien, jedes Risiko einzugehen, auch das eines Atomkrieges, um eine politische oder militärische Niederlage in Kashmir abzuwenden. Auch in den folgenden Jahren kam es zu keiner Stabilisierung der Lage. In einer Einschätzung der nuklearen Bedrohung, die im Januar 2001 vom US-Verteidigungsministerium veröffentlicht wurde, hieß es düster: «Angesichts der tief verwurzelten Feindschaft zwischen beiden Ländern birgt selbst ein kleiner Konflikt die Gefahr, dass er sich zu einem nuklearen Schlagabtausch ausweiten könnte.»

Kashmir stellt nach wie vor ein Problem dar, das zu einem umfassenden Krieg in Südasien führen könnte. Dieses Gebiet im Himalaja, an der nördlichen Grenze von Indien, ist seit 1947 umstritten, als sich die Briten aus dem indischen Subkontinent zurückzogen, der dabei in die Staaten Indien und Pakistan aufgeteilt wurde. Indien und Pakistan lieferten sich zwei Waffengänge um den Kashmir, in den Jahren 1949 und 1965, die beide zu keinem klaren Ergebnis führten. Durch eine von der UNO vermittelte Waffenstillstandsvereinbarung wurden 1949 rund zwei Drittel von Kashmir, dessen Bevölkerung zu 75 Prozent aus Moslems besteht, indischer Verwaltung unterstellt; das übrige Drittel kam zu Pakistan. In einer UN-Resolution wurde zwar eine Volksabstimmung gefordert, in der die Bevölkerung von Kashmir über ihre politische Zukunft entscheiden sollte, aber Indien weigerte sich, diese Abstimmung durchführen zu lassen, und verlangte, Pakistan müsse zuerst seine Truppen abziehen. Pakistan stellte dieselbe Forderung an seinen Nachbarn. Indien nutzte die verfah-

rene Situation und verstärkte im Laufe der Zeit seine militärische und politische Kontrolle über den ihm zugewiesenen Teil von Kashmir, was die dortigen Moslems erzürnte und Pakistan veranlasste, terroristische Aktivitäten zu unterstützen, die einen Volksaufstand schüren sollten.

Kashmir, aus dem die Vorfahren des früheren indischen Premierministers Jawarhal Nehru stammten, besitzt große Bedeutung für die Inder, von denen viele überzeugt sind, ihr Land müsse unbedingt an diesem moslemischen Gebiet festhalten, um seine Identität als säkularer Staat zu bewahren. Die Pakistanis dagegen vertreten die Auffassung, dass Kashmir wegen seiner mehrheitlich moslemischen Bevölkerung bei der Teilung ihrem Staat hätte zugeschlagen werden müssen. Die meisten Inder und Pakistanis sind in dieser Frage zu keinem politischen Kompromiss bereit. Das Territorium ist nun entlang einer sorgfältig gezogenen Grenzlinie geteilt, aber fast täglich kommt es zu kleinen, häufig blutigen Scharmützeln.

Am 1. Oktober 2001 verübten islamistische Terroristen vor dem Parlament in Srinagar in Kashmir mit einer Autobombe einen Anschlag, bei dem achtunddreißig Menschen starben, mehr als die Hälfte davon Zivilisten, und Dutzende weitere verwundet wurden. Zwei Wochen nach dem Bombenanschlag beschossen die Inder pakistanische Militärposten über die Waffenstillstandslinie hinweg mit Mörsergranaten. In einer Pressekonferenz erklärte der indische Verteidigungsminister George Fernandes: «Wenn wir den Feind bestrafen müssen, werden wir vor nichts zurückschrecken.»

Die Inder waren ohnehin erzürnt darüber, dass die Regierung Bush Pakistan zu ihrem wichtigsten Verbündeten im Afghanistan-Krieg erklärt hatte. Der ehemalige Mitarbeiter des Außenministeriums sagte, Musharraf habe, um diesen Krieg gegenüber der pakistanischen Öffentlichkeit zu rechtfertigen, in Verhandlungen mit amerikanischen Regierungsvertretern darauf gedrungen, dass die USA im Gegenzug die pakistanische Position im Kashmir-Konflikt unterstützen sollten. Der hochrangige Geheimdienstanalyst bestätigte, dass die Inder aufgeschreckt seien wegen der zurückhaltenden Reaktion der Bush-Administration auf den Anschlag vom 1. Oktober in Srinagar. «Ich habe eindeutige Mitteilungen an die Pakistanis gelesen – ‹Haltet diese Ker-

le im Zaum›», berichtete er, aber diese Botschaft sei nicht abgeschickt worden. Er fuhr fort: «Musharraf hat der ISI erlaubt, ihre eigene Politik zu betreiben – sich in die Afghanistan- und die Kashmir-Politik einzumischen. Und darin besteht die Gefahr, wenn wir die Inder weiter verprellen.» Mit Blick auf die führenden Repräsentanten der Bush-Administration bemerkte der Geheimdienstler: «Die Amerikaner haben unterschätzt, wie sehr sich die Inder gekränkt fühlten.»

«Musharraf hat euch hintergangen», erklärte mir ein ehemaliger leitender Angehöriger des indischen diplomatischen Dienstes in Neu-Delhi Ende 2001. «Was habt ihr gewonnen? Habt ihr Osama Bin Laden gefangen nehmen können?» Er fuhr fort, Indien werde zwar nichts unternehmen, um den amerikanischen Feldzug in Afghanistan zu beeinträchtigen, aber «wir werden Musharraf tüchtig einheizen. Er wird wieder zum Terrorismus zurückkehren, wenn man ihn nicht unter Druck setzt.»

Milton Bearden, der frühere CIA-Stationsleiter in Pakistan, der Ende der achtziger Jahre in Afghanistan am Kampf gegen die sowjetischen Besatzungstruppen mitgewirkt und damals eng mit der ISI zusammengearbeitet hatte, widersprach dieser Einschätzung. «Musharraf hat gar keine Zeit, jemanden zu hintergehen. Wenn er morgens aufwacht, muss er aufpassen, dass er nicht schon beim Aufstehen auf eine Landmine tritt», sagte Bearden. «Was kann er denn tun? Hat er wirklich die Armee hinter sich? Ja, aber vielleicht nur zu 48 oder 52 Prozent.»

Ein hoher pakistanischer Diplomat, mit dem ich einige Monate nach dem 11. September sprach, meinte, Indien betrachte sich als «verschmähte Geliebte» und leide darunter sichtlich – womit er auf die große Aufmerksamkeit und die Finanzhilfen anspielte, die Musharrafs Regierung von den Amerikanern erhielt. Die entscheidende Frage, so fügte er hinzu, für Pakistan, Indien und den Rest Südasiens laute: «Werden sich die Amerikaner hier langfristig engagieren, oder wird sich ihre Aufmerksamkeit bald auf Somalia oder den Irak verlagern? Ich weiß es nicht.»

Am 22. Oktober 2001 wurde ein Terroranschlag auf eine indische Luftwaffenbasis in Kashmir vereitelt. Die Selbstmordattentäter kamen bei einer Schießerei ums Leben, bevor sie ihre Sprengsätze zün-

den konnten, aber dieses Ereignis – zum ersten Mal war eine Luftwaffenbasis das Ziel gewesen – veranlasste den indischen Ministerpräsidenten Vajpayee dazu, ein Gesprächsangebot Musharrafs auszuschlagen. Musharraf reagierte darauf mit der düsteren Bemerkung, Pakistan sei «kein Zwergstaat».

Am 13. Dezember durchbrach eine Gruppe von fünf schwer bewaffneten islamistischen Terroristen eine Sicherheitsabsperrung am indischen Parlament in Neu-Delhi und stürmte in das Hauptgebäude. Dabei kamen die Angreifer bis auf wenige Meter an das Büro des indischen Vizepräsidenten Krishan Kant heran. In der anschließenden Schießerei wurden neben den Terroristen neun Menschen getötet und viele verwundet. Der versuchte Anschlag auf das Parlament wurde in Indien mit dem 11. September verglichen. Die Politiker und die Medien des Landes waren davon überzeugt, dass eine große Tragödie nur um Haaresbreite verhindert worden war. Der indische Geheimdienst fand schnell heraus, dass der Anschlag von Mitgliedern zweier in Kashmir tätiger Terrororganisationen geplant worden war, die nach Vermutungen der Inder maßgeblich von der ISI unterstützt wurden.

Der indische Sicherheitsberater Brajesh Mishra erklärte mir, wenn der Angriff auf das Parlament mehr Todesopfer gefordert hätte, «wäre das Chaos ausgebrochen». Indien verlegte daraufhin Hunderttausende Soldaten an die Grenze zu Pakistan und verlangte öffentlich, Musharraf solle dafür sorgen, dass die Unterstützung aus Pakistan für die beteiligten Terrorgruppen eingestellt werde. «Niemand in Indien will einen Krieg, aber keine Option wird ausgeschlossen», sagte Mishra.

Nach Auffassung von Bearden schlachtete die indische Regierung den gescheiterten Anschlag auf das Parlamentsgebäude kaltblütig aus, um öffentliche Unterstützung im Konflikt mit Pakistan zu gewinnen. «Die Inder spielen mit dem Feuer, wenn sie jetzt Truppen an die Grenze verlegen», sagte er. «Bis zum 11. September dachten sie, sie hätten gewonnen – und die Pakistanis an die Wand gedrängt.» Wegen seines Nuklearprogramms, erläuterte er, «war Pakistan isoliert, die USA hatten Sanktionen gegen das Land verhängt, und den Pakistanis war nur noch China als Verbündeter geblieben. Aber das einzige

Land in Südasien, das immer getan hat, was wir verlangten, war Pakistan.» Bearden fuhr fort: «Musharraf wird sicherlich kein zweiter Kemal Atatürk werden» – der Gründer des laizistischen türkischen Staates –, «aber solange er sieht, dass Rich Armitage» – der stellvertretende US-Außenminister – «und Donald Rumsfeld hinter ihm stehen, kann er dem Extremismus vielleicht Einhalt gebieten.»

«Die Inder sind viel stärker als die Pakistanis», bemerkte ein ehemaliger hochrangiger Mitarbeiter der amerikanischen Regierung. Ein Einmarsch in Pakistan entspreche nicht den Interessen Indiens, sagte er, denn dadurch «würde Musharraf in eine Zwickmühle geraten»: Wenn er Gegenmaßnahmen ergriff, würde es zu einem größeren Krieg kommen; wenn er nichts unternahm, würde er vielleicht durch einen Putsch gestürzt werden. «Beides wäre schlecht für Indien.» Er fügte jedoch hinzu, dass die indische Regierung, das Militär und die Geheimdienste bezüglich des weiteren Vorgehens in Kashmir tief gespalten seien. «Indien könnte sich genügend provoziert fühlen, um einen Präventivschlag zu verüben», sagte er.

Auf sanften Druck der amerikanischen Regierung ergriff Musharraf Ende 2001 Schritte gegen die fundamentalistischen Terrororganisationen seines Landes, zum Beispiel ließ er einige Bankkonten einfrieren. «Musharraf hat nicht so viel getan, wie die Inder verlangten», sagte der Südasien-Experte aus der Bush-Administration. «Aber er hat mehr gemacht, als ich erwartet habe. Er musste irgendetwas tun, denn die Inder sind sehr gereizt.» Außerdem erklärte der Regierungsmitarbeiter, Musharraf werde sich nicht an der Macht halten können, wenn er in der Kashmir-Frage gegenüber Indien nachgeben würde, und dazu sei er auch überhaupt nicht bereit. «Er ist kein Fundamentalist, sondern ein pakistanischer Nationalist – er ist ernsthaft davon überzeugt, dass Kashmir ‹zu uns gehören muss›. Aber am Ende würde Musharraf glänzend dastehen, wenn es ihm gelänge, die pakistanischen und die Kashmir-Terroristen in die Schranken zu weisen – und wenn er das überlebt. Sie haben Pakistan wirklich sehr geschadet.»

Nicht alle Mitglieder der amerikanischen Geheimdienstgemeinde glaubten daran, dass Musharraf die grenzüberschreitenden terroristischen Aktionen würde stoppen können, auch wenn er es wollte. «Ich

bezweifle, dass er diese Attacken in Kashmir gutgeheißen hat», meinte ein ehemaliger Geheimdienstler. «Aber es ist sehr schwer für ihn, sie unter Kontrolle zu bringen. Er darf sich nicht mit der ISI überwerfen – er braucht den Geheimdienst, wenn es darum geht, Demonstrationen zu unterbinden. Er hat weniger Kontrolle über diese Kämpfer als Arafat über die Terroristen in der Westbank.»

Ein amerikanischer Geheimdienstmitarbeiter erzählte mir, das Musharraf-Regime habe die Vorlaufzeit verkürzt, die Pakistan für die Ausführung eines Nuklearschlags benötige, und dadurch ein zusätzliches destabilisierendes Element in die Auseinandersetzung mit Indien eingebracht. Anfang 2002, sagte er, sei die für den Abschuss von Raketen erforderliche Vorlaufzeit auf drei Stunden reduziert worden – «und das ist wirklich sehr wenig. Beide Seiten haben ihre Nuklearwaffen in Position gebracht und sind bereit loszuschlagen.» Der Südasien-Fachmann in der Bush-Administration fügte hinzu: «Beide Länder müssen sich zusammensetzen und sich über eine rote Linie verständigen» – eine Schwelle, jenseits deren es kein Zurück mehr gibt. «Das haben sie bisher nie gemacht.»

«Hier werden Stickstoff und Glyzerin durcheinander geschüttelt», bemerkte ein ehemaliger hoher US-Regierungsbeamter. «Die Pakistanis sind die Kleinen, die Angst haben. Und um diesen Nachteil auszugleichen, könnten sie versucht sein, Atomwaffen einzusetzen. Die Gefahr besteht darin, dass sich vor dem Hintergrund des fünfzigjährigen Konflikts zwischen Indien und Pakistan ein Szenario herausbildet, in dem irgendwann jemand auf einen bestimmten Knopf drückt.»

2. Der ultimative Schwarzmarkt

Im Juni 2002 legte die CIA Präsident Bush und dessen wichtigsten Beratern eine umfassende Analyse der nuklearen Aktivitäten Nordkoreas vor. Dieses Dokument, das als National Intelligence Estimate (NIE) etikettiert war, wurde als Top Secret S.C.I. («sensitive compartmented information») eingestuft und nur an wenige ausgewählte Regierungsmitarbeiter und -stellen verteilt. Die CIA stellte in diesem

Bericht dar, dass Nordkorea gegen internationale Abkommen – wie auch gegen Vereinbarungen mit Südkorea und den USA – verstoßen hatte, indem es sich insgeheim die Möglichkeiten zur Herstellung von waffenfähigem Uran beschafft hatte.

Die politisch brisanteste Information in diesem Dokument bezog sich jedoch auf Pakistan. Seit 1997, so erklärte die CIA, habe Pakistan mit dem Regime in Pjöngjang auf technologischem Gebiet bei der Entwicklung von Sprengköpfen und bei Waffentests zusammengearbeitet. Pakistan, einer der wichtigsten Verbündeten der Bush-Administration im Kampf gegen den Terrorismus, half Nordkorea beim Bau einer Atombombe.

Im Jahr 1985 hatte Nordkorea den Nichtweiterverbreitungsvertrag unterzeichnet, wodurch die meisten seiner Nuklearanlagen für internationale Inspektionen zugänglich gemacht wurden. Anfang der neunziger Jahre entdeckten die amerikanischen Geheimdienste und die Waffeninspekteure, dass Nordkorea mehr verbrauchte Brennstäbe wiederaufbereitet hatte, als es mitgeteilt hatte, und möglicherweise schon genügend Plutonium, ein Reaktor-Nebenprodukt, abgezweigt hatte, um ein oder zwei Nuklearsprengköpfe zu bauen. Die daraus folgende diplomatische Krise konnte entschärft werden, als sich Nordkoreas Herrscher Kim Jong Il 1994 in einem Abkommen mit der Clinton-Administration verpflichtete, sein Nuklearwaffenprogramm einzustellen und Inspektionen zuzulassen; im Gegenzug gaben die USA ihre Sanktionspolitik auf und lieferten dem Land zwei Leichtwasserreaktoren, die zur Stromerzeugung eingesetzt werden sollten.

Im Verlauf der folgenden drei Jahre jedoch begann Nordkorea, sich auf andere Weise spaltbares Material zu beschaffen. Dieses Mal verwendeten die Wissenschaftler dazu nicht mehr verbrauchte Brennstäbe, sondern versuchten, aus Natururan waffenfähiges Uran herzustellen – mit Technologie aus Pakistan. Mit Blick auf Nordkoreas Plutonium-Projekt von Anfang der neunziger Jahre bemerkte ein amerikanischer Geheimdienstmitarbeiter: «Zuvor haben sie es heimlich gemacht. Jetzt dagegen ist es offensichtlich. Wir wissen, dass sie noch viel mehr können und dass sie das auch ganz schnell machen können.» Der CIA-Bericht, fügte er hinzu, «verweist eindeutig auf

die Pakistanis. Die technologischen Zusammenhänge sind glasklar – da lässt sich nichts bestreiten.»

Zum Zeitpunkt der 1994 beigelegten Nuklearkrise wusste man noch nicht, ob die Nordkoreaner in der Lage waren, atomare Sprengköpfe zu bauen, und laut dem CIA-Bericht war das bislang noch immer unklar. Dieser Bericht beinhaltete nach Aussagen von Leuten, die ihn zu Gesicht bekommen hatten, separate und teilweise auch widersprüchliche Einschätzungen der CIA, des Pentagons, des Außenministeriums und des Energieministeriums, was die Anzahl der Nukleargefechtsköpfe betraf, die Nordkorea möglicherweise herstellen konnte, wie auch unterschiedliche Meinungen darüber, ob das Regime in Pjöngjang sie bereits produzierte.

Nordkorea ist wirtschaftlich isoliert; eine seiner Haupteinnahmequellen ist der Waffenexport, seine gefragtesten Erzeugnisse sind Raketen. Und einer seiner Kunden war Pakistan, das diese Trägersysteme brauchte, um seine Nukleargefechtsköpfe zuverlässiger ins Landesinnere seines Gegenspielers Indien befördern zu können. Laut dem CIA-Bericht begann Pakistan 1997 damit, Mittelstreckenraketen von Nordkorea zu erwerben, die es zum Teil durch die Bereitstellung nukleartechnologischen Wissens bezahlte. Dem Bericht zufolge lieferte Pakistan Prototypen von Hochgeschwindigkeitszentrifugen an Nordkorea. Und irgendwann im Laufe des Jahres 2001 begannen die nordkoreanischen Atomwissenschaftler damit, in beträchtlichen Mengen Uran anzureichern. Pakistan gab auch technische Daten über Konfiguration und Test eines uranbasierten Sprengkopfs an Nordkorea weiter, wie es in dem CIA-Bericht hieß.

Ein früherer hoher pakistanischer Regierungsvertreter bestätigte, dass die Kontakte seiner Regierung mit Nordkorea 1997 sprunghaft zunahmen; der pakistanischen Wirtschaft ging es schlecht, und es war «kein Geld mehr da», um die Raketen aus Nordkorea zu bezahlen, sodass sich die Regierung entschloss, die Lieferungen durch die Bereitstellung «von etwas Know-how und spezifischen Informationen» abzugelten. Pakistan half Nordkorea bei einer Reihe von «kalten Tests», Simulationen einer Nuklearsprengsatzzündung, bei denen Natururan zum Einsatz kommt. Pakistan versorgte den nordkoreanischen Geheimdienst auch mit Hinweisen dazu, «wie man unterhalb

des Radars fliegen kann», wie es der ehemalige Regierungsmitarbeiter ausdrückte – das heißt, wie sich die Nuklearforschung vor US-Aufklärungssatelliten sowie amerikanischen und südkoreanischen Agenten verbergen ließ.

Pakistan hatte ein Jahrzehnt lang experimentiert und beträchtliche Summen investiert, bis es schließlich zuverlässige Zentrifugen bauen konnte; mit pakistanischer Hilfe seien die Nordkoreaner in der Lage gewesen, den Entwicklungsprozess «um viele Jahre abzukürzen», erklärte der Geheimdienstmitarbeiter. Es ist unbekannt, wie viele Zentrifugen heute in Nordkorea in Betrieb sind und wo die nuklearen Produktionsanlagen liegen. (Man vermutet, dass sie in unterirdischen Höhlen untergebracht sind.) Die pakistanischen Zentrifugen sind schlanke Zylinder mit einer Höhe von rund 1,8 Metern, die «zu Hunderten», wie der Geheimdienstler bemerkte, mit Frachtflugzeugen transportiert werden können. Aber, so fügte er hinzu, «Pakistan muss den Nordkoreanern eigentlich nur die Blaupausen liefern. Ihre Ingenieure sind klug genug, um sie selbst nachzubauen.» Und mit einigen tausend Zentrifugen, sagte er, «würde Nordkorea über ausreichend spaltbares Material verfügen, um jährlich zwei bis drei Nuklearsprengköpfe herzustellen, von denen einige dann verkauft werden können».

Im Laufe der Jahre wurde in unregelmäßigen Abständen über Kontakte Nordkoreas mit Pakistan berichtet, bei denen es meistens um Raketenverkäufe ging. Viel weniger wurde über ihre nukleare Zusammenarbeit bekannt. Im vergangenen Jahrzehnt registrierten die amerikanischen Geheimdienste mindestens dreizehn Besuche von A. Q. Khan in Nordkorea. Khan wurde von den Amerikanern wegen ebendieser heimlichen Reisen nach Nordkorea überwacht. (Häufig reiste er unter falschem Namen.) Noch beunruhigender war eine Information der Nachrichtendienste, dass er Ende der neunziger Jahre mindestens einmal heimlich auch eine iranische Atomanlage besuchte. Amerikanische Regierungsvertreter glauben, dass er kein Nuklearmaterial in den Iran mitbrachte – sondern lediglich seine langjährigen Erfahrungen beim Bau von Atombomben. «Dieser Mann reist viel herum», sagte ein amerikanischer Geheimdienstmitarbeiter. «Er hält sich in gefährlichen Zeiten oft an gefährlichen Orten auf.»

Nachdem im Oktober 2002 das nordkoreanische Uranprogramm bekannt geworden war, brachte die *New York Times* einen Artikel, in dem Pakistan als möglicher Lieferant von Zentrifugen an Nordkorea genannt wurde. General Pervez Musharraf, der pakistanische Staatspräsident, bezeichnete diese Darstellung als «völlig haltlos» und erklärte: «Es gibt keine Zusammenarbeit mit Nordkorea auf nuklearem Gebiet.» Das Weiße Haus schien Musharrafs Stellungnahme zu akzeptieren. Im November sagte Außenminister Colin Powell vor Journalisten, Musharraf habe der US-Regierung versichert, dass Pakistan gegenwärtig keine Nukleargeschäfte mit Nordkorea tätige. «Ich habe ihm deutlich gemacht, dass jeder ... Kontakt zwischen Pakistan und Nordkorea nach unserer Auffassung unstatthaft und unangebracht wäre und Konsequenzen nach sich ziehen würde», erklärte Powell. «Präsident Musharraf ist sich im Klaren darüber, dass diese Frage von ernster Bedeutung ist.»

Ein amerikanischer Geheimdienstmitarbeiter, mit dem ich mich unterhielt, bezeichnete das Verhalten Pakistans als den «denkbar schlimmsten Albtraum» all jener, die für Waffenkontrolle zuständig sind: ein Land der Dritten Welt, das sich zu einem Instrument der Weiterverbreitung von Atomwaffen entwickelt. «Der Westen hat die Proliferation von Nuklearwaffen bisher in erster Linie durch Restriktionen beim Export von Technologie und durch diplomatische Mittel kontrolliert», sagte der Geheimdienstler. «Wir haben schon immer befürchtet, dass ein Land der Dritten Welt aus eigener Kraft Atomwaffen entwickeln könnte und dass es diese Technologie dann an andere Länder weitergeben würde. Das ist ein ganz entscheidender Vorgang. Das verändert die Welt.» Der Geheimdienstler fügte hinzu: «Der Export von Anreicherungstechnologie durch Pakistan ist eine unmittelbare Folge des Versagens der USA beim Umgang mit dem Atomprogramm der Pakistanis. Wir haben schlicht die Kontrolle verloren.»

Der CIA-Bericht blieb bis zum Herbst 2002 unveröffentlicht, als die Regierung mit den Vorbereitungen für einen Krieg gegen den Irak begann. Viele Regierungsmitarbeiter, die für Waffenkontrolle zuständig waren, wussten gar nicht, dass es diesen Bericht gab. «Er wurde weitgehend geheim gehalten», sagte mir ein Beamter. «Durch die Be-

schränkung des Zugangs zu Berichten versucht man, wichtige Quellen zu schützen, die um ihr Leben fürchten müssten, wenn die von ihnen gelieferten Informationen bekannt werden. Aber dadurch lassen sich auch sensible Informationen aus politischen Gründen kontrollieren.»

Wie sehr Präsident Bush die nordkoreanische Regierung hasste, war allgemein bekannt, und daher erscheint es umso rätselhafter, dass das Weiße Haus den Bericht der CIA nicht veröffentlichte oder entsprechend handelte. In seiner Rede zur Lage der Nation im Januar 2002 reihte Bush Nordkorea zusammen mit dem Irak und dem Iran in die «Achse des Bösen» ein. Bob Woodward zitierte in seinem Buch *Bush at War. Amerika im Krieg,* in dem er den Umgang der US-Regierung mit den Ereignissen des 11. September darstellte, aus einem Interview, das er im August mit dem Präsidenten auf dessen Ranch in Texas führte: «Ich verabscheue Kim Jong Il!», schrie Bush und fuchtelte dabei mit seinem Finger in der Luft. «Ich reagiere instinktiv auf diesen Kerl, denn er lässt sein Volk verhungern.» Woodward schrieb, er glaubte fast, der Präsident «würde hochspringen», weil dieser sich so stark erregte, als er über den Führer Nordkoreas sprach.

Die Bush-Administration wurde über die Aktivitäten Nordkoreas bereits vor der Vorlage des CIA-Berichts in Kenntnis gesetzt. Im Januar 2002 erklärte John Bolton, der Staatssekretär für Waffenkontrolle, dass Nordkorea ein geheimes Nuklearprogramm betreibe, das gegen den Nichtweiterverbreitungsvertrag verstoße. Im Februar versuchten drei Mitglieder des Kongresses, den Präsidenten dazu zu bewegen, seine Unterstützung für die beiden Nordkorea versprochenen Leichtwasserreaktoren zurückzuziehen, weil das nordkoreanische Regime eine geheime Anlage «für die Anreicherung von Uran» betreibe. Im Mai beschuldigte Bolton Nordkorea abermals, nicht mit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) zu kooperieren. Dennoch stellte Condoleezza Rice, die den CIA-Bericht als Sicherheitsberaterin wohl schon einige Wochen vorher erhalten hatte, in einem Brief an die Kongressabgeordneten klar, dass die Regierung Nordkorea weiterhin Schweröl und die erforderliche Technologie für die beiden Stromerzeugungsreaktoren liefern werde.

Die wankelmütige Nordkorea-Politik der Regierung mit ihrer Mi-

schung aus wütendem Protest und scheinbarer Nachgiebigkeit war in mannigfacher Hinsicht eine Folge ihrer bedingungslosen Fokussierung auf den Irak. Ende 2002 veröffentlichte das Weiße Haus ein Strategiepapier für die nationale Sicherheit, in dem das Militär ermächtigt wurde, «die Massenvernichtungswaffen eines Gegners aufzuspüren und zu vernichten, bevor diese eingesetzt werden können». In dem Dokument hieß es, die Streitkräfte «müssen die Fähigkeit besitzen, sich gegen Feinde zu verteidigen, die über Massenvernichtungswaffen verfügen ..., denn Abschreckung wird in diesem Fall nicht zum Erfolg führen». Logischerweise hätte diese neue Strategie als Erstes im Verhältnis zu Nordkorea umgesetzt werden müssen, dessen Nuklearprogramm wesentlich weiter fortgeschritten war als das des Iraks. Der Regierung ging es jedoch darum, die Öffentlichkeit für einen Krieg gegen den Irak zu gewinnen. Ein amerikanischer Geheimdienstmitarbeiter erklärte mir damals: «Die Bush-Regierung sagt, MAD» – Mutual Assured Destruction (gegenseitig garantierte Vernichtung) – «funktioniert gegenüber diesen Schurkenstaaten nicht, deshalb müssen wir präventiv zuschlagen, wenn Verhandlungen nichts bringen. Und Bushs Leute wussten, dass Nordkorea bereits sein Atomprogramm wieder aufgenommen hatte und viel gefährlicher war als der Irak. Aber das haben sie nicht gesagt. Sie haben ihre eigene Politik unglaubwürdig gemacht – bis jetzt jedenfalls –, indem sie darauf verzichteten, das zu tun, was ihre Doktrin verlangt.»

Die militärischen Möglichkeiten des Iraks waren durch seine Niederlage im Golfkrieg 1991 und die jahrelangen Inspektionen stark geschwächt worden, Nordkorea hingegen war eines der waffenstarrendsten Länder der Welt, in dem mehr als 40 Prozent der Bevölkerung dem Militär angehörten. Besonders furchteinflößend erschien seine Artillerie: Mehr als zehntausend schwere Geschütze und fünfundzwanzigtausend Raketenwerfer, mit denen pro Stunde fünftausend Granaten abgefeuert werden konnten, waren in Reichweite der südkoreanischen Hauptstadt Seoul aufgestellt. Das Pentagon schätzte, dass ein großer Krieg mehr als eine Million Tote unter den Soldaten und der Zivilbevölkerung kosten würde und dabei auch bis zu hunderttausend Amerikaner getötet werden würden. Ein Mitarbeiter der Clinton-Administration erinnerte sich an eine Anhörung vor dem

Kongress Mitte der neunziger Jahre, in der Armeegeneral Gary Luck, der Befehlshaber der US-Truppen in Korea, lakonisch erklärte: «Senator, ich könnte diese Auseinandersetzung durchaus gewinnen – aber nicht sofort.»

Anfang Oktober 2002 flog James A. Kelly, Assistant Secretary im Außenministerium, der für Angelegenheiten Ostasiens und des Pazifiks zuständig war, mit großer Begleitung nach Pjöngjang, um bezüglich des Urananreicherungsprogramms reinen Tisch zu machen. Kelly war ermächtigt, den Koreanern mitzuteilen, dass die USA von ihrem unerlaubten Uranprogramm erfahren hatten, aber seine detaillierten Anweisungen ließen ihm keinen Spielraum für Verhandlungen. Seine schriftliche Botschaft war kurz und bündig: Nordkorea muss das Programm einstellen, bevor irgendwelche Verhandlungen aufgenommen werden können. In dem CIA-Bericht war die Vermutung aufgestellt worden, dass Nordkorea, wenn es mit den Beweisen konfrontiert werden würde, einen offenen Bruch der Vereinbarung von 1994 nicht riskieren und nichts unternehmen würde, was als Verstoß gegen den Nichtweiterverbreitungsvertrag verstanden werden konnte. «Das war grundfalsch», erklärte mir ein Geheimdienstler. «Ich hoffe, es gibt in der CIA auch noch andere Leute, die die Nordkoreaner besser verstehen als die Verfasser dieses Papiers.»

«Die Koreaner waren verblüfft», erzählte mir ein japanischer Diplomat, der mit einigen Teilnehmern dieses Treffens gesprochen hatte. «Sie hatten nicht gewusst, dass die Amerikaner schon Bescheid wussten.» Nach einer langen Verhandlungsrunde, die sich über die ganze Nacht erstreckte, schien Kang Suk Ju, der Erste Vize-Außenminister Nordkoreas, zunächst die Anschuldigung zu bestätigen, als er darauf beharrte, dass sein Land ein Recht habe, Atomwaffen zu entwickeln. Er äußerte sich jedoch nicht dazu, ob Nordkorea bereits solche Waffen besaß. Kang Suk Ju beschuldigte außerdem die Vereinigten Staaten, wie mir der japanische Diplomat mitteilte, «das Überleben Nordkoreas zu gefährden». Dann legte er eine Liste mit angeblichen Verstößen der Vereinigten Staaten gegen ihre eigenen Verpflichtungen aus dem Abkommen von 1994 vor und bot an, das Urananreicherungsprogramm einzustellen, wenn die USA verspra-

chen, Nordkorea nicht anzugreifen und die Beziehungen zu normalisieren. Kelly, der an seine Anweisungen gebunden war, konnte nur seine Botschaft wiederholen: Die Nordkoreaner müssen eine Vorleistung erbringen. So gerieten die Gespräche in eine Sackgasse.

Doch ähnlich wie über den CIA-Bericht vom Juni bewahrte die Regierung auch über diese Verhandlungen in Pjöngjang Stillschweigen. Die Öffentlichkeit wurde erst am 16. Oktober informiert, fünf Tage nachdem der Kongress den Einsatz militärischer Gewalt gegen den Irak gebilligt hatte. Aber auch diese Information erfolgte, nach Angaben von Regierungsmitarbeitern, die in der *Washington Post* zitiert wurden, erst nachdem die Regierung erfahren hatte, dass die Reaktion der Nordkoreaner an die Presse durchgesickert war – was zwangsläufig Auswirkungen auf die Irak-Debatte haben müsste. In der CBS-Sendung *Face the Nation* vom 20. Oktober bestritt Condoleezza Rice, dass die Nachricht von den Gesprächen Kellys absichtlich bis nach der Abstimmung im Kongress zurückgehalten worden sei. Präsident Bush, sagte sie, seien erst am 15. Oktober verschiedene Handlungsoptionen vorgelegt worden. «Überraschend für uns war nicht, dass ein solches Programm existiert, sondern dass die Nordkoreaner seine Existenz zugegeben haben.»

«*Wollten* wir denn, dass sie es abstreiten sollten?», fragte mich danach ein ehemaliger amerikanischer Geheimdienstexperte für Nordkorea. «Ich habe die Nordkorea-Politik nie richtig verstanden», erklärte er. Mit Blick auf die Beziehungen zwischen den Geheimdiensten und der Bush-Administration meinte er: «Wir konnten die Leute einfach nicht dafür interessieren, und selbst wenn das gelang, konnten sie sich nicht vernünftig damit auseinander setzen. Die Regierung ging völlig ideologisch an dieses Problem heran.» Sie hasste nicht nur das Regime in Pjöngjang, sondern hatte auch für frühere Versuche der Clinton-Regierung, das Problem der Weiterverbreitung von Nuklearwaffen anzupacken, nur Geringschätzung übrig – ein Problem, das sich zunehmend verschlimmern musste, wenn Washington es weiter ignorierte. Der frühere Geheimdienstmitarbeiter erklärte mir: «Als es notwendig wurde, etwas gegen Nordkorea zu unternehmen, hatten wir keinen Plan, keine Kontakte – niemanden, mit dem wir verhandeln konnten. Man muss in ständigem diplomatischem Kontakt ste-

hen, damit man handlungsfähig ist und eine starke Verhandlungsposition besitzt, um Probleme zu lösen. Aber wir haben alles schleifen lassen.»

Dies hatte zur Folge, dass der Regierung im Oktober, ähnlich wie im Juni, nichts anderes übrig blieb, als abzustreiten, dass es eine Krise gab. Als die ersten Berichte über die Gespräche Kellys erschienen, betonte Rice mehrmals, der Irak und Nordkorea seien zwei verschiedene Paar Stiefel. «Saddam Hussein ist eine Kategorie für sich», sagte Rice in der ABC-Sendung *Nightline.* Ein Mitarbeiter der Waffenkontrolleure meinte mir gegenüber: «Das Weiße Haus will nicht noch eine zweite Krise am Hals haben.»

In den folgenden Monaten schwankte die amerikanische Politik zwischen markigen Sprüchen, die für die Öffentlichkeit bestimmt waren – die Regierung verkündete, sie werde sich nicht «erpressen» lassen oder auch nur mit nordkoreanischen Führern reden –, und diskreten Versuchen, über Dritte informelle Kommunikationskanäle zu Pjöngjang aufzubauen. Nordkorea wies unterdessen die internationalen Inspekteure aus, widerrief seine Unterschrift unter den Nichtweiterverbreitungsvertrag und drohte damit, erneut mit der Wiederaufbereitung verbrauchter Brennstäbe zu beginnen.

In einer Rede im Juni 2002 erinnerte Robert Galluci, der 1994 als Diplomat maßgeblich an den Verhandlungen mit Pjöngjang beteiligt war und jetzt Dekan der School of Foreign Service an der Georgetown University ist, daran, dass Bush anfänglich beabsichtigt hatte, Nordkorea als «Musterbeispiel» für die Notwendigkeit eines Raketenabwehrsystems zu benutzen. «Hier bündelten sich die Bedrohungen, gegen die wir uns wappnen mussten», sagte er. «Es herrschte die Überzeugung vor, dass man Nordkorea nicht mittels Verhandlungen in den Griff bekommen könne.

Aber dann kam der 11. September, und dieser Terrorangriff zeigte, dass Amerika nicht durch ein Raketenabwehrsystem verteidigt werden konnte, denn die Bedrohung ging nicht nur von Raketen aus, sondern kam auch aus vielen anderen Richtungen», erklärte er. «Und so schloss sich der Kreis ... Nordkorea und andere Schurkenstaaten, die uns durch Massenvernichtungswaffen bedrohen, tun dies nicht nur dadurch, dass sie selbst diese Waffen gegen uns einsetzen könn-

ten, sondern auch dadurch, dass sie diese Fähigkeit an andere Kräfte weitergeben könnten, die man nicht abschrecken und gegen die man sich nicht verteidigen kann.»

Anfang 2004 verglich Galluci in einem Interview A. Q. Khan hinsichtlich des nuklearen Wettrüstens mit der historischen Figur des «Johnny Appleseed», der überall, wo er hinkam, Apfelbäume pflanzte. Galluci, der für die CIA als Berater für Fragen der Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen tätig war, erklärte: «So schlimm es auch ist, dass der Iran, Nordkorea und Libyen über waffenfähiges Nuklearmaterial verfügen, die eigentliche Gefahr besteht darin, dass sie dieses Material an nichtstaatliche Gruppen weitergeben könnten. Das ist das größte Problem, das uns am meisten Sorgen macht – dass Pakistan mit den schlimmsten Terrorgruppen der Welt zusammenarbeiten und ihnen helfen könnte, nukleare Waffen zu bauen. Nichts ist wichtiger, als Terrorgruppen daran zu hindern, in den Besitz atomarer Waffen zu kommen. Das gefährlichste Land für die Vereinigten Staaten ist gegenwärtig Pakistan, erst danach kommt der Iran.» Galluci fasste zusammen: «Wir sind nicht mehr so verwundbar gewesen, seit die Briten 1814 Washington brandschatzten.»

3. Washingtons Deal

Am 4. Februar 2004 trat A. Q. Khan im staatlichen pakistanischen Fernsehen auf und gestand ein, er allein sei dafür verantwortlich, dass ein internationaler Schwarzmarkt für waffenfähiges Nuklearmaterial entstanden sei. Vor dieser Sendung waren mehrfach Informationen über die Nuklearprogramme des Irans und Libyens an die Öffentlichkeit gedrungen, aus denen hervorging, dass beide Länder Nuklearmaterial von Pakistan erhalten hatten. Khans Geständnis wurde von einem äußerlich unbewegten Pervez Musharraf entgegengenommen, der sich zu dieser Gelegenheit nicht seinen zivilen Anzug, den er als Präsident häufig trug, sondern seine Militäruniform angezogen hatte.

Am nächsten Tag erklärte Musharraf, ebenfalls im Fernsehen, er sei entsetzt gewesen über Khans Verfehlungen, wolle ihn aber dennoch nicht bestrafen, weil er sehr viel für Pakistan geleistet habe

(Musharraf nannte ihn «meinen Helden».) Gegenüber der *New York Times* sagte Musharraf, er habe von den USA im Oktober des vergangenen Jahres einen detaillierten Bericht über Khans Aktivitäten im Iran, in Nordkorea und in Malaysia erhalten. «Wenn sie es schon früher wussten, hätten sie es uns sagen sollen», meinte er. «Vielleicht wäre dann vieles nicht geschehen.»

Es war eine Schein-Vorstellung in einer Schein-Hauptstadt. In Interviews in Islamabad, einer vor vier Jahrzehnten auf dem Reißbrett entworfenen Stadt, reagierten Politiker, Diplomaten und Nuklearexperten mit Entsetzen und Ungläubigkeit auf Khans Eingeständnis und Musharrafs Begnadigung. Seit zwei Jahrzehnten brachten Journalisten sowie amerikanische und europäische Nachrichtendienste Khan und den pakistanischen Geheimdienst ISI mit dem Transfer von Nuklearmaterial in Verbindung, und es erschien kaum glaubhaft, dass die Regierung, der Khan diente, davon nichts mitbekommen hatte.

«Das ist reine staatliche Propaganda», erklärte mir Samina Ahmed, die Leiterin der pakistanischen Vertretung der International Crisis Group, einer Nichtregierungsorganisation, die sich mit Strategien der Konfliktlösung beschäftigt. «Der Deal besteht darin, dass Khan nicht auspackt und nicht sagt, was er weiß. Sie lügen alle. Das Tragische bei dieser ganzen Affäre ist, dass sie niemandem nützt.» Mushahid Hussain Sayed, ein Mitglied des pakistanischen Senats, bemerkte dazu süffisant: «Amerika brauchte ein Opfer für die Götter – es musste Blut spritzen. Da sagte Musharraf zu A. Q. Khan: ‹Beug dich mal vor, damit wir dich tüchtig auspeitschen können.›»

Ein amerikanischer Geheimdienstmitarbeiter, der sich viele Jahre lang mit Fragen der Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen befasst hatte, erklärte mir: «Wir können mit Sicherheit sagen, dass das keine eigenmächtige Operation war. Stellen Sie sich vor, Edward Teller hätte sich plötzlich entschlossen, überall auf der Welt Nukleartechnologie und die dazugehörige Ausrüstung zu verteilen. Glauben Sie wirklich, er hätte das ohne Wissen seiner Regierung bewerkstelligen können? Wie bringt man Raketen von Nordkorea nach Pakistan? Glauben Sie, A. Q. Khan hat die ganzen Zentrifugen mit Federal Express verschickt? Da muss das Militär eingeweiht gewesen sein

und mitgewirkt haben, und zwar auch die höheren Ränge.» Der Geheimdienstler ergänzte: «Wir hatten vor fünfzehn Jahren gute Chancen, das Netzwerk von A. Q. Khan zu zerschlagen. Bei einigen der Leute, die heute in den Schmuggel verwickelt sind, handelt es sich um die Kinder derer, die nach unseren Informationen schon in den achtziger Jahren damit beschäftigt waren. Das ist die zweite Generation.»

Öffentlich schien die Bush-Administration Musharrafs nachsichtigen Umgang mit Khan zu billigen. Wenige Stunden nach Musharrafs Fernsehauftritt pries der stellvertretende Außenminister Richard Armitage den pakistanischen Präsidenten als den «richtigen Mann zur richtigen Zeit». Armitage fügte hinzu, Pakistan sei «in den letzten Jahren uns gegenüber sehr offen gewesen in Fragen der Nichtweiterverbreitung». Ein Sprecher des Weißen Hauses erklärte, die Regierung verlasse sich auf Musharrafs Zusicherung, dass «Pakistan in keiner Weise in die Weiterverbreitung von Nuklearmaterial verwickelt war». Ein Sprecher des Außenministeriums sagte, wie weiter mit Khan verfahren werde, liege «im Ermessen Pakistans».

Aber natürlich war Musharraf weiterhin ein wichtiger Verbündeter im Krieg gegen den Terrorismus. Nach Aussagen früherer und gegenwärtiger amerikanischer Militärs und Geheimdienstler akzeptierte Washington Musharrafs Entscheidung hinsichtlich des Umgangs mit Khan nur deshalb, weil er sich in einer anderen Frage kooperationsbereit erklärt hatte: bei der Jagd nach Osama Bin Laden in einem schwer zugänglichen Stammesgebiet im Nordwesten Pakistans, wo sich der Terrorchef nach Meinung der Geheimdienste aufhielt. Die amerikanischen Kommandeure drängten schon seit geraumer Zeit darauf, im Hindukusch größere Suchaktionen durchführen zu dürfen, aber Musharraf hatte ihnen dazu bisher die Zustimmung verweigert. Nachdem Musharraf nun umgeschwenkt war, konnte die US-Regierung eine umfangreiche Frühjahrsoffensive anordnen, an der Tausende amerikanischer Soldaten teilnehmen sollten. Musharraf war aber auch noch auf andere Weise hilfreich. Ein früherer hochrangiger US-Geheimdienstmitarbeiter erzählte mir: «Musharraf hat uns gesagt: ‹Wir haben dort zuverlässige Leute. Die Leute, die [für Bin Laden und seine al-Qaida-Kämpfer] frisches Obst und Gemüse be-

sorgen und die Ziegen hüten.› Es war ein Tauschgeschäft: Wir schicken unsere Truppen nach Pakistan, und dafür zwingen wir Musharraf nicht, etwas gegen Khan zu unternehmen.»

«Es wird ein groß angelegtes Unternehmen werden», sagte mir ein Pentagon-Planer Anfang 2004. In den Plänen war der Einsatz der bestausgebildeten amerikanischen Sondereinheiten wie beispielsweise der Task Force 121 vorgesehen, die vom Irak aus nach Pakistan vordringen sollten. In allen Teilen der Welt wurden Angehörige von Special Forces über ihre neuen Aufgaben unterrichtet und einige auch, wie mir ein Militärberater berichtete, in Alarmbereitschaft versetzt – jenes Stadium, das einem Kampfeinsatz unmittelbar vorausgeht.

Eine starke amerikanische Militärpräsenz in Pakistan hätte jedoch Unruhe im Land verursachen und Musharrafs ohnehin wackelige Machtposition weiter erschüttern können. Diese Operation stellte somit ein beträchtliches persönliches Risiko für Musharraf dar, aber auch für die Bush-Administration – wenn Musharraf stürzte, kam vielleicht ein Nachfolger an die Macht, der sich gegenüber den USA weit weniger freundlich zeigen würde. Einer der stärksten Kritiker Musharrafs innerhalb Pakistans ist Hamid Gul, ein pensionierter Generalleutnant der Armee und fundamentalistischer Moslem, der von 1987 bis 1989 die ISI leitete, auf dem Höhepunkt des Krieges gegen die sowjetischen Besatzungstruppen in Afghanistan. Wenn amerikanische Truppen in Pakistan zu operieren beginnen, «wird es zu einer schweren Störung in den Beziehungen der beiden Staaten kommen», sagte mir Gul Anfang 2004. «Die Amerikaner halten andere anscheinend für ihre Sklaven.» Im Hinblick auf die Aufregung, die der Fall Khan ausgelöst hatte, bemerkte er: «Wir mögen momentan in einer schwierigen Lage sein, aber wir sind eine ehrbare Nation. Wir werden den amerikanischen Truppen nicht erlauben, hierher zu kommen. Das würde zum Bruch führen.» Wenn Musharraf ein Abkommen geschlossen habe, das amerikanischen Truppen erlaube, in Pakistan zu operieren, «dann täuscht er euch», sagte Gul.

Gefahren erwachsen aus dieser Situation nicht nur für Musharraf oder die politische Stabilität Südasiens, sondern auch für die internationalen Institutionen, die für die Überwachung der Nuklearanlagen

zuständig sind und möglicherweise ihre Arbeit nicht weiterführen können. Viele Experten fürchten, dass die Welt mit Hilfe von Khan näher an die Schwelle eines Atomkriegs herangerückt ist. Nach Khans Begnadigung, so berichtete mir der frühere Geheimdienstmitarbeiter, hätten sich viele Mitglieder der amerikanischen Geheimdienstgemeinde die Frage gestellt: «Wie kann es sein, dass Pakistan eine zweite Generation miniaturisierter und verbesserter Nuklearwaffen entwickelt – und dann wird das alles einfach unter den Teppich gekehrt?» Er hielt mit seiner eigenen Meinung nicht hinter dem Berg. «Khan war bereit, Blaupausen, Zentrifugen und neueste Waffentechnologie zu verkaufen», erklärte er mir. «Er trägt die meiste Verantwortung für die Weiterverbreitung von Nuklearwaffen auf der Welt und kommt ungeschoren davon – ohne dass das Weiße Haus auch nur leise protestiert.»

Im Dezember 2003 verkündeten Präsident Bush und der britische Premierminister Tony Blair gemeinsam, dass sich der libysche Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi entschlossen habe, sein Nuklearwaffenprogramm aufzugeben und Inspektoren der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) ins Land zu lassen. Auf diese überraschende Ankündigung, der neunmonatige Geheimverhandlungen vorausgegangen waren, folgte umgehend eine sechstägige Inspektion durch die IAEO, die erste von vielen weiteren Inspektionen, und es wurde enthüllt, dass noch ein anderes Land, nämlich Malaysia, eine wichtige Rolle auf dem nuklearen Schwarzmarkt gespielt hatte. Libyen hatte im Wert von Hunderten Millionen Dollar bei einer malaysischen Firma Ausrüstungsgegenstände für Nuklearanlagen gekauft, darunter in Pakistan entwickelte modernste Zentrifugen, die über eine Freihandelszone in Dubai ausgeliefert worden waren. Das war eine neue Qualität im nuklearen Wettrüsten: Malaysia, ein technologisch weit fortgeschrittenes Land, das keine eigenen nuklearen Ambitionen verfolgte, handelte mit kompliziertem nuklearem Gerät, das nach Plänen konstruiert worden war, die A. Q. Khan zur Verfügung gestellt hatte.

Die Zentrifugenteile, die die Inspektoren in Libyen fanden, waren noch nicht zusammengesetzt worden – die meisten Einzelteile lagen sogar noch verpackt in ihren Kisten. «Was ich gesehen habe, hat mich

nicht sonderlich beeindruckt», erklärte mir ein leitender US-Regierungsbeamter, der mit der Nichtweiterverbreitung von Nuklearmaterial befasst ist. «Das war noch kein fortgeschrittenes Programm – die Libyer waren auf dem Gebiet von Forschung und Entwicklung noch nicht sehr weit vorangekommen und konnten die Dinge gar nicht richtig verwenden, die sie eingekauft hatten. Sie waren nutzlos. Aber ich war wirklich überrascht darüber, was die Libyer alles hatten kaufen können. Es ist erschreckend, was alles auf dem Markt ist. Das ist ein mafiaartiges Geschäft, das im Verborgenen abläuft und in dem Korruption eine zentrale Rolle spielt.»

Die IAEO-Inspekteure entdeckten in Libyen zu ihrer Überraschung präzise Blaupausen für die Entwicklung und den Bau einer Nuklearwaffe mit einem Gewicht von einer halben Tonne. «Das ist eine nette kleine Bombe, entwickelt von Ingenieuren, die wissen, wie man eine solche Waffe baut», erklärte mir ein IAEO-Mitarbeiter in Wien. «Sie ist zweifellos funktionstüchtig. Graben Sie ein Loch und überprüfen Sie es. Sie ist zwar zu groß und zu schwer für eine Scud-Rakete, aber sie würde gut in eine Familienlimousine passen. Der Traum eines Terroristen.»

In einer Rede am 5. Februar 2004 in der Georgetown University feierte der damalige CIA-Direktor George Tenet die Entwicklung in Libyen als großen Erfolg für die amerikanischen Geheimdienste. «Wir konnten dies erreichen durch die Verbindung von technischer Aufklärung, sorgfältiger und penibler Analyse, dem Eingehen operativer Wagnisse und, ja, auch der klassischen Human Intelligence, der Informationsgewinnung durch Agenten, was uns viele nicht mehr zugetraut haben», sagte Tenet. Doch aus Interviews mit ehemaligen CIA-Agenten und mit zwei Männern, die eng mit dem libyschen Geheimdienst zusammenarbeiteten, ergab sich ein etwas anderes Bild.

Gaddafi hatte sich seit Jahren um eine Wiederannäherung an den Westen bemüht, jedoch nur mit mäßigem Erfolg. Dann, so berichtete mir ein ehemaliger CIA-Einsatzoffizier, habe Musa Kusa, der langjährige Chef des libyschen Geheimdienstes, Gaddafi dazu gedrängt, Vertreter westlicher Nachrichtendienste zu empfangen und sein Waffenarsenal für internationale Inspektionen zu öffnen. Dem CIA-Mitarbeiter zufolge habe Kusa, als der Irakkrieg immer näher rückte,

Gaddafi gewarnt: «Es wäre verrückt, wenn Sie glauben würden, Sie könnten die Vereinigten Staaten besiegen. Kapitulieren Sie jetzt und hoffen Sie darauf, dass man Ihre Kapitulation annimmt.»

Ein arabischer Geheimdienstler erzählte mir, der libysche Geheimdienst habe daraufhin rasch, mit Gaddafis Billigung, den Amerikanern und Briten angeboten, ihnen Einzelheiten über das Zentrifugen-Geschäft mitzuteilen, das zu diesem Zeitpunkt bereits im Gange war. Die Zentrifugenteile sollten auf einem deutschen Frachter namens «BBC China» verschifft werden. Im Oktober 2003 wurde die Ladung dieses Frachtschiffs von den Sicherheitsbehörden beschlagnahmt, was als großer Erfolg der Geheimdienste herausgestellt wurde. Aber in Wirklichkeit, sagte der arabische Geheimdienstler, waren es «die Libyer, die die Pakistanis hochgehen ließen» und die Rolle Khans auf dem nuklearen Schwarzmarkt publik machten. Die Amerikaner, fuhr er fort, «stellten Fragen, und die Libyer beantworteten sie». Es war eine gezielte Provokation und wurde von Musharraf auch so aufgefasst. Er war wütend über den, wie er es in einer Fernsehansprache nannte, Verrat an Pakistan durch seine «muslimischen Brüder» (die Ansprache wurde in Urdu gehalten und von der pakistanischen Regierung nicht übersetzt). Verkäufer und Käufer konnten sich anscheinend nur wenig aufeinander verlassen. «Die Pakistanis haben das viele Geld der Libyer genommen und ihnen zweitklassige Pläne geliefert», sagte der arabische Geheimdienstler. «Es war eine halbherzige Sache.»

Der arabische Geheimdienstmitarbeiter fuhr fort: «Gaddafi ist ein sehr pragmatischer Mann und hat sich Gedanken über das richtige Timing gemacht. Die Zeit war gerade günstig. Die Vereinigten Staaten brauchten einen Erfolg, und das hat er ausgenutzt.»

Das Hauptproblem in puncto Nichtweiterverbreitung, erklärte mir Mohammed El Baradei, der Generaldirektor der IAEO, in einem Interview in der Wiener Zentrale seiner Organisation Anfang 2004, sei die Bedrohung durch Terroristen und andere nichtstaatliche Akteure. «Es ist mein Albtraum, dass die Verbreitung von angereichertem Uran und von Nuklearmaterial irgendwann zur Errichtung einer kleinen Anreicherungsanlage in einer Region wie beispielsweise dem

nördlichen Afghanistan führt», sagte er. «Wer weiß? Für nichtstaatliche Akteure ist es nicht schwierig, sich zu verstecken, vor allem wenn ein Staat mit ihnen zusammenarbeitet. Einige dieser nichtstaatlichen Gruppen sind technologisch schon recht weit fortgeschritten.»

Viele andere Diplomaten, mit denen ich damals in Wien sprach, äußerten sich enttäuscht darüber, dass die IAEO dank Musharrafs Begnadigung nicht an Khan herankam. «Wir kommen einfach nicht weiter», sagte ein Diplomat. «Es gibt zwar eine gewisse Kooperationsbereitschaft seitens der Pakistanis, aber wir brauchen die Namen. Wir müssen wissen, wer das Material erhalten hat. Wir müssen erfahren, ob auch andere Länder, die wir überwachen sollen, etwas von dem Material besitzen.» Der Diplomat erklärte mir, er glaube, die USA schreckten davor zurück, etwas einzugestehen, was offenkundig sei: dass die pakistanische Regierung zweifellos Kenntnis von diesen Transaktionen gehabt habe. «Natürlich ist das nicht sehr schön», sagte er, «aber sie können es Musharraf nicht ersparen.»

Die Inspektionsbefugnisse der IAEO sind begrenzt. Die Staaten, die den Nichtweiterverbreitungsvertrag unterzeichnet haben, sind verpflichtet, ihre gemeldeten Nuklearanlagen, die Forschungszwecken oder der Energieerzeugung dienen, regelmäßig von Inspektoren der IAEO überprüfen zu lassen. Es gibt jedoch keinen Mechanismus für die Inspektion vermuteter Produktionsstätten für Nuklearwaffen, und viele IAEO-Mitarbeiter sind daher der Auffassung, dass der Nichtweiterverbreitungsvertrag modifiziert werden müsste. «Es gibt ein nukleares Netzwerk, in dem Zentrifugen und Konstruktionspläne auf einem Schwarzmarkt gehandelt werden, das erst noch durchleuchtet werden muss», erklärte mir ein Diplomat in Wien. In der Vergangenheit, fuhr er fort, sei die IAEO von der Annahme ausgegangen, dass einige Länder den Nichtweiterverbreitungsvertrag unterlaufen würden, «um eigenständig Nuklearmaterial herzustellen und zu verkaufen. In Wirklichkeit aber haben wir es mit einem Schwarzmarkt zu tun, auf dem waffenfähiges Nuklearmaterial und Geräte produziert werden und der sich nicht auf ein einzelnes Land beschränkt», erklärte er. «Die Nuklearhändler operieren unmittelbar vor unserer Haustür, und wir haben überhaupt keine Kontrolle über sie – unabhängig davon, wie gut wir auf dem Gebiet der Verifizierung sind.»

Somit besteht für A. Q. Khan oder andere interessierte Kreise in Pakistan keine Notwendigkeit, sich unmittelbar im Handel mit Nukleartechnologie zu engagieren. Jedes Land – auch jede Einzelperson oder jede Gruppe –, die finanzkräftig genug ist, kann sich auf diesem Markt nukleares Gerät beschaffen. «Es ist eine Frage des Überlebens», bemerkte der Diplomat bissig. «Das Irak-Problem ist im Vergleich dazu absolut lächerlich. Die Bush-Regierung hat die Schatten des Wildes gejagt anstatt das Wild selbst.»

Ein anderer Nonproliferationsexperte beschrieb die Herausforderung, vor der das Inspektionsregime der IAEO stehe, als eine «seismische Verschiebung – die Globalisierung der nuklearen Welt». Der IAEO-Mitarbeiter erläuterte: «Wir dürfen nicht nur gemeldete Stätten inspizieren, sondern müssen die Frage stellen: ‹Wo kommt das Zeug her?› Wenn wir uns weiter nur auf die gemeldeten Anlagen konzentrieren, entgeht uns die ganze nukleare Beschaffungs- und Lieferkette.» Dann stellte dieser IAEO-Mitarbeiter allen Ernstes die Frage: «Warum ist A. Q. Khan nicht von Israel oder den USA aus dem Verkehr gezogen worden?»

Husain Haani, der vor Musharrafs Machtübernahme Berater dreier pakistanischer Ministerpräsidenten war und gegenwärtig als Gastprofessor an der Carnegie Endowment for International Peace lehrt, bemerkte mir gegenüber in einem Gespräch Anfang 2004 mit sichtlichem Stolz, dass es seinem Land trotz amerikanischer Sanktionen gelungen sei, die Atombombe zu bauen. Aber, so fügte er hinzu, Khan und seine Kollegen seien dann in großem Stil in den Handel mit Nuklearmaterial eingestiegen. «Sobald sie die Bombe hatten, erstellten sie eine Einkaufsliste, was man dazu alles brauchte und wo man es bekommen konnte. A. Q. Khan kann mir auf einem einzigen Blatt Papier darstellen, wie sich das alles abwickeln lässt – die Länder, die zuständigen Leute, die Telefonnummern. ‹Dieser Mann in Russland kann Ihnen geringe Mengen angereichertes Uran besorgen. Hier in Malaysia können Sie das Material verarbeiten lassen. Und da werden die Sprengköpfe miniaturisiert. Und schließlich wenden wir uns an Nordkorea und besorgen uns die Rakete.›» Er fuhr fort: «Hier sind nicht ein paar Wissenschaftler am Werk, die sich die Taschen mit Geld voll stopfen. Das ist staatliche Politik.»

Haani erklärte, Musharraf stehe «aufrichtig auf der Seite der Amerikaner», was die Bekämpfung des islamischen Extremismus angehe, aber, so fügte er hinzu, «er weiß nicht, was das für Konsequenzen haben muss. Gleichzeitig will er die Leute in der ISI, die in den vergangenen zwanzig Jahren diese Geschäfte abgewickelt haben, als Partner behalten. Diese Leute, die ständig verdeckte Operationen durchgeführt haben, um folgende Ziele zu erreichen: Erstens Indien zu ärgern, zweitens die Amerikaner hinters Licht zu führen, drittens Pakistans Einfluss in der islamischen Welt zu stärken und viertens Nukleartechnologie weiterzuverbreiten.» Er schwieg einen Augenblick. «Musharraf versucht, das Feuer auszutreten mit Hilfe jener Leute, die es angezündet haben», sagte er dann.

«Vieles davon ist den amerikanischen Geheimdiensten seit Jahrzehnten bekannt», fuhr Haani fort. «Aber manchmal weiß man Dinge, die man lieber nicht wissen will. Es wird Zeit, dass die Amerikaner erfahren, dass ihre Regierung diese Machenschaften nicht nur herunterspielt, sondern auch verschleiert. Ihr geht mit unserer ISI ins Bett. Warum könnt ihr nicht mehr Ehrlichkeit aufbringen? Es ist doch nicht so schlimm, wenn man die Wahrheit sagt – ‹Gut, ihr seid ein Verbündeter von uns, aber ihr macht uns auch große Sorgen.› Ihr müsst diese Dinge etwas grundsätzlicher angehen.»

Im Januar 2004 wiederholte Musharraf erneut, diesmal auf dem Weltwirtschaftsforum im schweizerischen Davos, dass er US-Truppen nicht gestatten werde, in Pakistan nach Mitgliedern von al-Qaida zu suchen. «Das kommt überhaupt nicht in Frage», sagte er. «Das ist ein ganz entscheidender Punkt. Es ist nicht möglich, dass ausländische Kräfte zu uns ins Land kommen und uns bei der Suche unterstützen. Wir brauchen keine Hilfe.»

Dennoch lief bereits Mitte Februar, wie mir ein hoher Pentagon-Berater berichtete, die Frühjahrsoffensive an. Im Rahmen dieser Operation sollten nach Aussagen von Regierungsmitarbeitern Tausende amerikanischer Soldaten, darunter auch Angehörige der Task Force 112, nach Südasien verlegt werden. Die logistischen Vorbereitungen dazu begannen Mitte Februar, als mehr als ein Dutzend amerikanischer C-17-Transportflugzeuge in täglichen Flügen Hubschrauber, Fahrzeuge und andere Ausrüstungsgegenstände zu Militärbasen in

Pakistan brachten. Bereits seit Beginn des Afghanistankrieges, im Herbst 2001, waren kleinere Einheiten amerikanischer Special Forces im Nordwesten Pakistans stationiert.

Der hochrangige Pentagon-Berater gab sich, wie auch viele andere Militär- und Geheimdienstangehörige, mit denen ich damals sprach, zurückhaltend, was die Chancen betraf, dass das Weiße Haus bekommen würde, was es wollte – nämlich Osama Bin Laden. «Das ist die vorherrschende Meinung», sagte er und fügte hinzu, dass die operative Sicherheit bei der geplanten Offensive zu wünschen übrig lasse. Auch der frühere Geheimdienstmitarbeiter erklärte, dass das Joint Special Operations Command in Fort Bragg, North Carolina, hinsichtlich der Zuverlässigkeit der abgehörten Telefonate von al-Qaida-Mitgliedern skeptisch sei. «Vielleicht versuchen sie, uns zu täuschen», meinte er. «Diese Kerle sind nicht blöd, und sobald die großen Transportflugzeuge auftauchen» – die amerikanischen C-17, die auf einem Luftwaffenstützpunkt in Pakistan landeten –, «weiß jeder, dass irgendwas im Busch ist.»

«Wir müssen Osama Bin Laden kriegen, und wir wissen auch, wo er steckt», erklärte damals der frühere hochrangige Geheimdienstmitarbeiter. «Osama Bin Laden kommuniziert zwar mit Hilfe von SIGINT» – mit Satellitentelefonen und ähnlichen Geräten –, «aber ihm sind die Flügel gestutzt worden. Er ist gewissermaßen gefangen, irgendwo im Norden Pakistans. Es ist ein ganz natürlicher Ablauf – wir durchsuchen seine möglichen Aufenthaltsorte einen nach dem anderen und kreisen ihn dadurch immer mehr ein. So jedenfalls lautet die Theorie. Man zieht los und hofft, dass man fündig wird. Schließlich wollen ihn einige Leute gesehen haben.» Doch der frühere Geheimdienstler fügte hinzu, es sei durchaus angebracht, solche Berichte mit Vorsicht zu behandeln, vor allem nachdem diese angeblichen Sichtungen schon einige Zeit zurücklägen.

Zwei frühere CIA-Agenten, die das Grenzgebiet zwischen Pakistan und Afghanistan aus eigener Anschauung kennen, wiesen darauf hin, dass ein amerikanisches Suchunternehmen mit enormen logistischen Problemen konfrontiert sein würde. «Das Gebiet ist praktisch unzugänglich», sagte Robert Baer, der Anfang der neunziger Jahre diese Hindukusch-Region besuchte, bevor er mit der Leitung der

Anti-Saddam-Operationen der CIA im Norden des Iraks beauftragt wurde. «Es gibt keine Straßen, und man kriegt keine gepanzerten Fahrzeuge dorthin. Hier hat Alexander der Große eine ganze Division verloren. Die Russen haben sich gar nicht erst die Mühe gemacht, bis hierher vorzudringen. Jeder Bewohner hat ein Gewehr. Diese Gegend ist schlimmer als der Irak.» Milton Bearden erzählte: «Ich habe mich ausführlich damit beschäftigt. Die Paschtunen leben dort schon länger als jede andere Volksgruppe an irgendeinem anderen Ort der Welt.» Er fuhr fort: «Unsere Geheimdienste müssen wesentlich besser werden. Immer wenn wir uns auf etwas einlassen, das ausschließlich durch Wahlkampfzwecke motiviert ist, geht es schief.»

Ein amerikanischer Geheimdienstberater bemerkte, dass US-Truppen bereits früher bei der Verfolgung von al-Qaida-Kämpfern von Afghanistan aus die pakistanische Grenze überschritten hätten, ohne dass die Führung Pakistans protestiert hätte. Wenn die amerikanischen Truppen schnell und entschlossen gegen Bin Laden in Pakistan vorgehen würden, erklärte er, «könnte Musharraf sagen, dass er dazu nicht sein Einverständnis gegeben hat. Wir könnten schwungvoll und mit gewaltiger Feuerkraft ins Land vorstoßen – mit ‹Shock and Awe› –, sodass wir ihn überrumpeln könnten. Es stellt sich allerdings die Frage, wie weit wir dazu nach Pakistan hineingehen müssten.» Er fügte hinzu: «Musharraf ist wirklich in einer sehr schwierigen Lage.»

Wegen seines Umgangs mit der Nuklear-Affäre war Musharraf in seinem eigenen Land nach wie vor gefährdet. Chaudry Nisar Ali Khan, ein ehemaliger Minister, der jetzt eine Oppositionspartei anführt, sagte: «Die pakistanische Öffentlichkeit hat den Eindruck, dass A. Q. Khan zum Sündenbock abgestempelt werden soll, und die Weltöffentlichkeit hält ihn für eine Bedrohung. In dieser Situation kann Musharraf nicht gewinnen. Die Menschen auf der Straße fürchten, dass es einen atomaren Gegenschlag geben könnte und dass Pakistan seine Abschreckungsmittel genommen werden könnten. Das wäre eine totale Katastrophe für Musharraf.» Er ergänzte: «Er hat die Büchse der Pandora geöffnet und wird die Ungeheuer nie wieder in den Griff kriegen.»

Die amerikanischen Spezialeinheiten kamen im Frühjahr 2004 nach Pakistan, wie ich bereits erwähnte, jedoch unter höchster Geheimhaltung – und erst, nachdem Musharraf eine eigene verwirrende Offensive im Hindukusch gestartet hatte. Mitte März gab die pakistanische Regierung bekannt, dass sich Hunderte ihrer Soldaten ein erbittertes Gefecht mit al-Qaida-Kämpfern und anderen Terroristen geliefert hätten. Musharraf erklärte in einem CNN-Interview, er sei sicher, dass es in dieser Region «ein sehr bedeutendes Ziel» gebe, und Regierungsmitarbeiter nährten Spekulationen, dass Aiman al-Sawahiri, Bin Ladens Stellvertreter, in Kürze gefangen genommen werden könnte – vielleicht sogar Osama Bin Laden selbst.

Im Laufe der beiden folgenden Wochen kam es zu einer Reihe von Gefechten zwischen der pakistanischen Armee und, wie es hieß, Hunderten feindlicher Kämpfer, die auf beiden Seiten zu großen Verlusten führten. Am Ende konnte jedoch kein wichtiger al-Qaida-Führer gefangen genommen werden, und trotz aller Spekulationen in der Weltpresse wurde auch nicht klar, wer hier eigentlich gegen wen kämpfte und weshalb. Die *New York Times* schrieb dazu: «Was wirklich in diesem abgelegenen Teil Pakistans geschah, in dem die Kämpfe stattfanden, bleibt ein Rätsel ... Die entscheidende Frage an die pakistanische Armee lautet: Wie ernst war es ihr wirklich damit, Terroristen zu fangen oder zu töten?» Eine mögliche Antwort darauf lautete, dass der stets vorsichtige Musharraf einen Rauchvorhang erzeugen wollte, um die Ankunft der amerikanischen Special Forces zu verschleiern. Diese Spezialkommandos, Angehörige von Admiral McRavens Task Force 121, machten während des gesamten Frühjahrs und Sommers 2004 in Pakistan Jagd auf Bin Laden, jedoch weitgehend im Verborgenen, sodass sich Musharraf gegenüber dem politischen Druck des Militärs und des Geheimdienstes behaupten konnte. Doch während die Monate verstrichen und die amerikanische Präsidentschaftswahl näher rückte, stellte sich immer drängender die Frage: Wo steckte Osama Bin Laden?

VIII
DER NAHE OSTEN NACH DEM 11. SEPTEMBER

Die Schreckensvision eines amerikanischen Versagens im Irak hat neue Ängste und neue Allianzen entstehen lassen und die amerikanische Politik im Nahen Osten umgestaltet. Vor dem Krieg hatten die Neokonservativen in der Bush-Administration sich selbst sowie den Präsidenten und den Vizepräsidenten davon überzeugt, dass der Weg zu Frieden und Demokratisierung im Nahen Osten über Bagdad führe. War das Regime Saddam Husseins erst einmal Geschichte, so ihre Argumentation, würde sich in allen irakischen Volksgruppen die Demokratie ausbreiten und vom Irak aus auf den Iran, auf Syrien, Saudi-Arabien und den Libanon übergreifen. Und die Länder in der Region würden sich vom Terrorismus ab- und dem Westen zuwenden. Auch die Israelis begrüßten die Invasion, weil sie bedeutete, dass Amerika, ihr treuester Verbündeter, nun mehr Präsenz im Nahen Osten zeigen würde.

Doch die Dinge haben sich anders entwickelt als geplant, und statt Demokratie breitet sich in der Region jetzt Terrorismus aus. Die folgenden Kapitel erzählen von Nationen, die etwas gemeinsam haben: Sie stellen Herausforderungen dar, welche die Bush-Administration – getrieben von ihrer Irak-Obsession – anzugehen nicht bereit war. In Saudi-Arabien ist ein korrupter Herrscherclan selbst in eine islamistische Bewegung verstrickt, die ihn entmachten will. Der Iran, nun die dominante Macht in der Region, steht kurz davor, zur Atommacht aufzusteigen. Die Israelis sind verdrossen und streben eine neue, riskante Partnerschaft mit den Kurden an, während Syrien, der Iran und die Türkei dabei sind, ihre regionalen Zwistigkeiten aufzugeben, um eine neue Allianz zu schmieden. Alle diese Länder sind direkt von der

chaotischen Situation in der Region betroffen, einer Situation, der die Regierung Bush anscheinend kaum zu begegnen weiß. Die Folge: zunehmende Spannungen und zunehmende Gefahr.

1. Saudi-Arabien: Korruption und Kompromiss

Spätestens Anfang 1994 begann die National Security Agency damit, Gespräche zwischen Mitgliedern der saudi-arabischen Herrscherfamilie, deren Oberhaupt König Fahd ist, elektronisch abzufangen und zu sammeln. Diese Unterhaltungen offenbarten das Bild eines zunehmend korrupten Regimes, das sich der religiösen Basis des Landes entfremdet hatte und so geschwächt und verängstigt war, dass es seine Zukunft verschacherte und Hunderte Millionen Dollar Schutzgelder an fundamentalistische Gruppen zahlte, die auf einen Sturz des Königshauses hinarbeiteten.

Anhand der abgefangenen Nachrichten konnten die Analysten erkennen, dass ab 1996 saudisches Geld an Osama Bin Ladens al-Qaida und andere Extremistengruppen in Afghanistan, im Libanon, im Jemen, in Zentralasien und in der gesamten Region des Persischen Golfs floss. «96 ist das Schlüsseljahr», erklärte mir ein amerikanischer Geheimdienstmitarbeiter. «Bin Laden brachte die ganzen bösen Buben – in einer Art großer Allianz – zusammen.» Mit einem Bin Laden, der mehr und mehr «zu einer tödlichen Macht» wurde, mit der man sich auseinander setzen musste, war das saudische Regime «auf die dunkle Seite gewechselt», sagte er.

In Interviews bald nach dem 11. September nannten aktive und pensionierte Geheimdienst- und Militärangehörige die Instabilität des saudischen Regimes – und die Verwundbarkeit der saudischen Ölreserven durch Terroranschläge – als die größte Bedrohung der wirtschaftlichen und politischen Interessen der USA im Nahen Osten. Weiter sagten meine Interviewpartner, dass wie schon zuvor die Regierung Clinton auch die Regierung Bush ungeachtet der noch nicht lange zurückliegenden Terroranschläge davor zurückschreckte, sich dieser Realität zu stellen.

Kurz vor Beginn des Luftkrieges in Afghanistan im Oktober 2001

arrangierten Saudis und Amerikaner während eines Besuchs von Donald Rumsfeld in Saudi-Arabien ein Treffen des amerikanischen Verteidigungsministers mit König Fahd. Die Fotos dieser Begegnung erschienen weltweit in der Presse. Allerdings wusste man in den Vereinigten Staaten zu diesem Zeitpunkt bereits, dass König Fahd seit einem schweren Schlaganfall Ende 1995 nicht mehr in der Lage war, die Amtsgeschäfte zu führen. Während Rumsfelds Visite erzählte mir ein saudischer Berater, dass der König, der rund um die Uhr medizinisch betreut wurde, zwar in einem Stuhl sitzen und die Augen offen halten konnte, üblicherweise aber nicht einmal seine ältesten Freunde wiedererkannte. Aus den von der NSA abgefangenen Gesprächen ging hervor, dass Fahd nur aufgrund eines erbitterten innerfamiliären Machtkampfs auf dem Thron blieb. Bis zu einem gewissen Grad war Fahds nomineller Nachfolger und Halbbruder, Kronprinz Abdullah, derjenige, der de facto die Amtsgeschäfte führte – er und Prinz Sultan, der Verteidigungsminister, waren die Männer, denen Rumsfelds Besuch eigentlich galt.

Aber es gab interne Kämpfe ums Geld: Abdullah hatte die anderen Prinzen gedrängt, gegen die Korruption im Königreich vorzugehen – den mitgehörten Gesprächen zufolge vergeblich. «Der einzige Grund, warum Fahd am Leben erhalten wird», sagte mir ein früherer Berater des Weißen Hauses, «ist der, dass Abdullah nicht König werden kann.»

Besonders erbost waren die amerikanischen Geheimdienstler darüber, dass die Saudis sich schon sehr früh weigerten, dem FBI und der CIA bei der Verfolgung von «Spuren» – bei der Recherche von Namen und anderen Hintergrundinformationen – im Zusammenhang mit den neunzehn Männern zu helfen, die an den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon beteiligt gewesen waren und von denen fünfzehn, wie man annahm, aus Saudi-Arabien stammen sollten. «Ihnen war klar, sobald wir sie einmal baten, ein paar Spuren zu verfolgen, würde die Liste wachsen», meinte ein ehemaliger Geheimdienstler. «Da ist es besser, der Sache von vornherein einen Riegel vorzuschieben.» Schließlich, merkte er an, hatten sich Tausende unzufriedener Saudis fundamentalistischen Gruppen im gesamten Nahen und Mittleren Osten angeschlossen. Einen Monat nach

den Anschlägen bestätigte ein hoher amerikanischer Geheimdienstmitarbeiter die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Saudis und meinte voller Zorn, dass sie «nur eine Konstante kennen – und die lautet, sich selbst an der Macht zu halten».

Die von der NSA abgefangenen Nachrichten enthüllten die in der saudischen Königsfamilie weit verbreitete Heuchelei und beantworteten die Frage, warum sie sich so sehr von der großen Mehrheit ihrer Untertanen entfremdet hatte. Über Jahre hinweg hatte es die angesichts der wachsenden Stärke der fundamentalistischen Bewegung nervös gewordene Regierung versäumt, die der Unzufriedenheit zugrunde liegenden Probleme einer hohen Arbeitslosigkeit und der unzureichenden Bildung in Angriff zu nehmen, und das in einem Land, in dem die Hälfte der Bevölkerung jünger als achtzehn Jahre ist. Die strenge Auslegung des Islams durch die saudi-arabischen Wahhabiten und der Einsatz der *mutawi'a* – der Religionspolizei – zur Durchsetzung der religiösen Vorschriften wurden nur von den Taliban übertroffen. Gleichzeitig füllten die saudischen Prinzen – deren Zahl in die Tausende geht – seit Jahren die Klatschspalten mit Berichten über ihre Saufgelage und Partys mit Prostituierten und belasteten den Staatshaushalt mit Beträgen in Milliardenhöhe. Auch dazu lieferte die von der NSA abgefangene Kommunikation konkretes Material. In einem Telefonat wies Prinz Najif, der seit über zwei Jahrzehnten saudischer Innenminister ist, einen Untergebenen an, der Polizei Beweise für das Engagement von Prostituierten, mutmaßlich durch Mitglieder der Königsfamilie, vorzuenthalten. Dem Gesprächsprotokoll zufolge sagte Najif, er wünsche, dass die «Kundenliste» unter keinen Umständen herausgegeben werde.

So belanglos die abgefangenen Nachrichten gelegentlich waren, in vielen Fällen lieferten die aufgezeichneten Telefonate mehrerer hochstehender Angehöriger der Königsfamilie – darunter Kronprinz Abdullah, Prinz Najif, Prinz Sultan, dessen Sohn Prinz Bandar seit 1983 saudischer Botschafter in den USA ist, sowie Prinz Salman, der Gouverneur der saudischen Hauptstadt Riad – höchst aufschlussreiche Informationen. König Fahds Gesundheitszustand war nach seinem Schlaganfall Gegenstand zahlloser Telefonate, als jeder versuchte,

Vorteil aus der Situation zu schlagen. Am 8. Januar 1997 erzählte Prinz Sultan seinem Sohn Bandar von einem Flug, auf dem er und Prinz Salman den König begleitet hatten. Prinz Sultan klagte, so das Abhörprotokoll, dass der König «kaum mit irgendjemandem sprach», weil er «von all den Medikamenten benommen» war. Der König sei «ein Gefangener in dem Flugzeug» gewesen, fügte Prinz Sultan hinzu.

Diese Bemerkungen gewannen ein paar Tage später an Bedeutung, als die NSA ein Gespräch abhörte, in dem Prinz Sultan seinem Sohn mitteilte, dass der König einem komplizierten Austausch von Kampfflugzeugen mit den Vereinigten Staaten zugestimmt hatte, der fünf F-16-Jets in die saudische Luftwaffe bringen würde. Fahd war offenkundig unfähig, ein solches Abkommen zu schließen oder jemanden daran zu hindern, seinen Namen in geschäftlichen Verhandlungen zu missbrauchen.

In den abgefangenen Telefonaten unterhalten sich die Prinzen in aller Offenheit darüber, wie sie den Staat ausnehmen können, und streiten sogar über die akzeptable Höhe der Entnahmen. Andere Gespräche deuten darauf hin, dass Prinz Bandar in seiner Eigenschaft als Botschafter in London, im Jemen und in der Sowjetunion in Waffendeals verwickelt gewesen war, die ihm «Kommissionen» in Millionenhöhe eingebracht hatten. In einem Interview in der PBS-Nachrichtensendung *Frontline* am 9. Oktober 2001 antwortete Prinz Bandar auf die Frage nach Berichten über Korruption innerhalb der saudischen Königsfamilie fast belustigt, die Familie habe nahezu 400 Milliarden Dollar in die Entwicklung Saudi-Arabiens investiert. «Wenn Sie mir sagen, dass wir beim Aufbau eines ganzen Landes ... 50 Milliarden Dollar missbräuchlich verwendet oder uns mit dieser Summe haben bestechen lassen, dann lautet meine Antwort ja ... Und? Wir haben die Korruption nicht erfunden, ebenso wenig wie diese so genialen Dissidenten sie aufgedeckt haben.»

Die abgefangenen Nachrichten zeigten allerdings deutlich, dass Kronprinz Abdullah entschlossen war, die Korruption einzudämmen. Im November 1996 beispielsweise beklagte er sich darüber, dass Angehörige der Königsfamilie mehrere Milliarden Dollar von einem gewaltigen, staatlich finanzierten Projekt zur Restaurierung der Mo-

schee in Mekka abgezweigt hatten. Er forderte die Prinzen auf, ihre Nebenausgaben unter Kontrolle zu bringen, Ausgaben, die bekanntermaßen Bestechungsgelder verbergen. Trotz der Öleinnahmen weist der saudi-arabische Staatshaushalt seit zwei Jahrzehnten mit der Ausnahme eines Jahres stets ein Defizit auf. Ein paar Monate später blockierte Abdullah laut NSA-Erkenntnissen mehrere Immobiliengeschäfte eines der Prinzen und zog sich damit den Unmut zahlreicher königlicher Angehöriger zu. Weiter schockierte er seine eigenen Söhne, als der Kronprinz ein Dekret erließ, das ihnen untersagte, Partnerschaften mit ausländischen Unternehmen einzugehen, die im Königreich tätig waren.

Prinz Sultan und andere Gegner Abdullahs betrachteten den Kronprinzen als einen Führer, der imstande war, die Beziehungen zum wichtigsten ausländischen Partner des Königreichs zu gefährden – als jemanden, der bereit war, die Vereinigten Staaten und ihre Öl- und Gasgesellschaften wegen Washingtons Unterstützung für Israel abzustrafen. In einem abgefangenen Telefonat, das vom 13. Juli 1997 datiert, informierte Prinz Sultan seinen Sohn Bandar in Washington, dass er Abdullah gesagt habe, er solle «gegenüber den Vereinigten Staaten nicht so feindselig auftreten».

Das Fahd-Regime war ein wichtiger Geldgeber für den antikommunistischen Feldzug der Regierung Reagan in Lateinamerika und ihren erfolgreichen Stellvertreterkrieg gegen die Sowjetunion in Afghanistan gewesen. Mit ihren Ölmilliarden verschafften sich die Saudis in gewaltigem Maß Zugang in Washington und politische Einflussnahme. Über Prinz Bandar spendeten sie mehrere hundert Millionen Dollar an gemeinnützige Organisationen und Bildungsprogramme in den Vereinigten Staaten. Amerikanische Bauunternehmen und Ölgesellschaften machen mit Saudi-Arabien, dem größten Erdölproduzenten der Welt, alljährlich Geschäfte in Milliardenhöhe. Auch der früher von Vizepräsident Dick Cheney geleitete texanische Energie- und Ölservicekonzern Halliburton war Ende 2000 mit einer Reihe von Tochterunternehmen in Saudi-Arabien aktiv.

In der Ära Clinton hieß es «Business as usual» zwischen den Saudis und dem Weißen Haus, was bedeutete, dass Washington die Sau-

dis dazu drängte, amerikanische Produkte wie Boeing-Flugzeuge zu kaufen. Das Königreich galt als ein Vertreter der amerikanischen Interessen im Konzert der Erdöl exportierenden Länder des Nahen Ostens. Die CIA wurde angehalten, keine riskanten Geheimdienstoperationen innerhalb des Landes durchzuführen, und unternahm einem ehemaligen CIA-Mitarbeiter zufolge wenig, um Informanten unter der saudischen Bevölkerung anzuwerben, ein Umstand, der dazu führte, dass die USA nur eingeschränkt über die wachsende Opposition gegen die königliche Familie unterrichtet waren.

1994 setzte sich Mohammed al-Khilewi ab, der Erste Sekretär der Saudischen Mission bei den Vereinten Nationen, und bat um politisches Asyl in den USA. Im Gepäck hatte er nach Angaben seines New Yorker Anwalts Michael J. Wildes ungefähr 14 000 Seiten an internen Regierungsunterlagen, welche die Korruption innerhalb der Königsfamilie, ihre Unterstützung für Terrorgruppen und ihre Menschenrechtsverstöße dokumentierten. Unter anderem behauptete al-Khilewi, dass die Saudis technisch und finanziell die Hamas unterstützt hatten, eine extremistische Islamistengruppe, die gegen Israel kämpft. Im Büro des Anwalts kam es zu einem Treffen al-Khilewis mit zwei FBI-Agenten und einem stellvertretenden Bundesanwalt. «Wir gaben ihnen eine Zusammenfassung der Unterlagen und legten das ganze Paket auf den Tisch», erzählte mir Wildes einen Monat nach dem 11. September. «Aber die Agenten wollten nichts damit zu tun haben.» Es war das erste und letzte Mal, dass er und sein Klient von den Bundesbehörden hörten. Al-Khilewi erhielt politisches Asyl und lebt heute unter anderem Namen in den Vereinigten Staaten.

Die Saudis wurden auch von der außenpolitischen Bürokratie in Washington abgeschirmt. Prinz Bandar verkehre ausschließlich mit den Leuten an der Spitze und treffe sich niemals mit Sachbearbeitern oder dergleichen, berichtete mir ein Saudi-Arabien-Experte der Regierung. «Nur eine ganz kleine Hand voll Leute innerhalb der Regierung ist vertraut mit den amerikanisch-saudischen Beziehungen», erklärte er. «Und das ist Absicht.»

Nach den Terroranschlägen von New York und Washington beharrte die Königsfamilie darauf, dass Saudi-Arabien nie radikale islamische Gruppen finanziell unterstützt habe. Konfrontiert mit Presse-

berichten, denen zufolge ein Teil der beträchtlichen Mittel, mit denen die Monarchie regelmäßig muslimische Wohlfahrtsorganisationen unterstützte, an al-Qaida und andere Terrornetzwerke geflossen war, stritten die Saudis jedes Wissen über derartige Transfers ab. Prinz Sultan wiederholte diese Formel auf einer Pressekonferenz mit Rumsfeld am 3. Oktober, als er sagte, dass Saudi-Arabien «in keiner Weise für eine Unterstützung des Terrorismus eintritt oder einer solchen Unterstützung zustimmt. Niemand im Königreich Saudi-Arabien finanziert solche Gruppen.»

Die abgefangene Kommunikation allerdings veranlasste viele amerikanische Geheimdienstleute zu einem ganz anderen Urteil. Nach Angaben eines mit deren Inhalten vertrauten Regierungsbeamten beispielsweise belegen die Aufzeichnungen, dass die saudische Regierung über Prinz Salman viele Millionen Dollar an islamische Wohlfahrtsverbände gezahlt hat, die die Gelder wiederum an Fundamentalisten weitergeleitet haben. «Wir wussten, dass Salman alle möglichen Gruppierungen unterstützte», sagte der Beamte.

Am 31. Juli 1996 fing die NSA eine verschlüsselte Nachricht des iranischen Geheimdienstes ab, aus der hervorging, dass Abdullah Nuri, ein radikaler Fundamentalist, der zu der Zeit einen Guerillakrieg in Tadschikistan führte, im Iran an einem Treffen mit Osama Bin Laden (von den Iranern als «Kopf der islamistischen Bewegung in Saudi-Arabien» bezeichnet) teilgenommen hatte. Bei dieser Zusammenkunft, so die abgefangene Nachricht, wurde Nuri von Bin Laden aufgefordert, «seinen Bürgerkrieg gegen die tadschikische Führung einzustellen und gegen die Vereinigten Staaten zu kämpfen». Ein führender ägyptischer Terrorist erhielt eine ähnliche Botschaft von Bin Laden. Bereits zu diesem Zeitpunkt oder jedenfalls kurze Zeit später verfügten die amerikanischen Geheimdienste über ausreichende rohe Geheimdienstinformationen, um daraus schließen zu können, dass sowohl Nuri als auch Bin Laden Gelder von prominenten Saudis erhielten.

Die Regierung Bush entschied sich dagegen, wegen der finanziellen Unterstützung für Terrororganisationen und ihrer anfänglichen Weigerung, bei den Ermittlungen behilflich zu sein, auf die saudische Führung Druck auszuüben. «Nach ihren eigenen Maßstäben sind die

Saudi-Araber rückhaltlos kooperativ gewesen», sprach Präsident Bush auf einer Pressekonferenz am 24. September 2001 ein Lob in Richtung Riad aus. Am folgenden Tag kündigten die Saudis offiziell an, ihre diplomatischen Beziehungen zu den Taliban in Afghanistan abzubrechen. Acht Tage später wurde Verteidigungsminister Donald Rumsfeld auf einer Pressekonferenz mit Prinz Sultan in Saudi-Arabien gefragt, ob er den Saudis zur Weiterleitung an ihre Geheimdienste eine Liste der Terroristen übergeben habe, die im Zusammenhang mit den Anschlägen vom 11. September verdächtigt wurden. Rumsfeld, der in den Medien oft für seine Direktheit bewundert wurde, antwortete ausweichend: «Ich stehe, wie ich bereits sagte, nicht mit dem Federal Bureau of Investigation in Kontakt, das die Ermittlungen führt ... Ich habe allen Grund zu der Annahme, dass die Beziehung zwischen unseren beiden Ländern so eng ist, dass sicherlich alle Informationen dem Königreich Saudi-Arabien zugänglich gemacht worden sind.» Im Gegenzug machten die Saudis Rumsfeld ein Geschenk – sie genehmigten den amerikanischen Streitkräften, ein vor dem Golfkrieg errichtetes Kontroll- und Kommandozentrum für den bevorstehenden Krieg gegen die Taliban zu nutzen. Unter der Voraussetzung, dass kein Wort über die Abmachung an die Öffentlichkeit drang, hatten die Saudis in den Jahren zuvor den USA bereits erlaubt, von vorgeschobenen Basen auf saudischem Boden aus Sonderoperationen durchzuführen.

Die amerikanische Militäraktion in Afghanistan ließ nicht nur in der internationalen Erdölindustrie die Alarmglocken schrillen, sondern auch in den Reihen der Geheimdienstler, die Kenntnis hatten von einer Mitte der achtziger Jahre erstellten und zu diesem Zeitpunkt noch geheimen CIA-Studie über die Verwundbarkeit der saudischen Ölfelder durch Terroranschläge. Der Bericht war «so geheim», verriet mir ein ehemaliger CIA-Agent, «dass er auf Papier getippt» und nicht in das Computersystem der Agency eingegeben worden war, was bedeutete, dass nur einige wenige Auserwählte ihn erhalten hatten. Einem Informanten zufolge, der den Bericht gesehen hatte, schloss er mit der Warnung, dass Terroristen bereits mit geringen Mengen explosiver Stoffe die saudischen Ölfelder für zwei Jahre stilllegen konnten.

Die Sorge um die Sicherheit der Ölfelder wuchs nach dem 11. September sowohl in den USA als auch in Saudi-Arabien beträchtlich. Ein früherer hochrangiger Geheimdienstangehöriger sagte, die saudischen Herrscher säßen ängstlich «auf einem Fass Dynamit» – den Ölfeldern. «Sie sind in Panik, dass jemand die Lunte ansteckt.»

«Die Vereinigten Staaten sind eine Geisel der Stabilität des saudischen Systems», äußerte ein prominenter Ölmanager aus dem Nahen Osten, der nicht mit Namen genannt werden wollte, in einem Interview ein paar Wochen nach den Anschlägen. «Es ist an der Zeit, sich der Wahrheit zu stellen. Der Krieg wurde von Bin Laden erklärt, aber es gibt Tausende Bin Ladens. Sie bestimmen das Spiel – die Agenda. Es ist eine neue Form des Krieges. Diese fabelhafte Militärmaschinerie, über die ihr verfügt, ist absolut nutzlos. Ich habe», ergänzte der Ölmanager, der seit drei Jahrzehnten eng mit der saudischen Führung zusammenarbeitet, «mit diesen Leuten gesprochen. Ich habe ihnen zugehört. Leute wie ich haben euch getäuscht. Wir sagen, dass ihr den Islam nicht versteht, aber das ist eine banale Analyse. Wir versuchen euch zufrieden zu stellen, aber wir werden seit Jahren gekränkt.»

Das saudische Regime «spielt ein gefährliches Spiel» und wird, so meinte der Manager, «früher oder später explodieren». Über die Terroristen vom 11. September sagte er: «Jetzt bestimmen sie das Timing. Wenn sie eine vergleichbare Operation in Saudi-Arabien durchführen, wird der Ölpreis um 100 Dollar pro Barrel steigen. Das ist eine komplizierte Angelegenheit und harte Arbeit. Man muss die Feinheiten verstehen. Aber es gibt, das versichere ich Ihnen, von George Bush bis Colin Powell niemanden, der sich mit Ihnen hinsetzen und Ihnen eine Analyse der islamischen Welt geben kann. Und das sind die Entscheidungsträger. Ich fürchte», fuhr er fort, «dass wir an den Punkt kommen werden, an dem ein Amerikaner in einer fundamentalistischen Gesellschaft nicht mehr über die Straße gehen kann.»

Um den politischen Druck auf das Regime zu mindern, hatte die saudische Führung in den achtziger Jahren einen Teil ihrer Autorität auf die *mutawi'a* – die Religionspolizei – übertragen und ihr eine größere Rolle im Alltag zugestanden. Im Oktober 2001 kritisierte ein Saudi-Arabien-Experte der US-Regierung, dass den religiösen Führern die Kontrolle über die Presse und das Bildungssystem einge-

räumt worden war. «Heute haben zwei Drittel der saudischen Universitätsabsolventen einen Abschluss in Islamlehre», sagte mir ein früherer Präsidentenberater. Im Laufe der Jahre gab es kaum Versuche amerikanischer Diplomaten oder des Weißen Hauses, mäßigend auf die an Schärfe gewinnende antiamerikanische Rhetorik in Saudi-Arabien einzuwirken. «Die Vereinigten Staaten waren vollauf mit ihren privaten Vereinbarungen» – mit den Prinzen – «beschäftigt, während in der saudischen Presse die Kacke am Dampfen war», kritisierte der ehemalige Berater. «Das war ein gewaltiger Fehler.»

Ein hoher amerikanischer Diplomat, der viele Jahre in Saudi-Arabien im Dienst war, erinnerte sich an die dunklen Vorahnungen, die ihn beschlichen, als er in Riad eine Ausbildungsübung an der angesehensten Militärakademie des Landes mit verfolgte. «Es war heiß, und ich sah den Kadetten beim Exerzieren zu», erzählte er. «Die Offiziere saßen bei kühlen Getränken in einem *suradiq*» – einem großen Pavillon – «und erteilten ihre Befehle per Lautsprecher. Wie viele dieser jungen Männer, dachte ich bei mir, würden diesen Offizieren folgen und im Kampf für sie sterben?» Auf seiner jüngsten Reise durch Saudi-Arabien, fuhr der Diplomat fort, gelangte er zu der Überzeugung, dass «eine Gruppe von zwanzig oder dreißig Fundamentalisten im Militär keine allzu großen Probleme haben würde, die Führung zu übernehmen. Wie würde das Königreich auf den Schock reagieren, den ihm eine kleine, aber rücksichtslose, hoch motivierte und blitzschnell zuschlagende Gruppe versetzen könnte?»

«Die Saudis sind so viele Jahrzehnte lang verhätschelt worden», fügte er hinzu. «Sie sind so verwöhnt. Sie haben immer ihren Willen bekommen. Es gibt kaum etwas, womit wir die ‹majestätische Dringlichkeit› ihres Fortschritts behindern könnten. Wir sind», sagte er in Anspielung auf die christlichen Gefangenen, die zur Elitetruppe des Osmanischen Reichs ausgebildet wurden, «ihre Janitscharen.»

«Das politische Dilemma ist Folgendes», sagte ein hoher General zu mir. «Wie helfen wir den Saudis, einen Übergang zu schaffen, ohne das Kind mit dem Bad auszuschütten? Die Kids», meinte er mit Blick auf die jungen Fundamentalisten, die auf den Straßen des Königreichs demonstrierten, «sind größer als der Daddy.»

2. Der Iran: Die nächste Atommacht?

Ende 2001 entstand der Anschein, als wäre der Iran – vom State Department als einer der aktivsten Förderer des Staatsterrorismus gebrandmarkt – auf dem besten Wege, einer der neuesten und überraschendsten Verbündeten der Vereinigten Staaten in ihrem Kampf gegen Osama Bin Laden und al-Qaida zu werden – eine Entwicklung, die einem der ältesten Verbündeten der USA ganz und gar nicht behagte. Am 24. Oktober, zwei Wochen nach Beginn des amerikanischen Feldzugs in Afghanistan, entsandte Israel eine Regierungsdelegation zu offiziellen Gesprächen nach Washington. Unter den Abgesandten waren Gideon Frank, der Generaldirektor der israelischen Atomenergiekommission, und Generalmajor Uzi Dayan, der Leiter des Nationalen Sicherheitsrats von Israel. Ihr Auftrag lautete, den Amerikanern – nicht zum ersten Mal – neue Belege dafür zu präsentieren, dass der Iran Anstrengungen unternahm, zur nächsten Atommacht aufzusteigen.

Die Botschaft der Israelis, so das Resümee eines Teilnehmers der Gespräche, war in charakteristischer Weise direkt: Das iranische Atombombenprogramm machte rasche Fortschritte, und dagegen musste etwas unternommen werden.

Der israelische Vorstoß brachte die Regierung Bush in ein Dilemma. Der Iran, der seit langem enge religiöse und politische Beziehungen zu Afghanistan unterhielt, hatte Washington mit sensiblen Geheimdienstinformationen über Afghanistan versorgt und angeboten, amerikanische Aufklärungs- und Rettungshubschrauber von Stützpunkten auf iranischem Boden aus operieren zu lassen. Seit dem 11. September hatte der iranische Präsident Mohammed Khatami, ein Reformer, der bessere Beziehungen zu Washington anstrebte, Bin Ladens Auslegung des Islams wiederholt kritisiert. Im Verhältnis zu den Taliban war der Iran darauf bedacht, seine politischen Interessen – und seine Landesgrenzen – zu schützen. Die amerikanischen Nachrichtendienste waren sich jedoch unsicher darüber, wie weit die Unabhängigkeit Khatamis von den konservativen Religionsführern des Landes reichen konnte. Die Mullahs kontrollierten noch immer die iranischen Geheimdienste, welche die Hisbollah und andere ge-

gen Israel operierende Terrorgruppen finanzierten und eng mit ihnen zusammenarbeiteten.

Das geheime iranische Atomprogramm wurde von den amerikanischen Nachrichtendiensten aufmerksam beobachtet, und seit Mitte der neunziger Jahre hatten amerikanische und israelische Beamte bei geheimen Treffen mehrfach ihre Erkenntnisse über das Atomprogramm des Irans ausgetauscht. Israel verfügte seit Jahrzehnten über ein Atomwaffenarsenal, auch wenn das niemals öffentlich zugegeben wurde. Der Iran bestritt von jeher, sich um eine eigene Atombombe zu bemühen. «Ich hasse diese Waffe», hatte Khatamis Vorgänger Haschemi Rafsandschani 1997 im NBC-Nachrichtenmagazin *Meet the Press* verkündet. Dessen ungeachtet vertraten viele amerikanische und israelische Geheimdienstler die Ansicht, dass der Iran nur noch drei bis fünf Jahre brauchen würde, um funktionsfähige Atomsprengköpfe zu entwickeln. Die dringliche Frage lautete, ob das Land den «Point of no Return» – den Punkt, an dem die Entwicklung der heimischen Atomtechnologie durch Exportkontrollen oder die Unterbrechung potenzieller Nachschubwege nicht mehr aufgehalten werden konnte – bereits überschritten hatte. «Sie stehen näher an diesem Punkt, als uns lieb sein sollte – wobei mich der Umstand, dass wir nicht genau sagen können, wie weit sie sind, noch zusätzlich beunruhigt», meinte ein amerikanischer Geheimdienstbeamter mir gegenüber.

Das iranische Atomprogramm gibt es seit Mitte der siebziger Jahre. Damals investierte der ehrgeizige Schah Mohammed Resa Pahlewi, der im Ölgeld schwamm und auf amerikanische Unterstützung zählen konnte, schätzungsweise sechs Milliarden Dollar in Atomprojekte. Siemens stellte bei Buschehr unweit des Persischen Golfs zwei Reaktoren zum überwiegenden Teil fertig. Tausende Iraner gingen ins Ausland, um dort Physik und verwandte Fächer zu studieren. Amerikanische Geheimdienstberichte deuteten darauf hin, dass der Schah darüber hinaus das Ziel verfolgte, eine Atombombe zu bauen; er hatte ein Atomwaffenentwicklungsteam eingesetzt und verdeckte Bemühungen unternommen, die für die Atomwaffenproduktion notwendigen Materialien und das entsprechende Know-how zu erwerben.

Diese Aktivitäten fanden mit dem Sturz des Schahs 1979 und der Machtübernahme durch die von Ajatollah Ruhollah Khomeini geführte provisorische Revolutionsregierung ein abruptes Ende. In *Going Nuclear*, seiner Studie über die Ausbreitung von Atomwaffen, bemerkte der Proliferationsexperte Leonard S. Spector 1987 vorausschauend, dass die amerikanischen Politiker, hätten sie nur mehr von der Macht des islamischen Fundamentalismus und der antiamerikanischen Stimmung im Iran verstanden, wahrscheinlich weitaus aggressiver versucht hätten, der neuen Regierung in Teheran das atomare Vermächtnis des Schahs vorzuenthalten. Dennoch schien es die gesamten achtziger Jahre hindurch kaum Grund zur Besorgnis gegeben zu haben, da der Iran und der Irak in dieser Zeit einen verheerenden Krieg gegeneinander führten, der beide Länder nachhaltig schwächte. Das iranische Atomprogramm war im Grunde eingestellt worden, und die halb fertig gestellten Reaktoren bei Buschehr wurden bei einem irakischen Bombenangriff schwer beschädigt.

Der Krieg endete 1988 mit der iranischen Niederlage. Die herrschenden Mullahs wandten sich wieder einmal an die Bundesrepublik und an Siemens, aber auf Druck Washingtons – der iranische Schlachtruf lautete nach wie vor «Tod den Amerikanern» – beschloss die deutsche Regierung, das atomare Engagement im Iran zu beenden.

Zu der Zeit führte die Tatsache, dass sowohl der Iran als auch die Sowjetunion mit den USA verfeindet waren, noch zu keiner engeren Verbindung zwischen den beiden Ländern. Nach Ajatollah Khomeinis Tod 1989 wurden die geopolitischen Karten jedoch neu gemischt, und die religiöse Führung in Teheran schloss ein umfassendes Rüstungs- und Handelsabkommen mit den Sowjets ab, das auch eine Zusammenarbeit in allen Bereichen der «friedlichen Nutzung der Atomenergie» vorsah. Die Regierung Jelzin verpflichtete sich, die ausgebombten Anlagen in Buschehr wieder aufzubauen, und 1995 unterzeichneten die beiden Staaten einen Kontrakt über 800 Millionen Dollar, in dem die Russen ihre Hilfe beim Bau eines großen Reaktors in Buschehr zusagten, der von einem russisch-iranischen Team betrieben werden sollte. Inzwischen ist an dem Standort ein gewaltiger Gebäudekomplex entstanden. Zudem startete Russland ein Trai-

ningsprogramm für iranische Physiker und Techniker. Allerdings befinden sich, wie ich Ende 2001 von amerikanischen Geheimdienstbeamten erfuhr, die wichtigsten iranischen Atomproduktionsanlagen nicht in Buschehr, das von der IAEO regelmäßig inspiziert wird, sondern sind über das ganze Land verteilt an geheimen, vom Militär kontrollierten Standorten.

Nach pakistanischem Vorbild hatte der Iran zur Verschleierung seines Atomprogramms zu diesem Zeitpunkt bereits ein undurchschaubares Geflecht von verdeckten Unternehmen aufgebaut. In den zwei Jahren vor dem 11. September hatten nach Angaben eines hohen Beamten im Pentagon die Geheimdienste «umfangreiche Ausschachtungen» registriert, die im Zusammenhang standen mit der Errichtung versteckter atomarer Produktionsanlagen. «Wir wissen, dass sie tief gehen und dass sie heimlich arbeiten», sagte mir der ehemalige Pentagon-Mitarbeiter. Ein israelischer Geheimdienstler bestätigte, dass die versteckten Standorte «über das ganze Land verteilt sind». Offenkundig hofften die Iraner, die potenziellen Schäden einer, wie ein amerikanischer Geheimdienstoffizier es nannte, «Neuauflage der israelischen Form der Nichtweiterverbreitung» – eines präventiven Luftangriffs – minimieren zu können. 1981 hatten israelische Kampfflugzeuge den kurz vor der Fertigstellung stehenden irakischen Atomreaktor Osirak angegriffen und zerstört. Ein europäischer Diplomat, der zwei Jahrzehnte lang geheime UN-Missionen im Iran durchgeführt hatte, sagte Ende 2001 im Gespräch zu mir: «Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, den Bluff aufzudecken. Jetzt ist es an der Zeit für die Vereinigten Staaten, auf den Iran zuzugehen oder sich gegen ihn zu stellen.»

Ursprünglich konzentrierten sich die amerikanischen und israelischen Geheimdienste weniger auf die iranischen Fortschritte beim Bau einer Atombombe als vielmehr darauf, was der Iran von den Russen an fertigem Material kaufen könnte. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 waren viele russische Militäroffiziere, die ihren Truppen den Sold nicht mehr auszahlen konnten, mehr als bereit, Waffen, darunter auch Raketen, zu verkaufen – egal, an wen. Auch in den ehemaligen Sowjetrepubliken fanden sich nach dem Abzug der

Russen atomare Restbestände, und man nimmt an, dass der Iran Anfang der neunziger Jahre ernsthaft bemüht war, vom gerade in die Unabhängigkeit entlassenen Kasachstan spezielle Produkte und das für den Bau von Atombomben notwendige Know-how zu erwerben.

Unter der Regierung Clinton wurden einige bescheidene Erfolge im Kampf darum erzielt, die Folgen der russischen Habgier einzudämmen und den Iran am Erwerb einer Atombombe zu hindern. Mit Hilfe des israelischen Geheimdienstes Mossad kamen amerikanische Agenten einer kleinen Gruppe deutscher, tschechischer und ukrainischer Privatunternehmen auf die Spur, die bereit waren, Atomtechnologie auch an fragwürdige Interessenten zu verkaufen, und überzeugten sie davon, ihre Kontakte zum Iran abzubrechen. Andere potenzielle Handelspartner wurden mit Hilfe diplomatischer Initiativen, wirtschaftlicher Sanktionen oder Hilfeleistungen und politischen Drucks dazu bewogen, keine Geschäfte mit dem Iran zu machen. Doch die Regierung Clinton stellte in ihrer gesamten zweiten Amtszeit weiterhin die Bedrohung durch Saddam Husseins Regime in den Vordergrund – eine Gewichtung, die den Druck auf den Iran lockerte. «Das war immer eine Frage der Prioritäten», erinnerte sich ein ehemaliger Pentagon-Mitarbeiter. «Die NATO-Erweiterung war wichtiger, und dann gab es noch Bosnien, den Kosovo und Tschetschenien.»

Nach George W. Bushs Wahl im Jahr 2000 wurden die Iran-Treffen zwischen amerikanischen und israelischen Geheimdienstlern eingestellt. Beide Seiten waren, wie ein früherer Regierungsmitarbeiter erklärte, nicht versessen darauf gewesen, die Treffen fortzuführen. «Als Bush das Ruder übernahm, verschwanden sie vom Radarschirm des Weißen Hauses», sagte der ehemalige Regierungsmitarbeiter. «Und die Israelis haben bei den neuen Jungs nicht wirklich auf eine Fortsetzung gedrängt. Das mochte zum Teil daran gelegen haben, dass die Neuen Zeit brauchten. Und zum Teil an der Intifada», die von den Palästinensern wieder aufgenommen worden war. Ein anderer Beamter meinte, die Israelis hätten zu Beginn von Bushs Präsidentschaft schlicht «die Klappe nicht so weit aufgerissen». Der Haushaltsvorschlag der Regierung Bush für das Jahr 2002 sah eine drastische Kürzung der von der Clinton-Administration für Programme zur Siche-

rung des russischen Atomarsenals bereitgestellten Mittel vor. Ein Faktor dabei war die Absicht der Bush-Regierung, Putin dazu zu bewegen, den ABM-Vertrag von 1972 aufzukündigen und sich Washington beim Aufbau eines weltweiten Raketenabwehrsystems anzuschließen.

Nach amerikanischen Angaben verfügte Israel 2001 über Beweise, dass mindestens zwei russische Exportfirmen illegal hochspezialisierte Aluminium- und Stahlerzeugnisse, die für die Herstellung und den Betrieb von Gaszentrifugen unerlässlich sind, an den Iran geliefert hatten. Im Oktober 2001 wandten sich die Israelis mit ihren Erkenntnissen an die amerikanische Regierung, genauer gesagt an John Bolton, Bushs Staatssekretär für Rüstungskontrolle und internationale Sicherheit. Doch sie mussten feststellen, dass die amerikanische Regierung vollauf mit dem Irak, mit dem bevorstehenden Krieg gegen Osama Bin Laden und die Taliban und mit ihren neuen Alliierten im Krieg gegen den Terrorismus beschäftigt war.

Ende 2001 schätzten die amerikanischen Geheimdienste in ihren offiziellen Bewertungen die Gefahr der Proliferation durch den Iran im Vergleich zum Irak als größer ein. «Jeder weiß, dass der Iran das nächste Proliferationsland ist – das heißt in den Besitz einer Atomwaffe gelangen wird», berichtete mir zu jener Zeit ein amerikanischer Geheimdienstanalyst, der auf das Thema spezialisiert war. «Der Iran wird auf höchster Regierungsebene seit zwei Jahren als die höchstwahrscheinlich nächste Atommacht gehandelt.» Nach dem Golfkrieg hätten die weithin kritisierten UN-Inspektionen «das irakische Atomprogramm weitgehend ausgeschaltet». Die Iraker, fügte er hinzu, «haben das Wissen – sie könnten sehr schnell wieder voll einsteigen, aber die internationale Gemeinschaft lässt das nicht zu. Sie sind nicht so weit wie der Iran.» Das iranische Streben nach der Bombe, meinte er, «wird sich durch Exportkontrollen und Diplomatie nicht unter Kontrolle bringen lassen».

Dennoch konzentrierte sich die Regierung Bush auch weiterhin auf die vom Irak ausgehende Bedrohung. «Es ist wichtiger, sich mit dem Irak auseinander zu setzen als mit dem Iran, weil es im Irak keine Anzeichen für eine Verbesserung gibt», begründete ein hochran-

giger Stratege der Bush-Administration Ende 2001 im Gespräch mit mir das Vorgehen. «Im Iran gibt es Menschen, die sich offen gegen die Regierung stellen. Also besteht die Aussicht, dass der Iran sich bessern wird. Aber im Irak gibt es nichts, was einem Anlass zur Hoffnung geben könnte, weil Saddam sein Volk so brutal unterdrückt. Was werden wir tun, wenn er vier Leuten von al-Qaida Milzbrandsporen gibt? Wenn der Irak von der Bildfläche verschwunden ist», sagte er, «werden wir uns auf eine völlig andere Weise den Iran vornehmen.»

Die iranische Hilfe beim Krieg in Afghanistan und eine ganze Reihe innenpolitischer Entwicklungen – vom wachsenden Unmut über die religiöse Beengtheit bis hin zur Partizipation von Frauen am politischen Leben – waren für die amerikanische Regierung ermutigende Zeichen. Gleichzeitig war man sich in Washington, wie ein amerikanischer Regierungsvertreter berichtete, durchaus bewusst, dass der Iran nach wie vor an der Entwicklung einer Atombombe arbeiten würde. «Selbst wenn Thomas Jefferson Präsident wäre, würde das den Iran nicht daran hindern, zur Atommacht aufzusteigen», meinte er.

Wie entschlossen die Regierung Bush gegen die iranischen Bemühungen, eine Atombombe zu entwickeln, vorgehe, hinge mit dem Fortschritt und dem Ergebnis des Krieges gegen den Terrorismus zusammen, gestanden israelische Regierungsbeamte in privaten Gesprächen ein. «Es wird ganz darauf ankommen, wie erfolgreich sie in Sachen Osama Bin Laden sind», sagte ein israelischer Beamter. «Wenn der Terror anhält, bleibt den USA keine andere Wahl, als den Iran um Hilfe zu bitten.»

Ein amerikanischer Vierstemegeneral brachte die Frage der Prioritäten Ende 2001 auf den Punkt: «Wir werden den Pakistanis und den Russen sagen, sie sollen ihre Unterstützung für die iranische Bombe einstellen», sagte der General. «Aber das ist Kapitel zwei, nachdem wir unseren Jungen» – Bin Laden – «in einen Leichensack gesteckt haben.»

Im August 2002 gab der Nationale Widerstandsrat Iran eine Pressekonferenz in Washington. Die kurz darauf aufgelöste Oppositionsgruppe war der politische Arm der Mudschaheddin-e-Khalq, der

Volksmudschaheddin, die das State Department seit 1997 auf seiner Liste der Terrororganisationen führte. Der Nationale Widerstandsrat betrieb über Jahrzehnte Lobbyarbeit in Washington und lieferte – nicht immer zutreffende – Informationen über den Iran. Dieses Mal hatte man sich etwas Neues einfallen lassen: Vertreter der Organisation verkündeten, sie hätten Beweise, die zeigten, dass der Iran in der Wüste südlich von Teheran insgeheim zwei große Atomwaffenanlagen errichtet hatte. Sie wurden mit beeindruckender Genauigkeit beschrieben. Die eine, unweit von Natanz, war von iranischen Regierungsvertretern als Teil eines Programms zur Wüstenbekämpfung bezeichnet worden. Die von Stacheldraht umgebene Anlage umfasste nach Angaben des Nationalen Widerstandsrats zwei knapp zehn Meter unter der Erde liegende und von fast drei Meter dicken Betonwänden geschützte Arbeitsbereiche. Die zweite Anlage, die den Informationen zufolge zur Produktion von schwerem Wasser für die Herstellung waffenfähigen Plutoniums diente, befand sich in Arak und wurde nach außen hin als Energieunternehmen betrieben.

Schließlich überprüften Inspekteure der IAEO die Angaben des Nationalen Widerstandsrats – und fanden sie bestätigt. In einem Gebäude, zu dem die Inspekteure bei einer Visite im März 2003 nur eingeschränkten Zugang erhalten hatten, entdeckten sie bei einer späteren Inspektion eine hinter einer Wand aus Kisten versteckte Zentrifugenanlage. Die Inspektoren ermittelten später, dass einige der Zentrifugen aus Pakistan stammten. Darüber hinaus stießen sie an Zentrifugenteilen, die im Iran und in Pakistan hergestellt worden waren, auf Spuren von hochangereichertem Uran. Die IAEO konnte nicht unmittelbar feststellen, ob das Uran aus Pakistan kam. Das angereicherte Material konnte auch vom schwarzen Markt, von einem noch unbekannten Lieferanten oder aus iranischen Produktionsanlagen stammen.

Im Oktober 2003, nachdem sie monatelang dementiert und Ausflüchte vorgebracht hatte – und die IAEO-Inspekteure immer mehr Belastungsmaterial zusammengetragen hatten –, gestand die iranische Regierung der IAEO offiziell ein, dass der Iran heimlich geringe Mengen angereichertes Uran und Plutonium hergestellt und einen Pilot-Schwerwasserreaktor betrieben hatte: samt und sonders poten-

zielle Verstöße gegen den auch vom Iran unterzeichneten Atomwaffensperrvertrag. Weiter gab Teheran zu, dass einige der geheimen Programme seit achtzehn Jahren betrieben wurden. Zunächst behaupteten die religiösen Führer, die iranischen Wissenschaftler hätten allein und ohne ausländische Hilfe gearbeitet. Später bekannten sie zwar, dass dies nicht stimmte, weigerten sich aber zu sagen, wer Unterstützung gewährt hatte.

Bei einer Reise in den Nahen Osten im Februar 2004 erfuhr ich, dass die unter der Bezeichnung Unit 8200 firmierende israelische SIGINT-Einheit einige Jahre zuvor einen hoch entwickelten iranischen Kode geknackt und zwischen dem Iran und Pakistan ausgetauschte Nachrichten abgefangen hatte, in denen es unter anderem um das expandierende iranische Atomwaffenprogramm ging. Die israelischen Geheimdienste verfügten über zahlreiche verdeckte Kontakte im Iran, die noch aus der Zeit des Schahs herrührten, als man enge Verbindungen dorthin unterhalten hatte. Sie pflegten ebenfalls gute Beziehungen zu zahlreichen iranischen Oppositionsgruppen wie dem Nationalen Widerstandsrat, dem sie ihre Erkenntnisse über das iranische Atomprogramm zuspielten. Er habe gewusst, teilte mir ein hoher IAEO-Mitarbeiter hinterher mit, dass die Informationen des Nationalen Widerstandsrats auf den israelischen Geheimdienst zurückgingen, weigerte sich aber, mir seine Quelle zu verraten. Ein israelischer Diplomat in Washington, den ich um einen Kommentar bat, sagte: «Warum sollten wir mit einer Mickymaus-Veranstaltung wie dem Nationalen Widerstandsrats zusammenarbeiten?»

Die Israelis ließen die von ihnen abgefangenen Nachrichten ihren amerikanischen Kollegen zukommen, behauptete ein ehemaliger hoher Geheimdienstmitarbeiter, und diese Nachrichten belegten, dass hochrangige Regierungsmitarbeiter in Islamabad und Teheran häufig über die IAEO-Untersuchungen und ihre Konsequenzen konferierten. «Worauf es hier ankommt, ist die Auslegung», sagte der ehemalige Geheimdienstler. «Wenn man die Schlagworte weglässt, sagen die Iraner unterm Strich: ‹Wir müssen bei der IAEO mitspielen. Wir wollen unsere Deckung nicht aufgeben, aber wir müssen etwas Bewegung zeigen. Auf keinen Fall können wir gegen die Meinung der Weltöffentlichkeit gehen – auf keinen Fall. Wir müssen zeigen, dass

wir kooperieren, und die Europäer auf unsere Seite ziehen.›» Zu der Zeit verhandelte der Iran mit der Europäischen Union über Handels- und andere Fragen. Aus den abgefangenen Nachrichten ging jedoch eindeutig hervor, so der Exgeheimdienstmitarbeiter, dass die Iraner nicht die Absicht hatten, ihr atomares Potenzial aufzugeben. Die Antwort der Pakistanis lautete: «Gebt nicht alle Karten aus der Hand. Wir werden euch helfen.» Aber die Pakistanis, fügte er hinzu, schickten noch eine weitere Botschaft: «Verfolgt eure eigenen Interessen.»

Nach Ansicht des Informanten haben Pakistan und der Iran die Krise überstanden. «Beide haben getan, was zu tun sie angekündigt hatten, und keiner von beiden hat darunter gelitten. Keiner hat Schaden davongetragen. Die öffentliche Darstellung lautet, dass der Iran niemals so weit gekommen ist – und das ist Schwachsinn.» Im Juni 2004 erfuhr ich von IAEO-Inspektoren, dass der gewaltige Komplex bei Natanz, der über 80000 Quadratmeter groß sein soll und sich noch im Bau befindet, in ein paar Monaten ein Dach erhalten wird, das mit Sand bedeckt werden kann. Sobald das geschehen ist, wird der Komplex «für Satelliten unsichtbar und können die Iraner zusätzliche unterirdische Geschosse hinzufügen», sagte ein IAEO-Vertreter.

Der hochrangige Angehörige eines Nachrichtendienstes, der Zugang zu den Protokollen der geheimen iranisch-pakistanischen Kommunikation hat, sagte mir bei einem Gespräch in Tel Aviv, Israel sei nach wie vor überzeugt, dass «die Iraner am Bau der Bombe festhalten. Der Iran hat der IAEO lediglich bereits bekannte Informationen gegeben, die er nicht geheim halten kann. Es gibt vieles, was er noch nicht offen gelegt hat.» Der israelische Geheimdienst, fügte er hinzu, habe im Iran weitere Erdarbeiten und andere mit dem Atomprogramm in Zusammenhang stehende unterirdische Aktivitäten beobachtet.

Die iranische Führung beharrte darauf, dass ihr Ziel die Atomenergie sei und nicht die Herstellung von Atomwaffen, während die IAEO in einem öffentlichen Bericht im November 2003 kurz davor stand, dem Iran den Bau einer Atombombe zu unterstellen. «Es ist unverkennbar, dass der Iran es über einen längeren Zeitraum hinweg in mehreren Fällen versäumt hat, seine Verpflichtungen ... in Bezug

auf die Berichterstattung über nukleares Material und seine Verarbeitung und Verwendung ... zu erfüllen. Bis heute liegen keine Beweise dafür vor, dass die oben erwähnten und zuvor nicht deklarierten nuklearen Materialien und Aktivitäten in Zusammenhang mit einem Atomwaffenprogramm standen.»

In privaten Gesprächen mit mir äußerten sich die hochrangigen Proliferationsexperten allerdings weit weniger zurückhaltend. «Ich weiß, was sie getan haben», sagte ein IAEO-Experte in Wien über die Iraner. «Sie haben uns die ganze Zeit über angelogen, und sie haben uns die ganze Zeit über betrogen.» Meine Frage, ob der Iran seiner Meinung nach bereits über eine Bombe verfüge, beantwortete er mit Nein. Auf die Frage, ob der Iran seiner Meinung nach über genügend angereichertes Uran für den Bau einer Bombe verfüge, sagte er: «Ich bin mir nicht sicher.»

3. Israel, die Türkei und die Kurden

Israel, das zu den enthusiastischsten Befürwortern des Irakfeldzugs gezählt hatte, warnte im Juli 2003 die Regierung in Washington erstmals davor, dass die von den USA geführte Besatzung des Iraks noch in jenem Sommer mit einer Zunahme von Aufständen, mit Bombenanschlägen und Attentaten zu rechnen habe. Israelische Geheimdienstquellen im Irak berichteten, dass die Aufständischen von iranischen Agenten und anderen ausländischen Kämpfern unterstützt wurden, die über die unbewachte Grenze zwischen dem Iran und dem Irak ungehindert ins Land eindrangen. Die Israelis forderten die Vereinigten Staaten auf, die knapp 1500 Kilometer lange Grenze um jeden Preis zu schließen.

Doch die Grenze blieb offen. «Die Regierung hat die Warnungen des israelischen Geheimdienstes in Sachen Iran nicht ignoriert», erklärte der stellvertretende Direktor des dem Weißen Haus nahe stehenden Washington Institute for Near East Policy, Patrick Clawson, Mitte 2004. «Es stimmt, wir haben letzten Sommer nichts unternommen, um die Grenze zu schließen, aber unsere Einstellung war, dass es gut ist, wenn die Iraker Kontakte zu normalen Iranern haben, die

über die Grenze kommen, und es strömten jeden Tag Tausende herüber, beispielsweise um Pilgerfahrten zu machen. Die Frage, vor der wir standen», führte er aus, «lautete: ‹Rechtfertigt das diesen Preis? Wollen wir die Iraker isolieren?› Unsere Antwort war, dass dieser Preis gerechtfertigt ist, solange die Iraner keine Waffen in die Hand nehmen und auf uns schießen.»

«Die Israelis», fuhr Clawson fort, «waren letzten Sommer ganz entschieden anderer Meinung. Ihre Befürchtungen waren ganz unmittelbar – die Iraner gründen soziale und gemeinnützige Organisationen im Irak und missbrauchen sie dazu, um Leute zu rekrutieren, die bewaffnete Anschläge auf die Amerikaner ausführen.»

Im Herbst 2003 unternahm ein ehemaliger amerikanischer Regierungsmitarbeiter, der den Krieg unterstützt hatte, eine entmutigende Reise durch den Irak. Im Anschluss besuchte er Tel Aviv, wo er die Erfahrung machte, dass die Israelis gleichermaßen desillusioniert waren. Ihrer Meinung nach hatten die Amerikaner ihre Warnungen und Ratschläge ignoriert und würden deshalb im Kampf gegen die Aufständischen weiterhin keine Fortschritte erzielen. «Ich habe stundenlang mit hochrangigen Vertretern der israelischen Politik und der Nachrichtendienste gesprochen», erzählte der ehemalige Regierungsmitarbeiter, «und was sie sagten, war: ‹Ihr werdet das mit dem Irak nicht schaffen. Sollten wir nicht ein Worst-Case-Szenario planen und uns überlegen, wie wir damit umgehen?›»

Zur selben Zeit nahm es der ehemalige israelische Premierminister Ehud Barak, der die amerikanische Invasion in den Irak unterstützt hatte, auf sich, Vizepräsident Dick Cheney in einem privaten Gespräch zu warnen, dass Amerika im Irak verloren habe. Einem ihm nahe stehenden Amerikaner zufolge sagte Barak, Israel habe «erfahren, dass man als Besatzungsmacht unmöglich siegen kann». Jetzt gehe es nur noch darum, so Barak zu Cheney, «das Ausmaß Ihrer Erniedrigung zu bestimmen». Der Vizepräsident antwortete nicht auf Baraks Einschätzung der Lage. Cheneys Büro verweigerte jeden Kommentar zu diesem Gespräch.

Bei mehreren Interviews mit Regierungsvertretern in Europa, im Nahen Osten und in den Vereinigten Staaten im Spätfrühling 2004 erfuhr ich, dass Israel Ende 2003 zu dem Urteil gelangt war, die Re-

gierung Bush sei nicht in der Lage, im Irak für Stabilität zu sorgen, geschweige denn eine Demokratie einzuführen, und deshalb musste Israel nach anderen Optionen suchen. Die israelische Führung war nunmehr überzeugt, dass hinsichtlich einer Lösung der Probleme im Irak «die Rechnung nicht aufgeht. Es ist vorbei. Nicht militärisch – militärisch können die Vereinigten Staaten im Irak nicht besiegt werden –, aber politisch», so berichtete mir ein ehemaliger Angehöriger des israelischen Militärgeheimdienstes. Die Regierung von Premierminister Ariel Sharon habe beschlossen, dass zur Begrenzung der Schäden an der strategischen Position Israels seine langjährige Beziehung zu den irakischen Kurden aus- und eine signifikante Bodenpräsenz in der halbautonomen Kurdenregion aufgebaut werden müsse, wurde mir gesagt. Mehrere Offizielle verurteilten Sharons Entscheidung, die mit einem beträchtlichen finanziellen Aufwand einhergeht, als einen potenziell gefährlichen Schritt, der angesichts des sich ausbreitenden Aufstands im Irak zu noch mehr Chaos und Gewalt führen könnte.

Bereits bis Mitte 2004 hatten sich israelische Militärangehörige und Agenten insgeheim in Kurdistan an die Arbeit gemacht. Sie bildeten kurdische Kommandoeinheiten aus und führten, aus israelischer Sicht weitaus wichtiger, verdeckte Operationen in den kurdischen Gebieten im Iran und in Syrien durch. Zu den israelischen Einsatzkräften gehören auch Angehörige des legendären Auslandsgeheimdienstes Mossad, die verdeckt als kurdische Geschäftsleute und zumindest in einigen Fällen ohne israelische Papiere operieren.

Aufgefordert, vor Abdruck meines Berichts im *New Yorker* über die israelische Präsenz in den Kurdengebieten einen Kommentar abzugeben, antwortete Mark Regev, der Sprecher der israelischen Botschaft in Washington: «Die Geschichte ist ganz einfach nicht wahr, und die betroffenen Regierungen wissen, dass sie nicht wahr ist.» Vertreter der Kurden lehnten ebenso wie ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums jeden Kommentar ab.

Ein hoher CIA-Mitarbeiter dagegen bestätigte in einem Gespräch mit mir, dass die Israelis in der Tat Operationen in Kurdistan durchführten. Die Israelis, meinte er, «glauben, dass sie dort sein müssen». Die Frage, ob sie Washington um eine Genehmigung gebeten hätten,

quittierte er mit einem Lachen. «Kennen Sie irgendjemanden, der den Israelis sagen könnte, was sie tun oder lassen sollen? Sie werden immer das tun, was am ehesten in ihrem Interesse ist», sagte er und merkte an, dass die israelische Präsenz in den Kurdengebieten in amerikanischen Geheimdienstkreisen weithin bekannt sei.

Die israelische Entscheidung, in Kurdistan stärker Fuß zu fassen – von dem früheren israelischen Geheimdienstmitarbeiter als «Plan B» bezeichnet –, verstärkte die Spannungen zwischen der Türkei und Israel und wurde von türkischen Politikern scharf verurteilt, auch löste sie mit der Bildung einer neuen Allianz zwischen dem Iran, Syrien und der Türkei – alles Länder mit einer signifikanten kurdischen Minderheit – eine wichtige regionale Verschiebung aus. Anfang Juni 2004 stand im *Intel Brief,* einem privat verteilten Geheimdienst-Newsletter, produziert von Vincent Cannistraro, dem pensionierten CIA-Antiterrorchef, und Philip Giraldi, der in den späten achtziger Jahren stellvertretender Leiter der CIA-Station in Istanbul gewesen war, Folgendes zu lesen: «Laut vertraulichen Berichten türkischer Quellen ist die Türkei zusehends beunruhigt über die zunehmende israelische Präsenz in Kurdistan und die mutmaßliche israelische Unterstützung der kurdischen Bemühungen zur Bildung eines unabhängigen Staates ... Die Türken verweisen darauf, dass die umfangreichen israelischen Geheimdienstoperationen im nördlichen Irak auch antisyrische und antiiranische Aktivitäten einschließlich der Unterstützung iranischer und syrischer Kurden umfassen, die in Opposition zu ihren jeweiligen Regierungen stehen.»

In den Jahren nach dem ersten Golfkrieg hatten die Kurden in den drei irakischen Nordprovinzen dank der Flugverbotszone und mit Hilfe eines UN-Mandats, das ihnen einen Anteil an den irakischen Erdöleinnahmen garantierte, ein hohes Maß an Unabhängigkeit erreicht. Für die Mehrheit der Kurden aber reicht das «historische Kurdistan» weit über die irakischen Grenzen hinaus bis in den Iran, nach Syrien und in die Türkei hinein. Aus ebendiesem Grund fürchten diese drei Länder, dass die Kurden ungeachtet öffentlicher Zusicherungen des Gegenteils ihre Unabhängigkeit von der irakischen Interimsregierung erklären werden, sollten sich nach der Rückgabe der Souveränität ihre Bedingungen nicht verbessern.

Es ist nicht das erste Mal, dass die Israelis sich in Kurdistan engagieren. In den sechziger und siebziger Jahren unterstützte Israel im Rahmen seiner Strategie, Bündnisse mit nichtarabischen Völkern im Nahen Osten zu bilden, aktiv eine kurdische Rebellion gegen den Irak. 1975 wurden die Kurden von den Vereinigten Staaten verraten, als sich Washington der Entscheidung des Schahs anschloss, die Unterstützung für die kurdischen Autonomiebemühungen im Irak einzustellen. Verrat und Gewalt kennzeichneten die folgenden zwei Jahrzehnte. Im Irak wurden die Kurden von Saddam Hussein, der seine Luftwaffe und Giftgas gegen sie einsetzte, brutal unterdrückt. Ab 1984 führte die separatistische Kurdische Arbeiterpartei PKK in der Türkei einen blutigen Unabhängigkeitskampf, der fünfzehn Jahre andauerte und auf den die türkische Regierung mit äußerster Rücksichtslosigkeit gegen die Separatisten reagierte. Insgesamt kamen bei den Kämpfen über 30 000 Menschen ums Leben, die meisten davon Kurden. Im Frühjahr 2004 erging eine Ankündigung der PKK, die sich jetzt Kongra-Gel (Volkskongress Kurdistan) nennt, den seit fünf Jahren andauernden einseitigen Waffenstillstand zu beenden und den Kampf um ein unabhängiges Kurdistan wieder aufzunehmen.

Im Irak dagegen traten Befürchtungen auf, die Kurden könnten die Stadt Kirkuk und damit auch die reichen Ölvorkommen der Region besetzen. Die Kurden betrachten Kirkuk und die umliegende Ölregion als Teil ihrer historischen Heimat, auch wenn die Bevölkerungsmehrheit der Stadt inzwischen aus arabischen Irakern besteht, die Saddam Hussein in den siebziger Jahren im Rahmen seines Feldzugs zur «Arabisierung» des Nordiraks dort hatte ansiedeln lassen. «Wenn die Kurden Kirkuk bedrohen, werden die sunnitischen Aufständischen zusammen mit den Türken dort reingehen, und es wird zu einem Blutbad kommen», sagte ein auf den Irak spezialisierter amerikanischer Militärexperte. «Aber selbst wenn die Kurden Kirkuk erobern würden, könnten sie das Öl gar nicht außer Landes schaffen, da alle Pipelines durch das sunnitisch-arabische Kernland verlaufen.»

Die Führung der irakischen Kurden tobte, als die Vereinigten Staaten Anfang Juni 2004 einer UN-Resolution zur Wiederherstellung der irakischen Souveränität zustimmten, welche die Interimsverfassung nicht bestätigte, in der den Kurden das Vetorecht in einer permanen-

ten Verfassung zugesichert worden war. Die kurdischen Führer verloren keine Zeit und warnten Präsident Bush in einem Brief, dass sie mit einer von den Schiiten kontrollierten Regierung keineswegs kooperieren würden, solange sie nicht die Zusicherung erhielten, dass ihre Rechte geschützt würden. «Das kurdische Volk ist nicht länger bereit, sich als Bürger zweiter Klasse im Irak behandeln zu lassen», hieß es in dem Brief weiter.

Ein hochrangiger deutscher Sicherheitsexperte sagte in einem Interview kurz vor der Machtübergabe im Irak, dass «ein unabhängiges Kurdistan mit ausreichenden Ölreserven enorme Konsequenzen für Syrien, den Iran und die Türkei» hätte und ungeachtet der Entwicklung im restlichen Irak zu einer weiteren Destabilisierung im Nahen Osten führen würde. Gleichzeitig herrschte weithin die Überzeugung vor, so ein anderer hoher deutscher Beamter, dass einige Elemente innerhalb der Regierung Bush – er bezog sich speziell auf die Fraktion um Paul Wolfowitz – ein unabhängiges Kurdistan tolerieren würden. Das, warnte der Deutsche, wäre ein Fehler.

Eine kurdische Unabhängigkeitserklärung würde unweigerlich eine türkische Reaktion – und wahrscheinlich einen Krieg – provozieren sowie das Ende einer Allianz bedeuten, die sich für Israel als sehr wichtig erwiesen hat. Im Laufe des letzten Jahrzehnts ist zwischen der Türkei und Israel eine enge diplomatische und wirtschaftliche Partnerschaft entstanden, und jedes Jahr reisen Tausende israelische Touristen in die Türkei. Auch wenn der türkische Widerstand gegen den Krieg im Irak die Beziehung belastet hat, ist die Türkei nach wie vor westlich orientiert; im Gegensatz dazu herrschten zwischen der Türkei und Syrien lange Jahre sehr angespannte Beziehungen, und die beiden Länder standen mehrfach kurz vor einer offenen Auseinandersetzung. Das Verhältnis zwischen der Türkei und dem Iran ist von Rivalität gekennzeichnet, und insbesondere der Widerspruch zwischen der prowestlichen türkischen Haltung und der rigiden Theokratie im Iran sorgt für Spannungen. Doch die gemeinsame Angst vor einem unabhängigen Kurdistan hat diese Differenzen in den Hintergrund gedrängt.

Bei einem Gespräch im Mai 2004 sagte ein europäischer Außenminister, dass ein «Zerbrechen» der israelischen Allianz mit der Türkei ein großer Rückschlag für die Region wäre. «Um Chaos zu vermeiden, müssen die Nachbarn als gemeinsame Einheit zusammenarbeiten», sagte er, schränkte aber ein, dass dies durch die Neigung der Israelis erschwert werde, mit Ausnahme der Kurden sämtliche Nachbarn als Feinde zu betrachten.

Die israelische Führung, sagte ein früherer amerikanischer Geheimdienstmitarbeiter, betrachtete die irakischen Anführer der Schiitenmilizen wie Muktada al-Sadr als «Strohmänner» des Irans, dessen Unterstützung in den Bereichen Logistik, Kommunikation und Training sie einen Großteil ihrer Erfolge im Kampf gegen die von den Amerikanern geführte Koalition verdankten. «Letzten Sommer entdeckten wir erstmals die typischen Anzeichen für eine organisierte Ausbildung, aber das Weiße Haus wollte nichts davon hören», sagte der frühere Geheimdienstmitarbeiter. «‹Wir können uns jetzt nicht noch ein Problem schaffen›, sagten sie. ‹Wir können es uns nicht leisten, den Iran so weit unter Druck zu setzen, dass ein Show-down unvermeidlich wird.›»

Im Sommer 2003 wies die Regierung Bush laut einem mir vorliegenden Dokument die Marines an, unter der Bezeichnung «Operation Stuart» einen detaillierten Plan zur Festnahme und, wenn nötig, Ermordung Muktada al-Sadrs auszuarbeiten. Die Operation wurde abgeblasen, als sich herausstellte, dass al-Sadr über das Vorhaben informiert worden war, erklärte mir der frühere Geheimdienstmitarbeiter. Sieben Monate später, nachdem al-Sadr den Winter damit verbracht hatte, Unterstützung für seine Bewegung zu mobilisieren, ließ die von den USA geführte Koalition seine Zeitung schließen und löste damit eine Krise aus, die al-Sadr gestärkt überstand. Dies bedeutet, dass er in den politischen und militärischen Machenschaften nach der Übergabe der Souveränität eine wichtige und unwillkommene Rolle spielen dürfte.

Das unmittelbare Ziel der Israelis nach der Rückgabe der Souveränität bestand dem ehemaligen Geheimdienstmitarbeiter zufolge darin, «die kurdischen Kommandoeinheiten als Gegengewicht zu den schiitischen Milizen aufzubauen – insbesondere gegenüber den

Milizen, die jener Art Ordnung im südlichen Irak, die Israel begrüßt, feindselig gegenüberstehen. Natürlich», fügte er hinzu, «würde Israel die kurdischen Milizen ebenfalls von der Leine lassen, sollte eine von fanatischen Sunniten geführte Baathisten-Miliz – die Israel ebenso unversöhnlich ablehnt, wie Saddam Hussein das tat – die Kontrolle an sich reißen.» Die Peschmerga genannten kurdischen Streitkräfte zählen schätzungsweise 75 000 Mann und sind damit weitaus stärker als alle bekannten sunnitischen und schiitischen Milizen.

Wie der israelische Exgeheimdienstler bestätigte, hat Israel Ende 2003 begonnen, kurdische Kommandoeinheiten nach dem Vorbild der Mistaravim-Kommandos auszubilden, den höchst effizienten und geheim operierenden israelischen Kommandoeinheiten. Das Nahziel der israelischen Hilfe für die Kurden, erklärte der ehemalige Geheimdienstmitarbeiter, bestand darin, sie in die Lage zu versetzen, das zu tun, was die amerikanischen Kommandoeinheiten nicht geschafft hatten – Informationen über die schiitischen und sunnitischen Aufständischen zu beschaffen, die Organisationen zu unterwandern und ihre Führungskader zu eliminieren. «Man war», sagte er, «zu dem Urteil gelangt, dass dies die effizientere Methode war, den Aufstand in den Griff zu bekommen.» Ob solche Missionen bereits durchgeführt worden waren, konnte ich nicht in Erfahrung bringen.

«Sehen Sie», fuhr er fort, «Israel hat die Kurden von jeher auf eine machiavellistische Weise unterstützt – als Gegengewicht zu Saddam. Das ist Realpolitik. Durch die Allianz mit den Kurden erhält Israel Augen und Ohren im Iran, im Irak und in Syrien. Und außerdem», merkte er an, «stieß die israelische Beziehung zu den Kurden in der Regierung Bush gar nicht so sehr auf Ablehnung.» Das Problem war vielmehr, dass «die zusehends enge Beziehung zwischen den Kurden und Israel bald die Türken über alle Maßen beunruhigte. Ihr Einwand lautete, dass dieselben kurdischen Kommandos, die für Einsätze im Irak ausgebildet werden, auch in die Türkei eindringen und dort angreifen könnten.» Wie ich darüber hinaus Mitte 2004 von sichtlich alarmierten hohen deutschen Beamten erfuhr, lagen dem Bundesnachrichtendienst Hinweise vor, dass Israel seinen neuen Einfluss in Kurdistan und innerhalb der kurdischen Gemeinden im Iran und in Syrien für Geheimdienstzwecke und operative Einsätze nutzte.

Patrick Clawson vom Institute for Near East Policy äußerte die Ansicht, dass Israel den Iran als die bei weitem größte Gefahr für seine nationale Sicherheit betrachten muss. Angesichts der Tatsache, dass Israel mit seiner Präsenz in Kurdistan über eine Möglichkeit verfügt, Erkenntnisse über die iranischen Bemühungen zum Bau einer Atombombe zu gewinnen, wäre es «eine sträfliche Unterlassung, wenn Israel sich dort nicht engagieren würde». Auch der ehemalige hohe amerikanische Geheimdienstmitarbeiter sagte, dass vom israelischen Standpunkt aus die Beziehung mit den Kurden «von größerem Wert ist als eine Verbesserung der Beziehungen zur Türkei. ‹Wir mögen die Türkei, aber wir müssen ein Auge auf den Iran haben.›»

Der hochrangige deutsche Sicherheitsexperte dagegen sagte, dass die Regierung Bush seiner Meinung nach den Iran von Anfang an falsch eingeschätzt habe. «Die Iraner wollen die Amerikaner im Irak festnageln und dafür sorgen, dass sie dort alle Hände voll zu tun haben, aber sie wollen kein Chaos», meinte er. Ein hoher europäischer Beamter sekundierte: «Die Iraner wären bereit, im Südirak positiv zu intervenieren, wenn sie eine Gegenleistung erhielten, aber dazu ist Washington nicht bereit. Die Regierung Bush wird die Iraner nicht um Hilfe bitten, und die Syrer kann sie nicht um Hilfe bitten. Wer soll die Vereinigten Staaten retten?» Zu Beginn der amerikanischen Invasion im Irak, erzählte er, hätten mehrere europäische Spitzenbeamte zu ihren Kollegen im Iran gesagt: «Sie werden die Sieger in der Region sein.»

«Die Kurden waren die letzte überlebende Gruppe mit Gewicht im Irak, die den Vereinigten Staaten noch nahe stand», sagte der frühere hohe israelische Geheimdienstmitarbeiter. «Die Frage lautete nur, wie sie das mit den Türken in Einklang bringen konnten.» Gut möglich, dass dies nicht gelingen wird. Bei einem Frühstück in Ankara Mitte 2004 sagte ein hoher türkischer Regierungsvertreter zu mir: «Israel war vor dem Krieg in Kurdistan aktiv, und Israel ist dort jetzt wieder aktiv. Das ist sehr gefährlich für uns – und für Israel. Wir wollen keinen geteilten Irak, und wir werden nicht tatenlos zusehen. Wir werden», zitierte er ein beliebtes türkisches Sprichwort, «eine Decke verbrennen, um einen Floh zu töten. Wir haben es den Kurden gesagt:

‹Wir haben keine Angst vor euch, aber ihr solltet Angst vor uns haben.›» Ein türkischer Diplomat, mit dem ich später sprach, war sehr direkt: «Wir haben unseren israelischen und kurdischen Freunden mitgeteilt, dass das Wohlwollen der Türkei davon abhängt, dass der Irak zusammengehalten wird», sagte er. «Wir werden keine alternativen Lösungen unterstützen.»

Ein anderer hoher türkischer Beamter berichtete, seine Regierung habe gegenüber dem israelischen Außenministerium «ganz offen ihre Bedenken» im Hinblick auf die militärischen Aktivitäten Israels in Kurdistan geäußert. «Aber sie haben die Ausbildungen und den Kauf von Immobilien abgestritten und behauptet, dass dahinter keine offiziellen Stellen stehen, sondern Privatpersonen. Natürlich weiß unser Geheimdienst, dass dies nicht stimmt.»

In Unterhaltungen mit Diplomaten aus dem Nahen Osten sagte der türkische Außenminister Abdullah Gul, wie ich von einem Diplomaten erfuhr, dass die israelischen Aktivitäten und die Aussicht auf ein unabhängiges Kurdistan «uns vor eine Wahl stellen, die in Wahrheit gar keine Wahl ist – die Wahl zwischen Überleben und Bündnistreue». Ein dritter türkischer Beamter sagte zu mir: «Wir können ein ‹Kurdistan› tolerieren, wenn der Irak intakt bleibt, aber niemand kennt die Zukunft – nicht einmal die Amerikaner.»

«Wenn das alles mit einem geteilten Irak endet», meinte der erste hohe türkische Beamte, «dann wird das dem Nahen Osten noch mehr Blut, Tränen und Schmerz bescheren, und Sie [die Vereinigten Staaten] werden dafür verantwortlich gemacht werden. Von Mexiko bis Russland werden alle sagen, dass die Vereinigten Staaten im Irak eine geheime Agenda verfolgt haben: dass Sie hierher kamen, um den Irak zu zerbrechen. Wenn der Irak auseinander fällt, wird Amerika das der Welt nicht erklären können.» Der türkische Beamte verglich die Situation mit dem Auseinanderfallen Jugoslawiens, fügte aber hinzu: «Auf dem Balkan gab es kein Öl. Wenn man einem Volk die Unabhängigkeit gewährt, so lautet die Lektion von Jugoslawien, dann wollen alle die Unabhängigkeit haben.» Wenn das geschieht, sagte er, dann wird «Kirkuk zum Sarajewo des Iraks werden. Wenn dort etwas passiert, wird es unmöglich sein, die Krise einzudämmen.»

Im Mai 2004, als der Folterskandal von Abu Ghraib in den Medien hohe Wellen schlug, wurde einem Führungsmitglied der Republikanischen Partei die beruhigende Nachricht überbracht, dass sich Vizepräsident Cheney in seiner üblichen direkten Art in die Angelegenheit eingeschaltet habe. Dem Parteiführer wurde mitgeteilt, Cheney habe Donald Rumsfeld angerufen und ihm die schlichte Botschaft übermittelt: Keine Rücktritte. Wir stehen das durch.

Cheney sorgte sich nicht um die nationale Sicherheit der USA. Vielmehr diente dieses Telefonat einem politischen Zweck – es sollte demonstrieren, dass das Weiße Haus jede Krise unter Kontrolle bringen werde, die eine Wiederwahl von George W. Bush zu gefährden drohte. Die Enthüllungen über Abu Ghraib konnten, wenn sie nicht eingedämmt wurden, in der Öffentlichkeit die Zweifel darüber verstärken, ob der Irakkrieg klug und richtig gewesen war und ob die manchmal grausamen Geheimdienstoperationen gerechtfertigt waren, die dazu im Vorfeld durchgeführt worden waren. Darüber hinaus mussten sich das Weiße Haus und das Pentagon gemeinsam bemühen, den Kongress und die Medien davon abzuhalten, ein brisantes Geheimnis zu enthüllen – dass Angehörige einer supergeheimen amerikanischen Spezialeinheit in Abu Ghraib tätig gewesen waren. Die Führung des Weißen Hauses war seit Januar 2004 über die Probleme in Abu Ghraib informiert und auch darüber, dass es Fotos und Videoaufnahmen gab, die irgendwann an die Öffentlichkeit dringen würden. Wie wir gesehen haben, ignorierte man in der militärischen Befehlskette die Möglichkeit, dass auch höhere Instanzen in die Vorfälle verwickelt gewesen sein könnten, und beeilte sich stattdessen, die einfachen Militärpolizisten – die «Kinder am Ende der Nahrungskette» – zu bestrafen, welche die Misshandlungen durchgeführt hatten, was ein leitender Geheimdienstmitarbeiter folgendermaßen ausdrückte: «Da sind ein paar junge Hillbillys außer Kontrolle geraten.»

Doch der Eindruck bleibt bestehen, dass dies Rumsfelds Krieg war, seine Rechthaberei und Unerbittlichkeit dazu führten, dass immer wieder falsche Ziele bombardiert oder Unschuldige eingekerkert wurden. Es war indes nicht ungewöhnlich, dass sich Cheney einmischte, um die Vorfälle in Abu Ghraib zu verschleiern; es zeigte vielmehr, dass die Spitzen der Regierung gut zusammenarbeiteten. George Bush sprach davon, «sie in ihren Löchern auszuräuchern» und sie «tot oder lebendig» zu fassen. Und Rumsfeld war derjenige, der dafür die erforderlichen Mechanismen entwickelte. Der Verteidigungsminister stellte sich den schwierigen Pressekonferenzen und fing die Empörung der Öffentlichkeit ab, wie im Fall von Abu Ghraib, aber auch der Präsident und der Vizepräsident waren in die Angelegenheit einbezogen und ständig über alles im Bilde. Rumsfeld erledigte die Dreckarbeit und hütete die Geheimnisse, doch er und die beiden Führer des Weißen Hauses bildeten ein gut eingespieltes Team.

Es gibt so vieles an dieser Präsidentschaft, was wir nicht wissen und vielleicht auch nie erfahren werden. Einige der wichtigsten Fragen sind noch gar nicht gestellt worden. Wie haben sie es geschafft? Wie konnten sich acht oder neun neokonservative Ideologen, die in einem Krieg gegen den Irak die Antwort auf den internationalen Terrorismus sahen, auf der ganzen Linie durchsetzen? Wieso konnten sie so mühelos die amerikanische Regierung umsteuern und festgefügte Prioritäten der US-Politik über den Haufen werfen? Wie gelang es ihnen, die Bürokratie auszuspielen, die Presse einzuschüchtern, den Kongress hinters Licht zu führen und sich das Militär unterzuordnen? Ist unsere Demokratie wirklich so fragil? Ich habe in diesem Buch einige der Mechanismen darzustellen versucht, mit denen das Weiße Haus arbeitete – den Missbrauch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse, die enge Verbindung mit Ahmed Tschalabi, die Weigerung, auch abweichende Meinungen zur Kenntnis zu nehmen, die mangelnde Bereitschaft, militärische Fehlschläge einzugestehen, und die Unfähigkeit – oder Unwilligkeit – des Präsidenten und seiner wichtigsten Berater und Mitarbeiter, zwischen Muslimen, die den Terrorismus unterstützten, und jenen, die ihn verabscheuten, zu un-

terscheiden. Die vergangenen Jahre aufzuarbeiten und in ihrer Bedeutung verständlich zu machen wird eine Aufgabe für Journalisten, Politikwissenschaftler und Historiker sein.

Viele dieser Fehlentwicklungen waren klar absehbar. Dass die Regierung die geheimdienstlichen Erkenntnisse über die Verbindungen des Iraks zu al-Qaida und die daraus erwachsenden Bedrohungen der nationalen Sicherheit der USA manipulierte und verfälschte, war kein Geheimnis in Washington, wie aus diesem Buch hervorgeht. Aber dennoch veröffentlichte der von den Republikanern geführte Geheimdienstausschuss des Senats nach einjährigen Untersuchungen im Juli 2004 einen Bericht, in dem es hieß, die entscheidenden Fehler seien nicht im Weißen Haus, sondern in der CIA begangen worden, deren Analysten die Zusammenhänge nicht richtig erkannt hätten. Ein Anhang zu diesem Bericht zeigte deutlich, welches Durcheinander in Washington herrschte. Die drei einflussreichen Demokraten John D. Rockefeller aus West Virginia, stellvertretender Vorsitzender des Geheimdienstausschusses, Carl Levin aus Michigan, der dem Streitkräfteausschuss angehört, und Richard Durbin aus Illinois distanzierten sich in einer separaten Erklärung von den zentralen Feststellungen des Berichts. «Bedauerlicherweise zeichnet dieser Bericht ein unvollständiges Bild der Ereignisse in dieser Zeit», schrieben sie und wiesen darauf hin, dass die «zentralen Fragen», nämlich wie die nachrichtendienstlichen Erkenntnisse von der Regierung missbraucht worden seien und welche Rolle Ahmed Tschalabi in den Monaten vor dem Krieg spielte, in einem weiteren Bericht behandelt werden würden – der jedoch erst nach der Präsidentschaftswahl veröffentlicht werden würde. «Daher», so fuhren sie fort, «vermag dieser erste Bericht des Ausschusses nicht hinreichend zu erklären, unter welch immensem Druck die Mitarbeiter der Geheimdienste standen, die zu Fragen bezüglich des Iraks Einschätzungen abgeben mussten, während sich die Politiker bereits öffentlich klar festgelegt hatten.»

Dennoch setzten Rockefeller, Levin und Durbin ihre Namen unter den Bericht und ließen ihn dadurch als ein von beiden Parteien getragenes, einmütig verabschiedetes Dokument erscheinen. Doch wiederum bleiben viele Fragen offen. Warum vertraten die Demokraten

ihre Auffassungen nicht nachdrücklicher? Wie stark wurden die republikanischen Ausschussmitglieder vom Weißen Haus unter Druck gesetzt? Warum hinterfragte die Presse die vorgelegten Fakten nicht kritisch? Die inneren Abläufe in diesem Ausschuss erscheinen in vielfacher Hinsicht wichtiger und interessanter als seine Feststellungen.

Während ich das Manuskript zu diesem Buch abschließe, im August 2004, führt die Bush-Administration weiter einen Krieg im Irak: auf eine Weise, die klar macht, dass sie ihn nicht gewinnen kann. Trotz Ausgaben in Milliardenhöhe für Hightech-Satelliten und elektronische Überwachungssysteme, trotz der vielen, nicht bezifferten Millionen, die an Informanten gezahlt wurden, und trotz der Entsendung bestausgebildeter Spezialeinheiten ist es seit Beginn dieses Krieges nicht gelungen, verlässliche Informationen über die Aufstände zu gewinnen – so wie all diese Systeme uns auch nicht verraten konnten, dass Saddam Hussein keine Massenvernichtungswaffen besaß. Im Frühjahr und im Sommer 2003 operierten die Aufständischen noch in kleinen Zellen aus zwei oder drei Leuten, die man nicht unterwandern konnte. Ein Jahr später waren aus diesen Zellen Gruppen von zehn bis fünfzehn Männern geworden, die nach Belieben in Bagdad und im Norden des Iraks zuschlagen konnten, während die amerikanischen Geheimdienste noch immer nicht in der Lage waren, die Aufständischen aufzuspüren und Maßnahmen gegen sie zu ergreifen. Ahmed Tschalabi hatte in Washington endgültig ausgespielt, als das ganze Ausmaß seiner kriminellen Machenschaften bekannt wurde. Das Weiße Haus sah sich gezwungen, Ijad Allawi als neuen irakischen Ministerpräsidenten einzusetzen, einen Mann, der früher Saddam Hussein gedient hatte und dann zur CIA übergelaufen war. Die US-Regierung hat keinen strategischen Plan, der darüber hinausgeht, den unhaltbaren Allawi bis nach der US-Präsidentschaftswahl im November 2004 im Amt zu halten.

Eine Reihe amerikanischer Militärplaner hatte gehofft, dass die stark gefährdeten und nur unzureichend geschützten Amerikaner im Irak sich in ihren Offensivoperationen nach der offiziellen Übergabe der Kontrolle an die Irakis auf mutmaßliche Aufstandsnester be-

schränken und möglicherweise, wenn sich die Bomben- und Terroranschläge fortsetzen, zu einem «Hohlraum-Konzept» übergehen könnten, wie es einige Planer bei den Vereinigten Stabschefs ausdrückten – zu einer Taktik schrittweiser Rückzüge, die schließlich bei dem von US-Truppen kontrollierten internationalen Flughafen in der Nähe von Bagdad enden würden. Die amerikanische Mission würde sich dann auf den Schutz der eigenen Soldaten reduzieren, und es würde den von den Amerikanern ausgebildeten irakischen Polizei- und Armeeeinheiten überlassen bleiben, Sicherheit im Land herzustellen. Der militärische Rückzug der Amerikaner würde dann, wie bereits die seit Frühjahr 2004 verminderten US-Patrouillen, durch verstärkte Bombardierungen und den Einsatz größerer Feuerkraft kaschiert werden.

Im Spätsommer 2004 indessen hat die Bush-Administration, die es in früheren Krisen stets abgelehnt hatte, amerikanische Soldaten ausländischem Kommando zu unterstellen, Truppen auf Geheiß von Ministerpräsident Allawi, so äußerten sich Kommandeure, gegen einen Schiitenführer in Marsch gesetzt.

Aber die zunehmende amerikanische Verstrickung im Irak wird erst aufhören, wenn sich die politische Führung in Washington ändert. «Wenn man eine bestimmte Situation verändern will», erklärte mir im Sommer 2004 ein hoher europäischer Geheimdienstmitarbeiter, «braucht man eine Vision. Und man muss respektiert werden. Ihr aber werdet nicht respektiert.»

Nach Auffassung der Europäer wäre noch immer eine Lösung möglich, wenn sich die Bush-Administration zu Verhandlungen mit den Nachbarn des Iraks, vor allem mit Syrien und dem Iran, bereit finden würde. Doch bislang weigern sich die Ideologen in Washington, sich auf die real existierende Welt einzulassen, gleichwohl werden sie einer regionalen Konferenz zustimmen müssen. «Um ein Chaos zu vermeiden», sagte mir ein europäischer Außenminister, «brauchen sie die Nachbarn. Die positiven Optionen sind sehr begrenzt, aber wir müssen die territoriale Integrität des Iraks bewahren. Eine internationale Konferenz ist notwendig, um die Lage zu stabilisieren.» Dabei muss es vordringlich darum gehen, die Kurden oder andere Gruppen davon abzuhalten, sich vom irakischen Staat abzu-

spalten, was weitere kriegerische Auseinandersetzungen nach sich ziehen würde. «Das Denken der Amerikaner hat sich verändert», meinte dieser Außenminister. «Sie denken jetzt anders. Ich verstehe das nicht.»

In dem anderen Krieg, jenem in Afghanistan, stirbt ebenfalls eine beträchtliche Anzahl amerikanischer Soldaten oder wird verwundet – aber darüber erfährt man wenig auf den Titelblättern der Zeitungen oder in den Nachrichtensendungen. Obwohl im Sommer 2004 17 000 amerikanische und 6500 NATO-Soldaten im Land standen, kontrollierten die Taliban immer größere Gebiete im Süden und im Osten, und der von den Amerikanern eingesetzte Übergangspräsident Hamid Karsai konnte im Zentrum von Kabul noch immer nur unter massivem Schutz von – überwiegend amerikanischen – Leibwächtern auftreten. Die immer wieder angekündigten Parlamentswahlen wurden auf unbestimmte Zeit verschoben, während die Präsidentenwahl, an der der Bush-Regierung so viel gelegen ist, um einen Monat verschoben und nach jetzigem Informationsstand für Oktober 2004 angesetzt wurde. Doch unabhängig davon, ob diese Wahlen stattfinden oder nicht, für Afghanistan liegt eine Demokratie noch in weiter Ferne. Europäische Staatsführer haben Angst vor einem politischen Zusammenbruch in diesem Land, der auch der NATO, die sich auf Drängen Washingtons dort engagiert hat, schweren Schaden zufügen würde.

George W. Bush versicherte in seinen Wahlkampfauftritten im Sommer 2004 dem Publikum, seine Politik habe Amerika sicherer gemacht. «Wir haben die Kurve gekriegt», lautete die Kernaussage seiner Wahlreden. «Wir bringen Amerika voran, indem wir Freiheit und Frieden in die Welt tragen.» Irak und Afghanistan, sagte er, «werden jetzt von starken Führern regiert. Sie sind auf dem Weg zu freien Wahlen.» Amerika, so fügte er hinzu, werde seine Feinde überall auf der Welt angreifen, «damit wir uns nicht zu Hause mit ihnen auseinander setzen müssen». Der Präsident verschwieg jedoch die nicht vorhandenen Massenvernichtungswaffen, die wachsende Zahl gefallener amerikanischer Soldaten, die zivilen Opfer in Afghanistan und im Irak und die verheerenden Folgen des Krieges für das alltägliche Le-

ben der Iraker. Er verschwieg die für ihn wenig erfreulichen Urteile des Obersten Gerichtshofs, der im Juni 2004 die rechtliche Grundlage des nach dem Krieg im Irak aufgebauten Gefängnissystems bemängelte und feststellte, dass Ausländer wie amerikanische Staatsbürger auch in Kriegszeiten Anspruch auf ein ordentliches Gerichtsverfahren haben. Und er sprach auch nicht von der Entfremdung und Verbitterung in der amerikanischen Bevölkerung, die ohnehin durch rassische und religiöse Differenzen zerrissen ist und in den vergangenen vier Jahren zunehmend auch politisch und wirtschaftlich gespalten wurde.

Wir haben einen Präsidenten, der das Land monatelang mit düsteren Warnungen über Atompilze in Atem hielt, die aus Saddam Husseins Waffenlagern aufsteigen könnten, und dann in einer Wahlkampfrede im August 2004 behauptete, das sei alles gar nicht so wichtig gewesen. «Vielleicht finden wir noch Waffen», sagte Bush. «Bis jetzt haben wir keine gefunden. Aber lassen Sie mich eines sagen: Auch nach dem, was ich heute weiß, würden wir noch immer in den Irak gehen.» Wie haben einen Präsidenten, der zusieht, wie Hunde auf wehrlose Gefangene gehetzt werden, und zugleich, wie etwa im Juni 2004, erklärt: «Amerika ist gegen Folter und wird Folter nicht tolerieren. Wir werden alle Fälle von Folter untersuchen und verfolgen und werden in allen Gebieten, die unserer Gerichtsbarkeit unterliegen, grausame und unübliche Formen der Bestrafung unterbinden ... Freiheit von Folter ist ein unveräußerliches Menschenrecht.»

Viele halten George W. Bush für einen Lügner, für einen Präsidenten, der bewusst Tatsachen verdreht, wenn es ihm politisch nützt. Doch Lügen setzt voraus, dass man weiß, was man will, was möglich ist und wie man es am besten erreichen kann. Plausibler erscheint mir die Erklärung, dass Worte für unseren Präsidenten über den unmittelbaren Augenblick hinaus keine Bedeutung haben. Daher glaubt er, dass seine Phrasen allein schon durch das Aussprechen zur Realität werden. Eine erschreckende Vorstellung.

Kein Außenstehender kann sich ein Bild davon machen, in welchem Ausmaß die Berichterstattung für den *New Yorker* ein Ergebnis der Teamarbeit ist. Seit dem 11. September habe ich von einer wahren Flut der Unterstützung, Nachsicht und peniblen Redaktion und Überprüfung der Fakten durch meine Redakteure, Kollegen und Freunde in der Zeitschrift profitiert, während wir bis zu den Abgabeterminen, und darüber hinaus, fieberhaft gearbeitet haben. David Remnick, der Chefredakteur der Zeitschrift, legt stets größeres Gewicht auf Fairness und Genauigkeit denn auf Geschwindigkeit; selbst eine sehr gute Story konnte noch warten, wenn sie noch nicht so optimal war, wie sie sein könnte. Dorothy Wickenden, die zuständige Redakteurin, und Pam McCarthy, die stellvertretende Redakteurin, waren stets hilfsbereit und hatten immer ein offenes Ohr für Vorschläge. Jacob Lewis, der Geschäftsführer, und Kate Julian achteten auf die pünktliche Erfüllung des Zeitplans. John Bennet und später Amy Davidson, meine ersten Redakteure, hatten genau wie ich eine ausgesprochen entwickelte Wahrnehmung für die Dringlichkeit und Wichtigkeit – allerdings viel maßvoller. Lauren Porcaro von der Herstellung hatte alles genau dann fertig, wenn es fertig sein musste. Perri Dorset, die Leiterin der Öffentlichkeitsabteilung, ist ein Profi mit einem ausgezeichneten Urteilsvermögen. Ed Klaris, der Rechtsberater der Zeitschrift, blieb wie üblich die ganze Zeit über unerschütterlich die Ruhe selbst. Natascha Lunn und Kilian Schalk kümmerten sich sorgfältig um die wichtigen Aufnahmen aus Abu Ghraib. Ann Goldstein und ihre Kollegen aus der Repro-Abteilung arbeiteten wie immer heldenhaft viele Stunden und hielten jeden Termin ein. Risa Leibowitz und Francine Schore, in der Buchhaltung der Redaktion, beschafften mir das Geld, Flugzeugtickets und hatten viele aufmunternde Worte für mich. Die hochgerühmten Faktenüberprüfer des *New Yorker*, angeführt von Peter Canby, gingen hingebungsvoll und,

wie zu erwarten war, diskret mit sehr sensiblen Quellen um und überprüften sehr sensible Informationen. Ausdrücklich möchte ich hier Anne Stringfield, Dan Kaufman, Marina Harss, Andy Young, Gita Daneshjoo, Boris Fishman, Allison Hoffman, Nana Asfour und Raffi Khatchadourian danken. Meine Journalistenkollegen in der Zeitschrift tauschten stets großzügig und hilfreich Informationen mit mir aus und erleichterten mir die Arbeit.

Die neuen und die bereits veröffentlichten Beiträge in diesem Buch wurden von Amy Davidson sorgfältig zusammengefügt, deren Gespür für den richtigen Erzählfluss ich achte und vertraue. Dan Kaufman machte sich wie gewohnt ruhig und unbeirrbar daran, die in diesem Buch enthaltenen neuen Informationen zu überprüfen. Gil Shochat, mein getreuer Rechercheur, tat wiederholt mehr, als ich gewünscht hatte, und erstellte Zeitleisten und Zusammenfassungen der Schlüsselereignisse. David Hirshey von HarperCollins hat geduldig jahrelang auf dieses Buch gewartet und die ganze Zeit über wertvolle Hinweise gegeben. Dank gebührt auch John Jusino von HarperCollins. Ester Newberg von ICM, meine langjährige Agentin – und Freundin – kann wie keine andere in dem Geschäft einen Deal in die Wege leiten. Mein Anwalt Michael Nussbaum hält mir weiterhin alle Scherereien vom Leib.

Diejenigen, die am meisten zu diesem Buch beigetragen haben – die ehemaligen und amtierenden Mitarbeiter aus Regierung, Geheimdienstkreisen und Militär, die mir seit dem 11. September durch ihre Informationen eine etwas andere Version lieferten –, können aus nahe liegenden Gründen nicht namentlich genannt werden. Auch die Anonymität gereicht ihnen zur Ehre.

Dieses Buch, und mein ganzes Werk, wäre ohne die Unterstützung und den Beistand Elizabeths, meiner Frau seit vierzig Jahren, nicht zustande gekommen. Sie ist die Liebe meines Lebens.

Seymor M. Hersh
Washington, D. C.



SEYMOUR M. HERSH

wurde 1937 in Chicago geboren. Hersh, der das journalistische Handwerk von der Pike auf gelernt hat, erregte zum ersten Mal Aufsehen, als er 1969 das Massaker von My Lai im Vietnamkrieg aufdeckte. 1970 erhielt er den Pulitzerpreis für internationale Berichterstattung. Seither hat er mit zahlreichen Enthüllungsgeschichten immer wieder weltweit Schlagzeilen gemacht. Er schreibt vorwiegend für die Zeitschrift «New Yorker»; er lebt und arbeitet in Washington.

Umschlaggestaltung: any.way, Cathrin Günther/Cordula Schmidt; Umschlagabbildungen: Reuters; The Mariners' Museum/Corbis; Foto des Autors: Matt Dellinger

Pulitzer-Preisträger Seymour M. Hersh ist der Chef-Enthüller Amerikas nach dem 11. September. Der «beste Enthüllungsjournalist der Welt» (Hans Leyendecker) deckte auf, wie und warum die Geheimdienste vor dem 11. September versagten, wie die angeblichen Beweise für Saddams nie gefundene Massenvernichtungswaffen fabriziert wurden, was wirklich in Guantánamo geschah, wie Donald Rumsfeld ganz persönlich den Irakkrieg führte. Er war es, der die Folterungen im Abu-Ghraib-Gefängnis enthüllte und die Entwicklung der Befehlskette bis ganz oben verfolgte – bis ins Pentagon zu Rumsfeld und ins Weiße Haus zu George W. Bush. Und schließlich stieß er bei seinen Recherchen auf eine supergeheime Spezialtruppe, die auf der ganzen Welt mutmaßliche al-Qaida-Leute jagt, ermordet oder durch Folter zum Reden bringt.

Hershs Enthüllungen machten Schlagzeilen in aller Welt. In diesem Buch zeigt er akribisch und mit Hilfe neuen Materials, wie es möglich war, dass die USA nach den grauenvollen Terroranschlägen vom 11. September selbst einen Weg des Unrechts beschreiten konnten.

ISBN 3-498-02981-9 € 14.90 (D)

